ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

Nr. 103, September 2015

Digitale Arbeit /Streiks 2015

Redaktion - **Griechenland: Aus Niederlagen lernen**

Digitale Arbeit und Gewerkschaften

Huws - **Widersprüche der digitalen Ökonomie**/Butollo/ Engel - **Industrie 4.0: arbeits- und gesellschaftspolitische Perspektiven**/Leisewitz - **Verbreitung digitaler Arbeitsmittel**/Schwarzbach - **Work around the clock?**/Schumm-Garling - **Gewerkschaften und digitale Arbeitswelt**/Prahl - **Digitalisierung und Arbeitszeitpolitik**/Hagenhofer - **Digitale Vernetzung**/Brödner - **Industrie 4.0 und Big Data**/ Fuchs - **Globale Produktion digitaler Hard- und Software (I)**

Streiks 2015

Deppe - **Revitalisierung durch Streik?**/Geffken - **Eisenbahnerstreik und Tarifeinheitsgesetz**/Siebler - **Poststreiks**/Kutlu - **Sozial- und Erziehungsdienste - Kampf um Anerkennung**/Winker - **Eltern zwischen Lohn- und Reproduktionsarbeit**

Weitere Beiträge

Salomon - **Abendroth „Gesammelte Schriften“**/ Metscher - **Kultur, Ästhetik, Kunst**/Tjaden - **Klimakrise und ökonomische Instrumente**

Sowie: Berichte, Buchbesprechungen

Einzelpreis 10,00 Euro

Gesammelte Schriften



Wolfgang Abendroth

Gesammelte Schriften
Band 4
1964 - 1967

Offizin

Wolfgang Abendroth

Mit der Publikation der Gesammelten Schriften in acht Bänden soll das Denken Wolfgang Abendroths in seiner Vielfalt, seinem wissenschaftlichen und praxisbezogenen Anspruch umfassend zugänglich werden.

Sie gewinnen durch die drohende Interpretationsvorherrschaft des Neoliberalismus erneut an Aktualität in der Diskussion um eine selbstbestimmte Gestaltung von Wirtschaft und Politik.

Band 1: 1926 – 1948, 585 Seiten
kartoniert, ISBN 3-930345-47-1, 24,80 Euro
gebunden, ISBN 3-930345-49-8, 36,80 Euro

Band 2: 1949 – 1955, 610 Seiten
kartoniert, ISBN 978-3-930345-57-1, 24,80 Euro
gebunden, ISBN 978-3-930345-56-4, 36,80 Euro

Band 3: 1956 – 1963, 616 Seiten
kartoniert, ISBN 978-3-930345-66-3, 26,80 Euro
gebunden, ISBN 978-3-930345-68-7, 38,80 Euro

Band 4: 1964 – 1966, ca. 600 Seiten
kartoniert, ISBN 978-3-945447-04-8, 26,80 Euro
gebunden, ISBN 978-3-945447-05-5, 38,80 Euro

Offizin

info@offizin-verlag.de
www.offizin-verlag.de

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift
26. Jahrgang
Heft 103 (September 2015)

Herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:
Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris
Frank Deppe, Klaus Dräger, Werner Goldschmidt
Regine Meyer, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler
Ursula Schumm-Garling, Conny Weißbach,
Harald Werner

Redaktion:
Jörg Goldberg, André Leisewitz, Jürgen Reusch,
David Salomon, Alan Ruben van Keeken, Gerd Wiegel

Z - Nr. 103 26. Jahrgang *September 2015*

5 **Editorial**

Z-Redaktion
8 **Griechenland: Aus Niederlagen lernen**

Digitale Arbeit und Gewerkschaften

Ursula Huws
15 **Widersprüche der digitalen Ökonomie**
Informationskapitalismus und Kybertariat

Florian Butollo/Thomas Engel
29 **Industrie 4.0 - arbeits- und gesellschaftspolitische Perspektiven**
Zwischen Dystopie und Euphorie

André Leisewitz
42 **Zur aktuellen Verbreitung und Nutzung digitaler Arbeitsmittel**

Marcus Schwarzbach
46 **Work around the clock?**
Digitale Arbeit – Herausforderung für Betriebsräte und Gewerkschaften

Ursula Schumm-Garling
54 **Gewerkschaften und die digitale Arbeitswelt**

Falk Prahl
64 **Die Digitalisierung der Arbeitswelt und die Debatte um eine neue Arbeitszeitpolitik**

Thomas Hagenhofer
71 **Produktivkraftsprung: Digitale Vernetzung**

Peter Brödner
75 **Industrie 4.0 und Big Data**
Kritik einer technikzentrierten Perspektive

Christian Fuchs
85 **Zur Theoriebildung und Analyse der digitalen Arbeit**
Die globale Produktion digitaler Hard- und Software (Teil I)

Streiks 2015

Frank Deppe
96 **Revitalisierung durch Streik?**
Arbeitskämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik

Rolf Geffken
109 **Eisenbahnerstreik und Tarifeinheitsgesetz**

Werner Siebler
117 **Poststreiks 2015 – mehr als ein Tarifkonflikt**

Yalcin Kutlu
126 **Kampf um Anerkennung**
Die Sozial- und Erziehungsdienste im Streik

Gabriele Winker
141 **Überforderte Eltern zwischen Lohn- und Reproduktionsarbeit**
Neoliberale Familienkonstruktionen ohne Zukunft

Wolfgang Abendroth zur Erinnerung

David Salomon
150 **„Politische Wissenschaft als Politische Soziologie"**
Zu den „Gesammelten Schriften" Wolfgang Abendroths

Weitere Beiträge

Thomas Metscher
157 **Kultur, Ästhetik, Kunst**
Grundlinien einer ontologischen Ästhetik

Diskussion – Kritik – Zuschriften

Karl Hermann Tjaden
175 **Klimakrise und ökonomische Instrumente**
Überlegungen zum Beitrag von Helmut Knolle in Z 102

Berichte

Rainer Holze
179 **Zur geistigen Situation nach der Befreiung vom Faschismus**
Berlin, 30. April 2015

David Schuster
181 **Umbruch im kapitalistischen Weltsystem**
München, 16. Mai 2015

Patrick Eser
182 **„Literatur (in) der Krise"**
Frankfurt am Main, 23. Mai 2015

Patrick Ölkrug
186 **Herausforderungen der Friedensbewegung**
Kassel, 30. Mai 2015

Hermann Bömer
188 **Vier Jahrzehnte Alternative Wirtschaftspolitik**
Berlin, 20. Juni 2015

Steffen Käthner
194 **„Aktualität der Faschismustheorie"**
Marburg, 10. Juli 2015

197 **Buchbesprechungen**
Herausbildung der materialistischen Geschichtsauffassung (Andreas Diers zu MEGA IV/5)
Was ist „digitale Arbeit"? (Werner Goldschmidt zu Christian Fuchs)
Internetkonzerne und „kalifornische Ideologie" (Michael Zander zu Thomas Wagner)
„Zeitgemäßer Marxismus" (André Leisewitz zu Josef Schleifstein)
Im Pantheon der Gewaltlosen (Richard Sorg zu Domenico Losurdo)
Islam: Kampf um Interpretationshoheit (Matin Baraki zu Katajun Amirpur)
Politische Ökonomie für die Praxis (Jörg Goldberg zu Ralf Krämer)
Rationaler Imperialismus (Georg Fülberth zu Jörg Kronauer)
Russland, Ukraine: Arroganz des Westens (Klaus Dräger zu Heyden und Krone-Schmalz)
Imperialer Realismus? (Klaus Dräger zu Frank Deppe)
Armenozid (Werner Röhr zu R. Hosfeld, J. Gottschlich, M. Hesemann und C. Guttstatt)
Hegemoniepläne Washingtons 1916-1931 (Heiner Karuscheit zu Adam Tooze)
Jugendforschung und Lebenswelten in der DDR (Michael Zander zu Braun/Schlegel und Braun/Elze)
AfD – Zwischen Etablierung und Selbstzerstörung (Gerd Wiegel zu Alban Werner)

238 **Autorinnen und Autoren, Übersetzer**
41 **Vorschau**
70 **Impressum**

Editorial

1990 spielte das Internet noch keine Rolle und die private und berufliche Computer-Nutzung steckte noch in den Anfängen. Heute, nach fünfundzwanzig Jahren, sprechen wir zu Recht von einem digitalen oder Internet-Kapitalismus: in vieler Hinsicht eine Revolution in den Arbeits- und Lebensverhältnissen. Folgt man den vielfältigen Prognosen, so stehen wir gegenwärtig vor einem neuen Schub der Digitalisierung der Arbeit. „Internet der Dinge", „Office 2.0", „vierte industrielle Revolution" oder „Industrie 4.0" sind die Stichworte. Das wird, wie auch die Streiks 2015, bei den anstehenden Gewerkschaftstagen von ver.di und IG Metall ein Thema sein und verdient einen kritischen Blick. Dem ist der Schwerpunkt „Digitale Arbeit und Gewerkschaften" gewidmet.

Ursula Huws verfolgt das Eindringen des digitalen Kapitalismus in alle Lebensbereiche. Er ist insbesondere Mittel der „Kommodifizierung" – der warenförmigen Durchdringung – der Kommunikations- und zwischenmenschlichen Beziehungen. Wir treten, so die Autorin, gegenwärtig in eine Entwicklungsperiode ein, in der der Charakter der Arbeit sich grundlegend verändert. Für die heutige Generation sind die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) „ein selbstverständlicher Teil der Arbeitswelt". Hauptmerkmal der Veränderungen ist, so Huws, das Verschwinden klarer Grenzen zwischen Arbeit und Nichtarbeit und die Auflösung formeller Regeln. Den wenigen großen global agierenden Konzernen, die die Informations- und Kommunikationstechnologien beherrschen, steht einerseits eine relativ kleine Gruppe kreativer Wissensarbeiter gegenüber, auf deren Arbeitsmotivation es ankommt, während andererseits die große Masse der Ausführenden austauschbar ist und kaum noch Verhandlungsmacht besitzt.

Florian Butollo und *Thomas Engel* überprüfen die arbeits- und gesellschaftspolitischen Perspektiven von „Industrie 4.0". Von enormen wirtschaftlichen Chancen ist die Rede, verbrämt mit sozialpartnerschaftlichem Futurismus. Tatsächlich steht hinter dem Digitalisierungshype ein hegemoniales Projekt des Finanzmarktkapitalismus. Vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, das in den letzten Jahrzehnten schon für eine Erosion sozialer Standards in den Arbeitsbeziehungen gesorgt hat, ist gewerkschaftliche Gegenmacht auf diesem Feld der Arbeitsgestaltung dringend gefordert. Aktuelle Daten zur Verbreitung und Nutzung digitaler Arbeitsmittel in der Wirtschaft der Bundesrepublik zeigen im Zeitvergleich seit Anfang der 1990er Jahre einerseits eine radikale Veränderung in der Arbeitswelt. Sie lassen, so *André Leisewitz*, bei nüchterner Betrachtung aber auch erkennen, dass es bis zur „Digitalen Fabrik" noch ein weiter Weg ist.

Die sich verändernden Arbeitsbeziehungen stellen Gewerkschaften und Betriebsräte vor große Herausforderungen *(Marcus Schwarzbach)*. Mit Arbeitsplatzverlusten, weiterer Entgrenzung und Verdichtung von Arbeit, zerfließenden Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben und der Auflösung bisheriger betrieblicher Strukturen ist zu rechnen. Die Bedeutung von betrieblicher Mitbestimmung und tariflichen Regelungen zur Gestaltung digitaler Arbeit wird zunehmen. *Ursula Schumm-Garling* konstatiert, dass die Digitalisierung der Arbeitswelt, soweit heute erkennbar, das ganze

System der Arbeitsbeziehungen umwälzen wird. Das Übergewicht des Kapitals in den Sozial- und Klassenbeziehungen droht bei Entgrenzung der Arbeit, weiterer Prekarisierung und Verdrängung menschlicher Arbeit noch zuzunehmen. Vor allem die sich herausbildende Plattform-Ökonomie untergräbt die Mitbestimmung und berührt praktisch alle arbeits- und sozialrechtlichen Standards. Die Unternehmerverbände, insbesondere die BDA, haben ihre Interessen hieran klar definiert. Die Gewerkschaften stehen u.a. vor dem Problem, dass die Grenzen zwischen Industrie und Dienstleistungssektor weiter verschwimmen. Das schafft Abgrenzungsprobleme und Konkurrenz und macht neue Formen gewerkschaftlicher Kooperation erforderlich. Mit Blick auf eindeutig definierte Kapitalinteressen kritisiert *Falk Prahl* eine vorschnelle Orientierung auf einen neuen „sozialen Kompromiss". Er plädiert für eine gewerkschaftliche Debatte, die die Risiken der Digitalisierung für die Beschäftigten klar herausarbeitet und autonome gewerkschaftliche Positionen und Gestaltungskonzepte entwickelt. Er hebt insbesondere Arbeitszeitfragen und die wichtige Rolle der gewerkschaftlichen Vertrauensleute auf der betrieblichen Ebene hervor.

Thomas Hagenhofer interpretiert den gegenwärtigen Schub an Digitalisierung als „dritte Phase des Einsatzes von Informationstechnologie": Nach den Phasen der zentralen und dezentralen Nutzung von Computern komme es heute zu deren mobilem, ubiquitärem Einsatz als einer „neuen Qualität" der Produktivkraftentwicklung. Hinter dem Konzept der „vierten industriellen Revolution" steckt, so *Peter Brödner*, eine geschichtsvergessene und rein technikzentrierte Sicht, die die soziale Determiniertheit der Technikentwicklung ignoriert. Die technikzentrierte Perspektive erscheint auch praktisch angesichts der Erfahrungen mit vergleichbaren Konzepten wie „künstlicher Intelligenz" und „CIM" (computer integrated manufacturing) als wenig erfolgversprechend. Stattdessen komme es auf eine Perspektive an, die Technik als „Intelligenzverstärkung" der lebendigen Arbeit ansieht und sich bei der Technikgestaltung an den Eigenheiten und Bedürfnissen menschlichen Handelns orientiert. Dies dürfte auch ein für Gewerkschaften wichtiger Ansatzpunkt sein.

Christian Fuchs schildert in einem zweiteiligen Beitrag (Teil II in Z 104) die Veränderungen der Arbeit bei der Herstellung von digitaler Hard- und Software. Ausgehend von der Marx'schen Kategorie der Produktionsweise zeigt er, dass die globalen kapitalistischen Produktionszusammenhänge in Wirklichkeit ganz unterschiedliche Produktionsweisen miteinander kombinieren, die von sklavenähnlichen Produktionsverhältnissen bei der Förderung von Rohstoffen in Afrika bis zu den kreativen „Prosumenten" sozialer Medien im Silicon Valley reichen. In Teil I schildert er die Arbeitsverhältnisse in afrikanischen Minen und bei der Endmontage von Apple-Produkten bei der chinesischen Firma Foxconn.

***

Streiks 2015: Deutschland ist im internationalen Vergleich ein ausgesprochen streikarmes Land. Insofern überrascht die Intensität der Arbeitskämpfe im ersten Halbjahr 2015. Was sind deren Ursachen? Deutet sich hier eine Trendwende an?

Frank Deppe („Revitalisierung durch Streik?") gibt einen Überblick zu den gewerkschaftlichen Kampfzyklen in der Geschichte der BRD. Er sieht eine wesentliche Ursache für die Ausnahmestellung der Bundesrepublik in der starken Ver-

rechtlichung der Arbeitsbeziehungen, den engen Grenzen für die Legalität von Streiks und der von den DGB-Gewerkschaften mitgetragenen Kultur der Sozialpartnerschaft und des Co-Managements. Veränderungen bei Streikformen und -typen (Verlagerung von „Erzwingungs-" zu Warnstreiks; wachsende Bedeutung von Bewegungen im Dienstleistungsbereich) hängen mit strukturellen Veränderungen in Ökonomie und Sozialstruktur des BRD-Kapitalismus zusammen. Die Einheitsgewerkschaft wird, so Deppe, nur Bestand haben, wenn „Vielfalt und Differenz anerkannt werden". *Rolf Geffken* bilanziert den Eisenbahnerstreik, den er als „bemerkenswerten, schwer erkämpften Erfolg einer kleinen aber kämpferischen Gewerkschaft" wertet, und die Auseinandersetzung um das Tarifeinheitsgesetz. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die Realität von in vielen Betrieben parallel existierenden Tarifverträgen. *Werner Sieblers* Bericht über die Streikbewegungen bei der Post zeigt die Härte des Kampfes und die Ambivalenz im Ergebnis. Das Hauptziel des Streiks wurde nicht erreicht (Rückführung von Delivery in die Post AG); angesichts der starken Aufsplitterung der Belegschaften (Festangestellte, Prekäre, Beamte) seien die Mobilisierung der Beschäftigten und das (begrenzte) materielle Ergebnis dennoch ein Erfolg. Relativ neu sind die Bewegungen bei den Sozial- und Erziehungsdiensten. *Yalcin Kutlu* analysiert den Verlauf der „Kita-Streiks". Er interpretiert die „Aufwertungskampagne" als Kampf um Anerkennung. Auch hier wurde mit der Schlichtungsempfehlung die Aufwertung nicht erreicht, zugleich aber Mobilisierungsfähigkeit und Gegenmachtbildung unter Beweis gestellt. Den diesen Auseinandersetzungen zugrunde liegenden Veränderungen in der Stellung der Familie in Gesellschaft und Wirtschaft und damit verbundenen Reproduktionsanforderungen geht *Gabriele Winker* nach. Sie unterstreicht die Notwendigkeit einer „Care-Revolution".

***

Weitere Beiträge: Vor 30 Jahren starb Wolfgang Abendroth. *David Salomon* bespricht aus diesem Anlass die bisher erschienenen Bände seiner „Gesammelten Schriften". Dabei zeigt er, wie bei Abendroth Zeitdiagnose und Demokratietheorie Hand in Hand gehen und betont die Aktualität eines Wissenschaftsverständnisses, das Wissenschaft immer im Kontext politischer Praxis verortete. *Thomas Metscher* skizziert „Grundlinien einer ontologischen Ästhetik". In Anknüpfung u.a. an Georg Lukács und Hans Heinz Holz entwickelt Metscher einen marxistischen Begriff der Kunst als der „Erinnerung der Menschheit" (Lukács), deren Vielfalt sich allein dem historischen Blick öffne. *Karl Hermann Tjaden* kommentiert die Überlegungen von H. Knolle in Z 102 zu ökonomischen Instrumenten zur Begrenzung der Klimakrise.

***

Diesem Heft vorangestellt sind Thesen der Redaktion „Griechenland: Aus Niederlagen lernen". Die Entwicklung in Griechenland beschäftigt die ganze marxistische Linke – es geht um die heutigen Kampfbedingungen im kapitalistischen Europa und Euro-Raum und die Rolle der Linken in Europa. Diese Fragen sollen auch im nächsten Heft weiter diskutiert werden. Weitere Beiträge für Z 104 (Dezember 2015) können der Vorschau (S. 41) entnommen werden.

Z-Redaktion

Griechenland: Aus Niederlagen lernen

Die Erklärung des Brüsseler EU-Gipfels vom 12.Juli 2015, die Grundlage des marktradikalen Austeritäts- und Umbauprogramms für Griechenland, lässt keinen Zweifel, worum es bei den Auseinandersetzungen vor allem geht: Es geht um die Delegitimierung und Beseitigung einer linken Regierung. „Die Zeit" (16.7.2015) formuliert: „Auch wenn das niemand offen ausspricht: Tsipras' Niederlage musste so deutlich ausfallen, um potenzielle Nachahmer abzuschrecken." Schon der erste Satz der Erklärung ist unmissverständlich: Voraussetzung für zukünftige Programme sei, dass „das Vertrauen in die griechische Regierung unbedingt wiederhergestellt werden muss"[1]. Nicht das Vertrauen der griechischen Bevölkerung zählt (dieses wurde durch das Referendum vom 5.Juli eindrucksvoll bestätigt), sondern das der ‚Institutionen', das wiederum Voraussetzung des Vertrauens der Finanzmärkte ist. Frei nach Brecht könnte man fragen: Wäre es da nicht doch einfacher, die Institutionen lösten die griechische Regierung auf und wählten eine andere? In Kauf genommen wird die offene Missachtung demokratischer Prinzipien. Die „NZZ" (18.7. 2015) schreibt: „Die Beschlüsse des Euro-Gipfels und des Parlaments in Athen haben den Volkswillen definitiv ad absurdum geführt." Das EU-Mitglied Griechenland ist de facto politisch weitgehend entmündigt und auf den Status eines Protektorats herabgedrückt worden

1. Gemessen an den Zielen der Syriza-Regierung und dem Referendum ist die Vereinbarung vom 12. Juli eine bittere und schwere Niederlage. Allerdings hatten die EU-Institutionen bis Anfang August (Redaktionsschluss von Z 103) ihr Hauptziel, die griechische Linksregierung zu beseitigen bzw. in eine Regierung der ‚nationalen Einheit' oder ‚Expertenregierung' umzuwandeln und von einem Teil ihrer Anhänger zu entfremden, noch nicht erreicht. Sicher ist aber, dass der erst begonnene langwierige Verhandlungsprozess von den ‚Institutionen' mit genau dieser Zielsetzung weiter geführt werden wird.

2. Die Spar- und Umbauprogramme, die Griechenland aufgezwungen werden, entbehren jeder ökonomischen Logik. Ob sie geeignet sind, die Schuldenlast zu mildern bzw. die Schuldenrückzahlung zu sichern, scheint für die EU irrelevant zu sein. Die Beobachtung Varoufakis', dass ökonomische Argumente, die die griechische Seite vorbrachte, selbst in den technischen Verhandlungen keine Rolle spielten („ich hätte auch die schwedische Nationalhymne singen können"), überrascht nicht. Die ökonomische Inkonsistenz des Programms wird nicht nur durch widersprüchliche Angaben von IWF und EU zur Tragfähigkeit der Schulden belegt. Während es angeblich die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands erhöhen soll, führen die massive Erhöhung der Mehrwertsteuer im Fremdenverkehrsgewerbe und die zusätzliche Besteuerung der Landwirtschaft zum genauen Gegenteil.

---

1 Erklärung des Euro-Gipfels, Brüssel, 12.Juli 2015.

Während die Banken am Randes des Zusammenbruchs stehen, lässt die EU beschließen, dass in Zukunft Bankkonten über 100.000 Euro (oft gehalten von mittelständischen Unternehmen zur Bezahlung von Gehältern und Lieferungen) zur Sanierung der Banken herangezogen werden können, was den Abzug von Bargeld beschleunigen wird.[2] Völlig absurd auch die Verplanung der 50 Milliarden Euro, die die Privatisierung angeblich erbringen soll. Diese Zahl ist illusorisch – Erfahrungen sowohl aus Griechenland wie aus anderen Ländern zeigen, dass Privatisierungen meist nur Bruchteile der geplanten Erlöse bringen.

3. Aus ökonomischer Sicht gleichermaßen inkonsistent ist die Haltung der EU, insbesondere des deutschen Finanzministers, zur Frage des Schuldenschnitts, der eine zentrale Voraussetzung für die Gesundung der griechischen Wirtschaft wäre. Während ansonsten für Sparpolitik geworben wird mit dem Argument, Staatsverschuldung gefährde das Vertrauen der Finanzmärkte und schrecke Investoren ab, scheinen im griechischen Falle Verschuldungsquoten von bis zu 200 Prozent des BIP[3] kompatibel zu sein mit Wirtschaftswachstum. Es ist klar, dass sich Griechenland mit einer Schuldenlast, die trotz Zinserleichterungen und Fristverlängerungen jährliche Brutto-Finanzierungsbedürfnisse von mehr als 15 Prozent des BIP beinhaltet (der IWF hält maximal 15 Prozent für tragfähig), nicht allein refinanzieren kann. Dies bedeutet, dass das Land in den nächsten Jahrzehnten unter der Kuratel der ‚Institutionen' bleiben wird. Ökonomisch wäre ein Schuldenschnitt (wie er derzeit z.B. für die Ukraine verhandelt wird) für Griechenland die sinnvollste Lösung. Wenn einige EU-Länder unter deutscher Führung diesen Schritt verhindern, hat das hauptsächlich den Zweck, die griechische Linksregierung weiter an die Wand zu drücken, sie möglichst zu stürzen und die alten Eliten wieder ans Ruder zu bringen.

4. Vor diesem Hintergrund erscheint es kaum verständlich, wenn Linke in dem Programm eine Wachstumskomponente entdecken, die Griechenland die Möglichkeit bieten würde, „wieder auf die Beine zu kommen"[4]. Die in der EU-Erklärung in Aussicht gestellte Mobilisierung von „bis zu 35 Mrd. EUR" für die kommenden „3 bis 5 Jahre" (das unverbindliche „bis zu" erinnert an Preisaktionen von Baumärkten) ist angesichts der beschlossenen Kürzungen nicht nur unzureichend, sondern bezieht sich auch auf Gelder, die Griechenland ohnehin zustehen.[5] Die einzige zusätzliche Leistung besteht in der Aufstockung der Vorfinanzierung um „1 Mrd. EUR". Unrealistisch auch die Hoffnung auf Milliardeneinnahmen (12,5 Mrd.) für Investitionen aus Privatisierungen – wann und wie viel daraus erlöst werden kann, steht in den Sternen.

---

2 Die FAZ (24. 7. 2015) urteilt hierzu: „Das neue griechische Reformpaket könnte die Sanierung des Landes und der Banken erschweren."

3 Eine Analyse der Citigroup, die die zu erwartende Verschärfung der Rezession berücksichtigt, erwartet für 2017 eine Verschuldung von 237 Prozent des griechischen BIP (NZZ v. 28.7.15).

4 Axel Troost, Chance auf eine lebenswerte Zukunft oder Grexit, Papier vom Juli 2015.

5 Es handelt sich um Mittel aus EU-Struktur- und Agrarfonds für den Zeitraum 2014/2020, weniger als Griechenland im Zeitraum 2007-2013 erhalten hatte (42 Milliarden). U.U. soll Griechenland auf Restmittel aus dieser Periode rascheren Zugriff erhalten.

5. Dazu kommt eine katastrophale Auflage des Brüsseler Papiers: Wenn es trotz der Sparprogramme zu „Abweichungen von ehrgeizigen Primärüberschusszielen" kommen sollte, dann sollen „quasi-automatische Ausgabenkürzungen eingeführt werden". Selbst der IWF hält die Annahme, Griechenland könne ab 2018 einen Primärüberschuss (Haushaltsüberschuss vor Schuldendienst) von 3,5 Prozent des BIP erzielen, für kaum erreichbar.[6] Dem Papier zufolge wären automatische Ausgabenkürzungen also vorprogrammiert. Diese würden zuallererst die Investitionshaushalte treffen.

6. Darüber hinaus ist es einseitig, das Programm nur unter dem Aspekt von Wachstum, Sparen und Investieren zu beurteilen: Es ist ein tief in die sozialen Verhältnisse eingreifendes marktradikales Deregulierungsprogramm zur Schwächung der Gewerkschaften, zur Demontage sozialer Standards und zur Zurückdrängung von politischem Einfluss auf die Ökonomie. Was haben die Öffnung der Apotheken für Handelsketten, verkaufsoffene Sonntage (in Deutschland bislang nicht durchsetzbar) und Schlussverkaufsregeln mit Schuldenabbau zu tun? Hier toben sich neoliberale Dogmatiker aus und nutzen die Schuldenthematik zur Durchsetzung marktradikaler, in anderen Ländern längst gescheiterter Lehrbuchweisheiten.

7. Im Laufe der Brüsseler Verhandlungen zeigte sich, dass die griechische Regierung keinerlei Druckmittel zur Durchsetzung von Kompromissen in der Hand hatte. Eine zentrale Rolle spielte dabei die EZB, die über die Geldversorgung der nationalen Banken der Eurozone entscheidet. Sie nutzte von Anfang an alle Mittel, um die Regierung unter Druck zu setzen. Wenige Tage nach der Wahl der Linksregierung (die noch gar keine Zeit gehabt hatte, das angebliche „Vertrauen" der Institutionen zu enttäuschen) stoppte die EZB den Kauf griechischer Staatsanleihen und verkündete, dass das umfangreiche Aufkaufprogramm, mit dem die Eurozone mit Geld geflutet werden soll, Griechenland ausklammern würde. Dies war eine rein politische Entscheidung, da sich ökonomisch in den wenigen Tagen nach Abtritt der konservativ geführten Regierung nichts geändert hatte. Woche für Woche verstärkte die EZB den Druck auf das griechische Bankensystem, indem sie Menge und Konditionen der Notkredite für die griechische Zentralbank verkleinerte und verschlechterte und schließlich völlig verweigerte: Dadurch erzwang sie die Schließung der Banken und die Beendigung des internationalen Zahlungsverkehrs mit dem Ziel, das Referendum scheitern zu lassen. Zu diesem Zeitpunkt war der Handlungsspielraum der Regierung auf Null geschrumpft.

8. Ausschlaggebend für die weitere Entwicklung war die Entscheidung der Regierung, um jeden Preis in der Eurozone zu bleiben. Ein anderes Mandat hatte sie allerdings auch nicht. Das Referendum war zwar ein Nein zur Austeritätspolitik, aber auch ein Ja zum Euro. Die Aufgabe des Euro zu diesem späten Zeitpunkt wäre mit katastrophalen, unkalkulierbaren Folgen verbunden gewesen. Zudem wäre auch ein Ausstieg nur unter Vormundschaft von EZB und EU möglich, die Hand-

---

6 2013 hatten nur 10 von 28 EU-Ländern einen ausgeglichene Primärhaushalt bzw. einen Primärüberschuss.

lungsfähigkeit der linken Regierung unter diesem Vorzeichen eher noch geringer gewesen: Daher Schäubles Winken mit dem ‚zeitweiligen Grexit'.

Eine andere Frage ist, ob Syriza diese Option nicht von Anfang an hätte einbeziehen und der Öffentlichkeit kommunizieren müssen. Führende Mitglieder, so der Wirtschaftswissenschaftler Lapavitsas, hatten das Problem schon früh (2012) gesehen und vorsichtig dafür plädiert, einen Austritt zumindest zu erwägen.[7] Es ist aber klar, dass die Regierung im Juni/Juli 2015, als sich die Bankenkrise zuspitzte, diese Option nicht mehr hatte. Varoufakis diesbezügliche Überlegungen waren zu diesem Zeitpunkt jedenfalls nicht mehr durchführbar. Damit blieb die Syriza-Regierung der EU-Führung, d.h. Deutschland, auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Für die Zukunft und für andere Euro-Länder eine beeindruckende Lehre: Die EZB kann jede Wirtschaft, ob überschuldet oder nicht, jederzeit ruinieren, indem sie die Geldversorgung der Geschäftsbanken willkürlich und selektiv drosselt und einstellt. Die so konditionierten Finanzmärkte würden ein Übriges tun. Eine eigenständige nationale Wirtschaftspolitik ohne den Segen der EZB (und damit der Finanzmärkte) ist in der Eurozone unmöglich geworden. EU-Ratspräsident Donald Tusk formulierte, worum es geht: „Es wird die Illusion erweckt, es gebe eine Alternative zu unserem Wirtschaftssystem, ohne Sparpolitik und Einschränkungen. Das ist die größte Gefahr, die von Griechenland ausgeht ..." (FAZ v. 17.7.15) Erst die EZB (d.h. der Euro) gibt den EU-Autoritäten das Mittel in die Hand, den Traum einer alternativlosen neoliberalen Wirtschaftsordnung in die Wirklichkeit umzusetzen und selbst gemäßigt reformistische Varianten auszuschließen.

9. Die Auseinandersetzungen haben eindrucksvoll gezeigt, dass Deutschland in der EU heute eine hegemoniale Rolle spielt. Das hat dazu geführt, dass die im Aushandlungsprozess an verschiedenen Punkten sichtbar gewordenen Divergenzen in der EU – die sich u.a. daran zeigten, dass zunächst sowohl von einigen Mitgliedsländern als auch in EU-Führungsgremien (Juncker, Tusk) positiv aufgenommene griechische Kompromissvorschläge dann doch als „unzureichend" abgelehnt wurden – von der griechischen Seite nicht genutzt werden konnten. Vom im Schäuble/Lamers-EU-Papier der CDU von 1994 vorgeschlagenen „Kern des festen Kerns" Europas, den damals noch das Duo Deutschland/Frankreich bilden sollte, ist nur noch Deutschland übrig geblieben. Dies hängt mit der ökonomischen Schwächung Frankreichs und des französischen

---

[7] Costas Lapavitsas, Soll Griechenland den Euro aufgeben? In: Z 91 (September 2012), S. 41ff. Die Meinung, Tsipras hätte einfach einen Grexit vorbereiten sollen, ist allerdings höchst naiv. Lapavitsas verweist auf die Notwendigkeit einer breiten öffentlichen Zustimmung als Voraussetzung für einen solchen Schritt. Zu berücksichtigen ist zudem, dass 1999 der größte Teil der Devisenreserven der Nationalen Notenbanken an die EZB übertragen wurde. Ein eigenmächtiger, also ohne Segen von EU und EZB durchgeführter Grexit verbunden mit der Wiedereinführung einer nationalen Währung hätte die griechische Notenbank praktisch ohne Devisenreserven und damit ohne die Möglichkeit, Spekulationsattacken abzuwehren, gelassen. Eurogruppe und EZB haben also de facto die materiellen Hebel in der Hand, um die Bedingungen eines Exits aus dem Euro zu diktieren.

Kapitals zusammen.[8] Die Unfähigkeit Frankreichs, sein chronisches Doppeldefizit (Staatshaushalt/Leistungsbilanz) unter Kontrolle zu bringen, müsste das Land eigentlich zu einem Kandidaten für EU-Sanktionen machen, mit drastischen Folgen für die Höhe der von Frankreich zu zahlenden Zinsen. Nur von Deutschland tolerierte Ausnahmeregeln schützen das Land davor, in die Gruppe der „europäischen Fußkranken" abzusinken.

10. Das eingangs erwähnte Hauptziel, die Delegitimierung der griechischen Regierung, wurde in vielen europäischen Ländern erreicht: Begünstigt durch verlogene Medienkampagnen halten große Bevölkerungsmehrheiten die neue griechische Regierung verantwortlich nicht nur für aktuelle Probleme, sondern auch für die verfehlte Politik der konservativen und sozialdemokratischen Vorgängerregierungen, die den Schuldenberg erst angehäuft hatten. Es ist eindrucksvoll, wie es die europäischen konservativen und sozialdemokratischen Politiker innerhalb von Wochen geschafft haben, die Misswirtschaft jener griechischen Parteien, mit denen sie selbst jahrelang im europäischen Parlament in gemeinsamen Fraktionen Politik gemacht haben, vergessen zu machen. Bemerkenswert auch, dass bestimmte Komponenten des Programms – wie die Beseitigung von nationalen Tarifvereinbarungen, die Ladenöffnung an Sonntagen oder die Kommerzialisierung von Apotheken – von jenen Kräften (Gewerkschaften, Kirchen, Interessenverbänden), die diese Vorhaben hierzulande vehement bekämpfen, mit Schweigen übergangen werden.

11. Die in der Annahme des EU-Diktats sinnfällig gewordene Niederlage ist u.a. darin begründet, dass Syriza in Europa keine starken Verbündeten gewinnen konnte. Eine zentrale Rolle spielt die Sozialdemokratie, die sich in Gestalt der deutschen SPD teilweise noch rigider und antigriechischer gebärdete als die Konservativen. Auch wenn die innenpolitischen Interessenlagen unterschiedlich sind (in Frankreich werden die Sozialisten bei den nächsten Wahlen nur überleben, wenn es ihnen gelingt, Linke und Ökos für gemeinsame Listen zu gewinnen), so hat sich doch schnell gezeigt, dass anfängliche Hoffnungen der Syriza-Regierung auf sozialdemokratische Unterstützung oder auch nur Sympathie in Europa illusorisch waren: Die Angst der Sozialdemokraten, dass der von ihnen gefahrene neoliberale Kurs durch griechische Linkserfolge desavouiert werden könnte, war größer als die Einsicht, dass die Durchsetzung der reaktionären Spar- und Reformpolitik in Griechenland, einschließlich der Schwächung der Gewerkschaften, auch ihre Spielräume weiter einengen wird.

Hinzu kommt die europaweite Schwäche der politischen und gewerkschaftlichen Linken in ihren verschiedenen Facetten, die nicht in der Lage war, relevante Solidaritätsaktionen zu organisieren. Selbst die antigewerkschaftliche Stoßrichtung des Reformprogramms hat außerhalb Griechenlands kaum jemand von opportunistischen Parolen nach dem Motto ‚kein Geld für faule Griechen' abzubringen vermocht. Einmal mehr zeigt sich, dass sich progressive Veränderungen der Kräf-

---

[8] Vgl. Kees van der Pijl/Otto Holman, Transnationale Verflechtung und Stellung des deutschen Kapitals in der EU, in: Z 93 (März 2013), S. 95.

teverhältnisse gegenwärtig nur aus nationalen Themen, Konfliktlagen und Kämpfen ergeben. Die Bedeutung der griechischen Frage für die Entwicklung in Europa, deren sich die Konservativen voll bewusst sind, wird auf der linken Seite des politischen Spektrums bisher nicht breitenwirksam wahrgenommen.

Ähnlich illusorisch war die Hoffnung auf mediterrane Solidarität gegen deutsche Dominanz: Die konservativen Regierungen in Spanien und Portugal, die beide vor Wahlen stehen, fürchten nichts so sehr wie Erfolge einer griechischen Linksregierung – würden diese doch zeigen, dass es eine Alternative zu Spardiktat und Austeritätspolitik gibt. Dies gilt auch für die Renzi-Regierung in Italien.

12. Ein besonders düsteres Kapitel ist die Spaltung der griechischen Linken, vor allem der Gegensatz zwischen KKE und Syriza. Von Anfang an hat die KKE keinen Zweifel daran gelassen, dass Syriza ihr größter Feind ist – selbst beim Referendum, bei dem es darum ging, die Erpressung durch die Gläubiger zurückzuweisen, konnte sich die KKE nicht zur Unterstützung des „Nein" durchringen. Diese sektiererische Haltung, die wahrscheinlich einen schon früher möglichen linken Wahlsieg verhindert hat, ist umso unverständlicher, als die KKE selbst kein politikfähiges Konzept gegen die Krise hat. So erklärte sie aus Anlass der Parlamentsdebatten um das EU-Diktat allen Ernstes, die Arbeiterklasse müsse jetzt zusammenstehen, die Macht übernehmen und „übergangslos sozialistische Verhältnisse" herstellen[9] – eine Position der linksradikalen Phrase, die in dieser Situation an Absurdität kaum zu überbieten ist. Eine kritische Unterstützung der Regierung von links im Rahmen einer vernünftigen Bündnispolitik hätte die Position der Linken insgesamt verbessert. Es siegten ein enger Parteiegoismus und ein aus den Fraktionskämpfen der Vergangenheit stammender Geist der Abstrafung.

13. Derzeit schwankt die deutsche Linke zwischen den Extremen einer Beschönigung des ökonomisch und sozial katastrophalen Diktats der ‚Institutionen' einerseits und der Verdammung von Syriza, insbesondere des Regierungschefs Tsipras, als „Verräter" oder „Feigling" andererseits. Dies ist eine unfruchtbare Debatte, die die entscheidende Rolle der politischen und sozialen Kräfteverhältnisse und Bewegungen für die weitere Entwicklung ausblendet. Gegenwärtig, Anfang August 2015, ist die Lage prekär, aber noch nichts ist endgültig entschieden. Die linke Regierung hat nicht nur ein Programm zu vertreten, das ökonomisch und sozial katastrophal ist, sie hat zudem weitgehend die Kontrolle über Verwaltung und Staatsapparat aufgeben müssen. Die Kontrolleure der Troika ziehen wieder gestärkt in die griechischen Ministerien ein, jede parlamentarische Initiative der Regierung muss vorher mit demokratisch durch nichts legitimierten Beamten von EU, EZB und IWF[10] abgesprochen werden. Andererseits zeigt die Erfahrung mit den Strukturanpassungsprogrammen der Vergangenheit, dass die – oft völlig unrealistischen – Konditionalitäten der Gläubiger (siehe der geplante Primärüberschuss im Staatshaushalt) keineswegs in Stein gemeißelt sind. In den 'Institutio-

---

[9] Zit. nach „junge Welt" v. 15. 07. 2015.

[10] Hinzu kommen Beamte des ‚Rettungsschirms' ESM.

nen' wird der Widerstand der Bevölkerung gegen einzelne Maßnahmen aufmerksam registriert. Der von den EU-Ländern gefürchtete ‚Ansteckungseffekt' bezieht sich auch auf soziale Bewegungen: Die Befolgung von Streiks, Massendemonstrationen und brennende Barrikaden haben ebenso wie ziviler Ungehorsam ihre Wirkung. Dies gilt auch für Reaktionen auf der europäischen Ebene und die Stimmung in einzelnen Mitgliedsländern. Entscheidend für die weitere Entwicklung aber ist die Intensität des griechischen Widerstands gegen das Diktat, den die Regierung zur Erweiterung ihres Spielraums nutzen kann, und dessen Unterstützung in anderen EU-Ländern.

14. Weil die Linke in Deutschland und Europa keine spürbare Unterstützung auf die Beine stellen konnte, ist die vorläufige Niederlage von Syriza auch eine Niederlage der deutschen und europäischen Linken. Die Lehren aus den griechischen Erfahrungen werden kontrovers diskutiert. Eine wichtige Erkenntnis ist aus unserer Sicht: Eine eigenständige nationale Wirtschaftspolitik, eine demokratische Alternative zum neoliberalen Austeritätsdiktat ist mit der EZB, mit den Institutionen (und damit den Finanzmärkten) in der Eurozone unmöglich geworden. Ist also eine demokratische Alternative innerhalb der Eurozone überhaupt denkbar? Der griechische Fall hat die Legitimität der EU-Institutionen nachhaltig beschädigt. Demokratisch gewählte Mehrheiten wurden offen ausgehebelt von Organisationen, die nicht nur kein demokratisches Mandat haben, sondern ihre eigenen Regeln mit Füßen treten. Der Fortgang des griechischen Dramas hängt in erster Linie von der Entwicklung sozialer und politischer Kräfteverhältnisse vor allem in Griechenland, aber auch in den europäischen Ländern ab. Eine vorzeitige Beerdigung des griechischen ‚Experiments' – wann gab es zuletzt in Europa eine linke Regierung? – durch Teile der europäischen Linken wäre ein großer Fehler. Daher ist die Linke aufgefordert, Griechenland und seine Regierung bei den weiteren Verhandlungen im Widerstand gegen das Austeritätsdiktat zu unterstützen, indem sie vor allem in Deutschland spürbaren Druck entwickelt.

15. Wenn die Entwicklung der letzten Wochen und Monate zumindest einen potenziell positiven Effekt hatte, dann liegt der in der Offenlegung der Dominanz Deutschlands in der EU, die schon in den Verhandlungen nicht ohne Widerspruch geblieben ist. Spielte die deutsche Regierung über Jahre die Rolle der bescheidenen und gutmütigen Führungsmacht, so hat sie diese Maske in den Verhandlungen von Brüssel fallen gelassen. Das von Schäuble und Merkel sanktionierte Diktat löste selbst unter anwesenden Regierungschefs abwehrende Reaktionen hervor („Genug ist genug": Renzi), die aber in den Verhandlungen folgenlos blieben. Dennoch wird in Europa vermehrt über die Rolle und das Auftreten Deutschlands diskutiert. Auch die deutschen ‚Leitmedien' registrieren diese Debatte. Die Kritik am deutschen Dominanzgehabe wird das ohnehin verbreitete Unbehagen an der EU in vielen Ländern weiter anheizen. Die Linke muss diese Stimmung gegen ein deutsches Europa aufgreifen und progressiv wenden, um den Spielraum von Syriza zu vergrößern und der Gefahr entgegenzutreten, dass die extreme Rechte von dieser Stimmung profitiert.

Ursula Huws

Widersprüche der digitalen Ökonomie

Informationskapitalismus und Kybertariat

Im Jahre 2003 erschien im Monthly Review Press-Verlag unter dem Titel „Die Entstehung des Kybertariats: Virtuelle Arbeit in einer Realen Welt" (The Making of a Cybertariat: Virtual Work in a Real World) eine Auswahl von Essays, die ich seit den späten 1970er Jahre veröffentlicht hatte. Eine neue Sammlung von Aufsätzen, die unlängst unter dem Titel „Arbeit in der digitalen Wirtschaft"[1] erschienen ist und Veröffentlichungen der Jahre 2006 bis 2013 enthält, knüpft dort an, wo die älteren aufgehört hatten: Diese Jahre waren eine besonders bewegte Periode in der Geschichte des Kapitalismus und der Organisation der Arbeit.

Das zentrale Thema der älteren Aufsatzsammlung war die außerordentliche Fähigkeit des Kapitalismus, regelmäßig auftretende und bedrohliche Krisen durch die Einführung neuer Produkte zu überwinden. Immer dann, wenn die kapitalistische Wachstumslogik zu einer Übersättigung von Märkten und somit in eine Krise der Rentabilität zu führen scheint, werden weitere Lebensbereiche erschlossen, in denen neue Produktionsformen von neuen Waren und Dienstleistungen entstehen, wodurch neue Märkte erschlossen werden. Diese expansiven Phasen sind oft mit der Durchsetzung neuer Technologien verbunden. So führte z.B. im frühen 20. Jahrhundert die Ausbreitung der Elektrizität zu einer Welle von neuen Waren im Bereich der Haushaltsarbeit (Staubsauger, Waschmaschinen und Kühlschränke) und der Unterhaltung (Radios, Filmvorführgeräte, Plattenspieler – verbunden mit Film- und Tonaufnahmen, die entsprechende Inhalte produzierten). Neue Formen von Produktion und Konsum breiteten sich aus. Während neue Arten bezahlter Arbeit entstanden, wurde die Haushaltsarbeit zunehmend in etwas umgewandelt, was ich als „Konsumarbeit" bezeichnete. Immer mehr Aktivitäten, die vormals Teil der Privatsphäre und zwischenmenschlicher Beziehungen waren, wurden zu öffentlichen Marktverhältnissen. Und je mehr die Arbeiter auf diese neuen Waren angewiesen waren, um das tägliche Überleben zu sichern, desto mehr mussten sie entsprechende Einkommensquellen erschließen, um sie zu bezahlen. Damit wurde ihr Leben immer umfassender dem Zugriff des Kapitals ausgesetzt. Und doch wurden diese Innovationen überwiegend mit Begeisterung angenommen. Ihre Neuheit, Modernität und Bequemlichkeit sowie das Gefühl, über Luxusgüter verfügen zu können, die vormals den Reichen vorbehalten waren, hatten eine geradezu unwiderstehliche Anziehungskraft. Die Menschen, die sich den neuen Produkten verweigerten, erschienen altmodisch, technisch unfähig, konser-

---

1 Dieser Artikel ist eine überarbeitete Version der Einleitung zu diesem Buch „Arbeit in der digitalen Wirtschaft. Das Kybertariat kommt in die Jahre" (Labor in the Digital Economy: The Cybertariat Comes of Age), Monthly Review Press, London 2014. (Übersetzung aus dem Englischen mit freundlicher Genehmigung von Monthly Review Press: Jörg Goldberg und Michael Zander. Zwischenüberschriften: Redaktion).

vativ oder gar maschinenstürmerisch und fanden sehr schnell heraus, dass viele Aspekte des sozialen und wirtschaftlichen Lebens zunehmend auf der Annahme beruhten, dass ein jeder diese neuen Produkte besaß und beherrschte. Im ersten der eingangs erwähnten beiden Bücher wurden die Auswirkungen dieser Entwicklung auf bezahlte und unbezahlte Arbeit nachgezeichnet; dabei wurde gezeigt, dass der Kapitalismus nicht nur immer mehr Bereiche des Lebens durchdringt, sondern sich auch geografisch ausdehnt.

Kapitalistische Durchdringung aller Lebensbereiche

Heute ist eine Periode angebrochen, in der früher angestoßene Wellen von Kommodifizierung, d.h. der Verwandlung von immer mehr Lebensbereichen in Waren, zur Reife gelangen. Neue Waren sind entstanden, weil immer mehr Aspekte des Lebens, die früher ganz außerhalb der Geldwirtschaft gelegen hatten, marktförmig wurden, oder zumindest diejenigen Anteile, die den Kapitalisten Profit bringen. Neue Felder der Kapitalakkumulation sind entstanden, jedes verbunden mit einer unterschiedlichen Methode der Kommodifizierung. Sie bilden die Basis neuer Wirtschaftszweige und beeinflussen das tägliche Leben auf jeweils unterschiedliche Weise, insbesondere Arbeit und Konsum. Betroffen sind die Biologie, Kunst und Kultur, öffentliche Dienstleistungen und zwischenmenschliche Beziehungen.

Ich verwende den Begriff „Biologie" wo es darum geht, das Leben selbst, in Form von Pflanzen und Tieren bzw. deren DNA, auszubeuten, um neue Waren wie Medikamente oder genetisch veränderte Nahrungsmittel herzustellen. Diese neuen Produkte bilden ein großes und wachsendes Absatzfeld mit gewaltigen Auswirkungen auf viele Aspekte des täglichen Lebens. Ich erwähne dies hier nur kurz, ohne auf Einzelheiten eingehen zu können; denn obwohl ich dies für sehr wichtig halte, habe ich dazu nicht geforscht und könnte zu den anderswo geführten anregenden Debatten wenig beisteuern. Im Folgenden beschränke ich mich daher auf drei andere Gebiete: Kunst und Kultur, öffentliche Dienstleistungen und zwischenmenschliche Beziehungen.

Die *Kommodifizierung von Kunst und Kultur* knüpft an historisch frühe Prozesse an. Die Arbeit der Künstler war für viele Jahrhunderte bezahlte Arbeit, und Kunst als Ware hat ebenfalls eine sehr lange Geschichte und wurde unter einer Vielzahl unterschiedlicher sozialer und vertraglicher Bedingungen produziert. Was sich in der jüngeren Vergangenheit verändert hat, ist das Ausmaß, in dem Kunst in kapitalistische Produktionsverhältnisse einbezogen wurde, der hohe Grad der Kapitalkonzentration in diesem Sektor und die Einführung einer globalen Arbeitsteilung bei der Produktion von Kulturgütern. Die Konzentration der Eigentumsverhältnisse auf einige wenige Transnationale Konzerne wurde begünstigt durch technische Entwicklungen, welche die Zusammenfassung ehemals auf verschiedene Wirtschaftszweige verteilter Aktivitäten ermöglichten. Zeitungs- und Buchproduktion, Fernsehen, Film- und Tonaufnahmen sowie die Herstellung von Spielen verschmolzen nahtlos mit der Produktion der entsprechenden kulturellen Inhalte, mit Vertriebsgesellschaften und Infrastrukturproduzenten zu Riesenunternehmen. Diese bedienen ein breites Spektrum von Aktivitäten und verbinden in sich stän-

dig ändernden Konstellationen die Arbeit von 'Kreativen' mit der Arbeit von Technikern und Büroangestellten, von Managern und Dienstleistern in globalem Maßstab.

Im späten 20. Jahrhundert wurden Einkommen und Arbeitsbedingungen von Schriftstellern, Filmemachern und Musikern meist im Rahmen von Verhandlungen mit vertikal organisierten Filmgesellschaften, Musikkonzernen und Verlagen bestimmt, deren Profite vom Verkauf von Filmen, Tonaufnahmen, CDs, Büchern und Zeitschriften abhingen. Heute werden die Märkte zunehmend dominiert von Konzernen, die bestimmte Geräte herstellen (wie Amazons Lesegerät Kindle oder Apples iPhone) und die damit verbundenen Inhalte (in Form von eBooks oder iTunes) vertreiben. Im Zuge dieser sektoralen Machtverschiebungen veränderte sich die Stellung der Kreativen, die zu Zulieferern von Inhalten für Geräte wurden, die in anderen Branchen hergestellt werden. Das hat verschiedene Auswirkungen. Kreative Arbeit wird verknüpft mit der von anderen 'Wissensarbeitern' wie z.B. Softwareentwicklern und zwingt die Kreativen zunehmend, Aufgaben zu übernehmen, die früher von anderen Berufen (Herausgeber, Setzer, Designer, Aufnahmetechniker, Kameraleute usw.) ausgeführt worden waren. Gleichzeitig wird die Verfügungsmacht über intellektuelles Eigentum eingeschränkt. Die alten vertikal organisierten Unternehmen versuchen, sich den neuen Marktbedingungen anzupassen. Ihre wichtigste Ressource – das Produkt der Kreativen – wird zu einer Ware, die gleichzeitig in verschiedenen Formen, auf verschiedenen Trägern und Plattformen an ein unterschiedliches Publikum verkauft wird. Da diese Unternehmen oft die Kontrolle über den Absatz an die Endverbraucher verloren haben, sind sie gezwungen, die Produkte mit geringeren Gewinnmargen an Zwischenhändler abzugeben. Den finanziellen Druck geben sie an die kreativen Arbeiter weiter. Wenn für Konzerne wie Amazon oder Apple der Verkauf von eBooks oder iTunes nicht mehr der Hauptzweck, sondern nur noch ein Mittel sind, um mehr Kindles oder iPhones zu verkaufen, dann haben sie kein Interesse mehr, den Profit aus dem Verkauf eines bestimmten Titels zu steigern. Ihr Interesse besteht nun darin, den Absatz aller Titel zu steigern, um die Wahlmöglichkeiten der Gerätebesitzer zu erhöhen und so den Geräteabsatz zu fördern. Dies verändert die Unternehmensstrategie der Medienindustrie grundlegend. Die Verhandlungsmacht der Kreativen wird geschwächt und die Einkommensmöglichkeiten für die Mehrheit von ihnen eingeschränkt. Gleichzeitig profitiert eine kleine Minderheit. Selbst Künstler, die auf traditionelle Weise und unabhängig vom Markt arbeiten wollen, sehen sich in der Praxis gezwungen, bei großen Unternehmen und Bürokratien zu betteln und sich anzupreisen, um Zugang zu jenen Ressourcen zu erhalten, die sie für ihre Arbeit brauchen.

Die *Kommodifizierung öffentlicher Dienstleistungen* folgt einer anderen Logik, obwohl es Überschneidungen mit der Kommodifizierung kultureller Aktivitäten gibt – bei vielen Dienstleistungen, wie z.B. im Erziehungsbereich, geht es um kulturelle Inhalte. Die Erweiterung öffentlicher Dienstleistungen, die von bezahlten öffentlichen Angestellten erbracht wurde, war eine wichtige Erscheinung des 20. Jahrhunderts. In kommunistischen Ländern war dies ein typisches Beschäftigungsmodell, aber auch in entwickelten kapitalistischen Ländern hatte die öffent-

liche Beschäftigung eine große Bedeutung. Vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden Wohlfahrtsstaaten, verbunden mit entsprechender öffentlicher Beschäftigung. In deren Rahmen ließen sich die Interessen von Arbeit und Kapital miteinander vereinbaren. Obwohl die Wohlfahrtstaaten auch funktionale Bedürfnisse des Kapitals befriedigten, indem sie Reproduktionskosten der Arbeitskraft übernahmen, kann der Ausbau staatlicher Dienste auch als Erfolg der organisierten Arbeiterklasse betrachtet werden. Diese hatte lange Zeit für Altersrenten, für öffentliche Erziehung und Gesundheitsversorgung, für Kranken- und Arbeitslosenversicherungen gekämpft. So waren öffentliche Dienstleistungen ein Teil der Errungenschaften, welche die Arbeit dem Kapital abgerungen hatte. Die Öffnung der Dienstleistungsbereiche als neues Akkumulationsfeld hatte weitreichende und vielfältige Folgen. In den ehemaligen kommunistischen Ländern nahm diese Wiederaneignung nach 1989 oft die Form einfachen Raubs an und bildete die Grundlage für neue kleptokratische Oligarchien. An anderer Stelle wurde subtiler, aber ähnlich schädigend vorgegangen: manchmal durch direkte Privatisierung, zunehmend aber durch einen schleichenden Prozess des Outsourcing – und zwar Funktion für Funktion, Abteilung nach Abteilung, Region nach Region – an einen neuen Typ von Unternehmen. Diese Unternehmen mit globaler Reichweite waren nicht nur in der Lage, die billigsten Arbeitskräfte zu nutzen, sondern konnten ebenso die Steuern minimieren, die sie an jene Regierungen zahlen, welche sie bereitwillig mit den Ressourcen versorgten, aus denen sie ihre Profite ziehen.

Kommodifizierung der zwischenmenschlichen Beziehungen

Es ist wahrscheinlich der dritte hier zu behandelnde Bereich von Kommodifizierung, die der zwischenmenschlichen Beziehungen, die am schwersten zu fassen ist, wenn es um neue Waren und Wirtschaftszweige geht. Menschen müssen miteinander flirten und sprechen, Scherze machen und mitfühlend sein, den Kontakt zu Freunden halten. Familienbeziehungen müssen für unsere Vorfahren ein so grundlegendes Bedürfnis gewesen sein wie das gegenseitige Beschnüffeln bei Tieren. Sicherlich haben sie gedacht, dass diese Art von persönlichen Beziehungen unzugänglich sei für die harten und kalten Gesetze des Kapitalismus; wie könnten diese zu Quellen von Unternehmensprofiten werden? Ich vermute, dass viele Menschen immer noch glauben, ihre persönlichen Beziehungen gehörten zum privaten Bereich von Zuneigung und Authentizität und lägen damit außerhalb des Marktes. Aber schon ein oberflächlicher Blick auf fast jede Gruppe in fast jeder sozialen Situation in der entwickelten Welt zeigt, wie illusorisch diese Vorstellung ist.

Dies zeigen vier mehr oder weniger zufällig ausgewählte schnappschussartige Beobachtungen. Die *erste* zeigt eine Gruppe von Schulkindern, die über eine Straße gehen und dabei laut und lebhaft sprechen, aber nicht miteinander, sondern zu abwesenden Personen. Offensichtlich verdient irgendeine Telefongesellschaft an jeder Minute ihrer Gespräche, die gebührenfrei wären, wenn sie direkt miteinander kommunizierten. Andere Unternehmen verdienen an Onlinekontakten: soziale Medien und die Unternehmen, die dort Werbung betreiben. Aber natürlich spielen auch die entsprechenden Geräte eine Rolle.

Das Kind mit dem neuesten Smartphone steigert seinen sozialen Status. Jene, die so etwas nicht besitzen (Kinder von Arbeitslosen, Alleinerziehenden, jüngeren Migranten bzw. von Eltern, die solche Dinge nicht kaufen können oder wollen) sind in ihrer sozialen Stellung gefährdet. Die Gefahr von Exklusion wird größer, zusätzlich zu den Marginalisierungstendenzen, die der Konsumkapitalismus ohnehin beinhaltet (falsche Kleidungs- und Schuhmarken). Die Kolonisierung sozialer Beziehungen hat nicht nur neue Profitquellen erschlossen, sondern trägt auch dazu bei, Keile ins Netz gesellschaftlicher Beziehungen zu treiben und so die Grundlage zukünftiger Solidarität zu unterminieren.

Mein *zweiter Schnappschuss* zeigt fünf Menschen, die am Tisch eines Cafés sitzen. Zwei von ihnen tippen routiniert etwas, einer telefoniert, wobei er sich über das schwache Signal beklagt, ein anderer fotografiert mit seinem Handy, der fünfte studiert die Speisekarte. Niemand scheint sich wohlzufühlen. Statt die reichen und differenzierten Möglichkeiten des direkten persönlichen Kontakts zu nutzen, bevorzugen sie enge und einseitige Kommunikationswege: die beschränkten Ausdrucksmöglichkeiten von SMS, die undeutlichen Signale von am Telefon geschrienen Worten. Wieder steigt der Unternehmensprofit, während sich die Qualität zwischenmenschlicher Beziehungen verschlechtert.

Die *dritte Beobachtung* stammt aus einem Londoner Bus, erfüllt von einer Kakophonie von Gesprächen in verschiedenen Sprachen, oft laut und aggressiv: manche intim, manche banal und eher überflüssig, als ob der oder die AnruferIn es nicht ertragen kann, auch nur einen Moment untätig zu sein: „Ja, ich bin im Bus. In der Linie 73. Ich bin vor 15 Minuten aus dem Büro gekommen. Ja, ich werde in ungefähr 20 Minuten ankommen. Nein, es gibt nichts Besonderes." Viele, die sich gerade nicht mit ihrem Telefon beschäftigen, haben Kopfhörer, die an verschiedene Geräte angeschlossen sind, auf denen sie rumtippen. Das erlaubt es ihnen, gebrechliche Menschen zu ignorieren, denen sie ihren Platz anbieten sollten. Der Bus ist nicht mehr, wie früher, ein Ort an dem man überraschende Treffen erlebte, an dem man mit Unbekannten spaßen oder sich mit vereinsamten Menschen austauschen konnte, für die ein Gespräch im Bus möglicherweise der einzige menschliche Kontakt war. Während einerseits private und intime Angelegenheiten aus Schlafzimmer und Küche laut hinausgeschrien werden, werden andererseits Fremde, die den gleichen sozialen Raum teilen, völlig ignoriert bzw. als Kommunikationspartner zurückgewiesen. Die Verhältnisse zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen scheinen auf den Kopf gestellt, während die Erträge der globalen Kommunikationsunternehmen sprudeln.

Mein *vierter und letzter Schnappschuss* zeigt eine Konferenz, präsidiert von vier Menschen aus drei Kontinenten. Einer von ihnen führt den Vorsitz, einer spricht und die anderen zwei schauen konzentriert auf ihre Laptops oder iPads. Die meisten Zuhörer tun das gleiche, einige sehen ihre Emails durch, ohne auch nur Augenkontakt mit anderen Zuhörern aufzunehmen, obwohl viele von ihnen doch weit gereist sind (wobei sie viel Treibstoff verbraucht haben), um an der Veranstaltung persönlich teilzunehmen. In jedem Fall wird die direkte Kommunikation durch Gespräche, Berührungen oder Blickkontakte zurückgewiesen zugunsten

von elektronisch vermittelter Kommunikation. Die (vom Jetlag ermüdeten) Redner lesen vorbereitete Papiere vor, die die Anwesenden auch woanders auf Papier oder anderen Medien hätten lesen können. Die Teilnahme an der Tagung und die Vorbereitung eines 'Papers' dienen eher der Qualifizierung des Lebenslaufs für spätere Bewerbungen als dem direkten Dialog. Die teure Farce trägt wenig zur Intensivierung der Kommunikation bei, obwohl natürlich später an der Bar einiges an Kontakten hergestellt wird, jedenfalls von denen, die sich nicht aus Zeitgründen gezwungen sehen, in ihren Hotelzimmern Emails zu checken, ihre Familien anzurufen oder das nächste Konferenzpapier zu schreiben.

Wo ist dabei der Kapitalismus?

Überall! Er profitiert natürlich von der Herstellung der zahlreichen Geräte – Handys, Tablets, Laptops, iPads und dem entsprechenden Zubehör. Die Beschäftigten der Hersteller, deren Markenzeichen die Geräte zieren, stellen nur die Spitze des Eisbergs von Arbeit dar. Beteiligt an der Produktion sind außerdem Bergleute, die Rohstoffe fördern, Fabrikarbeiter, die die Einzelteile zusammenbauen, Transport- und Vertriebsarbeiter, Dienstleister, Softwareingenieure, Mitarbeiter von Callcentern und viele andere. Auch muss eine entsprechende Infrastruktur aufgebaut und unterhalten werden: Satelliten, Kabel und Wi-Fi-Router sind nötig, damit die scheinbar flüchtigen und als Wellen unsichtbaren digitalen Inhalte zugänglich werden; nicht zu vergessen die sehr realen Stromnetze, die die Elektrizität leiten, ohne die all das nicht funktioniert. Auch das erfordert die Arbeit vieler Menschen, die in verschiedenen Unternehmen arbeiten und unterschiedliche Tätigkeiten verrichten, darunter die Förderung von Kohle und Öl, den Bau von Windgeneratoren, den Betrieb von Kraftwerken, das Verlegen von Kabeln unter Straßen, Feldern und Ozeanen; nicht zu vergessen die Wissenschaftler, welche jene Raketen konstruieren, die die Satelliten ins All bringen. Einige dieser Industrien gab es schon vor dem Boom der Informations- und Kommunikationstechnologien, ihre Absatzmärkte aber sind mit der Ausbreitung der digitalen Technik enorm gewachsen. So wird geschätzt, dass die IK-Techniken im Jahr 2013 zwischen 930 und 1500 Milliarden Kilowattstunden Energie verbrauchten.[2]

Weiterhin generiert jede der elektronisch vermittelten Kontakte Umsatz für die transnationalen Konzerne, welche die Telekommunikationsdienste betreiben. Jeder Mensch auf der Welt, der einen Handy-Vertrag oder einen Internetzugang hat – und deren Zahl nimmt exponentiell zu – muss diesen Unternehmen regelmäßige Zahlungen leisten, um seine zwischenmenschlichen Beziehungen aufrecht zu erhalten. Zusätzlich zu den Erträgen aus Kommunikationsgebühren generiert die Nutzung von digitalen Geräten Umsatz für viele andere Unternehmen, kleine und

---

[2] Die niedrigen bzw. hohen Zahlen stammen jeweils aus: Bart Lannoo u.a., *Overview of ICT Energy Consumption*, Network of Excellence in Internet Science, 2013, http://internet-science.eu, and Mark P. Mills, *The Cloud Begins with Coal: Big Data, Big Networks, Big Infrastructure, Big Power*, report to the National Mining Association and American Coalition for Clean Coal Energy (Digital Power Group, August 2013), http://tech-pundit.com.

große: für jene, die Anwendungen und Apps produzieren oder die Gebühren für die Nutzung von Online-Spielen erheben. Aber auch das ist nicht alles. Alle zwischenmenschlichen Kontakte, die über Telekommunikationswege hergestellt werden, hinterlassen digitale Spuren, die für zielgerichtete Werbung genutzt werden können. Das Internet ist ein riesiges Einkaufszentrum, dessen Nutzer permanent mit Werbung bombardiert werden, die auf die heikelsten persönlichen Probleme abgestellt ist. Die meisten von uns sind so an diese allgegenwärtigen Werbebotschaften gewöhnt, dass sie deren Schädlichkeit übersehen. Von frühester Kindheit an wird uns hundert Mal am Tag vermittelt, wie fett, hässlich, abstoßend, schlecht riechend, lächerlich altmodisch wir sind, ausgestattet mit Brüsten und Penissen, die die falsche Größe haben oder denen es an Festigkeit mangelt und dass wir niemals beliebt sein werden, wenn wir nicht dieses oder jenes Produkt kaufen, das die magische Lösung dieser Probleme garantiert. Der Umsatz steigt, auch wenn die Märkte gesättigt erscheinen. Das wird erreicht, indem man die Menschen davon überzeugt, einfach mehr zu kaufen – z.B. sich mehrmals am Tag zu duschen – oder durch Erzeugung von kollektiver Konsumsucht, wobei Dinge zwanghaft gekauft werden, die rasch wieder ersetzt werden müssen bzw. durch die Entwicklung neuer Produkte obsolet werden.

Online-Werbung ist zwar intensiver und besser gezielt als andere Verkaufsformen, aber sie ist nicht eigentlich neu, obwohl natürlich nicht zu bezweifeln ist, dass das Internet es einigen transnationalen Konzernen ermöglicht hat, ihre globale Reichweite auszudehnen. Es war aber nicht erwartet worden, dass die Kommodifizierung zwischenmenschlicher Beziehungen zum phänomenalen Aufstieg jener Unternehmen führen würde, die sowohl Einkünfte von den Güterproduzenten als auch aus den Online-Aktivitäten ihrer Kunden beziehen: Indem sie letzteren einerseits die Mittel an die Hand geben, im Internet miteinander zu kommunizieren (z.B. Facebook oder Googlemail) und sie andererseits dazu bringen, ihre intimsten Geheimnisse an die Werbewirtschaft abzugeben, damit diese ihre Probleme profitabel ausbeuten kann. Angesichts der geschilderten gewaltigen neuen Möglichkeiten der Kommodifizierung, zu denen andere, hier nicht beschriebene Potentiale kommen, ist es nicht überraschend, dass der Kapitalismus seine periodischen Krisen nicht nur überwinden kann, sondern aus jeder neue Kraft schöpft und sich mit neuen Ressourcen ausstattet, um seine Beziehungen zur Arbeit zu erneuern.

Veränderte Beziehungen von Arbeit und Kapital

Um zu verstehen, wie sich die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit verändert haben, ist ein Blick in vorangegangene Perioden nützlich. Jede Periodisierung ist natürlich riskant. Indem man nach historischen Brüchen sucht, läuft man Gefahr, die vielen Elemente von Kontinuität im Hintergrund zu übersehen. Und da die Saat neuer Entwicklungen in der Regel in vorangegangenen Perioden gelegt wurde, ist es schwierig, diese zeitlich genau zu datieren. Trotzdem ist nicht zu leugnen, dass es Momente gibt, in denen neue Erscheinungen eine kritische Masse erreichen und zu qualitativen wie quantitativen Brüchen führen. Sozialer und wirtschaftlicher Wandel und die technologischen Umwälzungen, mit denen dieser oft untrennbar verbunden ist, folgen meist einem bestimmten

Pfad. Innovationen von Pionieren und Vorreitern werden auf breiterer Basis übernommen, was schließlich dazu führt, dass sie zur Grundlage der allgemeinen gesellschaftlichen Praxis werden, um was auch immer es sich handelt (allgemeine Schulpflicht, Elektrizität, Telefon usw.).

Ich behaupte, dass wir heute in einer Zeit leben, in der sich gegenseitig verstärkende ökonomische, politische und technologische Faktoren den Charakter der Arbeit grundlegend verändern. Ich unterstelle damit nicht, dass sich jede Arbeit ändert. Ich argumentiere vielmehr, dass Merkmale von Arbeit, die früher ungewöhnliche Ausnahmen waren, heute von einem zunehmenden Teil der Bevölkerung als normal hingenommen werden. In diesem Prozess verändern sich auch die Erwartungen an das, was als 'normales' Arbeitsverhältnis betrachtet wird. Dieser Wandel ist nicht über Nacht gekommen. Sein Beginn kann bis in Perioden zurückverfolgt werden, in denen die herrschende Praxis eine ganz andere war.

Indem ich stark vereinfache (es gibt viele Ausnahmen und Gegenbeispiele) unterscheide ich *drei Perioden* für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und behaupte, dass wir heute in eine *vierte* eintreten.

Im *ersten dieser Zeitabschnitte* (ca. 1945 bis 1973) haben wir den Aufbau eines „keynesianischen Nachkriegs-Wohlfahrtsstaats" erlebt, auch bezeichnet als „Goldenes Zeitalter des Kapitalismus", „Fordismus" oder „Les Trente Glorieuses".[3] In den entwickelten kapitalistischen Ökonomien des Westens und in einigen Entwicklungsländern war dies die Zeit der nationalen Entwicklungspläne, aufgestellt oft von dreierparitätisch zusammensetzten Gremien aus nationalen Regierungen, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften. Obwohl es damals auch schon transnationale Konzerne gab, wurde die Wirtschaft von nationalen Unternehmen (manchmal in öffentlichem Eigentum) dominiert, die bereit waren, im nationalen Maßstab Kompromisse auszuhandeln. Regierungen war es möglich – zumindest in einigen Ländern – Antimonopolgesetze vom Beginn des 20. Jahrhunderts auszunutzen, um die unternehmerische Praxis zu kontrollieren. Viele Unternehmen waren auf sektor- bzw. unternehmensspezifische Qualifikationen angewiesen, was die Verhandlungsmacht der Arbeiterseite in bestimmten Industrien und Regionen stärkte. Noch wichtiger war, dass der Kalte Krieg Kompromisse mit der Arbeiterseite begünstigte. Sowohl in Nordamerika wie in Westeuropa, aber auch anderswo, ging die Furcht um, dass sich die Arbeiter, käme man ihnen nicht entgegen, dem Kommunismus zuwenden würden. In dieser Periode entstand die Erwartung – zumindest bei qualifizierten weißen und männlichen Arbeitern –, dass die Unternehmer feste und vertraglich gesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu gewährleisten hätten, ausgestattet mit regelmäßigem Urlaub, Bezahlung im Krankheitsfall, Altersversorgung und Aufstiegsmöglichkeiten. Für viele Arbeiter, vor allem Frauen, ethnische Minderheiten und niedrig Qualifizierte, waren solche Arbeitsverhältnisse niemals Wirklichkeit.

---

3 Vgl. z.B. Bob Jessop, *State Theory: Putting the Capitalist State in Its Place* (Cambridge: Polity, 1990); Stephen A. Marglin and Juliet B. Schor, *The Golden Age of Capitalism: Reinterpreting the Postwar Experience* (Oxford: Oxford University Press, 1992); Alain Lipietz and David Macey, *Mirages and Miracles: Crisis in Global Fordism* (London: Verso, 1987); and Jean Fourastie, *Les Trente Glorieuses, ou la révolution invisible de 1946 à 1975* (Paris: Fayard, 1979).

Aber auch wenn diese nicht universell gültig waren, so galt das Streben danach doch als legitimes Ziel nicht nur in den entwickelten Ländern, sondern auch in Entwicklungsländern, wo „Entwicklung" oft mit der Vorstellung eines formalisierten Arbeitsmarktes verbunden wurde, gekennzeichnet durch gesicherte Vollzeitbeschäftigung wie im Westen. Diesem Arbeitsmarktmodell entsprach ein Familienmodell, das ebenfalls nicht mit der Lebenspraxis vieler Arbeiter übereinstimmte: Der Vollzeitbeschäftigte männliche Familienversorger, Vorstand eines von ihm abhängigen Haushalts, in dem die anderen Mitglieder unbezahlte Reproduktionsarbeit leisteten.

Die Ölkrise von 1973 markiert das Ende dieser und den *Beginn der nächsten Periode*, die ungefähr von Mitte der 1970er Jahre bis zum Ende der 1980er Jahre reicht. Die Rentabilität sank, die Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitenden verschärften sich, Arbeitgeber besetzten schlechter bezahlte Stellen verstärkt mit Migranten und Frauen (oft in Teilzeit). Fusions- und Übernahmewellen brachten eine zunehmende Konzentration des Kapitals. Die multinationalen Unternehmen, die daraus hervorgingen, begannen damit, Fabrikarbeit in Niedriglohnländer zu verlagern, manchmal in ausgewiesene Freihandelszonen, wo sie vor Umweltschutz- und Sicherheitsbestimmungen geschützt waren und wo bestimmte Steuervorteile geboten wurden. Nationale und regionale Regierungen mit schwindender Macht, diese Unternehmen zu regulieren, sahen sich zunehmend in eine Konkurrenz um ausländische Direktinvestitionen gezwungen. Sie boten Subventionen und andere Anreize, um etwa ein großes Autowerk in ihr Land zu locken. Inzwischen ermöglichte es die Entwicklung der Informationstechnologien, Arbeitsprozesse zu vereinfachen und zu standardisieren, einschließlich einiger Dienstleistungen. Dies schwächte die Verhandlungsmacht von traditionell gut organisierten Beschäftigten, während sie andere neue Beschäftigungsfelder erschloss. Die Deindustrialisierung trug strukturelle Arbeitslosigkeit in einige Regionen, aber das Modell des lebenslangen Arbeitsplatzes behauptete sich noch. Im Westen blieben die Gewerkschaften in vielen Regionen stark. Verluste in einigen Bereichen wurden durch Errungenschaften in anderen ausgeglichen. Vor allem im öffentlichen Dienst und im Dienstleistungssektor war eine große Zahl von Frauen und Angehörigen von Minderheiten beschäftigt, deren Forderungen nach Gleichheit und nach neuen Rechten immer lauter wurden. Obwohl sich ein Diskurs über „atypische" Beschäftigungsverhältnisse entwickelte, wurden Arbeitsplätze im Großen und Ganzen immer noch als Gegenstand formaler Regulierungen und von Vertragsverhandlungen gesehen.

Der Beginn der *dritten Periode* kann symbolisch auf den Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 datiert werden. Allerdings fiel dieser hochaufgeladene Moment mit einer Reihe anderer politischer, wirtschaftlicher und technischer Entwicklungen zusammen. Diese haben Veränderungen in einem Ausmaß mit sich gebracht, das es rechtfertigt, eine nächste Periode zu bestimmen, die von 1990 bis Mitte der 2000er Jahre reicht und die einen klar abgrenzbaren Zeitraum in den Arbeitsverhältnissen darstellt. Nicht nur, dass das Ende des Kalten Krieges dem Kapital die ganze Welt als mögliches Feld der Akkumulation eröffnete (während die Angst schwand, die Arbeiter könnten zum Kommunismus überlaufen). Gestützt wurde dies durch eine Welle der Deregulierung, die den freien Handel mit Waren und Dienstleistungen und den ungehinderten Strom von Kapital, geistigem Eigentum

und Informationen über nationale Grenzen hinweg und auf der ganzen Welt ermöglichte. Dereguliert wurde nicht nur der Handel. Neoliberale Regime gingen zur Offensive gegen die Gewerkschaften über, deregulierten die Arbeitsmärkte und begannen einen Privatisierungsprozess, der den öffentlichen Sektor als neues Feld des Profitmachens erschloss.[4] Inzwischen hatten die Informationstechnologien, die in der vorangegangen Periode eingeführt worden waren, eine kritische Masse erreicht und wurden immer preiswerter und allgegenwärtig.

IKT – in der digitalen Welt des Kapitalismus

Das produktive Potential, das die Digitalisierung eröffnet hatte, war begrenzt geblieben, so lange deren Reichweite hauptsächlich auf bestimmte Computer an bestimmten Orten beschränkt war. Stark erweitert wurde es jedoch durch die Verknüpfung von Informationstechnik (IT) und Telekommunikation zur Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT). Die Computer wurden miteinander verknüpft; Inhalte konnten so schnell untereinander ausgetauscht werden, wie es die Kapazität der Telekommunikationsinfrastrukturen erlaubte. 1992 wurde die Internationale Fernmeldeunion (ITU) gebildet.[5] Damit wurde eine Ära der raschen Deregulierung und Modernisierung von Telekommunikationsnetzen auf der ganzen Welt eingeleitet, verbunden mit einer Senkung der Preise und der Einführung von neuen Dienstleistungen, etwa der Mobiltelefonie. Im selben Jahr wurden erstmals SMS-Nachrichten versendet und das Internet gestartet, das von fünfzig Webservern im Januar 1992 auf über 500 im Oktober des Jahres anwuchs.[6] 1992 beseitigte Indien die Hindernisse, die es gegen den Export von Software errichtet hatte, und eröffnete die Möglichkeit, digitale Informationen in großem Maßstab zu verarbeiten.

Damit war der Weg frei für die Entwicklung einer globalen Arbeitsteilung in der Informationsverarbeitung. Es wiederholte sich ein Prozess, der in der vorangegangenen Periode mit dem Auftreten der Fabrikarbeit begonnen hatte. Diese Entwicklung vollzog sich natürlich nicht über Nacht. Es gab viele Stolpersteine auf dem Weg: Frühe Anwender von IKT-gestütztem Offshore-Outsourcing sahen sich vielen Problemen gegenüber, die unter anderem durch technische Inkompatibilitäten zwischen verschiedenen Systemen, durch unzureichende Infrastruktur, Kommunikationsprobleme, kulturelle Unterschiede und den Widerstand von Arbeitern und Managern entstanden sowie durch die Schwierigkeit, komplexe Prozesse zu standardisieren, die in hohem Maße auf dem impliziten Wissen der Arbeitenden beruhten.

Die Verbreitung globaler Sprachen und von Computerkenntnissen benötigte eini-

---

4 In der EU etwa beseitigte eine erste „Utilities Directive" (90/351) die Hindernisse für den Marktzugang in den Bereichen Energie, Telekommunikation, Transportwesen und Wasser. Eine Dienstleistungsverordnung etablierte 1992 das Prinzip, dass öffentliche Dienstleistungen auf dem Markt beschafft werden müssten.

5 (Das ist nicht ganz korrekt. 1992 wurde die Konstitution und Konvention der Internationalen Fernmeldeunion verabschiedet. Die Gründung der ITU datiert bereits auf das Jahr 1865 – Red.)

6 Dave Raggett, Jenny Lam, and Ian Alexander, *HTML 3: Electronic Publishing on the World Wide Web* (Boston: Addison-Wesley, 1996).

ge Zeit, obwohl sie von nationalen und internationalen Organisationen aktiv vorangetrieben wurde. Trotzdem war in den 1990ern ein stetiges Wachstum des „Offshore Outsourcing" in den sich entwickelnden Regionen Indiens und anderen Teilen Asiens und Lateinamerikas zu beobachten. Unterstützt wurde dies nicht nur durch ein allgemeines Wachstum standortungebundener Dienstleistungen, wie etwa Call-Centern, sondern auch durch den Bedarf nach breit angelegtem und routiniertem Software-Engineering im Zusammenhang mit Vorgängen wie der Umstellung europäischer Währungen auf den Euro, der explosiven Expansion des Internets und dem medial vielfach aufgebauschten „Millenium Bug"[7].

Gleichzeitig war dies eine Phase fieberhaften Wachstums und ökonomischer Instabilität. In die Mitte der 1990er Jahre fielen Aufstieg und Absturz der Wirtschaften in den „Asiatischen Tigerstaaten". Am Ende des Jahrzehnts platzte die Dotcom-Blase. Trotzdem verbreiteten sich IKT rund um den Globus, Industrien und Unternehmen entstanden, die auf ihren Anwendungen beruhten. Es gab eine „neue Art multinationaler Konzerne", wie sie die UNCTAD 2004 beschrieb.[8] Diese spezialisierten sich auf ausgelagerte Businessdienstleistungen, sie umfassten globale Telekommunikationsanbieter, Medienkonglomerate und gigantische Konzerne, die sich damals noch in ihren Anfängen befanden und die heute das Internet beherrschen.

Gegen Ende dieser Phase war die digitale Kommunikation ein selbstverständlicher Teil des Alltagslebens geworden (wie die Nutzung des Telefons ein Jahrhundert zuvor). Während sich die Konsumenten daran gewöhnten, Waren online zu bestellen, wurden die Manager von ihren Vorgesetzten gefragt, warum sie eine Kostenreduktion durch Auslagerung nicht in Betracht gezogen hatten. Unmerklich etablierte sich die Idee, Arbeit sei etwas Grenzenloses und „Virtuelles". Mit der zunehmenden Nutzung von Emails (die an jedem Ort gelesen werden können) erodierte die Grenze zwischen dem Wohnung und Arbeitsplatz. Die formell mit Arbeit verbrachten Stunden fielen weniger ins Gewicht angesichts von „Flexibilitätsanforderungen", nach denen Arbeitende in wachsendem Maße gemanagt und bezahlt wurden und die Eingang in Arbeitsplatzbeschreibungen fanden. Von jungen Menschen wurde erwartet, dass sie unbezahlte „Arbeitserfahrungen" machen, ehe sie in den Arbeitsmarkt eintreten. Andere begannen, das Internet für Aktivitäten zu nutzen, die sich zweideutig zwischen „Arbeit" und „Spiel" bewegten. Fast unmerklich verschwanden viele der Parameter, die Arbeit in früheren Perioden definiert hatten.

Diese Periode endete abrupt mit der globalen Finanzkrise von 2007/2008. In deren Folge war die Arbeitswelt plötzlich sehr verändert. Die Kombination von drakonischen Sparmaßnahmen mit einem Niveau von Arbeitslosigkeit, das höher lag als zu irgendeiner Zeit seit der Großen Depression der 1930er-Jahre, eröffnete jungen Menschen kaum andere Möglichkeiten als das hinzunehmen,

---

7 Einige dieser Entwicklungen und ihre Implikationen wurden erörtert in *Labor and the Digital Economy*, Kapitel 2.

8 UNCTAD, *World Investment Report 2004: The Shift Toward Services* (New York and Geneva: UNCTAD, 2004).

was der Arbeitsmarkt ihnen bot. Diese Generation war mit der IKT als einem selbstverständlichen Teil des Alltagslebens aufgewachsen. Sie war so vertraut mit Sozialen Medien, Onlinespielen und SMS, wie es ihre Großeltern mit Stift und Papier waren. Selbst wenn ihre Arbeit manuell war oder im Kundenkontakt stattfand, erwartete man von jungen Menschen, dass sie IKT für Dinge nutzten wie das Ausfüllen von Bewerbungsunterlagen oder die Kommunikation mit ihren Vorgesetzten. Mit anderen Worten, IKT war ein selbstverständlicher Teil der Arbeitswelt geworden. Das Verschwinden klarer Grenzen zwischen Arbeit und Nichtarbeit und die Erosion der die Arbeit beherrschenden formellen Regeln verbreiteten sich, obwohl noch nicht allgemein, besonders an neu entstehenden Arbeitsplätzen. Diese verschwimmenden Grenzen beschränkten sich keinesfalls auf Onlinearbeit. Vielmehr gab es eine Generation, die schon davon geprägt war, die wechselseitige Durchdringung von „Spaß", „Bildung" und normaler Arbeit im Netz zu akzeptieren, und die schlecht dafür gerüstet war, ein derartiges Aufweichen in Bezug auf andere Bereiche zu hinterfragen.

Neue Widersprüche

Nach der Krise war es, als sei die Welt in einer grundsätzlich anderen Realität erwacht. Zuvor schon evidente, aber noch nicht dominierende Trends bildeten eine neue Normalität. Die neue Welt war in unvorhergesehenem Maße von wenigen multinationalen Konzernen beherrscht. Diese Konzerne unterschieden sich in mehrerer Hinsicht von denen früherer Epochen. Ein Blick auf das Ranking der Weltkonzerne beweist einige dieser Trends. Zunächst wird die neue Unternehmenswelt nicht mehr ausschließlich durch die USA, Europa und Japan beherrscht. Unternehmen aus Volkswirtschaften der Schwellenländer spielen eine zunehmend wichtige Rolle für die Schärfung der Konturen einer globalen Ökonomie und daher auch von globalen Arbeitsmärkten. Nicht weniger als 61 der „Fortune 500" sind in China angesiedelt.[9] Das Ranking „Fortune 500" orientiert sich an den Umsätzen der Unternehmen, wodurch deren Bedeutung überschätzt werden könnte. Doch selbst das Ranking der Financial Times, das auf Marktwerten beruht, listet 23 chinesische Unternehmen unter den Top 500, zwölf stammen aus Indien, zehn aus Brasilien, acht aus Russland und fünf aus Mexiko.[10] Forbes listete drei chinesische Unternehmen in den globalen Top Ten von 2013.[11]

Viele dieser Unternehmen operieren darüber hinaus in Bereichen, die früher als national angesehen wurden. Sie betreiben ehemals staatliche Versorger (einschließlich Telekommunikationsunternehmen, Elektrizitätswerke, Wasserversorger und Postunternehmen) und vermarkten öffentliche Dienste wie Gesundheit, Bildung und Personaldienstleistungen für die öffentlichen Verwaltungen. Ebenso unterhalten sie Massenmedien, die einst in die Domäne nationaler Rundfunkanstalten fielen, sowie nationale oder regionale Zeitungen

---

[9] *CNN Money*, 30.7.2013.

[10] Financial Times, 2013.

[11] *Forbes*, 17.7.2013.

und kleine oder mittelgroße Verlage. All diese und weitere Felder, darunter auch Einzelhandelsketten, werden von riesigen Unternehmenskonglomeraten beherrscht. Unter den Top 500 der Financial Times finden sich 17 globale Mobilfunkunternehmen, 15 Telekommunikationsunternehmen, 15 Software- und Mikroelektronikhersteller und elf Gesundheitsdienstleister. Beratungs- und Zeitarbeitsfirmen haben es auch in die Spitzenrankings geschafft: Accenture liegt auf Platz 385 in der „Fortune 500", Adecco auf Platz 443.

Mit größerer Wahrscheinlichkeit als früher arbeiten junge Berufsanfänger für einen dieser Giganten, und zwar in unmittelbarem Wettbewerb mit ähnlich qualifizierten Beschäftigten auf dem ganzen Erdball. Unabhängig davon, wo sie herkommen, sind sie Teil einer globalen Reservearmee, auf die Unternehmer in zweifacher Weise zugreifen können: durch Auslagerung oder durch Migration.[12] Die Verhandlungsmacht dieser Arbeitenden gegenüber ihren Vorgesetzten ist deshalb dramatisch gering, verglichen mit jener ihrer Vorgänger in früheren Epochen, und ihr Leben als Beschäftigte und Konsumenten wird zunehmend geprägt durch diese Unternehmen, oft in einer Weise, in die lokale Regierungen kaum eingreifen können.

Natürlich verlaufen diese Entwicklungen nicht ohne Widersprüche. Es wäre viel zu vereinfachend, einen einzigen allgemeinen Trend zu unterstellen – eine Abwärtsspirale ohne jede Gegentendenz. Solche Widersprüche finden sich auf verschiedenen Ebenen: zwischen Nationen, Unternehmen, zwischen Staaten und Unternehmen zwischen Unternehmen und Arbeitenden und innerhalb jeder dieser Einheiten. Ich gebe hier nur ein paar überblicksartige Beispiele.

Auf der Ebene der nationalen Regierungen hat die Mobilität des Kapitals neue Formen des Wettbewerbs um ausländische Direktinvestitionen zwischen den Ländern eingeführt. Es ist klar, dass die Internationalisierung des Kapitals und die Globalisierung der Märkte zu einer dramatischen Verringerung der Fähigkeit der nationalen Regierungen geführt hat, Kontrolle über das Kapital auszuüben, wie es, zumindest in den mächtigeren imperialistischen Nationen, zu Beginn des 20. Jahrhunderts möglich war. Ich beziehe mich hier auf Dinge wie die Antitrust-Gesetze, die Staaten in die Lage versetzten, Monopole zu zerschlagen und Konzerne zu besteuern. Seitdem wurde eine Reihe von supranationalen Gremien errichtet, um die Weltwirtschaft zu managen, einschließlich der Welthandelsorganisation, des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Gremien großer Handelsblöcke, etwa die Europäische Union, die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA), der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) und Mercado Común del Sur (MERCOSUR, der Gemeinsame Markt Südamerikas). Diese Institutionen waren darin erfolgreich, Vorschriften durchzusetzen, die offene nationale Märkte erzwingen und den freien Verkehr von Kapital, geistigem Eigentum und den Handel mit Waren und Dienstleistungen ermöglichen. Allerdings sind sie

---

[12] Zur komplexen Beziehung zwischen Standortverlagerung und Migration siehe U. Huws: Bridges and Barriers: Globalisation and Mobility of Work and Workers. In: *Work Organisation, Labour and Globalisation* 6, Nr. 2 (2012): 1–7.

deutlich daran gescheitert, die Entwicklung von globalen Monopolen zu kontrollieren oder transnationale Konzerne daran zu hindern, ihre Beteiligungsgesellschaften in Steueroasen zu verlagern und mit Verrechnungspreisen und anderen Mechanismen eine Besteuerung in den Ländern, in denen sie tätig sind, zu vermeiden. Die Bereitschaft nationaler Regierungen, ihre Vermögenswerte zu privatisieren und ihre öffentlichen Dienste an profitorientierte Unternehmen zu vergeben, hat zu einem Verlust der Kontrolle über die Verwaltung dieser staatlichen Leistungen geführt. Nicht nur, dass man erlaubte, dass Gewinne über die nationalen Grenzen hinweg abflossen, sondern auch, dass man es den Unternehmen ermöglichte, sich die globale Arbeitsteilung zunutze zu machen, was zu einem Verlust von Arbeitsplätzen für die einheimischen Bürger und zu einer Belastung der nationalen Finanzen führte. Diese Entwicklungen produzierten eine Legitimationskrise der Regierungen, zumindest in einigen Staaten, und eröffneten einen Raum für alternative politische Forderungen.

Auch auf der Ebene der Unternehmen reißt die Globalisierung riesige Widersprüche auf. Die Vereinfachung von Arbeitsprozessen und –verfahren zur Herstellung von hoch standardisierten Produkten an Standorten mit geringen Regulierungen, fragwürdigen Einstellungen gegenüber geistigem Eigentum und billigen Arbeitskräften eröffnet den Marktzugang für neue Unternehmen, die weder durch irgendwelche Altlasten noch durch die Notwendigkeit zur Entwicklung neuer Produkte belastet sind. Dies erzeugt ein Wettbewerbsumfeld, das die Gewinne drastisch herabdrückt. Auch wenn sie vom Outsourcing eines Teils ihrer Produktion profitieren, haben Großunternehmen ein Interesse daran, Sweatshops zu regulieren, wenn deren Einsatz diese Art der Billigkonkurrenz hervorbringt. Um zu überleben müssen sie ihr geistiges Eigentum schützen und ständig neue, komplexere Produkte entwickeln, die nicht leicht nachgeahmt werden können und die wegen ihrer hohen Qualität verkauft werden können. Um dies tun zu können, brauchen sie qualifizierte und kreative Beschäftigte, die ihnen nicht nur helfen, innovativ zu sein, sondern die ihnen gegenüber auch loyal sind. Dies wiederum erzeugt einen weiteren Widerspruch: Auf der einen Seite versuchen sie, ihre hoch qualifizierten und kreativen Arbeitskräfte zu disziplinieren, deren geistiges Eigentum im Namen von „Wissens-" und „Qualitätsmanagement" abzuschöpfen und die Arbeitsprozesse zu vereinfachen und vereinheitlichen, andererseits müssen Konzerne die Motivation ihrer qualifizierten, kreativen Arbeitskräfte aufrechterhalten und zu neuen Ideen und einer hohen Arbeitsqualität anregen. Dies verschafft einigen Wissens- und Facharbeitern Zugang zu privilegierten Stellen auf dem Arbeitsmarkt und damit Verhandlungsmacht, während andere aus solchen Positionen verdrängt werden.

Dies sind einige der widersprüchlichen Eigenschaften eines neuen Terrains, auf dem sich Arbeit und Kapital im 21. Jahrhunderts gegenüberstehen. Ich hoffe, dass die Essays des neuen Bandes nicht nur zu einem besseren Verständnis dieser Verhältnisse beitragen, sondern auch die Fähigkeit der Arbeiterklasse verbessern, sich in diesen zu behaupten und Wege zu alternativen Zielen zu finden.

Florian Butollo/Thomas Engel

Industrie 4.0 – arbeits- und gesellschaftspolitische Perspektiven

Zwischen Dystopie und Euphorie

Herrschte vor wenigen Jahren noch Katzenjammer über die angeblich unzureichende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie vor, so trifft man nun allenthalben auf Euphorie. „Industrie 4.0" steht für eine Zukunftsvision, die maßgeblich von Industrieverbänden und Bundesregierung in die Welt gesetzt wurde. An ihr kommt derzeit niemand vorbei, wer sich mit der Entwicklung von Produktionstechnologien und der Zukunft von Arbeit beschäftigt (vgl. beispielhaft: Botthof/Hartmann 2015; Ganschar et al. 2013; Hoffmann/Bogedan 2015).

Nach dem auf unzähligen Tagungen vorgetragenen Mantra steht in Folge einer umfassenden Digitalisierung der Produktion ein qualitativer Umbruch in der Entwicklung der Produktivkräfte bevor. Er enthält zugleich mehrere Heilsversprechen: Eine Studie des IT Unternehmensverbandes BITKOM und des Fraunhofer Instituts errechnet in Folge der neuen Produktionstechnologien ein zusätzliches Wertschöpfungspotenzial von 78 Milliarden Euro bis 2025, was einem jährlichen BIP-Wachstum von 1,7 Prozentpunkten entspricht (BITKOM/Fraunhofer IAO 2014: 35). Unverhohlen standortnationalistisch wird argumentiert, dass die deutsche Wirtschaft als „Ausrüster der Welt" (BMBF 2014a: 6) durch Industrie 4.0 Wettbewerbsvorteile gegenüber den erstarkenden Schwellenländern erringen kann (BMBF 2014b: 9). Industrie 4.0 gilt somit auch als Chiffre für den Erhalt von industrieller Beschäftigung in Hochlohnländern. Sie drückt zugleich eine neue Wertschätzung der häufig tot gesagten industriellen Produktion in Deutschland aus. Obwohl die Diskussion um Industrie 4.0 bislang recht einseitig an solchen Wettbewerbsvorteilen ausgerichtet war, gibt es mittlerweile – auch als Resultat entsprechender Lobbyarbeit der IG Metall – einige Prognosen, die positive Effekte der neuen Technologien auf Arbeit prophezeien. In der „Plattform Industrie 4.0", einer Expertengruppe aus den Industrieverbänden BITKOM, VDMA und ZVEI, heißt es beispielsweise: „vielfältige Möglichkeiten für eine humanorientierte Gestaltung der Arbeitsorganisation werden entstehen, auch im Sinne von Selbstorganisation und Autonomie" (BITKOM et al. 2015: 12).

Der Begriff „Industrie 4.0" markiert zugleich einen diskursiven Coup. In ihm galvanisiert sich das Versprechen nach einem Ausweg aus der strukturellen Stagnationstendenz der Weltwirtschaft, und diese Vision wird mit einem sozialpartnerschaftlichen Ethos geschmückt. So ist vor allem von den enormen Chancen die Rede, die es gemeinsam zu nutzen gelte. Entsprechend will auch die IG Metall nicht als Modernisierungsverweigerer in der Ecke stehen und setzt auf die arbeitsinhaltliche Gestaltung des Projekts Industrie 4.0: „Ziel ist,

dass die Beschäftigten gestalten und entscheiden (...), dass die Chancen genutzt werden, Belastungen zu reduzieren und monotone, stumpfsinnige Arbeiten abzulösen." (IG Metall 2015: 4)

Im Folgenden versuchen wir eine erste kritische Einschätzung möglicher arbeitspolitischer und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen und Gestaltungsfelder, die in der bisherigen Debatte zu kurz kommen. Dabei geht es uns nicht darum, im Sinne eines Technikdeterminismus ausschließlich negative Folgen der neuen Produktionstechnologien an die Wand zu malen. Wir plädieren aber dafür, einen realistischen Blick auf die Kräfteverhältnisse vorzunehmen, unter denen die neuen technologischen Potenziale zur Geltung kommen.

Denn die zu erwartenden Umbrüche finden vor dem Hintergrund von mindestens zwei Dekaden der Erosion von Tarifstandards, der Verbetrieblichung sozialer Aushandlung, einem arbeitsmarktgetriebenen Prekarisierungsschub und Finanzmarktimpulsen zu dezentralisierter und marktgesteuerter Produktion statt. Unsere Skepsis rührt daher, dass neue technologische Möglichkeiten bisher immer auch als Vehikel eingesetzt wurden, einschneidende Veränderungen in der Regulierung von Arbeit zu ermöglichen, die sich nachteilig auf die Beschäftigten auswirken. Nicht zu vergessen, dass wir während permanenter Rationalisierung, Restrukturierung und technischer Modernisierung gerade in den 1990er Jahren ein „arbeitspolitisches Rollback" (Detje et al. 2005) beobachten mussten, hinsichtlich humanisierungspolitischer Ziele also ein „verlorenes Jahrzehnt" (vgl. Pickshaus 2007; Sauer 2009; Schumann 2008) zu konstatieren ist. Daher sollten sozialpartnerschaftliche Glaubenssätze kritisch hinterfragt und offen ermittelt werden, inwieweit Kapital- und Beschäftigteninteressen die Gestaltung der neuen Produktionstechnologien prägen. Bewusst müssen auch Beschäftigtengruppen jenseits der gut ausgebildeten und organisierten Belegschaften in der deutschen Metallindustrie betrachtet werden, auf die die Industrie-4.0-Diskussion bisher meistens rekurriert.

Auch wenn bisher noch kaum abschätzbar ist, ob und in welcher Form sich Industrie-4.0-Ansätze durchsetzen und ob dies tatsächlich einer neuerlichen Revolutionierung der Produktivkräfte gleichkommt, muss die Diskussion von vornherein gesellschaftliche Implikationen berücksichtigen, also über den betrieblichen Tellerrand hinaus blicken. Neue Formen der Entwicklung, Produktion und Distribution in Folge digitaler Umbrüche werfen beschäftigungs- und verteilungspolitische Fragen auf, die in der deutschen Debatte bislang zu kurz kommen.

Konturen der neuen Produktionsregime

Der diskursive Hype hat seinen Höhepunkt erreicht und dennoch ist es mehr als nur ein Hype (vgl. Gerst 2015). Obwohl die Periodisierung und die Beschreibung der vierten industriellen Revolution etwas willkürlich scheint[1], gibt es gute Gründe für die Annahme, dass aufgrund der weiteren Durchset-

[1] In den USA ist z.B. von der dritten industriellen Revolution oder vom zweiten Maschinenzeitalter (Brynjolffson/McAfee 2014) die Rede. Boes u.a. (2015) sprechen vom „Kapitalismus 2.n".

zung digitaler Technologien qualitative Veränderungen in der Entwicklung der Produktivkräfte zu erwarten sind. Grundlegend dafür sind besondere Wirkungsweisen digitaler Technologien. Brynjolfsson und McAfee (2014) beschrieben deren Eigenschaften mit den Begriffen „exponentiell", „digital" und „kombinatorisch". Erstens sei die Leistungsfähigkeit digitaler Technologien seit den 1960er Jahren exponentiell gewachsen. So erreichte z.B. Sonys PlayStation III im Jahr 2012 dieselbe Rechenleistung wie der größte Supercomputer des Jahres 1995 – zu vergleichsweise nichtigen Preisen. Entsprechend sei die Leistungsfähigkeit digitaler Technologien nach oben hin offen und nehme rasant zu. Die umfassende vernetzte Digitalisierung von Informationen impliziere, zweitens, die kostenlose Vervielfältigung von Produkten sowie die Nutzbarmachung eines schier grenzenlosen Datenschatzes für bestimmte Anwendungen. Etwa wenn alle vorhandenen digitalisierten Übersetzungen zu einer kontinuierlichen Verbesserung des Programms „Google translate" führten. Drittens könnten auf digitaler Technologie aufbauende, modulare Innovationen verstärkt von immer vielfältigeren Verknüpfungsmöglichkeiten mit vorhandenen Technologien profitieren. Bahnbrechende Neuerungen entstünden so etwa, wenn Google Innovationen der Sensorik, der Fahrzeugtechnik und des Internets zur Entwicklung fahrerloser Fahrzeuge nutze.

Aufgrund dieser Charakteristika und des Reifegrades bestehender digitaler Technologien gehen die Autoren davon aus, dass wir uns an einem Umschlagpunkt der technologischen Entwicklung befinden. Ihn kennzeichnen bahnbrechende Neuerungen bei Produkten, in der Robotik sowie in der Organisation ökonomischer Prozesse. Diese technologische Euphorie wird durchaus mit einem skeptischen Gesellschaftsbild verknüpft. Die Autoren argumentieren, dass die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander ginge, wenn keine einschneidenden politischen Korrekturen vorgenommen würden. Pioniere in der Produktinnovation können mit verhältnismäßig geringem Kapital- und Personalaufwand in der digitalen Ökonomie Gewinne abschöpfen – Microsoft, Apple, Google, Facebook oder jüngst Instagram, Whatsapp, Uber haben es vorgemacht. Auf der anderen Seite sinken Löhne oder gehen die Masseneinkommen aufgrund technologisch bedingter Arbeitslosigkeit zurück – eine Tendenz, die sich durch die Vorteile günstigerer Preise nicht unbedingt kompensieren lässt (ebd.: 125–146). Zwar bringen digitale Technologien nachweislich wirtschaftlichen Wohlstand, wiederum „[bestätigen] Armutsquoten, Zugang zu Gesundheitsversorgung, Zahl der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten und so weiter (...) den Eindruck, dass (...) dieser aber nicht ausreicht, um das Auseinanderklaffen der Schere auszugleichen." (ebd.: 207)

Der engere Begriff „Industrie 4.0" beschreibt einen Ausschnitt des Einsatzes digitaler Technologien im Produktionsbereich.[2] Wie wir noch ausführen werden, erfolgt dies in einer selektiven Weise, wodurch bestimmte Dimensionen

[2] Wie auch Hirsch-Kreinsen (2015: 10) verstehen wir Digitalisierung in diesem Kontext als „Prozess des sozio-ökonomischen Wandels [...], der durch Einführung digitaler Technologien, darauf aufbauender Anwendungssysteme und vor allem ihrer Vernetzung angestoßen wird."

der zu erwartenden Veränderungen aus dem Blickfeld geraten. Laut einer geläufigen Definition bezeichnet Industrie 4.0 „eine neue Stufe der Organisation und Steuerung der gesamten Wertschöpfungskette über den Lebenszyklus von Produkten [...]. Basis ist die Verfügbarkeit aller relevanten Informationen in Echtzeit durch Vernetzung aller an der Wertschöpfung beteiligten Instanzen sowie die Fähigkeit aus den Daten den zu jedem Zeitpunkt optimalen Wertschöpfungsfluss abzuleiten. Durch die Verbindung von Menschen, Objekten und Systemen entstehen dynamische, echtzeitoptimierte und selbst organisierende, unternehmensübergreifende Wertschöpfungsnetzwerke, die sich nach unterschiedlichen Kriterien wie beispielsweise Kosten, Verfügbarkeit und Ressourcenverbrauch optimieren lassen." (BITKOM et al. 2015: 8).

Diese Definition zielt auf die Effekte digitaler Vernetzung von Produktionstechnik ab, die vor allen Dingen eine Optimierung der Prozesse und eine Maximierung der Flexibilität bewirken. Dabei scheinen nun jene Aspekte, die in den 80er und 90er Jahren in den Diskussionen um *Computer-Integrated Manufacturing* (CIM) und *Lean Production* thematisiert wurden, voll zum Tragen zu kommen. Es sind sowohl Sprünge in der Automatisierung und Selbststeuerung von Produktionsanlagen zu erwarten, als auch Produktivitätsfortschritte durch die effizientere und flexiblere Prozessorganisation. Statt unflexiblen „CIM-Ruinen" (Scheer 1991) stünden nun hochtechnisierte und hochflexible Produktionsanlagen in Aussicht, die an individuelle Kundenwünsche angepasste Massenproduktion („Losgröße 1") bewerkstelligten.

Technologisch ermöglicht werden diese Effekte durch so genannte Cyberphysische Systeme (CPS), in denen mit Sensoren und Aktoren ausgestattete Produkte und Anlagen („embedded systems") digital vernetzt („Internet der Dinge") und mit entsprechender Steuerungssoftware ausgestattet werden. Dies ermöglicht potenziell die Dezentralisierung von Entscheidungen unter den Bedingungen von Echtzeitkontrolle aller Prozesse.

Bemerkenswerterweise findet hier eine Vernetzung über die einzelbetrieblichen Grenzen hinweg statt. Über große Datenmengen (*Big Data*) und direkt vernetzte Kommunikation sollen Verbraucherinformationen in den Produktionsprozess einfließen, wobei die digitale Fabrik in permanentem Austausch mit anderen Akteuren in der Wertschöpfungskette stehen soll, um Material- und Informationsströme nach den Kriterien größtmöglicher Effizienz zu steuern. Auch nach Auslieferung können Produkte Daten an Konsumenten und Hersteller liefern, etwa um Nutzungsweisen, Abnutzung und Wartungsbedarf zu kommunizieren und diese Daten für zukünftige Produktions-, aber auch für Recyclingabläufe nutzbar zu machen.

Polarisierung oder Aufwertung von Arbeit?

In den meisten Darstellungen, die sich mit den Anforderungen der neuen Technologien für Beschäftigte befassen, wird realistisch von unterschiedlichen Szenarien ausgegangen. „Die Technik bietet Optionen in beide Richtungen. Die Systemauslegung kann sowohl als restriktive, kontrollierende Mikro-

steuerung als auch als offenes Informationsfundament konfiguriert werden, auf dessen Basis der Beschäftigte entscheidet" (acatech 2013: 57, siehe auch: Hirsch-Kreinsen 2015; Kurz 2013). In einem „Automatisierungsszenario" werden Kontroll- und Steuerungsaufgaben auf Grundlage der in Echtzeit verfügbaren Informationen primär technologisch gelöst. Daraus abgeleitet, wird menschliche Arbeit auf ausführende Tätigkeiten reduziert – so lange solche Aufgaben nicht von Robotern übernommen werden können. In einem „Werkzeugszenario" liefern digitale Systeme hingegen Entscheidungsvorlagen, die dezentral von den Beschäftigten getroffen werden (vgl. ebd.). Eine solche Anwendung der Technologie eröffnet Qualifizierungspotenziale bis hin zur Facharbeiter-IngenieurIn. Gefragt sind demnach ExpertInnen sowohl hinsichtlich der Arbeitsprozesse als auch der digitalen Kontrolle der Fabrik. Entsprechend bestehe ein Bedarf zur qualifikatorischen Aufwertung von Arbeit, insbesondere in Form von lebenslangem Lernen.

Immer wieder wird in der aktuellen Debatte – auch in Reaktion auf überzogene Erwartungen und Dystopien der CIM-Debatte – beschworen, dass von „menschenleeren Fabriken" keine Rede sein könne und dass der „Mensch [...] ein integraler und unverzichtbarer Bestandteil der Produktionswelt der Zukunft [bleibt], denn er [ist] der flexibelste und intelligenteste Teil der heutigen und auch der künftigen Fabrik" (BMWi 2014: 20). Tatsächlich sprechen bestimmte Argumente dafür, dass (hoch)qualifizierte Arbeit eine bedeutende Rolle in digitalisierten Produktionssystemen beibehält bzw. noch an Bedeutung gewinnt. Einige Darstellungen gehen von einer Zunahme der Entscheidungen auf dezentraler Ebene aus, die den Beschäftigten Problemlösungskompetenz und prozessübergreifendes Wissen abverlangen. Das Paradigma der „Schwarmintelligenz" als Inbegriff der Wissensproduktion im Internetzeitalter steht hier Pate für neue Muster der Arbeitskraftnutzung. Avantgardistische Internetunternehmungen dienen als Leitbild solcher Vorstellungen. Die gesamte Kreativität der Belegschaften und NutzerInnen soll weiter für die Kapitalverwertung nutzbar gemacht werden. Die Entstehung eines „Informationsraums" (Boes et al. 2015), bei dem individuelle Kreativität besser für kollaborative Zwecke genutzt werden kann, bietet hierzu neue Möglichkeiten und es ist nicht abwegig, dass Unternehmen in Zukunft stärker darauf zurückgreifen werden.

Allerdings blendet die häufig geäußerte Erwartung, dass „intelligente Unternehmen" sich einen Pfad der Aufwertung von Arbeit zu Nutze machen würden, einige Aspekte aus, die gegenläufige Entwicklungen wahrscheinlich machen. Das betrifft zunächst das schiere Ausmaß der Automatisierung, die eine drastische Reduktion von Beschäftigung wahrscheinlich macht, die keineswegs nur auf einfache Routinetätigkeiten beschränkt bleibt. Eine Studie, die die Tätigkeitsprofile von verschiedenen Berufen mit jenen Funktionen vergleicht, die bis 2025 von digitalen Systemen gewährleistet werden können, kommt zu dem Schluss, dass 47 Prozent der Berufe in den USA akut durch Automatisierung gefährdet seien (Frey/Osborne 2013), für Deutschland spricht eine analog durchgeführte Untersuchung sogar von 59 Prozent (Brzeski/Burk 2015). Aufgrund der erwähnten exponentiellen Steigerung der

Leistungsfähigkeit digitaler Systeme sind davon auch qualifizierte Tätigkeiten betroffen, so wie gegenwärtig auch schon Steuerberater einer Substitution durch preiswerte Software ausgesetzt sind (Brynjolfsson/McAfee 2014). Je umfassender und variabler die Funktionen von Robotern, künstlicher Intelligenz und digitaler Systeme werden, so die nahe liegende Schlussfolgerung, desto mehr kommen auch qualifizierte Tätigkeiten in technologieintensiven Branchen unter Druck.

Neuere arbeitssoziologische Beiträge widersprechen solchen Katastrophenszenarien. In einer differenzierten Kritik am Frey-Osborne-Abbau-Szenario, das einen massiven Schub technologisch begründeter Arbeitslosigkeit nahe legt, weisen Pfeiffer und Suphan (Pfeiffer/Suphan 2015) darauf hin, dass ein hoher Anteil von Tätigkeiten in verschiedenen Industriezweigen auf Erfahrung der Beschäftigten basiert, die nicht einfach mit „Routine" gleichgesetzt werden könne: „Erfahrung als dynamische Schwester statischer Routine zeigt ihre Bedeutung gerade in komplexen und stark automatisierten sowie digitalisierten Arbeitsumgebungen" (ebd.: 211). Hirsch-Kreinsen (2015) macht zudem auf „langwierige Einführungs- und Anfahrphasen von Industrie-4.0-Systemen" (ebd.: 21) aufmerksam, deren Endzustand ohnehin kaum definierbar sei – ein weiterer Grund, warum eine Nachfrage nach gut ausgebildeter menschlicher Arbeitskraft und nach Organisationsmustern im Stil der Schwarmintelligenz entsteht.

Dennoch sollte die Möglichkeit einer auf systemischer Ebene automatisierten Fabrik mit stark polarisierten bzw. reduzierten Belegschaften ernst genommen werden, denn die neuen technologischen Möglichkeiten zielen gerade auf jenen Bereich ab, der in den vergangenen Automatisierungswellen problematisch blieb: die flexible Selbststeuerung automatisierter Systeme. Die hohe Fehleranfälligkeit automatisierter Systeme, so die kanonisierte Lehre aus der CIM-Debatte, begründe die Notwendigkeit des menschlichen Eingreifens im Störfall bzw. zu deren Vermeidung. Die auf das Netzwerk bzw. den Prozess abzielenden Innovationen zielen aber gerade auf eine verbesserte Selbstregulierung technischer Systeme. Das Leitbild der sie entwickelnden Ingenieure und Techniker sind Systeme, die sich im Störungsfall „selbst frei fahren", wie es auf einer Maschinenbaumesse in Erfurt 2015 ein Verbandsvertreter formulierte. Echtzeitkontrolle durch eine Vielzahl von Sensoren bis zur Werkzeugspitze und Machine-to-Machine-Communication sollen eine neue Qualität der Selbststeuerung und die (teil-)automatisierte Fehlerkorrektur ermöglichen.

Noch ist unklar, ob eben jene technologischen Optionen unterschätzt werden, wenn die Erwartung formuliert wird, dass qualifizierte Facharbeit eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung von Industrie 4.0 haben werde. Die WissensträgerInnen in den Betrieben und die sie beratenden naturwissenschaftlich-technischen ExpertInnen sprechen derzeit lieber von „dezentraler Intelligenz" des Produktionssystems, „intelligenten Produkten" und sogar von der „smart factory" (BITKOM/Fraunhofer IAO 2014: 20). „Die Intelligenz in der Produktion steht erst am Anfang", heißt es in einer euphorischen Videobot-

schaft des Unternehmens Wittenstein AG, ein Hersteller von Antriebstechnik. Diese Aussage wirkt fast wie eine Drohung, wenn man im selben Video beobachten kann, wie ein Packer vom digital-vernetzten Produktionssystem „ständig Hinweise bekommt, was zu tun ist" (https://youtu.be/TTQxfElnlN0). Optische Signale machen den jeweiligen Arbeitsschritt dabei unmissverständlich klar. Sie helfen zwar „Sprachbarrieren zu überwinden" (ebd.), verlangen einer Arbeitskraft aber nichts weiter ab, als einer in Piktogrammen vorgegebenen Tätigkeitsfolge zu entsprechen – letztlich als verlängerter Arm der Maschinen.

Insgesamt kreist die Debatte in der Rolle von Arbeit in der Industrie 4.0 – gemäß ihrem Fokus auf die Wettbewerbsfähigkeit der Exportindustrie – um den (meist männlichen) Facharbeiter in der Metallindustrie. Dabei wird übersehen, dass CPS zu neuen Formen von Hochtechnologie und Niedriglohn führen können. So ist in Deutschland vor allem die Logistikbranche Vorreiter in Sachen Industrie-4.0-Technologien. Unternehmen wie Amazon und Zalando sind in letzter Zeit immer wieder aufgrund niedriger Entlohnung, hoher Anteile prekärer Beschäftigung und autoritärer Betriebsführung in die Kritik geraten. Hierin zeigen sich die Schattenseiten der digitalen Produktionsmodelle, die eben auch absolute Transparenz über die Arbeitsverausgabung in Echtzeit ermöglichen und hohe Flexibilitätsanforderungen an die meist gering qualifizierten Beschäftigten stellen.

Eine weitere Engführung in der Industrie-4.0-Diskussion ist der Fokus auf den Einzelbetrieb und dessen interner Produktionsprozess. Dies ist paradox, als doch genau die Wirkungen auf die Interaktionen in der gesamten Wertschöpfungskette als Charakteristikum der neuen Produktionsregime genannt werden. Nimmt man eine solche weitere Perspektive ein, so zeigen sich alarmierende Problemfelder, auf die Arbeitnehmervertretungen noch unzureichend vorbereitet sind. In Folge von Crowdsourcing können beispielsweise externe Solo-Selbständige und interne MitarbeiterInnen in Konkurrenz zueinander gesetzt werden. Die erbrachte Leistung wird erst vergütet, nachdem der Auftragszuschlag erfolgt. Alle Tätigkeiten vorher gelten als aufzubringende „Werbungskosten", die sich nur für den tatsächlich beauftragten Dienstleister als Gewinner im Ausschreibungswettbewerb auszahlen. Die unternehmensübergreifende Steuerung von Material- und Wissensströmen macht die einzelbetriebliche Regulierung von Arbeit zunehmend porös und dient als Einfallstor für eine weitere Marktsteuerung. Schwarmorganisation wäre in diesem Sinn eher als Chiffre für entgrenzte und deregulierte Arbeit zu verstehen denn als Aufwertung oder Upgrading von Arbeit (vgl. Hirsch-Kreinsen 2015: 21).

Schließlich muss auch die Wirkung der digitalen Technologien auf globale Wertschöpfungsketten thematisiert werden. Droht hier eine weitere „Amazonisierung" der Arbeit, bei der die führenden Unternehmen in Wertschöpfungsketten einen Dumpingwettlauf unter flexibel austauschbaren Zulieferern in Gang setzen? Zum Amazon-Modell gehört, dass die Beschäftigten einen Großteil der Flexibilitätsrisiken z. B. durch den massenhaften Einsatz von Leiharbeit abfedern. Dass diese kundengerechten Angebote wirkmächtige Standards setzen, ist

mit Blick auf die zahlreichen Nachahmer bei Händlern von Alternate über Redcoon bis Zalando leicht erkennbar. Im unternehmensnahen Dienstleistungsbereich wie der Logistik im Automobilbau funktioniert das Dumping auf ähnliche Weise, in dem in Zweijahresfrist durch Ausschreibungen die günstigsten Anbieter gesucht werden. Angesichts solcher preisgetriebenen Wettbewerbe stellt sich die Frage, ob auf gleichberechtigte Zusammenarbeit abzielende Modelle der Schwarmorganisation auch innerhalb der Lieferkette realistische Perspektiven sind? Oder ob nicht eine weitere Abwertung von Arbeit, insbesondere in den unteren Stufen der Lieferketten, zu erwarten ist?

Bei diesen Fragen muss bedacht werden, dass die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit durch Fortschritte in der Produktivität und der Flexibilität den Imperativ der Umtriebigkeit auf Kapitalseite bilden. Zwar sind die neuen Technologien nicht per se zu verdammen, doch erscheint es wahrscheinlich, dass sie auch dazu genutzt werden können, um verbleibende arbeitsrechtliche Regulierungen zu unterminieren. Es ist anzunehmen, dass Rentabilitäts- und Flexibilitätsziele durch die Reduktion der Belegschaften und die weitere Deregulierung von Arbeit erkauft werden. Hierbei entstehen unter Umständen Regulierungslücken, da die Initiative für technologische Neuerungen aus einem technisch geprägten Managementdiskurs erfolgt, bei dem Betriebsräte und Gewerkschaften oft nur nachbessern können oder außen vor bleiben. In einer einflussreichen Studie heißt es entsprechend: „Über die Qualität der Arbeit entscheiden nicht die Technik oder technische Sachzwänge, sondern Wissenschaftler und Manager, welche die Smart Factory modellieren und umsetzen." (acatech 2013: 57)

Die Kampagne „Industrie 4.0" wurde zunächst von Unternehmerverbänden und Bundesregierung lanciert, während die Gewerkschaften am Katzentisch saßen. Zwar ist die IG Metall nunmehr in die relevanten Entscheidungsstrukturen einbezogen und konnte erreichen, dass „der ursprünglich rein ingenieurwissenschaftliche Diskurs inzwischen für Fragen der Arbeitswelt geöffnet wurde" (IG Metall 2015). Doch die Umsetzung der neuen Technologie- und Produktionsregime wird nach wie vor von Kapitalinteressen dominiert, wobei das Primat des Standortvorteils von den Gewerkschaften nicht in Frage gestellt wird.

Industrielle Wertschöpfung und die Zukunft des Kapitalismus

Bedenklich ist weiterhin, dass die Konzentration auf den künstlich geschaffenen Begriff „Industrie 4.0" die Perspektive auf die Umgestaltung des industriellen (Einzel-)Betriebs verengt und weitergehende gesellschaftliche Folgewirkungen des digitalen Umbruchs kaum Gegenstand der deutschen Diskussion sind. Außerdem werden Veränderungen im Finanzsektor, im Dienstleistungsbereich und unverständlicher Weise sogar mögliche Umbrüche in Folge des 3D-Drucks zu wenig zur Kenntnis genommen, obwohl auch sie gravierende Folgen für die Geografie und die Wertschöpfungsmodelle im produktiven Bereich haben dürften.

Das betrifft zunächst einmal das Wachstumsversprechen aufgrund von digitalen Innovationen. Die Erwartung starker Effizienzsteigerungen, wie jüngst von

McKinsey für den Maschinenbau berechnet (McKinsey/VDMA 2015), ist nicht von der Hand zu weisen und stellt regulationstheoretische Annahmen nach einer Abschwächung des Produktivitätszuwachses im Postfordismus in Frage.

Allerdings wird bei diesen Berechnungen die Nachfrageseite außen vor gelassen. Wenn man Analysen folgt, dass es sich bei den Krisenerscheinungen der letzten Jahre um Anzeichen einer Überakkumulation handelt (vgl. Harvey 2011), so sind optimistische Wachstumsprognosen nicht glaubhaft. Schließlich schaffen Effizienzgewinne und auf individuelle Kundenwünsche zugeschnittene Produktpaletten an sich keine neuen Märkte, sondern verleihen Unternehmen Konkurrenzvorteile auf Kosten anderer (vgl. Dörre 2015).

Hinzu kommt, dass die kostenlose Vervielfältigung digitaler Produkte und neue Technologien wie der 3D-Druck, in dessen Folge Komponenten in einfacher Weise dezentral hergestellt und einfach reproduziert werden könnten, für die Produzenten mit massiven Problemen der Wertaneignung einhergehen. Im Grunde weisen die neuen Netzwerktechnologien über die Form privater Wertaneignung hinaus (Boes et al. 2015), auch wenn versucht wird, die flüchtigen Produkte mit intellektuellem Eigentum zu versehen.

All dies macht eine weitere Verschärfung internationaler Konkurrenz wahrscheinlich. Insofern erscheint es nur konsequent, dass Industrie 4.0 als rein nationales Programm konzipiert ist, bei dem, auch wenn einzelne strategische Partnerschaften (vor allem mit China) angestrebt werden, nicht einmal die europäische Ebene mitgedacht ist. In seinen rohesten Ausdrucksformen ist Industrie 4.0 eine Kampfansage an andere Industrie-, aber auch die aufsteigenden Schwellenländer, die Produktionsanteile an die industriellen Zentren zurückgeben sollen. Das Versprechen grenzenlosen Wachstums der deutschen Weltmarktanteile ist die Hauptantriebskraft der Industrie-4.0-Initiative. Die in zahlreichen Diskussionen thematisierten „Grenzen des Wachstums" angesichts einer ökonomisch-ökologischen Doppelkrise (Dörre 2012) bleiben außen vor. Zwar sind durchaus deutliche ökologische Einspareffekte aufgrund von Effizienzgewinnen wahrscheinlich, doch bleibt die konkurrenzgetriebene Jagd nach höheren Absatzmengen zentrales Motiv insbesondere jener Sektoren, die im Fokus der Industrie-4.0-Kampagnen stehen. Anders formuliert: Effizientere Produktionssysteme ändern wenig am grundsätzlichen Widersinn einer am Individualverkehr ausgerichteten Autoindustrie. Ähnlich wie schon im Hype um die „new economy" bleibt das stoffliche Fundament der digitalen Ökonomie unterbelichtet – und damit auch die massiven ökologischen Folgeschäden des „Besser, Schneller, Mehr".

Selbst wenn man der, den Kapitalismus re-legitimierenden Erzählung von den neuen Wachstumspotenzialen Glauben schenkt, dann handelt es sich eher um ein „jobless growth", bei dem die Gewinne einer kleinen Zahl von Profiteuren zu Gute kommen. Brynjolfsson und McAfee (2014: 125-146) beschreiben überzeugend die Entstehung von „winner-takes-it-all" Märkten in der Internetökonomie, bei denen die führenden Anbieter bestimmter Plattformen wie Facebook, Youtube oder Uber den Löwenanteil der Profite einfahren, weil sie ihre Attraktivität gerade daraus ziehen, dass sie von Allen genutzt werden.

Dem stünde ein drastischer Anstieg der technologisch bedingten Arbeitslosigkeit gegenüber. Die Tendenz zum Abstieg von Beschäftigten mit geringfügigen und mittleren Qualifikationen, so die düstere Botschaft, werde sich radikalisieren, auch weil die korrespondierenden Tätigkeiten potenziell durch Technologieeinsatz ersetzbar würden (ebd.). Neu an dieser Tendenz sei, so auch der ähnliche Tenor bei Frey und Osborne (2013), dass die Rationalisierungstendenz in ebenso starker Weise den Dienstleistungssektor betreffe, der den Arbeitsplatzverlust vergangener Rationalisierungswellen im industriellen Sektor abgefangen hatte. Solche Szenarien sind, wie bereits diskutiert, nicht pauschal von der Hand zu weisen und insofern ist eine Zuspitzung der Verteilungsprobleme wahrscheinlich, die mit den herkömmlichen Verteilungs- und Wohlfahrtssystemen nicht mehr gelöst werden können. Es bedarf also einer grundsätzlichen Umstrukturierung des Verhältnisses zwischen Reichtumsgenerierung und -verteilung – eine Erkenntnis, die unendlich weit weg von der deutschen Industrie-4.0-Debatte zu liegen scheint. Sie propagiert im Grunde ein „Weiter so!" der qualitätsorientierten Weltmarktproduktion mit anderen, effektiveren Mitteln.

Dies berührt auch das Problemfeld der gesellschaftlichen Wertigkeit zwischen industriellen Kernsektoren und Sorgearbeit. Wie vielfach beschrieben war die Sorgearbeit in den vergangenen Jahrzehnten weitgehend rationalisierungsresistent, da unmittelbare menschliche Interaktion den Kern der jeweiligen Tätigkeiten ausmachte. Zwar gibt es nun auch in diesem Feld mitunter beängstigende Visionen digitaler Innovation, wenn beispielsweise über den Einsatz von Robotik in der Alten- oder Krankenpflege nachgedacht wird. Dennoch ist es kein Zufall, dass das Gros der politischen Förderung auf die technologische Entwicklung einer Industrie 4.0 abzielt, wo auch die größten Rationalisierungsgewinne erwartet werden. Insofern ist eine Radikalisierung des Missverhältnisses zwischen hoher Wertschöpfung in industriellen Kernsektoren und den beschäftigungsintensiveren Berufsfeldern der Sorgearbeit zu erwarten. Die Schlagseite des Industrie-4.0-Begriffs unterstreicht hier nur die Notwendigkeit einer radikalen gesellschaftlichen Aufwertung der Sorgearbeit mit entsprechenden Implikationen für deren Finanzierung.

Fazit

Diese kursorischen Anmerkungen verdeutlichen, wie sehr die aktuelle Industrie-4.0-Diskussion in den engen Bahnen vergangener Rationalisierungsdiskussionen verläuft, obwohl sowohl die technologische Substanz als auch die gesellschaftlichen Folgewirkungen weit darüber hinaus reichen. Im Grunde wird die Diskussion über zunehmende Ungleichheiten und die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus durch einen sozialpartnerschaftlich geprägten Futurismus ersetzt, wie er jüngst auch im „Grünbuch Arbeiten 4.0" des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zum Ausdruck kommt (BMAS 2015).

Industrie 4.0 ist daher auch ein hegemoniales Projekt, das kritisch hinterfragt werden muss. Diese Kritik sollte mit einem Verständnis dafür beginnen, dass die jüngsten Krisentendenzen des Kapitalismus auch die Anwendungsformen

der neuen Technologien prägen werden. Es geht eben um renditeträchtige Kapitalanlagemöglichkeiten und das Standortprojekt einer Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit vor dem Hintergrund struktureller Überakkumulation. Es ist daher zu erwarten, dass die aktuellen Tendenzen in der Organisation von Beschäftigung und Arbeit – Flexibilisierung, Deregulierung und Prekarisierung – in neuen Formen und unter Einsatz neuer Mittel fortgesetzt und intensiviert werden. Dies unterläuft die optimistische Qualifizierungsperspektive – Szenario einer humanorientierten Rationalisierung, das ohnehin nur für einen relativ schmalen Teil der Belegschaften in den Kernbereichen der deutschen Industrie zu erwarten ist. Hinzu kommt, dass die neuen technologischen Mittel auch zu einer Durchlässigkeit des einzelbetrieblichen Rahmens sowie zu einer Umstrukturierung von Wertschöpfungsketten führen werden, deren Folgen für die verschiedenen Formen der Beschäftigung noch schwer abzusehen sind. Angesichts der bereits bestehenden, vielfältigen prekären Erwerbsformen, gerade in den hochdigitalisierten Tätigkeitsfeldern, ist für die bisher schwach vernetzten und digitalisierten Arbeitsplätze eher von einer vergleichbaren Abwärtsspirale auszugehen. Digitalisierung oder Informatisierung im Weiteren und Industrie 4.0 im engeren Sinne werfen zugleich grundsätzliche Fragen über die Form der Generierung von Kapitalgewinnen, Reichtum und dessen kollektiver Aneignung auf.

Optimistische Gestaltungsszenarien, die technologiezentrierte Sichtweisen kritisieren und auf die Bedeutung des „Faktors Mensch" für die Industrie 4.0 hinweisen, neigen oft selbst zu einer Variante des Technikdeterminismus. Sie verweisen auf einschlägige Rationalisierungserfahrungen, auf die „Ironie der Automatisierung", die jeweils die Intervention von qualifizierten Beschäftigten unerlässlich machten. Daraus werden verschiedene „Win-Win-Szenarien" abgeleitet, auf die sich Gewerkschaften bei der Gestaltung von Industrie 4.0 beziehen müssten. Eine genauere Analyse der Kapitalinteressen und Motivationslagen blieb jedoch meistens außen vor. So wird Technik lediglich als Impulsgeber für notwendige Veränderungen interpretiert, z. B. wenn gesagt wird, die komplexeren Abläufe erforderten qualifikatorische Anpassungen. Daher weicht die kritische Analyse bisweilen einer Gestaltungseuphorie, die unterschätzt, wie die primären oder sekundären Folgen neuer digitaler Technologien die Stellung der Beschäftigten unterminieren können.

Ein realistischer Blick auf die Machtkonstellationen und die Interessenlagen, vor deren Hintergrund Unternehmen ihre Produktionssysteme umbauen, sollte nicht dazu führen, sich Gestaltungsoptionen zu verweigern. Er unterstreicht aber, dass soziale Aushandlung die geltende Praxis und gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht dafür die entscheidende Währung bleiben, wenn Ergebnisse zugunsten der Beschäftigteninteressen erreicht werden sollen. Außerdem verweist eine kritische Einschätzung der gesellschaftlichen Triebkräfte hinter Industrie 4.0 darauf, dass wir eine neue öffentliche Debatte über die Verteilung gesellschaftlichen Reichtums und einer möglichen Digitalisierungsdividende brauchen.

Literatur

acatech, Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (2013): Umsetzungsempfehlungen für das Zukunftsprojekt Industrie 4.0. Deutschlands Zukunft als Produktionsstandort sichern. Frankfurt a. M.

BITKOM, Bundesverband Informationswirtschaft Telekommunikation und neue Medien; Fraunhofer IAO, Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (2014): Industrie 4.0 – Volkswirtschaftliches Potenzial für Deutschland. Berlin, Stuttgart.

BITKOM, Bundesverband Informationswirtschaft Telekommunikation und neue Medien; VDMA, Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau; ZVEI, Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (2015): Umsetzungsstrategie Industrie 4.0. Ergebnisbericht der Plattform Industrie 4.0. Berlin, Frankfurt a. M.

BMAS, Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2015): Grünbuch Arbeiten 4.0. Arbeit weiter denken. Berlin.

BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung (2014a): Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen. Hightech-Strategie. Berlin.

BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung (2014b): Zukunftsbild „Industrie 4.0", Hightech-Strategie. Berlin.

BMWi, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2014): Zukunft der Arbeit in Industrie 4.0. Berlin.

Boes, Andreas; Kämpf, Tobias; Langes, Barbara; Lühr, Thomas (2015): „Landnahme im Informationsraum. Neukonstituierung gesellschaftlicher Arbeit in der „digitalen Gesellschaft", WSI-Mitteilungen 68: 77–85.

Botthof, Alfons; Hartmann, Ernst Andreas (Hg.) (2015). Zukunft der Arbeit in Industrie 4.0. Berlin, Heidelberg.

Brynjolfsson, Erik; McAfee, Andrew (2014). The Second Machine Age. Wie die nächste industrielle Revolution unserer aller Leben verändern wird. Kulmbach.

Brzeski, Carsten; Burk, Inga (2015): Die Roboter kommen. Folgen der Automatisierung für den deutschen Arbeitsmarkt. ING DiBa, Economic Research. Frankfurt a. M.

Detje, Richard; Pickshaus, Klaus; Urban, Hans-Jürgen (2005): „Zwischen Abwehrkampfen und Offensivstrategien. Arbeitspolitik und Gewerkschaften", WSI-Mitteilungen 58: 538.

Dörre, Klaus (2012): „Landnahme, das Wachstumsdilemma und die „Achsen der Ungleichheit", Berliner Journal für Soziologie; 22: 101-128.

Dörre, Klaus (2015): „Digitalisierung – neue Prosperität oder Vertiefung gesellschaftlicher Spaltungen?", in: Hartmut Hirsch-Kreinsen; Peter Ittermann; Jonathan Niehaus (Hg.): Digitalisierung industrieller Arbeit. Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen. Baden-Baden, 267–282.

Frey, Carl Benedikt; Osborne, Michael A. (2013): „The future of employment. How susceptible are jobs to computerisation?", Retrieved September 7: 2013.

Ganschar, Oliver; Gerlach, Stefan; Hämmerle, Moritz; Krause, Tobias; Schlund, Sebastian (2013): Produktionsarbeit der Zukunft - Industrie 4.0. Stuttgart.

Gerst, Detlef (2015): „Industrie 4.0 als Herausforderung für den Gesundheitsschutz", in: Lothar Schröder; Hans-Jürgen Urban (Hg.): Gute Arbeit 2015. Frankfurt a. M., 245-257.

Harvey, David (2011). Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln. Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden. Hamburg.

Hirsch-Kreinsen, Hartmut (2015): „Einleitung: Digitalisierung industrieller Arbeit", in: Ders.; Peter Ittermann; Jonathan Niehaus (Hg.): Digitalisierung industrieller Arbeit. Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen. Baden-Baden, 7–30.

Hoffmann, Reiner; Bogedan, Claudia (Hg.) (2015). Arbeit der Zukunft. Möglichkeiten nutzen - Grenzen setzen. Frankfurt am Main.

IG Metall, Zukunft der Arbeit (2015): „Zukunft der Arbeit, Beirat". Frankfurt a. M.

Kurz, Constanze (2013): „Industrie 4.0 verändert die Arbeitswelt. Gewerkschaftliche Gestaltungsimpulse für „bessere" Arbeit", Gegenblende.

McKinsey & Company; VDMA, Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (2015): Zukunftsperspektiven deutscher Maschinenbau. Erfolgreich in einem dynamischen Umfeld agieren. Berlin, Frankfurt a. M.

Pfeiffer, Sabine; Suphan, Anne (2015): „Industrie 4.0 und Erfahrung. Das Gestaltungspotenzial der Beschäftigten anerkennen und nutzen", in: Hartmut Hirsch-Kreinsen; Peter Ittermann; Jonathan Niehaus (Hg.): Digitalisierung industrieller Arbeit. Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen. Baden-Baden, 203–228.

Pickshaus, Klaus (2007): „Was ist gute Arbeit?", in: IG Metall Projekt Gute Arbeit: Handbuch „Gute Arbeit". Handlungshilfen und Materialien für die betriebliche Praxis. Hamburg, 16–31.

Sauer, Dieter (2009): „Gute Arbeit statt humaner Arbeit. Mehr als ein Wechsel des Begriffs?", in: Lothar Schröder; Hans-Jürgen Urban (Hg.): Gute Arbeit. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften. Frankfurt a.M., 135–145.

Scheer, August-Wilhelm (1991): „Wie vermeidet man CIM-Ruinen? Architektur für eine sichere CIM-Einführung", in: Ders. (Hg.): CIM im Mittelstand. Berlin, New York, 1–14.

Schumann, Michael (2008): „Kampf um Rationalisierung. Suche nach neuer Übersichtlichkeit", WSI-Mitteilungen 7: 379–386.

Vorschau

Z 104 erscheint Anfang Dezember 2015 voraussichtlich mit Beiträgen zum Thema „Griechenland – EU – Linke" u.a. von *Nico Biver* („Wieviel Rückhalt hat Syriza?"), *Klaus Dräger* („Europäische Linke und Griechenland") und *Mechthild Schrooten* („Bedingungen für einen Euro-Exit") sowie zur Klimapolitik.

Weitere Beiträge von *Elisabeth Abendroth* („Realismus? Krimis!"), *Friedrich Carl / Paul Oehlke* („Kritisches Potential in der neoschumpeterianischen Innovationsökonomie"), *Matthias Clausen / Sophie Dieckmann / Ernest Kaltenegger / Patrick Ölkrug* („Megacities"), *Christian Fuchs* („Zur Theoriebildung und Analyse der digitalen Arbeit. Die globale Produktion digitaler Hard- und Software", T. II), *Wulf D. Hund* („‚Jüdische Weltverschwörung' unter dem ‚roten Stern'. Marginalie zu Fritz Langs ‚Metropolis'), *Stephan Krüger* („Geldwesen und Zentralbankpolitik. Zur Debatte in Z und prokla") und *John Lütten* („Struktur, Handlung, Herrschaft. Zur Diskussion über Herrschaftsverhältnisse in der Kritik der politischen Ökonomie").

André Leisewitz

Zur aktuellen Verbreitung und Nutzung digitaler Arbeitsmittel

Die zahlreichen Veröffentlichungen zur Digitalisierung der Arbeit nehmen kaum auf den heutigen Stand der Verwendung digitaler Arbeitsmittel Bezug. Nachstehend werden daher einige Daten zusammengetragen, die der letzten Erhebung des Statistischen Bundesamtes zu IuK-Technologien in Unternehmen (2014) und der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung (2012) entnommen sind.

Verbreitung und Nutzung von Computern in Unternehmen

Vor etwas mehr als zehn Jahren, 2002, setzten in der Bundesrepublik noch weniger als drei Viertel der Unternehmen (71 Prozent) Computer ein, 62 Prozent nutzten das Internet (Boes 2005); heute sind dies jeweils rund 90 Prozent. Aus den Erhebungen des Stat. BA ergibt sich, dass deutlich über 50 Prozent der in den Unternehmen Beschäftigten internetfähige Computer beruflich nutzen. (Tab. 1)

Tab. 1: Einsatz von Computern in Unternehmen 2011-2014

	2011	2014
Unternehmen mit	in % aller Unternehmen	
- Computereinsatz	85	91
- Internetzugang	82	89
- Verkäufen über Internet	13	17
- Einkäufen über Internet	44	36
Tätige Personen im Unternehmen, die für geschäftliche Zwecke nutzen:	in % aller im Unternehmen tätigen Personen	
- Computer mit Internetzugang	54	54
- Gerät mit mobilem Internetzugang	25*	21*

Quelle: Stat. BA 2014, S. 8, 10, 33. * Aus methodischen Gründen nur bedingt vergleichbar.

Bei der generellen Verfügbarkeit von Computer- und Internetzugang sind die Unterschiede nach Branchen und Unternehmensgrößenklassen nicht sehr ausgeprägt. Die Intensität ihrer Nutzung (Zahl der Beschäftigten mit beruflichem Internetzugang im Unternehmen) variiert dagegen deutlich: Sie reicht von 31 Prozent im Gastgewerbe bis zu 93 Prozent im Bereich „Information und Kommunikation“[1]

Zwischen einem Viertel und der Hälfte der Unternehmen mit Computernutzung

[1] Stat. BA 2014: 33; bei mobilem Internetzugang sind die Quoten niedriger. Hohe Werte finden sich jeweils bei Kleinunternehmen (bis zu 9 Beschäftigte) und bei Großbetrieben mit 250 und mehr Beschäftigten. Dies korreliert mit hohen Quoten bei „Information/Kommunikation“ oder „freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“, also Domänen von Kleinunternehmen.

verwenden Computer und Internetzugang gegenwärtig für: Steuerung von Planung, Beschaffung, Vertrieb, Marketing etc. (36 Prozent); Erfassung und Auswertung von Kundendaten (42 bzw. 24 Prozent); Datenaustausch mit Kredit- und Finanzinstitutionen (51 Prozent) und Behörden (45 Prozent); Abstimmung mit Zulieferern (24 Prozent); Rechnungsstellung (69 Prozent). Dazu kommen Einkauf und Absatz über das Internet, was für einzelne Branchen (und Großunternehmen) beachtliche Bedeutung hat, beim Absatz aber nur 17 Prozent der Unternehmen betrifft (Tab. 1). All das hat mit den umlaufenden Prognosen über die zukünftig umstürzende Bedeutung der Digitalisierung der Arbeit jedoch relativ wenig zu tun.

RFID[2] dagegen ist eine Schlüsseltechnologie für das „Internet der Dinge". Sie ermöglicht die automatisierte und berührungslose Identifikation von Objekten und das Auslesen von Informationen, die ihnen auf einem Chip beigegeben sind, eine Voraussetzung für die „Kommunikation" zwischen Maschinen und Werkstücken. RFID wird seit langem genutzt. 2014 setzten sie 14 Prozent aller Unternehmen ein (Großunternehmen: 44 Prozent) – aber in erster Linie für Zugangs- und Personenkontrollen und nur am Rande (4 Prozent der Unternehmen; Großunternehmen: 11 Prozent) auch für Produktions- und Dienstleistungsabwicklung (Warenfluss-/Lagerhaltungsmanagement). Auch bei dieser Schlüsseltechnologie für die „Digitale Fabrik" zeigt sich also zumindest gegenwärtig keine besondere Dynamik.

Wer arbeitet wo mit digitalen Arbeitsmitteln?

Bei der letzten der alle sechs Jahre erfolgenden BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung, die einen wichtigen und nach eigener Auskunft statistisch repräsentativen Monitor für die betrieblichen Arbeitsbelastungen darstellt, wurde auch nach dem „wichtigsten Arbeitsmittel" gefragt.[3]

---

2 Radio Frequency Identification; vgl. Bullinger/ten Hompel 2007. Eine Anmerkung am Rande: Wie fast alle digitalen Technologien (Computertechnologie, Internet) militärischen Ursprungs sind (das Internet: ein Kind des Kalten Krieges, des Sputnik-Schocks; Dickson 2001: 243ff.) und in ihrer Entwicklung in erster Linie öffentlich finanziert wurden, so auch die RFID-Technologie (vgl. z.B. http://www.rfid-journal.de/rfid-geschichte.html). Theo Pirker prägte beim Studium der Entwicklung der Computertechnologie und ihrer staatlichen Finanzierung in den USA vor, während und nach dem 2. Weltkrieg die Formel von der „Verbindung von bürokratisch-scientifistischer Zusammenarbeit und staatlich-monopolistischer Kooperation" (Pirker 1962: 133). Das in diesem Rahmen als Produkt des „general intellect" (Marx 1953: 594) entwickelte Wissen findet das private Kapital weitgehend ohne eigenes Zutun vor, eignet es sich an und unterwirft es seiner Kontrolle. Schon hier müsste sich auch für Gewerkschaften, die sich mit der Digitalisierung der Arbeit auseinandersetzen, die Frage stellen, wem eigentlich dieses ursprünglich öffentlich finanzierte, heute privat verwertete Wissen gehört und unter wessen Kontrolle es zu stellen wäre. Gegenüber der Pirker-Formel wäre zudem darauf zu verweisen, dass heute das Bemühen, die Gewerkschaften korporatistisch beim Prozess der Entwicklung und Implementierung der digitalen Technologien in die „staatlich-monopolistische Kooperation" einzubeziehen, unübersehbar ist. Dies hängt eben damit zusammen, dass nicht die Technik selbst, sondern die Gestaltung der Arbeitsorganisation und die Qualifikation der Beschäftigten für die Ausschöpfung der Potentiale der neuen Technologien entscheidend sind. Hier liegt daher auch das Pfund, mit dem die Lohnabhängigen und ihre Gewerkschaften wuchern und Druck auf das Kapital ausüben können.

3 Die Grundauswertung (BIBB/BAuA 2012) enthält diese Angaben nicht; sie wurden von der BAuA freundlicherweise zur Verfügung gestellt (BAuA 2015).

Tab. 2: Womit wird gearbeitet? Das wichtigste Arbeitsmittel 2012		
	Arbeitsmittel	in % der Befragten[1]
A	Werkzeug, Gerät	20,2
B	Maschinen, Anlagen	4,4
	davon:	
	- handgesteuerte Maschinen	1,0
	- automatische Maschinen	1,1
	- computergesteuerte, vollautomatische Maschinen	0,6
	- verfahrenstechnische Anlagen, Fertigungsanlagen, Anlagen zur Energieerzeugung	0,3
	- sonstige Maschinen und Anlagen	1,4
C	Messgeräte und Diagnosegeräte	4,3
	darunter:	
	- elektronische Messgeräte und Hilfsmittel; computergesteuerte Analysesysteme, Diagnosegeräte	1,2
D	Computer, EDV-Geräte	45,2
	davon:	
	- Personal-/Bürocomputer	42,6
	- Tragbarer Computer, Laptop, Notebook	2,0
	- Peripheriegeräte	0,4
	- Computer für die Steuerung von Maschinen, Anlagen, sonstige Computer, EDV-Geräte	0,2
E	Büro- und Kommunikationsgeräte	7,7
	daunter:	
	- einfaches Schreibzeug	3,8
	- stationäres Telefon (analog oder ISDN)	2,6
	- Handy, Funkgerät, Personenrufgerät	0,5
F	Fahrzeuge, Transportmittel	10,1
G	Andere Geräte, Hilfsmittel	8,2
	Gesamt	100,0

[1] N = 20.036 Erwerbstätige. Quelle: BAuA 2015; eig. Ber.

Annähernd 45 Prozent aller Befragten bezeichnen stationäre und portable (Büro) Computer als ihr wichtigstes Arbeitsmittel. Computergesteuerte Maschinen und Anlagen sind dies dagegen nur für 1-2 Prozent der Beschäftigten. Diese Angabe liegt auch in der Größenordnung der Erhebung des Stat. BA (Tab. 1, 54 Prozent der Beschäftigten in Unternehmen an einem Rechner mit Internetzugang tätig).

Von den 2012 erfassten Beschäftigten, die elektronische und DV-gestützte Geräte, Maschinen und Anlagen als ihr wichtigstes Arbeitsmittel angaben, arbeiten etwa 4 bis 5 Prozent als Arbeiter an entsprechenden Maschinen und Anlagen. Sie sind im Wesentlichen im verarbeitenden Gewerbe tätig. Für über 90 Prozent der Beschäftigten mit IKT-Geräten als wichtigstem Arbeitsmittel sind dies stationäre oder portable Büro- und Personalcomputer. Etwa ein Viertel dieser Angestellten ist im verarbei-

tenden Gewerbe tätig. Zahlenmäßig größere Gruppen entfallen auf Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz (7,4 Prozent), insbesondere aber auf den öffentlichen Sektor (öffentliche Verwaltungen/Sozialversicherungen/Militär, zus. 12,5 Prozent) und Erziehungs- sowie Sozial-/Gesundheitsberufe (13,2 Prozent). Tätigkeitsschwerpunkte sind des Weiteren das Finanz- und Versicherungswesen, der Bereich „Information und Kommunikation") (jeweils 7 Prozent) sowie mit fast 10 Prozent „freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen" (BAuA 2015).[4]

Fazit

Noch Mitte der 1990er Jahre war das Internet für die Unternehmen weitestgehend bedeutungslos. Seitdem hat sich die Arbeitswelt ziemlich radikal verändert. Etwa die Hälfte aller Beschäftigten arbeitet heute mit elektronischen und DV-gestützten Geräten, die auch internet- und vernetzungsfähig sind. Nüchtern betrachtet verweisen Dynamik und aktueller Stand der Verbreitung und Nutzung digitaler Arbeitsmittel jedoch eher darauf, dass die angestrebte Vernetzung von virtueller Computerwelt und physischer Welt der materiellen Produktion („Digitale Fabrik") eine Sache mit „allenfalls mittelfristiger" Perspektive (Hirsch-Kreinsen 2014) ist.

Literatur

BAuA 2015: Peter Wittig, Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, schriftl. Mitt. v. 02.06.2015 (Sonderauswertung der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012).

BIBB/BAuA 2012: Peter Wittig, Christoph Nöllenheidt, Simone Brennscheidt, Grundauswertung der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung 2012, Dortmund/Dresden 2013.

Boes 2005: Andreas Boes, Informatisierung, in: M. Baethge u.a. (Hrsg.), Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweisen: erster Bericht, Wiesbaden, S. 211-244.

Bullinger/ten Hompel 2007: Hans-Jörg Bullinger, Michael ten Hompel, (Hrsg.), Internet der Dinge, Berlin.

Dickson 2001: Paul Dickson, Sputnik. The Shock of the Century, New York.

Hirsch-Kreinsen 2014: Hartmut Hirsch-Kreinsen, Wandel von Produktionsarbeit – Industrie 4.0, TU Dortmund, Soziologisches Arbeitspapier 38/2014.

Marx 1953: Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie [Rohentwurf] 1857-1858, Berlin.

Pirker 1962: Theo Pirker, Büro und Maschine. Basel und Tübingen.

Stat. BA 2013: Statistisches Bundesamt u.a. (Hrg.), Datenreport 2013, Bonn.

Stat. BA 2014: Statistisches Bundesamt, Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in Unternehmen 2014, Wiesbaden.

---

[4] In allen diesen Bereichen ist der Anteil von Beschäftigten mit digitalen Arbeitsmitteln überdurchschnittlich groß, wenn man ihn mit dem Erwerbstätigenanteil der jeweiligen Wirtschaftszweige vergleicht. Der Erwerbstätigen-Anteil des Verarbeitenden Gewerbes lag 2012 z.B. bei knapp 18 Prozent, der Anteil von „Information und Kommunikation" bei 3 Prozent. (Stat BA 2013, S. 122).

Marcus Schwarzbach

Work around the clock?

Digitale Arbeit – Herausforderung für Betriebsräte und Gewerkschaften

Digitale Arbeit nimmt an Bedeutung zu. Bei der diesjährigen Hannover-Messe standen digital vernetzte Produktionsanlagen und Roboter, die mit Menschen Hand in Hand zusammenarbeiten sollen, im Mittelpunkt. Das Bundesarbeitsministerium veröffentlichte das „Grünbuch Arbeiten 4.0"[1], Ministerin Nahles will so zukünftige Trends und wichtige Handlungsfelder der künftigen Arbeitsgesellschaft aufzeigen und formuliert „... niemand hat ein Gestaltungsmonopol. Deshalb kann es am Ende nur einen Kompromiss geben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass es ein guter, ein sozialer Kompromiss wird."[2]

Digitalisierung der Arbeit – drohender Arbeitsplatzabbau

„Zum gegenwärtigen Zeitpunkt können wir bei der Digitalisierung der Arbeitswelt allenfalls erahnen, wohin die Reise geht. Dementsprechend ist es schwer, belastbare politische Handlungsoptionen zu entwickeln", vermeidet Thorben Albrecht, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, klare politische Aussagen[3]. Die Auswirkungen auf die Beschäftigten sind heute noch nicht klar zu benennen. Eine viel beachtete Studie von Frey und Osborne untersucht für die USA, ob durch Automatisierung nicht nur Arbeitsplätze in der Produktion oder im Einzelhandel betroffen sein könnten, sondern auch in anderen Dienstleistungsbereichen wie Medizin, Banken oder Architekturbüros. Die Studie ergab, dass 47 Prozent des Beschäftigungsvolumens in den USA in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren stark anfällig sei, durch Maschinen und Computer ersetzt zu werden[4].

Bislang ist die Rolle des Menschen in der Industrie 4.0 eher vage beschrieben. Einerseits heißt es, der Mensch wird als kreativer Planer, Steuerer und Entscheider das Maß aller Dinge bleiben. Gleichzeitig sollen Assistenzsysteme die Anforderungen an die Beschäftigten soweit reduzieren, dass ein kurzes Anlernen ausreicht und niedrige Entlohnung die Folge ist.

Auf der Auftaktveranstaltung des Bundesarbeitsministeriums (BMAS) zum Dialog „Arbeiten 4.0" hat VW-Vorstand Horst Neumann prognostiziert, dass

---

1 http://www.bmas.de/DE/Themen/Schwerpunkte/Arbeiten-vier-null/inhalt.html

2 Siehe auch: http://www.arbeitenviernull.de/gruenbuch/dialog.html.

3 www.gegenblende.de/++co++7b6358d2-6992-11e4-b4e8-52540066f352 „Gute Arbeit im digitalen Zeitalter".

4 Carl Benedikt Frey und Michael A. Osborne, The Future of Employment. How susceptible are jobs to computerization?, 2013, siehe: http://www.futuretech.ox.ac.uk/future-employment-how-susceptible-are-jobs-computerisation-oms-working-paper-dr-carl-benedikt-frey-m

vor allem durch die Robotisierung mittelfristig taktgebundene Arbeit, die etwa die Hälfte in der Produktion ausmacht, wegfällt.[5]

Klar ist also: Arbeitsplätze sind gefährdet, durch Technik werden vorhandenes Beschäftigungsvolumen reduziert. Ver.di will hier auf Innovationen setzen, erläutert Nadine Müller, Referentin beim Ver.di-Bundesvorstand „Solche beschäftigungswirksamen Innovationen sind auch über ein Umlenken von Produktivitätsgewinnen der Digitalisierung in Bedarfsfelder zu finanzieren, so dass insbesondere gesellschaftlich notwendige und soziale Dienstleistungen vorangebracht werden"[6]. Es bleibt offen, ob durch neue Technik dann so viele neue Arbeitsplätze entstehen wie abgebaut werden.

Eine gewerkschaftliche Schlussfolgerung sollte hier sein, Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung zu diskutieren, um sinkendes Arbeitsvolumen zumindest betrieblich etwas auffangen zu können.

Trennung zwischen Arbeit und Privatleben in Gefahr

Bei aller Unklarheit über die konkreten Auswirkungen der digitalen Arbeit ist bereits jetzt klar, dass die neue Technik das Verhältnis von Arbeit und Freizeit verändern kann. Zwar gibt es auch hier positive Stimmen von Gewerkschaftsseite. „Mit der digitalen Arbeit – für die prototypisch die IT-Branche steht – sind durchaus emanzipatorische Potentiale verbunden. Sie kommen in der ver.di-Sonderauswertung über die Bewertung der Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten zum Ausdruck. Es könnte beispielsweise mehr Ort- und Zeitsouveränität und damit eine bessere Life-Work-Balance erreicht werden", hofft Nadine Müller, Referentin des Ver.di-Bundesvorstands.[7]

Die Klagen von Beschäftigten über die ständige Erreichbarkeit häufen sich allerdings bereits jetzt. In einer AOK-Studie gaben 34 Prozent der Befragten an, dass sie „häufig oder sehr häufig" außerhalb der Arbeitszeit Mail- oder Telefonkontakt mit dem Unternehmen hatten.[8] Eine von ver.di herausgebrachte Sonderauswertung der Arbeitsbedingungen in der IT-Dienstleistungsbranche – die Vorzeigebranche bei digitaler Arbeit – zeigt: Die Belastungen nehmen durch eine hohe Arbeitsintensität und Anforderung an ständige Erreichbarkeit zu[9]

Die Trennung zwischen Arbeit und Privatleben wird so in Frage gestellt. Wie wirkt es sich auf Gesundheit und Zufriedenheit von Arbeitnehmern aus, wenn sie auch in der Freizeit ständig aufs Smartphone schielen, um keine Nachricht aus dem Büro zu verpassen? Nach einer Untersuchung der Deutschen Angestellten

---

5 BMAS, Arbeiten 4.0, www.arbeitenviernull.de/auftakt/videos/diskussionspanel-1.html

6 Siehe „Computer und Arbeit", Juni 2015, S. 23.

7 www.gegenblende.de , 18. Februar 2015: http://www.gegenblende.de/++co++18516958-b836-11e4-b586-52540066f352, „Arbeiten in der IT-Branche",

8 Hans-Böckler-Stiftung unter www.boeckler.de/44962_44969.htm.

9 Ines Roth, Die Arbeitsbedingungen in der IT-Dienstleistungsbranche aus Sicht der Beschäftigten, hrsg. von ver.di, Bereich Innovation und Gute Arbeit, siehe www.verdi-gute-arbeit.de/upload/m53ec744830751_verweis1.pdf.

Krankenkasse haben Arbeitnehmer, die in hohem Maße erreichbar sein müssen, häufiger Depressionen als andere. In eine ähnliche Richtung tendieren Befunde der AOK und des DGB-Index Gute Arbeit[10] Allerdings ist es oft schwierig zu sagen, inwieweit gesundheitliche Beeinträchtigungen ausschließlich auf den Faktor Erreichbarkeit zurückgehen. Denn häufig kommen viele Stressfaktoren zusammen. Wer zum Beispiel oft Arbeit mit nach Hause nimmt, steht in der – vermeintlich – freien Zeit auch häufig in Mail-Kontakt mit der Firma.

Der Wissenschaftler Hannes Strobel hat Ursachen und Folgen der Erreichbarkeit infolge der digitalen Arbeit untersucht.[11] Er sieht bei Erreichbarkeit auch im Privaten folgende Faktoren: Kontrollverlust durch Intransparenz Erkenntnisse der Sozialforschung zeigen, dass es wichtig für Menschen ist, eine klare Tagesstruktur zu haben. Durch ständige Erreichbarkeit geht eine solche Struktur tendenziell verloren. Verschärft wird dieses Problem häufig durch den Umstand, dass den Beschäftigten nicht klar sei, was von ihnen im Hinblick auf Erreichbarkeit tatsächlich erwartet werde.

Permanenter Unruhezustand Häufig ist mit ständiger Erreichbarkeit ein Gefühl der Unkontrollierbarkeit verbunden. Viele betroffene Beschäftigte haben die Erwartung, jederzeit kontaktiert werden zu können. Damit geht eine hohe psychische Beanspruchung einher.

Auch wenn es unwahrscheinlich ist, dass das Unternehmen am Abend anruft – allein das Bewusstsein, dass es passieren könnte, versetzt den Arbeitnehmer schon in einen Unruhezustand. Neben Druck durch Vorgesetzte als Ursache unterschätzen durchaus auch Beschäftigte die Wirkungen, betont Strobel. So wird im Rahmen von Mitarbeiterbefragungen durchaus angegeben: „Ja, es ist schon okay, wenn ich da erreichbar bin. Das macht mir eigentlich nichts aus. Ich komme schon zurecht". Ob Beschäftigte dabei die mittelfristigen Gefahren für Erholung und Wohlbefinden im Blick haben, ist jedoch häufig fraglich, so Strobl.

Forderungen an die Betriebsräte

Betriebsräte sind hier vor Ort gefordert, bestehende gesetzliche Vorschriften auch durchzusetzen, wie selbst die Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts Ingrid Schmidt verdeutlicht: „Es ist wichtig, dass eine öffentliche Debatte stattfindet. Arbeitenden müssen sich zur Wehr setzen. Das fängt schon damit an, dass ein Arbeitnehmer das Diensthandy in der Freizeit ausschalten sollte. Niemand schuldet nach seinem Arbeitsvertrag eine ständige Erreichbarkeit. Auch berufliche E-Mails müssen nicht nach Arbeitsschluss gelesen werden. Selbstbewusstsein und einen geraden Rücken kann keine Verordnung ersetzen." Schmidt fordert betriebliche Regelungen, wie sie durch das technische

[10] DGB-Index Gute Arbeit im Internet: www.index-gute-arbeit.dgb.de.

[11] Hannes Strobel, Auswirkungen von ständiger Erreichbarkeit und Präventionsmöglichkeiten: www.iga-info.de/.../iga-Report_23_Staendige_Erreichbarkeit_Teil1.pdf. Iga ist eine gemeinsame Initiative der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e.V. (DGUV) mit drei Verbänden der gesetzlichen Krankenversicherungen.

Abschalten von Emails außerhalb der Arbeitszeit im Volkswagenkonzern bereits umgesetzt werden: „Die Betriebsräte haben schon jetzt erhebliche Eingriffsmöglichkeiten. Sie haben ein Mitbestimmungsrecht beim Gesundheitsschutz, bei der Verteilung der Arbeitszeit und der Anordnung von Überstunden. Auf dieser Grundlage können Betriebsvereinbarungen geschlossen werden."[12]

Technische Lösungen durchsetzbar

Der Betriebsrat kann Lösungen durch die IT durchsetzen: Technisch können die Server so eingestellt werden, dass nach Feierabend oder an den Wochenenden keine E-Mails mehr an die persönlichen Postfächer der Beschäftigten weitergeleitet würden. Vorgaben einer Betriebsvereinbarung legen so z.B. fest, dass die Nutzer dienstlich zur Verfügung gestellter Smartphones nach Dienstende, spätestens 19 Uhr sowie an Wochenenden keine E-Mails empfangen. Häufig wird hier als Vorbild einer Regelung bei VW genannt[13]. Auch eine Regelung für die Urlaubszeit ist durchsetzbar. Ideen für eine technische Lösung bietet die Lösung des Daimler-Konzerns[14] Um den elektronischen Posteingang jedes Einzelnen während des Urlaubs zu entlaste, können Beschäftigte eingehende E-Mails während der Abwesenheit automatisch löschen zu lassen. Gleichzeitig weist eine Abwesenheitsnotiz den Absender des E-Mails auf den zuständigen Vertreter hin, so dass jedes Anliegen dennoch bearbeitet werden kann.

Zeitdruck on demand

Auch ein weiteres Handlungsfeld verdeutlicht die Bedeutung klarer Regelung zur Arbeitszeit auf „Produktion on demand". Die Schlussfolgerungen einer von der Bundesregierung geförderten Studie des Frauenhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) zeigen auf, dass der Zeitdruck für die Beschäftigten steigen wird. „Als Produktionsparadigma für die Zukunft wäre möglichst flächendeckend Production-on-Demand einzuführen und dafür zu sorgen, dass die Kapazitäten dafür ausreichend flexibel sind. Industrie 4.0 schafft dafür die Grundlage, indem CPS ein echtzeitnahes Abbild der Fabrik ermöglichen", so Professor Dieter Spath.[15]

„On Demand" bedeutet direkt nach Kundenauftrag zu produzieren und wird eine noch gravierende Veränderung bedeuten als die Just-in-time-Konzepte, wie ein Manager verdeutlicht. „Wir werden viel kurzfristiger auf Dinge rea-

---

12 „Stress am Arbeitsplatz – Niemand muss ständig erreichbar sein", in: FAZ vom 14.02.2013.

13 Siehe Spiegel-Online vom 23.12.11: http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/blackberry-pause-vw-betriebsrat-setzt-e-mail-stopp-nach-feierabend-durch-a-805524.html.

14 http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?aktion=jour_pm&r=515112: Daimler verankert Balance zwischen Arbeits- und Privatleben als zentralen Bestandteil in der Führungskultur – Pressemitteilung vom 23.11.2012.

15 http://www.produktionsarbeit.de/content/dam/produktionsarbeit/de/documents/Fraunhofer-IAO-Studie_Produktionsarbeit_der_Zukunft-Industrie_4_0.pdf. = Frauenhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO): Produktionsarbeit der Zukunft – Industrie 4.0, Studie, S. 43.

gieren müssen. Dazu müssen wir relativ schnell unsere Daten verdichten und aufbereiten und zu Entscheidungen kommen", betont Manfred Wittenstein, Vorstand bei der Wittenstein AG.[16]

Hybride Systeme steuern die Beschäftigten

Die Veränderungen gehen aber weiter: Hybride Systeme zeichnen sich dadurch aus, dass neben den Beschäftigten, auch die Technologie Prozesse steuert. Bekannt ist die Zusammenarbeit von Mensch und automatisierter Steuerung etwa durch die Arbeit von Piloten. Für das Unternehmen hat die Technik zweifellos Vorteile. Sie kann Daten, Diagnosen und Arbeitsanweisungen präsentieren. Die Beschäftigten können weit weniger Daten verarbeiten und weniger Komplexität berücksichtigen als Maschinen. Gleichzeitig tragen Menschen in hybriden Systemen eine hohe Verantwortung, während sie zugleich der Technologie unterlegen sind. Es geht um die entscheidende Frage, das die letztendliche Entscheidung beim Menschen bleibt. „Unsere qualifizierten Mitarbeiter schließen sensorische Lücken, die immer bestehen werden. Sie verfügen über langjährige Erfahrung zur Beurteilung und Lösung von Ausnahmesituationen. Und sie bringen als Arbeitskraft ihre Kreativität und Flexibilität in die Prozesse ein", schätzt Professor Dieter Spath, InstitutleiterFrauenhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO).[17]

„Wenn über Industrie 4.0 gesprochen wird, ist also das Zusammenspiel von drei Komponenten gemeint: erstens das intelligente Produkt. Einzelteile, die selbstständig mit der Produktionsanlage kommunizieren und die aktiv in den Produktionsprozess eingreifen. Zweitens die vernetzte Maschine, die mit anderen Maschinen, Produkten und Menschen kommunizieren kann. Drittens der Beschäftigte selbst. Er ist ausgestattet mit sogenannten Assistenzsystemen, mit Datenbrillen wie Google Glass und Geräten mit Touchpads, also Tablets und Smartphones, die ihm ständig Informationen geben und teilweise auch mit Anleitungen bei der Arbeit helfen", stellt die IG Metall die digitale Arbeit in der Industrie dar[18]

Durch die digitale Industrie verändern sich Arbeitsfelder, es gibt häufig radikale Neuerungen der Arbeitsabläufe. Die Beschäftigten müssen deshalb unterstützt werden, sich mit diesen Neuerungen vertraut zu machen und Zeit zum Lernen zu haben. „In der Produktionsarbeit der Zukunft sind die Menschen stärker die Dirigenten und Koordinatoren der Fabrik. Die harte Muskelarbeit und auch einen Teil der Denkarbeit übernehmen die Maschinen", schildert Professor Gunther Reinhart, Institutsleiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Betriebswissenschaften (iwb) der Technische Universität München, seine Sicht zur Rolle des Menschen bei der Produktionssteuerung der Zukunft.[19]

---

[16] Ebd., S. 21.

[17] Ebd., S. 2.

[18] http://www.igmetall.de/SID-621942FD-8C9B7464/industrie-4-0-die-rolle-der-beschaeftigten-in-der-intelligenten-13994.htm.

[19] Siehe Frauenhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO), a.a.O., S. 48.

Nach Reinhart wird die mobile Assistenz zunehmen, damit der Mensch mit der Produktionssteuerung interagieren kann und Daten effizienter und schneller ausgewertet werden können. Ein solches System soll die Menschen bei der Entscheidung unterstützen. Er prognostiziert: „Damit der Mensch mit der Produktionssteuerung oder der Maschine interagieren kann, muss die mobile Assistenz zunehmen. Bei einer Fehlermeldung einer Maschine kann sich das ›iProductionPad‹ vor Ort vernetzen und den Fehlerspeicher auslesen und interpretieren. Das ›iProduction-Pad‹ kann Temperaturen oder Frequenzen der Maschine messen, Anweisungen geben und deren Zustand sehr schnell analysieren und diagnostizieren."

Arbeitssteuerung und Mitbestimmung

Mitbestimmungsrechte hat der Betriebsrat bei Technik-Einsatz gemäß § 87 Abs. 1 Zif. 6 BetrVG. Regelungsbedarf in einer Betriebsvereinbarung besteht bei der Arbeitssteuerung. Mit Einführung und Umsetzung digitaler Arbeit werden Arbeitsplätze verändert. Mit ihnen ändert sich die Arbeitsumgebung. Die Auswirkungen des Technikeinsatzes auf die Arbeitsgestaltung können unterschiedlich sein. Technik kann Arbeitnehmern zur Vorbereitung, Ausführung und Entscheidungsunterstützung der Arbeit dienen – sie kann aber auch den Arbeitnehmern vorgegebene Arbeitsweisen aufzwingen und erfordert ein hohes Maß an Anpassung. Es geht deshalb um die entscheidende Frage, ob die letztendliche Entscheidung beim Menschen bleibt. Auch dies sollte Inhalt der Vereinbarung sein, ebenso wie Beschäftigte qualifiziert und auf die Neuerungen vorbereitet werden.

Es können Einzelarbeitsplätze entstehen, bei denen die Technik den Menschen steuert, und die so zu Isolation und Monotonie führen. Dabei kann der Wechsel von Arbeitstätigkeiten entfallen. Das Gegenteil ist aber auch möglich: Es entstehen neue Formen der Teamarbeit, da Arbeitnehmer um Roboter oder „smarte Maschinen" gruppiert werden. Dabei ergibt sich Regelungsbedarf für den Betriebsrat.

Alles in allem bietet die Mitbestimmung also engagierten Betriebsräten Möglichkeiten, im Sinne der Beschäftigten Arbeitsabläufe mitzugestalten. Manche Sorge des Kapitals ist aber übertrieben. Der Slogan „Deutschland vor Comeback der Mitbestimmung", den Unternehmensvertreter anstimmen, ist ebenso übertrieben wie die Feststellung von Robert Weber, Chefredakteur des Fachmagazins Elektrotechnik Automatisierung: Hauptnutznießer der digitalisierten Arbeit seien Betriebsräte, „denn das Betriebsverfassungsgesetz könnte für so manches Datenprojekt an der Maschine eine hohe Hürde darstellen"[20]

Tarifverträge zu digitaler Arbeit

Diese Beispiele zeigen, dass gravierende Veränderungen auf die Beschäftigten zukommen. Arbeitsbedingungen ändern sich radikal. Damit hier nicht jeder einzelne Betriebsrat vor Ort Regelungen trifft, ist eine Koordination durch die Gewerkschaften erforderlich. Tarifverträge können so Rahmenbedingungen

[20] Managermagazin vom 15.07.2015 www.manager-magazin.de/unternehmen/industrie/industrie-4-0-bringt-machtgewinn-fuer-gewerkschaften-a-1042873-2.htm.

festschreiben. Zwei bahnbrechende Tarifabschlüsse der letzten Zeit zeigen, dass Arbeitsbedingungen wieder Thema in Tarifverträgen werden. Zunehmend geht es auch in Arbeitskämpfen nicht nur um Lohnrunden – es geht um die Arbeitsbedingungen, es geht um die Gestaltung der Arbeit. Beim Streik der Lokführergewerkschaft GDL war die zunehmende Arbeitsbelastung der Beschäftigten wichtiges Thema. Auch deshalb ist die GDL mit Forderungen nach Tarifverträgen nicht nur für die Lokführer auf erbitterten Widerstand von Bahnvorstand und Regierungspolitikern gestoßen. „Ein wichtiger Erfolg ist die Senkung der Belastung des Zugpersonals", betont der GDL-Vorsitzende Weselsky zu Recht.[21] Überstunden werden begrenzt, 2018 Arbeitszeit verkürzt und 300 Lokomotivführer zusätzlich eingestellt.

Wenig beachtet von der Öffentlichkeit haben die Beschäftigten der Charité in Berlin einen vorbildlichen Tarifvertrag erkämpft. Thema sind die Arbeitsbedingungen. Nach dem Eckpunktepapier zum Tarifvertrag „Gesundheit und Demographie" werden Arbeitsbedingungen gewerkschaftlich mitgestaltet, es gelten tarifliche Mindestbesetzungsstandards. Es soll mehr Personal eingestellt werden – als Ergebnis des Streiks, es gibt Schlüssel für die Besetzung einzelner Schichten, die verbindlich durchsetzbar sind und vom Betriebsrat kontrolliert werden können.

Arbeitsbedingungen und digitale Arbeit

Die Vereinbarung von Verdi in der Charite und der GDL-Abschluss zeigen: Es geht wieder um den Inhalt der Arbeit. Und knüpft so an eine große Tradition an. Denn Tarifpolitik ist immer auch ein Instrument zur Mitgestaltung der Arbeitsbedingungen. So in den 80er Jahren der Lohnrahmentarifvertrag II der IG Metall in Nordwürttemberg-Nordbaden. Bezahlte Erholungspause oder Taktzeitbeschränkung am Fließband beugten Stress am Arbeitsplatz vor.

Beim IT-Dienstleister IBM wird Verdi hierzu aktiv. Durch Verhandlungen über einen Tarifvertrag zum betrieblichen Gesundheit, der Stress und psychischen Belastungen bei digitaler Arbeit gegensteuern soll.[22]

Die Arbeitsbedingungen werden auch zukünftig ein wichtiges Thema bleiben – bei cyber-physische Systeme (CPS) steuern sich intelligente Maschinen, Betriebsmittel und Lagersysteme in der Produktion eigenständig. Während die Bundesregierung das Thema nur als Frage der Wirtschaftsförderung sieht, ändern sich Arbeitsplätze und die Arbeitsorganisation radikal. Für die Belegschaften bedeutet dies zunehmende Kontrolle und verstärkter Leistungsdruck.

Gewerkschaften und Betriebsräte sind gefordert, die Arbeitsbedingungen der digitalen Arbeit über Tarifverträge zu regeln und Mindeststandards – etwa Mindestanzahl der Beschäftigten oder die Letztentscheidung der Arbeiter

---

[21] www.gdl.de/Aktuell-2015/Pressemitteilung-1435739158, Pressemitteilung der GDL vom 1. Juli 2015.

[22] www.ich-bin-mehr-wert.de/news/ibm_tarif_update/ibmnewsletter-2015/ibmnewsletter20150422, Newsletter der Verdi-Initiative vom 22. April 2015.

beim Verhältnis Mensch-Maschine – sicher zu stellen. Ein Positionspapier der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung fordert „übertriebliche Arbeitskreise", um konkrete Forderungen der Gewerkschaften zu erarbeiten[23]

In der digitalen Arbeit der Zukunft werden durch verstärkten Technikeinsatz Arbeitsplätze abgebaut – und der Leistungsdruck für die weiterhin Beschäftigten zunehmen. So wird auch Arbeitszeitverkürzung wieder ein Thema werden müssen.

„Die Zukunft der Arbeit zu gestalten heißt für die IG Metall, die Potenziale zu realisieren und die Risiken zu minimieren. Denn die Digitalisierung hat auch Schattenseiten: Wenn Beschäftigte ihre beruflichen Ziele künftig nur dann erreichen können, wenn sie immer erreichbar sind, schafft das Smartphone keine Freiheit, sondern eine neue Abhängigkeit. Wenn Beschäftigte in Zukunft nicht mehr die Wahl haben, zu Hause oder im Büro zu arbeiten, weil der Arbeitgeber den Schreibtisch mit den dazugehörigen acht Quadratmetern eingespart hat, dann ist das keine Freiheit, sondern Zwang zur Heimarbeit", kritisiert IG-Metall-Vorstandsmitglied Christiane Benner und fordert: „Die IG Metall kann zum Teil auf Bewährtes zurückgreifen: Tarifverträge und betriebliche Mitbestimmung sind Instrumente, die keinesfalls überflüssig sind. Mitbestimmung kann Selbstbestimmung ermöglichen. Aber wir sind auch herausgefordert, uns auf neue Formen der Mitbestimmung und Beteiligung einzulassen".[24]

Erfolgreich werden die Gewerkschaften aber nur sein, wenn sie zu Streiks bereit sind und die Beschäftigten an Streikplanungen und Strategieentscheidungen beteiligt werden.

---

[23] Kleinhempel/Satzer/Steinberger, Industrie 4.0 im Aufbruch? Report Nr. 5 der Hans-Böckler-Stiftung, siehe http://www.boeckler.de/pdf/p_mbf_report_2015_5.pdf.

[24] Christiane Benner, Das Büro im Taschenformat, Neues Deutschland vom 22.05.2015.

Ursula Schumm-Garling

Gewerkschaften und die digitale Arbeitswelt

Es ist eine bisher noch nicht entschiedene Frage, ob die Strategien zur Digitalisierung von Produktions- und Dienstleistungsarbeiten eine neue historische Phase der Arbeit einläuten oder ob sie eine kontinuierliche Fortsetzung von schon erprobten Rationalisierungsstrategien bedeuten. So oder so sind die Gewerkschaften aber herausgefordert.

Vereinfacht können die Argumentationen zu den Vor- und Nachteilen der digitalen Arbeit so zusammengefasst werden: Die Befürworter, zu denen auch die Bundesregierung gehört, sehen im digitalen Wandel große Chancen. Wohlstand und Lebensqualität würden steigen und Deutschlands Zukunftsfähigkeit wäre gesichert. Digitale Wertschöpfung und Vernetzung würden Wachstum schaffen und Impulse für gutes Arbeiten in der digitalen Welt geben. Die Skeptiker verweisen auf negative Trends und auf sich abzeichnende Konflikte. Durch die Entgrenzung der Arbeit werde die ständige Erreichbarkeit der Beschäftigten zur Realität. Digitale Kontrolle führe zu Leistungsdruck und Transparenz und damit zu mehr Konkurrenz untereinander. Es entstehe ein „digitales Proletariat". Außerdem würden sich gravierende Konsequenzen für den Arbeitsmarkt abzeichnen. Vor allem bedeute das die Gefahr des massenhaften Verlusts von Arbeitsplätzen.

Eines ist jedenfalls jetzt schon deutlich sichtbar: Die Einheit und die Solidarität der Lohnabhängigen sind gefährdet. Waren zu Zeiten des Fordismus vor allem die Belegschaften der industriellen Kernsektoren – also Stahl, Bergbau, Chemie sowie Teile der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (Öffentlicher Nahverkehr, Müllabfuhr) gewerkschaftlich organisiert, so haben sich diese Kerne weitgehend aufgelöst bzw. werden überlagert durch eine Vielzahl weiterer Beschäftigtengruppen – MigrantInnen, Frauen, Menschen in unterschiedlichen prekären Beschäftigungsverhältnissen. Häufig treffen mehrere dieser Merkmale auf eine Person zu. Spaltungen und Fragmentierungen nehmen also zu und bilden sich auf neuen Grundlagen: „Die Solidarität und Einheit der Lohnabhängigen wird heute weniger durch politische Spaltungen als vielmehr durch Veränderungen in der Struktur und Zusammensetzung der Arbeiterklasse selbst, also durch neue Formen der Fragmentierung von Interessen und Kulturen, in Frage gestellt." (Deppe 2015a: 7)

In der Phase der überwiegend fordistischen Produktion gab es einen gesellschaftlichen Konsens über marktbegrenzende Strategien; auch wenn dieser Konsens auf einem asymmetrischen Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit beruhte. Sozialstaatliche Schutzrechte und gewerkschaftlich erkämpfte Erfolge der Tarif- und Arbeitspolitik symbolisierten sich in der Figur des Normalarbeiters und der Institution des Normalarbeitsverhältnisses. Gerade die sozialstaatliche Risikoabsicherung wie die demokratische Legitimation gewerkschaftlichen Handelns wurden als Besitzstand definiert und ermöglichten es den Arbeitern, den Status eines Bürgers in der kapitalistischen Gesellschaft zu erlangen. (Castell 2011) Genau das wird mit den neoliberalen Dere-

gulierungsoffensiven seit Längerem grundsätzlich in Frage gestellt und könnte unter dem Etikett der Digitalisierung noch stärker gefährdet sein.

Eine neue Phase der kapitalistischen Entwicklung?

Die Vorschläge zu arbeitspolitischen Innovationen im Zuge der Digitalisierung verharren gegenwärtig überwiegend in technizistischen Denkmustern. Boes u.a. verweisen dagegen darauf, dass die Strategien zur Umgestaltung der Unternehmen unter Nutzung des globalen Informationsraumes das Potenzial zu einer neuen Phase der kapitalistischen Entwicklung hätten. (Boes u.a. 2015: 79) Weiter argumentieren sie: Der von ihnen vorgeschlagene Begriff des Informationsraumes als „Raum der Produktion" bedeute nicht nur eine gigantische Bibliothek, sondern sei auch ein neuer sozialer Handlungsraum. Als globale Produktivkraftbasis ermögliche der Informationsraum vielfältige Formen der Betätigung und neue Formen der Kooperation. Er werde zur zentralen Basis von Arbeit. Arbeit finde gleichsam „im Netz" statt. (Boes u.a. 2015: 78) Darüber hinaus stehe der Informationsraum weiteren Akteuren auch zur privaten Nutzung offen. Dabei könne es sich um vielfältige Formen des Konsums, der Informationsbeschaffung, des kommunikativen Austauschs, der Kontaktpflege und diverser Formen der gesellschaftlichen Arbeit handeln.

In absehbarer Zeit könnte es gelingen, Arbeit im Informationsraum und außerhalb der definierten Betriebsgrenzen in einen Verwertungszusammenhang zu bringen, ohne die Beschäftigten de jure als Arbeitnehmer zu behandeln. Dadurch entsteht die Möglichkeit, Machtasymmetrien im Inneren der Betriebe nachhaltig zuungunsten der Beschäftigten zu verändern. Das schaffe eine ganz neue Situation: Der bisher gesellschaftlich erreichte status quo im Kapitalismus, nämlich die Lohnarbeit einzubetten in sozialstaatliche, gewerkschaftliche und betriebliche Regelungen, die Ausbreitung und Stabilität im Kapitalismus möglich gemacht hätten, werde in Frage gestellt. Jetzt sei abzusehen, dass verschiedene Formen gesellschaftlicher Arbeit de facto zu Lohnarbeit gemacht würden. Sie würden aber nicht nach den Rechtsnormen des Arbeitsrechts behandelt, sondern nach denen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Damit würden die abhängig Beschäftigten um die Schutzrechte des Regulationssystems der Arbeit gebracht.

Neukonstruktion von Arbeit

Mit der Digitalisierung verschwimmen die Grenzen zwischen Industrie und Dienstleistung; die räumlichen Zusammenhänge von Arbeit im Betrieb lösen sich auf. Scheinbar stabile soziale Strukturen, die mit den gesellschaftlichen Umbrüchen der frühen Industrialisierung wie Landflucht und Verstädterung ganzer Siedlungsgebiete (Ruhrgebiet) entstanden, aber auch die räumliche Konzentration der Belegschaften in einem Betrieb, verlieren an Bedeutung. „Der Raum wird aus der Organisation entlassen." (Sauer/Menz 2015: 54) Es wird nicht mehr die Automatisierung und Integration des Maschinenparks vor Ort vorangetrieben, sondern die autonome Kommunikation und Abstimmung auch mit weit entfernten Produktionsstandorten und Verwaltungen. Damit kann die ökonomische Nutzung räumlicher und häufig mit diesen verbundener sozialer Disparitäten in Konkurrenz zu-

einander gebracht werden. Entgeltungleichheiten, voneinander abweichende soziale Standards und Arbeitsbedingungen werden zu Ungunsten der Arbeitenden in einem Unterbietungswettbewerb etabliert. Arbeit findet nicht mehr in einem Standard-Beschäftigungsverhältnis statt – dem Normalarbeitsverhältnis –, sondern als geringfügige Tätigkeit, als Leih- oder Werkvertragsarbeit oder als Scheinselbstständigkeit. Prekäre Arbeit droht zum neuen Normalarbeitsverhältnis zu mutieren.

Es ist noch nicht lange her, da wurde der Dienstleistungsarbeit in einer Wissensgesellschaft eine gewisse Avantgardefunktion für eine neue Ausrichtung von Arbeit zugeschrieben. Ein hohes Maß an Selbstbestimmung und Autonomie, an Kreativität und Kompetenz sollten sinnvolle und erfüllte Arbeit ermöglichen und emanzipatorische Perspektiven aus dem Widerspruch zwischen den technischen Möglichkeiten und ihrer Realisierung gewinnen. (vgl. Haug 2015) Dieser Gedanke zieht sich schon lange durch die Industriesoziologie: Schon Serge Mallet hat Anfang der 1970er Jahre aus dem Widerspruch zwischen steigender Kompetenz der Beschäftigten und Grenzen des Einflusses bei der Beteiligung an technischen und ökonomischen Entscheidungen durch die kapitalistische Wirtschaftsverfassung emanzipatorisches Potenzial abgeleitet. Für die Zukunft ist es aber fraglich, ob diese Einschätzung tragfähig ist.

Die Konkurrenz der Arbeitenden untereinander wird durch die Digitalisierung der Arbeit weiter vorangetrieben. Da die Arbeit in Echtzeit erfasst und dokumentiert wird, können die Arbeitsergebnisse präzise abgebildet und verglichen werden. Neue Möglichkeiten für Transparenz und Kontrolle eröffnen sich und ermöglichen es, sowohl innerhalb der Belegschaften als auch im Wettbewerb zwischen Standorten und Unternehmen – auch weltweit – die Konkurrenz zu intensivieren.

Am Beispiel von IBM veranschaulichen Boes u.a. ein ausgefeiltes System der Kontrolle: Eine strategische Bedeutung kommt in diesem Konzept der „digital reputation" durch die „Blue Cards" zu. Die Blue Card bildet das Herzstück der digitalen Reputation, über die ein Beschäftigter zu einem bestimmten Zeitpunkt im Unternehmen verfügt. Der Status an „Blue Points" wird immer wieder aufs Neue aktualisiert. So entsteht über das digitale Reputationssystem ein Kontrollmodus nach dem Muster des „Systems permanenter Bewährung". (Boes u.a. 2015: 82)

Darüber hinaus kämen wissenschaftliche Modelle zur Prognose von Verhalten zum Zuge, die durch den Einsatz einer „Analytics Engine" Leistungsmuster über die Zeit hinweg kartografieren. Dadurch werde die Möglichkeit geschaffen, motivationale Prozesse der Subjekte bei Verausgabung von Leistung systematisch zu analysieren und gezielt zu beeinflussen.

Dies ist die eine Seite der Neukonstruktion von Arbeit. Die andere Seite, so Boes u.a., sei die Möglichkeit, die vormals arbeitsteilig erbrachten Einzelleistungen in einen gemeinsamen arbeitsteiligen Prozess zu integrieren. „Dies ist die materielle Voraussetzung für die effiziente People-Cloud – und für eine neue Form der Industrialisierung von Kopfarbeit." (Boes u.a. 2015: 82) Diese Entwicklung habe die Konsequenz, dass vormals hochqualifizierte Softwareentwickler, die sich als Experten verstanden, in einen industrialisierten und globalen Produktionsprozess eingebunden würden. Auf den durch keine Grenzen geschützten Kommunikations-

plattformen vollzieht sich eine „Kollektivierung des Wissens", Wissensbestände werden austauschbar: „Hochqualifizierte Kopfarbeiter werden zu austauschbaren Lohnarbeitern gemacht." (Boes u.a. 2015: ebd.) Diese Entwicklung lässt Befürchtungen zu, dass weder eine eindeutige Entwicklung zur Höherqualifizierung zu erwarten ist noch ein Beschäftigungsstatus gesichert werden kann.

Zusätzlich entsteht eine Konkurrenzsituation zwischen den noch im Betrieb fest angestellten Beschäftigten und den Arbeitskräften im Informationsraum, der sich negativ auf die noch regulierten Arbeitsverhältnisse auswirken wird. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass sich dieser Druck strukturell auf das gesamte System der Regulation von Arbeit auswirken wird und damit auf das Sozialstaatsmodell als Ganzes.

Gewerkschaften stehen vor großen Herausforderungen

Die Debatte um Autonomie bzw. Autonomiespielräume spielte schon in der Humanisierungsdiskussion früherer Jahrzehnte eine entscheidende Rolle. Ging es damals darum, erweiterte Handlungsoptionen im Rahmen standardisierter Vorgaben für einzelne Arbeitsabläufe (Taylorisierung) zu entwickeln, so müssen heute bei erweiterten Autonomiespielräumen bzw. eigenverantwortlichem Handeln die funktionale Bedeutung und die dadurch bestimmten Grenzen aufgezeigt werden. Digital vernetzte Arbeit muss nicht mehr in räumlich und zeitlich fixierten Zusammenhängen geleistet werden. Daraus resultieren vielfältige Optionen zur Entgrenzung und Flexibilisierung von Arbeit. Das befreiende Potential solch partieller Autonomie darf aber weder über- noch unterschätzt werden.

Im Digitalisierungsdiskurs wird vor allem seitens der Unternehmer und der Politik vorgebracht, neue Formen der Flexibilisierung ermöglichten auch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Dem stehen aber Kapital-Interessen entgegen. Denn einerseits rührt diese Flexibilisierung an zentrale Herrschafts- und Kontrollmechanismen in der Arbeitswelt, andererseits bestehen Gefahren, weil betriebliche Belange und arbeitszeitverlängernde Maßnahmen die erhofften Gestaltungsmöglichkeiten stark einschränken. Erweiterte Handlungsmöglichkeiten für die Beschäftigten sind in gewissem Maße notwendig, um produkt- und kapitalmarktinduzierte Unsicherheiten zu bewältigen. „Aber: Die Beschäftigten heute – sowohl in der Produktion wie auch in den Dienstleistungsbereichen – leiden weiterhin nicht an *zu viel* Freiheit und *zu viel* Autonomie, sondern an *zu wenig*." (Sauer/Menz 2015: 56, Hervorh. im Orig.)

Die Perspektive einer zukunftsweisenden Arbeitspolitik muss einerseits die Gestaltung des Arbeitsplatzes sowie die unmittelbaren Kooperationszusammenhänge und andererseits den komplexen Zusammenhang von Arbeitsorganisation, neuen Steuerungsformen und Beschäftigungsverhältnissen sowie die räumliche Verteilung und soziale Differenzierung mit einbeziehen.

Die in der Humanisierungsdiskussion noch propagierte Versöhnung von Rationalisierung und Humanisierung hat angesichts der ständig zunehmenden Intensivierung von Arbeit und deren Folgen für die Gesundheit und damit die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten wenig Chancen. (Pickshaus 2014) Auch wenn

durch Überlastung und Überforderung der Beschäftigten die gesetzten Ziele des Unternehmens beeinträchtigt werden, kann nicht auf Einsichtfähigkeit durch Verhandlungslösungen mit den Unternehmensleitungen bzw. ihrer Verbandsvertreter gesetzt werden. Dafür ist deren Widerstand gegen die Anti-Stress-Verordnung ein beredtes Beispiel. Ohne Druck von unten wird es nicht möglich sein, eine weitere Intensivierung und Prekarisierung von Arbeit zu verhindern.

Die mit der Digitalisierung verbundenen Prozesse stellen die Gewerkschaften vor große Herausforderungen. Gewerkschaften und Betriebsräte werden sich in Zukunft noch intensiver mit den neuen Arbeitskonzepten auseinandersetzten müssen. Die räumliche und soziale Desintegration von Arbeit, das Nebeneinander von weiter zunehmender prekärer Beschäftigung und kleiner werden Stammbelegschaften wie auch die neuen Kontroll- und Transparenzverhältnisse lassen ihnen keine andere Wahl.

Die Jahrzehnte der neoliberalen Offensive haben die Positionen der Gewerkschaften und der betrieblichen Interessenvertretungen geschwächt. Erst in den letzten Jahren kann vorsichtig von einem – allerdings fragilen – „Comeback der Gewerkschaften" gesprochen werden.[1] Vor allem die hohe Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder die Migrationsbewegungen einerseits und die Politik der Arbeitgeber und ihrer Verbände andererseits – von Tarifflucht bis zu union busting – aber auch die betrieblichen Restrukturierungen wie Outsourcing von Dienstleistungen aller Art, um in günstigeren Tarifbereichen zu wildern, oder die Verlegung des Hauptsitzes transnationaler Unternehmen in Steueroasen schwächen die Position kollektiver Interessenvertretungen. Die zweifellos gegebenen Risiken der Digitalisierung verschärfen diese Probleme noch. Um dem allem begegnen zu können, brauchen die Gewerkschaften dringend ein produktives Forum der kritischen Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus, seiner Machtdimensionen und der ihnen innewohnenden Krisenprozesse. Das müsste dann auch ein Forum offener strategischer Debatten sein.

Das BDA-Positionspapier zur Digitalisierung

Auf Seiten der Unternehmer gibt es natürlich ein Interesse, Tarif- und Arbeitspolitik berechenbar zu gestalten und den Betriebsrat als Co-Manager in die digitale Umstrukturierungen der Unternehmen einzubinden. Das wird deutlich in dem im Mai 2015 von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) veröffentlichen Positionspapier zur Digitalisierung (BDA 2015).

In dem Papier wird aber auch mehr als deutlich, dass die Kapitalseite die Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeitswelt dazu nutzen will, eine Offensive der Flexibilisierung in ihrem Interesse einzuleiten. Mit Verweis auf eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sollen die Reste sozialstaatlicher Regelungen abgebaut werden. Es wird eine Deregulierung der Arbeits-, Sozial- und Mitbestimmungsrechte gefordert. Das gilt unter anderem für die verschiedenen Beschäftigungsformen außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses. „Befristung

[1] Vgl. verschiedene Beiträge in Z 92 (Dezember 2012), „Gewerkschaften und Systemfrage".

und Zeitarbeit (gemeint ist Leiharbeit – U. S.-G.) dürfen daher nicht durch neue Belastungen begrenzt werden. Zeitarbeit und insbesondere die sachgrundlose Befristung müssen auch künftig für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen ohne neue Beschränkung zur Verfügung stehen." (BDA 2015: 2) Die Arbeitsteilung und Spezialisierung werde in den Arbeits- und Produktionsprozessen zunehmen und damit die Bedeutung von Werk- und Dienstverträgen. Diese dürften als anerkannte, faire und effektive Möglichkeit auch zukünftig nicht in Frage gestellt werden. Die Betriebsverfassung müsse der absehbaren höheren Geschwindigkeit bei Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen angepasst und Verzögerungspotentiale müssten abgebaut sowie bestehende Regelungen auf ihre Zukunftsfähigkeit hin überprüft werden. Die Arbeitszeiten sollten ebenfalls den flexiblen Anforderungen angepasst und das Arbeitszeitgesetz sollte umgestellt werden: Statt einer täglichen solle es eine wöchentliche Höchstarbeitszeit vorgeben. Der Arbeitsschutz sei in Deutschland gut aufgestellt. Weitere Regelungen – etwa zur Stressvermeidung oder zur Einschränkung der Erreichbarkeit – hätten nach Ansicht der Arbeitgeber keinen zusätzlichen Nutzen, sondern würden nur mehr Bürokratie und Handlungs- und Rechtsunsicherheit bedeuten. (BDA 2015: 5)

Arbeitsschutz sei „Arbeitnehmerschutz", Arbeitsschutz könne darum nicht auf selbstständige Erwerbsformen ausgedehnt werden. Crowdworking und crowdsourcing seien Formen „freier Tätigkeiten" und „freier Mitarbeit" im Internet, die sich gesetzlich nicht fassen ließen. (BDA 2015: 5) Es handele sich nicht um Beschäftigungen, die irgendwie regelbar wären. Überlegungen zu einem Mindestentgelt für crowdworker seien abwegig. „Wer aus freien Stücken eine solche Aufgabe im Internet übernehmen will, sollte und kann daran weder gesetzlich noch in anderer Weise gehindert werden." (BDA 2015: 6)

Eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben wird als eine neue Möglichkeit dargestellt, die sich sozusagen naturwüchsig aus immer flexibleren Arbeitsformen, aus der orts- und zeitungebundenen digitalen Arbeit ergäbe und darüber hinaus auch aus Teilzeitarbeit – von wenigen Wochenstunden bis zu vollzeitnaher Teilzeit –, aus Gleitzeit, Vertrauensarbeitszeit, Arbeitszeitkonten oder auch Jobsharing. Unerwähnt bleibt, wer über die Flexibilisierung befindet und nach wessen Interessen im Zweifelsfall entschieden wird. Um optimale Rahmenbedingungen für die bessere Vereinbarkeit zu schaffen, wird der – ansonsten ungeliebte – Staat in die Pflicht genommen, der für Ganztagskitas oder Ganztagsschulen zu sorgen habe. Dies alles wird aber ausdrücklich nicht als Problem definiert, das in irgendeiner Form Gegenstand gesetzlicher Arbeitsschutzregelungen sein könne.

Der beruflichen Bildung und Weiterbildung wird ebenfalls große Bedeutung beigemessen. Denn die Digitalisierung mache den lebenslangen Erwerb immer neuer Qualifikationen erforderlich. Aber entweder werden Forderungen an staatliche Bildungseinrichtungen gestellt oder – wie bei der beruflichen Weiterbildung – dem einzelnen angelastet. „Allerdings wünscht sich weiterhin die Mehrheit der Betriebe, dass ihre Beschäftigten mehr Freizeit für die eigene Weiterbildung einbringen". (BDA 2015: 9) Im Kommentar des DGB zu diesem Positionspapier heißt es zusammenfassend: „Das BDA-Positionspapier ist ein Neinsa-

ger-Papier mit neoliberaler Färbung, denn politische Gestaltungs- oder Regulierungspositionen neuer oder veränderter Arbeitsformen werden grundsätzlich abgelehnt. Stattdessen fordert die BDA weitere Deregulierungen der Arbeits-, Sozial- und Mitbestimmungsrechte. Eigene Gestaltungsambitionen der BDA sind nicht erkennbar – sie will alles dem Markt überlassen." (DGB 2015: 1)

Notwendige Gegenkonzepte – Kooperation statt Konkurrenz

Die Wirksamkeit von betrieblicher Interessenvertretung und Gewerkschaften wird zukünftig verstärkt davon abhängen, ob es gelingt, Einfluss zu nehmen auf die Rahmenbedingungen von Arbeit wie beispielsweise die Bereitstellung von Ressourcen wie Budgets, Personal, Zeitkontingente oder die Beteiligung an der Formulierung von Zielen, an der Terminplanung sowie den Beschäftigungsverhältnissen und der Bezahlung sowie Fragmentierung und Outsourcing von Betriebsteilen. Der von ver.di geführte Poststreik war ein Versuch, in diesem Sinne Leitplanken zu setzen. Sein Scheitern in dieser Kernforderung führt zugleich die gewaltigen Probleme vor Augen, die hier zu bewältigen sind.[2] Darüber hinaus müssen Beteiligungsformen in realen und virtuellen Netzstrukturen entwickelt werden. Vorhandene beteiligungsorientierte gewerkschaftliche Konzepte wie „Gute Arbeit" (Pickshaus 2014), Organizing-Konzepte oder beteiligungsorientierte Tarifpolitik müssen weiterentwickelt werden. Nur so können die Grenzen, die durch die ökonomischen Rahmenbedingungen gesetzt werden, deutlich gemacht und ihre Wirkung vermindert werden.

Mit der Digitalisierung werden die ohnehin schon fließend gewordenen Grenzen zwischen Industrie und Dienstleistungssektoren weiter verschwimmen. Und damit auch die Abgrenzungen zwischen Industrie- und Dienstleistungsgewerkschaften. Das hat jetzt schon Konsequenzen für die Gewerkschaften und wird in Zukunft noch viel größere Probleme bereiten. Einerseits überschneiden sich Tätigkeitsfelder und damit die Organisationszuständigkeiten – mit der möglichen Folge der Konkurrenz um Mitglieder. Andererseits ergeben sich aber auch Möglichkeiten zu organisationsübergreifendem arbeitspolitischem Handeln. (Gewerkschaftseinheit auf dem Prüfstand 2015)

Mit den Fusionen einer Reihe von Einzelgewerkschaften zu Multibranchengewerkschaften wurde ein wesentliches Organisationsprinzip beibehalten – ein Betrieb – eine Gewerkschaft. Hier finden gegenwärtig aber zentrale Veränderungen statt. Detlef Wetzel, der Erste Vorsitzende der IG Metall, weist darauf hin, dass gewerkschaftliche Wirkungsmacht nicht mehr in Branchen oder in Betrieben, sondern in Wertschöpfungsketten realisiert wird. Deswegen müssten sich Gewerkschaften mit den Wertschöpfungsketten auseinandersetzen und branchenübergreifend entlang der Wertschöpfungskette präsent sein. „Generell sollte gelten: „ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag". Wenn das nicht funktioniere, dann sollte mindestens gelten: „Eine Wertschöpfungskette – eine IG Metall – ein Tarifvertragssystem." (Wetzel 2015: 172)

---

[2] Siehe herzu den Beitrag von Werner Siebler in diesem Heft.

Diese Position deutet darauf hin, dass im Gefolge der Strukturveränderungen die Grenzen zwischen Gewerkschaften, die ihren Organisationsschwerpunkt in der Industrie und jenen, die ihn im Dienstleistungssektor haben, verschoben werden sollen. Hier entsteht ein erhöhter Bedarf an Diskussion um einvernehmliche Lösungen. Der modische Diskurs über digitale Arbeit und ihre großen Chancen umschifft alle Fragen, die mit den Widersprüchen und Krisen des sich entwickelnden digitalen Kapitalismus verbunden sein können. Darunter auch die hier genannte.

Die hier nur angedeuteten Konflikte werden augenfällig in dem Mitte April dieses Jahres abgeschlossenen Kooperationsvertrag zwischen den vier Vorsitzenden der Industriegewerkschaften IG Metall, IG BCE, IG BAU und EVG. Hier vereinbarten vier Gewerkschaften eine Zusammenarbeit, die ohnehin kaum miteinander um Mitglieder und Zuständigkeitsbereiche konkurrieren. Schon eher ist das der Fall im Verhältnis zu weiteren Gewerkschaften, die aber an der Vereinbarung gar nicht beteiligt wurden: ver.di, GEW, NGG und Polizei-Gewerkschaft.

Begründet wurde dieser Schritt mit der Bedeutung der Wirtschaft, vor allem der Exportwirtschaft, und der Notwendigkeit, angesichts der Veränderungen der Produktionsprozesse und der Organisation von betrieblichen Abläufen das Prinzip „Ein Betrieb – Eine Gewerkschaft" zu erhalten..(Kooperationsvertrag 2015: 1) Ziel sei, in Kooperation mit Unternehmern und der Politik den technologischen Wandel so zu gestalten, dass am Ende mehr Beschäftigte bessere Arbeit im industriellen Netz fänden. Eine rationale Abgrenzung der Organisationen voneinander solle an Hand der bestehenden Wertschöpfungsketten erfolgen, grundsätzlich nach dem Prinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag". Moderne industrielle Wertschöpfungsketten zeichneten sich durch eine arbeitsteilige Integration aus, die den Unterschied zwischen Güterproduktion und Dienstleistung in ihren Geschäftsmodellen längst überwunden hätte.

Der Vertrag schlägt ein dreistufiges Verfahren vor, um im Konfliktfall Organisationsabgrenzungsfragen zu klären. Das sollen zunächst die betroffenen Gewerkschaften selbst tun. Erst wenn auf dieser Ebene (ausnahmsweise?) keine Einigung erzielt werden kann, soll der DGB ein Vermittlungs- und Schiedsverfahren einleiten. (Kooperationsvertrag 2015: 25) Dies kommt einer Entwertung des DGB gleich.

Auch wenn es gegenwärtig unrealistisch erscheint, wäre es dringend geboten, mit Blick auf übergreifende Aufgaben, die die Organisationsbereiche der Einzelgewerkschaften betreffen (Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Verteilungs-, Gesundheits- und Bildungspolitik, Steuerpolitik) einen Ort für umfassende Debatten zu schaffen. Die Einzelgewerkschaften brauchen dringend eine zentrale Instanz, um strategische Debatten über die vielfältigen und krisenhaften Entwicklungen zu führen.

Das gesamte System der in Jahrzehnten gewachsenen Arbeitsbeziehungen befindet sich in einem schleichenden Erosionsprozess, der unter dem Schub der Digitalisierung zu einem Umbruch- und Abbruchprozess zu werden droht. Es ist klar, dass die Einzelgewerkschaften unter diesen Bedingungen über Lohn-, Tarif- und Arbeitszeitfragen hinaus auch arbeitspolitische und im weiteren Sinne sozialpolitische Themen diskutieren müssen. Solche Diskussionen brauchen aber einen Ge-

samtrahmen, und hier kommt der DGB ins Spiel. Er müsste der Ort einer gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussion sein, die beispielsweise ein eigenes Konzept zur Gestaltung der Digitalisierung entwickelt. „Wir haben die Chance, den Dachverband gemeinsam für derartige Strategiediskussionen zu nutzen. Das kann der DGB nicht stellvertretend tun, sondern nur mit den Mitgliedsgewerkschaften. Da brauchen wir stärkere Impulse." (DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach, in: Gewerkschaftseinheit auf dem Prüfstand 2015: 36).

Dazu passt der Vorschlag, der DGB solle *das* Forum für strategische Debatten sein. Voraussetzung hierfür wäre allerdings die rationale Einsicht, dass die Logik der Konfrontation einen höheren Schaden verursacht als der Verzicht auf einzelne eigenen Forderungen, was auf eine Stärkung des DGB hinauslaufen würde. (Deppe 2015b: 22f.) Die Macht der Einheit ist, so Deppe, notwendig, um neue Angriffe auf soziale Rechte, auf die Mitbestimmung, auf den Lebensstandard der Lohnabhängigen und – in politisch zugespitzten Zeiten – auf die Existenz der Gewerkschaften selbst abzuwehren.

Die allgemeinen Interessen der Lohnarbeit bedürfen einer starken Repräsentanz. Dazu gehören die Abwehr von sozialer Unsicherheit, insbesondere der Kampf gegen die Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche, gegen Diskriminierungen aller Art, um die Folgen des Abbaus des Sozialstaates, den Schutz von Natur und Umwelt ebenso wie den Abbau von Demokratie und die Abwehr wachsender Kriegsgefahren. „Zentrale Werte wie Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Frieden stehen im Zentrum einer inklusiven Solidarität (...), die vor allem durch die Anerkennung von Differenzen stark wird." (Deppe 2015b: 23)

Auf viele Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft haben die Gewerkschaften – so die Einschätzung von Michael Schumann (Schumann 2014) – mit ihren Initiativen beispielsweise für Mindestlohn oder die Re-Regulierung der Leiharbeit durchaus richtig reagiert und im einzelnen auch Erfolge erzielt. Der Blick auf die Digitalisierung ist aber mit großen Ungewissheiten verbunden. Neue Ansätze für eine Humanisierung der Arbeit lassen sich ausmachen. Aber die Risiken von Entgrenzung der Arbeit, weiterer Prekarisierung und Verdrängungen menschlicher Arbeit sind groß. Vor allem die sich herausbildende Plattform-Ökonomie untergräbt die Mitbestimmung und praktisch alle arbeits- und sozialrechtlichen Standards. (DGB 2015: 3f.) Hier sind die Gewerkschaften gefordert, eigene Gestaltungsakzente zu setzen.

Literatur

BDA 2015, Chancen der Digitalisierung nutzen. Positionspapier der BDA zur Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeitswelt. Mai 2015.

Bischoff, Joachim, Radke, Björn, Troost, Axel 2015, Industrie der Zukunft? Wertschöpfung zwischen De-Industrialisierung und vierter industrieller Revolution. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 6/2015.

Boes, Andreas, Kämpf, Tobias, Langes, Barbara, Lühr, Thomas 2015, Landnahme im Informationsraum. Neukonstituierung gesellschaftlicher Arbeit in der „digitalen Gesellschaft", in: WSI Mitteilungen 2: 77–85.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales April 2015, Grünbuch. Arbeiten 4.0, Arbeiten weiter denken, Berlin.

Castell, Robert 2011, Die Krise der Arbeit. Neue Unsicherheiten und die Zukunft des Individuums. Hamburg.

DGB-Bundesvorstand 2015, Kommentar des DGB - Bundesvorstands zum Positionspapier der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zur Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeitswelt. Projekt Arbeit der Zukunft / Juni 2015.

Deppe, Frank 2015, Ende der Einheitsgewerkschaft? Überlegungen zu sozialer Spaltung, Gewerkschaftskonkurrenz, gesetzlicher Tarifeinheit und politischem Mandat, in: Sozialismus 6/2015 S. 6-12 (a)

Ders., Einheit oder Spaltung? Überlegungen zur Debatte um die Einheitsgewerkschaft hrsg. von der Rosa- Luxemburg- Stiftung, Reihe Analysen Nr.19, Juni 2015 (b).

Gewerkschaftseinheit – auf dem Prüfstand, 2015. Über beschleunigten Strukturwandel, Konkurrenz um Mitglieder und das politische Mandat des DGB. Eine Diskussion mit Annelie Buntenbach, Hans-Jürgen Urban und Frank Werneke. in: Sozialismus Heft 7/8: 32-38.

Haug, Wolfgang Fritz 2015, Jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger. Editorial in: Argument 311, H. 1: 7-11.

Hensche, Detlef 2014, Schwarz -rotes Streikverbot. in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H- 1: 34 – 38.

Kooperationsvertrag 2015, abgeschlossen zwischen IG Metall, EVG, IG BCE und IG BAU, 15. 04. 2015.

Mallet, Serge 1972, Die neue Arbeiterklasse, Neuwied/Berlin.

Pickshaus, Klaus 2014, Rücksichtslos gegen Gesundheit und Leben. Gute Arbeit und Kapitalismuskritik – ein politisches Projekt auf dem Prüfstand. Hamburg.

Sauer, Dieter, Menz, Wolfgang 2014, Renaissance des Industriekapitalismus? Entwicklungslinien moderner Arbeit und Perspektiven demokratischer Beteiligung. in: Industriearbeit und Arbeitspolitik. Kooperationsfelder von Wissenschaft und Gewerkschaften, hrsg. von Detlef Wetzel, Jörg Hofmann, Hans-Jürgen Urban, Hamburg S. 47-60.

Schumann, Michael 2014, Praxisorientierte Industriesoziologie. Eine kritische Bilanz in eigener Sache. in: Industriearbeit und Arbeitspolitik. Kooperationsfelder von Wissenschaft und Gewerkschaften, hrsg. von Detlef Wetzel, Jörg Hofmann, Hans-Jürgen Urban, Hamburg.

Schumm-Garling, Ursula 2014, Für eine neue Politik der Arbeit, in: Sozialismus H.7/8: 55-61.

Wetzel, Detlef 2015, Arbeit 4.0. Was Beschäftigte und Unternehmen verändern müssen. Freiburg, Basel, Wien.

Falk Prahl

Die Digitalisierung der Arbeitswelt und die Debatte um eine neue Arbeitszeitpolitik

Der jetzt erkennbare neue Schub der Digitalisierung wird zu weit reichenden gesellschaftlichen Umbrüchen und zu beträchtlichen Umwälzungen in der Arbeitswelt führen. Für die Beschäftigten birgt das sehr große Risiken. Die Gewerkschaften sind gefordert, hierzu eigenständige Positionen zu entwickeln. Dieses Thema beschäftigte auch den Vertrauensleute-Ausschuss von ver.di Südhessen.

Auf seiner Klausurtagung Ende 2014 hat der Ausschuss beschlossen, eine Konzeption für eine regelmäßig stattfindende „Zukunftswerkstatt" unter dem Motto „Wie wollen wir in Zukunft leben und arbeiten" zu schaffen. Als Begründung hierfür wurde u.a. ausgeführt: „Als politisch autonome Interessensorganisationen müssen die Gewerkschaften sich über ihre eigenen Grundwerte, über gesellschaftliche Interessenkonstellationen und über ihre Handlungsstrategien in der Zukunft klar werden. Weiterhin müssen Gewerkschaften neben ihren betrieblichen Kernthemen auch zu gesellschaftspolitisch relevanten Themenstellungen ihre Positionen entwickeln und sie in die gesellschaftlichen Debatten einbringen, so wie dies beispielsweise aktuell bei dem Thema TTIP/TISA/CETA der Fall ist."

Ganz sicher betrifft dies auch das aktuelle Thema der Digitalisierung der Arbeitswelt. Für die konzeptionelle Vorbereitung einer solchen „ Zukunftswerksatt" wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Diese hat bei ihrem ersten Treffen als inhaltliches Thema der „1. Zukunftswerkstatt ver.di Südhessen" die Thematik *„Digitalisierung der Arbeitswelt/Industrie 4.0"* festgelegt. Hierzu wird eine Tagung vorbereitet, bei der mit kompetenten Referenten das Thema kritisch reflektiert und auf den konkreten Arbeitsalltag der einzelnen ver.di Fachbereiche herunter gebrochen werden soll. In Anbetracht der neuen großen Risiken, die die Digitalisierung für – ohnehin hart umkämpfte – Standards guter Arbeit mit sich bringt, geht es insbesondere darum, geeignete Schutz-, Handlungs- und auch Gegenstrategien zu entwickeln.

Ver.di-Debatte zur Digitalisierung

Von ver.di gibt es zum Thema Digitalisierung der Arbeitswelt schon eine Reihe von Positionspapieren, die beispielsweise auf mehreren Digitalisierungskonferenzen 2014 und 2015 diskutiert und erarbeitet wurden. Auf dem kommenden Bundeskongress von ver.di (September 2015) wird das Thema eine zentrale Rolle spielen. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske sprach in einem Beitrag auf der Dienstleistungstagung des Bundesforschungsministeriums im Mai 2014 in Berlin, die unter dem Motto *„Dienstleistung in der digitalen Gesellschaft"* stand, von „Chancen und Risiken" der Digitalisierung und unterstrich: „Ich sehe die entscheidende Herausforderung darin, aus den digitalen Innovationsschüben ein Maximum an Fortschritt für möglichst viele Menschen zu erzielen. Dazu

braucht es angesichts vielfältiger Ambivalenzen den kritischen Diskurs, den Dialog und die gesellschaftliche Auseinandersetzung. ... Stehen im Gesundheitswesen, in der Logistik, im Transport- und Überwachungsgewerbe und in vielen anderen Dienstleistungsfeldern vergleichbar einschneidende Änderungen an, wenn die derzeit in der Entwicklung befindlichen digitalen Techniken tatsächlich in großem Stil einführungsreif sein werden? Vieles spricht dafür. Wie wird dann die Beschäftigungsbilanz der weiteren digitalen Durchdringung der Wirtschaft und Arbeitswelt ausfallen?"[1]

Bsirske spricht hier zutreffend mehrere zentrale Punkte der zukünftigen Auseinandersetzungen an. Er warnt vor den absehbaren sozialen Risiken für die Beschäftigten, mahnt mit Blick auf die Aufgaben der Gewerkschaften zu Recht einen kritischen Diskurs und eine gesellschaftlich Auseinandersetzung an, und zwar in Verbindung mit der Frage nach einer Umverteilung des Produktivitätsgewinns, wenn er von der Beschäftigtenbilanz spricht. Hier ist dann auch der gewerkschaftliche und betriebliche Ansatz für eine politische Debatte zur Frage „Wie wollen wir in Zukunft leben und arbeiten".

Ein neuer sozialer Kompromiss?

Es besteht also dringender Bedarf, aus gewerkschaftlicher Sicht eigene innovative Gestaltungskonzepte zu entwickeln. Allerdings fällt auf, dass in zahlreichen gewerkschaftlichen Wortmeldungen jetzt schon, also bevor die Debatte über diese eigenen Positionen überhaupt so richtig in Gang gekommen ist, Aspekte der Kooperation gegenüber der Kapitalseite, der Gemeinsamkeit, des gemeinsamen Bewältigens der Herausforderungen stark in den Vordergrund gerückt werden und sich auch in der Schaffung so genannter sozialpartnerschaftlicher Strukturen niederschlagen.

In der bisherigen Debatte zum Thema „Digitalisierung der Arbeit" stehen – auch in gewerkschaftlichen Wortmeldungen - häufig zu sehr die Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung im Mittelpunkt der Betrachtung. Es wird unterstrichen, das Leitbild „Gute Arbeit" müsse auch im Prozess der Digitalisierung zum Zuge kommen, und gelegentlich wird positiv vermerkt, dies hätten die Gewerkschaften in den laufenden Debatten mit Kapital und Staat bereits durchgesetzt. Aus gewerkschaftlicher Sicht fehlt es dagegen oftmals an einer grundsätzlichen, klassenorientierten Positionierung zum Thema, verbunden mit klaren, auch gesellschaftspolitischen Forderungen und Durchsetzungsstrategien. Es bahnen sich schon, ähnlich wie beim damaligen „Bündnis für Arbeit", neue – teilweise vom Staat moderierte – Kooperationen mit der Kapitalseite an, die letztendlich der Standortlogik verhaftet bleiben.

---

1 Frank Bsirske: Digitalisierung und Dienstleistungen – Herausforderungen für Arbeitswelt und Gesellschaft, in: Digitalisierung und Dienstleistungen – Perspektiven Guter Arbeit, hrsg. vom ver.di-Bereich Innovation und Gute Arbeit, Berlin 2014, S. 8f. Download unter http://www.verdi.de/presse/downloads/pressemappen/++co++f8efa98e-381b-11e4-a88c-5254008a33df.

Ver.di-Positionen sind nicht frei von dieser sozialpartnerschaftlichen Herangehensweise. In einer „Gemeinsamen Erklärung von ver.di und Bundeswirtschaftsministerium", im September 2014 unterzeichnet von Sigmar Gabriel und Frank Bsirske, heißt es, die Bundesregierung und ver.di hätten das „gemeinsame Grundverständnis", die Veränderungsprozesse der Digitalisierung im Sinne von „Guter Arbeit" und „Guten Dienstleistungen" „zu gestalten". Ver.di kündigt an, „Sozialpartnerdialoge in den Dienstleistungsbranchen" zu führen, um „gemeinsame Lösungen für Gute Arbeit und Gute Dienstleistungen" zu entwickeln.[2] In einer „Gemeinsamen Erklärung" von Bundeswirtschaftsministerium, Deutschem Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sowie ver.di (28. April 2015) werden vor allem die positiven „Möglichkeiten der Digitalisierung" hervorgehoben. Sie sei ein ökonomischer Erfolgsfaktor, sie schaffe mehr Wettbewerbsfähigkeit. Die Unterzeichner wollten diese Entwicklung „mitgestalten" und „gemeinsam mit der Wirtschaft geeignete Maßnahmen" entwickeln.[3]

Noch stärker ausgeprägt ist dieser Ansatz bei der IG Metall, die als eine den exportorientierten Industriesektoren verbundene Gewerkschaft die Dinge unter dem Blickwinkel einer korporatistisch geprägten Standortlogik betrachtet. Jörg Hofmann, zweiter Vorsitzender der IG Metall, unterstrich folgerichtig die erwarteten Vorteile der Digitalisierung: Er setzte sich dafür ein, „Gestaltungsoptionen für eine Arbeitswelt zu entwickeln, von der Beschäftigte und Unternehmen profitieren können". Er forderte die „Bereitschaft zum innovativen Mitmachen".[4] Der Akzent lag dabei stärker auf „Mitgestalten" als auf „Gegenwehr". Anlass für diese Positionsbestimmung war die Mitteilung, der IG Metall-Vertreter habe den Co-Vorsitz der IT-Gipfel-Plattform „Digitale Arbeitswelt" des Bundesarbeitsministeriums (zusammen mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles) übernommen. Die Plattform wird von Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Politik getragen.

An solchen Plattformen ist derzeit kein Mangel. Auch auf der Hannover-Messe im Mai dieses Jahres wurde unter der Regie des Bundeswirtschaftsministeriums eine „Plattform Industrie 4.0" ins Leben gerufen. Mit einer konzertierten Aktion von Politik, Unternehmen und Gewerkschaft will die Bundesregierung „die Chancen der Digitalisierung der Wirtschaft aktiv nutzen". Dabei sind die Branchenverbände Bitkom, VDMA, ZVEI, der BDI, das Forschungsministerium, die Fraunhofer Gesellschaft und auch wieder der zweite IG Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann. Sie alle wollen gemeinsam die Weichen für „gute Industriearbeit" stellen. Vor allem die Wirtschaftsverbände konnten dabei keine Gefahren für die Arbeitswelt, etwa durch massenhafte Rationalisierung und Jobverluste erkennen. Alle sprachen von den „Chancen"

---

2 Gemeinsame Erklärung von ver.di und Bundeswirtschaftsministerium „Gute Arbeit und Gute Dienstleistungen im digitalen Zeitalter", www.verdi.de.

3 Dienstleistungen 4.0 – mit Digitalisierung Dienstleistungen zukunftsfähig machen. Gemeinsame Erklärung von BMWi, DIHK und ver.di. Download: www.bmwi.de (Presseerklärung vom 28. 4. 2015).

4 http://www.igmetall-berlin.de/aktuelles/meldung/joerg-hofmann-uebernimmt-co-vorsitz-der-it-gipfel-plattform-digitale-arbeitswelt-des-bundesarbeitsministeriums/.

der Digitalisierung. Forschungsministerin Wanka zeigte sich zuversichtlich, dort, wo Jobs wegfielen, entstünden auch neue.

Jörg Hofmann erklärte, die Gewerkschaften wollten die Industrie der Zukunft mitgestalten. Zu gigantischen Rationalisierungswellen mit massenhaften Jobverlusten müsse es nicht kommen. Industrie 4.0 biete „eine Fülle von Möglichkeiten". [5] Was die Digitalisierung der Industriearbeit wirklich bringe, sei allerdings noch nicht sicher. Hofmann warnte durchaus vor möglichen Risiken. Ein wünschenswertes Leitbild von guter Arbeit in einer digitalisierten Welt werde sich nicht im Selbstlauf durchsetzen. [6] Bei einer Konferenz des BMAS zum gleichen Thema im April dieses Jahres unter dem Titel „Arbeiten im Digitalen Zeitalter" warnte Hofmann: „Die Anforderungen der Betriebe dominieren mehr denn je die Interessenslagen der Beschäftigten: Mehrwert statt Wertschätzung, Marge statt Mensch, bestimmt den Arbeitsalltag." [7] Es bleibt aber das ungute Gefühl, dass Gewerkschaftsvertreter, indem sie die „Mitgestaltung", die „gemeinsame" Gestaltung der digitalen Revolution in den Vordergrund stellen, die negativen Folgen für die Arbeitswelt unterschätzen bzw. keine überzeugende Antwort darauf haben, was sie diesen denn entgegen setzen wollen.

Zu den optimistischen Erwartungen, die erhofften Chancen der Digitalisierung vor allem durch Strukturen des Dialogs realisieren zu können, sagte der Ökonom Heinz Bontrup, Professor an der Westfälischen Hochschule und Sprecher der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: „Wer Industrie 4.0 im Kapitalismus steuern will, übernimmt sich." Wenn wirklich, wie zu erwarten, pro Beschäftigten deutlich mehr Wertschöpfung erzielt werde, würden viel weniger Arbeitskräfte benötigt. Deshalb müsse nun auch über eine andere Verteilung der Arbeitszeit, auch über kürzere Arbeitszeiten gesprochen werden. In einem Bericht über die Tagung auf der Messe Hannover schrieb die Zeitung „Neues Deutschland": „Die Antworten der Wirtschaftsverbände klingen aus früheren Auseinandersetzungen vertraut. Automatisierung sei kein Gegensatz zur Schaffung von Arbeitsplätzen, weil sie zu mehr Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Arbeitsplätzen führe." [8] Das hat schon früher nicht gestimmt. Auch heute ist da Skepsis angebracht.

Es sind eben genau diese „Anforderungen der Betriebe" und die daraus entstehenden stärkeren physischen und vor allem psychischen Belastungen für die Belegschaften, die zu analysieren und in Frage zu stellen sind, bevor man sich in die genannten Kooperationen mit der Kapitalseite begibt. Was das Leitbild gute Arbeit im Prozess der Digitalisierung betrifft – von dessen Realisierung wir ja auch heute weit entfernt sind – so wird es sicherlich auch Kooperationen und Interessenkompromisse zwischen Kapital und Arbeit geben können und müssen. Aber diesem Leitbild werden die Gewerkschaften nur dann wirklich näher kommen, wenn sie

---

5 http://www.igmetall.de/hannover-messe-2014-der-wandel-industrieller-arbeit-durch-13483.htm.

6 http://www.hp.igm.de/news/meldung.html?id=71213.

7 IG Metall – Arbeit im digitalen Zeitalter. http://www.igmetall.de/fortschrittsdialog-arbeiten-4-0-16097.htm.

8 ND-Online 15. 4. 2015, www.nd-online.de.

konsequent Position beziehen gegen neoliberale Wettbewerbsstrategien, wenn sie konfliktfähig sind und über Durchsetzungsstrategien verfügen. „Allerdings können solche Kompromisse weniger als Ausdruck gemeinsamer wettbewerbspolitischer Interessen, sondern eher als Resultat konfliktorischer Aushandlungsprozesse gedacht werden. Eigene innovative Gestaltungskonzepte sind in dieser Strategie unverzichtbare Bestandteile einer arbeitsorientierten Interessenpolitik."[9]

Wo bleibt also die Formulierung eines eigenen gesellschaftlichen Zukunftsmodells einer sozial-ökologischen Transformation? Will man dies nicht – und dies ist zu befürchten –, kann man sich auf die vermeintliche betriebliche Gestaltungsmacht zurückziehen, sollte sich dann aber nicht wundern, wenn in wenigen Jahren weitere Bereiche der lohnabhängigen Mittelschichten ebenfalls in prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgerutscht sind und die Kernbelegschaften immer weiter schrumpfen – mit negativen Auswirkungen auch auf die Organisations- und Durchsetzungsmacht der bundesdeutschen Gewerkschaften.

Dem eine andere Aktivitäts- und Forderungskultur entgegenzusetzen wäre eine lohnende Aufgabe für gewerkschaftliche Vertrauensleute, sind diese doch die Träger der gewerkschaftlichen und tarifpolitischen Arbeit im Betrieb. Sicherlich müssen dabei auch die Betriebsräte eine wichtige Rolle spielen, z. B. was die Verteidigung sozialer Standards auf der betrieblichen Ebene betrifft. Andererseits sind sie aber auch in betriebliche Loyalitätszusammenhänge eingebunden. Und da nicht wenige Betriebs- und Personalräte noch immer sozialpartnerschaftlichen Illusionen nachhängen und ihr betriebliches Handeln nicht selten von der Standortlogik geprägt ist, liegt es an den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, hier klare gewerkschaftliche und damit auch gesellschaftspolitische Positionen zu entwickeln und zu beziehen. Dies bedeutet dann, zuallererst die Frage kritisch zu reflektieren, was die Kapitalseite mit der weiteren Digitalisierung der Arbeitswelt beabsichtigt und wer nach der Kapitallogik in den Genuss der Erträge des zu erwartenden Produktivitätsschubs und der damit verbundenen weiteren Entwicklung der Produktivkräfte kommen wird. Es deutet sich ja an, dass die Freisetzung von Arbeitskräften durch Rationalisierungswellen, der Abbau sozialer Standards auch in der Arbeitswelt, Ausbreitung prekärer, unsicherer Beschäftigung, weitere Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, Aushöhlung des Arbeitsschutzes und Zunahme der Konkurrenz unter den Beschäftigten zu den Bedingungen der Digitalisierung gehören, wie die Arbeitgeber sie propagieren. Erst wenn dies klar erkennbar herausgearbeitet wird, ist es möglich ein Projekt zur gesellschaftlichen und betrieblichen Ressourcen-Umverteilung zu definieren, mit dem vorrangigen Ziel einer weiteren kollektiven Arbeitszeitverkürzung.

Arbeitszeitfragen gewinnen an Bedeutung

Um hier einen Wiedereinstieg in die Debatte hinzubekommen, hat die tarifpolitische Grundsatzabteilung von ver.di im Rahmen mehrerer Workshops in den

---

9 Klaus Pickshaus, Rücksichtslos gegen Gesundheit und Leben. Gute Arbeit und Kapitalismuskritik – ein politisches Projekt auf dem Prüfstand, Hamburg 2014, S. 51.

Jahren 2013 und 2014 mit Beteiligung aus verschiedenen ver.di Bezirken für den ver.di-Kongress im September 2015 ein arbeitszeitpolitisches Dokument erarbeitet, mit dem Ziel, neben beschäftigungsgruppenspezifischen neuen Arbeitszeitmodellen „Lernprozesse bei den Beschäftigten in Gang... zu setzen, die mittelfristig zu einer anderen Zeitverwendungskulturkultur führen und in der Folge zu weiterreichenden Arbeitszeitforderungen, die in eine Revitalisierung allgemeiner Arbeitszeitverkürzungsforderungen münden können."[10]

Mit diesem Konzept wird m.E. einen Weg aufzeigt, wie eine solche dringend benötigte Debatte um eine weitere kollektive Arbeitszeitverkürzung wieder in den Betrieben geführt werden kann, gerade im Zusammenhang mit dem Thema Digitalisierung der Arbeit. Träger einer solchen Debatte in den Betrieben sollten die ver.di Vertrauensleute sein.

Das Thema Arbeitszeitverkürzung eignet sich in diesem Kontext nicht dazu, als Verhandlungsmasse für ganz andere tarif- bzw. unternehmenspolitische Forderungen genutzt, wenn nicht sogar missbraucht zu werden, so wie dies in der vergangenen Tarifauseinandersetzung bei der Deutschen Post AG geschehen ist. Dies hat im Ergebnis der Tarifauseinandersetzung bei der Post dazu geführt, dass das Thema kollektive Verkürzung der Wochenarbeitszeit für die nächsten drei Jahre vom Tisch ist. Gerade im Logistiksektor wird jedoch die Digitalisierung der Prozessabläufe weiter gehen und neue Produktivitätsschübe verursachen. Nach einem Trendreport von „Deutsche Post DHL Group" und Cisco mit dem Titel „Internet oft things in logistics"[11] könnte in der Logistikbranche in den kommenden zehn Jahren die betriebliche Effizienz durch eine weitere Digitalisierung deutlich gesteigert werden. Man geht alleine von einer Erhöhung der Mitarbeiterproduktivität um1,2 Billionen Euro aus. Weiter wird in dem Report schlussfolgernd ausgeführt: „Mit dem Internet der Dinge lässt sich nahezu alles – von Paketen bis hin zu Mitarbeitern – über Sensortechnologie mit dem Internet verbinden. ... Sowohl Cisco als auch DHL sind überzeugt, dass dies Geschäftsprozesse entlang der gesamten Wertschöpfungskette einschließlich Supply Chain und Logistik revolutionieren wird." Die Frage wird sein, welche Rolle der zuständige Fachbereich 10 bei ver.di in diesem „revolutionären Prozess" einnehmen wird, beim Thema Arbeitszeitpolitik hat man sich anscheinend zunächst einmal selbst blockiert.

Zwar müssen die Betriebs- und Personalräte bei der „Gestaltung" betrieblicher Umbrüche, wie sie die weitere Digitalisierung mit sich bringen wird, eine gewichtige Rolle spielen, wie Nadine Müller[12] in ihrem Beitrag *„Gute digitale Arbeit im Dienstleistungssektor – Mitbestimmung als Akteur beim Gestalten der Zukunft"*

---

[10] Jörg Wiedemuth und Sylvia Skrabs, Anstöße für die zukünftige Arbeitszeitpolitik von ver.di, in: Sozialismus 7-8/2015; siehe auch Falk Prahl, Arbeitszeitdebatte bei ver.di, in: Z 101 (März 2015), S. 198-201.

[11] Internet oft things in logistics – A collaborative report by DHL and Cisco on implications anduse cases for the logistics industry 2015". http://www.dhl.com/content/dam/Local_Images/g0/New_aboutus/innovation/DHLTrendReport_Internet_of_things.pdf.

[12] Nadine Müller, Gute digitale Arbeit im Dienstleistungssektor, in: Computer und Arbeit. IT-Wissen für Betriebs- und Personalräte, 6/2015, S. 25.

feststellt. Ihre Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten müssen dazu weiter ausgebaut werden. Mindestens ebenso wichtig erscheint es mir, dass gewerkschaftliche Vertrauensleute mit einem klaren Fokus auf die Interessen der Lohnabhängigen im Betrieb agieren. Vertrauensleute sind nicht in der Weise in die „betriebliche Disziplin" eingebunden wie Betriebs- und Personalräte und können deshalb die Schrittmacher für gesellschaftliche und betriebliche Alternativen und Gegenstrategien sein. Es ist daher zu wünschen, dass es zukünftig in ver.di mehr aktive regionale und bezirkliche Vertrauensleuteausschüsse geben wird, die – bspw. im Rahmen von „Zukunftswerkstätten" – solche Alternativen und Gegenstrategien in Rückkoppelung mit den durchaus vorhandenen progressiven programmatischen Positionierungen von ver.di entwickeln. Der kommende ver.di Kongress wäre ein guter Startpunkt für eine solche Orientierung.

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung" wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Frank Deppe, Klaus Dräger, Werner Goldschmidt, Regine Meyer, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler, Ursula Schumm-Garling, Conny Weißbach, Harald Werner.

Redaktion: Jörg Goldberg, André Leisewitz, Jürgen Reusch, David Salomon, Alan Ruben van Keeken, Gerd Wiegel.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt Euro 35,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 43,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studenten u.a., gegen Nachweis) Euro 28,-, Ausland Euro 36,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax. 069/53054406.

e-mail: redaktion@zme-net.de; internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648.

Redaktionsschluss: 30.07.2015.

Thomas Hagenhofer

Produktivkraftsprung: Digitale Vernetzung

Seit einigen Jahren stellen Wissenschaftler aus unterschiedlichsten Bereichen eine beschleunigte technologische Entwicklung fest, sprechen von revolutionären Veränderungen, zumindest von rasanten Entwicklungen. Und auch im Alltagsleben spürt man die Dynamik, mit der sich z. B. unsere mediale Kommunikation in den vergangenen Jahren verändert hat. Wie lässt sich diese Entwicklung erklären? Warum erleben wir gerade in der jüngsten Zeit diese Veränderungen?

Viele Wissenschaftler (z. B. [Brynjolfsson 2014]) erklären dies mit der Langzeitwirkung einer empirischen Beobachtung der Leistungssteigerung von IT-Systemen. Gordon Moore, Mitbegründer des Chip-Herstellers INTEL, beobachtete bereits 1965, dass sich die Anzahl der Transistoren auf einem integrierten Schaltkreis periodisch verdoppelt, anfangs alle 12 Monate, später wurde dies auf 18 Monate korrigiert. Bereits 1970 wurde hierfür der Begriff „Moorsches Gesetz" geprägt. Seit dieser Zeit wurde immer wieder spekuliert, wann denn diese Regelmäßigkeit aus physikalischen Gründen ein Ende nehmen müsse. Es kam nicht dazu, weil immer neue Produktionsmethoden und -techniken dies verhinderten. Bis heute, also nahezu 40 Jahre später, gilt dieses Gesetz noch immer.

Was dies in Zahlen bedeutet, hat der Mitbegründer des Informatikzweigs der Künstlichen Intelligenz und Transhumanist[1] Ray Kurzweil, mit der Metapher von der „zweiten Hälfte des Schachbretts" [Ray Kurzweil1999] deutlich gemacht: Legt man auf das erste Feld eines Schachbrettes ein Korn Weizen, auf das zweite zwei, das dritte vier und verdoppelt jeweils die Anzahl pro Feld, steigen diese zunächst relativ langsam an. Erreicht man aber die zweite Hälfte des Schachbretts werden diese exorbitant groß und enden mit einer Zahl größer 9 x 1018.

Sieht man sich nun die Leistungskurven von Computerprozessoren an, wird deutlich, dass Mitte/Ende der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts dieser Übergang einer quantitativen in eine qualitative Entwicklung stattfindet. Es ist also kein Zufall, dass wir heute in die dritte Phase des Einsatzes von Informationstechnologie übergegangen sind: von der zentralen Nutzung (Mainframe-Computer) über die dezentrale Nutzung (Personal Computer) zum heutigen mobilen, ubiquitären Einsatz.

Neben der Hardware spielen noch zwei weitere Elemente für die aktuelle Technologieentwicklung eine entscheidende Rolle: Künstliche Intelligenz bzw. Schwarmintelligenz und natürlich das Internet. Letzeres bestimmt mittlerweile in einem Ausmaß unser Leben, dass Wissenschaftler vom „Gesellschaftsbetriebssystem" sprechen. Internet ist nicht mehr nur Datenautobahn, über das TCP/IP-Protokoll gibt es einen weltweit einheitlichen technischen Kommunikationsstandard. Das Internet ersetzt über die Cloudtechnologien sowohl Softwarepakete als auch Rechenzentren.

---

[1] Idealistisch-inhumane Weltanschauung mit der Vision der Verschmelzung von Mensch und Maschine.

Spätestens mit dem Ende des Brockhaus 2014 ist die Frage entschieden, dass das Internet als Wissensspeicher jede Konkurrenz aus dem Feld geschlagen hat. Um mit diesen riesigen Wissensbeständen sinnvoll arbeiten zu können, bedarf es den letzten Hauptfaktor der technologischen Entwicklung, der Künstlichen Intelligenz (KI) bzw. Schwarmintelligenz. KI ist kein neuer Zweig der Informatik, er nimmt aber gerade die Hürde von Forschungsgebiet zur gesellschaftlichen Anwendung. Schwarmintelligenz oder kollektive Intelligenz ist ein relativ neuer, aber wichtiger Teilbereich der KI. Ein Beispiel: Jahrzehntelang hat man versucht, automatische Übersetzungssysteme zu entwickeln, also den Maschinen Sprachkompetenz beizubringen. Mit dem Internet war es vor einigen Jahren möglich, den Ansatz der kollektiven Intelligenz einzusetzen. Übersetzungsmaschinen wie die von Google oder Bing (Microsoft) vergleichen den eingegebenen Text mit ähnlichen bereits in beiden Sprachen vorliegenden Texten (z. B. Parlamentsprotokolle). Diese so genannten statistischen Verfahren sind den früheren Ansätzen in Kosten und Geschwindigkeit mittlerweile weit überlegen und ermöglichen neue, früher aufgrund ihrer Komplexität nicht zu bewältigenden Auswertungs- und Analyseverfahren (z. B. BigData)

Miteinander gekoppelt stellen diese drei Faktoren ein riesiges Potenzial für Technologieschübe dar. Und so wird es nicht mehr lange dauern, bis wir per SmartPhone in verschiedenen, in Echtzeit übersetzten Sprachen miteinander telefonieren werden, also der maschinelle Dolmetscher Realität werden wird.

Alle diese Entwicklungen und viele mehr werden derzeit unter dem Oberbegriff der Digitalisierung zusammengefasst. Digitalisierung ist dabei eine sehr unscharfe Bezeichnung, weil dieser Prozess ja seit der Einführung der ersten Computersysteme in der Mitte des letzten Jahrhunderts vonstatten geht. Es geht im Kern nicht um irgendeinen Einsatz digitaler Technik, es geht um die digitale Vernetzung aller Arbeits- und Lebensbereichen über das Internet mit den vorher beschriebenen neuen Möglichkeiten mobil einsetzbarer Hardware und angetrieben durch Konzepte der Künstlichen Intelligenz und statistischer Verfahren.

Was sind die wichtigsten Teilbereiche dieser neuen Digitalisierung? Was die Arbeitswelt betrifft, werden auf nationaler Ebene zwei Großprojekte vorangetrieben, die Konzepte Industrie 4.0 und Office 2.0

Unter Industrie 4.0 (ein Kürzel für die sog. vierte industrielle Revolution) wird die integrierte und vollständige Digitalisierung aller vertikalen und horizontalen Wertschöpfungsketten in Industrie und Logistik verstanden. Das Unternehmen entsteht quasi neu als digitales Abbild der Wirklichkeit und nutzt dabei ein für die Industrie völlig neues Fabrikationsparadigma. Nicht mehr die zentrale Steuerung steht im Zentrum der Architektur, sondern dezentrale, untereinander vernetzte und flexibel einsetzbare Fertigungseinheiten, sogenannte cyber-physische Systeme (CPS). Das zu bearbeitende Werkstück erhält durch digitale Informationsspeicher, z. B. RFID-Chips, die Information, wie es in der jeweiligen Fertigungsstufe bearbeitet werden soll. Das jeweilige CPS liest die Daten aus und bearbeitet das Werkstück nach dieser Vorgabe. Es entsteht ein individualisierte Massenfertigung. In einer Produktionslinie können tausende verschiedene Güter produziert werden. Gekoppelt mit den Bestelleingängen soll nicht mehr auf La-

ger produziert werden, sondern erst dann, wenn die Ware genau in dieser Spezifikation bestellt wurde. Dies ist heute bereits in der Möbelherstellung Realität, allerdings wird die bestellte Wandschrank erst drei bis vier Wochen später geliefert. Diese Vorgänge sollen zukünftig in Echtzeit ablaufen.

Office 2.0 wird die neue Stufe der Digitalisierung im Dienstleistungssektor genannt. Auch hier spielen die oben genannten Konzepte eine wichtige Rolle. Noch stärker als in der Industrie werden neue intelligente Systeme (Übersetzung, Sachbearbeitung, Recherche, Programmierung) menschliche Arbeitskraft ersetzen. Zudem findet gerade bei diesen Tätigkeiten eine teils inhumane Ausweitung des Arbeitstages statt. Die Realisierung von Dienstleistungen ist immer weniger ortsgebunden. Ständige Erreichbarkeit und Heim- oder Urlaubsarbeit sind die Folge, in manchen Unternehmen wird bereits die Aufgabe jeglicher Arbeitszeitregelung zugunsten reiner Ziel-/Terminvorgaben (Funktionszeitmodell) erprobt. Über diesen neuen Rationalisierungsschub hinaus werden Dienstleistungen über das Internet handelbar wie an der Börse. Crowd-Working-Plattformen, auf denen Projekte dem günstigsten Anbieter, oft Solo-Selbständige, vergeben werden, gibt es nicht mehr nur für den IT-Bereich. Alle einigermaßen vergleichbaren Leistungen, ob im Mediensektor oder im Handwerk, sind davon betroffen.

Welche wesentlichen Auswirkungen wird die neue Digitalisierungswelle auf Arbeit und Gesellschaft haben?

Alle Konzepte haben umfangreiche Produktivitätssteigerungen und Rationalisierungen zum Ziel. Viele der heutigen Berufsbilder werden in 20 Jahren vermutlich nicht mehr existieren oder sich komplett verändert haben. Einfache Tätigkeiten – ob in der Industrie oder im Büro – sollen komplett automatisiert werden. Gering Qualifizierte werden noch weniger Chancen erhalten, ihre Arbeitskraft verkaufen zu können. Ohne eine weitgehende Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich dürfte es zu Arbeitsplatzvernichtung im großen Stil kommen, der auf Dauer nicht durch neu entstehende Arbeitsplätze z. B. im IT-Sektor kompensiert wird. Die bereits angeschossenen Sozialversicherungssysteme würden kollabieren, wenn die Rationalisierungsdividende komplett privatisiert statt sozialisiert wird. Die Qualifizierung von Beschäftigten wird zu einem zentralen Feld von Klassenauseinandersetzungen.

In allen Planungen spielt die Entgrenzung, die weitgehende Flexibilisierung der Arbeit eine wichtige Rolle, mit den bereits heute spürbaren Begleiterscheinungen (Zunahme psychischer Belastungen und Krankheiten; vgl. Pickshaus 2014). Dabei könnte es sich als besonders fatal erweisen, dass flexible Regelungen – wenn auch vielleicht nicht diese – von den meisten Arbeitenden durchaus als Vorteil angesehen werden und oftmals verlangt und in bestehender Form freiwillig angenommen werden. Die Langzeitfolgen sind oft nicht absehbar. Arbeitszeit und Arbeitszeitgestaltung muss also in viel stärkerem Maße zu einem umkämpften Feld gemacht werden. Gleiches gilt für die Wiederentdeckung des Prinzips von fabriknahen Arbeitersiedlungen: Arbeitende und ihre Familien werden bis zur Energieversorgung an das Unternehmen gebunden – mit allen negativen Folgen, die aus der Geschichte der Arbeiterbewegung bekannt sind.

Eine weitere große Herausforderung findet sich im Bereich des Datenschutzes. Komplette Digitalisierung heißt potenziell lückenlose Überwachung und Leistungsmessung. BigData, die Auswertung von riesigen Datenmengen in allen Lebensbereichen, bleibt nicht mehr nur den Geheimdiensten vorbehalten. Der Kampf um die Anonymisierung der erhobenen Daten in BigData-Anwendungen wird einen großen Stellenwert erhalten. Auch hier spielt die scheinbare Freiwilligkeit eine entscheidende Rolle. Erste Autoversicherungen bieten günstigere Tarife bei Zustimmung zur Komplettüberwachung der Fahrweise ihrer Kunden. Die Krankenversicherungen werden sicher nachziehen.

Eine abschließende Bewertung der neuen Digitalisierung aus marxistischer Sicht ist heute noch schwer vorzunehmen. Gesichert scheint, dass wir es mit einer neuen Qualität in der Produktivkraftentwicklung zu tun haben, deren Wirksamkeit sowohl durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse generell als auch durch die anhaltende „große Krise" gehemmt wird. Ob in dieser Situation die Wirkmächtigkeit einer neuen Kondratjew-Welle wie in der Vergangenheit erreicht werden kann, scheint fraglich.

Linke müssen heute schnell lernen, die „große Krise", die ja eigentlich eine Verschränkung verschiedener Krisen darstellt, und die Digitalisierung zusammen zu denken. Hierzu sind eine intensivere wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema und der gemeinsame Diskurs dringend notwendig.

In ihrer Gesamtwirkung richtet sich die Digitalisierung unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen gegen die Interessen der arbeitenden Menschen, was nicht gegen Fortschritte in einigen Bereichen wie der Medizin spricht. Die Widersprüche zwischen einer digital revolutionierten gesellschaftlichen Produktion auf der einen und der privaten Aneignung der geschaffenen Werte sowie der profitgetriebenen Steuerung der Produktivkraftentwicklung auf der anderen Seite werden immer deutlicher. Der Kapitalismus wird mehr und mehr zum Gefängnis des Fortschritts im humanen Sinn. Es wird höchste Zeit, dass sich Marxisten den Begriff der Freiheit als Kampfbegriff zurückerobern. Freiheit im menschlichen Sinn ist nicht die marktkonforme Unterwerfung der Arbeitenden unter die digitale technologische Entwicklung, sondern die demokratisch bestimmte Entwicklung der Produktivkräfte und deren Einsatz zur Bedürfnisbefriedigung aller. Hier gilt: „Das einzige, was den Umschlag von Produktivkraftfortschritten in beschleunigte Zerstörung und Entrechtung verhindern kann, ist Freiheit." (Dath 2008, S. 50)

Literatur

Erik Brynjolfsson, Andrew McAfee, The Second Machine Age: Wie die nächste digitale Revolution unser aller Leben verändern wird, Kulmbach 2014.

Dietmar Dath, Maschinenwinter: Wissen, Technik, Sozialismus, Frankfurt/M. 2008.

Ray Kurzweil, The Age of Spiritual Machines: When Computers Exceed Human Intelligence, London 1999.

Klaus Pickshaus, Rücksichtlos gegen Gesundheit und Leben. Gute Arbeit und Kapitalismuskritik – ein politisches Projekt auf dem Prüfstand, Hamburg 2014.

Peter Brödner

Industrie 4.0 und Big Data

Kritik einer technikzentrierten Perspektive

1 Einführung: Die Flut „industrieller Revolutionen"

„Industrie 4.0" tritt zunächst und vor allem als ein medialer Hype in Erscheinung. Als Produkt postmoderner Begriffslosigkeit und Geschichtsvergessenheit wird mit der nun schon „vierten industriellen Revolution" ein vermeintlich weiterer gesellschaftlicher Umbruch markiert, der wie seine Vorgänger Flutwellen gleich über uns hereinbricht. Das ist mit Blick auf die historische und gesellschaftliche Entwicklung der Industrialisierung eklatanter Unsinn, ignoriert diese technikzentrierte Sicht doch den viel wirkmächtigeren sozialen, organisatorischen und institutionellen Strukturwandel.

Mit dieser technikzentrierten Perspektive wird erneut einem längst widerlegten „technologischen Determinismus" gehuldigt, demzufolge sich technische „Revolutionen" nach ihrer eigenen Logik entwickeln und den gesellschaftlichen Wandel bestimmen. Technik wird so zum Treiber gesellschaftlicher Entwicklung erhoben und technische Mittel zur Erfüllung gesellschaftlicher Zwecke werden selbst in einen gesellschaftlichen Zweck verkehrt. Verkannt wird dabei, dass die Entwicklung technischer Systeme jedoch ihrerseits durch gesellschaftliche Bedürfnisse und Interessen bestimmt ist: Die Genese technischer Artefakte folgt sozial vermittelten Anforderungen und Interessen und ihre Verwendung stellt Handlungsanforderungen im Gebrauch. So lassen sich unter der Maske des scheinbar eigengesetzlichen technischen Fortschritts oftmals besondere Interessen verfolgen, etwa vom Eigensinn lebendiger Arbeit unabhängig zu werden (Noble 1984).

Tatsächlich besteht der nun schon 250 Jahre währende Prozess der Industrialisierung aus einem sich mehrfach wandelnden komplexen Geflecht betrieblich-organisatorischer und gesellschaftlich-institutioneller Arrangements, die auch reichlich Anlass zu technischen Neuerungen gaben. So können etwa – angetrieben durch die Konkurrenz einzelner Kapitale und die Imperative ihrer Verwertung und Akkumulation – nahezu von Beginn an zwei Ebenen der analytischen Erschließung von Naturkräften und -effekten und der Maschinisierung lebendiger Arbeit ausgemacht werden. Beide stehen in engem Zusammenhang mit betrieblicher Arbeitsteilung in kleinteilig spezialisierte Verrichtungen (horizontale Arbeitsteilung gemäß Smith (1776) und Babbage (1833) mit der Wirkung höherer Produktivität und geringerer Kosten der Arbeitskraft) und der dadurch notwendig werdenden, im Verlauf immer aufwendigeren Planung und Koordination der Verrichtungen (vertikale Arbeitsteilung durch Trennung von Planung und Ausführung gemäß Babbage und Taylor (1919)), deren Zeichenprozesse wiederum selbst Gegenstand von Maschinisierung werden:

- Mechanisierung spezialisierter Handarbeit und die zweckmäßig gesteuerte, ihrerseits produktivitätssteigernde Nutzung von Naturkräften in Prozessen der Stoff- und Energiewandlung auf Basis analytischer Durchdringung von Bewegungsabläufen,
- Maschinisierung von Kopfarbeit (zeichenbasierter Wissensarbeit) durch arbeitssparende algorithmische Verarbeitung von Signalen oder Daten in standardisierten und formalisierten Zeichenprozessen der Planung und Koordination.

Beides geht mit zunehmender „Verwissenschaftlichung von Produktion" einher und stellt insgesamt wachsende Anforderungen an das menschliche Arbeitsvermögen, insbesondere die Fähigkeit zu produktiver Kooperation bei der Genese, Organisation und Anwendung von Produktionswissen und dessen Vergegenständlichung in Maschinen. Dabei ist maschinelle Berechnung in formalisierten Zeichenprozessen (als Kern des in der „Rationalisierung" steckenden Begriffs „*ratio*") schon früh in der Industrialisierung angelegt, auch wenn Babbage vor 170 Jahren mit seinem bis heute unverändert geltendem Konzept einer universell programmierbaren Rechenmaschine noch an deren mechanischer Realisierung scheiterte und die Verwirklichung dieser grundlegenden Ideen erst Zuse (1977) 100 Jahre später auf elektrischer Basis gelang. So kennzeichnen Brynjolfsson & McAfee (2014) in ihrem mit gewissem Recht als Manifest der gegenwärtigen Entwicklung geltenden Buch „The Second Machine Age"– dem der „semiotischen" Maschine – deutlich treffsicherer, um was es geht, als die inflationäre Benennung „industrieller Revolutionen".

2 Grundzüge von „Industrie 4.0": Umbruch oder Kontinuität?

Die Realisierung von „Industrie 4.0" stützt sich im Kern auf nicht wirklich neue wissenschaftlich-technische Grundlagen, deren Entwicklung schon lange massiv gefördert und vorangetrieben wird. Zunächst geht es um *eingebettete Systeme*: Das sind mittels Computern digital gesteuerte physische Prozesse, die mit Schnittstellen zum Menschen und anderen Systemen ausgestattet sind (z.B. Maschinensteuerungen, Autopiloten, Motormanagement). Neu ist hier die Idee, viele solcher digital gesteuerter Prozesse über Datenaustausch durch das Internet hochgradig horizontal und vertikal zu sog. „cyber-physicalsystems" (CPS) zu vernetzen (was durch Erweiterung des Adressraums zum „Internet der Dinge & Dienste" möglich ist). Das erweitert Möglichkeiten der Reorganisation von Wertschöpfung, erhöht aber auch die Risiken.

Teile dieser Systeme sollen als *Multiagentensysteme* (*MAS*, auch: „*Distributed Artificial Intelligence*") betrieben werden, die aus begrenzt autonomen und lernfähigen (Software-)Agenten bestehen und über Datenaustausch zielorientiert miteinander interagieren, um durch koordinierte Aktionen auch komplexe Aufgaben zu bewältigen. Agenten nehmen dazu Daten aus der Umgebung und von anderen Agenten auf, verarbeiten sie proaktiv nach eigenen Algorithmen, zumeist mittels maschineller Lernverfahren, und geben resultierende Daten wieder nach außen ab. Mithin sind sie gekennzeichnet durch selbsttätiges, zielverfolgendes Verhalten und die Fähigkeit zur Anpassung an veränderliche Bedingungen durch maschinel-

les Lernen (Breadshaw 1997, Wooldridge 2002, Jeschke 2015). Dabei fallen zudem laufend große, auch gesondert nutzbare Datenmengen an.

Wichtig bleibt dabei festzuhalten: Auch wenn einzelne im Systemverbund interagierende Agenten relativ einfache Algorithmen ausführen und gut durchschaubares Verhalten aufweisen, weist das MAS insgesamt ein zwar deterministisches, aber hoch komplexes und analytisch nicht mehr bestimmbares Verhalten auf. Formal lassen sich MAS als sog. „nicht-triviale Maschinen" (v. Foerster 1993) beschreiben, deren Ausgabedaten nicht nur von den Eingabedaten, sondern gemäß der Zustandsfunktion auch von veränderlichen inneren Zuständen abhängen, die auf vielfältige Weise die Interaktion der Agenten und deren Lernverhalten zum Ausdruck bringen. Mithin hängt das Verhalten von MAS stark von der jeweiligen Vorgeschichte ab, es ist analytisch nicht mehr bestimmbar und auch nicht vorhersehbar.

Unter der Bezeichnung *Big Data* wird üblicherweise die schnelle Analyse sehr großer und vielfältiger, mehr oder weniger strukturierter Datenbestände für Aktionen, Planungen und Prognosen verstanden. Die Daten können aus unterschiedlichen Quellen stammen, verschiedene Grade der Strukturierung aufweisen (Bild- oder Textdokumente, Datenbanken) und gleichwohl miteinander kombiniert analysiert werden. Dabei werden sehr große Datenvolumina (im Bereich von Tera- oder Petabyte) in großer Geschwindigkeit (mehr oder weniger in Echtzeit) verarbeitet (Klein u.a. 2013).

Diese technischen Grundlagen dienen erklärtermaßen dem Ziel, Wertschöpfungsprozesse anpassungsfähig zu gestalten, auch Einzelleistungen rentabel zu produzieren und auf Störungen flexibel zu reagieren. Freilich sind das genau die gleichen Anforderungen, die schon in den 1980er Jahren mittels computer-integrierter und wissensbasierter Produktion (CIM) erfüllt werden sollten. Heute wie damals beherrschen die technikzentrierte Sicht auf Produktion und eine Welle technikeuphorischen Überschwangs das Denken und Handeln. Auch damals ging es bereits darum, möglichst viele Komponenten rechnerunterstützter Fertigung zu vernetzen und Daten zwischen ihnen auszutauschen. Derart vernetzte Systeme wurden auch auf vielfältige Weise realisiert, allerdings wurden deren Funktionen meist, anders als beabsichtigt, auf Veranlassung durch und in Interaktion mit menschlichen Experten und deren Arbeitsvermögen genutzt (Brödner 2006).

An die Stelle wissensbasierter Expertensysteme sollen nun also bei gleicher Zielsetzung Multiagentensysteme in Gestalt hochgradig vernetzter CPS treten, um die äußerst verwickelten Koordinationsaufgaben numerisch und funktional flexibler Wertschöpfung möglichst selbsttätig zu bewältigen. Wie weit dieser neue Ansatz trägt, wird die Zukunft erweisen; zweifelhafte Erfahrungen mit Konzepten „künstlicher Intelligenz", insbesondere kaum praxisrelevante Resultate aus über zwei Dekaden MAS-Forschung, lassen das aber als höchst fraglich erscheinen (Brödner 1997: 185ff, 2015). Das ruft Erlebnisse von Déjà-vu hervor, die anzeigen, dass aus Problemen früheren technikzentrierten Einsatzes und Gebrauchs komplexer Computersysteme in Wertschöpfungsprozessen wenig gelernt wurde. Ignoriert wird dabei das Fazit aus 25 Jahren Forschung zur Produktivität durch Computereinsatz in der Produktion, der zufolge Produktivität

erst aus der Kombination mit organisationaler Restrukturierung, Aneignung und Lernen erwächst: „Um IT-Investitionen wirksam nutzen zu können, müssen die Unternehmen normalerweise umfangreiche zusätzliche Investitionen und Innovationen tätigen im Bereich von Unternehmens-Organisation, Arbeitsverfahren, Arbeitskräften und immateriellem Kapital." (Jorgenson u.a. 2008, S. 10; ebenso Dedrick u.a. 2003).

Höchst wirksam ist allerdings die enorme Leistungssteigerung der Digitaltechnik hinsichtlich Rechenleistung, Speicherkapazität und Bandbreite der Datenübertragung. So erscheint die „vierte industrielle Revolution" vor allem als eine Revolution der Worte („CPS" und „MAS" statt vernetzter „digitaler Steuerung"), bei freilich stark gesteigerter Leistung, die früher außer Reichweite liegende Anwendungen möglich macht.

3 „Cyber-physical Systems" und „Big Data": Brüchigkeit der technischen Basis

So wird die neue Technikeuphorie gespeist durch enorm gesteigerte Computerleistungen und einzelne Beispiele fortgeschrittener Implementierung menschenähnlicher Fähigkeiten wie etwa das selbstfahrende Auto von Google oder die Wissensmaschine Watson von IBM, auf die sich die Botschafter der „vierten industriellen Revolution" zum Nachweis ihrer Realitätsnähe gerne berufen, so auch Brynjolfsson und McAfee (2014).

Mit Blick auf die extrem hohen Entwicklungsaufwendungen (in der Größenordnung von tausenden Personenjahren) schwindet aber deren Überzeugungskraft rasch wieder: Jeweils ganz speziell auf die zu bewältigenden Aufgaben zugeschnitten, umfassen sie u.a. eine in jedem Detail sehr genaue dreidimensionale Kartierung der Fahrwege (einschl. ihrer – veränderlichen – Begrenzungen) im Falle des selbstfahrenden Autos oder die anwendungsspezifische Implementierung von Heuristiken und sehr großer Bestände enzyklopädischen Wissens im Falle von Watson. Zwar können grundlegende Verfahren etwa der Bildverarbeitung, der statistischen Analyse oder logischer Schlussweisen aufgabenübergreifend wiederverwendet werden, gleichwohl erfordert das Erschließen neuer Einsatzfälle aufwendige aufgaben- und kontextspezifische Entwicklungsarbeit.

In den Vorstellungen von „Industrie 4.0" ist ausdrücklich vorgesehen, dass Menschen mit MAS interaktiv zusammenwirken. Dabei kommt es entscheidend darauf an, den fundamentalen Unterschied zwischen algorithmisch bestimmtem, selbsttätigem Verhalten von Agenten und absichtsvollem, kontextgebundenem Handeln von Menschen zu beachten. Eben darin liegt aber ein Kernproblem: Das Verhalten von MAS ist, wie gezeigt, geschichtsabhängig, daher unter gegebenen Umständen schwer zu verstehen und nicht vorhersehbar. Wie sollen Menschen sich aber solche Systeme aneignen, wie mit ihnen zweckmäßig und zielgerichtet interagieren, wenn diese sich in vergleichbaren Situationen jeweils anders und unerwartet verhalten? Das wäre ein eklatanter Verstoß gegen eine der Grundregeln der Mensch-Maschine-Interaktion, gegen die Forderung nach erwartungskonformem Verhalten. Zugleich würden auf Seiten der Nutzer stets aufs Neue überzogene Erwartungen an die

„Handlungsfähigkeit" der Systeme geschürt. Konfrontiert mit dem Erwartungsdruck erfolgreicher Bewältigung ihrer Aufgaben einerseits und dem Verlust der Kontrolle über Arbeitsmittel mit undurchschaubarem Verhalten andererseits, würden sie unter dauerhaften psychischen Belastungen zu leiden haben (Norman 1994).

Für die soziotechnische Systemgestaltung ist ferner von grundlegender Bedeutung, wie Aufgaben auf die automatisierten Systeme und die verbleibenden Menschen verteilt werden. Für diesen wesentlichen Gestaltungsaspekt wurden bereits früh anhand von qualifizierten Leitwartentätigkeiten fundamentale „Ironien der Automatisierung" erkannt, die mit zunehmender Komplexität der technischen Systeme noch an Bedeutung gewinnen: Automatisierte Systeme wie MAS sollen möglichst weitreichend menschliche Arbeit ersetzen, deren Arbeitsvermögen aber im Störungs- oder Versagensfall der Systeme unersetzlich ist; das menschliche Arbeitsvermögen schwindet aber dahin, je weniger es im automatisierten Normalbetrieb gebraucht wird. In dieser Situation ist auf längere Sicht ein empfindlicher Verlust praktischer Handlungskompetenz zu verzeichnen, der aus ursprünglich kompetenten Nutzern am Ende hilflose, weil entwöhnte „Bediener" werden lässt (mit ggf. katastrophalen Folgen; Bainbridge 1983, Carr 2013).

Darüber hinaus werfen Entwicklung und Gebrauch von MAS gewichtige, bislang freilich weitgehend ignorierte ethische Fragen auf: Dürfen Systeme mit derart undurchschaubarem Verhalten überhaupt von der Leine gelassen werden? Wie lässt sich dabei ein hinreichend sicherer Betrieb gewährleisten? Wer ist für allfälliges Fehlverhalten und mögliche Schäden verantwortlich und haftbar zu machen? Sind es die Entwickler oder aber die Betreiber (oder gar die Benutzer) der Systeme? Und wie lässt sich das ggf. nachweisen? Wer haftet bei Schäden als Folge unglücklicher Verkettung äußerer Umstände, wenn das System als solches funktioniert wie es soll? Aktuell gewinnen diese Fragen etwa im Zusammenhang mit selbstfahrenden Autos im öffentlichen Verkehr an Brisanz und es ist gut möglich, dass deren Zulassung letztlich an unzureichenden Antworten scheitert (Hilgendorf 2014).

Ironischerweise beruhen die gelegentlich verblüffend „intelligent" erscheinenden Computerleistungen, entgegen den Postulaten ihrer Apologeten, gar nicht auf Konzepten der Forschung zu „künstlicher Intelligenz", sondern einzig und allein auf enorm gesteigerter Rechenleistung. Damit wird ermöglicht, umfangreiche, einsichtsvoll und aufgabenangemessen implementierte Heuristiken mit schnellem Zugriff auf sehr große Bestände kodifizierten Wissens zu verarbeiten (sog. „Brute-force-Methoden"). Intelligent sind nicht die algorithmisch determinierten Computer, sondern deren Programmierer, die diese Möglichkeiten zur Bewältigung sehr spezifischer Aufgaben zu nutzen verstehen.

Im Zuge der Verwissenschaftlichung von Produktion und zunehmend wissensintensiver Wertschöpfung wird Wettbewerb weniger über Preise als über Qualität und vor allem Innovation ausgefochten. So sehen sich Organisationen gezwungen, in einem zunehmend dynamischen Umfeld voller Ungewissheit und geringer Planbarkeit zu agieren, was hohe Anforderungen an ihre Anpassungsfähigkeit stellt. Das ist der tiefere Grund dafür, dass ab den 1980er Jahren ver-

sucht wird, schwerfällige tayloristische Fertigungsstrukturen mit ihrer ausgeprägten horizontalen und vertikalen Arbeitsteilung und ihrer zentralen Steuerung mittels Planung, Weisung und Kontrolle durch wandlungsfähigere, an Geschäftsobjekten orientierte zellulare Strukturen mit weitgehend autonomen und auftragsgebunden, sich selbst steuernden Einheiten geringer Arbeitsteilung zu ersetzen, die höhere Produktivität und weit geringere Durchlaufzeiten aufweisen und sich für agile Produktion leichter koordinieren lassen (Brödner 2008, 2010).

Systematische Anwendung dieser Strukturierungsprinzipien führt – in Anlehnung an eine Begriffsbildung von Koestler (1967) – zu sog. „holonischen Organisationen" als besonders entwicklungs- und anpassungsfähigen Systemen. Sie gliedern sich rekursiv über mehrere Ebenen in relativ autonome Teilsysteme („Holone"). Diese sind weder Teile im Sinne bloßer Systemkomponenten noch völlig autonome Ganzheiten. Vielmehr handelt es sich um weitgehend selbstständig operierende, sich selbst steuernde, anpassungsfähige Einheiten, die sich zu einem übergeordneten Ganzen fügen, indem sie ihre Operationen koordinieren. Jedes Holon (Organisationszelle) verfügt über die nötigen Mittel, Anpassungsmöglichkeiten und reflexiven Fähigkeiten, ihre operativen Aufgaben im Rahmen des Ganzen zu erledigen und sich veränderlichen Bedingungen anzupassen. Dementsprechend besitzt sie eine Aufgabenbeschreibung (Modell) und beobachtbare operative Ziele, sie vermag relevante Veränderungen ihrer Umwelt wahrzunehmen und ihre operativen Prozesse durch Lernen zielorientiert anzupassen im Sinne gestalterhaltender Selbstregulation und produktiven wie innovativen Umgangs mit Umweltveränderungen. Das übergeordnete System sorgt für Integration und Kohärenz, indem es die operativen Ziele und Aufgaben koordiniert, deren Erfüllung überwacht und die notwendigen Ressourcen bereitstellt (Koestler 1967, Mathews 1996). Im vorliegenden Zusammenhang sind holonische Organisationsformen bedeutsam, weil sich die Entwicklung von MAS für die Produktion stark an deren Prinzipien orientiert hat – vorerst freilich mit Resultaten von vorwiegend akademischem Interesse. Dabei führt aber die Einschränkung auf algorithmisch determiniertes Verhalten von MAS erneut in einen Reduktionismus, gegen den Koestler mit dem Holon-Konzept einst zu Felde zog.

Im Unterschied dazu wurde holonische Reorganisation – ausdrücklich mit dem Ziel, menschliches Arbeitsvermögen zu nutzen und zu entfalten – bereits seit den 1980er Jahren beim Übergang zu wissensintensiver Wertschöpfung auf breiter Front betrieben, etwa in Gestalt von integrierten Konstruktionsteams und Fertigungszellen; derart zellulare Produktionsstrukturen haben sich als hoch produktiv und innovativ erwiesen (Brödner 2006) – ganz im Einklang mit der ressourcenbasierten Sicht auf Unternehmen (Barney 1991, Grant 1996). Viele Versuche verstrickten sich freilich in den Schwierigkeiten organisationalen Wandels: In real existierenden Organisationen ist dieser mit tiefgreifenden und schwierig zu bewältigenden Veränderungen der Denkweisen, Handlungsroutinen und Machtbeziehungen verbunden, an denen bislang viele Organisationen scheitern. Schon aus diesem Grund ist der Erfolg einer auf Prinzipien holonischer Organisation beruhenden MAS-Entwicklungsstrategie fraglich.

Auch der Umgang mit Big Data wirft gleich eine ganze Reihe schwerwiegender, teils unlösbarer Probleme auf. Zunächst unterliegen die oft geäußerten Behauptungen, große Datenmengen könnten theoretisch angeleitete Forschung ablösen, allein auf Korrelationen beruhende Vorhersagen seien Hypothesen-basierten Prognosen überlegen und Korrelation ersetze Kausalität (Anderson 2008) dem alt bekannten Trugschluss „*cum hoc ergo propter hoc*" („mit diesem, folglich wegen diesem"). Im Extrem führt das zu dem Wahn, in Haufen sinnloser Daten Muster zu erkennen.

Kontext- und sinnfreie Daten werden zudem ständig mit bedeutungsvoller Information aus kontextabhängiger Interpretation verwechselt, in dem Irrglauben, dass Daten allein schon Bedeutung und Geltung zukomme. Zwar lassen sich bei Kenntnis der Semantik der entsprechenden Verarbeitungsalgorithmen durch gegenstandsbezogene Kombination verschiedener Daten (z.B. in Personenprofilen) Bruchstücke von Kontext rekonstruieren und damit der mögliche Interpretationsrahmen einengen, der unvollständig rekonstruierte Kontext lässt aber immer noch ganz verschiedene (Fehl-)Interpretationen zu (Fälle fehlinterpretierter Schufa-Daten etwa legen davon eindrücklich Zeugnis ab). Zudem beschreiben Daten oft eine Realität, die durch die Beschreibung erst geformt wird: Aus deskriptiven können normative Daten, aus Häufigkeiten Gewissheiten gemacht oder interessengeleiteten Deutungen kann machtvoll Geltung verschafft werden (Boyd 2011). Mit Daten wird so Objektivität und Faktizität suggeriert, wo die tatsächliche Bedeutung sich erst aus dem vollständigen (aber nicht verfügbaren) Kontext ergäbe. Aus eben diesen Gründen gelten vor Gericht Indizienbeweise als höchst problematisch.

Große Datenbestände, die zudem aus unterschiedlichen Quellen stammen, leiden unter mangelhafter Datenqualität: Daten sind oft nicht repräsentativ, fehlerhaft, obsolet oder inkonsistent. Das Ausmaß dieser Mängel lässt sich meist nicht einmal einschätzen. Wenn der Umgang mit Big Data aber nicht anerkannten, streng methodischen Regeln statistischen Schließens folgt, muss er als pseudowissenschaftlich verbrämtes Kaffeesatzlesen angesehen werden. Wenn Daten zum „bedeutendsten Wirtschaftsgut", zum „Rohöl des 21. Jahrhunderts" erklärt werden, bedürfen sie wie dieses aufwendiger Raffinerie, um brauchbare Information daraus zu gewinnen.

Schließlich bereitet die mangelnde Datensicherheit große Probleme. Erhebliche Risiken ergeben sich für Unternehmen durch Datenverlust, durch Spionage von außen oder Sabotage von innen (wovon derzeit fast tägliche Berichte über „Cyber-Angriffe" zeugen und: je mehr Daten umso begehrlicher). Es ist nicht zu verstehen, warum Unternehmen im Betrieb von CPS laufend anfallende, detailreich produkt- und prozessbezogene, mithin höchst wettbewerbssensible Datenströme diesen Risiken aussetzen. Zwar können und müssen laufend technische und organisatorische Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, diese schützen aber niemals hinreichend, denn jede noch so ausgeklügelte Schutzmaßnahme kann auch wieder überwunden werden.

4 Schlussfolgerung: Perspektiven der Gestaltung

Für Entwicklung, Einsatz und Gebrauch von Computersystemen in der Produktion als soziotechnischer Gestaltungsaufgabe sind – nicht durch Technik determiniert, wohl aber durch die Veränderbarkeit organisationaler Praktiken und institutionaler Arrangements begrenzt – seit jeher zwei entgegengesetzte Perspektiven im Spiel:

- Die *technikzentrierte AI-Perspektive* weitestgehender Automatisierung von Wissensarbeit, wie sie in den Bestrebungen zur „künstlichen Intelligenz" (*Artificial Intelligence*) angelegt ist: „*Smart machines*" und „autonome Agenten", zu MAS vernetzt und mit Big-Data-Methoden kombiniert, sollen menschliches Arbeitsvermögen in der Produktion nachahmen und weitgehend ersetzen; deren begrenzte Lernfähigkeit soll gleichwohl hinreichende Flexibilität der Anpassung an wechselnde Anforderungen gewährleisten (Minsky 1988, Shoham 1993, Wooldridge 2002).
- In der *praxistheoretisch* angeleiteten *IA-Perspektive* (*Intelligence Amplification*) menschengerecht und aufgabenangemessen gestalteter, als Werkzeug und Medium angeeigneter und genutzter Computersysteme soll dagegen fortgeschrittene Digitaltechnik die lebendige Arbeit auf eine Weise unterstützen, dass die Entfaltung von Arbeitsvermögen, mithin gesteigerte Produktivkraft und Innovationsfähigkeit, ermöglicht und gefördert wird: „*Things that make us smart*" (Norman 1993; vgl. Ehn 1988, Winograd 1996).

Die technikzentrierte Perspektive erscheint gerade auch aufgrund kümmerlicher historischer Erfahrungen mit Konzepten „künstlicher Intelligenz", etwa mit Expertensystemen und CIM, als wenig erfolgversprechend, eher als Verschwendung von Ressourcen. Bei evidenzbasierter Betrachtung beruht der säkulare Erfolg des Einsatzes und Gebrauchs von Computersystemen stattdessen ganz überwiegend auf der praxistheoretisch angeleiteten Perspektive der „Intelligenzverstärkung". In ihr werden menschliche Reflexions- und Anpassungsfähigkeit mit maschineller Präzision und Geschwindigkeit verknüpft. Ihr muss daher alle Aufmerksamkeit gelten, um Flexibilität mit Effizienz zu verbinden. Dabei hat sich die soziotechnische Gestaltung ganz an den Eigenheiten und Bedürfnissen menschlichen Handelns und an den Bedingungen der Entfaltung praktischen Arbeitsvermögens zu orientieren, um Produktivität und Kreativität zu ermöglichen. Gefordert sind dauerhaft kompetenzerhaltende und lernförderliche Arbeitsaufgaben, durchschau- und beherrschbare, aufgabenangemessene Arbeitsmittel mit erwartungskonformem Verhalten, sowie ausreichende Zeitressourcen zur Aneignung der Arbeitsmittel und zu laufender Optimierung von Prozessen (Brödner 2008).

Der reflexiven Dynamik der Explikation von Können als Wissen und der Aneignung von Wissen als erweitertem Können zufolge wird mit dem Einsatz von Computersystemen in Organisationen massiv in deren soziale Praktiken interveniert. Oft erweist sich praktisches Können im Gebrauch angemessen gestalteter Artefakte selbsttätig operierenden, die menschliche Expertise ersetzenden Automaten als überlegen, selbst dann, wenn die Automaten leistungsfähiger als menschliche Experten sind. So hat etwa der Schachweltmeis-

ter Kasparov ein zunächst seinem Können überlegenes Computersystem (von vergleichbarer Leistung wie „Deep Blue" von IBM, dem er unterlag) wiederum geschlagen, indem er seinerseits ein wesentlich einfacher gestaltetes Computerprogramm als Werkzeug zu Hilfe nahm (Kasparov 2010).

Nach diesem Muster des Zusammenwirkens von Menschen und Artefakten können etwa an CPS laufend erfasste Daten als Grundlage für interaktive Assistenzsysteme mit gebrauchstauglich gestalteter Benutzungsoberfläche zur Rekonfigurierung oder Optimierung von Prozessen, zu deren wirksamer Simulation und Steuerung oder auch zur datengestützten Diagnose der CPS genutzt werden. Damit diese Interaktion gelingen kann, müssen Benutzer die Möglichkeit haben, in wählbaren Graden der Detaillierung Einblick in den Verlauf von Maschinenzuständen, in gegebene Einstellungen oder verwendete Methoden zu nehmen. Nur so können sie sich, um zweckmäßig einzugreifen, ein eigenes Bild der maschinellen Abläufe und ihrer Resultate machen. Höhere Flexibilität, Produktivität und Innovationsfähigkeit ließen sich so auf Basis entfalteten Arbeitsvermögens weit wirksamer erreichen – durch reflexive und kreative Interaktion kompetenter Experten mit gebrauchstauglich gestalteten Computersystemen.

Literatur

Anderson, C. 2008: The End of Theory, Wired 23.06.08

Babbage, C. 1833: On the Economy of Machinery and Manufactures, deutsch: Die Ökonomie der Maschine, Nachdruck der Originalübersetzung von 1833, Berlin 1999

Bainbridge, L. 1983: Ironies of Automation, Automatica 19, S. 775-779

Barney, J.B. 1991: Firm Resources and Sustained Competitive Advantage, Journal of Management 17 (1), S. 99–120

Boyd, D. 2011: Six Provocations for Big Data, www.softwarestudies.com/ cultural_analytics/ Six_Provocations_for_Big_Data.pdf [zuletzt aufgesucht am 10.02.2015]

Breadshaw, J.M. 1997: An Introduction to Software Agents. In: Breadshaw, J.M. & Hutchinson, F. (eds.): Software Agents, Cambridge (MA), S. 3-46

Brödner, P., 2015: Industrie 4.0 und Big Data – wirklich eine neuer Technologieschub? In: Hirsch-Kreinsen, H; Ittermann, P. & Niehaus J. (Hg.): Digitalisierung industrieller Arbeit. Die Vision Industrie 4.0 und ihre sozialen Herausforderungen, Berlin, S. 231-250

Brödner, P., 2010: Wissensteilung und Wissenstransformation. In: Moldaschl, M. & Stehr, N. (Hg.): Wissensökonomie und Innovation. Beiträge zur Ökonomie der Wissensgesellschaft, Marburg, S. 455-480

Brödner, P. 2008: Das Elend computerunterstützter Organisationen. In: Gumm, D. u.a. (Hg.): Mensch – Technik – Ärger? Zur Beherrschbarkeit soziotechnischer Dynamik aus transdisziplinärer Sicht, Münster, S. 39-60

Brödner, P. 2006: Betriebliche Rationalisierungsstrategien und Einsatz technischer Systeme. In: Zimolong, B.; Konradt, U. (Hg.): Ingenieurpsychologie. Enzyklopädie der Psychologie: Wirtschafts-, Organisations- und Arbeitspsychologie – Band 2, Göttingen, S. 943-980

Brödner, P. 1997: Der überlistete Odysseus. Über das zerrüttete Verhältnis von Menschen und Maschinen, Berlin

Brynjolfsson, E. & McAfee, A. 2014: The Second Machine Age. Wie die nächste digitale Revolution unser aller Leben verändern wird, Kulmbach

Carr, N. 2013: All Can Be Lost: The Risk of Putting Our Knowledge in the Hands of Machines, The Atlantic No. 11

Dedrick, J.; Gurbaxani, V. & Kraemer, K.L. 2003: Information Technology and Economic Performance: A Critical Review of the Empirical Evidence, ACM Computing Surveys 35, S. 1-28

Ehn, P. 1988: Work-Oriented Design of Computer Artifacts, Stockholm

Foerster, H.v. 1993: Wissen und Gewissen, Frankfurt/M.

Grant, R.M. 1996: Toward a Knowledge-based Theory of the Firm, Strategic Management Journal 17, S.109-122

Hilgendorf, E. 2014: Recht, Maschinen und die Idee des Posthumanen, Telepolis 24.05.2014

Jeschke, S. 2015: Auf dem Weg zu einer „neuen KI": Verteilte intelligente Systeme, Informatik Spektrum 38 (1), S. 4-9

Jorgenson, D.W.; Ho, M.S. & Stiroh, K.J. 2008: A Retrospective Look at the U.S. Productivity Growth Resurgence, Journal of Economic Perspectives 22 (1), S. 3-24

Kasparov, G. 2010: The Chess Master and the Computer, The New York Review of Books 11.02.2010

Klein, D.; Tran-Gia, P. & Hartmann , M., 2013: Big Data, Informatik Spektrum 36 (3), S. 319-323

Koestler, A.1967: The Ghost in the Machine, London

Mathews, J.A.1996: Holonic Organisational Architectures, Human Systems Management 15 (1), S. 27-54

Minsky, M. 1988: The Society of Mind, New York

Noble, D.F., 1984: Forces of Production. A Social History of Industrial Automation, New York

Norman, D.A. 1994: How Might People Interact with Agents, CACM 37 (7), S. 68-71

Norman, D.A. 1993: Things that Make Us Smart, Reading (MA)

Shoham, Y. 1993: Agent-Oriented Programming, Artificial Intelligence 60, S. 51-92

Smith, A., 1776: Eine Untersuchung über Wesen und Ursachen des Volkswohlstandes, Republikation, 2 Bde., Gießen 1973

Taylor, F.W., 1919: Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung, München Berlin

Winograd, T. 1996: Bringing Design to Software, Reading (MA)

Wooldridge, M. 2002: An Introduction to Multi-Agent Systems, New York

Zuse, K., 1977: Beschreibung des Plankalküls, München

Christian Fuchs

Zur Theoriebildung und Analyse der digitalen Arbeit

Die globale Produktion digitaler Hard- und Software[1] (Teil I)

Übersicht

Dieser Artikel will sich mit der folgenden Frage befassen: Woher stammen Computer, Laptops und Mobiltelefone und wer produziert sie? Spezifische Fallbeispiele werden dafür untersucht: Der Abbau von Mineralien in afrikanischen Minen unter Arbeitsbedingungen, die die Arbeiter beinahe zu Sklaven degradieren; die Produktionsbedingungen und Industrieverbünde der Informations- und Kommunikationstechnik in China (Foxconn); die Softwareindustrie in Indien; die Arbeit in den Call Centern; die Softwareproduktion im Silicon Valley und abschließend die digitale Arbeit von Nutzern und Prosumenten. Empirische Daten und Studien, die sich mit diesen Themen beschäftigen, werden dazu systematisch analysiert und theoretisch interpretiert. Die theoretischen Analysen basieren auf der marxistischen politischen Ökonomie. Der Begriff „globale Wertschöpfungskette" wird kritisch betrachtet und zugunsten eines komplexen und multidimensionalen Verständnisses von digitaler Arbeit, anhand der Marx'schen Analyse, erweitert. Diese Arbeit ist transnational und bezieht zahlreiche Formen von Produktion, Produktionsverhältnissen und Organisationsformen (im Kontext der Produktivkräfte) mit ein. Es existiert eine komplexe globale Arbeitsteilung im Sektor der digitalen Arbeit. Diese verbindet (artikuliert) zahlreiche Arten von Produktivkräften, Ausbeutungsformen,, Produktionsweisen und Variationen innerhalb des vorherrschenden kapitalistischen Produktionssystems.

Marx und Engels und die Produktionsweise

Mein Ansatz steht in der marxistischen Tradition, die die Bedeutung von Klassenwidersprüchen in der Analyse der Globalisierung betont. In diesem Zusammenhang kann das Konzept der Produktionsweise mit dem Konzept der neuen internationalen Arbeitsteilung (NIDL) verbunden werden. Die Idee von den Produktionsverhältnissen legt Wert auf die dialektische Verbindung zwischen den Organisationsformen von Kapital, Arbeit und Technologie (Produktivkräften). (...)

Im Abschnitt „Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen" der *Grundrisse* (MEW 42: 383-421), aber auch im Abschnitt „Feuerbach: Gegensatz zwischen materialistischer und idealistischer Anschauung" (MEW 3: 17-77) diskutiert Marx die folgenden Produktionsweisen:

---

[1] Übersetzung von: Christian Fuchs, Theorising and analysing digital labour: From global value chains to modes of production, in: *The Political Economy of Communication* 1 (2) 2013: 3-27. http://www.polecom.org/index.php/polecom/article/view/19. (Redaktionell geringfügig gekürzt. Übersetzung aus dem Englischen: Sebastian Chwala und Alan Ruben van Keeken.)

1. Die Stammesgesellschaft fußt auf der patriarchalen Familie
2. Antike Formen gemeinschaftlichen Eigentums in Städten (Rom, Griechenland)
3. Feudale Produktion auf dem Land
4. Kapitalismus

Wie sind Produktionsweisen miteinander verbunden? Auf diese Frage gibt es zwei Antworten: Produktionsweisen sind einerseits historisch miteinander verbunden, da sie einander ablösen. Oder aber in einer historisch-logischen Art und Weise, bei der eine spezifische gesellschaftliche Formation ältere Formationen ablöst, aber deren Produktionsweisen in sich aufnimmt. Banaji argumentiert, dass Stalinismus und Vulgärmarxismus eine Vorstellung von den Produktionsweisen entwickelt haben, die davon ausgeht, dass eine spezifische Produktionsweise auch nur auf einer spezifischen historischen Form von Arbeit und Mehrwertaneignung beruht. Vorhergehende Produktionsweisen sind ausgeklammert, so dass sich hier Geschichte in linearer Form fortbewegt: Sklaverei – Feudalismus – Kapitalismus – Kommunismus. So argumentieren Althusser und Balibar (1970), dass die historische Entwicklung der Gesellschaft nicht auf dialektische Weise vonstatten geht, sondern durch Übergänge von „einer Produktionsweise zu einer anderen" (Althusser und Balibar 1970: 307). In anderen Worten, eine Produktionsweise folgt der anderen nach. Dieses Verständnis von Geschichte ist der Grund, weshalb E.P. Thompson Althussers' Ansatz als „theoretischen Stalinismus" bezeichnet hat (1978: 131). Der stalinistische „metaphysisch-scholastische Formalismus" (Banaji 2011: 61) findet sich auch in den theoretischen Annahme der liberalen Theorie wieder, die eine historisch-evolutionäre Entwicklung von den Agrargesellschaften über die Industriegesellschaft bis hin zur Informationsgesellschaft sieht und die davon ausgeht, dass jede Stufe die vorangegangene Entwicklungsphase eliminiert (Bell 1974; Toffler 1980). Nach Banaji intensivierte der Kapitalismus feudale oder semifeudale Produktionsverhältnisse. In Teilen Europas und außerhalb hätte sich der Feudalismus nur als „Waren produzierende Unternehmung" (Banaji 2011:88) entwickelt. Der Kapitalismus in der islamischen Welt entwickelte sich dagegen ohne Sklaverei und Feudalismus (Banaji 2011: 6).

Banaji bietet im Gegensatz zu formalistischen Interpretationen eine komplexere Lesart der Marx'schen Theorie, in der eine Produktionsweise „fähig ist, viel frühere Formen zu subsumieren" (Banaji 2011: 1). Er merkt weiter an, dass „ähnliche Formen der Nutzung von Arbeit in vielen verschieden Produktionsweisen nachgewiesen werden können" (Banaji 2011: 6). In anderen Worten, Kapitalismus „funktioniert durch eine Vielzahl von Ausbeutungsformen" (Banaji 2011: 145) und er ist eine kombinierte Form der Entwicklung, die die „diverse Formen von Ausbeutung und Wegen zur Organisierung der Produktion von Mehrwert" zusammenführt (Banaji 2011: 359).

Eine Produktionsweise ist eine Einheit von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen (MEW 3: 25). Fußen Produktionsweisen auf Klassen als Basis der Produktionsverhältnisse, so lässt diese spezifische Widersprüche entstehen, die

zur Aufhebung einer Produktionsweise und zur Herausbildung einer neuen führen. Die Herausbildung einer neuen Produktionsweise impliziert nicht zwangsläufig die Abschaffung alter Produktionsweisen, sondern hebt sie vielmehr auf. Dies bedeutet, dass Geschichte für Marx ein dialektischer Prozess ist. Dieses Verständnis beruht auf Hegels Definition des Begriffs „Aufhebung", der drei Bedeutungen hat: Überwindung („negare"), Bewahrung („conservare") und Emporhebung („elevare"). Wenn die Dominanz einer alten Produktionsweise schwindet, dann verschwindet die alte Weise zu produzieren nicht einfach, sondern kann innerhalb der neuen Produktionsweise in einer spezifischen Form und Beziehung zur neuen Produktionsweise weiterexistieren. So sorgte der Aufstieg des Kapitalismus nicht für ein Ende des Patriarchats. Letzteres existiert in einer Form weiter, die eine spezifische Hauswirtschaft entstehen ließ, welche die Reproduktion der modernen Arbeitskraft ermöglichte. Eine Aufhebung kann kleinere oder größere Auswirkungen haben. Ein Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus benötigt eine grundsätzliche Überwindung des Kapitalismus. Die Frage ist, ob dies sofort möglich ist. Überwindung und Bewahrung können in unterschiedlichem Maße stattfinden. Eine Aufhebung ist auch kein linearer Prozess. Es ist immer möglich, dass Beziehungen, die früheren Organisationsmustern gleichen, geschaffen werden.

Der Kapitalismus agiert auf der Ebene der Produktionsverhältnisse. Hier stehen auf der einen Seite die Kapitalbesitzer und auf der anderen Seite die bezahlten und unbezahlten Arbeiter und die Arbeitslosen. Auf der Ebene der Produktivkräfte hat eine Entwicklung stattgefunden, die zu einer Verschiebung weg von den industriellen Produktivkräften hin zu den Produktivkräften in den Sektoren der Informationsindustrie geführt hat. Die Produktivkräfte der Informationsindustrie überwinden andere Produktivkräfte nicht, sondern heben sie auf (Adorno 1968/1997; Fuchs 2013). Um Produkte der Informationsindustrie entstehen zu lassen, bedarf es einer Menge körperlicher Arbeit. Dies schließt landwirtschaftliche und industrielle Produktion ein. Das Entstehen eines Informationskapitalismus hat die Produktion weder immateriell noch virtuell werden lassen. Der Informationskapitalismus beruht auf physischer Produktion (Huws 1999). Während die Zuschreibung „Kapitalismus" die Produktionsweise definiert, charakterisieren Begriffe wie „Agrar-", „Industrie-" und „Informationsgesellschaft" die Organisationsform der Produktivkräfte (Adorno 1968/1997; Fuchs 2013).

Meiner Meinung nach ist der marxistische Ansatz der Produktionsweise ein sinnvolleres Konzept, die digitale Arbeit zu analysieren, als jenes der globalen Wertschöpfungskette. Michael Porter (1985) definierte die Wertschöpfungskette als „Ansammlung von Aktivitäten, die entstanden sind, um Produkte zu konzipieren, zu produzieren, zu vermarkten und auszuliefern" (Porter 1985: 36). Die Bezeichnung „Wertschöpfungskette" ist zu einer populären Kategorie zur Analyse der Organisation des Kapitals geworden. Dies zeigt sich auch darin, dass am 21. Mai 2013 11.682 Artikel, die in der wissenschaftlichen Datenbank Business Source Premier archiviert waren, diesen Begriff in ihrer Zusammenfassung erwähnen. Diese Kategorie wird auch immer wieder in der Medienökonomik verwendet, um die die traditionellen Massenmedien und die Informations- und

Kommunikationstechnologie zu analysieren (siehe Silverstone u.a. 2000: 126-135). Das Problem mit der allgemein üblichen Nutzung des Konzeptes der Wertschöpfungskette besteht darin, dass es sich sehr stark auf die Phasen der Warenproduktion konzentriert und dazu neigt, die Arbeitsbedingungen und Klassenbeziehungen zu vernachlässigen. Interessanterweise haben auch kritische Wissenschaftler auf die Theorie der globalen Wertschöpfungskette zurückgegriffen (zum Beispiel Huws 2008; Huws/Dahlmann 2010).

In den 1980er Jahren haben kritische Wissenschaftler die Idee einer neuen internationalen Arbeitsteilung eingeführt (NIAT): „Reorganisation der transnationalen Produktion unter den Bedingungen der neuen internationalen Arbeitsteilung bedeutet heute in zunehmendem Maße, daß das Überleben eines Unternehmens nur noch mit dem Mittel der Verlagerung der Produktion an neue Standorte, die Standorte billiger und disziplinierter Arbeitskraft, gewährleistet werden kann." (Fröbel/Heinrichs/Kreye 1977: 31 f.)

Eine weitere Entwicklung ist, dass die „Warenproduktion immer stärker in Teilfertigung aufgespalten (wird), die weltweit der jeweils günstigsten Kombination von Kapital und Arbeitskraft zugeordnet werden." (Fröbel u.a. 1977: 31). In den kritischen Medien- und Kulturwissenschaften haben Wissenschaftler/innen das Konzept der neuen internationalen Arbeitsteilung verwendet, um die internationale Teilung der Kulturarbeit zu verdeutlichen (Miller u.a. 2004). Das NIAT Konzept hat den Vorteil, dass es die Klassenbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit in den Vordergrund stellt. Vom Standpunkt der NIAT betrachtet, versucht das Kapital, seine Profite zu erhöhen, indem es die Lohnkosten durch die globale Streuung des Produktionsprozesses zu senken versucht. Dieses Konzept bezieht ebenso die Arbeiterkämpfe gegen die negativen Auswirkungen der kapitalistischen Restrukturierung mit ein.

Marx und Engels (MEW 3, *Die deutsche Ideologie*) betrachteten die Teilung der Arbeit nicht als getrenntes holistisches Konzept, sondern als Teil der Produktionsweise. Sie betonten insbesondere die Trennung zwischen Mann und Frau im Haushalt, zwischen Staatsbürgern und Sklaven, Stadt und Land, Wirtschaftszweigen, Arbeit in der Industrie und im Handel, geistiger und körperlicher Arbeit und zwischen dem Zentrum und den Kolonien als Quelle von Rohstoffen. Die neue internationale Arbeitsteilung organisiert die Arbeitsprozesse so, dass spezifische Einzelteile der Gesamtware an spezifischen Orten in der globalen Ökonomie produziert werden können. Diese Einzelteile werden zusammengesetzt, um aus ihnen ein einheitliches Ganzes herstellen zu können, das als Ware verkauft wird. Das NIAT Konzept betont die sozialen Beziehungen zwischen den verschiedenen Formen von Arbeit, die in diesem Produktionsprozess auf globaler Ebene benötigt werden.

Die folgenden Abschnitte[2] werden zahlreiche Formen von Ausbeutung im

[2] Diese Abschnitte behandeln: Versklavte Bergarbeiter/innen in Afrika; die Endmontage der IuK-Technikprodukte in China bei Foxconn (Teil I). In Teil II: Arbeit in der indischen Software-Industrie; die Arbeit in Call-Centern; Software-Entwicklung bei Google; Digitale Arbeit und Online-Prosumption.

Rahmen der globalen Produktion von digitalen Medien analysieren. Diese Formen der Ausbeutung werden auf der globalen Ebene in Beziehung gesetzt zu den Produktionsweisen und der Organisation der Produktivkräfte.

Versklavte Bergarbeiter/innen und die NIAT

Afrikanische Länder (Demokratische Republik Kongo [DRK], Äthiopien, Mosambik, Ruanda, Südafrika, Sambia und Zimbabwe) gehören zu den größten Produzenten jener Metalle, die für die Herstellung von Waren der Kommunikations- und Informationsindustrie benötigt werden. Dennoch tauchen sie als bedeutende Importnationen auf (Pöyhönen/Simola 2007; Steinweg/de Haan 2007; United States Geological Survey 2012). Dies ist ein Hinweis darauf, dass die Herstellung und Vernutzung von Gütern der Informations- und Kommunikationsindustrie auf einer Teilung der Arbeit beruht, welche Afrika zu einer wichtigen und relativ billigen Quelle von Naturressourcen macht (billig wegen des besonders hohen Ausbeutungsgrades der Arbeitskräfte). Diese Ressourcen werden in nicht-afrikanischen Ländern, besonders China, weiterverarbeitet. Im Rahmen der neuen internationalen Arbeitsteilung (NIAT) ist Afrika eine besonders intensiv ausgebeutete Wirtschaftskolonie. Dieser Kolonialstatus ist auf die Ausbeutung und Versklavung von afrikanischen Arbeitern zurückzuführen. Marx hat argumentiert, dass Kolonien eine Form ursprünglicher Akkumulation sind (MEW 23: 779). Die gegenwärtige Existenz von Kolonien zeigt, dass die ursprüngliche Akkumulation ein andauernder Prozess ist, den der Kapitalismus nutzt, um Ressourcen und Arbeit zu erlangen, damit die Investitionskosten minimiert und die Ausbeutung intensiviert werden kann. Die Metalle, die für die Produkte der Informations- und Kommunikationsindustrie benötigt werden, werden hauptsächlich in Afrika und China abgebaut, während ihre Verhüttung, Veredelung und Anreicherung in der Regel in asiatischen Ländern wie Thailand, Malaysia, China und Indonesien stattfindet. Fabriken aus diesen Ländern versorgen gewöhnlich den Markt für Elektrogeräte. (Pöyhönen/Simola 2007: 37).

Im Jahr 2011 stammten ungefähr 53 Prozent des weltweit produzierten Kobalts, 2,3 Prozent des Zinns und 10 Prozent des Tantals aus der DRK (Eichstaedt 2011: 140; United States Geological Survey 2012). Die Nachfrage der westlichen Konzerne nach billigen Metallen ist eine bedeutende Triebkraft von Gewalt, Sklaverei und Ausbeutung im Osten der DRK. Die DRK wurde seit den 1990er Jahren von Kriegen heimgesucht, die vielen Menschen das Leben gekostet haben. Die Armut und die Gewalt, die das Land erfahren hat, zwang die Menschen alles zu tun, was nötig schien, um zu überleben. Dies schaffte die Grundlagen für die Existenz moderner Formen von Sklaverei. In der DRK fördert der für die Informations- und Kommunikationsindustrie relevante Bergbausektor Zinn- und Coltanerze (welches durch Verfeinerung in das Metall Tantal umgewandelt wird), sowie Wolfram und Gold (Pöyhönen 2010 u.a.). Diese Metalle dienen als Rohstoffe für die Produktion von Mobiltelefonen, Laptops, Glühbirnen und Fahrzeugen (Leslie u.a. 2011). Zahlreiche Minen in der DRK werden entweder von bewaffneten Gruppen, die der Regierung nahe stehen (etwa der Forces Armées de la République Démocratique du Congo [FARDC]) oder Rebellenarmeen kontrolliert.

Für den „Free the Slaves-Report (2011)" wurde eine empirische Studie erstellt. Bei der Befragung von Arbeitern aus den Minen in Bisie, Omate, Walikale und der Masisi kamen insgesamt 742 Interviews zustande. Die Studie fand heraus, dass Sklaverei in der Bergbauindustrie weit verbreitet ist. Dies schließt die Förderung genauso ein wie die Sortierung, den Transport und den Verkauf.. Dies betrifft auch Beschäftigungsverhältnisse, die Dienstleistungen für die Bergarbeiter anbieten, etwa Hausangestellte, Angestellte von Bars und Kneipen und Sexarbeiterinnen. Vierzig Prozent der Antwortenden kamen aus der Bisie-Mine (Leslie u.a. 2011), wo 80 Prozent des Zinnerzes gefördert werden (Eichstaedt 2011: 121). Sie waren Arbeitsbedingungen ausgesetzt, die für Sklaven üblich sind. Dieser Umstand zeigt, dass die Produktivkräfte des Informationskapitalismus, der die digitalen Medien schafft, eng verzahnt sind mit Produktivkräften, die Sklaverei fördern, um Arbeitskosten zu senken und Profite zu maximieren.

Wissenschaftler/innen dokumentierten Zwangsarbeit, bei der die regierungsnahe FARD Dorfbewohner zwang, unbezahlt in der Bisie-Mine zu arbeiten. Wer an Flucht dachte, wurde mit dem Tode bedroht. Es wurde auch ein System mit dem Namen „Salongo" dokumentiert. Hier hatten alle Bergarbeiter an einem speziellen Tag der Woche für einen Offiziellen der FARD zu arbeiten (Leslie u.a. 2011: 13). Dieses System beschrieb Marx (MEW 43: 169, 184-185, 202-204) als Fronarbeit. Die für den Herrn aufgebrachte Arbeitszeit kann als Mehrarbeit oder notwendige Arbeitszeit zur Reproduktion beschrieben werden. Ein anderes System, das im Osten der DRK zu finden ist, bestand darin, dass die Bergarbeiter den Kontrolleuren und der Regierung eine wöchentlich zu entrichtende Pacht zahlen müssen, um in der jeweiligen Mine arbeiten zu können (Nest 2011: 43). Sie bauen das Zinn ab und müssen Gebühren an ihre bewaffneten Arbeitgeber bezahlen, um ihrer Arbeit nachgehen zu können, allerdings auch um die Mine wieder verlassen zu dürfen (um die abgebauten Metalle verkaufen zu können). Diese Abgaben sind derartig hoch, dass die Arbeiter dieser speziellen Arbeitsbeziehung niemals entkommen können. Kurz gesagt, sie sind gefangen und damit Sklaven (Poulsen/Tornbjerg 2011). In der Bergbauindustrie der DRK existiert somit die antike Form der Sklaverei ebenso wie die feudale Variante, die auf Pacht und Fronarbeit beruht. Im Lohnarbeitsverhältnis ist der Arbeiter doppelt frei, das heißt „frei", seine Arbeitskraft zu verkaufen, aber auch „frei" vom Eigentum an Produktionsmitteln und dem Produkt der Arbeit. Er verkauft seine Arbeitskraft als Ware für die gesamte Arbeitswoche. In der antiken Sklavenhaltergesellschaft ist der Sklave unfrei und Eigentum des Sklavenbesitzers für die ganze Arbeitswoche. Im Fronsystem ist der Arbeiter einen Teil der Woche Sklave, während er für den Rest der Woche frei ist für andere Aktivitäten, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. In der „Free the Slaves" Studie zeigte sich, dass eine nicht unerhebliche Anzahl von Befragten von Schuldknechtschaft betroffen waren. Dies ist die Folge eines Kredites, der mit sehr hohen Zinsen verbunden ist. Um diese abzuarbeiten, müssen die Schuldner in der Mine arbeiten. Oft ist dieses System derart hinterhältig ausgeheckt, dass „es unmöglich gemacht wird, die Schulden je-

mals zurückzuzahlen" (Leslie u.a. 2011: 14). Aber auch Leibeigenschaft ist anzutreffen. Diese Form von Sklaverei hat zur Folge, dass eine Person unter fadenscheinigen Vorwürfen verhaftet wird und als Strafe Arbeit im Bergwerk leisten muss. 89 Prozent der befragten 31 Kinder lebten und arbeiteten unter Bedingungen, die der Sklaverei gleichkamen. In der DRK können 75 Prozent der Bergarbeiter/innen mit ihrem Lohn elementarste Grundbedürfnisse nicht befriedigen (Pöyhönen/Simola 2007: 29).

Die Tragik der DRK ist, dass sie trotz des Reichtums an Bodenschätzen einen der blutigsten Konflikte des 20. und 21. Jahrhunderts erlebt hat. Dieser Konflikt steht in direkter Verbindung zum Westen und zur westlichen Informations- und Kommunikationsindustrie. Laut Zahlen aus dem Jahr 2011 war die DRK das ärmste Land der Welt samt einem sehr großen Grad an gesellschaftlicher Ungleichheit (Gini-Koeffizient von 44,4 Prozent). Über 59,2 Prozent der Bevölkerung lebten in extremer Armut. Die Lebenserwartung lag bei 45 Jahren (United Nations Development Programme 2011). Krieg und neoimperialistische Ausbeutung von Arbeitskraft und natürlichen Ressourcen auf Kosten der einheimischen Bevölkerung haben eine paradoxe Situation geschaffen, die typisch ist für den globalen Kapitalismus. Das Land besitzt 45 Prozent der weltweiten Kobaltreserven, 25 Prozent der weltweiten Diamantvorkommen (United States Geological Survey 2012) und Schätzungen zufolge zwischen 7-8 Prozent (Nest 2011: 18-20) und 64 Prozent (Gootnick 2008) der weltweiten Coltan-Reserven. Dennoch ist die DRK eines der ärmsten Länder der Erde.

Foxconn: Endmontage der Informations- und Kommunikationstechnikprodukte in China

Hon Hai Precision (auch bekannt als Foxconn) ist eine taiwanesische Firma, die 2012 in der Rangliste der weltgrößten Firmen den 156. Platz belegte (Forbes 2012). Glaubt man CNN Global (2012) ist Foxconn der fünftgrößte Arbeitgeber der Welt. Im Jahr 2011 hat Foxconn seine chinesische Belegschaft auf eine Million erhöht. Diese umfasst hauptsächlich junge migrantische Arbeiter/innen vom Land (Students & Scholars Against Corporate Misbehaviour [SACOM] 2011a, 2011b). Foxconn montiert iPads, iMacs, iPhones, Kindles und zahlreiche Konsolen (Sony, Nintendo, Microsoft). Die Kunden von Foxconn sind westliche Konzerne, wie Apple, Dell, HP, Motorola, Nokia, Sony und Sony Ericsson (SACOM 2010: 4).

Siebzehn Arbeiter von Foxconn versuchten zwischen Januar und August 2010 Selbstmord zu begehen. Die Organisation „Students and Scholars against Corporate Misbehaviour" (SACOM 2010) führte eine Studie durch, in deren Rahmen 100 Foxconn Arbeiter in Shenzen und Hangzhou befragt und beobachtet wurden. Im Juni 2010 betrug das Grundgehalt eines Foxconn-Arbeiters 1.200 chinesische Yuan Renminbi (CNY). SACOM rechnete allerdings vor, dass der niedrigste Lohn mindestens 2.293 CNY betragen muss, um in Shenzen überleben zu können. Mit mehr als 420.000 Arbeiter/inne/n ist die Fabrik in Shenzen Foxconns größte Produktionsstätte. Im Jahr 2008 häuften die Foxconn Arbei-

ter/innen in Guanlan im Durchschnitt 120 Überstunden im Monat an (SACOM 2010: 7). Tian Lu, ein 17-jähriges Mädchen, das einen Selbstmordversuch überlebte, berichtet, dass sie bei Foxconn in Longhua von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends arbeiten musste (Qiu 2010). SACOM dokumentierte häufige Schichtwechsel, regelmäßige Arbeitszeiten von über 10 Stunden am Tag, einen Mangel an Pausen, monotone Arbeit, körperliche Schäden durch Chemikalien wie Benzol und Lötpaste, einen Mangel an Schutzausrüstung, Zwangsarbeit von Berufsschüler/innen als Praktikant/inn/en an den Fließbändern (mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörden) und gefängnisartige Unterkünfte mit 6 bis 22 Arbeiter/inne/n pro Raum (SACOM 2011a: 18). In keinem Schlafraum kennen sich die einquartierten Arbeiter/innen gegenseitig. Gewerkschaften werden von Offiziellen des Unternehmens geleitet, denen die Beschäftigen nicht trauen. 2011 führte SACOM Interviews mit 120 Arbeiter/inne/n in Shenzen, Chengdu und Chongdinq durch, um zu überprüfen, ob sich die Arbeitsbedingungen ein Jahr nach den Selbstmorden bei Foxconn verändert hätten. Die mangelhaften Arbeitsbedingungen, die in der vorangegangenen Studie offen zutage getreten waren, wurden bestätigt. 60 Interviews mit Arbeiter/inne/n aus Zhengzhou im Jahre 2012 brachten ebenfalls wieder ähnliche Ergebnisse (SACOM 2012). SACOM (2010) dokumentierte brutale Managementmethoden inklusive Mangel an Pausen, Ausgehverbot für die Arbeiter/innen und einem Verbot zu sprechen, aber auch Bestrafungen, Schläge und Schikanen durch Sicherheitspersonal. Die „Fair Labor Association" (2012) führte eine Umfrage mit 35.166 Teilnehmern durch, die Beschäftigte von Foxconn in Chengdu, Guanlan und Longhua waren. Mehr als 64 Prozent der Teilnehmer/innen sagten, dass die Löhne nicht ausreichten, um den Lebensunterhalt zu sichern. Die Arbeiter/innen wurden gefragt, welche drei Dinge sie ändern würden, wenn sie die Möglichkeiten dazu hätten. Die höchste Priorität hatten dabei die Löhne, gefolgt von Prämien und Lohnzuschlägen, Essensqualität und Arbeitszeit. Nur 22,1 Prozent der Umfrageteilnehmer gaben an, Gewerkschaftsmitglied zu sein.

Etwas über 72 Prozent der Teilnehmer/innen waren Arbeitsmigranten. Den offiziellen Statistiken zufolge gab es 2011 mehr als 252,78 Millionen Arbeitsmigranten in China, ein Anstieg von 4,4 Prozent gegenüber 2010 (National Bureau of Statistics in China 2012). Armut auf dem Land ist der eigentliche Grund dafür, dass die junge Landbevölkerung in die städtischen Räume migriert (siehe Hong 2011: Kapitel 5; Qui 2009: Kapitel 4 und 6). Was mit den chinesischen Bauern geschieht, ist exakt das, was Marx (MEW 23: Kapitel 24) als den Prozess der ursprüngliche Akkumulation beschrieb. Diese startete in Europa im 15. und 16. Jahrhundert. Nach Marx schaffte die ursprüngliche Akkumulation ein „ungleich größeres Proletariat durch gewaltsame Verjagung der Bauernschaft von dem Grund und Boden (...) und durch Usurpation ihres Gemeindelandes" (MEW 23: 746).

Der SACOM Bericht von 2010 zieht das Fazit: „Um die Produktivität zu maximieren werden Foxconn Arbeiter dazu angehalten, wie Maschinen zu arbeiten." (SACOM 2010: 10) Marx beschreibt die Methoden, mit denen die Kapitalisten versuchen den Arbeitstag so zu organisieren, dass maximale Profite erzielt wer-

den können. Der absolute Mehrwert, der für Marx (MEW 23: Dritter Abschnitt, Fünfter Abschnitt) charakteristisch ist für die formelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, bedeutet, dass die Arbeiter mehr Stunden unbezahlt arbeiten müssen, da der Arbeitstag verlängert wird. Relativer Mehrwert ist charakteristisch für die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital (MEW 23: Vierter Abschnitt, Fünfter Abschnitt). Hier bleibt die Arbeitszeit dieselbe, aber die Arbeit wird immer produktiver und einer Beschleunigung unterzogen, so dass mehr Mehrwert produziert werden kann.

Die analysierten Berichte machen deutlich, dass in den Fabriken von Foxconn Methoden zur Produktion von absolutem Mehrwert zur Steigerung des Profits angewandt werden. Man findet in diesen Fabriken unbezahlte Überstunden, kaum Pausen, bis zu 12 Stunden lange Arbeitstage, Arbeitswochen mit 6 Arbeitstagen ohne zusätzliche freie Tage. Ein bestimmter Lohn wird gezahlt, aber die Managementstrategie besteht darin, die maximal mögliche Menge an Arbeitsstunden aus der Arbeiter/inne/n herauszupressen. Der Bericht zeigt aber auch, dass die absolute Mehrwertproduktion in gewisser Weise, wenn auch zu einem geringeren Grad, kombiniert ist mit relativer Mehrwertproduktion. Das militärische System, mit dem die Arbeiter überwacht werden, nutzt Zwang und Drill. Kontrolle und Strafe zielen darauf, diese zu disziplinieren, damit die Arbeiter/inn/en nicht nur lange Stunden ohne Pause arbeiten, sondern es auch mit hoher Intensität tun. Sie müssen pro Stunde so viel Stück produzieren wie nur möglich. Foxconn ist typisch für die chinesische Informations- und Kommunikationsindustrie in der, wie Yu Hong (2011), argumentiert, die von ausländischen Direktinvestitionen getriebene und nach außen gerichtete Entwicklungsweise dieser Industrie eine neue Arbeiterschicht geschaffen hat. Sie ballt sich an regionalen Orten, setzt sich größtenteils aus Bauern zusammen, ist mittelmäßig ausgebildet, gering bezahlt und illegal beschäftigt. Sie besteht zudem hauptsächlich aus Frauen (Hong 2011: 113). China besitzt die „größte ausgebeutete Arbeiterklasse des globalen Informationszeitalters." (Castells, in: Qiu 2009: X).

(Teil II erscheint in Z 104 [Dezember 2015])

Literatur

Adorno, T. W. (1968/1997): Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? In: ders., Ges. Schriften Bd. 8, Frankfurt/M., S. 354-370

Althusser, L. und Balibar, E. (1970): Reading Capital (Brewster B, Trans). London. (Erstveröffentlichung 1968)

Banaji, J. (2011): Theory as history: Essays on modes of production and exploitation. Chicago.

Bell, D. (1974): The coming of post-industrial society. London.

CNN Global 500 (2012): Top companies: Biggest employers. CNNMoney, July 23. http://money.cnn.com/magazines/fortune/global500/2012/performers/companies/biggest/

Eichstaedt, P. (2011): Consuming the Congo: War and conflict minerals in the world's

deadliest place. Chicago, IL.

Forbes (2012): Global 2000: The world's biggest companies 2012. http://www.forbes.com/global2000/list/

Fröbel, F./Heinrichs. J./Kreye, O. (1977): Die neue internationale Arbeitsteilung: strukturelle Arbeitslosigkeit in den Industrieländern und die Industrialisierung der Entwicklungsländer, Reinbek

Fuchs, C. (2013): Capitalism or information society? The fundamental question of the present structure of society. European Journal of Social Theory 16(4): 413–434.

Gootnick, D. (2008): The Democratic Republic of the Congo: Major challenges impeded efforts to achieve US policy objectives; systematic assessment of progress is needed. Report: United States Government Accountability Office, Washington, DC. http://www.gao.gov/new.items/d08562t.pdf

Hong, Y. (2011): Labor, class formation, and China's informationized policy and economic development. Lanham, MD.

Huws, U. (1999): Material world: The myth of the weightless economy. Socialist Register 35: 29–55.

Huws, U. (2008): Break or weld? Trade union responses to global value chain restructuring. Work Organisation, Labour and Globalisation 2(1): 1–10.

Huws, U. und Dahlmann, S. (2010): Global restructuring of value chains and class issues. In: Pupo NJ and Thomas MP (Eds) Interrogating the new economy: Restructuring work in the 21st century. Toronto, Canada, pp. 65–91.

Leslie, Z./Sarich, J./Strauss, K. (2011): The Congo report: Slavery in conflict minerals. Report: Free the Slaves, Washington, DC.

Marx, K. und Engels, F. (1956-1990): Marx-Engels Werke (MEW). Berlin.

Miller, T./Govil, N./McMurria, J./Maxwell, R./Wang, T. (2004): Global Hollywood No. 2. London: British Film Institute.

National Bureau of Statistics of China (2012): Statistical communiqué of the People's Republic of China on the 2011 national economic and social development. Report: Bureau of Statistics, Beijing, People's Republic of China. http://www.stats.gov.cn/english../NewsEvents/201202/t20120222_26575.html

Nest, M. (2011): Coltan. Cambridge

Porter, M. (1985): Competitive advantage: Creating and sustaining superior performance. New York

Pöyhönen, P. und Simola, E. (2007): Connecting components, dividing communities: Tin production for consumer electronics in the DR Congo and Indonesia. Report: FinnWatch, Helsinki, Finland. http://germanwatch.org/corp/it-tin.pdf

Pöyhönen, P./Bjurling, K. A./Cuvelier, J. (2010): Voices from the inside: Local views on mining reform in Eastern DR Congo. Report: FinnWatch, Helsinki, Finland. http://somo.nl/publications-en/Publication_3586/at_download/fullfile

Qiu, J. L. (2009): Working-class network society: Communication technology and the information have-less in urban China. Cambridge, MA.

Qiu, J. L. (2010): Deconstructing Foxconn. [Documentary film]. http://vimeo.com/17558439

Silverstone, R./Zerdick, A./Picot, A./Schrape, K. (2000): E-conomics: Strategies for the digital marketplace. Berlin

Steinweg, T. und de Haan, E. (2007): Capacitating electronics: The corrosive effects of platinum and palladium mining on labour rights and communities. Report: SOMO Centre for Research on Multinational Corporations, Amsterdam, The Netherlands. http://somo.nl/publications-nl/Publication_2545-nl/at_download/fullfile

Students & Scholars Against Corporate Misbehaviour (SACOM) (2010): Workers as machines: Military management in Foxconn. Report: SACOM. http://sacom.hk/wp-content/uploads/2010/11/report-on-foxconn-workers-as-machines_sacom.pdf

Students & Scholars Against Corporate Misbehaviour (SACOM) (2011a): Foxconn and Apple fail to fulfill promises: Predicaments of workers after suicides. Report: SACOM. http://sacom.hk/wp-content/uploads/2011/05/2011-05-06_foxconn-and-apple-fail-to-fulfill-promises1.pdf

Students & Scholars Against Corporate Misbehaviour (SACOM) (2011b): iSlave behind the iPhone: Foxconn workers in Central China. Report: SACOM. http://sacom.hk/wp-content/uploads/2011/09/20110924-islave-behind-the-iphone.pdf

Students & Scholars Against Corporate Misbehaviour (SACOM) (2012): New iPhone, old abuses: Have working conditions at Foxconn in China improved? Report: SACOM. http://www.scribd.com/doc/106445655

Thompson, E. P. (1978): The poverty of theory and other essays. New York

Toffler, A. (1980): The third wave. New York

Poulsen, F. und Tornbjerg, O. (2011): Blood in the mobile. [Documentary film]. Berlin: good!movies.

United Nations Development Programme (2011): Human Development Report 2011: Sustainability and equity: A better future for all. New York

United States Geological Survey (2012): Commodity statistics and information. http://minerals.usgs.gov/minerals/pubs/commodity



Forum Wissenschaft 2/2015

Rassismus, Flucht und Migration

Zustandsbeschreibungen des deutschen Alltags

Aus dem Inhalt:

- Gisela Notz: Flucht – Race – and Gender
- Peter Bremme: »we are here to stay«
- Emilija Mitrovic: Jeder hat Arbeitsrechte!
- Julian Bruns / Kathrin Glösel / Natascha Strobl: Die Identitären
- Leonie Knebel: Intelligenzmessung als Wissenschaftsdisziplin

Einzelheft: 8 € · Jahresabo: 28 €
www.bdwi.de · service@bdwi.de · Tel.: (06421) 21395

Frank Deppe

Revitalisierung durch Streik?

Arbeitskämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik

1. 2015 – Anstieg der Streiktätigkeit

Die Bundesrepublik ist seit ihrer Gründung im Jahre 1949 ein streikarmes Land. Im internationalen Vergleich steht sie stets am Ende von Statistiken, in denen die Ausfalltage durch Streiks sowie die Anzahl der Beteiligten festgehalten werden. Zwischen 2001 und 2012 rangierte Deutschland – zusammen mit der Schweiz und den Niederlanden – auf den letzten Plätzen einer entsprechenden Liste von 20 europäischen Staaten, die von Frankreich, Spanien und Dänemark angeführt wurde (Vandaele 2014: 348; König/Detje 2015: 3).

Es gibt verschiedene Gründe für diese Ausnahmestellung unter den großen industriekapitalistischen Staaten Europas: Durch die reaktionäre Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes aus dem Jahre 1955 (Nipperdey[1]) ist der Rahmen für die Legalität von Streik sehr eng gezogen worden. Streiks dürfen nur zu tariffähigen Themen und nach dem Scheitern von Tarifverhandlungen stattfinden. Spontane und politische Streiks sind nach Auffassung des BAG rechtswidrig. Die Aussperrung, die in einigen Ländern nach 1945 durch die Verfassung verboten wurde, wird zugelassen. Die Arbeitsbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit sind in Deutschland in hohem Maße verrechtlicht. Der Arbeitskampf steht daher in der Regel am Ende von Verhandlungen und Schlichtungsprozeduren. Die großen Streiks waren deshalb immer auch als politische Konflikte aufgeladen – zumindest die konservative Presse (an ihrer Spitze Springers *BILD-Zeitung*) hat Streiks in der Regel als quasi-bürgerkriegsähnliche Zustände behandelt, von kommunistischen oder kryptokommunistischen Rädelsführern inszeniert – zuletzt die kriminelle Hetze gegen den Vorsitzenden der GDL, das CDU-Mitglied Claus Weselsky! In anderen Ländern stehen Streiks vielfach nicht am Ende von Konflikten, sondern dienen dazu, die Gegenseite (die Unternehmensleitung oder den Verband) zu Verhandlungen zu zwingen.

Schließlich hat auch die von den DGB-Gewerkschaften mitgetragene Kultur der Sozialpartnerschaft bzw. des Co-Managements dazu beigetragen, dass der Arbeitskampf in den vergangenen Jahrzehnten meist die Ausnahme geblieben ist. Erfolge, die auf diesem Wege erreicht werden, gelten auch international als „Modell Deutschland". Arbeitskämpfe sind in der Regel die Stunde der Radikalen in den Gewerkschaften. Auch Vorsitzende halten dann schon mal Reden mit

---

[1] Auch das gehört zum Charakter des neuen Staates der Restauration: Prof. Hans Carl Nipperdey, erster Präsident des BAG nach 1954, war im Jahre 1934 einschlägiger Kommentator des nationalsozialistischen „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit" aus dem gleichen Jahr, das das Führerprinzip im Betrieb verordnete und die Zerschlagung der Gewerkschaften wie der Demokratie zur Voraussetzung hatte.

scharfen Angriffen auf das Kapital und seine politischen Handlanger („Wer Wind sät, wird Sturm ernten!"). Die geringe Streikhäufigkeit trägt freilich auch dazu bei, dass der Einfluss der Radikalen nicht zu groß werden kann. Allerdings beruht auch der Erfolg von Co-Management darauf, dass die Belegschaft bzw. die Gewerkschaft in letzter Instanz ihre Macht durch Streik manifestieren kann. Aus der Sicht der Kapitalseite ist dieses Drohpotenzial für deren Kompromissbereitschaft entscheidend! Gewerkschaften, die demonstrativ auf dieses Potenzial verzichten (früher nannte man sie „gelbe Gewerkschaften", die von den Unternehmern bezahlt wurden, um Streikbruch zu begehen), geraten zwangsläufig in eine subalterne Position; sie sind vom „Wohlwollen" von Kapital und Staat abhängig.

Es gab in der Geschichte der Bundessrepublik allerdings immer auch Perioden, in denen die Streiktätigkeit angestiegen ist. Dafür waren ökonomische Gründe ebenso ausschlaggebend wie die jeweiligen politischen Konstellationen in der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Im Jahre 2015 scheint sich ein neuer „Rekord" anzudeuten: Seit 2010 sind die durch Streik ausgefallenen Arbeitstage langsam anstiegen. Das Arbeitgeber-Institut der Deutschen Wirtschaft sprach am 23. Juni 2015 – mit Blick auf das erste Halbjahr – von einem Streikrekordjahr: bis dahin waren bereits 600.00 Arbeitstage durch Streiks ausgefallen. Das hatte es seit 1992/93 nicht mehr gegeben. Die *Süddeutsche Zeitung* (30. 6. 2015) schrieb von einer „neuen Deutschen Welle" und zitierte den Sprecher der Arbeitgeber: ein „wichtiger Standortvorteil" Deutschlands droht verloren zu gehen, wenn die Konflikthäufigkeit „weiter so ansteigt"!

Die Unternehmer sind beunruhigt. Sie forderten das – inzwischen in Kraft getretene – Gesetz zur „Tarifeinheit", das die Streikfreiheit einschränkt (Hensche 2014), mit der Begründung, dass das erfolgreiche Modell der deutschen Sozialpartnerschaft nicht in Frage gestellt werden darf. Die Unternehmer haben ein Interesse an einer starken und stabilen Einheitsgewerkschaft als „Sozialpartner". Diese sorgt dafür, dass a) die Tarifpolitik berechenbar bleibt und dass b) der „Frieden" zwischen den „Tarifpartnern" erhalten bleibt – so die Begründung von Sprechern der Arbeitgeberverbände, wenn sie das „Tarifeinheitsgesetz" als unbedingt „notwendig" bezeichneten. Das deutsche Modell der „Tarifautonomie" sei ein wesentlicher Standortvorteil der deutschen Wirtschaft in der globalen Konkurrenz. Vor allem die Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 durch das Zusammenwirken von Unternehmen, Gewerkschaften und Regierung habe dazu beigetragen, dass Deutschland wirtschaftlich und politisch heute eine Führungsrolle in Europa und auch in der Welt spielt. Diese „Einheit" dürfe nicht durch Konkurrenzkämpfe zwischen Gewerkschaften und auch nicht durch die Streikmilitanz kleinster Gewerkschaften, die angeblich über ein hohes „Erpressungspotenzial" verfügen, in Frage gestellt werden (Deppe 2015: 23).

2. Arbeitskämpfe in der Restaurationsperiode

In der Gründungsphase der Bundesrepublik nach 1949 gab es einige harte Streikauseinandersetzungen – auf der eine Seite um Löhne, auf der andere Seite im Zusammenhang der politischen Auseinandersetzungen um die Neuordnung

von Wirtschaft und Gesellschaft – so die Forderungen des DGB-Programmes aus dem Jahres 1949. Lohnkämpfe der IG Metall in Hessen und Bayern (1952 und 1954, jeweils drei bzw. vier Wochen) waren durch das politische Klima des Kalten Krieges (vor allem auf deutschem Boden) geprägt. Die Arbeitgeber (einige von ihnen hatten gerade erst die Gefängnisse verlassen, in die sie nach 1945 aufgrund ihrer Beteiligung an den Verbrechen des faschistischen Regimes eingewiesen worden waren) nutzten die wiedergewonnene Freiheit und Macht, um der IG Metall – schon damals die stärkste Gewerkschaft – im Schutz der Adenauer-Regierung aus CDU/CSU und FDP Niederlagen beizubringen. Vor allem in Bayern wurde 1954 hart gekämpft; dort kamen auch FDJ-Gruppen über die DDR-Grenze, um den „Klassengenossen" im Westen ihre Solidarität zu zeigen. Eine Chronik berichtet: „In München setzte die Polizei Gummiknüppel gegen Streikende ein, in Augsburg wurde mit dem Einsatz der Schusswaffe gedroht, ein Gebäude der Firma Siemens in Amberg, das von Streikenden umstellt war, wurde durch Hundertschaften der Bereitschaftspolizei geschützt". Nach dem Ende des Arbeitskampfes „nahmen ... die Unternehmer fürchterliche Rache und säuberten ihre Betriebe von aktiven Gewerkschaftskadern: 852 Metaller, darunter 60 Betriebsräte, wurden von ihren Firmen nicht wieder eingestellt und fanden aufgrund von ‚schwarzen Listen' keinen Arbeit mehr. In 1500 Prozessen mussten sich Streikposten wegen Landesfriedensbruch, Köperverletzung oder Beleidigung verantworten."[2] Diese Erfahrungen wirkten lange und lähmend nach: erst 41 Jahre (1995) später kam es wieder zu einem Streik der IG Metall in Bayern.

Der *Spiegel* berichtete im August 1954, dass der Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, die gerade in Hamburg gestreikt hatte, und der Vorsitzende der IG Metall einen Generalstreik ins Auge fassten, „falls Bund und Länder es unternehmen sollten, einem ÖTV-Streik den Einsatz von Grenzschutz, Polizei und Technischer Nothilfe im öffentlichen Dienst entgegenzustellen". Gleichzeitig berichtete der DGB-Vorsitzende, dass die amerikanische Hochkommission – im Interesse der Sicherheit der Besatzungsmacht – von ihren Eingriffsrechten Gebrauch machen werde, „falls die Gewerkschaft ÖTV ihre in Hamburg exerzierte Streikpraxis auf das ganze Bundesgebiet übertrage" (Der Spiegel 35/1954). Hier wird erneut deutlich, dass in dieser Periode des Sieges der Restauration in der BRD auch einfache Lohnkämpfe in hohem Maße politisiert waren. Dazu kamen natürlich die Auseinandersetzungen mit der Adenauer-Regierung und den Unternehmern um die Montanmitbestimmung, das Betriebsverfassungsgesetz (1951/52) sowie der Kampf gegen die Remilitarisierung, der von Teilen der Gewerkschaften – vor allem der Gewerkschaftsjugend - getragen wurde. Im Jahre 1955 legten noch einmal 800 000 Arbeiter der Montanindustrie für 24 Stunden die Arbeit nieder, um gegen die Aufweichung der Montanmitbestimmung durch die Unternehmer und die Regierung (Gesetz über Holding-Gesellschaften) zu protestieren. Im Jahre 1958 beteiligten sich viele Gewerkschafter, auch Vorsitzende, an den Aktionen der Kampagne „Kampf dem Atomtod", die allerdings bald unter dem Druck der

[2] www.protest-muenchen.sub-bavaria.de/artikel/3750.

SPD eingestellt wurden. Sie setzten sich jedoch in den frühen 60er Jahren in der sog. „Ostermarschbewegung" fort.

Nach den Niederlagen um die Neuordnung mussten sich die Gewerkschaften strategisch neu positionieren. Angesichts der Stabilität des Adenauer-Regimes, der Wirkungen von „Wirtschaftswunder" und Kaltem Krieg (in der direkten Konfrontation mit der DDR, die seit 1958 mit der Berlinkrise und 1961 mit dem Bau der Mauer in Berlin ihren Höhepunkt erreichte) traten die politischen Konflikte zurück. Dennoch fällt in diese Periode mit dem Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein der längste Arbeitskampf in der Geschichte der alten Bundesrepublik. 16 Wochen lang streikten die Kollegen dort für ein sozialpolitisches Ziel, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch für Arbeiter. Die Länge des Streiks ergab sich auch daraus, dass nach 12 Wochen die Mehrheit der streikenden Metaller die Schlichtungsergebnisse nicht akzeptierte, sodass erneut Verhandlungen anstanden. Die IG Metall musste alle Kräfte mobilisieren, um schließlich den Streik beenden zu können. Der Bundestag verabschiedete wenig später das „Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung der Arbeiter im Krankheitsfall" (vgl. Deppe u.a. 1989: 554 – 556). Dieses Ergebnis stärkte die Position der Gewerkschaften, besondere die der IG Metall, die sich nunmehr auch auf die Verkürzung der Wochenarbeitszeit (freier Samstag, 40-Stunden-Woche) konzentrierte.

3. Der Kampfzyklus seit Ende der sechziger Jahre

Diese Stärke der IG Metall kam auch in den beiden großen Lohnstreiks zum Ausdruck, die unter der Führung des legendären Bezirksleiters Willi Bleicher in Baden-Württemberg in den Jahren 1963 und 1971 geführt wurden. Trotz günstiger konjunktureller Bedingungen (die Arbeitslosenquote war extrem niedrig, zeitweilig unter 1 Prozent) ging die Kapitalseite – unter Führung des tarifpolitischen Hardliners Hanns Martin Schleyer – zur Konfrontation über und reagierte beide Male mit massiven („heißen" und „kalten") Aussperrungen. Der ehemalige SS-Mann Schleyer und der ehemalige Kommunist und Buchenwaldhäftling Bleicher[3] standen einander gegenüber. Als Reaktion auf die brutalen Kampfmaßnahmen der Arbeitgeber entwickelte sich eine breite Welle der Solidarität unter den Metallarbeitern mit ihrem Bezirksleiter und den Zielen des Streiks.

Die 70er Jahre waren eine außergewöhnlich Periode der – nationalen wie internationalen – Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen, der Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit, aber auch – seit Mitte der 70er Jahre – der „Gegenrevolution der Bourgeoisie", die den Weg zur neoliberalen Wende und Hegemonie seit den frühen 80er Jahren öffnete (Boris 2014). Die Streiktätigkeit erreichte international ein außerordentlich hohes Niveau (Schmalz /Weinmann 2013): in Frankreich, Italien und Großbritannien wurden

[3] Da gerade eine Neufassung der Verfilmung des Romans „Nackt unter Wölfen" (Apitz) im Fernsehen gezeigt wurde, sei daran erinnert, dass Willi Bleicher der kommunistische Buchenwald-Häftling war, der an der Rettung des jüdischen Kindes beteiligt war und furchtbar gefoltert wurde.

Streikrekorde erreicht; in Griechenland, Portugal und Spanien waren Generalstreikbewegungen am Sturz der Diktaturen beteiligt. Den Auftakt bildeten in der Bundesrepublik die sog. „Septemberstreiks" (IMSF 1969[4]) im Bergbau und der Stahlindustrie – sog. „wilde Streiks", die angesichts von Preissteigerungen und der Einbindung der Gewerkschaften in die moderate Lohnpolitik der „Konzertierten Aktion" einen „Nachschlag" einforderten. Solche spontanen Streiks – meist konzentriert auf einzelne Betriebe – setzten sich, als die Inflation anstieg, auch in den folgenden Jahren mit einem Höhepunkt im Jahre 1973 fort. Gleichzeitig kam es z. B. im öffentlichen Dienst zu einem Lohnstreik der Gewerkschaft ÖTV, der 11 Prozent, mindestens 170 DM als Lohnsteigerung durchsetzte. Der Sturz von Kanzler Willy Brandt wurde auch darauf zurückgeführt, dass er nicht in der Lage war, den Vorsitzenden der ÖTV, Heinz Kluncker, zu einem moderaten Abschluss unter 10 Prozent zu bewegen.[5]

Daneben wurde in neuen Formen und um neue Ziele gekämpft. An den Hochschulen wurde unentwegt gestreikt. Dort dominierte in diesen Jahren die Politik der gewerkschaftlichen Orientierung von MSB und SHB. Die Debatten über Demokratisierung, Mitbestimmung, Humanisierung der Arbeit, über Berufsausbildung etc. inspirierten viele Konflikte (im Bereich Schulen, Hochschulen, Kulturinstitutionen/Medien/Theater usw.). Gleichzeitig wurden die Gewerkschaften mit neuen Herausforderungen konfrontiert: Auf der einen Seite wurde schon am Anfang der „digitalen Revolution" deutlich, dass mit den Produktivitätssteigerungen zugleich „Freisetzungen" von Arbeitskräften – zum Teil (wie in der Druckindustrie) von ganzen Berufsgruppen – verbunden sind. Der industrielle Kern der Arbeiterklasse begann zu schrumpfen. Die kleine IG Druck und Papier (später IG Medien) streikte 1976 und 1978 – beide Male in ihrer Existenz durch massive Aussperrungsmaßnahmen der Kapitalseite bedroht. Im ersten

---

4 Das Frankfurter *Institut für marxistische Studien und Forschungen* (IMSF) hatte 1969 eine umfangreiche Streikstudie vorgelegt. In den 70er und 80er Jahren wurden die Streikbewegungen in der Bundesrepublik kontinuierlich verfolgt und analysiert. In den Reihen *„Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF"* und *„Soziale Bewegungen"* wurden diese Analysen veröffentlicht. Immer wieder fanden große Konferenzen statt, bei denen Streikerfahrungen ausgewertet wurden. Auch der *Nachrichten-Verlag* in Frankfurt hat in der gleichnamigen Monatszeitschrift sowie in regelmäßigen Jahrestagungen die Streikentwicklung verfolgt und kommentiert (z. B. für die Streiks des Jahres 1984: Deppe, Frank u.a., Streik – Widerstand gegen Kapital und Kabinett, Frankfurt/Main 1985; IMSF: Zur Zukunft der Gewerkschaften. Eine Diskussion nach der ersten Etappe des 35-Stunden-Kampfes, Frankfurt/Main 1985. Auch der (heute noch existierende) „express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit", der in den 60er Jahren gegründet wurde und dann mit dem „Sozialistischen Büro" (Offenbach) verbunden war, kommentierte regelmäßig die großen und kleinen Streikbewegungen dieser Jahre. Dieser Zeitung fühlen sich vor allem basisorientierte KollegInnen verpflichtet, die die Unterstützung von betrieblichen Aktionen immer auch mit der Kritik an den gewerkschaftlichen Apparaten und ihren Führungen verbanden.

5 Im Jahre 1971 fand der bislang letzte Flächenstreik für Lohn- und Gehaltserhöhungen der IG Chemie, Papier, Keramik statt, der insgesamt vier Wochen dauerte. Das Ende dieses Streiks war mit der bewusst herbeigeführten Niederlage der linken Kräfte in der IG Chemie im Bezirk Hessen verbunden. Von nun an bewegte sich diese Gewerkschaft an den rechten Flügel der DGB-Gewerkschaften und begriff sich dann – gegenüber Kapital und Staat – im DGB als Gegenmacht zur IG Metall. Bis dahin waren auch alle linken Funktionäre aus dem Apparat gesäubert.

dieser Streiks ging es um Lohnerhöhungen, beim zweiten wollte die Gewerkschaft einen „Rationalisierungsschutz bei neuer Satztechnik" durchsetzen und erreichte zumindest einen Teilerfolg. Die IG Metall in Baden-Württemberg – nun unter der Führung von Franz Steinkühler – erstreikte 1974 den „Lohnrahmen-TV II", mit dem am Band Erholpausen, eine Mindesttaktzeit sowie Verdienstsicherung für ältere Beschäftigte durchsetzt wurde. 1978 wurde der Streik der IG Metall in Baden-Württemberg für Lohnerhöhung und Abgruppierungsschutz (drei Wochen/170.000 Beschäftigte) erneut mit massiver Aussperrung konfrontiert.

Auf der anderen Seite stieg seit 1973/74 die Zahl der Arbeitslosen kontinuierlich an. Die Gewerkschaften wurden daher mit der Frage konfrontiert, wie sie auf sinkende Wachstumsraten, konjunkturelle Einbrüche und steigende Arbeitslosenzahlen reagieren. In der IG Metall setzte sich – in kontroversen Diskussionen – die Forderung nach der Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35-Stunden durch. In Nordrhein-Westfalen wurde 1978/79 sechs Wochen lang – mitten im Winter – für diese Forderung gestreikt. Das Ergebnis war zwiespältig: die Unternehmer machten Zugeständnisse bei Urlaub, Freischichten für Ältere usw., lehnten aber die Wochenarbeitszeitverkürzung kategorisch ab. Erst 1984 wurde in der Metallindustrie von Hessen und Nordwürttemberg-Nordbaden (zusammen mit Streiks der IG Druck und Papier sowie der Gewerkschaft HBV) der Einstieg in die 35-Stunden-Woche durchgesetzt. Allerdings wurden mit dem sog. „Leber-Kompromiss" (Georg Leber als ehemaliger Vorsitzender der Baugewerkschaft und als ehemaliger Verteidigungsminister wirkte als Schlichter) auch erste Flexibilisierungsregeln bei der betrieblichen Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung ermöglicht. Solche betriebsorientierten Flexibilisierungsregeln haben sich bis in die Gegenwart ausgeweitet. Damit stiegen Belastungen für die Betriebsräte an, die mit der zunehmenden „Verbetrieblichung" der Gewerkschaftspolitik deutlich aufgewertet wurden.

In den Streiks des Jahres 1984 wurden von der IG Metall auch neue Formen einer flexiblen Arbeitskampftaktik („Minimax") erprobt. Diese war darauf ausgerichtet, die Aussperrungsmaßnahmen von Seiten der Unternehmen – vor allem aber die Wirkungen der sog. „kalten Aussperrung" (außerhalb des Tarifgebietes) – zu minimieren (Deppe/Rossmann 1984; Deppe/Rossmann 1985). Diese Auseinandersetzungen hatten ein Nachspiel: Im Februar und März 1986 nahmen 1,5 Millionen Lohnabhängigen an Demonstrationen gegen die Bundesregierung teil, die das Arbeitsförderungsgesetz (AFG 116) so veränderte, dass die von „kalter Aussperrung" betroffenen Beschäftigten nicht mehr mit Unterstützungsleistungen durch die Bundesanstalt für Arbeit rechnen können. Für die Gewerkschaften beinhaltete diese Gesetzesänderung eine „massive Beeinträchtigung der Streikfähigkeit"; die Arbeitgeberseite wütete gegen die Massendemonstrationen als angeblich „verfassungs- und tarifwidrige politische Streiks". Mit dieser Auseinandersetzung ging der Kampfzyklus zu Ende, der gegen Ende der 60er Jahre eingesetzt hatte und in dem sich die organisatorische und strukturelle Macht der Gewerkschaften deutlich ausgeweitet hatte.

4. Gewerkschaften in der Defensive

Das ohnehin niedrige Streikniveau in Deutschland sank – auch nach dem Anschluss der DDR (1991), als eine wirtschaftlich rezessive Phase einsetzte und die Arbeitslosigkeit stark anstieg – weiter ab. Nunmehr wirkten verschiedene Determinanten, die die Gewerkschaften – in den meisten entwickelten kapitalistischen Staaten – in die Defensive drängten bzw. tiefe Krisen der Organisationen (durch Mitgliederverluste, Streikniederlagen, Angriffe neoliberaler Regierungen, antigewerkschaftliche Medienkampagnen usw.) auslösten (u.a. Deppe 2013): der sozialökonomische Strukturwandel ebenso wie die Veränderungen der politischen und vor allem ideologischen Kräfteverhältnisse. In einigen Ländern wirkte auch die Anpassung der Sozialdemokratie (New Labour, Tony Blair u.a.) an die neoliberale Politikagenda als zusätzlicher Faktor, der die Gewerkschaften schwächte. In Deutschland weist die „erste Hälfte der 90er Jahre ... wegen der Streiks im öffentlichen Dienst eine vergleichsweise hohe Zahl an Streikenden auf, dennoch sind im Durchschnitt der Jahre zwischen 1990 und 2005 kaum einmal 1 Prozent der Beschäftigten an Arbeitskämpfen beteiligt" (Dribbusch 2006: 383). Während die Unternehmer nicht nur im Osten, sondern dann auch im Westen eine neue Runde der tarifpolitischen Konfrontation einleiteten (Nullrunden, Infragestellung von Manteltarifverträgen, Verbandsflucht), bot die IG Metall ein – schließlich gescheitertes – „Bündnis für Arbeit" an, das den Verzicht auf eine aktive Tarifpolitik mit der Hoffnung auf Zusagen bei der Arbeitsplatzsicherung verknüpfte.

Vor allem bei der IG Metall, die lange Zeit die Rolle einer „Lohnlokomotive" auch für anderen Bereiche übernommen hatte, verlagerte sich bis heute die Form des Streiks: während „Erzwingungsstreiks als Vollstreik" in der Fläche inzwischen selten geworden sind (eine Ausnahme bildeten der Bayern Streik im Jahre 1995 sowie 2003 der gescheiterte Streik im Osten für die Einführung der 35-Stunden-Woche), hat sich seit den 80er Jahren der Warnstreik in der laufenden Tarifrunde zu dominierenden Form des Streiks entwickelt (Detje u.a. 2003). Das Zentrum der Streikauseinandersetzungen verschob sich mehr und mehr in den Dienstleistungssektor einschl. des öffentlichen Dienstes, in dem seit den 80er Jahren massive Privatisierungen – so bei Post, Bahn, Nahverkehr, im Gesundheitswesen, bei den Kommunen – vorgenommen wurden. Gleichzeitig provozierten die Sparmaßnahmen bei den öffentlichen Haushalten immer wieder Widerstand und Protest. Zahlreiche kleinere Streikaktionen auf der betrieblichen Ebene – für sog. „Sozialtarifverträge" – wandten sich gegen Betriebsstillegungen und Massenentlassungen (z. B. bei Opel/Bochum). Gleichzeitig gelang es „strategisch gut positionierten Berufsgruppen – z. B. Piloten der Vereinigung Cockpit, Ärzte des Marburger Bundes – durch Streikaktionen in den Jahren 2001 und 2006 eine über dem Branchenniveau liegenden Abschluss durchzusetzen" (Dribbusch 2006: 386). Dazu kamen spektakuläre politische Aktionen im Gefolge der deutschen Einheit – z. B. die der Kalibergleute aus Bischofferode in Thüringen, die 1993 aus Protest gegen die Schließung ihrer Betriebe (als Folge der Fusion mit dem westdeutschen Kaliunternehmen) zum Kampfmittel der Betriebsbesetzung griffen. 2006 streikten

für 24 Stunden in mehreren europäischen Ländern Hafenarbeiter gegen eine EU-Richtlinie für die Deregulierung der Hafenbetriebe; dabei kam es gelegentlich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen. Bei einer Demonstration in Straßburg wurden Steine auf das Europäische Parlament geworfen; der Richtlinienentwurf wurde erst einmal zurückgezogen (vgl. Geffken 2015).

Heiner Dribbusch fasste 2006 (S. 387) die Entwicklungstendenzen seit dem Ende der 80er Jahre zusammen: „Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse haben sich zugunsten der Kapitalseite verschoben. Viele Arbeitskämpfe der letzten Jahre sind nicht gestiegener Militanz der Gewerkschaften, sondern dem unternehmerischen Angriff auf tarifliche Standards geschuldet. Dieser wird dadurch erleichtert, dass die DGB-Gewerkschaften außerhalb der industriellen Kerne bedingt streikfähig sind ... Zugleich eskalieren betriebliche Auseinandersetzungen, da es angesichts immer neuer Zumutungen vielen Beschäftigten ‚einfach reicht' und spätestens bei Schließungsdrohungen auch in streikarmen Bereichen bestehende Barrieren gegenüber Arbeitsniederlegungen fallen". Am Ende dieser Periode – im Jahre 2006 – erreicht die Streiktätigkeit den höchsten Stand seit 13 Jahren: neben den Warnstreiks der IG Metall gab es Arbeitskämpfe im öffentlichen Dienst sowie einen Ärzte-Streik an Unikliniken, der 12 Wochen dauerte, sowie – als längster Streik überhaupt – den Kampf der Beschäftigten des Flugzeug-Caterers *Gate Gourmet* in Düsseldorf, der ein halbes Jahr dauerte. Neben der Gewerkschaft NGG agierte hier eine Gruppe, die sich einer bis dahin fast unbekannten anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft (AAU) zurechnete.

5. Neue politische und gesellschaftliche Herausforderungen

Seit 2010, als die Streiktätigkeit im Gefolge der Großen Krise von 2008/09 eine neuen Tiefstand erreichte, stieg diese kontinuierlich an, um in der ersten Hälfte des Jahres 2015 einen neuen Höchststand zu erreichen. Diese aufsteigende Tendenz gilt mehr noch für die europäischen Nachbarländer, in denen – schon seit 2000 – auch die Zahl der Generalstreiks – vor allem allerdings in den südlichen Mitgliedstaaten der EU – zugenommen hatte. Diese richteten sich in der Regel gegen die Privatisierungs- und Austeritätspolitik neoliberaler Regierungen, gegen den Abbau von sozialen Rechten, sog. „Reformen" im Bereich der Renten- und Gesundheitspolitik (Kelly/Hamann 2010). Im internationalen Vergleich ist die Bundesrepublik allerdings nach wie vor ein extrem streikarmes Land. Dennoch, dieser aufsteigende Trend verweist einerseits auf zunehmende Empörung auf Seiten der Lohnabhängigen, andererseits auf eine gewachsene organisatorische und strukturelle Macht, vor allem der beiden großen Gewerkschaften IG Metall und Ver.di, die durch massive Warnstreikbewegungen in den letzten Tarifrunden Druck erzeugen konnten. Die IG Metall hat sich seit 2013 auch in ihren tarifpolitischen Forderungen erfolgreich für den Schutz von Leiharbeit eingesetzt.

Andererseits spiegelt sich die Ausdifferenzierung der sozialen Probleme der Beschäftigten und auf dem Arbeitsmarkt auch in der Zahl und der Beteiligung an Streiks: die Lokführergewerkschaft GDL, die nicht dem DGB angehört, hat in den

Jahren seit 2013 sowohl für Lohnforderungen als auch für die Anerkennung ihrer Tariffähigkeit (und damit, in den Jahren 2014/15, gegen das Gesetz der Bundesregierung zur Tarifeinheit; vgl. Hensche 2014) – immer wieder den Zugverkehr lahm gelegt. Dazu kamen Aktionen von Piloten der Lufthansa, die in der Presse freilich stets – wie auch die Aktionen der GDL mit ihren 32 000 Mitgliedern und ihrer Einbettung in den eher konservativ ausgerichteten Beamtenbund – aus Gründen der Stimmungsmache besonders hervorgehoben wurden. Im Bereich der DGB-Gewerkschaften hingegen zeichnen sich ganz unterschiedliche Streikformen und Streiktypen ab, in denen sich zugleich Antworten auf neue gesellschaftliche und politische Anforderungen an die Revitalisierung und Erneuerung der Gewerkschaften im gegenwärtigen Kapitalismus reflektieren.

Die schon früher wirkende Tendenz der Abkehr von den Erzwingungsstreiks in der Fläche zugunsten von Warnstreiks hat sich vor allem bei der IG Metall fortgesetzt. International haben sich seit dem Ende des vergangenen Jahrhunderts die Streiks mehr und mehr aus dem Kernbereich der Industrie (hier lag noch in den 70er Jahren der Schwerpunkt) in den Dienstleistungssektor verlagert. Gleichzeitig haben sich – vor allem in der wirtschaftlich starken Bundesrepublik – zwischen Industrie- und Dienstleistungssektor die Bedingungen für eine erfolgreiche Tarifpolitik deutlich verändert: in den exportorientierten Industrien – vor allem natürlich in der Automobil-, der metallverarbeitenden und Elektro-Industrie mit ihren Großbetrieben und einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad – sind – mit dem Druckmittel des Warnstreiks – bessere Lohnabschlüsse durchzusetzen als im Bereich des öffentlichen Dienstes, der unter dem Druck der „leeren Kassen" und der Politik der „Schuldenbremse" ächzt, und bei den privaten Dienstleistungen. Hier besteht ein hoher Anteil prekärer, weiblicher und migrantischer Beschäftigung in kleinen und Mittel-Betrieben mit einem meist extrem geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und ohne Kampferfahrung. Der Bereich der Schwarzarbeit und anderer Formen der illegalen Beschäftigung und der extremen Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte hat sich insbesondere in der Bauwirtschaft seit Jahren ausgeweitet. Hier finden Arbeitskonflikte statt, in denen es oftmals um elementare Anliegen und Interessen – wie zum Beispiel die Gründung von Gewerkschaften, die Inanspruchnahme gesetzlicher Rechte (durch das BetrVG) oder auch um Forderungen geht, bei denen sich die sozialen Interessen der Beschäftigten mit dem Kampf gegen die Austeritätspolitik und die dahinter stehende neoliberale Ideologie verbinden. In vielen Betrieben gibt es daher Konflikte um die Einrichtung eines Betriebsrates, um die Anerkennung des Tarifvertrages durch den Arbeitgeber, gegen Schikanen am Arbeitsplatz und gegen KollegInnen, sich für die Gewerkschaft engagieren usw. usf. Im Bereich der eher kleinen Gewerkschaft Nahrung, Gaststäten und Genuss – im Restaurant- und Hotelsektor, in Bäckereien und Brauereien z. B. – hat sich in den letzten Jahren dieser Kampf gegen solche „nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals" (wie Karl Marx einst formulierte[6]) ausgeweitet. Dabei gab

[6] Karl Marx, MEW 16: 152.

es durchaus auch Erfolge, die das Selbstbewusstsein von Mitgliedern und Funktionären der Gewerkschaft gestärkt haben. In diesem „Guerillakrieg zwischen Kapital und Arbeit" gehen die Unternehmen zunehmend dazu über, den amerikanischen Geschäftszweig des „Union Busting", also der Zerstörung gewerkschaftlicher Macht und Repräsentanz vor allem durch juristische Praktiken, zu fördern (Rügemer/Wigand 2014).

Im *Einzelhandel*, hier ist jeder dritte Arbeitsplatz prekär, fanden seit 2013 mehrfach Streiks statt, in denen einerseits für Lohnerhöhungen, andererseits aber auch gegen weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit gekämpft wurde. Diese Aktionen – über längere Zeiträume – erfordern viel Mut, Kreativität und Durchhaltevermögen. Sie sind gleichzeitig Mittel der Organisierung („organizing"), um für die Zukunft Gewerkschaftspositionen im Betrieb und bei Tarifverhandlungen zu stärken. Auch die *Erzieherinnen* in den Kindertagesstätten streikten 2015 – nicht zum ersten Mal – für eine deutlich bessere Besoldung und Anerkennung ihre Arbeit durch Höhergruppierung. Noch ist (zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Artikels im Juli 2015) offen, ob das Ergebnis, das die Gewerkschaft Ver.di zum Abschluss des Streiks ausgehandelt hat, auch in der Urabstimmung akzeptiert werden wird.

Betriebliche Streiks („Häuserkämpfe") umfassen verschiedene Themenfelder. Bei der Firma *Amazon* wird seit geraumer Zeit immer wieder für die Anerkennung des Tarifvertrages Einzelhandel (statt Logistik) gestreikt. Dabei steht die Gewerkschaft einem Unternehmen gegenüber, das prekäre Beschäftigung extrem ausbeutet und gleichzeitig seine transnationalen Standorte nutzt, um die nationale Gewerkschaft zu schwächen. In der *Charité*, der größten Klinik Berlins, wurde im Anschluss an Lohnstreiks im Gesundheitswesen, ein Streik eröffnet, der die Ausweitung des Pflegepersonal bei der Patientenbetreuung zum Gegenstand hatte. Hier wird eine sog. „qualitative" Forderung („gute Patientenbetreuung") erhoben, die sich jedoch einfügt in den betriebsübergreifenden Kampf gegen Kostensenkungen auf der Seite der Beschäftigten und gegen die Austeritätspolitik der Regierung und des Berliner Senats. Selbst im Bereich der Gewerkschaft BCE (die als IG Chemie ihren letzten Streik im Jahre 1971 geführt hatte) kam es zu einem Arbeitskampf bei der Firma *Neupack* in Hamburg, der 2013 neun Monate anhielt. Ziel war die Durchsetzung gerechter Löhne im Rahmen eines Tarifvertrages. Die Betriebsvereinbarung, die den Streik beendete, sah höhere Löhne vor; die Forderung nach Tarifbindung der Firma wurde jedoch nicht durchgesetzt (Neupack 2014). Bei solchen – extrem langen – Arbeitskämpfen kommt es in der Regel in der Endphase zu Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen dem Kern der Streikenden und der Gewerkschaft, die den Streik beenden möchte.

Im Bereich der *Post* kam es 2015 zu einem längeren Arbeitskampf, in dem einerseits eine bessere Besoldung, andererseits eine Änderung der Geschäftspolitik der *Deutschen Post* gefordert wurde. Diese hatte die Gründung von Tochtergesellschaften in die Wege geleitet, die für die Zustellung im Paketbereich zuständig sein sollen und deren Beschäftigten eine deutlich niedrige Entlohnung

erhalten. Während des Streiks setzte die Post ausländische Streikbrecher ein. Obwohl der Streik massiv unterstützt wurde, konnte die „qualitative", politische Forderung nach Rückholung dieser Beschäftigten in den Tarifvertrag gegen das Management der Post nicht durchgesetzt werden. Ver.di führt noch eine Mitgliederbefragung (keine Urabstimmung) durch; anscheinend gibt es heftige innergewerkschaftliche Kritik. Seit der Privatisierung werden alle Methoden der Flexibilisierung und des Drucks auf die Beschäftigten ausgenutzt, um die Position der einst starken Deutschen Postgewerkschaft, die in Ver.di aufgegangen ist, zu schwächen.[7]

6. Wie die neuen Ansätze stabilisieren?

Es ist noch viel zu früh, von einer „Revitalisierung" bzw. von einem „Comeback" bzw. von einer „Erneuerung" der Gewerkschaften im Ergebnis der ansteigenden Zahl von Streikbewegungen in Deutschland zu sprechen. Dennoch kann nicht übersehen werden, dass es Anzeichen in diese Richtung gibt, die zugleich auf zunehmende Kritik und die Bereitschaft zum Widerstand auf Seiten der Lohnabhängigen gegenüber der auf Wettbewerbsfähigkeit und Austerität ausgerichteten Politik von Unternehmen und Regierung hinweisen. Viele Lohnabhängige (mehr noch die sog. „Prekären") haben Angst vor sozialem Abstieg, vor Altersarmut, vor neuen Krisen – gleichzeitig nimmt die Empörung über soziale Ungleichheit und die „Superreichen" sowie über den Abbau der Demokratie zu. Von „Erneuerung" kann immer dann gesprochen werden, wenn sich die Aktionsformen von den alten Ritualen und Schemata gewerkschaftlicher Interessenvertretung entfernen. Dabei kommt es zu neuen Lernerfahrungen bei den Streikbeteiligten selbst, die mehr auf ihre eigene Stärke und Handlungsfähigkeit sich verlassen müssen als auf die Kraft einer gewerkschaftlichen Organisation, die im „Reich der Prekarität" erst aufgebaut werden muss. Viele Gegenüberstellungen (politisch – ökonomisch; Industrie – Dienstleistungen; Fläche – Betrieb; organisiert – spontan/„wild"; offensiv – defensiv) lösen sich auf und gehen neue Verbindungen ein. Sie schaffen Konstellationen des Klassenkampfes, in denen nicht die Anwendung von Erfahrungen einstiger Erfolge, sondern innovative Praktiken dem Ziel einer „Neugründung" von Gewerkschaften dienen. Man könnte in diesem Zusammenhang an die Frühgeschichte der Arbeiterbewegung zurückdenken, in der die erfolgreiche Gründung von Gewerkschaften in der Regel die Folge von Streik- und spontanen Protestbewegungen gewesen ist.

Auf der anderen Seite ist für das ökonomische und politische Gewicht der gesamten Gewerkschaftsbewegung die Kraft starker Industriegewerkschaften, die eher traditionellen Methoden und Zielen der Interessenvertretung folgen,

---

[7] Zur Analyse dieser verschiedenen Streikbewegungen und Arbeitskonflikte seit der Krise von 2008/09 vgl. Schmalz/Dörre 2013; Riexinger 2013; Zeise/Hoffmann 2014; Geißler/Wilde 2015. Bei den letzten beiden Titeln handelt es sich um Materialien von zwei großen Streikkonferenzen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die unter der Losung „Erneuerung durch Streik" in den Jahren 2013 (Stuttgart) und 2014 (Hannover) stattfanden – mit großer Beteiligung vor allem jüngerer Kolleginnen und Kollegen, die an Streiks der jüngsten Zeit teilgenommen haben.

nach wie vor unabdingbar. Es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, dass die Militanz kleiner Gewerkschaften bzw. von einzelnen Belegschaften eine Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Arbeiterklasse und politischen Druck auf die Regierung bewirken könnte! Aus solchen Unterschieden gehen jedoch in der Einheitsgewerkschaft des DGB Konflikte zwischen den Gewerkschaften – vor allem zwischen IG Metall und Ver.di – hervor. Im Streit um die Zuständigkeit für Mitgliederwerbung, Tarife und Betriebsräte in Unternehmen, die nicht mehr eindeutig dem industriellen oder dem Dienstleistungsbereich zugeordnet werden können, werden solche Konflikte oftmals hart und emotional ausgetragen; denn es geht immer auch um materielle Ressourcen zur Bestandssicherung der eigenen Organisation. Die linken Kräfte in den Gewerkschaften sollten sich dafür einsetzen, dass solche Konflikte mit dem Ziel bearbeitet werden, Spaltungen zu verhindern und Verfahren für die Lösung von Streitfragen zu akzeptieren (Deppe 2015; Buntenbach/Urban/Wernecke 2015). Die Einheitsgewerkschaft wird nur Bestand haben, wenn Vielfalt und Differenz anerkannt werden und nicht der Versuch unternommen wird, gewerkschaftliche Interessenvertretung, Organisation und auch Handlungsorientierung „flächendeckend" nach einem einheitlichen Muster „von oben" durchzusetzen.

Angesichts dieser Ansätze zur Revitalisierung, die ja auch mit der Aktivierung jüngerer Kolleginnen und Kollegen verbunden ist, könnte auch in den Gewerkschaften eine neue Generation von haupt- und ehrenamtlichen FunktionärInnen, die durch diese neuen Streikerfahrungen geprägt ist, an Einfluss gewinnen. In den Gewerkschaften sollte daher auch eine politische Bildungsarbeit aktiviert werden, die es jüngeren KollegInnen ermöglicht, ihre Streikerfahrungen mit Kenntnissen über die politische Ökonomie des Kapitalismus, die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus sowie über die aktuelle weltweite Diskussion über Alternativen zur kapitalistischen Wachstumsökonomie sowie zum globalen Finanzmarktkapitalismus zu verbinden. Die Vermittlung von Erfahrung und Erkenntnis bleibt – auch auf der Ebene der Subjektivität – eine entscheidende Bedingung für ein stabiles Engagement in den sozialen und politischen Kämpfen. Gleichzeitig sollten sich die Linken in den Gewerkschaften als Teil jener „Mosaiklinken" (Urban) verstehen, die – national, europäisch und global – an der Stärkung eines „Blockes gegenhegemonialer Kräfte" wirkt, um das neoliberale Regime zu beenden und Perspektiven einer Demokratie zu eröffnen, die zum Ausgangspunkt der realen „Volkssouveränität" zurückkehrt. Die griechische Tragödie liefert hier leider allzu viel Anschauungsmaterial!

Literatur

Boris, Dieter (2014), Der „Erdrutsch" – zentraler Epochenbruch? In: Z 100 (Dezember 2014), S. 8-20.

Buntenbach, Annelie/Urban, Hans-Jürgen/Wernecke, Frank (2015), Gewerkschaftseinheit – auf dem Prüfstand, in: Sozialismus, 7-8/2015, S. 32-38.

Deppe, Frank (2013), Gewerkschaften in der Großen Transformation, Köln.

Deppe, Frank (2015), Einheit oder Spaltung? Überlegungen zur Debatte um die Einheitsgewerkschaft, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen Nr. 19, Berlin.

Deppe, Frank/Fülberth, Georg/Harrer, Jürgen (1989), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 4. Auflage, Köln.

Deppe, Frank/Rossmann, Witich (1984), Gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen des Kampfes um die 35-Stunden-Woche (Thesen), in: Bosch, Gerhard u.a., Her mit dem ganzen Leben. Argumente für die 35-Stunden-Woche, Marburg, S. 161 – 180.

Deppe, Frank/Rossmann, Witich (1985), Nach den Arbeitskämpfen. Zu einigen aktuellen und zukünftigen Fragen der Gewerkschaftspolitik nach den Streiks um die 35-Stunden-Woceh, in: Achten, Udo u.a., Arbeitskampf um Arbeitszeit. Perspektiven gewerkschaftlicher Zukunft in flexibler Arbeitswelt, Marburg, S. 197 – 216.

Detje, Richard/Ehlscheid, Christoph/Unterhinnighofen, Hermann (2003), Perspektiven des Streiks. Arbeitskampfkonzepte der IG Metall, Hamburg.

Dribbusch, Heiner (2006), Arbeitskampf im Wandel – zur Streikentwicklung seit 1990, in: WSI-Mitteilungen, 7/2006, S. 382 – 388.

Geffken, Rolf (2015), Arbeit und Arbeitskampf im Hafen, Rotenburg.

Geißler; Jeannine/Wilde, Florian (2015), Erneuerung durch Streik I, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen Nr. 10, Berlin.

Hensche, Detlef (2014), Hände weg von Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie und Streikrecht! Über das Gesetz der Bundesregierung zur Tarifeinheit, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen, Nr. 17, Berlin.

IMSF (1969), Die Septemberstreiks 1969, Redaktion: Heinz Jung, Josef Schleifstein und Kurt Steinhaus, Frankfurt am Main.

Kelly, John/Hamann, Kerstin (2010), General Strikes in Western Europe, 1980 – 2008, Paper for the European Regional Congress of the International Industrial Relations Association, Copenhagen, June-July 2010.

König, Otto/Detje, Richard (2015), Streikrepublik? In: Sozialismus, 6/2015, S. 2 – 4.

Neupack (2014), Mitglieder des Soli-Kreises Neupack (Hrsg.), 9 Monate Streik bei Neupack, Berlin.

Riexinger, Bernd (2013), Demokratisierung von Streiks, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (2013), Hrsg., Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven, Frankfurt/ New York.

Schmalz, Stefan/ Weinmann, Nico (2013), Zwei Krisen, zwei Kampfzyklen: Gewerkschaftsproteste in Westeuropa im Vergleich, in: Schmalz, Stefan/ Dörre, Klaus (Hrsg.), Comeback der Gewerkschaften? Frankfurt/ New York, S. 76 - 98.

Vandaele, Kurt (2014), Ende des Abwärtstrends? Zur Entwicklung des Streikvolumens in Westeuropa seit Beginn der Weltwirtschaftskrise, in: WSI-Mitteilungen, 5/2014, S. 345 – 352.

Zeise, Fanny/Hoffmann. Rabea (2014), Erneuerung durch Streik – die eigene Stärke nutzen, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien Nr. 2, Berlin.

Rolf Geffken

Eisenbahnerstreik und Tarifeinheitsgesetz

1. Der Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn 2014/2015

Die Ausgangslage

Der jüngste Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn (DB) dauerte fast ein Jahr. Während die Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL) neben 5 Prozent mehr Lohn und Gehalt Überstundenbegrenzungen, eine Verbesserung der Schichtfolge und eine Arbeitszeitverkürzung auf 38 Stunden schon im Juni 2014 verlangte, lag der Schwerpunkt der im August 2014 aufgestellten Forderungen der Eisenbahner- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) bei einer Gehaltserhöhung um 6 Prozent mit einem Mindestbetrag von 150 Euro pro Monat. Verhandlungen über Arbeitszeiten und vier weitere Arbeitsbedingungen wollte die EVG den Betriebsräten überlassen.

Der eigentliche Unterschied der Forderungen der beiden Gewerkschaften lag in der Ausgangslage der Organisationen. Während die GDL nicht mehr nur für die etwa 20.000 Lokführer bei der DB verhandeln wollte, sondern sich auch zuständig erklärte für die etwa 17.000 Zugbegleiter, Disponenten und Rangierführer, verlangte die EVG die Einbeziehung der bei ihr organisierten Lokführer in ihre Tarifverträge und lehnte konkurrierende Tarifregelungen für eine Berufsgruppe strikt ab.

Exakt in diesem Punkt stimmten Deutsche Bahn und EVG überein. Von Anfang an führte die Deutsche Bahn deshalb eine Auseinandersetzung mit dem Ziel der „Tarifeinheit" bei der Bahn. Dass dieses Ziel zugleich mit dem Projekt eines Tarifeinheitsgesetzes der amtierenden Bundesregierung kompatibel war, machte den Konflikt der GDL mit der DB schon frühzeitig zu einem Politikum.

Der Anti-GDL-Kurs der DB

Der DB ging es von Anbeginn an darum, den Zuständigkeitsbereich und die Verhandlungsmacht der GDL in Frage zu stellen. Schon bei der zweiten Tarifverhandlung am 31.07.2014 erklärte sie, mit der GDL nur über die Arbeitsbedingungen von Lokomotivführern verhandeln zu wollen.

Nach insgesamt fünf Streiks, darunter zwei Warnstreiks noch im Sommer 2014, erklärte die DB in der 5. Tarifverhandlung am 21.11.2014 erstmals, nicht auf einer Tarifeinheit zu Lasten der GDL zu bestehen, sondern sie – allenfalls indirekt – durch doppelt bilaterale Verhandlungen (mit GDL und EVG) zu erzeugen. Allerdings: nur sieben Tage später bestand die DB – möglicherweise aufgrund einer Intervention seitens der Politik – wieder auf Tarifeinheit. Zuvor hatte die DB beim Arbeitsgericht Frankfurt am 06.11.2014 und anschließend am 07.11.2014 auch beim Landesarbeitsgericht Hessen ein gegen den GDL-Streik

gerichtetes Eilverfahren verloren.[1] Am Tag der Verkündung der Entscheidung kam es zu einer Demonstration des Zugpersonals vor der DB-Zentrale in Berlin.

Während der gesamten Zeit des Konflikts nahm die EVG beim Streit um die „Tarifeinheit" Partei für das Unternehmen. Auch in der Diskussion um das Tarifeinheitsgesetz stellte sich die EVG auf den Standpunkt, dass die Herstellung von Tarifeinheit gewerkschaftlichen Grundsätzen entspräche und das geplante Gesetz diesen Grundsätzen diene. Tatsächlich verhinderte die EVG durch ihre eigene Strategie sogar einen inhaltlichen Gleichklang zwischen den beiden Gewerkschaften, indem sie am 14.01.2015 plötzlich eigene Forderungen nachschob und so inhaltsgleiche Tarifverträge unmöglich machte.

Parallel dazu betrieb die DB eine Medienkampagne, in der sie immer wieder von den sachlichen Differenzen mit der GDL abzulenken versuchte und auf polemische Weise die Organisation selbst an den Pranger stellte. Dieses Vorgehen knüpfte zum einen an der Unzufriedenheit der vom Streik betroffenen Fahrgäste an und diente zum anderen der Strategie der Ausgrenzung der GDL. Nur wenige Medien erkannten zu diesem Zeitpunkt das Faktum an, dass es der GDL in ihrem Kampf vor allem um ihre eigene Existenz als Gewerkschaft und damit um die Sicherung ihres kollektiven Grundrechts auf Koalitionsfreiheit ging. Dieser Konflikt musste sich zwangsläufig umso mehr zuspitzen, je näher der Termin der Abstimmung über das Tarifeinheitsgesetz im Bundestag rückte. Mit Inkrafttreten des Gesetzes nämlich wäre die GDL als „Minderheitsgewerkschaft" nur noch in der Lage gewesen, in den Betrieben der DB die Tarifverträge der EVG „nachzuzeichnen".[2]

Unbefristeter Streik

Nach 16 Tarifverhandlungen kam es schließlich in der Zeit vom 21.04.2015 bis 24.04.2015 und vom 04.05.2015 bis 10.05.2015 zu befristeten Streiks, danach am 19.05.2015 zu einem vorerst unbefristeten Streik. Gemäß den Forderungen der GDL nahmen an den Streiks keineswegs nur Lokomotivführer, sondern auch Angehörige des Fahrpersonals teil, soweit sie Mitglieder der GDL waren. Bis zu diesem Zeitpunkt waren im Güterverkehr 419 Stunden und im Personenverkehr 354 Stunden wegen des Streiks ausgefallen.[3] Während in Ostdeutschland der Streik zu etwa 80 Prozent befolgt wurde und auch eine entsprechend hohe Anzahl von Zügen ausfiel, fuhr in Westdeutschland immerhin noch etwa ein Drittel der Züge. Die Ursachen dafür lagen vor allem in dem in Westdeutschland relativ hohen Anteil beamteter Lokomotivführer sowie in der Tatsache, dass die Regionalzüge der privaten Bahngesellschaften, wie z. B. Metronom, EVB, Nordwestbahn usw., von den Streiks nicht betroffen waren.

---

1 LAG Hessen, Urteil vom 07.11.2014, Az. 14 SaGa 1496/14.

2 Vgl. den inzwischen in Kraft getretenen § 4a Abs. 4 Tarifvertragsgesetz.

3 Sämtliche diesbezüglichen Daten beruhen auf Mitteilungen des GDL-Bundesvorstands an den Verfasser.

Die GDL beteiligte sich während der Tarifverhandlungen – anders als die EVG – auch an politischen Aktionen und Demonstrationen gegen das Tarifeinheitsgesetz und für die Verteidigung des Streikrechts. So sprach etwa der stellvertretene Vorsitzende der GDL Norbert Quitter (u. a. neben dem Verfasser) auf der Kundgebung „Hände weg vom Streikrecht" am 18.04.2015 in Frankfurt.[4] Viele Untergliederungen von DGB-Gewerkschaften erklärten sich mit dem Kampf der GDL solidarisch. Auch in sozialen Netzwerken kam es zum Schulterschluss mit bis dahin gegenüber der GDL distanzierten Gewerkschaften. Auch die vom Streik betroffenen „Dritten", also Fahrgäste u. a., standen dem Streik keineswegs so ablehnend gegenüber wie in einigen Medien immer wieder behauptet. So gelang es beispielsweise innerhalb von 10 Tagen für eine Online-Petition über 10.000 Unterschriften zu Gunsten einer Solidaritätserklärung für die GDL und gegen das Tarifeinheitsgesetz zu sammeln.[5]

Am 20.05.2015 kam es – für viele überraschend – schließlich zu einer Schlichtungsvereinbarung der GDL mit der DB. Dabei gelang es der GDL, vorab die Zustimmung dafür zu erhalten, dass sie Tarifverträge für alle Mitglieder (also auch für Mitglieder außerhalb des Tätigkeitsbereichs der Lokführer) abschließen konnte und dass keine einheitlichen Tarifverträge abgeschlossen werden müssten. Dies war ungeachtet des späteren Schlichtungsergebnisses bereits ein Erfolg der GDL und auch ein Erfolg im Kampf gegen die Anwendung des fast zeitgleich vom Bundestag verabschiedeten Tarifeinheitsgesetzes.

Das Schlichtungsergebnis

Nach sechs Wochen lag das unter dem Vorsitz der Schlichter Bodo Ramelow und Matthias Platzeck zustande gekommene Ergebnis der Schlichtung vor: Der GDL wurde das uneingeschränkte Recht zugestanden, eigene Tarifverträge für ihre Mitglieder abzuschließen, und zwar nicht nur für das Lokpersonal, sondern auch für das Fahrpersonal. Neben Lohnerhöhungen kam es zur Vereinbarung einer „Überstundenbremse" und einer Arbeitszeitverkürzung sowie der Zusage von Neueinstellungen im erheblichen Umfang. Damit endete dieser Arbeitskampf mit einem deutlichen Erfolg für die GDL. Zu Recht fand Jörn Böwe hierfür das Fazit: „Wer streikt, kann gewinnen."[6] Bemerkenswert an dem Ergebnis war auch das Schlichterduo Platzeck/Ramelow. Dass die GDL den ersten „linken Ministerpräsidenten" der Bundesrepublik als Schlichter benannte, dürfte auch mit dessen Biographie zusammenhängen. Er war viele Jahre Sekretär der Gewerkschaft HBV. Ramelow spendete – für einen Schlichter ungewöhnlich genug – sein Schlichterhonorar zwei gemeinnützigen Einrichtungen in Thüringen. Er bezeichnete seine Tätigkeit insoweit als „voll-

---

4 Der Text der Rede des Verfassers mit dem Titel „Streikrecht wahrnehmen – Tarifeinheitsgesetz verfassungswidrig" findet sich unter: http://www.drgeffken.de/index.php?id=aktuelleinfos&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=326&tx_ttnews[backPid]=1.

5 Vgl.: http://www.drgeffken.de/index.php?id=aktuelleinfos&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=330&tx_ttnews[backPid]=1.

6 J. Böwe, Ein gutes Ende, in: junge Welt" vom 02.07.2015.

ständig ehrenamtlich".[7] Etwas, was bei Schlichtungsverfahren vergangener Zeiten nicht vorgekommen ist.

EVG im Windschatten des Streiks

Im Windschatten des Konflikts mit der GDL hingegen verlief die Tarifrunde mit der EVG. Ihre Verhandlungen mit der DB hatten allenfalls rituellen Charakter. Auch wenn Streiks angekündigt wurden, so war doch von Anfang an klar, dass die DB – auch aus politischen Gründen – es nicht auf einen Arbeitskampf mit der EVG ankommen lassen würde. Umgekehrt: Die EVG verkündete bei Bekanntgabe ihres Ergebnisses (5,1 Prozent Lohnerhöhung in zwei Stufen bis 2016 und 120 Euro Mindestbetrag), „dass ein guter Tarifabschluss auch am Verhandlungstisch erzielt" werden könne.[8] Gegen wen diese Äußerung gerichtet war, ist klar: Der GDL war ja vom DB-Vorstand im Rahmen der gegen diese Gewerkschaft gerichteten Kampagne vorgeworfen worden, „gar nicht zu verhandeln", also „nur" zu streiken. Tatsächlich wäre das Tarifergebnis der EVG aber ohne den GDL-Streik so nicht zustande gekommen. Hinzu kommt, dass der EVG trotz ihrer weitaus größeren Möglichkeiten keine Akzentsetzung in dem Tarifkonflikt gelang. Arbeitszeitverkürzungen zum Gegenstand von Betriebsvereinbarung mit Betriebsräten zu machen, bedeutet, auf Streiks bereits institutionell zu verzichten. Betriebsräte können keine substantiellen Arbeitszeitverkürzungen kampfweise durchsetzen. Außerdem kann auf diese Weise das angeblich selbst gesteckte Ziel einer „Tarifeinheit" selbst innerhalb des Tarifwerkes der EVG *nicht* erreicht werden kann. Der Rekurs der EVG in ihren eigenen Verlautbarungen auf die „Solidarität der Eisenbahnerfamilie" lässt sich vor diesem Hintergrund nicht etwa als „Kampf um Tarifeinheit", sondern als Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft mit dem Unternehmen DB interpretieren.

Einschätzung des Streiks der GDL

Am GDL-Streik bewahrheitete sich wieder einmal die Erkenntnis, dass die Gegenwehr der Unternehmer bei Streiks sehr wohl auch auf dessen Verlängerung und künstlicher Ausweitung beruhen kann. Vor allem dann, wenn es einem Großunternehmen oder einer mächtigen Arbeitgebervereinigung darum geht, eine Gewerkschaft zu bekämpfen und deren Spielraum für künftige Auseinandersetzungen einzuengen. In solchen Fällen spielen die Kosten des Produktionsausfalls oder Gewinnverluste nur eine untergeordnete Rolle. Der Streik wird damit zum Politikum. In diesem Fall hatte der DB-Vorstand offenbar darauf spekuliert, dass die Dauer des Streiks letztlich der GDL schaden würde, d. h., dass sich die Stimmung in der Öffentlichkeit gegen die GDL und gegen die Streikenden richten würde oder dass es mindestens zu Zerwürfnissen innerhalb der Gewerkschaftsführung oder zu Widerstand der Basis gegen die Führung kommen würde. Mit einer beispiellosen Kampagne der Leitmedien

---

7 Thüringische Landeszeitung vom 02.07.2015.

8 www.evg-online.org (Presseerklärung vom 27.05.2015).

wurde diesem Ziel nachgeholfen. Die Ablichtung des Klingelschildes der Familie Weselsky bei FOCUS Online bildete den vorläufigen Tiefpunkt der Kampagne. Gleichzeitig rechnete man damit, dass die Verlängerung der Auseinandersetzung über das Datum der Verabschiedung des Tarifeinheitsgesetzes hinaus die GDL in die Enge treiben und sie in ihrer Existenz bedrohen würde.

Doch diese Strategie scheiterte. Die GDL und ihr Vorsitzender blieben standhaft. Basis und Führung rückten noch mehr als zuvor zusammen. Die vom Bahnvorstand, führenden Politikern und bestimmten Medien forcierte Politisierung des Konflikts und die offene Bekämpfung der GDL führten zu einer ungeahnten Welle der Solidarität und nicht zuletzt auch zu wachsendem Verständnis bei vielen Bahnkunden. Mit zunehmender Dauer des Konflikts wechselten einige Leitmedien auch im Inhalt ihre Berichterstattung und äußerten schließlich Verständnis für die GDL, da diese um ihre Existenz kämpfe.[9] Allein deshalb muss dieser Streik als bemerkenswerter, schwer erkämpfter Erfolg einer kleinen aber kämpferischen Gewerkschaft gelten. Es ist bekannt: Der GDL-Vorsitzende gehört (noch?) der CDU an. Die Gewerkschaft ist eine so genannte Berufsgewerkschaft, organisierte früher beamtete Lokführer und gehört noch heute dem Deutschen Beamtenbund an. Welche Bedeutung haben diese Umstände für die Einschätzung des Streiks? Die Antwort des Verfassers ist eindeutig: Keine. Umgekehrt: Die Tatsache, dass einige Gewerkschafter und auch Linke ihnen immer noch eine Bedeutung beimessen, wirft eher die Frage auf, welches Gewerkschaftsverständnis diese Kritiker haben.

Allerdings: Die Haltung der GDL in dem letzten Arbeitskonflikt bewirkte bei vielen früheren Kritikern einen Sinneswandel. So sprach sich der Bundestagsabgeordnete und ehemalige IG Metall-Sekretär Klaus Ernst wiederholt für Solidarität mit der GDL aus. In einer Phase, in der sogar bürgerliche Ökonomen den „Nachholbedarf" bei den Löhnen propagieren und damit die Gewerkschaften deutlich auffordern ‚aktiver zu werden, wirkte der GDL-Streik wie ein Fanal an viele bis dahin (und teilweise auch weiterhin) deutlich weniger aktive DGB-Gewerkschaften.

Der Eisenbahnerstreik der GDL war im besten und ursprünglichen Sinn: Bewegung. Er stärkte nicht nur die GDL, sondern auch die Kampfbereitschaft aller Eisenbahner und vor allem die innergewerkschaftliche Debatte um das „Kampfmittel Streik". Dass dieser Streik zusammenfiel mit dem gegen das Streikrecht gerichteten Tarifeinheitsgesetz, war zwar einerseits eine höchstgefährliche Konstellation für die GDL, andererseits aber trug der Streik zu einer Mobilisierung gegen das Gesetzesvorhaben und zu einer Wiederbelebung der Streik- und Streikrechtsdebatte innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften bei.

---

9 Hans-Ulrich Jörges, Stern vom 07.05.2015: Dieser Streik muss ausgesessen werden. „Wenn die GDL jetzt einknickt, könnte das geplante Tarifeinheitsgesetz das Ende kleinerer Gewerkschaften bedeuten."

2. Das Tarifeinheitsgesetz

Die Idee eines Tarifeinheitsgesetzes stammte nicht von der Bundesregierung, sondern von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem DGB. Mit diesem Gesetz sollte die angebliche „Macht der Spartengewerkschaften" gebrochen und der „Gefahr" angeblich ausufernder Streiks begegnet werden. Insofern war diese Idee von Anfang an auch und vor allem gegen die GDL gerichtet. Ein Gesetzgebungsverfahren wurde aber erst nach Zustimmung der SPD innerhalb der Großen Koalition eingeleitet. Damit wurde erstmals in Deutschland das Grundrecht der Koalitionsfreiheit durch ein eigenes Gesetz gezielt beschränkt.[10] Das Gesetz wurde allen Warnungen von Verfassungsjuristen zum Trotz verabschiedet. Es erklärt indirekt die Durchführung von Streiks seitens einer so genannten „Minderheitsgewerkschaft" im Betrieb für rechtswidrig, weil solche Gewerkschaften keine eigenen Tarifverträge mehr abschließen können. Damit wird in massiver Weise in das Grundrecht auf Streik ebenso wie in das Koalitionsgrundrecht eingegriffen.[11]

Die GDL, der Deutsche Beamtenbund und der Marburger Bund (der Zusammenschluss der Krankenhausärzte) bereiten Verfassungsbeschwerden gegen das Gesetz vor. Die Gewerkschaft ver.di ist vom Gesetz vor allem im Gesundheitssektor selbst betroffen, da der Organisationsgrad des Pflegepersonals oftmals unter dem der Ärzte liegt und die größte Dienstleistungsgewerkschaft der Welt damit „zur Minderheitsgewerkschaft" werden kann. Die Folge könnte ein tarifloser Zustand für das Pflegepersonal sein, weil der Marburger Bund nicht gedenkt, seinen Organisationsbereich auszuweiten. Generell zwingt das Gesetz die Minderheitsgewerkschaften zu einer stärkeren Durchsetzung ihrer Interessen und vertieft damit die Konkurrenz unterschiedlicher Gewerkschaften. Noch vor Inkrafttreten des Gesetzes trat dieser Effekt auch im GDL-Streik zu Tage. Das Gesetz kann und wird also weder das selbst gesteckte Ziel einer angeblichen „Tarifeinheit" noch einer „Befriedung" von Arbeitskonflikten erreichen. Im Gegenteil: Es wird vorhandene Spaltungen vertiefen und Konflikte aus politischen und nicht aus ökonomischen Gründen zusätzlich verschärfen. Für diese Entwicklung tragen ohne jeden Zweifel die IG Metall und die IG Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE) eine besondere Verantwortung, da sie sich eindeutig für das Gesetz aussprachen, während ver.di, GEW und NGG das Gesetz ablehnten (allerdings ohne rechtliche Schritte nach seinem Inkrafttreten zu erwägen).

Auf erstaunliche Weise konterkarierte schon die Schlichtungsvereinbarung zwischen GDL und Deutscher Bahn das ursprünglich im Tarifkonflikt instrumentalisierte Gesetzesvorhaben: Obwohl das Gesetz deutlich die Züge eines „lex GDL" trägt und der gesamte Konflikt auch während der Gesetzgebungs-

---

[10] Vgl. R. Geffken, Tarifeinheitsgesetz steht auf tönernen Füssen, in: Ossietzky, Nr. 12, vom 06.06.2015, S. 420 ff.

[11] Vgl.: Juristen gegen das Tarifeinheitsgesetz (bundesweiter Aufruf von 34 Arbeitsrechtlern) in: http://www.drgeffken.de/index.php?id=aktuelleinfos&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=305&tx_ttnews[backPid]=68.

debatte instrumentalisiert wurde, ja diesen Konflikt sogar verschärfte, ist die Zusicherung der Eigenständigkeit von GDL-Tarifverträgen seitens der DB eine vom Gesetz nicht vorgesehene Ausnahme vom Prinzip der Tarifeinheit. Auf diese Weise konterkarierte die Schlichtung noch vor ihrem Ende das Gesetz in geradezu exemplarischer Weise.

Chimäre Tarifeinheit

Soweit einige der DGB-Gewerkschaften sich gegen das Tarifeinheitsgesetz aussprachen, krankte deren Kampagne von Anfang unter der widersprüchlichen Losung „Für Tarifeinheit – gegen das Tarifeinheitsgesetz!". In diesem Slogan sollte ein Konsens mit den übrigen DGB-Gewerkschaften vorgespiegelt werden. Dieser Konsens bezog sich auf das angeblich politisch richtige Ziel der Tarifeinheit, das man aber nicht mit staatlicher Hilfe durchsetzen solle. Tarifeinheit sei angeblich ein Grundwert gewerkschaftlicher Politik und habe sich in der Vergangenheit „bewährt". So lautet insoweit die einheitliche Auffassung aller DGB-Gewerkschaften und übrigens auch vieler Linker. Tatsächlich ist insbesondere der Hinweis auf die angebliche „Bewährung" empirisch falsch. Nur wenige Beispiele seien genannt: Im Bereich der deutschen Seehäfen existieren fast 50 unterschiedliche Tarifverträge, wobei alle von ein und derselben Gewerkschaft, nämlich von ver.di, abgeschlossen wurden. In einem einzigen Arbeitsbereich sind gleichzeitig fast immer mindestens drei Tarifverträge gleichzeitig auf unterschiedliche Beschäftigtengruppen am selben Arbeitsplatz anzuwenden: Zum einen die Tarifverträge etwa für die festangestellten Beschäftigten der Lagerhausgesellschaften, zum anderen die Tarifverträge für die Beschäftigten des Gesamthafenbetriebes und *daneben* sogar reine Zeitarbeitstarifverträge für Leiharbeiter (wie z. B. in Cuxhaven der Tarifvertrag mit der DGB-Arbeitsgemeinschaft Zeitarbeit). Auf diese Weise wurden und werden unterschiedliche Standards der Beschäftigten „reguliert", nämlich relativ sichere Standards bei den Beschäftigten klassischer Hafenfirmen, reduziertere Standards bei den GHB-Beschäftigten und Substandards bei so genannten Zeitarbeitskräften. Alles mit Zustimmung des DGB oder der DGB-Gewerkschaften. Hinzu kommt die Vielzahl von abweichenden Sonderbestimmungen (beispielsweise für die Autoverladung, Sonderregelungen für einzelne Häfen und vor allem Abweichungen nach unten durch Betriebsvereinbarungen). Charakteristisch für all diese Bereiche ist die extreme Diversifizierung, d. h. die Aufspaltung der Belegschaften in unterschiedlichste Beschäftigtengruppen. Ist das die „Tarifeinheit", die sich angeblich bewährt hat?

In vielen Industriebetrieben arbeiten bereits bis zu 50 Prozent der Arbeiter in der Produktion im Rahmen von Werkverträgen. Trotz arbeitsteiligen Zusammenwirkens existieren völlig unterschiedliche Arbeitsbedingungen. Die IG Metall hat mit einigen dieser Werkvertragsfirmen sogar eigene Tarifverträge (zu Substandards) abgeschlossen.[12]

---

[12] Vgl. R. Geffken, Vom Kampf gegen Werkverträge. Das Fallbeispiel VW-Konzern. Ein Zwischenbericht, in: Kritische Justiz 2/2014, S. 196 ff.

Werkverträge haben die bisherige Leiharbeit vielfach ersetzt. Dies deshalb, weil die Arbeitsgerichte Leiharbeit auf eine vorübergehende Tätigkeit beschränken. Und dennoch werden immer noch in allen Wirtschaftsbereichen Beschäftigte zu Leiharbeitsbedingungen eingesetzt. Während das Gesetz die Einhaltung des Grundsatzes „equal pay" verlangt, dürfen Tarifverträge davon abweichen und die DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit macht hiervon Gebrauch.

Schließlich werden ganz legal „outgesourcte" Beschäftigte zu anderen Arbeitsbedingungen eingesetzt, z. B. wenn Servicegesellschaften im Krankenhauswesen bestimmte Abteilungen übernehmen. Die Beibehaltung „alter" tariflicher Regelungen hat dann eine „Tarifpluralität" im Interesse der Beschäftigten zur Folge. „Tarifeinheit" wäre hier *nur* im Interesse der Unternehmen.

Es kommt aber letztlich gar nicht darauf an, ob die DGB-Gewerkschaften ihr angeblich selbst gestecktes Ziel einer Tarifeinheit jemals haben erreichen wollen oder aber umgekehrt dieses praktiziert haben. Viel entscheidender ist, dass Tarifeinheit *als solche* überhaupt kein Maßstab sein kann. Entscheidend bleibt der *Inhalt* von Tarifverträgen und die Frage, inwieweit Tarifverträge insgesamt und im Ergebnis zu einer Verbesserung von Arbeitsbedingungen beitragen. Das tun Tarifverträge bzw. betriebliche Vereinbarungen, die beispielsweise die Arbeitszeitverkürzung Betriebsräten überlassen wollen (wie von der EVG vorgeschlagen) mit Sicherheit *nicht*.

Der GDL-Streik hat deshalb nicht nur die Debatte um die Verteidigung und Durchsetzung des Streikrechts vertieft, er hat vielmehr auch prinzipielle Fragen nach der Zukunft der Gewerkschaften und dem Inhalt von Tarifverträgen gestellt. Die Zeit pauschaler und formelhafter Bekenntnisse zu „Einheitsgewerkschaft" und „Tarifeinheit" ist vorbei. Es stellt sich vielmehr die Frage, welche Organisationen unter welchen Bedingungen und auf welche Weise zu einer verstärkten *Bewegung* beitragen und wie das diese Bewegung zugrunde liegende Grundrecht der Koalitionsfreiheit im Interesse aller Beschäftigten gesichert werden kann.

express ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Niddastr. 64, 60329 FRANKFURT
Tel. (0691) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Ausgabe 6-7/15 u.a.: Jan Latza / Nadja Rakowitz: »Mehr von uns ist besser für alle« – über den Streik an der Charité | Thomas Sablowski: »Demokratie gegen Austerität« – zu den »Verhandlungen« mit Griechenland | Hakan Kocak: »Um sich greifender Ungehorsam« – über die Streikwelle in der Türkei | Arno Klönne 1982: »Partei oder Nicht-Partei?« – linke Organisierungsversuche in der BRD | Todd Cherkis: »Plötzlich im Mittelpunkt« – Gewerkschaftliche Antworten auf Armut und tödlichen Rassismus in Baltimore

Probelesen?! kostenfreies Probeexemplar anfordern!!

Werner Siebler

Poststreiks 2015 – mehr als ein Tarifkonflikt

Nachdem ver.di bei der Post über ein Jahr Aktionen und über drei Monate Streiks organisiert hatte, davon während der letzten vier Wochen Erzwingungsstreiks, wurde am 5. Juli nach 30 Stunden Verhandlungen ein Gesamtpaket für die rund 140.000 Tarifkräfte bei der Deutschen Post abgeschlossen. Das Ergebnis ist alles in allem ernüchternd und wirft eine Reihe von Grundsatzfragen auf, die in der kommenden Zeit zu diskutieren sind.

Streikverlauf und -ergebnisse

Die Gründung der DHL Delivery GmbH war der Höhepunkt der Bedrohung, der die Beschäftigten der Post AG ausgesetzt wurden. Zunächst galten die ver.di Aktionen der Forderung nach Entfristung. Bundesweite Betriebsversammlungen, z.B. am 5. Dezember 2014, Streiks seit dem 1. April 2015, unbefristete Streiks seit dem 8. Juni sind nur einige Schlaglichter. Ziel der Aktionen war ein langfristiger Schutz der Postbeschäftigten. Dies konnte bedingt erreicht werden: Ausschluss von betriebsbedingten Beendigungs- und Änderungskündigungen bis Ende 2019, Ausschluss von Fremdvergabe bis Ende 2018, die Übernahme von allen geeigneten befristeten Kräften, die zum Stichtag 1. Juli 2015 24 Monate bei der Post beschäftigt waren, in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis bei der Post AG, gute Übernahmeregelungen für Auszubildende, die dauerhafte Sicherung aller vorhandenen Arbeitsplätze in der Paketzustellung bei der Post ohne zeitliche Begrenzung – das sind die wichtigsten Punkte, die ver.di erreicht hat.

Mehr Geld gibt es auch. Gegenüber der ursprünglichen Forderung von 5,5 Prozent allerdings nur in bescheidenem Maße: Der lange Kündigungsschutz hat seinen Preis. Dieses Jahr gibt es einen Einmalbetrag von 400 Euro und ab 1. Oktober 2016 linear 2 Prozent. Zum 1. Oktober 2017 gibt es dann noch mal 1,7 Prozent, was bei der langen Dauer viele Risiken beinhaltet.

Nicht erreicht wurde die Rückführung der Delivery in die Post AG. Damit wurde ein zentrales Ziel des Arbeitskampfes verfehlt. Denn der Bruch des Vertrags zum Schutz vor Fremdvergabe durch das Post-Management und die Gründung von 49 Regionalgesellschaften für die Zustellung war der Auslöser des schweren Tarifkonflikts gewesen. Um diesen Vertragsbruch zu kompensieren hatte ver.di zum 1. April die noch geltenden Arbeitszeitregelungen gekündigt und eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich gefordert. Für die Delivery-Beschäftigten, die von der Post zur GmbH gegangen sind, wurde im vereinbarten Gesamtpaket allerdings immerhin ein besonderer Schutz durchgesetzt. Bei der Frage der Ausgründung war die Grundsatzfrage aufgeworfen: Lassen sich Unternehmen in Organisationsfragen durch Gewerkschaften ihre Verfügungsgewalt einengen? Der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeber, Ingo Kramer, hatte Postchef Appel öffentlich aufgefordert, hier keine Zugeständnisse zu machen.

Ohne die Streiks gäbe es keinen so langen Kündigungsschutz, keine Entfristungen, sondern sicherlich weitere GmbH-Gründungen über die ohnehin schon erfolgten hinaus. Und ohne die Streiks gäbe es keinen Ausschluss der Fremdvergabe. Immerhin gibt es auch kein drittes Bezahlungssystem, wie vom Management gefordert, und auch für die Beamten konnte die Postzulage bis 31. Januar 2018 neu geregelt werden. Die Übertragung des Generationenvertrages auf Beamte wurde ebenfalls vereinbart.

Nach dem Ende des Arbeitskampfes stellt sich die Frage: Was hätte ver.di bei Fortführung der Streiks noch mehr drauf bekommen? Wie lange hätten die Streikenden noch durchgehalten? Insbesondere der psychische Druck auf die Streikenden war groß.

Damit fand die härteste Tarifauseinandersetzung bei der Post in der bundesdeutschen Geschichte ihr vorläufiges Ende mit einem Tarifvertrag, der in vielen Punkten Kompromissregelungen enthält. Die Auseinandersetzung wird weiter gehen, denn die Ziele des Postmanagements um den Vorstandsvorsitzenden Frank Appel sind ja nicht widerrufen. Er verkündete den Anlegern im Herbst 2014 als Ziel des Konzernvorstandes, bis zum Jahr 2020 den operativen Gewinn auf über 5 Mrd. Euro zu erhöhen. Dazu solle der operative Gewinn Jahr für Jahr um 8 Prozent gesteigert werden. Dass die viel beschworenen Post- und Logistikmärkte das weder weltweit noch in Deutschland hergeben, war wohl klar, denn als eine Kernmaßnahme wurde das Absenken der Löhne in Angriff genommen.

Strategie der Lohnsenkung

Ver.di und den Postbetriebsräten wurde von Appel angekündigt: Wir senken die Lohnkosten – entweder mit Euch oder ohne Euch. In regelmäßigen Gesprächen zwischen der Konzernspitze und den VertreterInnen des Fachbereichs Postdienste, Speditionen und Logistik wurde versucht, ver.di zu Zugeständnissen zu bewegen. Doch ver.di lehnte das Vorhaben des Postvorstandes ab. Kein Wunder, denn während in allen Gesprächen mit ver.di über die viel zu großen Lohnunterschiede gegenüber den sogenannten Wettbewerbern lamentiert wurde, verkündete Appel bei jeder Quartalspressekonferenz eine erneute Steigerung der Gewinne des Konzerns.

Der Einkommens-Unterschied zwischen den Postbeschäftigten und den Beschäftigten der Konkurrenzfirmen ist zum Teil beträchtlich. So kann ein Briefzusteller im Lohnverhältnis durchaus auf einen Stundenlohn von über 20 Euro kommen. Doch das gilt nur für jene Tarifbeschäftigten, die sich vor 2001 in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis befanden. Schon damals gab es eine heftige Auseinandersetzung zwischen Konzern und Gewerkschaft, die unter dem Eindruck der Drohung der Fremdvergabe in großem Stil die Gewerkschaft zu Zugeständnissen veranlasste. Für viele befristet Beschäftigte und alle neueingestellten Postler hatte das drastische Lohneinbußen zur Folge. Alleine der Wegfall von Familien- und Kinderzuschlägen und die Minderung der Nachtarbeit- und Erschwerniszuschläge konnte ein Minus von 30 Prozent des Lohnes aus-

machen. Im Gegenzug wurde zugesagt, auf Fremdvergabe und Kündigungen zu verzichten. Doch man hatte von diesem Augenblick an bereits Beschäftigte, die bei gleicher Tätigkeit erheblich unterschiedlich bezahlt wurden.

2009 ließ sich ver.di noch einmal auf eine Absenkung der Einstiegslöhne ein. Es wurde ein so genanntes Schutzpaket geschnürt, das neben Regelungen zur Altersteilzeit den weitgehenden Schutz vor Fremdvergabe und betriebsbedingten Kündigungen und Änderungskündigungen enthielt. Die Vereinbarung zur Altersteilzeit ging als „Generationenvertrag" in die Geschichte ein und brachte dem Konzern als „einzigartiges Modell zur Gestaltung und Ermöglichung altersgerechten Arbeitens" den „Innovationspreis der deutschen Wirtschaft" 2013 ein.

Für die ab 1. November 2011 neu eingestellten Beschäftigten brachte er jedoch neue und erhebliche Nachteile. In Ergänzung der Regelungen nach Tarifvertrag und „Schutzpaket" wurde neben den bestehenden Entgeltgruppen 2 bis 9 eine so genannten Gruppenstufe Null eingeführt. Diese Gruppenstufe Null trat zum 1. November 2011 in Kraft, ist befristet und hat die gleiche Laufzeit wie die Regelungen zum Ausschluss von Kündigungen, Änderungskündigungen und die Verträge zum Schutz vor Fremdvergabe. In die bestehende Entgelttabelle des Entgelttarifvertrages wurde für die Entgeltgruppen 2 bis 9 vor die bisherige Stufe 1 eine Stufe Null eingeschoben. Diese Stufe Null entspricht am Beispiel der Entgeltgruppe 3 einem künftigen Stundenlohn während der ersten zwei Beschäftigungsjahre von 10,70 Euro. Das bedeutet eine erneute Lohneinbuße von 4 Prozent,

Als Zugeständnis wurde der Gewerkschaft die Übernahme von 1.500 befristet Beschäftigten in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zugesagt.

In den Postniederlassungen erfolgte in dieser Zeit eine nie gekannte Verdichtung der Arbeitsleistung; ein Sparprogramm jagte das andere. Das Ziel war immer das Gleiche: Die Bilanzgewinne sollten zur jeweilig nächsten Bilanzpressekonferenz gesteigert werden. Personalengpässe und damit auch Qualitätsverluste wurden von vielen Postbetriebsräten scharf kritisiert, führten aber in den seltensten Fällen zu Verbesserungen. Die Post dagegen legte nach und forderte eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 41 Stunden, natürlich ohne Lohnausgleich. Darauf konnte und wollte ver.di sich nicht einlassen. Doch der Vorstand ließ nicht locker. Als er jede Hoffnung, dass verdi sich zu erneuten Zugeständnissen bewegen lassen würde, aufgegeben musste, begann die Strategie der Auslagerung. Zunächst hatte das Unternehmen die Zahl der befristet Beschäftigten sukzessive auf rund 26.000 erhöht. Gegenwärtig sind von den ca. 140.000 Tarifbeschäftigten ca. 30.000 prekär beschäftigt (einschl. Beschäftigte in Abrufarbeitsverträgen). Dieses Potenzial bildete die Erpressungsmasse, mit der ver.di zu Zugeständnissen gezwungen werden sollte. Neben den 140.000 Tarifbeschäftigten arbeiten noch mindestens 60.000 Beamte bei der Post.

Gründung der Regionalgesellschaften

Im Spätherbst 2014 sickerten die ersten Informationen durch, dass die Deutsche Post AG zum Januar 2015 – parallel zur bundesweit bestehenden Niederlassungs-

struktur – plante, 49 Regionalgesellschaften für die Paketzustellung zu schaffen. Dort sollten in einem ersten Schritt 5.000 Zustellbezirke eingerichtet werden. Ohne jegliche Information von Betriebsräten, Gesamtbetriebsrat und Gewerkschaft wurde heimlich die Gründung von DHL Delivery durchgezogen. Es wurde ein Teil der zu den Konditionen des Haustarifvertrages der Deutschen Post AG befristet Beschäftigten vor die Wahl gestellt, die Arbeit zu verlieren oder die gleiche Arbeit zu schlechteren Bedingungen bei den neu gegründeten Regionalgesellschaften fortzusetzen. Bisher wurden etwa 5.000 ehemals bei der DP AG Beschäftigte zu Delivery umgesetzt. In Hessen macht die Lohndifferenz beispielsweise nach 15 Beschäftigungsjahren 30 Prozent weniger Gehalt aus. In der Paketzustellung ist die Quote der befristeten Jobs mit 30 Prozent deutlich höher als in der reinen Briefzustellung. Beschäftigte der Deutschen Post AG, egal ob befristet oder unbefristet, verdienen in den ersten Arbeitsjahren rund 2.000 Euro Brutto und kommen in den darauf folgenden sechs Jahren sukzessive auf rund 2.200 Euro.

Mit der Gründung dieser Regionalgesellschaften vollzog die Konzernführung den offenen Bruch des Vertrages zum Schutz vor Fremdvergabe, den die Beschäftigten unter anderem mit dem Verzicht auf Kurzpausen und arbeitsfreie Tage sowie mit einem abgesenkten Einstiegsgehalt bezahlt hatten.

Ver.di entwickelt eine Gegenstrategie

Im Februar 2015 kündigte ver.di die Regelung zur Arbeitszeit aus dem Manteltarifvertrag. Die tarifvertragliche Regelung zur Arbeitszeit bei der Deutschen Post AG lief bis zum 31. März 2015. Die Friedenspflicht endete am 1. April 2015.

ver.di forderte für die rund 140.000 Tarifkräfte der Deutschen Post AG

- eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 auf 36 Stunden;
- vollen Lohnausgleich;
- eine Entgelterhöhung von 5,5 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten (ver.di hatte die Regelungen aus dem Entgelttarifvertrag zum 31. Mai gekündigt).

Ver.di forderte nicht nur, sondern stellte in relativ kurzer Zeit auch die Arbeitskampffähigkeit her. Zwar wussten die meisten aktiven GewerkschafterInnen der Post von ver.di dass es in 2015 zu einer heftigen Tarifauseinandersetzung kommen würde, aber mit der Geschwindigkeit und Heftigkeit der Auseinandersetzung hatten die wenigsten gerechnet.

Und vorbereitet hatte sich nicht nur die Gewerkschaft, vorbereitet hatte sich auch das Postmanagement. Zum 1. April 2015 wurden in allen Zustellstützpunkten, Zentren usw. Großbildschirme aufgestellt um mit dem Firmen-TV „PePTV" („Post-E-Commerce-Parcel") Einfluss auf die Beschäftigten zu nehmen: Die Post liebe Tarifverträge und Mitbestimmung; die Delivery-Gründung habe nichts mit dem Vertrag zum Schutz vor Fremdvergabe zu tun; ver.di breche völlig unbegründet einen Konflikt mit dem Unternehmen vom Zaun.

Trotz dieses PePTV-Trommelfeuers und gezielter und unmittelbarer Hinweise von direkten Vorgesetzten an die Beschäftigten („Sie streiken doch nicht! Auf

Sie kann ich mich doch verlassen! Sie denken doch an unsere Postkunden! Sie wissen ja, dass das Auswirkungen auf Vertragsverlängerungen befristet Beschäftigter haben kann...)" beteiligten sich an den ersten Warnstreiks am 1. und 2. April 2015 zwanzigtausend ZustellerInnen in allen 16 Bundesländern. Ihre Botschaft lautete: Am 14. April muss ein verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch.

Bei den Tarifverhandlungen am 14. April 2015 konnte jedoch kein Ergebnis erzielt werden. Die Arbeitgeberseite hatte einen Vorschlag zur Arbeitszeitregelung vorgelegt, den die stellvertretende ver.di-Vorsitzende und ver.di Verhandlungsführerin Andrea Kocsis so bewertete:„Wir haben das von der Deutschen Post AG vorgetragene Modell zur Neuregelung der Wochenarbeitszeit als nicht verhandlungsfähig zurückgewiesen. Nach dem Vertragsbruch des Unternehmens erwarten die Beschäftigten Schutz und Sicherheit. Wir fordern eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit für alle Beschäftigten bei vollem Lohnausgleich und akzeptieren keine Möglichkeit zur Erhöhung der Arbeitszeit auf 41 Stunden. Die Post AG war nicht bereit darzulegen, wie sich ihr Modell auf den Monatslohn auswirkt."

Am 16. und 17. April rief ver.di die Beschäftigten in den Paketzentren zum Warnstreik auf. Tausende folgten dem Aufruf und bestreikten rund um die Uhr die Paketzentren. Dies zu erreichen erforderte einen großen logistischen Aufwand seitens der Gewerkschaft. Die Paketzentren stellen auch aus Unternehmenssicht die Hauptachsen der Paketbearbeitung dar, die ja ziemlich heftig dem Wettbewerb unterliegt. In vielen Paketzentren arbeiten zahlreiche ArbeitsmigrantInnen, LeiharbeitnehmerInnen, Abrufkräfte, Werksverträgler usw. Diese sehr heterogene Zusammensetzung der Belegschaften macht es nicht gerade leicht, die Beschäftigten vom Sinn des Streikens zu überzeugen. Dennoch gelang es, Tausende KollegInnen zu mobilisieren; die Auswirkungen waren beträchtlich. Zu diesem Zeitpunkt setzte die Post noch auf ein Herunterspielen der Streikfolgen. In Presseerklärungen ließ sie verlauten, die Streiks hätten so gut wie keine Auswirkungen gehabt.

Debatte auf der Bundesfachbereichskonferenz

In der folgenden Woche fand vom 23. bis 25. April in Bad Neuenahr die ver.di Bundesfachbereichskonferenz mit gewählten Delegierten statt. Dort wurde natürlich auch über den „Tarifkonflikt" diskutiert. Mehrere Delegierte kritisierten die Verwendung des Begriffs „Tarifkonflikt", da diese Auseinandersetzung weit über einen normalen Konflikt hinausgehe. Einige sprachen von „Krieg" im Zusammenhang mit den Vorkommnissen während der Streikaktionen in zahlreichen Postbetrieben, einige stellten fest, es wäre schlicht ganz normaler Klassenkampf, der sich gerade bei der Post abspiele. Insbesondere wurde über die Hintergründe des Managementkurses bei der DP AG diskutiert. Geht es, wie Frank Bsirske und Andrea Kocsis immer wieder erklärten, um die „nackte Gier" eines Vorstandes? (Das Jahresgehalt von Appel war um 21 Prozent auf 9,6 Millionen Euro erhöht worden; millionenschwere Aktienpakete sollten die Motivation befördern, alles für eine Steigerung des Aktienkurses zu tun). Oder geht es, wie

Werner Rügemer bei einer Veranstaltung am 18. Mai in Freiburg feststellte, vor allem um die Frage, welchen Einfluss das internationale Finanzkapital auf die Konzernstrategie hat? Inzwischen befinden sich 67 Prozent der Post-Aktien in den Händen von überwiegend englischen und amerikanischen Großanlegern. Die BRD hält noch 21 Prozent der Aktien und der Streubesitz beläuft sich auf rund 11 Prozent. Hierbei, so Rügemer, stellt sich insbesondere die Frage, welchen Einfluss der Investmentfonds „BlackRock" hat, der zwar „nur" 3-5 Prozent der Postaktien hält, aber dank seiner Beteiligung an den anderen DAX-30-Konzernen einen großen Einfluss auf die Konzernstrategie habe. Rügemer vertrat die Ansicht, dass hier bei der Post ein Grundsatzkonflikt ausgetragen werden soll mit dem Ziel, die Lohnkosten in Deutschland noch weiter nach unten zu drücken. Wenn dies in einem Konzern mit einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von über 70 Prozent gelinge, dann sei das auch bei allen anderen möglich.[1]

Völlig einig war sich die Bundesfachbereichskonferenz, dass die entscheidende Kraft im Betrieb liegt, in der Bereitschaft der Beschäftigten, auch mit längeren Streiks ihre Forderungen durchzusetzen.

Wachsender Druck auf die Post – ver.di „in der Falle"?

Die neue Runde von Warnstreiks begann am 2. Mai mit bundesweiten Streikaktionen von Tausenden Beschäftigten. Die Post reagierte mit einer neuen Schikane, indem sie bei vielen Streik-Beteiligten das Doppelte vom Lohn abzog – was sie jedoch korrigieren und wofür sie sich entschuldigen musste.

In der vierten Verhandlungsrunde am 9. Mai in Berlin offenbarte die Deutsche Post ihre Vorstellungen zur künftigen Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse: „Anstatt Schutz und Perspektive gibt es mehr Unsicherheit", so ver.di-Verhandlungsführerin Kocsis. Vom kommenden Jahr an solle es keinen Schutz vor Fremdvergabe mehr geben. Damit wolle die Deutsche Post ihren fortgesetzten Vertragsbruch legalisieren und die Voraussetzungen dafür schaffen, den Konzern mittelfristig in Billiggesellschaften zu zerlegen. Die Verhandlungskommission werde der Konzerntarifkommission deshalb empfehlen, das Angebot rundweg abzulehnen. „Die Zeichen stehen jetzt auf Sturm", so Kocsis.

Am 13. Mai streikten die Beschäftigten aller 83 Briefzentren in Deutschland. Weitere Aktionen folgten in den Tagen danach, um den Druck auf die nächste Verhandlungsrunde zu erhöhen. Am 27. Mai demonstrierten vor der Frankfurter Jahrhunderthalle, dem Ort der Aktionärshauptversammlung, rund 5.000 Postbeschäftigte. Konzernchef Appel verteidigte dort seine Gesamtstrategie.

Der ver.di Vorsitzende Bsirske hielt auf der Kundgebung vor der Kongresshalle eine kämpferische Rede mit scharfen Angriffen auf die Konzernstrategie. Ob sein Argument „Appels Kurs ist nicht im Sinne der Aktionäre" und die von tausenden Postbeschäftigten vertretene Forderung „Appel raus" die Lösung darstellt, ist allerdings zu bezweifeln. Sehr bewegend war die Rede von

---

[1] Werner Rügemer Wem gehört die Post? In: Hintergrund 2/2015; abrufbar unter: http://www.hintergrund.de/201504233515/wirtschaft/wirtschaft-inland/global-player-dhl.html

Ingo Marowsky von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation ITF. Er griff die Konzernstrategie und das weltweite Gebaren der DHL scharf an und berichtete von Aktionen in 140 Ländern der Welt, die zeitgleich zur Solidarität mit den Beschäftigten in Deutschland stattfanden. Auf der gleichen Kundgebung forderte ein SPD-Bundestagsabgeordneter, der Bund, der mit zwei Vertretern im Aufsichtsrat der Post sitzt, müsse seinen Einfluss bei der Post geltend machen. Allerdings hat man die SPD in der Vergangenheit nie an der Seite der Beschäftigten wahrgenommen. In zwei aktuellen Stunden, die im Bundestag auf Antrag der Linken statt gefunden hatten, betonte insbesondere die CDU, sie wolle sich nicht in das Geschäftsgebaren des Vorstandes einmischen.

Die folgenden Tage sahen erneut Warnstreiks von 10.000 Beschäftigten. Zugleich nahm der Druck aus der Öffentlichkeit zu. Die Presse stand, mit Ausnahme der „Bildzeitung", mehr oder weniger offen auf der Seite der Postbeschäftigten.[2]

Dass die Situation für ver.di jedoch außerordentlich schwierig ist, brachte die „Wirtschaftswoche" zum Ausdruck: „... die Gewerkschaft führt einen Kampf, aus dem sie kaum als Sieger hervorgehen kann. Es ist nun zu spät, um die Gründung der neuen Niedriglohn-Gesellschaften noch rückgängig zu machen. (...) Für die Post ist jedes Promille Lohnerhöhung nur ein weiterer Anreiz, noch mehr Jobs auszulagern: vor allem an die eigene Tochtergesellschaft. Künftig aber womöglich auch, wie es die Konkurrenten längst tun, an billige Dienstleister. Davor schützt die Post-Mitarbeiter bisher ein so genanntes Fremdvergabeverbot, das Konzern und Belegschaft einst aushandelten. Es läuft bald aus, spielte aber bisher in den Verhandlungen noch kaum eine Rolle. Sollte es aber nicht verlängert werden, dürften umso mehr Post-Aufträge an billige Subunternehmer gehen, je höher das Lohnniveau der Stammbelegschaft steigt. Verdi droht also, erneut in die gleiche Falle zu tappen: Weil die Gewerkschaft sich ausschließlich auf die Lohnfrage konzentriert, verliert sie das wesentliche Problem der nächsten Monate aus dem Blick. Denn höhere Löhne nutzen den Postlern nur, wenn ihre Jobs im Unternehmen bleiben."[3]

---

2 So heißt es z.B in einem Kommentar der „Frankfurter Rundschau" vom 13. Mai 2015 unter dem Titel „Deutsche Post: Das Vertrauen ist verspielt": „Nach all den Zumutungen, die Mitarbeiter und Kunden der Deutschen Post in den vergangenen Jahren bereits hinnehmen mussten, wird es für das Management nun ein hartes Stück Arbeit, das Vertrauen der Öffentlichkeit zurückzugewinnen. In der Pflicht ist allerdings auch die Bundesregierung. Nicht nur als bedeutender Anteilseigner der Post, sondern auch als Verantwortliche dafür, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten zahlreiche Bereiche der staatlichen Daseinsvorsorge den bedingungslosen Regeln des Marktes unterworfen wurden. Mit den massiven Streiks bei der Bahn und der Post bekommt die Politik nun die Rechnung für diese verfehlte Entwicklung präsentiert. Die Auswirkungen der Arbeitskämpfe treffen zunächst aber vor allem die Kunden. Bis auch Aktionäre und Politiker die Konsequenzen der Streiks zu spüren bekommen – durch sinkende Erträge und schwindende Zustimmung bei Wahlen – könnte es bereits zu spät sein. Deshalb muss die Bundesregierung jetzt handeln und dafür sorgen, dass wichtige Infrastrukturdienstleistungen zuverlässig erbracht werden. Und zwar von Unternehmen oder Institutionen, die ihre Mitarbeiter ordentlich behandeln und anständig bezahlen und die nicht nur die Interessen der Märkte und Aktionäre, sondern auch das Allgemeinwohl im Blick haben."

3 „ver.di sitzt in der Falle", in: Wirtschaftswoche vom 27. Mai 2015.

Damit hatte die „Wirtschaftswoche" tatsächlich ein Grundproblem angesprochen, das nicht nur für die Post gilt: Die besten Tarifverträge nutzen nicht viel, wenn sie für immer weniger Beschäftigte gelten. Es muss also auf jeden Fall ein vertraglicher Schutz vor Fremdvergabe erreicht werden, und dazu gehört auch eine Rückführung der Delivery Regionalgesellschaften.

Ablehnung des ver.di-Angebots – Dauerstreik im Juli

In den Tagen danach hielten die Streiks unvermindert an. Nachdem die Deutsche Post AG auch in der sechsten Verhandlungsrunde am 1./2. Juni in Berlin nicht auf die Gewerkschaftsforderungen eingegangen war, entschloss sich die Verhandlungskommission von ver.di zu einem ungewöhnlichen Schritt: Um Bewegung in die Auseinandersetzung zu bringen, legte sie den Verhandlungsführern der Post am 3. Juni 2015 ein Angebot vor, versehen mit einer Erklärungsfrist bis zum 4. Juni 2015. „Wir haben der Deutschen Post AG ein umfassendes Gesamtpaket vorgelegt, das in der Lage ist, den schweren Tarifkonflikt zu befrieden. Die Konzerntarifkommission hat heute beschlossen, dass bei einer Ablehnung des Angebots durch die Deutsche Post AG die Tarifverhandlungen gescheitert sind." (Andrea Kocsis)

Das von der Gewerkschaft vorgelegte Gesamtpaket umfasste eine Rückführung der von der Deutschen Post AG für die Zustellung gegründeten 49 Regionalgesellschaften (DHL Delivery GmbHs) in den Haustarifvertrag der Deutschen Post AG, eine Verlängerung der Schutzregelungen zu Kündigungen und Fremdvergabe, den Verzicht auf eine lineare Einkommenserhöhung in diesem Jahr und eine strukturelle Veränderung der bestehenden Entgelttabelle für alle neu eingestellten Beschäftigten, wonach diese künftig nicht mehr nach zwei, sondern erst nach drei Jahren in die jeweils nächst höhere Erfahrungsstufe aufsteigen.

Die Post nahm dieses Angebot nicht an. Es wurde zugleich von nicht wenigen der Streikenden als Schritt in die falsche Richtung. kritisiert. Die Konzerntarifkommission erklärte am 6. Juni das Scheitern der Verhandlungen und rief zu sofortigen unbefristeten Streiks auf.

Es traten nun täglich mehr Beschäftigte in den Streik ein und Anfang Juli waren bereits über 32.000 Beschäftigte im Dauerstreik, viele von ihnen mehr als vier Wochen und dies trotz Lohnverlusten und Verunsicherungskampagnen. Die Wut über die Gegenmaßnahmen des Postmanagements wuchs täglich. In schamloser Ausnutzung der Armut in Europa wurden Leiharbeitnehmer und Werkvertragsarbeiter u.a. aus Polen, Rumänien und Bulgarien herangekarrt. Was man sonst nur aus der Fleischindustrie kannte, wurde nun bei der Post praktiziert. Im Münsterland wurden die Beschäftigten in Wohncontainern gegen 10 Euro Mietzahlung pro Tag untergebracht!

Um die Sendungsberge abzubauen griff die Post tief in die Portokasse und organisierte großangelegte Sonntagsarbeit. Einen Hunderter extra gab es zu Stundenlohn und Sonntagszuschlägen bar auf die Hand. Und nicht wenige der Beschäftigten ließen sich dazu verleiten, ihren Kolleginnen und Kollegen für dieses Geld in den Rücken zu fallen.

Zwar gab es Kritik von einigen Bundesländern an der nicht genehmigten Sonntagsarbeit, aber echte Konsequenzen hatte das ebenso so wenig wie der Streikbrechereinsatz der Beamten. Die Gerichte hatten in den meisten Fällen gegen ver.di entschieden. Dafür nahm die Solidarität national und international zu. Die streikenden Beschäftigten erhielten Solidaritätsadressen, aber auch Unterstützung durch Streikposten. Der Hamburger ASTA stoppte die Anwerbung von Streikbrechern an der Uni.

Doch nicht nur der Post hat diese Tarifauseinandersetzung, bei der es eben um weit mehr als um einen Tarifvertrag ging, viel Geld gekostet. Ver.di musste etwa 30 Millionen aus der Streikkasse nehmen.[4]

Fazit

Nach diesem Tarifergebnis stellt sich die Aufgabe einer gründlichen Analyse. Dies gilt auch für den Leipziger ver.di-Bundeskongress im September dieses Jahres. Insbesondere sollten dort einige Fragen beantwortet werden:

- Was steckt tatsächlich alles hinter-dem Konfliktkurs der DP/DHL?
- Wie kann die innergewerkschaftliche Demokratie verbessert werden? Warum wurde auf Urabstimmungen verzichtet?
- Wie kann der Widerstand in internationalen Konzernen besser koordiniert werden?
- Was muss in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit verändert werden, damit wir besser auf solche Auseinandersetzungen vorbereitet sind?

Auch wenn das Ziel, die Delivery-Beschäftigten zurück in den Haustarifvertrag zu holen, nicht erreicht wurde, hat sich dieser lange und heftige Streik dennoch gelohnt.

Er hat sich gelohnt weil er den tausenden streikenden Beschäftigten gezeigt hat, es gibt sie noch, die Solidarität. Es wurden Erfahrungen gesammelt in der Organisation von Streikposten und Demonstrationen. Es wurden Verbindungen geschaffen zu vielen Bündnispartnern national und international. Wer ist Freund und wer ist Gegner? Die Antworten darauf fallen unterschiedlich aus, aber es wurden Fragen gestellt. Sie zu beantworten verbleibt nicht all zu viel Zeit. „Nach dem Streik ist vor dem Streik" – wie oft ich diesen Satz in den letzten Wochen gehört habe, weiß ich nicht, aber ich bin mir sicher: er stimmt.

[4] „Die Welt" vom 5. Juli 2015: „Poststreik kostet am Tag mehr als eine Million".

Yalcin Kutlu

Kampf um Anerkennung: Die Sozial- und Erziehungsdienste im Streik[1]

1. Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienste 2015

Die Gewerkschaften ver.di und GEW sowie der Deutsche Beamtenbund riefen die ca. 240.000 Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) des öffentlichen Dienstes (ÖD) im Mai 2015 zum unbefristeten Streik auf. Die ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen hatten sich zuvor mit überwältigender Mehrheit (ver.di: ca. 94 Prozent und GEW: ca. 96 Prozent) für einen unbefristeten Streik ausgesprochen. Nach dem bundesweiten Streikauftakt am 8. Mai wurde vier Wochen durchgehend gestreikt.[2] Bereits 2006, beim ersten Streik im ÖD seit 1992, hatten die Beschäftigten im SuE zu den streikstärksten Beschäftigtengruppen gezählt. Drei Jahre später kam es 2009 zum ersten eigenständigen Streik der Beschäftigten des SuE (vgl. Riexinger/Hägele 2009, Kutlu 2009).

Die Beschäftigten des SuE etablierten sich somit in den letzten Jahren als neue Akteurinnen des Arbeitskampfs und brachten Normalität in die industriellen Beziehungen im Erziehungswesen (Dribbusch 2009: 59).[3] Diese Entwicklung ist Teil eines allgemeinen Trends der „Tertiarisierung und Feminisierung des Arbeitskampfes", das heißt der Zunahme der Streikhäufigkeit im öffentlichen Dienst und im Dienstleistungssektor sowie der erhöhten Teilnahme von Frauen an den Protestaktivitäten (Dribbusch 2011a; 2011b). Die Beschäftigten im SuE Bereich entwickeln aufgrund der Streikerfahrungen der letzten Jahre ein neues Bewusstsein. Sie begreifen sich nun als Arbeitende mit eigenen Rechten, was in diesem Ausmaß bei anderen Sorgearbeitenden noch nicht der Fall ist. Bei der Diskussion der Besonderheiten der Mobilisierung im SuE-Streik vertrete ich zwei Thesen:

1. Hinter dem Streik der Beschäftigten im SuE-Bereich verbirgt sich (auch) ein Kampf um Anerkennung, der gegen die tradierte gesellschaftliche Abwertung von Reproduktionstätigkeiten opponiert. Hierbei kommt dem gesellschaftlichen Kampffeld eine große Bedeutung zu und es wird um Deutungsmuster in der Öffentlichkeit gerungen.

---

1 Der vorliegende Artikel basiert auf Forschungen im Rahmen meiner Dissertation zum Thema: „Anerkennungskonflikte in der institutionellen Erziehungsarbeit." Hierfür wurden bisher zwei Gruppendiskussionen (GD I) mit ErzieherInnen und sieben ExpertInnen Interviews geführt. Für den vorliegenden Artikel wurden weitere zwei ExpertInnen Interviews mit GewerkschaftssekretärInnen (GS I und II) des ver.di Bezirks Stuttgart geführt.

2 In 14 Bundesländer streikten Beschäftigten vier Wochen am Stück, in Bayern und Baden-Württemberg streikten sie zwei Wochen.

3 Bei den pädagogischen Fachkräften herrscht eine sehr hohe Bereitschaft, sich für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen einzusetzen (Fuchs/Trischler 2008).

2. Mit den erhöhten Anforderungen an die ErzieherInnen und Care-Beschäftigten sind auch ihre gesellschaftliche Wertschätzung und die Bedeutung ihrer Arbeit gestiegen. Gleichwohl bleibt es bei einer diskursiven Aufwertung und einer symbolischen Wertschätzung. Deren „Materialisierung" in Einkommen, Arbeitsbedingungen und Beschäftigungssicherheit bleibt bisher weitgehend aus.

Die geschlechterhierarchische Arbeitsteilung ist in Care[4]-Bereichen besonders deutlich. Reproduktive Tätigkeiten werden im Vergleich zu Arbeiten in Industrie, Handwerk oder männlich dominierten Dienstleistungsberufen wie dem Bankenwesen abgewertet. Dementsprechend gelten Erziehungs-, Bildungs- und Sorgearbeiten als so genannte typische „Frauenberufe", die seit jeher mit Benachteiligungen wie Anerkennungsdefiziten, geringem gesellschaftlichen Ansehen und niedrigem Einkommen einhergehen (vgl. Aulenbacher/Riergraf/Theobald 2014, Dippelhofer-Stiem 1995: 186; Beher u.a. 1996: 12). So werden auch der gesellschaftliche Wert und die Produktivität dieser Tätigkeiten verschleiert, weil diese nicht oder nur unzureichend in Geld auszudrücken sind und ihr Ergebnis kein Produkt oder Werk ist (vgl. Dörre/Ehrlich/Haubner 2014: 109). Eine Erzieherin beschreibt diesen Zusammenhang in einer Gruppendiskussion wie folgt: „Beim Auto sieht man das Produkt, bei uns nicht. (...) wir haben kein Werkstück, das man begutachten kann. Man kann nicht sagen, ihr solltet jetzt 'n Auto bauen, das Auto fährt, das hat vier Räder und 'n Dach, sondern wir schicken das Kind wieder nach Hause und das Kind hat sich erstmal nicht verändert (...) man leistet ja trotzdem was und das sehen halt viele nicht, weil sie das Endprodukt nicht vor Augen haben können." (GD I). Es ist also nicht verwunderlich, dass eine potenzielle Konflikthaftigkeit in diesem Sektor herrscht.

2. Machtressourcen der Beschäftigten im SuE Bereich: Das Beispiel der ErzieherInnen in Kitas

Bereits im Arbeitskampf 2006 und 2009 wurden von ver.di Organisierungserfolge erzielt (vgl. Dribbusch 2011a: 254).[5] In Großstädten war die Beteiligung bundesweit höher (Streikhochburgen Bremen, Frankfurt am Main, Düsseldorf, Stuttgart, München oder Mannheim), aber der Streik erfasste erstmals auch ländliche Gebiete. Auch während der aktuellen Streikbewegung kam es bundesweit zu nennenswerten Organisierungserfolgen. So konnte beispielsweise der Bezirk Stuttgart einen Mitgliederzuwachs von nahezu 40 Prozent verzeichnen (GS I und GS II) und bundesweit sollen etwa 25.000 neue Mitglieder gewonnen worden sein (vgl. GS I und GS II; Zeit Online vom 13.7.2015). Im Vergleich zu anderen Dienstleistungsberufen und Care-Sektoren kann hier von einer relativ hohen Organisationsmacht[6]

---

[4] „Heute werden in der internationalen Fachdebatte unter Care-Tätigkeiten meistens alle unbezahlten Arbeiten im Haushalt und alle bezahlten und unbezahlten Betreuungs- und Pflegearbeiten verstanden." (Madörin 2007: 142)

[5] Die Organisierungserfolge sind relativ zu sehen, schließlich arbeitet nur ein Drittel der Beschäftigten unter dem TVöD, das sind ca. 240.000.

[6] Organisationsmacht entsteht „aus dem Zusammenschluss zu kollektiven politischen oder ge-

gesprochen werden. Auf *institutionelle Macht*[7] kann vor allem in den Großstädten gesetzt werden, weil hier oft Vertrauensleute-Körperschaften und aktive Personalräte vorhanden sind. Die *strukturelle Macht*[8] ist für den ErzieherInnen-Bereich eine besonders wichtige Machtressource. Für ErzieherInnen herrscht eine günstige Arbeitsmarktsituation. Sie sind gesuchte Fachkräfte und sind sich dessen bewusst. Auch wenn die Bundesagentur für Arbeit aktuell zu der Einschätzung kommt, dass ein „flächendeckender Fachkräfteengpass (...) nicht erkennbar ist" (BA 2014: 3), ist wie bei anderen Bereichen sozialer Dienstleistungen (vgl. Hielscher u. a. 2013: 245), zumindest ein regionaler Fachkräftemangel zu konstatieren (vgl. GS I und II, akquinet 2012, Kutlu 2013). Zudem verdeutlichen Berechnungen zum Personalbedarf bis zum Jahr 2020 für den Bereich der Kindertagesbetreuung, dass durch das Ausbildungssystem voraussichtlich nicht ausreichend Personal ausgebildet werden kann (vgl. Schilling 2012). Folgen dieses regionalen Fachkräftemangels bei gleichzeitigem Kita-Ausbau sind beispielsweise die Deregulierung von Personalschlüsseln oder auch – wie in Baden-Württemberg – die gesetzliche Öffnung des Fachkräftekatalogs[9]. Dies kann entweder zur De-Qualifizierung führen, weil nicht alle neuen Fachkräfte eine Ausbildung in frühkindlicher Pädagogik haben, oder es den Beschäftigten weiter erschweren, qualitativ hochwertige Arbeit zu leisten. Als weitere Probleme nennt ver.di, „dass es aufgrund des Fachkräftemangels viele unbesetzte Stellen gibt und die Träger darauf nicht mit Aufnahmestopps reagieren, sondern bei vollem Betrieb unterbesetzt weiter arbeiten" (Seppelt 2014). Vor allem in Großstädten und Ballungszentren wie Stuttgart, Frankfurt am Main, München oder Düsseldorf versuchen die Kommunen durch attraktivere Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen Fachkräfte zu gewinnen. Die Kommunen bieten neben finanziellen Anreizen wie Ballungsraumzulagen oder höherer tariflicher Eingruppierung z. B. auch unbefristete Arbeitsverträge.[10] Dementsprechend verfügen ErzieherInnen über eine hohe *Marktmacht*.[11] Doch damit nicht genug: Der Personenkreis der potenziell durch einen Streik Betroffenen ist vergleichsweise groß. Zwar werden die Arbeitgeber finanziell nicht getroffen beziehungsweise sogar entlastet, da der Erziehungssektor überwiegend aus dem Steueraufkommen bezahlt und der streikbedingt wegfallende Lohn teilweise durch das

---

werkschaftlichen Arbeiterorganisationen" (Dörre/Schmalz 2013: 17).

7 Institutionelle Macht „entsteht als Resultat von Aushandlungen und Konflikten, die auch über strukturelle oder organisatorische Machtressourcen ausgetragen werden" und „ (...) Basiskompromisse über Konjunkturen und kurzzeitige Veränderungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse hinweg festschreiben und teilweise gesetzlich kodifizieren" (ebd.: 19).

8 „Strukturelle Macht erwächst aus der Stellung von Lohnabhängigengruppen im ökonomischen System. Sie kann sich in primärer Verhandlungsmacht, die aus einer besonderen Arbeitsmarktsituation entspringt, ebenso ausprägen wie in Produktionsmacht, die sich über einer besondere strategische Stellung in Produktionsprozessen konstituiert" (ebd.: 17).

9 Im § 7 des Kindertagesbetreuungsgesetz (KiTaG) in BW wurde der Fachkräftekatalog erweitert.

10 Allerdings sind das arbeitgeberseitige Zulagen, die jederzeit zurückgenommen werden können und keine tariflichen Regelungen.

11 Die Betroffenheit von Dritten (Eltern) ist eine Besonderheit, die bei der Marktmacht von SuE Beschäftigten mitgedacht werden muss.

gewerkschaftliche Streikgeld ersetzt wird (Keller 2010: 117). Betroffen sind vielmehr die Eltern (vgl. Winker 2015, in diesem Heft). Mittelbar weitet sich die Betroffenheit – wie bei den meisten Streiks im öffentlichen Dienst – jedoch über diese Gruppe hinaus aus. Die Eltern müssen ihr soziales Umfeld für die Kinderbetreuung aktivieren. U.U. werden andere Betriebe in Mitleidenschaft gezogen, weil sich Eltern als abhängig Beschäftigte zur Betreuung Urlaub nehmen müssen. Die ErzieherInnen verfügen somit über eine niedrige Produktions-, aber über eine hohe Reproduktionsmacht, da sie direkt in die Reproduktion anderer Haushalte eingreifen können (vgl. Cepok 2013). Entscheidend ist es deshalb, politischen Druck auszuüben und die Öffentlichkeit für die eigenen Belange zu gewinnen sowie Interessenkoalitionen insbesondere mit Eltern und Elternverbänden einzugehen: Einerseits, um politischen Druck auf die EntscheidungsträgerInnen in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik zu erhöhen. Andererseits aber auch, um größere konfrontative Auseinandersetzungen mit den Eltern zu vermeiden bzw. zu minimieren, denn schließlich müssen die ErzieherInnen auch nach dem Streik ein vertrauensvolles Verhältnis mit den Eltern pflegen. Andernfalls kann sich die exponierte Stellung der ErzieherInnen auch gegen die Streikenden auswirken. Gewerkschaftliche Strategien, die in starkem Maße auf eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit und auf Aktionen im öffentlichen Raum setzen, kommt deshalb eine wichtige Funktion zu. Es geht darum, „*symbolische Macht*" zu gewinnen (dazu Chun 2009); darunter wird die Fähigkeit verstanden, in der Öffentlichkeit dem eigenen Anliegen Aufmerksamkeit, Anerkennung und Legitimität zu verschaffen. Dieses Ziel wird mit der Aufwertungskampagne verfolgt: „Für erfolgreiche Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ist die positive Wirkung in der Öffentlichkeit mitentscheidend. Wir müssen in der Lage sein, unser Anliegen allen verständlich zu machen." (ver.di Aufwerten Jetzt Info 01/14) Das scheint auch relativ gut gelungen zu sein. So hielten laut einer repräsentativen Umfrage (ARD-Deutschlandtrend) nach vier Wochen Streik 69 Prozent der Befragten den Streik für gerechtfertigt[12] (vgl. Infratest Dimap 2015: 6-7). Die vergleichsweise breite Unterstützung basierte unter anderem auch darauf, dass eine Mehrheit von 53 Prozent die Bezahlung für zu niedrig hielt (vgl. ebd.). Es wird in der Öffentlichkeit darum gerungen, „den Fordernden angemessenen Respekt für ihre Arbeit zu verschaffen" (Fraser 2003: 247). Damit wird die Auseinandersetzung von der betrieblichen Ebene auf die gesellschaftliche verlagert. Es wird versucht, die vorhandenen Asymmetrien in der öffentlichen Wahrnehmung durch den Aufbau symbolischer Macht aufzuheben und die strukturelle Unterlegenheit aufgrund fehlender Machtressourcen in den Kitas zu überwinden.

3. Veränderte Rahmenbedingungen

Im Erziehungssektor verschränken sich strukturelle Dynamiken, die zur Entstehung der Streiks beigetragen haben. Zunächst änderten sich die Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst durch Liberalisierungen, Privatisierungen

[12] Damit fällt das Verständnis beispielsweise höher aus als bei den Streiks der Lokführer, die von 46 Prozent gebilligt wurden.

und Budgetprobleme der öffentlichen Haushalte unter dem Druck der neoliberalen Wettbewerbsorientierung in der EU und der Bundesrepublik. Die Umverteilungspolitik von unten nach oben führt dazu, dass Gelder für die Finanzierung von Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit fehlen.

Es kam zu einer Ausdifferenzierung der Tariflandschaft durch Branchentarifverträge und zu einem starken Bedeutungszuwachs der frühkindlichen Bildung nach dem „PISA Schock". In allen Bundesländern wurden Bildungspläne verabschiedet, wobei weitgehender gesellschaftlicher Konsens über einen Wandel der Kita von einer reinen „Betreuungseinrichtung" zur Bildungsinstitution besteht (vgl. Hemmerling 2007). Diskussionen um Professionalisierung (vgl. Thole 2010) gehen mit Überlegungen zur Akademisierung der ErzieherInnenausbildung einher (vgl. Speth 2010). In diesem gesellschaftlichen Umfeld stiegen die Zahlen der Kitas, der betreuten Kinder und der Beschäftigten in Kitas in den letzten Jahren deutlich an. [13] Damit steigt auch der Bedarf an qualifizierten Fachkräften. Im März 2014 wurden 3,29 Millionen Kinder unter sechs Jahren in einer Kita[14] oder in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut.[15] Am 1. März 2014 waren rund 527.400 Personen als pädagogisches Personal sozialversicherungspflichtig in 53.415 Kitas (vgl. Rübenach/Kucera 2014: 1) beschäftigt. Davon sind ca. ein Drittel bei öffentlichen Trägern und zwei Drittel bei freien Trägern beschäftigt. Privatgewerbliche und betriebliche Kitas sowie Elterninitiativen spielen bisher eine untergeordnete Rolle (vgl. Destatis 2014: 11-13). Von den Kita-Beschäftigten sind ca. 355.000 staatlich anerkannte ErzieherInnen. Kitas in freier Trägerschaft werden größtenteils von Wohlfahrtsverbänden getragen. Damit bilden ErzieherInnen mit 67 Prozent den Kern des Personals.[16] Insgesamt kam es in Kitas zu einem beachtlichen Beschäftigungsaufbau in den letzten Jahren (vgl. BA 2014: 8). Im Vergleich zu 2008 stieg die Zahl der Beschäftigten bis zum 1. März 2014 um 38 Prozent (vgl. BA 2014: 8).[17] Die Mehrheit der pädagogischen Fachkräfte arbeitet in

---

[13] Das Kinderförderungsgesetz (2008) verankerte den Ausbau von Kitas sowie den Rechtsanspruch ab dem vollendeten ersten Lebensjahr auf Förderung in einer Tageseinrichtung oder auf Kindertagespflege ab dem 1. August 2013 (BMFSFJ 2012). Die Zahl der betreuten Kinder stieg von 2008 bis 2014 um mehr als 250.000. Vor allem die Betreuungsangebote für unter Dreijährige sind enorm gestiegen (+79 Prozent) (vgl. BA 2014: 5).

[14] Kitas sind nach §22 SGB VIII Einrichtungen, „in denen sich die Kinder für einen Teil des Tages oder ganztags aufhalten", zu ihnen gehören Kinderkrippen, Kindergärten und Horte.

[15] Die Betreuungsquote (der Anteil der Kinder, die eine Einrichtung der Kindertagesbetreuung oder eine öffentlich geförderte Kindertagespflege in Anspruch nehmen) lag in der Tagesbetreuung bei unter Dreijährigen im März 2014 bei ca. 32 Prozent (661.000 Kinder) und bei Drei- bis unter Sechsjährigen bei 94 Prozent (1,95 Millionen) (vgl. BA 2014: 6).

[16] Mit knapp 12 Prozent bzw. 60700 stellen KinderpflegerInnen die zweitgrößte Gruppe dar (vgl. Rübenach/Kucera 2014: 2). Die begonnene Akademisierung des Berufsfeldes, welches sich in der Einrichtung von neuen Studiengängen zeigt, hat (noch?) zu keiner nennenswerten Zunahme von (Fach)HochschulabsolventInnen in Kitas geführt. Ihr Anteil lag 2014 bei 5,3 Prozent (zum Vergleich 2007: 3, 4 Prozent) (vgl. Rübenach/Kucera 2014: 2).

[17] Zum Vergleich: Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist berufsübergreifend betrachtet 2014 gegenüber 2008 um 9 Prozent gewachsen (vgl. BA 2014: 8). Den größten Beschäftigungszuwachs gab es in den westlichen Bundesländern, in den östlichen lag das Aus-

Teilzeit (weniger als 38,5 Stunden pro Woche). So waren 2014 rund 314.000 Teilzeit- und 213.400 Vollzeitkräfte in Kitas beschäftigt (vgl. BA 2014: 9). In Kitas gibt es bundesweit mehr Teilzeit- als Vollzeitbeschäftigte, was auch mit dem hohen Frauenanteil (95 Prozent)[18] zusammenhängt. Hier wird deutlich, dass Reproduktionsarbeiten weiterhin Frauen zugewiesen werden. 2014 liegt der Teilzeitanteil insgesamt bei 60 Prozent. „Im Vergleich zu allen Berufen (25 Prozent) fällt der Teilzeitanteil damit weit überdurchschnittlich aus." (BA 2014: 10).

4. Arbeitsbedingungen

Diverse Studien haben in den letzten Jahren die Arbeitsbedingungen in Kitas untersucht und auf die vielfältigen, komplexen und gestiegenen Anforderungen an die pädagogischen Fachkräfte hingewiesen. Sie haben verantwortungsvolle und gesellschaftlich bedeutende Aufgaben sowie berufsspezifische Arbeitsbelastungen (physisch und psychisch) zu bewältigen und sind eine besonders belastete Berufsgruppe.

Von den ErzieherInnen wird insbesondere die Leistungs- und Bedürfnisgerechtigkeit des Einkommens als verletzt angesehen. Als besonders wichtige Aspekte guter Arbeit gelten bei ihnen ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis (80 Prozent) und respektvoller Umgang in der Arbeit (77 Prozent; vgl. Fuchs/Trischler 2008: 12, GEW 2007: 37).[19] Insbesondere kontinuierlicher Erwerbsarbeit und Bezahlung werden folglich soziale Wertschätzung der geleisteten Arbeit und soziale Anerkennung zugeschrieben (vgl. auch Krämer/Speidel 2005: 372). Mehr als die Hälfte der Kitas verfügen aber über befristete Stellen. Gerade unter jüngeren ErzieherInnen ist die Zahl der befristet Beschäftigten mit 50 Prozent besonders hoch (vgl. Gragert/Peucker u.a. 2008: 7, Krone 2010: 44, Fuchs-Rechlin 2010: 3). Die ErzieherInnen berichten über ein hohes Arbeitspensum und gesundheitliche Belastungen, was auf ungünstige Rahmenbedingungen ihrer Arbeit verweist. Dennoch sind sie im Wesentlichen mit ihrer Arbeit zufrieden. Sie messen ihr eine hohe gesellschaftliche und soziale Bedeutung bei. Damit stellt die „Sinnhaftigkeit der Arbeit eine der wichtigsten Ressourcen für die Arbeitsbedingungen" (Fuchs/Trischler 2008: 31) sowie für die Identifikation mit der Tätigkeit dar. Zufriedenheit und Identifikation basieren dabei vor allem auf intrinsischer Motivation, d.h. auf Motivation durch die Tätigkeit selbst (Fuchs/Trischler 2008: 3). Die Sparpolitik der öffentlichen Haushalte führt zur personellen Unterbesetzung und Arbeitsverdichtung bei gleichzeitig steigenden fachlichen Anforderungen. Das bedingt eine Abwärtsspirale, die von den ErzieherInnen als „Arbeitshetze" (ver.di 2011) empfunden wird. Ferner geben ca. 75 Prozent an, einer hohen oder sehr ho-

---

gangsniveau der Kinderbetreuung historisch bedingt höher (vgl. BA 2014: 3). Den größten Zuwachs zwischen 2008 und 2014 weisen Baden-Württemberg (56 Prozent) und Bayern (52 Prozent) auf (vgl. ebd.: 8).

18 Der Männeranteil ist immer noch sehr niedrig, hat sich aber seit 2008 bis 2014 mit einem Anstieg von 13100 auf 25900 verdoppelt (vgl. BA 2014: 12).

19 Damit liegen sie mit ca. 10 Prozent über dem Durchschnitt aller befragten Berufsgruppen.

hen Lärmbelastung ausgesetzt zu sein (vgl. Fuchs/Trischler 2008: 3).[20] Die aktuelle Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit für Erziehungsberufe für die Jahre 2012 bis 2014 bestätigt die Befunde eines Spannungsverhältnisses in den Arbeitsbedingungen der Erziehungsberufe: „Auf der einen Seite steht ein hoher Sinngehalt der Arbeit sowie die Wahrnehmung der großen gesellschaftlichen Bedeutung der eigenen Tätigkeit. Auf der anderen Seite ist die Arbeit in den Erziehungsberufen durch große körperliche und psychische Belastungen sowie ein Einkommen gekennzeichnet, das als nicht leistungsgerecht empfunden wird" (DGB Kompakt 2015: 1). So sind 96 Prozent der befragten ErzieherInnen der Überzeugung, mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.[21] Auch zeigen sie eine sehr hohe Identifikation mit ihrer beruflichen Tätigkeit: 97 Prozent der ErzieherInnen geben an, dass sie sich in hohem oder sehr hohem Maß mit ihrer Arbeit identifizieren. Gleichzeitig geben knapp 40 Prozent der Befragten an, dass sie aufgrund der schlechten Rahmenbedingungen und der Arbeitsverdichtung Abstriche bei der Qualität ihrer Arbeit machen müssen. Zwei Drittel aller ErzieherInnen empfinden ihr Einkommen als nicht angemessen und leistungsgerecht.[22] Die psychischen und physischen Belastungen sowie die geringe monetäre Wertschätzung führen dazu, dass nur ca. ein Drittel der ErzieherInnen davon ausgeht, bis zum Renteneintrittsalter weiterarbeiten zu können.

5. Kampf um Anerkennung: Streikstrategie und Ablauf der Tarifverhandlungen

5.1. Forderungen der Streikbewegung

Die Beschäftigten im SuE-Bereich sehen vor diesem Hintergrund ihre Arbeit als abgewertet an. Dies betrifft im Vergleich zu anderen Beschäftigtengruppen auch die Bezahlung. Für die kommunalen Beschäftigten sind die Gehälter im Tarifver-

---

[20] So erklären in dieser Untersuchung nur 13 Prozent der ErzieherInnen während oder unmittelbar nach der Arbeit keine gesundheitlichen Beschwerden zu haben. Die gesundheitlichen Belastungen werden von einer weiteren Studie bestätigt. Demnach weisen ErzieherInnen im Vergleich zu gleichaltrigen Frauen mit gleicher Bildung eine deutlich schlechtere Gesundheit auf (vgl. Viernickel/Voss 2013: 8). Besonders belastend sind ungenügende Rahmenbedingungen „wie eine schlechte finanzielle und räumliche Ausstattung, schlechte ergonomische Arbeitsbedingungen, chronischer Zeitdruck, ständig steigende Arbeitsanforderungen, Belastung durch Lärm, zu geringe Bezahlung, geringe Aufstiegsmöglichkeiten, geringe gesellschaftliche Reputation und körperlich anstrengende Arbeit" (ebd.). Entsprechend der genannten Belastungen sind auch psychische Erkrankungen bei ErzieherInnen sehr hoch. Nach dem Fehlzeiten Report von 2011 waren 13, 9 Prozent der ErzieherInnen im Vergleich zu 9,5 Prozent im Durchschnitt aller Branchen wegen psychischer Erkrankungen zeitweise arbeitsunfähig (vgl Meyer/Weihrauch/Weber 2012: 331).

[21] Bei allen anderen Berufsgruppen ist dies nur zu 67 Prozent der Fall (DGB Kompakt 2015: 2).

[22] Aufgrund des am 1. Oktober 2005 in Kraft getretenen TVöD kam es zur Differenzierung der Tariflandschaft und hat „einen neuen Wettlauf um die Senkung der Personalkosten ausgelöst" (Dahme/Wohlfahrt 2007: 29). So differiert die Vergütung für das pädagogische Personal in Kitas erheblich, je nachdem, ob es sich um eine öffentliche, freie oder private Einrichtung in Ost- oder Westdeutschland handelt, und ob und welcher Tarifvertrag in der jeweiligen Kita zur Anwendung kommt.

trag des öffentlichen Dienstes SuE (TVöD SuE) geregelt. Zwar haben die kirchlichen und freien Träger eigene Entgeltsysteme, sie lehnen aber häufig an den TVöD SuE an. Wenn im Arbeitsvertrag auf den TVöD SuE verwiesen wird, können Beschäftigte anderer Träger im Rahmen von Tarifverhandlungen des TVöD SuE auch streiken. Die ver.di Bundestarifkommission (BTK) hatte am 26. September 2014 die Eingruppierungsregelungen für den SuE zum Ende des Jahres gekündigt. Die Forderungen wurden nach Diskussionen in den Bezirken u.a. auf Mitgliederversammlungen oder Personalversammlungen wie beispielsweise im ver.di Bezirk Stuttgart der VKA (Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände) am 16. Februar 2015 zugeleitet. Zentral geht es in der noch nicht abgeschlossenen Tarifrunde um eine Höhergruppierung der Tätigkeiten im SuE-Bereich. Die Gewerkschaften fordern statusverbessernde Einkommenserhöhungen für die Beschäftigten im SuE durch Neuregelung der Eingruppierungsvorschriften und der Tätigkeitsmerkmale innerhalb der S-Tabelle[23] im Umfang von durchschnittlich 10 Prozent. Die letzte tarifliche Neubewertung des SuE stammt von 1991. Seitdem haben sich die gesellschaftlichen Anforderungen an die Beschäftigten in diesem Bereich enorm erhöht. Dementsprechend spielt Weiterbildung hier eine besonders große Rolle. Den gestiegenen Anforderungen haben sich die Beschäftigten durch kontinuierliche Qualifizierung angepasst. Allerdings findet dies bei der Bezahlung keine Berücksichtigung. Zentrales Thema der Tarifrunde 2015 ist daher eine Veränderung der Bewertung dieser Tätigkeiten. Die Tarifrunde konzentriert sich auf die Anerkennung über materielle Aufwertung. Es geht in besonderer Weise um einen gesellschaftspolitischen Konflikt, um die Frage: Wie viel sind der Gesellschaft die frühkindliche Bildung und die soziale Arbeit wert?

5.2. Aufwertungskampagne: „Richtig gut. Aufwerten Jetzt"

Die ver.di Kampagne zur Tarifrunde 2015 kann (auch) als „Kampf um Anerkennung" (Honneth 1994) sowie Klassifikationskampf um die grundsätzliche Bedeutung und Wertschätzung, die unsere Gesellschaft Care-Tätigkeiten wie Betreuungs-, Bildungs-, und Erziehungsarbeit beimisst, verstanden werden. In diesem „Kampf um Anerkennung" werden institutionalisierte Deutungsmuster, welche die Care-Tätigkeiten und Erziehungsarbeit entwerten, in Frage gestellt. Die Aufwertungskampagne von ver.di (www.soziale-berufe-aufwerten.de) ist darauf ausgerichtet, die Bedeutung der Beschäftigten des SuE für das Funktionieren unserer Gesellschaft und für die Lebensqualität der Bevölkerung zu verdeutlichen und insgesamt Sorgearbeit aufzuwerten. Die SuE-Beschäftigten übernehmen gesellschaftlich bedeutsame Aufgaben und tragen eine hohe Verantwortung für ihre KlientInnen (z.B. Kinder, Behinderte oder ältere Menschen). Als pädagogisches

[23] Die S-Tabelle ist eine besondere Entgelttabelle innerhalb des TVöD für die Beschäftigten im SuE. Sie wurde 2009 nach dem Streik als Ergebnis einer Tarifrunde vereinbart. In der S-Tabelle werden im Wesentlichen die früheren Aufstiege und Zulagen des BAT abgebildet. Die S-Tabelle ist neben der allgemeinen Entgelttabelle sowie den weiteren Tabellen Gegenstand der allgemeinen Tarifrunden Bund/VKA.

Fachpersonal durchlaufen z.B. ErzieherInnen eine bis zu vierjährige Ausbildung.[24] Fort- und Weiterbildung sind unerlässlich, um ihre Arbeit qualitativ hochwertig leisten zu können. Sichtbarmachung der unterschiedlichen Tätigkeiten und Anerkennung von Leistungen sind Voraussetzung für die Aufwertung der Arbeit im SuE Bereich. Hier ist in den letzten Jahren diskursiv einiges erreicht worden. Was fehlt ist allerdings die angemessene Finanzierung dieser hochqualifizierten Bildungsarbeit. Die gestiegenen Anforderungen an die pädagogischen Fachkräfte führen zur Erweiterung des Berufsbilds. Dementsprechend betont die Aufwertungskampagne die neuen Aufgaben: Pädagogische Fachkräfte „sind heute zugleich Experten/-innen für frühkindliche Bildung, Erwachsenenbildner und Netzwerker im Sozialraum. Sie sind sowohl professionelle Begleiter/-innen im Prozess der Selbstbildung der Kinder als auch Partner/-innen für die Eltern in Sachen Erziehung. Keine leichten Aufgaben, denn je größer die sozialen Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft, desto schwieriger wird die individuelle Förderung der Kinder und die Einbindung der Eltern. Doch damit nicht genug: Seit Einführung des § 8a SGB VIII im Jahr 2004 tragen sie zudem Mitverantwortung dafür, dass das Kindeswohl nicht gefährdet wird, etwa durch häusliche Gewalt".[25]. Auf dem Internetauftritt der Kampagne werden Informationen eingestellt und man kann sich als UnterstützerIn eintragen. Ferner wurden bundesweit Großplakate während der Tarifauseinandersetzungen angebracht und medienwirksame Aktionen durchgeführt. Die Homepage dient als Informationsplattform, in der die zentralen Inhalte der Auseinandersetzung zur Verfügung gestellt und erklärt werden. Außerdem finden sich hier auch diverse ver.di Newsletter, Eltern- und BürgerInnenbriefe und weitere Flugblätter zum download. Das zentrale Ziel wird auch nach den Streiks weiter verfolgt: „Das Erreichen der Aufwertung der Berufe im SuE ist eine gesellschaftspolitische Frage, die unabhängig von der Tarifauseinandersetzung von ver.di weiter verfolgt wird."

5.3. Streikstrategie und Ablauf der Tarifverhandlungen

Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der VKA wurden am 25. Februar begonnen und ver.di legte ihre Forderungen schriftlich vor. Weitere von Warnstreiks (19.3. und 20.4.2015) und öffentlichen Protestaktionen sowie Demonstrationen begleitete Verhandlungstermine mit jeweils unterschiedlichen Themenschwerpunkten folgten am 23. März, 9. und 16. April sowie am 20. und 21. April. Die beeindruckende Beteiligung an den Warnstreiks kommentierte die VKA in einer Pressemitteilung mit den Worten: „Gewerkschaftliche Inszenierung ist erschreckend." Die Dynamik der Streikbewegung sowie die hohe Beteiligung zeigten, dass ver.di mit der Aufwertungskampagne einen Nerv getroffen hat. Die gesellschaftlich virulente Missachtung von Sorgearbeitenden und Abwertung ganzer Berufsgruppen sowie die Thematisierung dieser gesellschaftspolitischen Di-

[24] Staatlich anerkannte ErzieherIn: ErzieherInnenausbildung 3 Jahre plus 1 Jahr Anerkennungspraktikum (AP): Meist ohne Ausbildungsentgelt, außer für die APs, die allerdings mit 0,8 Stellenanteilen schon auf den Schlüssel angerechnet werden können.

[25] https://www.soziale-berufe-aufwerten.de/information/berufsprofile/erzieher-innen-kita/.

mension waren zentral für die Mobilisierung: „Diese gesellschaftspolitische Thematisierung, von, was ist denn der Beruf Wert im Vergleich zu anderen Berufen (...) es ist einfach ungerecht, das ist so und da haben wir einfach einen Nerv getroffen, deswegen geht's auch so ab. Ich glaub', die Leute fühlen das so jeden Tag im Alltag. Die wissen, was sie arbeiten, die wissen was sie verdienen, die wissen, dass sie in der Altersarmut landen und die sehen in ihrem Bekanntenkreis, was jemand bei Bosch verdient und nicht diese gesellschaftliche Aufgabe hat, und das ist ein ganz krasses [sich] ungerecht behandelt fühlen, was darunter liegt, ansonsten würden die nicht so kommen." (GS I) Nachdem die VKA nach den Verhandlungsrunden den Gewerkschaften kein schriftliches Angebot unterbreitet hatte, erklärte ver.di am 28. April die Verhandlungen für gescheitert und rief ihre Mitglieder zur Urabstimmung über einen unbefristeten Streik auf. Die Zustimmung war bei ver.di mit 93, 44 Prozent und bei der GEW mit 96, 37 Prozent sehr deutlich.

Das erste schriftliche Angebot der VKA kam am 28. Mai, nach dem schon ca. drei Wochen gestreikt wurde. Eine Hauptamtliche beschreibt die Verhandlungstaktik der Arbeitgeber wie folgt: „Wenn du in fünf Verhandlungsrunden über vier Monate kein schriftliches Verhandlungsangebot kriegst, dein Angebot liegt schriftlich vor und die wollen dich in jeder Verhandlungsrunde auf den nächsten Termin verhandeln und noch einen Termin und noch einen. Da musst du irgendwann sagen: jetzt reicht's. (...) Die Taktik war immer, uns noch einen Termin reinzudrücken, bis man in die Nähe der Ferien kommt und nicht mehr durchsetzungsfähig ist" (Interview GS I). Beim Arbeitskampf 2009 wurde die Streikstrategie dezentral entschieden. Die Beschäftigten wurden rollierend und tageweise zum Ausstand aufgerufen. Dieses Mal hatte sich ver.di bundesweit für einen unbefristeten Streik entschieden, in dem nicht wellenweise gestreikt wurde, sondern durchgehend: „Unbefristet war auch ein bisschen eine Lehre aus 2009. 2009 haben die ja in 13 Wochen in Wellenstreiks gestreikt und nichts erreicht, also faktisch, Aufwertung nicht (GS I)". Die harte Haltung der VKA, die erst nach fünf Verhandlungsrunden ein schriftliches Angebot vorlegte, spielte für die Streikstrategie „bundesweit komplett raus zu gehen" (GS I) auch eine entscheidende Rolle. Am 8. Mai war der bundesweite Streikauftakt an dem ca. 20.000 Beschäftigte ihre Arbeit niederlegten: „Man braucht einen Moment von Gemeinsamkeit und gemeinsamer Stärke" (GS I). Streik-Schwerpunkte waren die Länder Baden-Württemberg, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Die Streiks wurden ab dem 11. Mai auf weitere Bundesländer ausgeweitet, so dass bis zum 15. Mai die Beteiligung bei 150.000 Beschäftigten lag. So waren beispielsweise in Stuttgart beim Streikauftakt 174 von 182 Kitas geschlossen; danach pendelte sich diese Zahl zwischen 150 und 160 ein (GS II).

Am 18. Mai begann die zweite Streikwoche. Die erste Streikdelegiertenkonferenz (SDK) von ver.di hatte beschlossen, auch über Pfingsten hinaus zu streiken. Bayern und Baden-Württemberg streikten wegen der Pfingstferien in diesen Ländern nur zwei Wochen, da in den Ferien die Mobilisierung problematisch gewesen wäre (viele Beschäftigte im Urlaub, Kitas z.T. geschlossen). Aber es wurde klar kommuniziert, dass man nur während der Ferien die Arbeit wieder aufnehmen

würde. In der Zeit wurden dann beispielsweise in Stuttgart und Umland Elternabende angesetzt, um mit den Eltern die Situation zu diskutieren (GS I). Als klar war, dass die Schlichtung kommt, waren die Elternabende deutlich schlechter besucht. Die bundesweiten SDK wurden im SuE Streik 2009 eingeführt. Sie stellen ein Novum in den deutschen industriellen Beziehungen dar und sind ein Element der Demokratisierung der Tarifauseinandersetzungen. Da die Beschäftigten im SuE als streikende Berufsgruppe in der Bundestarifkommission (BTK) des ÖD selber kaum vertreten waren, wurde die SDK als eine Zwischenebene eingeführt. Aus dem Defizit der mangelhaften Repräsentation der Beschäftigten aus den SuE wurde so eine neue basisnahe und beteiligungsorientierte Institution geschaffen. Die SDK ist ein Basistreffen der ehrenamtlichen Aktiven aus den Streikbetrieben. Die Anbindung der Basis kann allerdings auch zu Konflikten zwischen ehrenamtlichen Vertretern aus den Streikbetrieben und der demokratisch gewählten BTK führen. Dies war 2009 der Fall (vgl. Kutlu 2013) und ebenso im aktuell Streik, als es um die Bewertung der Empfehlung der Schlichter ging. Die SDK nimmt für sich in Anspruch, das zentrale Entscheidungsgremium zu sein; dies gilt gleichermaßen für die BTK. An den SDK nahmen jeweils ca. 300 Delegierte aus den Streikbetrieben teil. Durch die SDK konnten sich die Streikenden als eine bundesweite Bewegung konstituieren und erfahren.

Die VKA legte nach drei Wochen Streik schließlich ein schriftliches Angebot vor, dass laut ver.di nur die bereits im April vorgetragenen Vorschläge beinhaltete. Daraufhin blieb die Verhandlungsrunde vom 1. Juni bis zum 4. Juni ohne akzeptables Ergebnis. Das Ergebnis bringe, so ver.di, nicht die gewünschte Aufwertung und würde nicht zu einer deutlich besseren Bezahlung führen. Es könne deshalb von den Gewerkschaften nicht angenommen werden. Allerdings stimmte ver.di der Anrufung einer Schlichtung[26] zu. Dies war jedoch stark umstritten und von deutlicher Kritik begleitet (vgl. Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di, Flugblatt: „Schlichtung hilft nur dem Arbeitgeber"). Die Kritik befürchtete, dass sich die Arbeitgeber mit der Schlichtung in die Sommerferien retten könnten; nach den Sommerferien beginnt die schwer zu bestreikende Eingewöhnungsphase. Bei der SDK nach der Verhandlungsrunde am 4. Juni zeigten sich die Delegierten ausgesprochen aufgebracht, weil sie vor vollendete Tatsachen gestellt worden waren. Bei einer vorhergehenden SDK Ende Mai hatte die ver.di Führung noch die Parole ausgegeben, dass bis zu einem annehmbaren Ergebnis gestreikt werden solle; es sei dann Sache der SDK, über ein mögliches Ergebnis zu beraten und der BTK eine Empfehlung zu geben. Die Möglichkeit einer Schlichtung wurde nicht erwähnt. Die SDK konnte schließlich durchsetzen, dass vor Behandlung des Schlichtungsergebnisses in der BTK eine SDK darüber diskutieren müsse.

---

[26] Die Schlichtungskommission besteht aus je 8 VertreterInnen der Gewerkschaften und der VKA. Die beiden Parteien ernennen jeweils einen unparteiischen Vorsitzenden. Der stimmberechtigte Vorsitz wechselt turnusmäßig und steht in der aktuellen Auseinandersetzung dem von der VKA-Seite zu benennenden Vorsitzenden zu.

Damit galt ab dem 7. Juni die Friedenspflicht, der unbefristete Streik wurde ausgesetzt. Die Schlichter legten am 23. Juni eine gemeinsamen Empfehlung vor. Der Vorschlag sieht Gehaltserhöhungen zwischen 1 und 4,5 Prozent vor, allerdings keine Aufwertung der pädagogischen Fachkräfte, wie von den Beschäftigten gefordert. Bei den Leitungen von Einrichtungen wie Kitas oder in der Behindertenhilfe gibt es die größten Verbesserungen; den SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen bringt die Empfehlung dagegen kaum etwas.[27] Auf besondere Kritik der Beschäftigten stieß die vorgesehene fünfjährige Laufzeit. Nach weiteren Verhandlungen am 24. und 25. Juni wurde auf einer SDK die Empfehlung der Schlichter sehr kritisch diskutiert. So wurde der BTK empfohlen, eine Mitgliederbefragung zur Schlichtungsempfehlung in der Zeit vom 6. Juli bis zum 5. August 2015 durchzuführen.

Schlussbetrachtungen: Perspektiven des Streiks

In einem online Newsletter vom 7. Juli von ver.di heißt es „Die Delegierten stellen übereinstimmend fest, dass mit dieser Schlichtungsempfehlung die Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe nicht erreicht wird." Das Ergebnis der Mitgliederbefragung wird zunächst am 8. August auf einer SDK diskutiert und danach kommt am 12. August 2015 die BTK zur Beschlussfassung zusammen. Während dieser Zeit werden die Streiks ausgesetzt. Allerdings finden diverse kritische Interventionen statt, wie beispielsweise der Aufruf „Kein Abschluss ohne Aufwertung". Die Verhandlungen werden am 13. August wieder aufgenommen. Für den 13. August ist ein Verhandlungstermin mit der VKA vereinbart. Betrachtet man die letzte SDK, scheint es so zu sein, dass die kritischen Stimmen gegenüber der Schlichtungsempfehlung überwiegen. Allerdings ist auch zu bedenken, dass sich die öffentliche bzw. die veröffentlichte Meinung vor dem Hintergrund der medial inszenierten Schlichtung gegen die Beschäftigten wenden könnte.

Die Beschäftigten des SuE festigen mit dem aktuellen Arbeitskampf ihre Stellung als streikstarke und mobilisierungsfähige Beschäftigtengruppen. Die Organisationsmacht ist durch die ca. 20.000-25.000 neuen Mitglieder, die bisher im Zuge der Tarif-Auseinandersetzungen gewonnen werden konnten deutlich gestiegen. Auch die institutionelle Macht konnte ausgebaut werden, da die Personalratsstrukturen durch die Mitgliederzuwächse deutlich gestärkt werden. Ferner wurde die institutionelle Macht in den letzten Jahren durch die Übernahme von Mandaten in Personalratsstrukturen und innerhalb von ver.di weiter ausgebaut. Die steigende Anzahl an Beschäftigten mit Streikerfahrung im SuE-Bereich kann mittelfristig zur Gewinnung neuer Hauptamtlicher durch ver.di genutzt werden, wodurch die gewerkschaftliche Repräsentation von Care Arbeitenden sowie von Frauen verbessert werden kann. Zudem konnte symbolische Macht aufgebaut werden. Der Streik stellte kein Ereignis in einzelnen Betrieben

[27] Vgl. die Einigungsempfehlung der Schlichtungskommission. https://www.soziale-berufe-aufwerten.de/w/files/medien/06/einigungsempfehlung_-schlichter_sozial-_und_erziehungsdienste.pdf

bzw. Einrichtungen dar, sondern wurde zu einer öffentlichen und politisierten Auseinandersetzung, zu der politische Akteure Stellung beziehen mussten. Die Beschäftigten schafften es, ihren Anliegen in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen und eine weitgehend positive Stimmung gegenüber den Streikenden zu erzeugen. Der Aufbau von symbolischer Macht hat allerdings auf die öffentlichen Arbeitgeber bisher nicht ausreichenden Druck ausüben können, wie die Schlichtungsempfehlung zeigt. Ob die angestrebte Aufwertung von sozialen Berufen durch diesen Streik bereits gelingt, ist in Anbetracht der Schlichtungsempfehlung eher fragwürdig. Es sei denn, es kommt zu einer dynamischen Wiederaufnahme der Streiks. Dies scheint aufgrund der kritischen Stimmung bei den Streikenden nicht ausgeschlossen.

Literatur

Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (2014): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime, Sonderband Soziale Welt, Baden-Baden.

Beher, Karin/Knauer, Detlef/Rauschenbach, Thomas (1996) Beruf: Erzieherin. Daten, Studien und Selbstbilder der ErzieherInnen in Kindertageseinrichtungen und in Heimen, in: Böttcher, Wolfgang (Hg.): Die Bildungsarbeiter. Situation- Selbstbild-Fremdbild, Weinheim und München, S. 11-49.

Bundesagentur für Arbeit (2014): Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Fachkräfte in der Kinderbetreuung und -erziehung.

Chun, Jennifer J. (2009): Organizing at the margins. The symbolic politics of labor in South Korea and the United States, Ithaca, NY.

Cepok, Tobias (2013): Zwischen Wänden: Die Reproduktionsmacht von indonesischen Hausangestellten, in: in: Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hg.): Comeback der Gewerkschaften?, Frankfurt a.M., S. 320- 332.

Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (2007): Vom Korporatismus zur Strategischen Allianz von Sozialstaat und Sozialwirtschaft: Neue ‚Sozialpartnerschaft' auf Kosten der Beschäftigten?, in: Dies./Trube, Achim (Hg.): Arbeit in sozialen Diensten: flexibel und schlecht bezahlt?, Baltmannsweiler, S. 22-34.

Destatis (2014): Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 01.03.2014. Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe.

DGB-Index Gute Arbeit Kompakt (2015): Sinnvolle Arbeit, hohe Belastung und geringes Einkommen. Arbeitsbedingungen in den Erziehungsberufen.

Dippelhofer-Stiem (2001): Erzieherinnen im Vorschulbereich. Soziale Bedeutung, beruflicheSozialisation und Professionalität im Spiegel sozialwissenschaftlicher Forschung, Arbeitsbericht Nr.11, Magdeburg.

Dribbusch, Heiner (2011a): Organisieren am Konflikt. Zum Verhältnis von Streik und Mitgliederentwicklung, in: Haipeter, Thomas/Dörre, Klaus (Hg.): Gewerkschaftliche Modernisierung, Wiesbaden, S. 231- 267.

Dribbusch, Heiner (2011b): Tertiarisation of Strikes in Germany, Paper, Conference: Strikes and Social Conflicts in the Twentieth Century, Lissabon (unveröff. Manuskr.).

Dribbusch, Heiner (2009): Streik-Bewegungen. Neue Entwicklungen im Arbeitskampf, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Jg. 22, H. 4, S. 56-57.

Dörre, Klaus/Ehrlich, Martin/Haubner, Tine (2014): Landnahmen im Feld der Sorgearbeit, in: Aulenbacher, Brigitte/Riegraf, Birgit/Theobald, Hildegard (Hg.): Sorge: Arbeit, Verhältnisse, Regime, Sonderband Soziale Welt, Baden-Baden, S. 107- 125.

Dörre, Klaus/Schmalz, Stefan (2013): Einleitung: Comeback der Gewerkschaften? Eine machtsoziologische Forschungsperspektive, in: (Dies.): Comeback der Gewerkschaften? Frankfurt a. M., S. 13- 39.

Fraser, Nancy/Honneth, Axel (2003): Umverteilung oder Anerkennung? Eine politischphilosophische Kontroverse, Frankfurt a.M.

Fuchs-Rechlin, Kirsten (2010): Die berufliche, familiäre und ökonomische Situation von ErzieherInnen und KinderpflegerInnen. Sonderauswertung des Mikrozensus.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (2007): Wie gehts im Job? KiTa-Studie der GEW, Frankfurt a.M.

Gragert, Nicola/Peucker, Christian/Pluto, Liane/Seckinger, Mike (2008): Ergebnisse einer bundesweiten Befragung bei Kindertagesstätten. Zusammenfassung für die teilnehmenden Einrichtungen, Studie des Deutschen Jugendinstituts, München

Hemmerling, Annegert (2007): Der Kindergarten als Bildungsinstitution. Hintergründe und Perspektiven, Wiesbaden.

Honneth, Axel (1994): Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte, Frankfurt a.M.

Keller, Berndt (2013): Arbeitspolitik im öffentlichen Dienst. Ein Überblick über Arbeitsmärkte und Arbeitsbeziehungen, Berlin.

Krone, Sirikit (2010): Die Beschäftigungsentwicklung in der institutionellen Kindertagesbetreuung, in: Stöbe-Blossey (Hg.): Kindertagesbetreuung im Wandel. Perspektiven für die Organisationsentwicklung, Wiesbaden: VS Verlag, S. 33-53.

Krämer, Klaus/Speidel, Frederic (2005): Prekarisierung von Erwerbsarbeit. Zur Transformation des arbeitsweltlichen Integrationsmodus, in: Heitmeyer, Wilhelm/Imbusch, Peter (Hg.): Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration, Wiesbaden, S. 367-390.

Kutlu, Yalcin (2013): Partizipative Streikführung. Der Erzieherinnenstreik, in: Schmalz, Stefan/Dörre, Klaus (Hg.): Comeback der Gewerkschaften? Frankfurt a.M., S. 226-241.

Madörin, Mascha (2007): Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie, in: Denknetz (Hg.): Zur politischen Ökonomie der Schweiz. Analysen und Impulse zur Politik, Zürich, S. 56- 70.

Meyer, Markus/Weihrauch, Henriette/Weber, Fabian (2012): Krankheitsbedingte Fehlzeiten in der deutschen Wirtschaft 2011, in: Badura, Bernhardt et. al. (Hg.): Fehlzeiten-Report 2012, Berlin, Heidelberg, S. 291-467.

Riexinger, Bernd/Hägele, Cuno (2009): Streik trotz Krise. In: Junge Welt v. 14.8.2009.

Rübenach, Stefan/Kucera, Petra: Personal in Kitas: Wer betreut unsere Kinder? In: STATmagazin, Sozialleistungen. Statistisches Bundesamt (destatis), Wiesbaden.

Schilling, Matthias: Fachkräftebedarf in Kindertageseinrichtungen bis zum Jahr 2020 * Expertise zum Gutachten „Professionalisierung in der Frühpädagogik". Im Auftrag des Aktionsrats Bildung erstellt von Matthias Schilling. München, 2012.

http://www.aktionsratbildung.de/fileadmin/Dokumente/Expertise_Fachkraeftebedarf_in_Kindertageseinrichtungen.pdf (Zugriff 06.06.2015)

Seppelt, Jana (2014): Gewerkschaften und Sorgearbeit. http://stuttgart.verdi.de/sos-kita/++co++bb06cbd4-05bc-11e4-a8fc-52540059119e

Speth, Christine (2010): Akademisierung der Erzieherinnenausbildung? Beziehung zur Wissenschaft, Wiesbaden.

Thole, Werner (2010): Die pädagogischen MitarbeiterInnen in Kindertageseinrichtungen. Professionalität und Professionalisierung eines pädagogischen Arbeitsfeldes, in: Zeitschrift für Pädagogik 2/2010, S. 206-222.

Ver.di (2011): Arbeitshetze. So beurteilen die Beschäftigten die Situation in den Dienstleistungs-Branchen.

http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-07/frank-bsirske-verdi-tarifbilanz, Zeit online vom 13. Juli 2015.

PapyRossa Verlag | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln



Thomas Wagner

ROBOKRATIE

Google, das Silicon Valley und der Mensch als Auslaufmodell

177 Seiten | € 13,90
978-3-89438-581-1

Im Umfeld von Google, Facebook & Co. gedeiht eine Ideologie technologischer Machbarkeit. Deren Verfechter finanzieren Start-ups, beraten Regierungen, sind in High-Tech-Konzernen präsent – das Ausfechten politischer Konflikte erscheint ihnen indes als überkommen.



Jörg Kronauer

ALLZEIT BEREIT

Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen

214 Seiten | € 14,90
978-3-89438-578-1

Deutschland müsse seiner globalen Verantwortung gerecht werden, zur Not auch mit Soldaten. Hinter dieser Maxime des Bundespräsidenten stehen ökonomische und geostrategische Expansionsinteressen. Daran wirken mit: Think-Tanks, Stiftungen und andere Akteure.

Tel. (0221) 44 85 45 | Fax (0221) 44 43 05 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

Gabriele Winker

Überforderte Eltern zwischen Lohn- und Reproduktionsarbeit

Neoliberale Familienkonstruktionen ohne Zukunft

Die bei ver.di, der GEW und dem Deutschen Beamtenbund organisierten Erzieher_innen und Sozialarbeiter_innen haben sich im Mai 2015 mit überwältigender Mehrheit für einen unbefristeten Streik ausgesprochen. Sie wollen eine bessere Eingruppierung ihrer gesellschaftlich enorm wichtigen Arbeit erreichen. Jenseits des aktuellen Streiks setzen sich Erzieher_innen bereits seit langem für eine deutliche Erhöhung der Mindestbesetzung in den einzelnen Kita-Gruppen ein. Der Streik stößt in der Öffentlichkeit auf große und zunächst auch positive Resonanz.[1] Nach den ersten Streikwochen wurden die damit verbundenen Probleme der Eltern allerdings deutlicher artikuliert.[2] Überstunden sind aufgebraucht, Zwischenlösungen der Kinderbetreuung über Angehörige und Bekannte stellen keinen Dauerzustand dar, und auch Unternehmen akzeptieren die Anwesenheit von Kindern im Büro nur in Ausnahmefällen. So scheint es, als ob in diesem Streik zwei mit Kindererziehung stark belastete Gruppen sich gegenüberstehen, die sich dennoch um Solidarität miteinander bemühen. Wer darüber häufig aus dem Fokus gerät, sind die kommunalen Arbeitgeber, gegen die sich dieser Streik richtet.[3] Sie verschanzen sich in ihrer Argumentation hinter leeren öffentlichen Kassen und dies scheint die breite Öffentlichkeit noch immer hinzunehmen.

Wie ich im Folgenden zeigen werde, bringt der Streik der Sozialarbeiter_innen und Erzieher_innen in die Öffentlichkeit, was in Politik und Wissenschaft nur allzu oft in den Hintergrund gerät: Das neoliberale Credo, wonach alle erwerbsfähigen Personen ohne andere Reproduktionsquellen sich durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft selbst zu ernähren haben, stößt an die Grenzen menschlicher Leistungsfähigkeit. Denn neben der Lohnarbeit sollen alle für die eigene Reproduktion genauso eigenverantwortlich sorgen wie für die Erziehung der Kinder und die Unterstützung hilfebedürftiger Angehöriger. Gleichzeitig werden sozialstaatliche Leistungen im Gesundheits- und Schulbereich reduziert und im Kita-Bereich nur unzureichend ausgebaut. Als Konsequenz sind Eltern mit ihren Aufgaben bei der Kindererziehung ebenso überfordert wie Erzieher_innen. Diese andauernde Überlastung ohne Erholungspausen führt zur Erschöpfung bis hin zu psychischen Erkrankungen, bei Er-

---

1 Vgl. beispielsweise http://www.soziale-berufe-aufwerten.de/unterstuetzen/elternvertretungen

2 Vgl. beispielsweise http://www.lebnrw.de/wp-content/uploads/2015/05/2.-Presseerklärung-zur-Zusammenkunft-der-Kommunalen-Arbeitgeber-vom-28.05.2015.pdf

3 Nur durch den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) gebundene Kita-Betriebe können bestreikt werden. Dies betrifft ca. ein Drittel aller Kitas. Die Mehrzahl der Kitas ist in der Hand freier Träger wie der Arbeiterwohlfahrt oder der Caritas. Diese lehnen allerdings in der Regel die Entlohnung ihrer Beschäftigten an den TVöD an.

zieher_innen und Sozialarbeiter_innen wie bei Eltern. Ebenso bleiben wichtige Bedürfnisse von Kindern, die auf Zuwendung und Unterstützung in ihren Lernprozessen angewiesen sind, unerfüllt.

In den folgenden ersten drei Abschnitten verdeutliche ich, wie der soziale Wandel vom Ernährermodell zu neoliberalen Reproduktionsmodellen die familiär und beruflich Sorgearbeitenden belastet und wie eine neoliberale Familienpolitik, die sich explizit als Wirtschaftspolitik versteht, dies weiter zuspitzt. Deutlich wird, dass das neoliberale politisch-ökonomische System auch dauerhaft die Unterstützung der nachfolgenden Generation nicht stabil und entsprechend menschlicher Bedürfnisse realisieren kann und damit keine Zukunft hat. Als Handlungsperspektive skizziere ich deswegen abschließend die Transformationsstrategie der Care Revolution (Winker 2015), deren Notwendigkeit der derzeitige Kita-Streik deutlich aufzeigt.

Veränderte Familienkonstruktionen

Das Ernährermodell hatte in einer kurzen, ökonomisch verhältnismäßig stabilen Phase Anfang der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland seine Hochzeit. Der Lohn bzw. das Gehalt des meist männlichen Ernährers entsprach einem Familienlohn, der die Alimentation der Ehefrau und die finanzielle Versorgung von Kindern erlaubte. So konnte sich damals die Mehrzahl der männlichen Beschäftigten den freiwilligen oder erzwungenen Verzicht von Frauen auf Berufstätigkeit im wahrsten Sinne des Wortes leisten.[4] Soziale Risiken durch Krankheit, Berufsunfähigkeit und Erwerbslosigkeit sowie die Altersversorgung waren weitgehend abgesichert durch beitragsfinanzierte Sicherungssysteme und damit verbundene staatliche Sozialleistungen, die auf die Absicherung des jeweiligen Lebensstandards gerichtet waren. Mit zunehmenden ökonomischen Krisen wurde seit Mitte der 1970er Jahre deutlich, dass das Ernährermodell die Kapitalverwertung durch verhältnismäßig hohe Kosten – Familienlohn sowie hohe Sozialausgaben – belastet. Gleichzeitig geriet auch die ideologische Akzeptanz dieses Modells, das die Geschlechterhierarchie aufrechterhält, im Zusammenhang mit der zweiten Welle der Frauenbewegung ins Wanken. 2012 ist bei nur noch 29 Prozent aller Paare mit Kindern unter 18 Jahren allein der Vater erwerbstätig aktiv, 1996 war dies noch bei 40 Prozent der Fall (Keller/Haustein 2013: 870). Sinkende Reallöhne sowie erweiterte Reproduktionsaufgaben führten dazu, dass sich nicht nur Einkommensschwache, sondern auch viele Mitglieder der Mittelschichten dieses Modell des Alleinverdieners nicht mehr leisten können oder auch nicht wollen. So steigt auch die Erwerbsquote von Frauen kontinuierlich an: allein zwischen 1991 und 2013 von 60,7 Prozent auf 72,4 Prozent (Statistisches Bundesamt 2014: 129). Das bedeutet gleichzeitig, dass viele Frauen – zumal bei hoch flexiblen Arbeitszeitanforde-

[4] Bis 1977 war die Ehefrau zu einer Erwerbstätigkeit nur berechtigt, „soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist" (1356 Abs. 1 BGB in der Fassung bis 1977).

rungen – nicht mehr umfassend für die Reproduktionsarbeit[5] zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig steigen die inhaltlichen und zeitlichen Anforderungen an die familiäre Sorgearbeit.[6] Familien werden zu Schaltstellen eines umfassenden und komplexen Managements. Wegen der nicht gesicherten Ganztagesbetreuung von Kindern ist es die Aufgabe von Eltern, primär von Müttern, mobil und flexibel zur Verfügung zu stehen für das warme Mittagessen oder Fahrdienste zu Sport- oder Musikaktivitäten. Gefordert sind auch in Familien vielfältige Ausprägungen von Sozialkompetenz sowie ein erhöhtes Wissen in Bezug auf Gesundheit oder Bildung. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass staatlich organisierte Leistungen in diesen Bereichen zunehmend inadäquat werden. Wenn durch ein kostensparendes Turbo-Abitur oder zu wenige Lehrer_innen die Betreuung in der Schule zu kurz kommt, muss dies durch nicht entlohnte familiäre Sorgearbeit bei der Hausaufgabenbetreuung ausgeglichen werden. Zwar ist als einer der wenigen Care-Bereiche die Kita-Betreuung der unter 3-Jährigen in den letzten Jahren ausgebaut worden, nur eben auch dort unter der Vorgabe, Ausgaben zu begrenzen. So werden derzeit nur ein Drittel aller unter Dreijährigen in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine Tagespflegeperson betreut. Gleichzeitig erschwert ein ungenügender Personalschlüssel nicht nur die Arbeitsbedingungen der Erzieher_innen, sondern stresst auch manche Kinder, was wiederum in Familien ausgeglichen werden muss. Und auch die Sorgearbeit für sich selbst wird immer aufwändiger. Es gilt die eigene Qualifikation fortwährend zu verbessern sowie einen eigenverantwortlichen Umgang mit Überforderungen und Gesundheitsrisiken zu erlernen.

Familienpolitik als Wirtschaftspolitik

In dieser Situation wäre es erleichternd, wenn Eltern durch eine an den hohen Sorgeaufgaben orientierte Familienpolitik unterstützt würden. Dies ist allerdings nicht der Fall. Die bundesdeutsche Familienpolitik wird nur dort aktiv, wo es dem Wirtschaftswachstum zuträglich ist. So setzte sich das Bundesfamilienministerium als zentrale Aufgabe, die Geburtenrate zu erhöhen und die Frauenerwerbsbeteiligung zu steigern (Rürup/Gruescu 2003: 56).

---

5 Unter Reproduktionsarbeit verstehe ich die unter den jeweiligen kapitalistischen Bedingungen zur Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen Tätigkeiten, die nicht warenförmig, sondern ausschließlich am Gebrauchswert orientiert in familialen und zivilgesellschaftlichen Bereichen geleistet werden. Der Begriff der Reproduktionsarbeit stellt ein Pendant zur Lohnarbeit dar und fokussiert somit auf die Form und Funktion dieser Arbeit im Kapitalismus. Er macht deutlich, dass ein kapitalistisches System nur durch Lohnarbeit in Verbindung mit Reproduktionsarbeit in familiären und nachbarschaftlichen, nicht entlohnten Zusammenhängen funktioniert.

6 Beim Begriff Sorgearbeit bzw. Care-Arbeit geht es um die Stofflichkeit der Arbeit, um den Arbeitsinhalt des sich umeinander Kümmerns. Sorgearbeit bezeichnet die konkreten Tätigkeiten, also das Erziehen, das Pflegen, das Betreuen, das Lehren, das Beraten. Diese Sorgearbeit kann unentlohnt in Familien oder auch in Vereinen oder Initiativen erbracht werden. Sie kann aber auch entlohnt in staatlichen Institutionen, in Einrichtungen von so genannten Wohlfahrtsverbänden oder in privatwirtschaftlichen Unternehmen stattfinden.

Entsprechend wurde in der BRD zum 1. Januar 2007 das Elterngeld eingeführt, das für die Dauer von 12 bzw. 14 Monaten gewährt wird, um Anreize zu schaffen, mehr Kinder in die Welt zu setzen. Dabei wird sehr deutlich zwischen sogenannten Leistungsträger_innen und Leistungsempfänger_innen unterschieden. Während beispielsweise gut verdienende Eltern bis zu 1800 Euro pro Monat Elterngeld als Lohnersatzleistung beziehen können, werden bei Empfänger_innen von Hartz IV selbst die ihnen zustehenden 300 Euro mit dem Arbeitslosengeld II verrechnet. Das entspricht faktisch einer Streichung. Es geht also beim einkommensabhängig gezahlten Elterngeld explizit nicht um eine allgemeine finanzielle Unterstützung von familiärer Reproduktionsarbeit. Vielmehr werden hoch qualifizierte berufstätige Frauen unterstützt, die motiviert werden sollen, die neue Generation von Arbeitskräften auf die Welt zu bringen und entsprechend der erhöhten Bildungsanforderungen zu erziehen und die gleichzeitig nach einer möglichst kurzen Elternzeit wieder in den Beruf zurückkehren sollen.

Auch der schrittweise Ausbau der Kindertagesstätten ist primär für die Absicherung der Berufstätigkeit von Eltern gedacht. Bei der Vergabe von Kita-Plätzen haben trotz eines Rechtsanspruchs der Eltern auf öffentlich unterstützte Betreuung die Kinder nach § 24 SGB VIII von berufstätigen Eltern bei der Platzvergabe Vorrang. Da auch noch in den meisten Bundesländern Kita-Gebühren zu zahlen sind, erhalten Kinder, die in armen Haushalten aufwachsen, und damit häufig auch Kinder aus Migrationsfamilien deutlich seltener einen Kita-Platz als Kinder gut verdienender Eltern und Kinder aus Familien ohne Migrationshintergrund (BMFSFJ 2012: 109f., BMAS 2013: XIV). Das Kindeswohl bleibt damit als Politikziel zweitrangig. Auch fehlt es in den Kitas an Personal, zumal für zusätzliche Aufgaben wie Sprachförderung oder Elterngespräche. Häufig wird unzureichend ausgebildetes Betreuungspersonal eingesetzt und die qualifizierten Fachkräfte werden schlecht entlohnt. Diese grundlegende Unterversorgung in der frühkindlichen Bildung lässt sich auch an international vergleichenden Statistiken ablesen. Als Anteil am Bruttoinlandsprodukt ausgedrückt, liegen die öffentlichen Ausgaben für die Betreuung von Kindern unter 6 Jahren in der BRD mit circa 0,5 Prozent deutlich niedriger als im Durchschnitt von 33 OECD-Ländern (circa 0,7 Prozent). Die Länder an der Spitze geben dafür das Dreifache aus, etwa Island mit 1,7 Prozent oder Dänemark und Schweden mit je 1,4 Prozent (BMAS 2013: XIX).

Ebenso zielt die am 1. Januar 2008 in Kraft getretene Unterhaltsreform darauf, Erwerbstätigkeit von Kindererziehenden – in der Regel Frauen – zu forcieren. Alle Kinder unterhaltspflichtiger Partner und Partnerinnen erhalten Vorrang vor dem Unterhalt für geschiedene Frauen (oder auch Männer); deren Unterhalt wird entsprechend eingeschränkt oder entfällt ganz. Das zwingt Frauen nach der Scheidung, ihren Lebensunterhalt selbstständig zu bestreiten, auch wenn sie Kinder zu versorgen haben. Ausgenommen von der Erwerbspflicht sind Frauen mit Kindern unter drei Jahren. Da Frauen nach wie vor deutlich weniger verdienen als Männer und vor allem nach einer Familienphase schlechtere Einstiegsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben, werden sich

mit dieser neuen Regelung viele Frauen, die Reproduktionsarbeit leisten, nach einer Scheidung in prekären Lebensverhältnissen wieder finden.

Das politische Ziel des eingeschlagenen Wegs ist klar: Frauen und Männer sollen möglichst umfassend erwerbstätig sein und insbesondere Frauen sich gleichzeitig um die nächste Generation kümmern. Die derzeitige neoliberal ausgerichtete Politik unterstützt Familien nur dort, wo ansonsten die Erwerbstätigkeit von Frauen gefährdet ist und das ökonomische Wachstum beeinträchtigt wird. Familienpolitik ist damit im Kern Wirtschaftspolitik.

Differenzierte familiäre Strategien

Da staatliche Politik kaum Unterstützung für alltäglich anfallende Reproduktionstätigkeiten bietet, bleibt es die Aufgabe aller, jeweils für sich den Balanceakt zwischen Lohn- und Reproduktionsarbeit zu meistern. Sie sollen bei verstärkten Flexibilitätsanforderungen, kontinuierlichem Leistungsdruck, verlängerten Arbeitszeiten und sinkenden Reallöhnen ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen. Gleichzeitig sollen sie große Teile der weiter zunehmenden Reproduktionstätigkeiten bei der Kindererziehung, aber auch der Betreuung von unterstützungsbedürftigen älteren Menschen übernehmen. Familien sind allerdings, primär aufgrund ihrer finanziellen Ressourcen, höchst unterschiedlich in der Lage, mit diesem Dilemma umzugehen. Idealtypisch unterscheide ich deswegen zwischen vier Reproduktionsmodellen: dem ökonomisierten, dem paarzentrierten, dem prekären und dem subsistenzorientierten Reproduktionsmodell.[7]

Im ökonomisierten Modell verfolgen Eltern in Vollzeit konsequent ihre beruflichen Karrieren, was ihnen gleichzeitig finanziell ermöglicht, größere Teile der Reproduktionsarbeit an andere abzugeben. Im paarzentrierten Modell meistern die Menschen den Spagat zwischen Beruf und Familie meist durch eine Vollzeitarbeit des Manns in Verbindung mit einer Teilzeitarbeit der Frau und halten damit einen mittleren Lebensstandard aufrecht. Im prekären Modell setzen Menschen unter schwierigsten Bedingungen alles daran, nicht in die Armut abzugleiten. Dafür übernehmen sie auch Arbeit zu Niedriglöhnen mit langen und flexibilisierten Arbeitszeiten, um auf dieser Grundlage eigenständig für ihre Existenzsicherung und die ihrer Familie aufzukommen. Sie können ihre Reproduktionsarbeit nicht durch Ökonomisierung an andere abgeben. Auch im subsistenzorientierten Modell kümmern sich Personen trotz großer materieller Beschränkungen und trotz rigider Vorgaben der Agenturen für Arbeit oder der Ausländerbehörden um die Aufrechterhaltung ihrer familiären Strukturen.

In allen Reproduktionsmodellen erledigen weiterhin vor allem Frauen die anfallende Reproduktionsarbeit (BMFSFJ 2012b: 76ff.). Die konkrete Arbeitsteilung ist jedoch in Abhängigkeit von den vorhandenen finanziellen Ressourcen unterschiedlich organisiert. Deswegen sind Reproduktionsmodelle nicht nur durch geschlechterhierarchische Arbeitsteilungen zu bestimmen, sondern intersektional damit verwoben auch durch unterschiedliche klassistische, rassistische oder

[7] Details zu den vier Reproduktionsmodellen sind in Winker (2015: 56-71) zu finden.

körperbezogene Diskriminierungsmechanismen: Die Möglichkeit, die eigene Arbeitskraft zu einem existenzsichernden Lohn verkaufen zu können, ist je nach sozialer Herkunft, nach Bildungs- und Berufsabschlüssen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Dieser ungleiche Zugang zur Erwerbssphäre führt zu unterschiedlichen familiären Arbeitsteilungen und Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf notwendige Reproduktionstätigkeiten. So können Personen im ökonomisierten Modell Reproduktionsarbeit an sozial nicht abgesicherte Migrant_innen abtreten, die aufgrund mangelnder Alternativen gezwungen sind, ihre Sorgeverantwortung wiederum an meist weibliche Familienangehörige in ihren Heimatländern weiterzugeben. Auch körperbezogene („bodyistische") Diskriminierungen sind wirksam: Chronisch kranke und weniger leistungsstarke Menschen oder Menschen mit erhöhtem Selbstsorgeaufwand werden schnell ausgegrenzt. Die Benachteiligung auf dem regulären Arbeitsmarkt ermöglicht ihnen häufig nur ein Leben im subsistenzorientierten Reproduktionsmodell.

Gleichzeitig hat das Ausmaß der Reproduktionsarbeit wiederum Auswirkungen auf die Chance, die eigene Arbeitskraft überhaupt verkaufen zu können. Eltern- und primär Mutterschaft wird zu einer wichtigen Kategorie sozialer Ungleichheit (Lenze 2008). Dies gilt gleichermaßen für die Pflege naher Menschen in der Familie. So führen nicht nur ungleiche Zugänge zur Erwerbsarbeit, unterschiedliche Erwerbsbeteiligung und Lohndifferenzen, sondern auch unterschiedlich hohe Reproduktionsaufgaben zu deutlich ungleichen Chancen, das eigene Leben zu gestalten. Es sind Zugangsbarrieren zu einer existenzsichernden Lohnarbeit ebenso wie umfangreiche Sorgeaufgaben, die viele Menschen – vor allem, aber nicht nur Frauen – in hoch belastende und prekäre Arbeitssituationen bringen. Die erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen, durchaus auch ein Erfolg der zweiten Frauenbewegung, führt unter den dargestellten Rahmenbedingungen zu neuen großen Belastungen. Für viele Frauen wird die früher übliche Abhängigkeit vom Familienernährer ersetzt durch die Notwendigkeit, die eigene Arbeitskraft unter prekären Bedingungen zu vermarkten, oder durch ein Leben unter den rigiden Einschränkungen und Zwängen des SGB II.

So lässt sich festhalten: Es gibt nicht *ein* neoliberales Reproduktionsmodell, sondern die Anforderungen werden auf unterschiedliche Weise bearbeitet. Allerdings bieten alle vier Reproduktionsmodelle keine erstrebenswerte Zukunftsperspektive. Denn die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse im Zusammenhang mit der Möglichkeit, selbstbestimmt Sorge zu geben und selbstbestimmt Sorge zu empfangen, wird in diesen Modellen blockiert. Dies führt zu Überlastung und sozialem Leid.

Care Revolution

Diese hier nur skizzierte Erfahrung von fehlender staatlicher Unterstützung, Überforderung und sozialem Leid ist Folge der Krise sozialer Reproduktion. Darunter verstehe ich die Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Profitmaximierung einerseits und der Reproduktion der Arbeitskraft andererseits. Von allen Menschen im erwerbsfähigen Alter – unabhängig von Geschlecht, Familien-

status und Anzahl der zu betreuenden Kinder und Angehörigen – wird verlangt, durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft für ihren eigenen Lebensunterhalt aufzukommen. Gleichzeitig wird die Aufgabe, sich beschäftigungsfähig zu halten, verstärkt an sie selbst und ihre Angehörigen zurückgegeben. Eine solche kostensenkende Verlagerung von Sorgearbeit ist nur möglich, weil ein wesentlicher Teil dieser gesellschaftlich notwendigen Arbeit unentlohnt und abgewertet von Frauen in Familien verrichtet wird. Allerdings ist das Gelingen dieser Politik längst nicht gesichert. So fehlen bereits heute in einzelnen Branchen qualifizierte und körperlich fitte Arbeitskräfte (vgl. Maier u.a. 2014).

Trotz dieser Auswirkungen der eigenen Strategie hält das Kapital grundlegend an der weiteren Reduktion der Reproduktionskosten fest und der Staat reagiert nur an wenigen Stellen wie etwa beim Ausbau der Kita-Betreuung von Kleinkindern. Dort stünden anderenfalls die benötigten Arbeitskräfte, in diesem Fall qualifizierte Frauen, schon kurzfristig nicht mehr in ausreichendem Maß zur Verfügung. Selbst dabei werden allerdings die Kosten so gedrückt, dass grundlegende Qualitätsansprüche nicht eingehalten werden, auch hinsichtlich der Arbeitsbedingungen von Erzieher_innen.

Diese Analyse zeigt die Notwendigkeit eines grundlegenden politisch-ökonomischen Wandels. An diesem Erfordernis setzt die Transformationsstrategie der Care Revolution an. Sie stellt anknüpfend an die Erkenntnisse feministischer Politik die grundlegende Bedeutung der Sorgearbeit im nicht entlohnten familiären Bereich ebenso wie im entlohnten Care-Bereich ins Zentrum sozialer Auseinandersetzungen und zielt darauf ab, das gesellschaftliche Zusammenleben ausgehend von menschlichen Bedürfnissen zu gestalten. Damit wird Sorgearbeit, die in den meisten politischen Strategien ebenso wie in den vorherrschenden ökonomischen Theorien keine Rolle spielt, als Bezugspunkt der Gesellschaftsveränderung gewählt. Das Ziel der Care Revolution ist eine an menschlichen Bedürfnissen, insbesondere an der Sorge füreinander orientierte, radikal demokratisch gestaltete solidarische Gesellschaft (vgl. ausführlicher Winker 2015: 139-178).

Zur Realisierung auch der kleinsten Schritte in diese Richtung bedarf es eines politischen Zusammenschlusses Aktiver über Care-Bereiche und über Positionen im Sorgeverhältnis hinweg. Dies ist derzeit beim Kita-Streik in Ansätzen sichtbar. Selbst wenn Erzieher_innen und Eltern in der Streiksituation selbst unterschiedliche Interessen haben, beziehen sie sich aus unterschiedlichen Positionen positiv und wertschätzend aufeinander. So kann es gelingen, die Sorgearbeit für Kinder insgesamt ins Zentrum von Politik zu stellen und sich gute Arbeitsbedingungen für berufliche und familiäre Sorgearbeitende zu erkämpfen. Und es ist ein wichtiger Schritt, dass der Vorstand der Bundeselternvertretung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege bereits Anfang Mai zu Streikbeginn die Erzieher_innen mit einer Online-Petition unterstützte und Ende Mai 50.000 Unterschriften an die Verhandlungsführer der kommunalen Arbeitgeber übergeben konnte.

Gleichzeitig kann an den sozialen Auseinandersetzungen um bessere Entlohnung der Beschäftigten, bessere Personalausstattung, gebührenfreie Kita-Plätze

und an vielen anderen Reformprojekten immer mehr Menschen deutlich werden, wie wichtig es ist, die Care-Bereiche grundlegend demokratisch zu gestalten. Denn gerade hier ist nachvollziehbar, wie unsinnig und kontraproduktiv es ist, Menschen nach dem Prinzip maximaler Profitabilität und Effizienz erziehen, unterstützen, bilden oder beraten zu wollen. Darüber hinaus ist gerade bei der Bildung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen sichtbar, dass das derzeitige System sozialer Infrastruktur nicht nur zu mangelhafter Qualität, sondern auch zu großen sozialen Ungleichheiten führt. Auch haben Menschen sehr unterschiedliche Wünsche an eine soziale Infrastruktur. Deswegen ist es sinnvoll, durch Mitsprache aller jeweils Betroffenen und durch gemeinschaftliche Abwägung von Prioritäten vielfältige Angebote zu entwickeln. Dies ist im Erziehungs- und Sozialdienst wie in vielen Care-Bereichen auf kommunaler Ebene und damit dezentral in Stadtteilen oder im Dorf gemeinsam plan- und umsetzbar.

So ist es durchaus vorstellbar, dass eine Demokratisierung und Vergesellschaftung aller Care-Bereiche zu einem weithin unterstützten Ziel werden kann. Dennoch ist sie schwierig zu realisieren, gerade weil es aus den verschiedenen Perspektiven, die Menschen beispielsweise als Eltern oder Erzieher_innen einnehmen, auch unterschiedliche Interessen gibt. Deshalb ist es so enorm wichtig, dass sich im Care-Bereich Aktive regelmäßig austauschen und die Verschiedenartigkeit menschlicher Bedürfnisse zu akzeptieren lernen, wie es in Ansätzen derzeit im Netzwerk Care Revolution beginnt.[8] Dies ist ein lang andauernder, aber unabdingbar notwendiger Prozess. Die Aktivitäten vieler Elterninitiativen, die trotz der Schwierigkeiten, die für Eltern bei ausfallender Kita-Betreuung entstehen, dennoch den Streik der Erzieher_innen und Sozialarbeiter_innen unterstützen, sind ein großer politischer Schritt in diese Richtung. Und auch die Erzieher_innen streiken nicht nur für ihre mehr als überfällige bessere Entlohnung, sondern auch für die Ausgestaltung einer sozialen Infrastruktur, die ihnen professionelles Arbeiten und den Kindern Lernprozesse ermöglicht. So zeigen die Streikenden in Kitas und weiteren sozialen Einrichtungen und die solidarischen Elterninitiativen einen Weg auf, wie sich der Care-Bereich revolutionieren lässt. Wenn es auf diese Weise gelingt, eine Kultur des offenen und solidarischen Miteinanders zu etablieren, dann können wir eine Gesellschaft entwickeln, in der sich Menschen nicht mehr als Konkurrent_innen gegenüberstehen, sondern deren zentrales Konstruktionsprinzip Solidarität ist.

Literatur

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (Hg.) (2013): Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2012). Familienreport 2011. Leistungen, Wirkungen, Trends, Berlin. Zugriff am 23.03.2014 unter: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-

[8] Weitere Informationen unter http://care-revolution.org

Anlagen/Familienreport-2011,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf

Keller, Matthias; Haustein, Thomas (2013): Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ergebnisse des Mikrozensus 2012. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaft und Statistik, Dezember 2013, 862-882.

Lenze, Anne (2008): In schlechter Verfassung. Die Familienpolitik in Deutschland. In: Vorgänge, 47(3), 47-60

Maier, Tobias; Zika, Gerd, Wolter, Marc Ingo; Kalinowski, Michael; Helmrich, Robert (2014): Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich trotz erhöhter Zuwanderung. In: BIBB-Report, Heft 23

Rürup, Bert; Gruescu, Sandra (2003): Nachhaltige Familienpolitik im Interesse einer aktiven Bevölkerungsentwicklung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin

Statistisches Bundesamt (Hg.) (2014): Mikrozensus. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland, Fachserie 1, Reihe 4.1.1. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetige/StandEntwicklungErwerbstaetigkeit2010411137004.pdf?__blob=publicationFile

Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld

DAS ARGUMENT
ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

311 Widersprüche des Hightech-Kapitalismus

W. F. HAUG: Jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger
G. M. QUETGLAS: Digitalisierung und Arbeitsplätze
CH. OHM & M. BÜRGER: Industrie 4.0 und ihr Kybertariat
N. BOEING: 3D-Druck – Computergesteuerte Produktionsmittel für alle?
W. SCHRÖTER: Roboter – Assistenz der Humanoiden
K. ULUDAĞ: Grenzen der Hirnforschung
A. UMGELTER: Organtransplantation – Das Fleisch der anderen
D. M. SØNDERGAARD: Roboter – unsere ›neuen Anderen‹
TH. S. GRINDSTED: Widersprüche des Algorithmischen Kapitalismus
S. PACKARD: Non fecit: Produzierender Fan und Ware
W. F. HAUG: Menschenbildung in Zeiten des Internets der Dinge
***
L. SÈVE: Marxist sein
U. HIRSCHFELD: Alltagsverstand bei Gramsci

Abo & Versand · versand-argument@t-online.de
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin
Tel: 030-611-3983 · Fax: -4270

www.inkrit.org/argument

Redaktion DAS ARGUMENT · I. Schwerdtner
Aug.-Hecht-Str. 33 · 63067 Offenbach
Tel: 069-27244151 · argument@inkrit.org

David Salomon

„Politische Wissenschaft als Politische Soziologie"

Zu den „Gesammelten Schriften" Wolfgang Abendroths

Zum 100. Geburtstag von Wolfgang Abendroth erschien 2006 der erste Band seiner auf insgesamt acht Bände angelegten „Gesammelten Schriften". Wenige Wochen vor dem 30. Todestag Abendroths am 15. September dieses Jahres steht der vierte Band kurz vor seinem Abschluss.[1] Damit umspannt die Ausgabe seiner Arbeiten vierzig Jahre – von der Polemik des Zwanzigjährigen gegen Hendrik de Mans „Widerlegung des Marxismus" (1926) bis zum programmatischen Vorwort „Politische Wissenschaft als politische Soziologie", das Abendroth für die Aufsatzsammlung „Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie" (1967) schrieb. Als Abendroth starb, hieß es in einem Nachruf des Frankfurter Instituts für Marxistische Studien und Forschung (IMSF): „Mit ihm hat die Arbeiterbewegung der Bundesrepublik einen bedeutenden marxistischen Intellektuellen verloren, der großen Anteil hatte an der Herausbildung einer linken, sich auf den Marxismus und die Arbeiterbewegung orientierenden Intelligenz. Wolfgang Abendroth hat hierzu in vielfältiger Weise beigetragen: als marxistischer Hochschullehrer ebenso wie durch seine wissenschaftlichen Arbeiten zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zur Politiktheorie und zu verfassungsrechtlichen Fragen; vor allem aber durch die von ihm vorgelebte Identität von wissenschaftlicher Erkenntnis, politischer Überzeugung und politischer Praxis." (zit. n. Leisewitz 2006, S. 191) Auch wenn die Schriften aus den bewegten siebziger und achtziger Jahren noch nicht ediert sind, ermöglichen die vorliegenden Bände bereits einen repräsentativen Einblick in dieses Programm des marxistischen Politikwissenschaftlers und Juristen, den Jürgen Habermas einmal den „Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer" (Habermas 1966) nannte.

Frühschriften und Antifaschismus

Die autobiographischen Interviews, die Barbara Dietrich und Joachim Perels in den siebziger Jahren mit Wolfgang Abendroth führten, erschienen unter dem Titel „Ein Leben in der Arbeiterbewegung" (Abendroth 1976). Darin erzählt Abendroth, dass er, in einer sozialistischen Familie aufgewachsen – „mein Großvater mütterlicherseits gehörte bereits vor dem Sozialistengesetz zur Sozialdemokratie und blieb ständig sehr aktiv in der Arbeiterbewegung" –, um das Jahr 1920 selbst politisch aktiv wurde: zunächst in der Kommunistischen Jugend und der neu gegründeten KPD, in der er nach dem Wechsel zum „ultralinken" Kurs unter Ruth Fischer und Arkadi Maslow nach 1923 zum ersten Mal in seiner politischen Biographie ins Kreuzfeuer geriet, später „als Jura-Student in

---

[1] Ich danke dem Herausgeber Michael Buckmiller dafür, dass er mit das Manuskript des Bandes für diesen Beitrag vorab zur Verfügung gestellt hat.

der roten Hilfe" (Abendroth 1976, S. 12, 68) und nach abermaligen Konflikten schließlich seit 1929 in der Kommunistischen Partei Opposition (KPO). Schriften Abendroths aus dieser frühen Zeit waren bis zum Erscheinen des ersten Bandes der „Gesammelten Schriften" kaum verfügbar. Durch die vollständige Publikation der ermittelbaren Frühschriften – insbesondere jener Texte, die zwischen 1926 und 1929 in der „Freien Sozialistischen Jugend", der Zeitschrift des gleichnamigen Bundes (BFSJ) erschienen sind – hat die Werksausgabe diese Lücke nicht nur geschlossen, sondern das Bild des frühen Engagements Abendroths zugleich um bislang kaum bekannte Facetten erweitert. So dokumentiert der Band zahlreiche Texte, in denen Abendroth mit oppositionellen „nationalbolschewistischen" Gruppen aus dem Kontext der bündischen Jugend diskutiert, die – wie auch die Herausgeber betonen – sämtlich vom Bestreben geprägt sind, „jene [...] Teile [...] der bündischen Jugend [...], die in gewisser Weise für eine sozialistische Einheitsfront noch offen sind, [...] davon abzuhalten, in die nationalsozialistische Bewegung sich einzureihen." (Bd. 1: 20)

Als die deutschen Faschisten im Januar 1933 an die Macht kamen, war Wolfgang Abendroth 26 Jahre alt. „Aus der Biographieforschung wissen wir, dass jede Generation – zumal im Hinblick auf ihr politisches Bewusstsein – durch bestimmte Schlüsselerfahrungen geprägt wird, die sich oftmals in einem Jahresdatum zusammenfassen lassen. [...] Für diejenigen, die sich wie Wolfgang Abendroth in der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik engagiert hatten, hatte das Jahr 1933 diese Funktion. Biographisch begann die Zeit der Verfolgung und der Leiden." (Deppe 2006, S. 123–124) Eine unmittelbare Folge des Faschismus an der Macht bestand für Abendroth darin, dass es unmöglich wurde, in Deutschland promoviert zu werden. Zwei rechtswissenschaftliche Aufsätze zur „bürgerlichen Jurisprudenz" (Bd. 1: 173-177) und zum faschistischen Strafrecht (Bd. 1: 177-180) aus den Jahren 1944/1934 und die schließlich in Bern eingereichte Dissertation zur „völkerrechtlichen Stellung der B- und C-Mandate" (Bd. 1: 181-465), die 1936 in Breslau erschien, sind die letzten Abendrothschen Frühschriften. Zwischen ihnen und den folgenden Texten liegen zehn Jahre eines erzwungenen Schweigens: „Von 1936 bis 1946 – also volle 10 Jahre zwischen dem 30. und dem 40. Lebensjahr – Verhaftung/Folter, der Prozess: 4 Jahre Zuchthaus, danach Strafbataillon, Einsatz in Griechenland; Desertion zur ELAS, Gefangenenlager der Briten in Ägypten, Rückkehr nach Deutschland erst 1946." (Deppe 2006, S. 122) Es sind prägende Jahre, über die die Werksausgabe – zumindest bis zum Erscheinen der Briefe (Bde. 7 und 8) – keinen Aufschluss zu geben vermag.[2]

Demokratiewissenschaft und Arbeiterbewegung

Nach seiner Rückkehr lässt sich Abendroth zunächst in der Sowjetischen Besatzungszone nieder und wird auf staatsrechtliche Professuren in Leipzig und Jena berufen. Abendroth beteiligt sich rege publizistisch an den rechtspolitischen

---

2 Verwiesen sei auf die ausführliche Teilbiographie von Andreas Diers, 2006.

Debatten der unmittelbaren Nachkriegszeit. Dabei knüpft er an frühere Arbeiten zur Selbstzerstörung des bürgerlichen Rechts an, wenn er schreibt: „Die Einsicht in die selbständige Würde des Rechts findet bei der Kapitalistenklasse notwendig ihre Schranke an ihren besonderen Interessen zur Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung – obwohl diese Einsicht durch sie hervorgebracht wurde." (Bd. 1: 469) Diese „Krisis des Rechtsbewusstseins" (Bd. 1: 469-471) setzt, wie Abendroth betont, keineswegs erst mit dem Faschismus ein: „[D]ie eindeutige *antisozialistische* und antidemokratische (weil antiproletarische) *Grundhaltung des Richterstandes*, den die Republik unverändert aus dem alten System übernommen hatte, wurde keineswegs erst in der Zeit des Sieges des Nationalsozialismus deutlich, sondern war schon in der Periode der Kämpfe um die Gestaltung der Republik eine der wichtigsten Voraussetzungen des Erfolges der Reaktion und dann des Faschismus." (Bd. 1: 469) Solche Gefährdung des neu zu schaffenden Rechts gelte es nun zu verhindern: „Deshalb darf diese Schicht nicht die Richter des neuen Staates stellen. Mit oberflächlicher Denazifizierung ist es hier nicht getan." (Bd. 1: 466) Bereits in diesen ersten Arbeiten Abendroths nach seiner Rückkehr nach Deutschland artikuliert sich das zentrale Thema, das er in den kommenden Jahren verfolgen wird: die Reflexion der Ausgangsbedingungen und Entwicklungschancen eines demokratischen Neubeginns, der nur im konsequenten Bruch mit den Traditionen und gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen bestehen könne, die den Faschismus an die Macht gebracht hatten. Abendroths Schriften – sowohl die während seiner Zeit in der SBZ als auch die nach seiner Flucht im Winter 1948 geschriebenen – sind, wo sie nicht Historiographie der Arbeiterbewegung betreiben[3], zu einem großen Teil aktuellen politischen Fragen gewidmet. An ihnen entwickeln sie freilich häufig theoretische Positionen von grundsätzlicher Bedeutung. Eine besondere Rolle spielt auch – über die historische Phase der Konstitution zunächst der Ländern, schließlich der beiden deutschen Teilstaaten – hinaus, die Beschäftigung mit Verfassungsfragen. In der Einleitung zum zweiten Band der Schriften heben die Herausgeber hervor: „Abendroths verfassungstheoretische Position kristallisiert sich wesentlich in vier Problemkomplexen: der rechtlichen Diskontinuität zwischen dem Staat des Dritten Reiches und dem der Bundesrepublik, dem Stellenwert der Grundrechte und des Parlamentarismus im politischen System und schließlich der Garantie des Grundgesetzes für eine sozialistische Umgestaltung der privatwirtschaftlichen Ordnung sowie der demokratischen Wege zur deutschen Einheit unter den Bedingungen der Besatzungsherrschaft und der Diktatur der SED." (Bd. 2: 14)

1954 schreibt Abendroth unter dem Titel „Demokratie als Institution und Aufgabe" einen kurzen programmatischen Aufsatz, der als Kondensat des demokratietheoretischen Rahmens gelesen werden kann, in den Abendroths juristische und politikwissenschaftliche Schriften eingebettet sind (Bd. 2: 407-416). Darin definiert er zunächst unter Rekurs auf Pufendorf, Demokratie sei „ihrem Wesen nach gleichberechtigte *Teilnahme* aller an der gemeinsamen Regelung der ge-

[3] Insbesondere Bd. 4 enthält einige der größeren Arbeiten zu diesem Themenkomplex, so die „Sozialgeschichte der Europäischen Arbeiterbewegung".

meinsamen Aufgaben, *tendenzielle Identität von Regierenden und Regierten.*" (Bd. 2: 411), um schließlich historisch und soziologisch nachzuzeichnen, wie es zunehmend die Arbeiterbewegung war, die durch ihre Forderungen nach allgemeinem Wahlrecht und der Beseitigung von Klassenprivilegien zum Träger des demokratischen Gedankens wurde. Aufgrund des antagonistischen Charakters bürgerlicher Klassengesellschaft liege das „Problem des demokratischen Gehalts des modernen parlamentarischen Staates" nicht allein in „der nur formalen Betrachtung seiner Rechtsnormen", sondern zunehmend in der „inhaltliche[n] Analyse seines gesellschaftlichen Funktionierens": „Die lebendige und demokratisch organisierte *Selbstverwaltung* seiner Gebietskörperschaften, seiner Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Heranziehung der vielfältigen Massenorganisationen, die seine politischen, sozialen, kulturellen und religiösen Kräfte repräsentieren und deren Integration in sein Dasein die Sicherung der demokratischen Beteiligung aller an der planmäßigen Steuerung der wirtschaftlichen Prozesse, die über das Geschick der Gesellschaft entscheiden, bei ständigem Ringen gegen alle gesellschaftlichen Gruppen, die Ausbeutungs- und Machtprivilegien verteidigen wollen – das sind die Kampffelder, auf denen entschieden wird, ob ein parlamentarischer Staat seinen demokratischen Integrationswert bewahrt oder am Ende auch seine parlamentarischen Formen und lediglich formellen demokratischen Spielregeln abstreift." (Bd.2: 415) Insbesondere die Gewerkschaften seien daher – wie es an anderer Stelle heißt – „die natürlichen Hüter der Demokratie" (Bd. 2: 221–230). Indem Abendroth den Demokratiebegriff soziologisch-konkret auf materielle Gleichheitsforderungen gründet, argumentiert er zugleich gegen eine schematische Entgegensetzung von Freiheit und Gleichheit bzw. von Sozialismus und Demokratie: „Sozialismus ist nichts anderes als die allseitige Verwirklichung dieses Gedankens der Demokratie, der aus einem System politischer Spielregeln zum inhaltlichen Prinzip der gesamten Gesellschaft, zur sozialen Demokratie erweitert wird." (Bd. 2: 416) Nur solche Erweiterung sei in der Lage, Demokratie auf Dauer zu sichern. Die Weimarer Erfahrung vor Augen, betont Abendroth kontinuierlich, bloß formale, ihrer sozialen Substanz beraubte Demokratie stehe zumal in Krisenzeiten stets vor der Gefahr, den partikularen Machtinteressen privilegierter sozialer Klassen zum Opfer zu fallen. Als Gründungsrektor der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven und schließlich seit 1950 als Professor für wissenschaftliche Politik in Marburg arbeitet Abendroth an einer in diesem Sinne konsequenten demokratiewissenschaftlichen Begründung der neuen Disziplin.

Schien es in der unmittelbaren Nachkriegszeit zunächst tatsächlich so, als würde in allen Besatzungszonen der konsequente Bruch nicht nur mit dem Personal des Faschismus in den Staatseliten, sondern auch mit dem monopolkapitalistischen Wirtschaftssystem vollzogen, so begann schon bald nach der Gründung der Bundesrepublik eine Phase der Restauration, die insbesondere durch den beginnenden Kalten Krieg ermöglicht und begünstigt wurde. Abendroth schärfte seine Positionen nun in der Opposition zur bestehenden Realität des Adenauer-Staats, in dem sich – gerade auch unter Juristen – zunehmend wieder das schwerbelastete Personal des Faschismus etablierte. Als scharfer

Kontrahent der Abendrothschen Interpretation der Staatsformbestimmung der Bundesrepublik als „demokratischem und sozialem Bundesstaat" im Artikel 20 des Grundgesetzes trat insbesondere der Carl-Schmitt-Schüler Ernst Forsthoff auf. Abendroth hatte im „unaufhebbare[n] Verfassungsgrundsatz der demokratischen und sozialen Rechtsstaatlichkeit [...] ein Strukturprinzip der verfassungsrechtlichen Ordnung" (Bd. 2, 339) der BRD ausgemacht und – ganz in Übereinstimmung mit seiner demokratietheoretischen Konzeption – betont, dieser „Gedanke der sozialen und demokratischen Rechtsstaatlichkeit" könne „nur richtig verstanden werden, wenn man in ihm den Willen erkennt, [...] dem die Gesellschaft demokratisch repräsentierenden Staat die ständige Ausdehnung seiner gestaltenden Tätigkeit auf die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zur Aufgabe zu stellen." (Bd. 2, 375) Zentral für die rechtswissenschaftliche Argumentation Abendroths war hierbei, dass er die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen und Kräfteverhältnisse im Deutschland des Jahres 1949, mithin die Diskreditierung der alten Eliten und die Diskussionen um eine wirtschaftliche Neuordnung, in seine Verfassungsinterpretation einbezog.[4] Damit widersprach er Forsthoff inhaltlich wie methodisch diametral, der behauptet hatte, das Grundgesetz habe „keinen spezifischen sozialen Gehalt." (Forsthoff 1968, S. 185) Forsthoff bemüht letztlich einen enthistorisierten Zielkonflikt zwischen Freiheit und Gleichheit, wenn er postuliert, Rechtsstaat und Sozialstaat seien „ihrer Intention nach Gegensätze. Der Rechtsstaat hat seine eigenen Institutionen, Formen und Begriffe. Sie sind auf Freiheit angelegt. Auch der konsequent verwirklichte Sozialstaat, der auf Teilhabe hingerichtet ist, bringt eigene Institutionen, Formen und Begriffe hervor, die wesentlich anders geartet sein müssen." (Forsthoff 1968, S. 179) Da das so verstandene Rechtsstaatsprinzip über dem Sozialstaatsprinzip stehe, kann Forsthoff in letzterem nur eine weiche Norm ausmachen, deren geringe Bedeutung er mit dem lapidaren Satz herausstreicht: „Nicht im Bereich der Verfassung, sondern der Verwaltung hat der Sozialstaat Eingang in die Wissenschaft vom öffentlichen Recht gefunden." (Forsthoff 1968, S. 171) Forsthoffs Interpretation passte genau zur restaurativen Wirtschaftspolitik, die alsbald unter dem Namen einer „sozialen Marktwirtschaft" die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik *faktisch* entschied.

Im Rückblick muss sicher konstatiert werden, dass Abendroths konkrete Kämpfe fast alle mit Niederlagen endeten. Seine Verteidigung des politischen Streikrechts[5] konnte nicht verhindern, dass sich in der Bundesrepublik eine Interpretation des Streikrechts etablierte, die selbst Tarifkonflikte in ein enges Korsett aus gesetzlichen Einschränkungen und Friedenspflichten zwängte. Die Bundesrepublik wurde bereits 1956 remilitarisiert und auch „Notstandsgesetze", gegen die Abendroth seit den ersten Debatten um ein Notstandsrecht in den fünfziger Jahren Partei ergriff[6], wurden 1969 verabschiedet; die KPD

4 Vgl. hierzu auch ausführlich Abendroth 1966. Ein Wiederabdruck wird in Bd. 4 erscheinen.

5 Etwa Bd. 2: 121-126; 308-314; 334-337.

6 Etwa Bd. 3: 242-245; 358-365.

blieb trotz Abendroths Gutachten (Bd. 3: 109-132) verboten und auch in den siebziger Jahren konnten – um künftigen Bänden vorzugreifen – Abendroths Stellungnahmen die Praxis der Berufsverbote, mit denen schon bald nach der Neukonstituierung einer kommunistischen Partei ihre Mitglieder Berufsverboten im öffentlichen Dienst unterzogen wurden, nicht beenden. Schon Ende der fünfziger Jahre musste Abendroth zudem erleben, dass die SPD, deren Mitglied er bereits vor seiner Rückkehr aus englischer Gefangenschaft geworden war, zunehmend aufhörte eine Plattform marxistischer Opposition zu sein. Schon im Kontext der Debatten, die zum Godesberger Programm führten, und schließlich durch den Umgang mit seinem Gegenentwurf (Bd. 3: 278-290) wurde offenbar, wie wenig der Marxist Abendroth in der SPD mehr bewirken konnte. Der Ausschluss im Zusammenhang mit dem Unvereinbarkeitsbeschluss von SPD und SDS markierte den Abschluss einer langen Entwicklung. In seinem Nachruf auf Erich Ollenhauer (Bd. 4) zieht Abendroth Bilanz: „So wurde auf dem Godesberger Parteitag bis auf geringe Reste der Sozialismus und der Gedanke der unbedingten Solidarität mit der Gewerkschaft, durch die berühmte Wehner-Erklärung 1960 die bisherige außen- und nationalpolitische Vorstellungswelt der Partei, durch den Parteitag von Hannover Erich Ollenhauer als politischer Repräsentant der Partei im Falle ihres Wahlsieges fallengelassen. Die Wahlen 1961 haben (auch vom Standpunkt der Urheber dieser Unternehmen) kaum Argumente für den Erfolg dieser ‚Politik des Überholens der CDU' mit ihren eigenen Mitteln bloßer inhaltsloser Demagogie geliefert und das traditionelle Mittel der alten Arbeiterbewegung im Wahlkampf, das der rationalen demokratischen politischen Fragestellung und Diskussion, in keiner Weise widerlegt." (Bd. 4) Gleichwohl vermitteln Abendroths Arbeiten auch bei der Relektüre an keiner Stelle eine pessimistische Grundhaltung. Seine scharfe Argumentation trug vielmehr dazu bei, im Kampf gegen eine von Kaltem Krieg und postfaschistischer Mentalität gezeichnete Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik die oppositionelle Würde eines anderen Deutschland lebendig zu halten.

Zur Aktualität der Abendrothschen Demokratiewissenschaft

Anlässlich des 100. Geburtstags Wolfgang Abendroths schrieb Frank Deppe in dieser Zeitschrift: „Als Anhänger des von Marx und Engels entwickelten Historischen Materialismus betrachtete Abendroth Ökonomie, Gesellschaft und Politik als eine Totalität, als einen Herrschaftszusammenhang, in dem die kapitalistische Verfügung über die Produktionsmittel und die Gesetzmäßigkeiten der krisenhaften Kapitalakkumulation gleichsam die dominanten Variablen bilden. Aber er anerkannte wie kaum ein anderer marxistischer Sozialwissenschaftler seiner Zeit die Autonomie des Politischen – der Rechtsverhältnisse, der Machtstrukturen wie der politischen Kämpfe und Auseinandersetzungen." (Deppe 2006, S. 129–130) Die Bedeutung, die dem Politischen in Abendroths Denken zukam, spiegelt sich nicht zuletzt auch in seinem Begriff von politischer Wissenschaft als politischer Soziologie: „Politische Soziologie ist – ob sie das will oder nicht – praxisbezogen. Sie ist es nicht nur, weil politische Praxis ihren

Gegenstand bildet, auch wenn sie politische Theorien ideologiekritisch analysiert oder selbst politische Theorien entwickelt. Sie ist es ebenso, weil sie selbst, indem sie politische Praxis analysiert oder eine politische Theorie ausarbeitet, der politischen Praxis dient und sie verändert." (Bd. 4) Für Abendroth resultierte aus dieser Feststellung die Aufforderung an den politischen Wissenschaftler, seine Expertise – ohne dabei in Gefälligkeitswissenschaft abzugleiten – selbstbewusst als Bestandteil politischer Praxis zu begreifen und in den Kontext jener sozialen Kämpfe zu stellen, in denen demokratische Gleichheitsforderungen artikuliert werden. Dieser Anspruch hat – auch wenn die Konstellation der gegenwärtigen Krisenepoche sich deutlich von den Konfliktkonstellationen der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit unterscheidet – nichts von seiner Aktualität verloren. Die realpolitische Erdung der Abendrothschen Schriften, ihre konsequente Orientierung auf historisch-soziologische Konkretion und die Bedeutung, die dem Kampf um Rechtspositionen in ihnen zukommt, sind für eine Erneuerung marxistischer Debatten von ebenso bleibender Bedeutung wie für die Rekonstruktion einer politischen Linken.

Literatur

Abendroth, Wolfgang (1966): Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme. Pfullingen.

Abendroth, Wolfgang (1976): Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche, aufgezeichnet und herausgegeben von Barbara Dietrich und Joachim Perels. 1. Aufl. Frankfurt a.M.

Abendroth, Wolfgang (2006-2015): Gesammelte Schriften (bisher 4 Bde). Bd. 1 und 2 hrsg. v. Michael Buckmiller, Uli Schöler und Joachim Perels; ab Bd. 3 hrsg. v. Michael Buckmiller. Hannover: Offizin.

Deppe, Frank (2006): Wolfgang Abendroths „Politische Wissenschaft". Anspruch, Wirkung, Aktualität. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung (67), S. 122–133.

Diers, Andreas (2006): Arbeiterbewegung, Demokratie, Staat. Wolfgang Abendroth, Leben und Werk 1906-1948. Hamburg.

Forsthoff, Ernst (1968): Begriff und Wesen des sozialen Rechtsstaats. In: Ernst Forsthoff (Hg.): Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit. Aufsätze und Essays. Darmstadt: Wiss. Buchges. (Wege der Forschung, 118), S. 165–200.

Habermas, Jürgen (1966): Partisanenprofessor im Lande der Mitläufer. Der Ordinarius Wolfgang Abendroth wird am 2. Mai sechzig Jahre alt. In: Die Zeit, 29.04.1966, S. 24. Online verfügbar unter http://www.zeit.de/1966/18/partisanenprofessor-im-lande-der-mitlaeufer.

Leisewitz, André (2006): Wolfgang Abendroth und das IMSF. In: Hans-Jürgen Urban, Michael Buckmiller und Frank Deppe (Hg.): „Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie". Zur Aktualität von Wolfgang Abendroth. Hamburg, S. 191–195.

Thomas Metscher

Kultur, Ästhetik, Kunst

Grundlinien einer ontologischen Ästhetik

In einer Reihe von Schriften habe ich seit einigen Jahren den Versuch unternommen, das Konzept einer ontologischen Ästhetik auszuarbeiten.[1] Der vorliegende Aufsatz setzt sich zum Ziel, die Grundlinien dieses Konzepts in konzentrierter Form darzustellen.[2]

Zunächst: Was heißt ‚ontologische Ästhetik' und was heißt hier ‚Ontologie'?

I. Ein geschichtsmaterialistischer Ontologiebegriff und das Konzept einer ontologischen Ästhetik

1. Ontologie als geschichtsmaterialistisch-dialektischer Begriff

Der Begriff der Ontologie ist, wie viele Begriffe der neueren, auch der marxistischen Philosophie, metaphysischer Herkunft. Er stammt aus dem *Lexicon philosophicum* des Glocenius von 1613 und bedeutet dort ‚Lehre vom Sein' und den ‚allgemeinsten Seinsbestimmungen', wurde in der Folge mit der Metaphysik als *prima philosophia* des Aristoteles identifiziert. Diese versteht sich als die ‚Wissenschaft der ersten Prinzipien und Gründe des Seienden', der die Lehre von dem ‚ersten unbewegten Beweger', also eine philosophische Theologie, zugehört. Von Kant kritisiert, wird die Ontologie in Hegels

---

1 Vgl. Logos und Wirklichkeit. Ein Beitrag zu einer Theorie des gesellschaftlichen Bewusstseins. Frankfurt a.M. 2010 (im Folgenden abgek. LW), „Dritter Teil: Logos, Kultur und Ästhetik"; Kunst. Ein geschichtlicher Entwurf. Berlin 2012 (abgek. K); Ästhetik, Kunst und Kunstprozess. Berlin 2013 (abgek. Ä). Die drei Bücher enthalten den kategorialen Kern und die Ausarbeitung einzelner Problemfelder meines ästhetiktheoretischen Konzepts, doch keine systematische Gesamtdarstellung; diese ist für eine spätere Veröffentlichung geplant. Der Gedanke des kategorialen Zusammenhang von Kultur, Ästhetik und Kunst, der in diesen Schriften als systematisches Konzept zugrunde liegt, geht auf eine ältere Studie zurück: „Ontologie, Kulturtheorie, Ästhetik". Herausforderung dieser Zeit. Zur Philosophie und Literatur der Gegenwart, Düsseldorf 1989, 59-169.

2 Anlass dieses Aufsatzes ist Norbert Schneiders streitbarer Essay „Mimesis und Realismus. Anmerkungen zu Thomas Metschers Philosophie der Kunst", in: *Das Argument* 309, 2014, 549-59. Das Problematische an dieser Schrift ist, in meiner Sicht, nicht ihre Kritik, sondern der Tatbestand, dass sie mich Positionen zuordnet, die mit der von mir vertretenen wenig gemeinsam haben, ja in nicht unwesentlichen Punkten in deutlichem Widerspruch zu ihr stehen. Eine Antwort war deshalb erforderlich. Die beste Antwort, denke ich, ist nicht die kritische Gegenrede, die nur allzu leicht zu unproduktiver Polemik führt, sondern die Darstellung meines Konzepts in seinen Kernelementen. Auf diese Weise bleibt es den Lesenden selbst überlassen, ihre Schlüsse zu ziehen. Zudem kann mein Text auch ohne Kenntnis des Schneiderschen ‚Originals' gelesen und verstanden werden. An entscheidenden Punkten meiner Argumentation, insbesondere dort, wo ich stark verkürzt argumentieren muss, verweise ich auf die detaillierte Darlegung in meinen Schriften.

Logik rehabilitiert, insofern in ihr von den notwendigen Prinzipien unserer Erkenntnis auf die notwendigen Prinzipien des Seienden geschlossen, die Philosophie zu einer Lehre des Seienden, wie es an sich selbst ist, ausgearbeitet wird. Eine Wiederaufnahme ontologischer Fragen im neueren Denken findet sich in der phänomenologischen Schule, die von Husserls Wesensschau bis zur Fundamentalontologie des frühen Heidegger und Sartre reicht, wie in der realistischen Ontologie Hartmanns. Im Marxismus sind Bedeutung und Rang ontologischer Fragen umstritten. Die Hauptlinien marxistischen Denkens, vom ‚westlichen' und kritischen Marxismus bis zum sog. Marxismus-Leninismus lehnen, hier in seltenem Einklang, eine marxistische Ontologie ab. Auf der anderen Seite findet sich eine Wiederaufnahme ontologischer Fragen in Lenins *Konspekten zu Hegels ‚Logik'*, ihre systematische Ausarbeitung in Lukács' später Ontologie und im Denken von Holz.[3]

Ohne hier auf die Debatten dieser hochkomplexen Fragen im Einzelnen eingehen zu können, sei mit wenigen Worten gesagt, wie ich den Ontologiebegriff verwende. Ich verwende ihn in einer Weise, wie allein man in meiner Sicht einen Begriff metaphysischen Denkens marxistisch noch verwenden kann: kritisch, dem traditionellen Begriffsverständnis entgegen. Fasst dieses Ontologie als Lehre vom Sein (‚allgemeinsten Seinsbestimmungen') in einem metaphysischen Sinn, also bezogen auf das Seiende im Ganzen wie auf den Grund und Sinn von Sein, so kann geschichtsmaterialistisch ‚Sein' nur als *menschlich-gesellschaftlich-geschichtliches Sein*, als Verhältnis von Mensch, menschlicher Welt und Natur bestimmt werden – mit Lukács' Begriff: als *Ontologie des gesellschaftlichen Seins* –, als *Natur-Sein* nur, insofern uns die Natur aufgrund unseres Umgangs mit ihr und unsres Wissens von ihr bekannt ist. Erst durch die materialistische Metaphysikkritik: die *Aufhebung der Metaphysik in Dialektik* (Holz) kann die Frage nach den Strukturen und Erscheinungen des gesellschaftlich-materiellen und natürlichen Seins unverstellt gestellt werden; so erst wird die *sinnliche Materialität des Seins* in ihrem An-sich-Sein theoretisch zugänglich. *Zugänglich werden Wirklichkeit und Welt, wie sie an sich selbst verfasst sind.* Mit dieser Bestimmung ist das geschichtsmaterialistisch-dialektische Ontologiekonzept in einem prinzipiellen Sinn antikantianisch wie es anti-phänomenologisch ist und sich im Grundansatz von jedem existentialontologischen Entwurf unterscheidet. Dass aber ein solches

---

3 Die Frage nach einer materialistischen Ontologie ist ein in vielem noch offenes Problemfeld; es bedarf weiterer Bearbeitung. So fehlt bis heute eine gründliche Behandlung von Lukács' später Ontologie. Informativ für die Problemexposition J. Lensink, „Ontologie", in H.J. Sandkühler (Hg.), *Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften*. Hamburg 1990, Bd. 3, 615-28, wenn auch die Argumentation gegen Lukács allerdings so wenig überzeugt wie Vellays Kritik von Holz auf der Basis von Lukács' Ontologie. (C. Vellay, „Hans Heinz Holz' metaphysische Idee des Gesamtzusammenhangs", *Aufhebung. Zeitschrift für dialektische Philosophie* 3/2013, 10-48.) Sehr informativ, nicht zuletzt auch durch den Einbezug ontologischer Fragestellungen im Rahmen der analytischen Philosophie T. Stahl, „Praxis und Totalität. Lukács' Ontologie des gesellschaftlichen Seins im Lichte aktueller sozialontologischer Debatten". In: R. Dannemann (Hg.), *Lukács 2014/2015. Jahrbuch der Internationalen Georg-Lukács-Gesellschaft*. Bielefeld 2015, 123-50.

Wissen ins Zentrum marxistischen Denkens gehört, ja notwendiger Teil ist einer dialektisch-materialistischen Weltanschauung, steht für mich außer Frage.

Meine Überlegungen nehmen auf Lukács wie auf Holz Bezug, ohne sich einer der von ihnen vorgegebenen Argumentationslinien in einem systematischen Sinn anzuschließen. Mein Ziel war und ist die Ausarbeitung eines eigenständigen Problemansatzes. Er liegt in einigen Grundzügen vor, beschränkt sich allerdings auf die besonderen Gegenstandsfelder, die ich behandle: die *Theorie gesellschaftlichen Bewusstseins* (in *LW*) und die *Theorie der Kultur, des Ästhetischen und der Kunst* (in *K* und *Ä*). Es lässt sich hier von *Bereichsontologien* sprechen, ohne den Anspruch, mehr als den Rahmen für eine allgemeine Ontologie ausarbeiten zu wollen. Beim gegenwärtigen Ausarbeitungsstand haben meine Überlegungen den Charakter eines Entwurfs mit offenen Horizonten.

Ontologie ist für mich also nichts Abgeschlossenes. Mit dem Begriff verbinde ich eine bestimmte Frage- und Aufgabenstellung.[4] Es ist die Frage nach *stabilen Strukturen an-sich-seiender Wirklichkeit.* Es geht um *Konstanten im Wandel des historischen Prozesses*, Strukturen, die historischen Veränderungen zugrunde liegen und diesen Kontinuität und Stabilität verleihen. So liegt in Marx' Ausführung zum Arbeitsprozeß in Kapital I in meiner Sicht eine ontologische Analyse an dem Punkt vor, an dem er den Arbeitsprozess „unabhängig von jeder bestimmten gesellschaftlichen Form betrachtet" (MEW 23, 192). Denn das heißt, er betrachtet ihn, wie er strukturell in jeder bestimmten gesellschaftlichen Form zu finden ist, wie er jede bestimmte gesellschaftliche Form fundiert.[5] Hier zeigt sich zudem, dass ontologische Strukturen weder zeitlos noch ungeschichtlich sind (es ist dies ein verbreitetes Vorurteil). Es sind Basisstrukturen natürlichen und menschlich-gesellschaftlichen Seins, die ihre Identität über längere Zeiträume und geschichtliche Formationen hinweg bewahren, die geschichtliche Veränderungen tragen, doch *an sich selbst prozesshaft, veränderlich, werdend-gewordene, also geschichtlich* sind. So hält Marx' Arbeitsbegriff fest, was das Ergebnis evolutionärer Entwicklung ist, gleichwohl für alle uns bekannten Formen menschlicher Arbeit – durch formationsgeschichtliche Differenzen hindurch – seine Gültigkeit bewahrt hat; sie aller Voraussicht nach noch so lange bewahren wird, wie der Mensch in der uns bekannten Gestalt sein Dasein auf der Erde fristet.

Zum Begriff des Ontologischen in dem hier verwendeten Sinn seien folgende Leitsätze notiert:

1. Kategorien bzw. kategoriale Bestimmungen sind im Sinne einer geschichtsmaterialistischen Ontologie keine der Wirklichkeit vom Subjekt her oktroyierten Begriffe, sondern Bestimmungen von Gegenstandsstrukturen und Gegenstandsrelationen: Ausdruck von „Daseinsformen, Existenzbestimmungen" (Marx; MEW 13, 637). Sie spiegeln, idealiter, Ganzheit und Zusammenhang der gegenständlichen Welt, auf die sie sich beziehen.

---

4 Des Näheren *LW*, 15-17.

5 Des Näheren *LW*, Zweiter Teil, A, II, B, 2, 2.

2. Ontologische Aussagen benennen gegenstandstheoretische Bedingungen für das So-Sein komplexer Sachverhalte (Tatsachen) – von Wirklichkeit und Welt.

3. Bei ontologischen Aussagen geht es um elementare Strukturen, deren Kenntnis unverzichtbar ist, wenn komplexe Sachverhalte (Tatsachen) verstanden werden sollen. Ontologische Elementaria besitzen einen axiomatischen Charakter.

5. Ontologische Kategorien sind geschichtlich in einem Sinn, den man als *ontologische Geschichtlichkeit* bezeichnen kann. Sie sind geschichtlich auf zweifache Weise. Sie bilden *erstens* die Basisstrukturen empirischer Prozesse: Strukturen, die diese Prozesse tragen, ihnen Kontinuität und Stabilität verleihen. Sie sind *zweitens* an sich selbst geschichtlich, da sie langzeitigen Veränderungen unterworfen, selbst gewordene und werdende sind.

6. Erst die Ontologie begründet die radikale *Diesseitigkeit* des Denkens. Denn sie fragt nach den stabilen Strukturen des materiellen Seins, wobei ‚Bewußtsein', ‚Logos', ‚Geist' als – evolutionär entstandene – Teile des materiellen Seins gedacht werden. Sie fragt so nach der *Gegenständlichkeit* – der *sinnlichen Materialität* – von Wirklichkeit und Welt. Ist die *sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis* die Basiskategorie des von Marx begründeten ‚neuen Materialismus', so fragt die ontologische Frage nach den Strukturen, aus denen diese Tätigkeit als subjektive Praxis wie die von ihr hervorgebrachte gegenständliche Welt besteht.

Diese Bestimmungen gelten im vollen Umfang auch für die Ontologie des Ästhetischen und der Künste.

Wirklichkeit und Welt

Eine Unterscheidung, die für meine Überlegungen wesentlich ist, ist die *Differenz von Wirklichkeit und Welt.*[6] Hier ließe sich, mit einigem Recht, von einer *ontologischen Differenz* sprechen. Unter ‚Wirklichkeit' verstehe ich, was traditionell ‚das Ganze des Seienden' oder ‚Realität', bei Wittgenstein die ‚Gesamtheit der Tatsachen' heißt. *Welt* dagegen ist der durch menschliches Tun – Praxis – geformte Teil der Wirklichkeit – *Welt ist Wirklichkeit konstituiert durch das gegenständliche Handeln von Menschen.* Im Weltbegriff treffen zwei Dimensionen zusammen: die des *An-sich*, Wirklichkeit als Naturgrund von Welt, und die des *Für-uns*, Welt als durch menschliche Praxis geformte Wirklichkeit. Ist Wirklichkeit die Gesamtheit der Tatsachen, so ist Welt *die Gesamtheit der Tatsachen in Bezug auf den Menschen.*

Welt ist zudem, nicht anders als die Wirklichkeit in ihren uns bekannten Naturformen, ein *geschichtlicher Begriff.* In ihrer materialen Verfaßtheit sind die Gegenstände der Welt wie ihre Verbindungen werdend-gewordene. Sie unterliegen Veränderungen. Sie sind prozessual: Resultat und Ausgangspunkt von Prozessen. Sie sind in der Zeit wie sie im Raume sind. In diesem Sinn sind sie

---

[6] Des Näheren *LW*, 30-33, 83-122, , *LW*, 389-437; *Ä*, 46-48, 145-52, 154-79.

geschichtlich; geschichtlich als Gegenstände der Natur und in besonderer Weise geschichtlich als Gegenstände der Menschenwelt. Diese sind durch sinnlich gegenständliche Tätigkeit, Praxis hervorgebracht. Die gegenständliche menschliche Welt wie die menschlichen Weltverhältnisse sind das Ergebnis menschlichen Handelns. Dieses ist mit sinnlich gegebenen Gegenständen befaßt: mit naturhaft gegebenen und mit menschlich gemachten. Menschliches Handeln ist Tun im Umgang mit Gegenständen oder gegenständliches Herstellen. Handelnde Menschen finden sich in einer durch vorgängiges Handeln determinierten Welt, in der sie selbst handelnd, Welt gestaltend und umgestaltend tätig sind. Sie sind produziert und produzierend zugleich. Die Weltverhältnisse sind gemacht, und sie sind gestaltbar.

Welt meint also jenes Ganze, das sich im *Prozess kultureller Weltkonstitution* als spezifisch menschliche Ordnung räumlich und zeitlich herstellt. Menschliches Dasein ist konstitutionell ‚welthaft'; in diesem Sinn korrespondiert der Weltbegriff mit dem der Kultur.[7] Kulturelle *Konstitution* meint den Prozess gegenständlicher Bildung, und dieser vollzieht sich als Raum-Zeit-Kontinuum. Konstituiert wird eine gegenständliche Welt in Raum und Zeit. Die kulturelle *Konstruktion* von Welt bezieht sich sowohl auf materielle Gegenständlichkeit, die Produkt menschlicher Arbeit ist, als auch auf Bildung der sozialen Welt als eines Systems von Vereinbarungen, Konventionen und Institutionen, als auch auf die Institutionen und Apparate politischer Macht, als auch auf die Welt kultureller Objektivationen (Formen, Traditionen), auf das geistige System von Normen und Werten, schließlich und nicht zuletzt auf die drei großen geistigen Objektivationssysteme: Religion, Kunst, Wissenschaft. Sie bezieht sich weiter auf die Konstitution von Bedeutung und Sinn auf allen Ebenen gesellschaftlichen Seins. Das Ästhetische, in der Vielfalt seiner Dimensionen, spielt eine zentrale Rolle in diesem Prozess.

Wo immer also in meinen Texten das Wort ‚Welt' oder eins seiner Komposita zu finden ist, bezieht es sich auf Sachverhalte aus dem realen Leben von Menschen: die Erfahrung und Handlung konkreter Subjekte in einer gegenständlichen Welt. In der Geschichte der mimetischen Künste, dies ist ein Grundaxiom meiner theoretischen Überlegungen, ist die Totalität dieser Erfahrung in Form der reflexiven Anschauung aufgehoben.

2. Ontologische Ästhetik: *Kultur-Ästhetik-Kunst* als kategoriale Reihe und als Gegenstandsbereich

Das methodische Verfahren der ontologischen Analyse ist das einer *genetischen Rekonstruktion.* Gemeint damit ist der Rückgang auf fundierende Strukturen (‚kategoriale Elementaria'), aus denen Welt-Tatsachen – komplexe Sachverhalte – gebaut sind. Wenn ich von einer *Ontologie des gesellschaftlichen Bewusstseins* spreche (*LW*), so meine ich: Bewusstsein soll als *struktureller Bestandteil des Wirklichen* aufgefasst werden, das seinen genetischen

7 Des Näheren *LW*, Dritter Teil.

Ort in der gegenständlichen Tätigkeit des Naturwesens Mensch hat; als struktureller Bestandteil von Natur und Menschenwelt, als Kategorie des *materiellen Seins*, Teil oder Modus, nicht Gegensatz zu Natur/Materie.[8] Wenn ich von einer *ontologischen Ästhetik* spreche (*K*, *Ä*), so heißt das: Ästhetik und Kunst – das mit diesen Worten bezeichnete Gegenstands-, Erfahrungs- und Praxisfeld – sollen in analoger Weise als struktureller Bestandteil des Wirklichen, der menschlich-gesellschaftlichen Welt, als Kategorie materiellen Seins aufgefasst werden. Auszuarbeiten sind die Kategorien dieses besonderen Weltbereichs, damit auch die differentia specifica zu anderen Weltbereichen.

Im Sinne der genetischen Rekonstruktion sind Ästhetik und Kunst *Teil des Prozesses der Kultur: Das Ästhetische ist Modus (Seinsform, Weltgestalt) des Kulturellen, die Kunst Modus (Seinsform, Weltgestalt) des Ästhetischen.* Es ist dies das Basisaxiom der hier vertretenen Theorie. *Kultur-Ästhetik-Kunst* bilden eine kategoriale Reihe. Die sie konstituierenden kategorialen Strukturen in ihrer Gesamtheit sind der Sachverhalt, über den hier geredet wird. Er bildet zugleich, in seiner geschichtlich-gesellschaftlichen Verfassung, einen besonderen Gegenstandsbereich, der Teil ist des Ensembles der gesellschaftlichen Verhältnisse.

In *Ästhetik, Kunst und Kunstprozess* (*Ä*), der bisher entwickeltsten Gestalt meines theoretischen Konzepts, gehe ich auf das Problem der ontologischen Fundierung ausdrücklich ein und umreiße den kategorialen Raum der zu erläuternden Theorie (*Ä*, 28f.). Mein Einsatz ist Holz' Argumentation für die Zentralität des ästhetischen Gegenstands und damit verbunden die Priorität der Werkästhetik vor Produktions- und Rezeptionsästhetiken. Meine Überlegungen folgen, von diesem Einsatz her, in Begründung und interner Systematik jedoch einer eigenständigen Argumentation. Diese versteht, so in der grundlegenden ersten Studie: *Kunst als ästhetischer Gegenstand* (*Ä*, 31-106), das Ästhetische und die Künste im Zusammenhang einer Theorie des Kulturellen, *Kultur als Konstitution von Selbst und Welt* durch das gegenständliche Handeln der Menschen, das Ästhetische als Modus des Kulturellen: die *welthafte Bildung menschlicher Sinnlichkeit*, Kunst als Modus des Ästhetischen. Die Ausarbeitung des gegenstandsorientierten Begriffs der Kunst erfolgt systematisch-argumentativ auf zwei Stufen: *erstens* durch die Analyse der Grundkategorien des Kunstästhetischen: *Poiesis, Mimesis, Selbstreflexivität/Widerspiegelung, gegenständliche Tätigkeit, kompositorisches Werk, Geschichtlichkeit und Praxis*; *zweitens* durch die Analyse der Strukturen des *ästhetischen Bereichs* als distinkten Teils des geschichtlichen Ensembles gesellschaftlicher Verhältnisse: *ästhetischer Gegenstand, Kunstverhältnisse* und *Kunstprozess*; dabei bildet das *kompositorische Werk* das Zentrum des ästhetischen Gegenstands. Dieser wird, in der Gesamtheit seiner Bestimmungen, als *kulturelle Konstellation* verstanden: als integraler Bestandteil des kulturellen Prozesses. Der *Kunstprozess* seinerseits umfasst die Momente *Kunstprodukti-*

---

[8] *LW*, Zweiter Teil, B.

on, Werk und *Werkrezeption* als Zusammenhang – der ästhetische Gegenstand ist nur als dieser Prozess. Eine zweite Studie grundlegenden Charakters: *Mimesis und Episteme* (*Ä*, 153-238) entwirft eine *Theorie ästhetischen Bewusstseins*. Damit gemeint ist das in den Künsten artikulierte und durch sie erschlossene Bewusstsein als *‚Wissen' von Welt*. Für dieses Wissen steht der Begriff der *‚ästhetischen Episteme'*. Zum ihrem Komplex gehört der Weltbildcharakter der Künste. Charakteristisch für das ästhetische Weltbild sind seine *symbolische Form* und das ihr inhärente Moment der *Weltdeutung*, verstanden als Einheit von Wissen und Verstehen; an diesen Gesichtspunkt schließt dann auch der Problemkreis einer materialistischen Hermeneutik an. Die abschließend gestellte Frage ist die nach *Kunst, Ideologie und Wahrheit*. Die Überlegungen schließen mit einem Plädoyer für das Wahrheitspotential der Künste.

Die zweite Studie ist auf der ersten fundiert. Beiden umreißen einen argumentativ-systematischen Komplex. Diesem ist eine dritte Studie zugeordnet: *Welt im Spiegel. Elemente einer Theorie symbolischen Denkens*. Sie behandelt die Spiegelmetapher an paradigmatischen Beispielen und begreift sie als Form der symbolischen Aneignung von Welt, diese Aneignung wiederum als integralen Bestandteil des Prozesses kultureller Konstitution. Eine systematische Bedeutung freilich besitzt die Spiegelmetapher in diesem Konzept nicht.

Durch den vorgegebenen Rahmen einer verkürzten Darstellung ist im Folgenden die Beschränkung auf die kategoriale Grundlegung und die Erläuterung einiger Kernaspekte meines Entwurfs unvermeidbar.

II. Ästhetik und Kunst als Teil des Prozesses der Kultur

1. Begriff und Struktur des Ästhetischen

Das Ästhetische bezeichnet ein grundlegendes gegenständlich-praktisches Weltverhältnis des gesellschaftlichen Menschen. Dieses Verhältnis ist produktiv und konsumtiv (rezeptiv) zugleich. Es ist ein tätiges Verhalten, und es ist ein Verhalten der Reflexion. Seinen Grund hat es in einem produktiven Vermögen: dem Vermögen des formenden Umgangs mit Welt. Seine Grundkategorie ist, zu seiner Objektseite hin, die *sinnliche Form*, zu seiner Subjektseite das *Vermögen sinnlicher Formung*, dem auf der rezeptiven Seite das Vermögen der reflexiven Wahrnehmung von sinnlich Geformtem entspricht. Das ästhetische Weltverhalten findet sich in allen uns bekannten Kulturen und historischen Stufen. Es ist in diesem Sinn ein Anthropologicum.

1. 1. Das Ästhetische als Modus des Kulturellen

In grundlegender Bestimmung wird hier das Ästhetische als Modus des Kulturellen, *Kunst als Gestalt der Kultur* aufgefasst: Form sinnlich-gegenständlicher Bildung des menschlichen Subjekts. Das Kulturelle bezeichnet keine besondere, von anderen unterschiedene Form menschlicher Tätig-

keit.[9] Es bezeichnet in einem subjektiven wie objektiven Sinn *Selbstproduktion als Dimension menschlicher Tätigkeit überhaupt.* Kultur ist das *Gesamt selbstproduktiver Akte* wie ihrer *vergegenständlichten Objektivationen*, der kulturelle Prozess der Vorgang in der Zeit, in dem sich menschliche Selbstproduktion vollzieht. Dabei wird Selbstproduktion als Selbstzweckhandlung verstanden: Sie ist Zweck-in-sich-selbst, wie auch der Prozess kultureller Bildung eine *selbstzweckhafte Struktur* besitzt. Die „menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt" (Marx; MEW 25, 828), bildet seine Substanz. In diesem Sinn heißt das Kulturelle *das Moment der Selbstproduktion im Ensemble menschlicher Tätigkeiten.*

Selbstproduktion als Kernkategorie des Kulturellen hat verschiedene kategoriale Stufen: auf fundamentaler Ebene die Ausbildung menschlicher Vermögen im Arbeitsprozess, die psychisch-soziale Bildung im Gesamtprozess menschlicher Reproduktion, die Entwicklung von Sprache und Denken (von kognitiver Fähigkeit und Intellektualität), ästhetische Bildung, Kunst und Wissenschaft, Bildung menschlicher Sinne als geschichtlicher Prozess, Ausbildung von Individualität, Konstitutionsprozess der menschlichen Natur – des menschlichen Wesens als historisches Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Kultur als Selbstproduktion in diesem umfassendsten Sinn meint also die selbsttätige, selbstzweckhafte Verwirklichung menschlicher Subjekte. Ihr Inhalt ist die geschichtliche Bildung menschlicher Bedürfnisse, Fähigkeiten und Kräfte: Veränderung der menschlichen Natur durch die Entwicklung ihrer ‚schlummernden' Potenzen (Marx). In deren Bildung konstituiert sich zugleich geschichtlicher Sinn: Kultur ist auch der Vorgang einer *Sinnstiftung.* Selbstproduktion und Weltkonstruktion betreffen den ‚ganzen Menschen', der sich in der von ihm geschaffenen Welt sinnhaft einzurichten bemüht ist, und dazu gehört der epistemische Kernkomplex: das Erkennen, Wissen und Verstehen von Selbst und Welt. Kultureller Sinn zudem hat seinen Kern im Konzept eines eudaimonischen, d.h. auf ‚Glück' gerichteten Daseins.[10] Ein *Sinnbedürfnis* ist als anthropologische Konstante anzunehmen.

Die Existenz ‚schlummernder' Potenzen, eine exzeptionelle Entwicklungs- und Formungsfähigkeit des Menschen ist ein empirisch gegebener Sachverhalt. Der Prozess kultureller Bildung nun – die Entwicklung und Formung menschlicher Vermögen – geschieht auf keinem anderem Weg als dem der gegenständlichen Weltkonstitution. Sein ontologischer Raum ist die Weltgeschichte. Kulturelle Bildung ist geschichtlicher Prozess als Geschichte der Gattung – geschichtlicher Prozess, der empirisch in einer Vielzahl singulärer und differenter historisch-kultureller Formen verläuft und sich in individuellen Geschichten spiegelt. Der Gesamtprozess solcher Bildung soll als *kulturelle Konstitution* bezeichnet werden. In ihm spielt das Ästhetische wie die Künste eine wesentliche Rolle.

---

[9] Vgl. *LW*, 389-438.

[10] Zu diesem, auf Aristoteles zurückgehenden Konzept des Näheren *LW*, 420-27.

Das Ästhetische als Modus des Kulturellen: Es ist in einem ubiquitären und omnipräsenten Sinn Teil des Prozesses der Kultur. Ubiquitär und omnipräsent heißt: es ist, in elementarer Form zumindest, an jedem kulturellen Ort und zu jedem Zeitpunkt der Geschichte vorfindbar. Es zeigt sich in allen Bereichen menschlich-gesellschaftlichen Seins: in Alltag und Lebensweise, in den Künsten, im Verhältnis des Menschen zur Natur. Es meint ein Vermögen des Subjekts, Formen der Gegenständlichkeit und gegenständlichen Handelns, kommunikative Prozesse. Sein Kern, *die welthafte Bildung menschlicher Sinnlichkeit,* äußert sich in einer gegenständlichen Vielfalt von Dimensionen: der *Ästhetik menschlicher Praxis, der Alltagswelt und Lebensweise*, der *Ästhetik der Natur* und der *Ästhetik der Künste.*

1. 2. Das Ästhetische als Bildung menschlicher Sinnlichkeit

Bereits der etymologische Wortsinn legt nahe: Ästhetik und Ästhetisches ist an menschliche Sinnlichkeit (‚Aisthesis') gebunden. Kern des Ästhetischen ist die *Bildung menschlicher Sinnlichkeit* als kulturelle Tatsache. Sie ist „eine Arbeit der ganzen bisherigen Weltgeschichte". In ihr vollzieht sich die gegenständliche Bildung des menschlichen Wesens (MEW, EB 1, 541f.). Die Geschichte des Ästhetischen insgesamt, in allen seinen Manifestationen, ist das aufgeschlagene Buch dieser Bildung. Ja die Arbeit an ihr ist die elementarste Funktion des Ästhetischen. In dieser Bedeutung sind die Künste Vergegenständlichungen (und damit Entwicklung und Bildung) der sinnlichen menschlichen Subjektvermögen. So arbeitet Literatur an der Bildung sprachlicher Ausdrucksfähigkeit, Musik an der Bildung des Ohrs, die bildhaft gestaltenden Künste an der Entwicklung des Sehens usf. Diese elementare Funktion der Künste ist auch ihre permanente Funktion.

Bereits auf der Ebene des Alltagslebens hat jedes kulturelle Sich-Einrichten in eine gegebene Welt, jede Humanisierung von Umwelt, einen elementaren ästhetischen Aspekt, der die Entwicklung von Sinnlichkeit und sinnlicher Wahrnehmung betrifft. Jede Kultivierung einer Lebenswelt schließt Ästhetisierung ein, die immer Formierung von Sinnlichkeit (nach der Seite des Subjekts wie seines Gegenstands), Bildung ästhetischer Gegenständlichkeit wie auch des subjektiven gegenständlichen ästhetischen Sinns bedeutet.

Ästhetische Bildung ist gegenständlichen Charakters. Ihr eignet ein fundamentaler *Weltbezug.* Sie ist auf die *Formierung von Welt* orientiert: sie arbeitet an der Umformung, Gestaltung und Umgestaltung gegebener Wirklichkeit im Sinne einer *Bildung menschlicher Welt.*

Im Sinn eines solchen Weltbezugs ist das Ästhetische eine Grundkategorie menschlichen In-der-Welt-Seins. Kultureller Tätigkeit ist der Aspekt ästhetischer Lebensgestaltung inhärent. Dazu gehört die Ausbildung einer ästhetischen *Weltgestalt.* Ästhetische Praxis schließt ein: kulturelles Sich-Einrichten in gegebener Wirklichkeit, das Herausarbeiten einer ästhetischen Welt-Gestalt als Welt-Raum menschlichen Wohnens, beschreibbar in der kategorialen Reihe *Wohnung–Haus–Ort-Landschaft*, und zwar im Sinne eines menschlichen Sich-Eingestaltens in gegebene Natur. Diese kategoriale Reihe meint eine kul-

turelle Topologie räumlicher Lebensgestaltung als eine fundamentale Form, in der eine besondere menschliche Welt durch gegenständliche Praxis erarbeitet und erschlossen wird. Ein solches Sich-Einrichten in gegebener Wirklichkeit schließt grundlegende gesellschaftliche Verhältnisse ein, gründet auf einer je gegebenen Produktionsweise. Es schließt zugleich ein grundlegendes Naturverhältnis ein. Die Herausbildung einer ästhetischen Weltgestalt menschlichen Wohnens ist stets auch, wie immer vermittelt, *Tätigkeit in der Natur*, ein menschliches Sich-Einformen in diese: das Umformen von Natur in ästhetische Weltgestaltung. Im Vorgang dieses Sich-Einformens und Umformens konstituiert sich eine ästhetische Weltgestalt als *menschlich geformte Natur*.

2. Ästhetik der Künste: kategorialer Kernbereich

2. 1. Poiesis und Mimesis als ästhetische Prinzipien

Ästhetische Prinzipien sind Grundkonstitutiva des Ästhetischen, die strukturellen Bestimmungsgründe oder Ursachen seines Daseins und Soseins: Principium (gr. *arché*) ist das Erste, von dem Anderes abhängt. Ästhetische Prinzipien sind Realprinzipien, *principia essendi*, sofern sie Konstitutiva des ästhetischen Gegenstands als der Sache selbst sind (sie erst machen ein Etwas zu einem Aestheticum), und sie sind bewirkende Prinzipien (*principia efficiendi*), sofern sie zugleich Prinzipien des ästhetischen Vermögens sind. Da sich dieses auf die Produktion wie die Konsumtion von Kunst bezieht – es ist Bedingung beider –, betreffen ästhetische Prinzipien den gesamten Kunstprozess. Bezogen auf diesen haben sie den Status ontologischer Grundkategorien.

Aus der Sicht ihrer geschichtlichen Entwicklung von den frühesten Stufen an lässt sich für die Frage nach dem, was die Künste von anderen Gegenstandsbereichen unterscheidet, eine Reihe charakteristischer Merkmale ausmachen: Merkmale, die Kunstästhetisches damit auch im Kontext und als Bestandteil anderer Gegenstandsformen identifizierbar machen. Es ist zunächst und als erstes das *Moment formaler Gestaltung*. Kunst ist, in allen historischen Stufen und von den frühesten überlieferten Beispielen an, was sie immer noch ist: *sinnliche Form*. Sie ist ein *kompositorisches Machen – ‚Poiesis'*[11] –, das sich als Dekor (in ornamentalen Formen, ‚Schmuck') und als mimetische Form (in Verbindung mit Mimesis) äußern kann.[12] In der Verbindung mit Mimesis, als ‚poietische Mimesis', hat es die Geschichte der Künste im europäischen wie im Weltmaßstab auf weite Strecken geprägt. Das poietische Machen bewegt sich zwischen den Polen von Arbeit und Spiel. Poiesis/Form ist die Bedingung von Kunst überhaupt, poietische Form ihr Grundbegriff.

---

[11] *Poiésis* bedeutet gr. Machen, Wirken (lat. *operatio*). Bei Aristoteles ist *poiésis* die durch *techné* (Kunst, Kunstfertigkeit) bewirkte Herstellung eines Werks (*ergon*), im Unterschied zu dem, was von Natur aus ist oder wird.

[12] *Mimésis* wird hier, im Anschluss an Koller, in der Trias von ‚Nachahmung', ‚Darstellung', ‚Ausdruck' verstanden (H. Koller, *Die Mimesis in der Antike. Nachahmung, Darstellung, Ausdruck*, Bern 1954); des Näheren Fußnote 14.

Fragen wir nach ästhetischen Prinzipien im Sinne einer genetischen Folge, so ist als erstes das *poietische Vermögen* zu nennen: Poiesis als menschliche Produktivkraft – die Fähigkeit, herzustellen, zu erfinden, zu gestalten. Poiesis, in diesem Sinn, ist das Vermögen *kompositorischer Gestaltung*, dem eine rezeptive Komponente, *das Vermögen kompositorischer Gestaltwahrnehmung*, integral entspricht. Poiesis als Vermögen liegt aller ästhetischen Praxis, auch der Alltags- und Naturästhetik, zugrunde. Sie ist *erstes Prinzip des Ästhetischen überhaupt*. An ihre Seite tritt Mimesis als *zweites ästhetisches Prinzip*. Sie ist gleichfalls in elementaren kulturellen Vermögen des Menschen verankert.

Poiesis bezeichnet das kompositorische Vermögen und ist damit Prinzip der ästhetischen Form. *Mimesis* ist Prinzip des ästhetischen Inhalts. Sie ist ein primären Reproduktionsprozessen entspringendes anthropologisches Vermögen, ursprünglich die Fähigkeit zur Mimikry und Angleichung, das in den ästhetischen Prozess strukturbildend eingeht. Als kulturelles Vermögen ist es, wie jedes andere kulturelle Vermögen, bildungs- und entwicklungsfähig. Ihm entspringt die Fähigkeit, in Spiel, Tanz und Sprache Abwesendes sinnlich zu vergegenwärtigen. Es liegt jeder, auch der komplexesten ästhetischen Mimesis zugrunde. Im Bereich der Künste äußert sich das mimetische Vermögen in der Trias *Darstellung, Ausdruck, Nachahmung*. In diesen Gestalten hat es, seit der Mimikry, bereits einen beachtlichen kulturellen Transformations- und Entwicklungsprozess durchlaufen. Ästhetische Mimesis meint *welthafte* (weltartige und weltgestaltende) Kunst: Kunst als *Weltentdeckung, Weltdeutung* und *Weltentwurf*.

Poiesis: ästhetische Form

Die Besonderheit der Künste hat ihren Grund also im Moment der Komposition, in der *Formbestimmheit des ästhetischen Produkts*. Ästhetische Form meint: kompositorische Gestaltung innerhalb eines spezifischen Materials und auf der Grundlage eines besonderen Stands der Entwicklung der ästhetischen Produktivkräfte. Form bezieht sich auf das konkrete Werk: das Werkhafte von Kunst. *Werk* heißt: materielle Vergegenständlichung künstlerischer Arbeit. Zu sprechen ist vom *Formapriori künstlerischer Produktionen* in dem Sinn, dass kompositorische Formung Bedingung von Kunst überhaupt ist. *Ästhetische Form* ist *kompositorisch geformte Gegenständlichkeit*. Es gibt keine Kunst ohne das tragende Moment kompositorischer Formung – auch in der sog. minimalistischen Kunst muss sie, wie elementar auch immer, vorhanden sein.

Form in der Kunst ist immer die *Einheit von Form und Bedeutung*: ‚bedeutungshaltige Form', entsprechend der Dialektik von Inhalt und Form. So wenig es Kunst ohne Form gibt, so wenig gibt es Kunst ohne Bedeutung. Eine formale Gestaltung, die keine Bedeutung besitzt, ist keine Kunst. Neben das Formapriori künstlerischer Produktionen tritt das Apriori der Bedeutung, ja die Kriterien ästhetischer Wertung haben solche zu sein, die sich aus der Dialektik von Form und Bedeutung ableiten.[13] Dabei kann das, was hier ‚Bedeu-

[13] Vgl. *Ä*, 95-105.

tung' heißt, sehr unterschiedlich beschaffen sein. Bereits formales Spiel und minimalistische Konstruktionen besitzen Bedeutung oder können eine solche besitzen, sofern etwa dieses Spiel als angenehm empfunden wird und Vergnügen bereitet, die minimalistische Konstruktion einen bestimmten Sinn (oder die Abwesenheit von Sinn) vermittelt. Die Bedeutung kann sich, wie oft in mimetischer Kunst, auf einen Weltgehalt beziehen, der das Schicksal von Individuen, Klassen, ja der menschlichen Gattung betrifft. Vom funktionalen Sinn eines Gegenstands (seiner pragmatischen Funktion) ist die ästhetische Bedeutung kategorial strikt zu unterscheiden. Die *Komplexität der Werkbedeutung* ist zentrales Kriterium der Wertung von Kunst – der Bestimmung des ästhetischen Rangs eines Werks; entscheidend dafür die Einsicht, dass die Werkbedeutung immer an den Formcharakter des Werks gebunden ist, auf diesen untrennbar zurückgeht.

Mimesis: Welthaftigkeit der Künste[14]

Der kunstästhetische Begriff der Mimesis bezieht sich in allgemeinster Bestimmung auf die *konkrete Welthaftigkeit der Künste* im Sinne eines fundamentalen Verhältnisses zu menschlicher Praxis und Erfahrung. Die Grundstruktur ästhetischer Mimesis besteht aus den Komponenten *mimetische Form, mimetischer Gegenstand* und *mimetische Funktion.* Mimetische Form meint das besondere ästhetische Werk, mimetischer Gegenstand das Weltsegment, auf das sich ein besonderes Werk reflexiv bezieht, mimetische Funktion die Wirkung des Werks im Hinblick auf Rezipienten.

Der Mimesisbegriff bezeichnet im ontologischen Sinn also ein fundamentales Weltverhältnis, das den Künsten strukturell inhärent ist und auf dem sie aufbauen. Dieses Weltverhältnis tritt in der Geschichte der Künste in unterschiedlichen Ausprägungen auf. Die Grundbedeutungen – die ‚Namen' – der Mimesis: *Darstellung, Ausdruck, Nachahmung* verweisen auf ihre fundamentalen Modi und bringen sie in sprachliche Bezeichnung. Es handelt sich um Unterschiede der strukturellen Beziehung von mimetischem Gegenstand, mimetischer Form und mimetischer Funktion. So ist die Welthaftigkeit des mimetischen Ausdrucks eine andere als die der Darstellung und der Nachahmung. *Ausdruck* bezeichnet die ästhetische Artikulation der ‚inneren Welt' (Hegel) eines individuellen oder kollektiven Ichs: die sich in Kunstform vergegenständlichende und mitteilende psychische Erfahrung von Menschen (Gefühl, Affekt, Emotion). *Nachahmung (imitatio)* kann zweierlei bedeuten: *erstens*, im Sinne des Prinzips *ontischer* Mimesis, die Reproduktion externer Realität, der empirischen Erscheinungsform von Wirklichkeit und Welt, in Spielarten, die von Leonardo da Vinci bis zum modernen Naturalismus und ‚Photorealismus' reichen; *zweitens* aber auch, im Sinne des Prinzips *ontologischer* Mimesis, die Nachgestaltung des inneren Formgesetzes, der ‚entelechischen Gestalt' von naturhaft Seiendem: imitativer Vollzug also eines im Externen (der *physis*) wirkenden Prinzips. Umschließt Nachahmung in ihrer ontisch-

[14] Zum Folgenden des Näheren *K*, 27-46, 81-102.

ontologischen Bedeutung die größten Polaritäten unter den Grundbegriffen ästhetischer Mimesis, so hat *Darstellung* den umfassendsten Sinn. 'Darstellung' bedeutet die fiktive Vergegenwärtigung (ästhetische Modellierung) historisch-gesellschaftlicher Welt, wobei ‚Welt' hier erfahrende und handelnde Individuen ebenso umfasst wie gegebene Gegenstände, Gegenstandsrelationen und Verhältnisse. Der Weltbegriff zielt hier auf den strukturierten Zusammenhang sinnlich realer, agierender, reagierender und interagierender Individuen in einem gesellschaftlich-gegenständlichen Raum-Zeit-Gefüge. Zu sprechen ist in diesem Zusammenhang von einem *realismustheoretischen* Mimesisbegriff.[15]

Mimesis und Realismus. Notiz

Grundprinzip des künstlerischen Realismus im Sinne eines kunsttypologischen Begriffs ist die *mimetische Darstellung*, in einem eingeschränkten Sinn auch der *mimetische Ausdruck*. Realismus ist ein Modus des Mimesisbegriffs; er ist nicht mit ihm identisch.[16] Realistische Kunst ist, im Anschluss an Auerbach, „dargestellte Wirklichkeit",[17] und dies gilt über die Literatur hinaus für alle Künste, die von ihrer materiellen Formenwelt her der realistischen Darstellung oder auch des Ausdrucks fähig sind. Das bedeutet aber, dass mit dem kunsttypologischen Begriff des ‚Realismus' keine besondere Stilrichtung, Epoche oder Kunstform gemeint sein kann, sondern vielmehr ein besonderes künstlerisches Verfahren, das besagt, dass „die Wirklichkeit in ihren vielfältigen bestimmenden Faktoren sich im Kunstwerk niederschlägt".[18] Sein Grundkriterium ist die *künstlerische Weltentdeckung*. Im Zentrum des realistischen Prinzips steht die Absicht, durch die Darstellung von Wirklichkeit die dargestellte Welt in wesentlichen Zügen zu erfassen und im Vollzug der Darstellung zu deuten. Realistische Kunst ist „Interpretation durch Darstellung"[19] (Auerbach 1967, 515), ihr Gegenstand „die geschichtliche und natürliche Wirklichkeit in ihrem Bezug auf den Menschen".[20]

2. 2. Das Ästhetische als Gegenstandsbereich und die Geschichtlichkeit der Künste

Kunst bildet einen Gegenstandsbereich von hochgradiger Komplexität, der gleichwohl von anderen Bereichen gesellschaftlichen Seins klar unterschieden ist. Ich möchte die kategorialen Strukturen dieses Gegenstandsbereichs in einigen Gesichtspunkten erläutern.

---

[15] Zur Unterscheidung von realismustheoretischer, ontischer und ontologischer Mimesis *K*, 27-46.

[16] Vgl. *K*, I, 1; des Näheren T.M., „Mimesis und Realismus", in P. Drexler/R. Schnoor (Hg.), *Against the Grain/Gegen den Strich gelesen*. Berlin 2004, 293-312.

[17] E. Auerbach, Mimesis. Dargestellte Wirklichkeit in der abendländischen Literatur. 4. Aufl. Bern 1967.

[18] H.H. Holz, Philosophische Theorie der bildenden Künste. Bielefeld 1996/97, Bd. I, 135.

[19] Auerbach 1967, 515.

[20] M. Naumann u.a., *Gesellschaft, Literatur, Lesen*. Berlin 1973, 49.

Das Ästhetische als Gegenstandsbereich

Grundaxiom meiner Überlegungen ist die Existenz einer sinnlich-gegenständlichen, durch menschliches Handeln konstituierten Wirklichkeit, des *Ensembles einer gesellschaftlichen Welt*, auf die sich die Künste in unterschiedlicher Weise beziehen, mit deren Verhältnissen sie in Genesis und Funktion verknüpft sind. Kunst ist, wie jede andere geistige Äußerung des Menschen, organischer Teil von Gesellschaft, in Produktion und Rezeption in konkrete Weltverhältnisse – ‚materielle Lebensverhältnisse' – eingebunden und angemessen nur aus diesen zu erfassen. Dabei bildet sich die Kunst im Verlauf ihrer historischen Entwicklung – und dieser Prozess ist ein *weltgeschichtlicher* (ein solcher, an dem alle Weltkulturen beteiligt sind) – zu einem eigenständigen Gegenstandsbereich heraus, der als Komplex geschichtlich-gesellschaftlicher Strukturen verfasst ist, in dessen Mitte das Kunstprodukt, das *kompositorische Werk* steht. Konstitutive Strukturen dieses Bereichs sind die *Kunstverhältnisse* und der *Kunstprozess*. Von *Kunstverhältnissen* spreche ich im Sinne eines Felds geschichtlich-gesellschaftlicher Bedingungen der Produktion und Rezeption von Kunst. ‚Kunstverhältnisse' sind ein gegenstandstheoretischer Begriff. Er bezieht sich auf den Gesamtbereich des Kunstprozesses (den Vorgang der Produktion und Rezeption eines künstlerischen Produkts als zusammenhängender Prozess in der Zeit) wie auf die Institutionen und Instanzen, die diesen Prozess strukturieren; auf den Gesamtbereich dessen, was Pierre Bourdieu das ‚ästhetische Feld' nennt. Die Kunstverhältnisse sind zuerst und zunächst die Produktionsverhältnisse von Kunst, als Verhältnisse von Herrschaft und Eigentum, unter denen Kunst produziert wird; zum zweiten sind es die Verhältnisse der Distribution und Vermittlung; zum dritten die Verhältnisse der Konsumtion/Rezeption von Kunst. Zu den Kunstverhältnissen gehören also die institutionellen wie die sozial-normativen Bedingungen künstlerischer Produktion, Distribution und Konsumtion. Zu ihnen gehören aber auch, von konstitutiver Bedeutung für den Kunstprozess selbst, die *ästhetischen Verhältnisse* im engeren Sinn des Begriffs: der Entwicklungsstand der ästhetischen Produktivkräfte: die überlieferte Formenwelt der Künste als Material künstlerischer Gestaltung – mit dem ein Künstler arbeitet, in dem er ein neues Werk produziert. Es gibt keine Kunst ohne vorgängige Überlieferung. Diese ist Teil der notwendigen Bedingungen künstlerischer Produktion wie Rezeption. Zu den Kunstverhältnissen gehören weiter die allgemeinen kulturellen und ideologischen Verhältnisse einer Zeit: die vorhandene *objektive Kultur*; der allgemeine Stand des Wissens und Bewusstseins; die zivile Gesellschaft mit ihren Instanzen und Institutionen, dominante wie oppositionelle Ideologien, Weltanschauungsformen, politische Formen usf. – sofern sie relevant sind für den ästhetischen Gegenstand einer bestimmten historischen Zeit.

Der *ästhetische Gegenstand*, wie der Begriff hier verstanden wird, ist nicht mit der traditionellen Vorstellungen des isolierten Kunstwerks zu verwechseln; er wird als *kulturelle Konstellation* verstanden – als Teil des Prozesses der Kultur. Das bedeutet als Erstes: das Werk ist vermittelnde Mitte eines *kommunikativen Vorgangs*, dem Produktion und Konsumtion organisch zuge-

hören. Das Ganze dieses Vorgangs, zu dem das historisch-institutionelle Feld gehört, in dem er sich vollzieht, nenne ich den *Kunstprozess*. Ist auch das Werk die Mitte und damit die Kernkategorie dieses Prozesses, so kommt doch den Momenten der Produktion und Rezeption ästhetisch wie semantisch eine wesentliche Bedeutung zu.

Kunst ist gegenständliche Tätigkeit und als solche eine *Weise der Produktion*. In diese gehen psychisch-soziale Verfasstheit, Weltanschauung und Werkintention des Künstlers als des Produzenten werkbestimmend ein. *Kunst als Produktion* heißt: sie ist ein *‚Formieren' (Marx) im Medium gegenständlicher Materialien* (naturhaft vorgefundener oder kulturell geformter), wobei die Unterschiede in der stofflichen Beschaffenheit der Materialien die Unterschiede der Kunstarten in einem elementaren Sinn fundieren. Die Besonderheit künstlerischer Arbeit besteht in der Verbindung des formal-materiellen mit einem ideellen (semantischen) Moment. Was die Kunst zur Kunst macht, ist nicht die Tatsache, dass ihre Produkte durch Arbeitsvorgänge geschaffene Artefakte sind, sondern dass diese *bedeutungsvolle Formen* sind, ja in ihre mimetischen Modi *Bilder von Weltgehalten* entwerfen, ihren Sinn durch die *Deutung von Welt* erhalten. *Die Kunst wird zur Kunst durch den bedeutungsstiftenden Akt der Form* und durch nichts anderes.

Im Moment der Produktion liegt der Grund für die *relative Autonomie* der Kunst und des ästhetischen Bereichs. Der Begriff künstlerischer Autonomie wurde und wird oft im Sinn einer von allen gesellschaftlichen Bindungen gelösten, ‚ungeschichtlichen' Kunst missverstanden und so mit künstlerischer Autarkie verwechselt. Seine positive Bedeutung hingegen, auch und gerade im Sinn einer marxistischen Kunsttheorie, bezieht sich auf den Sachverhalt, dass künstlerische Produktion *eigengesetzlich* ist und in diesem Sinne *selbstbestimmt*. Sie folgt Regeln, die aus keiner anderen Produktionsart stammen, sondern aus den Anforderungen ihrer eigenen: *den Besonderheiten künstlerischer Poiesis*. Sie sind für jede Kunstart gesondert zu erarbeiten und liegen auch nicht ein-für-alle Mal fest. Die Autonomie der künstlerischen Produktion nun bildet – im ontologischen Sinn – den Kern, der die Eigenständigkeit des ästhetischen Bereichs insgesamt konstituiert.

Als Vergegenständlichungsform menschlicher Arbeit hat Kunst den Charakter eines *Werks* – selbst dann, wenn sie, wie in Beispielen des Tanzes oder des theatralen Spiels, im Bereich des Performativen generell, über den aktuellen Akt der Darstellung hinaus keine materielle, damit tradierbare Existenz hat und allein als Erinnerung fortdauert; heute freilich auch in der materiellen Form filmischer Aufzeichnung. In der Regel meint ‚Werk' das objektivierte, materiell existente, tradier- und kommunizierbare Produkt der künstlerischen Arbeit. ‚Werk' bezieht sich so auf die Selbstidentität eines materiell existenten, formal gestalteten Gegenstands: eine kommunizierbare, rezipierbare, historisch tradierbare ästhetische Form. Auch performativen Akten eignet eine kompositorische Struktur, insofern lässt sich hier von ‚Werken zweiten Grades' sprechen. Der Begriff des *kompositorischen Werks* ist Begriff gegen-

ständlicher ästhetischer Synthesis – der Synthesis aller kategorialen Momente des Kunstästhetischen in der konkreten Werkform selbst. In diesem Sinn ist das kompositorische Werk die Kernkategorie des ästhetischen Gegenstands.

Dem *rezeptiven Akt* kommt, nicht anders als der künstlerischen Produktion, eine ästhetisch wie semantisch bestimmende Rolle zu. Erst in der Rezeption, der *produktiven Konsumtion der Rezipierenden* wird der Kunstprozess zu einem Abschluss gebracht. In der ästhetischen Erfahrung der Kunst rezipierenden Subjekte erfolgt, zumindest idealiter, die Veränderung und Erweiterung ihrer emotionalen wie kognitiven Vermögen, damit, in der Folge eine gesteigerte Handlungsfähigkeit. Kunst ist also *doppelte Produktion*: Produktion von Kunstwerken zum Zweck der Produktion von Subjektvermögen.

Der rezeptive Akt hat zudem große Bedeutung für die Frage nach *ästhetischer Wahrheit*. Zu erkennen ist: Kunst ist ideologisch ambivalent. Sie fungiert als Macht der Integration und Unterwerfung wie als Kraft des Widerstands und der Selbstwerdung. Sie ist selbst Medium von Widersprüchen und Konflikten, ja trägt diese oft in ihrer Formenwelt aus. Einzelne Werke changieren, je nach Kontext und Gebrauch, zwischen diesen Polen. Solche Ambivalenz betrifft zentral das in den Künsten artikulierte und durch sie vermittelte Bewusstsein und Wissen, dessen ‚Wahrheit' nie ein Gegebenes, sondern stets ein *im Akt der Rezeption* neu zu Erringendes ist. Es ist dies die Funktion der Interpretation, der Kritik, der Inszenierung, des Spiels, der aktuellen Aufführung. Jeder rezeptive Akt ist, als Akt einer Aneignung, an diesem Vorgang beteiligt. So hat Kunst, wie jede andere Bewusstseinsform, an der Janusköpfigkeit des Ideologischen teil, zugleich Wahrheit und Täuschung, Wirklichkeit und Verkehrung – und Wirklichkeit in der Form der Verkehrung – zu sein. Das Werk, im semantischen Sinn, hat den Charakter eines *Potentials*, das erst in der *rezeptiven Aneignung*, zu der zentral die *Werkinterpretation* gehört, in seiner Wahrheitsfunktion zu erschließen ist. Kunst, in der gegenwärtigen Gesellschaft, ist im empirischen Durchschnitt den Zwängen von Macht, Herrschaft und Eigentum, nicht zuletzt den Gewalten des Markts unterworfen, gegen die sie sich als emanzipatorische Kraft erst zu behaupten hat. Sie ist in Institutionen, soziale Praktiken und Prozesse eingegliedert, deren Regeln sie unterliegt. Sie existiert und wirkt im Zusammenhang von Ideologien. Sie ist eine *ideologische Form* und besitzt kraft dieser eine nicht nur welt-*erschliessende*, sondern auch welt-*verschliessende* und welt-*verkehrende* Funktion. *Ästhetische Wahrheit*, als höchste Gestalt des in den Künsten artikulierten Wissens und Bewusstseins, ist diesen Mächten erst abzuringen. Sie konstituiert sich nur im Gegenzug zur Macht der Ideologien – niemand hat das, am Material der Künste selbst, so eindringlich demonstriert wie der Peter Weiss der *Ästhetik des Widerstands*. Ihren besten Möglichkeiten nach aber ist Kunst *Gestalt der Erinnerung wie sie Kraft des Widerstands, der Erneuerung und der Befreiung* ist. Sie ist, in ihrer Wahrheitsfunktion, *Kritik, Sinngebung, Antizipation*. Diese Bestimmungen umreißen den Bedeutungshorizont dessen, was der Begriff ästhetischer Wahrheit besagt. Zu ihm gehört der kategorische Imperativ, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein ver-

lassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Marx), und zu ihm gehört das Bild eines Weltzustands, in dem ein solches Umwerfen gelungen ist – der Erde als Heimat.[21]

Die Geschichtlichkeit der Künste

Wie der künstlerische Prozess insgesamt sind alle seine zentralen Kategorien in ihrer Grundverfassung *geschichtlich*. Dies gilt im ausgezeichneten Sinn für das kompositorische Werk. Dieses ist geschichtlich nicht nur in 'extrinsischer' Bedeutung – der unausweichlichen Tatsache, dass Kunst in historischen Kontexten produziert und rezipiert wird –, sondern in dem 'intrinsischen', nämlich ontologisch-strukturellen Sinn einer Geschichtlichkeit, die alle seine Glieder wie den Prozess seiner Produktion und Vermittlung durchdringt – *das kompositorische Werk in seiner ästhetischen Verfasstheit ist ein geschichtlich Besonderes*. Seine ästhetische Individualität (= Singularität) ist durchgängig geschichtlich geprägt.

Geschichtlichkeit ist ein Begriff der Form-Inhalt-Dialektik. Das bedeutet aber auch, dass die universale Bedeutung eines Kunstwerks nur über den Weg seiner geschichtlichen Bedeutung voll zu erschließen ist. Hier gilt das ästhetische Gesetz der Identität in der Differenz, das den Zugang der simplen Aktualisierung verwehrt.

Geschichtlichkeit hat den Charakter einer *Werksignatur*. Ein Kunstwerk ist geschichtlich im Sinne einer doppelten Prägung und im Zusammenspiel beider: von der Seite der ästhetischen Form und von der Seite des mimetischen Gehalts. Beide bilden eine untrennbare Einheit, die in der Dialektik von Inhalt und Form ihren Ausdruck findet. Geschichtlichkeit ist so allen seinen Teilen eingeschrieben. Sie konstituiert seine ästhetische Singularität als kompositorisches Gebilde, erwächst aus dem Vorgang seiner Produktion. Auf diese Weise schlägt sie sich als Werksignatur nieder. Im Kunstwerk wird das Besondere eines historischen Moments festgehalten, zugleich jedoch wächst diesem, wenn es sich denn um ein Werk von Rang handelt, eine Bedeutung (oder Bedeutungen) zu, die über diesen historischen Moment hinausgeht, die im idealen Fall den Charakter einer 'universalen' Bedeutung besitzt, d. h. einer solchen, die seine gültige Rezeption in wechselnden historischen Zeiten gestattet. Ein Kunstwerk ist nie ‚zeitlos', aber es kann zu verschiedenen Zeiten seine Wirklichkeit neu entfalten: die Menschen ergreifen und bewegen, ihnen Einsicht und Erkenntnis vermitteln.

So wächst der universale Charakter eines Kunstwerks aus seiner historischen Singularität heraus – ohne freilich seinen geschichtlichen Charakter zu verlieren. Denn jede seiner Wirkungen, auch in geschichtlich grundverschiedenen Zeiten, ist ein historisch-kontextueller Akt; derart, dass eine Zeit sich in einer anderen wiedererkennt. Vielleicht lässt sich hier von Schichten geschichtlicher Bedeutung sprechen. Auf der ersten Ebene artikuliert ein Werk einen

[21] Dazu des Näheren „Die Frage der Wahrheit in den Künsten", in: *Festschrift für Robert Steigerwald zum 90. Geburtstag*, Essen 2015 (im Erscheinen).

Bedeutungsraum, der im Besonderen einer Zeit wurzelt und mit dieser vergeht. Auf einer zweiten Ebene artikuliert es einen Spielraum von Bedeutungen, die über diese erste Zeit – die Zeit also seiner Entstehung – hinausreichen und auch in anderen, späteren Zeiten Gültigkeit und Geltung besitzen. Einem Werk, das solche Qualität im ausgezeichneten Sinn besitzt, kommt das Attribut des Klassischen zu.

Diese Einsicht hat Folgen für die Rezeption. Eine aktuelle Geltung ist, wenn sie dem Charakter authentischer Kunst Genüge tun soll, nur aus der historischen Differenz, nicht im Sinn einer unmittelbaren Aktualisierung zu gewinnen. Die Aktualität einer Bedeutung kann allein eine Schicht der gegebenen Werkbedeutung sein, die Fremdes und Vertrautes zu gleichen Stücken enthält. Aktualität ist also *aus der historischen Distanz* zu erschließen. Zu ihr gehört das Bewusstsein eines Anderen und Differenten, aus dem allein die Gegenwärtigkeit des überlieferten Werks als geschichtliche Erfahrung in ihrem Reichtum und ihrer Vielschichtigkeit entspringt. Zur Geschichtlichkeit der Kunst gehört die „Pluralität der ästhetischen Sphäre' (Lukács): die Vielfalt und Vielgestalt der in der Geschichte der Weltkunst überlieferten Kunstformen, der eine Vielfalt von Funktionen, Rezeptionsweisen und Kunsterfahrungen entspricht. Diese reichen von der Lust an ansprechend geformten Kunstgestalten bis zu Trauer und Erschütterung, von der kultischen Identifikation bis zum politischen Aufruhr, von ideologischer Integration und Affirmation des Bestehenden zu Widerspruch und Opposition, vom Sinn-Surrogat zu utopischem Vorgriff. Sie umfassen emotive Einstimmung, kontemplative Betrachtung und die Entdeckung neuer Welt und Welterfahrung; Weinen und Lachen, ‚Vergnügen' und ‚Lehren', Eingriff und Stellungnahme. Ihnen gehört die Erfahrung des ‚Schönen' zu wie die des ‚Erhabenen', des Hässlichen wie des Schrecklichen, der Freude, des Leids und des Glücks. Zu Recht hat Lukács die Kunst „die Erinnerung der Menschheit" genannt. Das geschichtliche Universum der Künste ist Archiv dieser Erinnerung, die sich dem kundigen Zugang nicht verschließt. Den Schlüssel dazu liefert der Zugriff über Geschichte. Keine marxistische Ästhetik, die den Namen verdient, wird sich der Erkenntnis der Vielfalt der historisch überlieferten Kunstwelten und der ihnen angeschlossenen Erfahrungen und Funktionen verschließen wollen. In ihrer Vielfalt zugänglich sind sie freilich allein dem historischen Blick.

Klimakrise und ökonomische Instrumente

Überlegungen zum Beitrag von Helmut Knolle in Z 102

In seinem Beitrag über Klimawandel und ökonomische Theorie hat Helmut Knolle[1] sowohl zur allgemeinen Krise der Mensch-Umwelt-Beziehungen und ihrer ökonomischen Behandlung als auch zum besonderen Problem der Praxis und Theorie des Handels mit CO_2-Verschmutzungsrechten sachkundig Stellung genommen. Wie weit bringen uns seine Überlegungen?

Ökologische Krise und ökonomische Theoreme

Der Verfasser, ein Mathematiker und Ökonom, erzählt einleitend die Geschichte der Regierung Ecuadors, die der „internationalen Gemeinschaft" angeboten hatte, auf die Ausbeutung von Erdöllagern unter einem Regenwaldgebiet gegen eine Kompensationszahlung, zu zahlen durch die reichen Länder, zu verzichten (woraus nichts wurde). „Aber wie hoch sollten diese Zahlungen sein? Die Frage führt in das Gebiet der Ökonomie." (S. 92) Ich frage mich, ob das so stimmt. Führt die Frage nicht mindestens genauso in ein Gebiet voller politischer, kultureller und familialer Gewaltverhältnisse, und sofern sie auch in das Gebiet der Ökonomie führt: ist nicht dieses Terrain selber viel komplexer als (wie Knolle uns vermuten lässt) die Welt der Arbeitswerte oder die der Knappheiten von Waren und als die offenen oder geschlossenen Kreisläufe irgendwelcher ökonomischen Systeme, die er kritisch durchleuchtet? Denn nach den ertragreichen Streifzügen durch ökonomische Theorien zur ökologischen Krise, die uns der Verfasser bietet, wird zweierlei klar: Helmut Knolle wendet sich, einerseits, mit aller wünschenswerten Deutlichkeit dagegen, klassische oder neoklassische Produktionskonzepte ökologisch aufzuputzen „und sonst alles beim Alten [zu] lassen"; aber er ist, andererseits, soweit in abstrakten Systemkategorien befangen, dass er die Einbettung gesellschaftlicher Verhältnisse in ihre globalen natürlichen Substrate nur fallweise, aber nicht grundsätzlich wahrnimmt. Er möchte „eine ökologische Wirtschaft als Kreislauf konzipieren, der [...] in der Lage ist, alle [!] unerwünschten Nebenprodukte und Abfälle zu rezyklieren." (S. 94) Ein ökonomistischer Euphemismus, den ein abfallwirtschaftlicher Experte nicht akzeptieren könnte. Umso erfreulicher ist Knolles negatives Urteil über die Verwendung „fragwürdiger Kosten-Nutzen-Rechnungen" in der Klimapolitik, die etwa dazu benutzt werden, ein hohes gegenwärtiges „Wirtschafts"-Wachstum zu proklamieren, welches einen Aufschub aufwändiger Klimaschutz-Maßnahmen rechtfertige. (S. 98f)

Kohlendioxid-Pfade und Verschmutzungsrecht-Handel

Zur Erinnerung: Das in der Atmosphäre befindliche Kohlendioxid, das durch

---

[1] Helmut Knolle, Der Klimawandel und die ökonomischen Theorien, in: Z 102 (Juni 2015), S. 91-105.

seine wachsende Menge wesentlich zur Erderwärmung beiträgt, ist Teil eines die Erdoberfläche berührenden Kreislaufs, der Zufuhren durch Tier- (einschließlich Menschen-)Atmung, Pflanzenatmung, Abfallzersetzung, Waldzerstörung, intensive Bodenbearbeitung und Verbrennung fossiler u. a. Energieträger erhält, während gleichzeitig CO_2 durch Pflanzen und über die Meeresoberfläche der Atmosphäre entnommen wird. Insgesamt steigt nunmehr der CO_2-Pegel der Atmosphäre. Hieraus und aus weiteren stofflichen Effekten auf die Atmosphäre ergeben sich der sog. Treibhauseffekt und dazu zwei zentrale klimapolitische Ziele: Die Verringerung des anthropogenen CO_2-Ausstosses und der Erhalt und die Vermehrung einer Pflanzenwelt, die CO_2 aus der Atmosphäre aufnimmt und langfristig festhält. Es ist angesichts der Klimakrise daher von den Sachzusammenhängen her – und nicht aufgrund irgendwelcher wissenschaftlichen Begriffsbildungen – geboten, mit allen hierzu tauglichen Mitteln den menschengemachten CO_2-output zu verringern und die CO_2 aufnehmenden Biomassenbestände zu vergrößern. Man/Frau meint, man solle von „Dekarbonisierung der Weltwirtschaft im Laufe dieses Jahrhunderts" sprechen, vergisst aber wohl, dass es gerade darum geht, Kohlenstoffbestände zu erhalten bzw. Kohlendioxid mithilfe der Photosynthese als Kohlenstoff zu fixieren.

Schlampige Begriffe und Handhabungen fast überall. Helmut Knolle hat (S. 99-101) gezeigt, dass dies auch für die heute offiziöse Strategie der kombinierten Verringerung und Rückhaltung von CO_2 gilt: für den Emissions-Handel in den reichen Großindustrie-Ländern in Verbindung mit Klimaschutz-Maßnahmen in armen Rückstands-Ländern. Man kann den Preis von Verschmutzungsrechten ganz niedrig halten; man kann Pflanzungen für einen (angeblichen) Klima-Schutz mit rasch wachsenden Bäumen betreiben; man kann für beinahe alles und jedes die Begriffe klimafreundlich und CO_2-neutral verwenden. Daraus ist aber nicht abzuleiten, dass – auch hier stimme ich Helmut Knolle zu – eine „Verzahnung" von (begrenzenden) Emissionsrechten und (nützlichen) Absorptionsmaßnahmen, wenn alles richtig funktionieren würde, nicht sinnvoll sein könnte. Dass hierzu Warentausch praktiziert wird, sogar ein doppeltes und staatliches geregeltes G – W – G' passiert, sollte das Denken nicht behindern; das kommt öfter vor. Helmut Knolle schlägt so auch – auf der Grundlage des Gedankens einer internationalen „Verzahnung" von CO_2-Quellenbeschränkung und CO_2-Senkenpflege im kapitalistischen Rahmen – ein eigenes klimapolitisches Modell vor, das sich an Konzepte Piero Sraffas anlehnt. (S. 101-104) Das Modell bildet gesamtwirtschaftliche Produktionsprozesse unterschiedlicher Wirtschaftszweige bzw. Kapitalintensitäten sowie CO_2-Betroffenheiten (Abgabe: ja/nein) durch Gleichungen von Stoffmengen ab. Eines der konstruierten Systeme impliziert Quellen und Senken von CO_2, wobei sich Emission und Absorption die Waage halten, was in einer Version des Konstrukts Abgaben der Emittenten an die Absorbenten beinhaltet. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, dass die Unternehmen bzw. Branchen auch im Fall einer solchen klimapolitischen Abgabe, wenn auch mit einer geringeren Profitrate als der ursprünglich angenommenen, ganz gut exis-

tieren können; ferner, dass die Preise der Waren aus stark emittierenden Branchen jetzt sehr stark gestiegen sind. Falls Helmut Knolle das alles richtig berechnet hat, kann man sagen: anscheinend ein erfreuliches Ergebnis.

Knolles Konzept einer stoffwirtschaftlichen Produktion, in der ebenso viel Kohlendioxid hervorgebracht wie untergebracht wird, beinhaltet eine quasi sozialstaatliche, abgabenpolitisch organisierte Belastung der Umweltverschmutzer und Entlastung der Umweltentschmutzer. Hergestellt würde dieses Arrangement, dem Modell zufolge, als internationales Handelssystem durch staatliche Gewalt. Die Verschmutzungsrechte sollten durch Staaten ausgegeben werden, „auf deren Territorium mehr CO_2 absorbiert als emittiert wird". (S. 101f) Dass die Umsetzung institutioneller Regelungen z. T. durch marktvermittelte Interaktionen erfolgen muss, ist nicht notwendig eine Schwachstelle dieses Konzepts. Allerdings muss man sich klar darüber sein, dass die vorgesehene Verteuerung umweltschädlicher Erzeugnisses noch nicht deren Ersetzung durch Umweltfreundliches bedeutet, ebenso, dass die tatsächliche Verwendung transferierter Umweltabgaben in armen Ländern offen ist. Alles in allem präsentiert Helmut Knolle hier ein interessantes klimapolitisches Instrument, und es fragt sich, was man damit machen kann.

„Das Ziel einer CO_2-neutralen Weltwirtschaft"?

Schon die dogmengeschichtlichen Exkursionen des Verfassers am Anfang seiner Abhandlung lassen vermuten, dass es ihm letztlich darum geht, die Klimakrise, als ein zentrales Moment der gegenwärtigen Krise gesellschaftlicher Mensch-Umwelt-Beziehungen, angemessen theoretisch zu fassen. Die oben zitierte Zwischenüberschrift bestätigt diese Annahme und ruft zugleich wichtige Fragen hervor, zum Beispiel: was ist eine CO_2-neutrale Weltwirtschaft; wie können wir sie verwirklichen? – Für die zweite Frage kann ich keine Antwort des Verfassers entdecken, aber was die erste Frage betrifft, so lautet seine Antwort: die „Weltwirtschaft ist CO_2-neutral, wenn das gesamte emittierte CO_2 von den Ozeanen und der Vegetation auf der Landmasse der Erde absorbiert wird." (S. 101) Daran möchte ich einige Fragen anschließen: woher wissen wir, dass und ggf. wann eine bestimmte Menge CO_2 emittiert und die gleiche Menge absorbiert wurde? Was wir kennen, ist der jeweilige Kohlendioxid-Gehalt der Atmosphäre, Grundzüge der Entstehungsgeschichte dieser Mengen kann man analysieren, solche der künftigen Geschichte kann man simulieren, die durchschnittlichen Verweilzeiten eines CO_2-Moleküls in der Atmosphäre sind variabel, dauern aber Jahre. Wie will man also wissen, wieviel Kohlendioxid wann insgesamt ausgestoßen ist und wieviel zugleich weltweit aufgenommen ist, wenn es doch dafür allenfalls einzelne Schätzungen gibt? Noch dümmer stünde man da, falls man die Frage der Lokalisierung entsprechender Emittenten und Absorbenten mithilfe dieses output-input-Schemas zu beantworten versuchte. Und schließlich die grundlegende Schwäche des vorgeschlagenen Begriffs „CO_2-Neutralität" der „Weltwirtschaft": Das „Prädikat ‚CO_2-neutral'", um dessen „logisch einwandfreie" Anwendung es Helmut Knolle geht, müsste bei Emissions/Absorptions-Gleichheit auf hohem Niveau des Kohlendioxid-Gehalts

„verliehen werden", jedoch bei Emissions/Absorptions-*Ungleichheit* und niedrigem CO_2-Gehalt der Atmosphäre verweigert werden. Das „Ziel einer CO_2-neutralen Weltwirtschaft" ist eine leere, selbstgemachte Vorstellung, die man als Rechenexempel, nicht aber als Teil der Wirklichkeit begreifen kann. So, wie Helmut Knolle diese Vorstellung in Worte gekleidet hat, taugt sie für Rechenkünste, nicht aber für ein Begreifen der Bezugsgegenstände unserer gesellschaftlichen Wahrnehmung. Sie ist eine Fiktion, weil ihre Bestandteile „*Ziel*", „*CO_2-Neutralität*" und „*Weltwirtschaft*" Abstrakta sind, die auch als Zusammengesetzte keine Realität ergeben. Letztere aus klimakritischer Sicht wahrzunehmen und zu verstehen erfordert, die Interaktionen von Menschen in ihrer Umwelt, mitsamt der durch sie modifizierten Strömungen und Bestände elementarer Substanzen, in unseren Gesellschaften und ihren historisch-geographischen Milieus zu verorten und dabei insbesondere die schadenstiftenden Institutionen und deren Aktivitäten und Effekte unter die Lupe zu nehmen, deren Urheber erforderlichenfalls still zustellen sind.

Karl Hermann Tjaden

www.marxistische-blaetter.de

Griechenland und wir

Lucas Zeise **Die Währungsunion scheitert** ★ Klaus Wagener **Eine Veranstaltung auf Zeit – Zur Lage Griechenlands, der Eurozone und der Syriza-Regierung** ★ Martin Seckendorf **Hellas unterm Hakenkreuz** ★ Frank Slijper **Kanonen, Schulden und Korruption – Rüstungsausgaben und Krise in Griechenland** ★ Tibor Zenker **Die Krise als Chance deutscher Vorherrschaft und die Bedingungen des Widerstandes** ★ Interview mit Nikolas Theodorakis/PAME **»Ein Weg aus der Krise zugunsten des Volkes«**

Weitere Themen u. a.:
Frank Deppe **Eskalation? Einige Überlegungen zur Debatte um die Einheitsgewerkschaft** | Rainer Perschewski **Tarifeinheitsgesetz – Im Dienste des Kapitals** | Sigurd Mutiger **Schuhindustrie: Einmal Vietnam und zurück?** | Jürgen Maier **TTIP – Kristallisationspunkt einer europäischen Bewegung** | Kai Ehlers **NATO, Russland, Ukraine – ein Versuch rote Linien zu erkennen** | Phillip Becher **»... wo wir regieren – aber nicht die Macht haben ...«** | Leo Kofler **Der Standpunkt des »Vulgärmarxismus«** | Arno Klönne **Rüstungswirtschaft und Erneuerung** | Stefan Leibold **Zinskritik – eine Sackgasse der Kapitalismuskritik?** | Wolfgang Bittner **Wie unabhängig sind unsere Medien? – Das Beispiel Ukraine-Krise** | Ludwig Elm **Europäischer Gedenktag »23. August« – das falsche Datum** | Klaus Wagener **200 Jahre Waterloo** | Winfried Wolf **Machtkampf. Streikrecht. Solidarität. Zur Debatte um den Arbeitskampf der GDL**



Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

Neue Impulse Verlag

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel.: 0201-23 67 57

Zur geistigen Situation nach der Befreiung vom Faschismus

Kolloquium des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V. und des Berlin-Brandenburgischen Bildungswerkes e.V., 30. April 2015, Berlin

Überhaupt nicht thematisiert wurde in den offiziellen Gedenkveranstaltungen zum 8. Mai 1945 – aber auch wenig in Veranstaltungen des linken Spektrums – die „geistige Situation" nach der Befreiung vom Faschismus. Neben vielen unbelehrbaren Nationalsozialisten, die in den westlichen Besatzungszonen nach und nach wieder an die Schalthebel der Macht gebracht wurden, neben zahlreichen Deutschen, die aufgrund ihrer Erfahrungen im NS-Staat von Politik nichts mehr wissen wollten, gab es auch eine Aufbruchstimmung. Sie war anzutreffen bei jungen Menschen, bei ehemaligen Mitgliedern der Arbeiterparteien und Gewerkschaften, die entweder antifaschistischen Widerstand geleistet oder sich während der Zeit der faschistischen Diktatur „unauffällig" verhalten hatten. Diese Aufbruchstimmung wirkte bis in die damaligen Parteiprogramme hinein und prägte den Zeitgeist. Was die Intelligenz 1945 anbelangt, hatte sich aufgrund der politisch-historischen Erfahrungen der Weimarer Republik, der faschistischen Diktatur und des Zweiten Weltkrieges die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine kulturelle Erneuerung nur im Zusammenhang mit umfassenden politisch-gesellschaftlichen Umwälzungen möglich war.

Das Berlin-Brandenburgische Bildungswerk und der Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung führten zu diesem bislang sehr vernachlässigten Problemkreis Ende April im KulturGut in Berlin-Marzahn ein wissenschaftliches Kolloquium mit über 80 TeilnehmerInnen durch. *Günter Benser* (Berlin) eröffnete mit einem Vortrag „1945 – eine historische Zäsur". Er und die folgenden Redner setzten sich prononciert mit der Metapher der Stunde „Null" auseinander. Sie sei allenfalls geeignet, die subjektive Verfasstheit deutscher Zeitgenossen zu umschreiben und suggeriere zudem die Vorstellung, dass sich am Ende des Zweiten Weltkrieges und angesichts der katastrophalen Niederlage alle Deutschen als eine Schicksalsgemeinschaft verarmter, hungernder, notleidender und orientierungsloser Menschen empfunden hätten, für die – zumindest vorübergehend – die Klassentrennungen und die politischen Lager keine oder nur eine nebensächliche Rolle gespielt hätten. Benser schilderte die historisch-politische Brisanz dieser Thematik, die Dimension der historischen Zäsur des Jahres 1945, das veränderte internationale Kräfteverhältnis und die neue internationale Architektur, den „allgemeinen sozialistischen Zug der Zeit". Er erinnerte an den alliierten Konsens zur Abrechnung mit dem Faschismus und zur Bestrafung der Schuldigen und dann an das Ende dieser Kooperation sowie an den Übergang zum Kalten Krieg. Ein solcher sei bereits auch in der heutigen Welt im Gange, diesmal nicht zwischen zwei widerstrebenden Gesellschaftssystemen, sondern zwischen kapitaldominierten Staaten. Es stelle sich die Frage, wieso die im antifaschistischen Widerstand und in der Antihitlerkoalition gewonnenen Einsichten, Konzepte und Programme so rasch wieder in der Versen-

kung verschwunden oder zumindest als Grundlage praktischen Handels aufgegeben worden seien, und welchen Preis wir für die Dominanz von Profitmaximierung, egoistischen Klassen- und nationalen Sonderinteressen, politischen und religiösen Fanatismus zu bezahlen haben.

Jörg Wollenberg (Bremen) stellte weitgehend in Vergessenheit geratene konzeptionelle Vorstellungen deutscher Sozialisten zum politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Neuaufbau Nachkriegsdeutschlands vor und ging den Gründen des Scheiterns ihrer Nachkriegspolitik nach. Vor allem von ihm zitierte Überlegungen von Willy Brandt von Anfang 1945, die auf eine sozialistische Transformation Nachkriegsdeutschlands und ein enges politisches Verhältnis zur Sowjetunion ausgerichtet waren, fanden Beachtung. Auch *Peter Brandt* (Hagen) erinnerte in seinem Vortrag „Zwischen Grotewohl und Schumacher. Sozialdemokratische Sozialismuskonzeptionen 1945/46" an heutzutage in Vergessenheit geratene Sozialdemokraten und deren politische Vorstellungen. Leider war unter den Vortragenden mit *Gisela Notz* (Berlin) nur eine Frau. Sie sprach über die überparteilichen Frauenausschüsse nach dem Zweiten Weltkrieg und verdeutlichte die mannigfaltigen Schwierigkeiten, welche die sozialdemokratischen Frauen in ihrem Engagement nach 1945 zu überwinden hatten. *Jürgen Hofmann* (Berlin) arbeitete detailliert heraus, wie sich die KPD 1945/46 mit der ideologischen Hinterlassenschaft des deutschen Faschismus auseinandergesetzt hat. Bereits im Prozess der Diskussionen um ihre Nachkriegsplanung habe sich die KPD-Führung – vornehmlich ab 1944 im Moskauer Exil – darauf vorbereitet. *Siegfried Prokop* (Bernau) vermittelte ein differenziertes Bild über die Lage der Intelligenz in der sowjetischen Besatzungszone im Jahre 1945. Er zeigte, wie stark die Intelligenz vom deutschen Faschismus beeinflusst worden war. Der beginnende politisch-soziale Wandel der Intelligenz müsse im engen Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Umbrüchen – der Entnazifizierung, der Boden- und Justizrereform sowie der Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher – gesehen werden. *Jörg Roesler* (Berlin) befasste sich mit dem Umgang mit Flüchtlingen in jener Zeit. Er verdeutlichte, wie die Flüchtlinge die „Stunde Null" erlebten und welche Perspektive man den Deutschen aus dem Osten – konkret den Flüchtlingen, die aus dem Raum zwischen Oder und Neiße emigriert waren – in der sowjetischen bzw. in der britischen Besatzungszone bot. Die auf die Integration der Migranten gerichteten Bemühungen der Politik in der sowjetischen Besatzungszone seien durch die dort stattfindenden gesellschaftlichen Veränderungen auf den Gebieten der Politik und Ökonomie – wie zum Beispiel durch die demokratische Bodenreform, durch die eine ganze Reihe Flüchtlinge ehemaliges Junkerland erhalten hatten – begünstigt worden. Im abschließenden Vortrag erörterte *Heinz Engelstädter* (Berlin) das Thema „Geschichtsverständnis – Anspruch und Wirklichkeit". Eine Lesung über die bildende Kunst im Jahre 1945 trug ebenfalls zum Gelingen des Kolloquiums bei. Über dessen Ertrag wird – ergänzt durch weitere Beiträge – ein Sammelband erscheinen.

Rainer Holze

Umbruch im kapitalistischen Weltsystem

23. isw-forum, München, 16. Mai 2015

Die Tagung des Münchener Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung fand kurz vor der Zusammenkunft der G7 in Elmau statt, was der Konferenz mit dem Titel „Der Aufstieg des Südens. Umbruch in der globalen Machtverteilung?" besondere Aktualität verlieh. Inhaltlich war die Veranstaltung durch den ISW-Report Nr. 100/101 „Umbruch im globalen Kapitalismus. Abstieg der G7-Metropolen – Aufstieg der Schwellenländer" von Leo Mayer, Fred Schmid und Conrad Schuhler gut vorbereitet: Die Veröffentlichung skizziert Grundzüge des gegenwärtigen Umbruchs und enthält umfangreiches empirisches Material.

Eingeleitet wurde der Tag durch *Jörg Goldberg*, entwicklungspolitischer Gutachter und langjähriger Politikberater in Afrika, der zum Thema „Die Emanzipation des Südens – Neuerfindung des Kapitalismus" sprach. Er skizzierte die ökonomischen Verschiebungen zwischen den alten kapitalistischen Mächten des Westens einerseits und den aufstrebenden Ländern des Südens andererseits, ein Prozess, der unter kapitalistischen Vorzeichen abläuft. Seine Kernthese, die er in seinem Buch „Die Emanzipation des Südens" begründet, besagt, dass die neuen kapitalistischen Wirtschaftsmächte des Südens auf der Grundlage historisch gewachsener Gesellschaftsstrukturen eigene Institutionen herausbilden, die sich von den kapitalistischen Gesellschaften des Westens in wichtigen Punkten unterscheiden.

Der folgende Vortrag von *Anna Ochkina*, stellvertretene Direktorin des Instituts für Globale Forschung und Soziale Bewegungen aus Moskau, beschäftigte sich mit der Frage, ob die BRICS-Staaten Kern einer alternativen, d.h. nicht-neoliberalen Weltordnung werden könnten. Dabei berührte sie auch die von Goldberg angesprochene Problematik der kulturellen Vielfalt, allerdings aus einem anderen Blickwinkel. Vor dem Hintergrund der russischen Entwicklung – die ökonomische und soziale Basis des heutigen Russland sei die Ausbeutung der Errungenschaften des sowjetischen Systems (die sie keinesfalls nur positiv sieht), ohne dass bislang eine lebensfähige Alternative geschaffen werden konnte – stellte sie die These auf, dass die BRICS-Länder durch ein vielfältiges, historisch gewachsenes soziales und kulturelles Potenzial gekennzeichnet seien, das sie zu mächtigen globalen ‚playern' machen könnte. Jedoch seien Teile der Eliten dabei, dieses Potenzial durch kritiklose Übernahme neoliberaler Muster zu zerstören. Trotzdem beantwortete sie die im Titel ihres Vortrags gestellte Frage positiv: Die unterschiedlichen BRICS-Staaten seien unter dem Druck der hegemonialen Bestrebungen des Westens gezwungen, Allianzen zu bilden und die durch die neoliberalen Tendenzen bewirkten sozialen Zerfallserscheinungen durch den Aufbau von modernen Sozialstaaten zu beantworten.

Die Vorträge – besonders interessant die Charakterisierung Russlands als einer in der Tradition des Sowjetsozialismus passiven, wenig zu Widerstand fä-

higen Gesellschaft – wurden nur kurz diskutiert, was u.a. an Sprach- und Übersetzungsproblem beim russischen Vortrag lag. Gegen Goldberg richtete sich der Einwand, die konstatierten institutionellen Abweichungen vom westlichen ‚Kapitalismusmodell' seien nur Übergangserscheinungen. Dem wurde entgegen gehalten, dass der europäische Kapitalismus im Kern durch Institutionen des europäischen Feudalismus geprägt sei. Der Kapitalismus des Südens würde sich – wie in Europa – mit vorkapitalistischen Institutionen verbinden und müsse daher andere gesellschaftliche Verhältnisse als im Westen hervorbringen.

Noch prononcierter als Ochkina vertrat *Valter Pomar*, Professor für Internationale Ökonomie an der Universität ABC aus Sao Paulo, in seinem Papier „Lateinamerika: Gegenentwürfe zur neoliberalen Globalisierung?" die Ansicht, dass die BRICS-Länder ein relativ geschlossener Block seien, der die US-Hegemonie herausfordern könnte. Da er persönlich absagen musste, wurde sein Vortrag verlesen.

Walter Baier, Koordinator des Netzwerks transform aus Wien, setzte sich mit „Europas Rolle bei der globalen Neugestaltung" auseinander. Er schilderte die inneren Probleme der EU, die ihre Handlungsfähigkeit als eigenständiger Block beeinträchtigen. Entscheidend seien die sozialen Kräfteverhältnisse innerhalb Europas, d.h. die Frage, ob es gelingen kann, die Interessen der abhängigen Klassen im Integrationsprozess zur Geltung zu bringen.

In seinem Abschlussvortrag „G7 und der Umbruch der Weltordnung – vor neuen Weltordnungskriegen?" ging *Conrad Schuhler*, Vorsitzender des ISW, auf die friedenspolitischen Aspekte der globalen Machtverschiebungen ein. Er wies darauf hin, dass insbesondere das hartnäckige Festhalten der USA an einer Führungsrolle, die das Land wirtschaftlich nicht mehr ausfüllen kann, die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen verschärft.

Auch wenn die gut besuchte Tagung die angerissenen Probleme nicht ausdiskutieren konnte: Das ISW hat unter Beweis gestellt, dass man auch mit geringen finanziellen und logistischen Mitteln intellektuell anspruchsvolle Debatten organisieren kann. Innerhalb der linken Bewegungen ist das ISW eine in seiner Kontinuität und Innovativität bemerkenswerte Erscheinung.

David Schuster

„Literatur (in) der Krise"

Workshop von „Z" in Verbindung mit der Heinz-Jung-Stiftung, Frankfurt am Main, 23. Mai 2015

Wie ist es um die zeitgenössische Literatur und Kulturproduktion bestellt? Wie werden die vielschichtigen Krisenprozesse, die seit 2007/2008 tiefgreifende Auswirkungen gezeitigt und ein intensives Nebeneinander von Krisen-

prozessen und Krisendiskursen beschert haben, literarisch gefasst? Wer schreibt über was, wie verhält sich die Gegenwartsliteratur im Spannungsfeld von Eskapismus und Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Missständen? Diese und ähnliche Frgen des in Z 101 gesetzte Themenschwerpunkt „Literatur (in) der Krise" sind auf verstärktes Interesse gestoßen, es wurde ein Thema ausgewählt, das in ähnlicher Form zuletzt in verschiedenen Debattenzusammenhängen diskutiert wurde, von sich politisch verstehenden Literaten und Kulturschaffender, auf wissenschaftlichen Tagungen, in den Feuilletons bedeutender Tageszeitungen.[1]

Ausgewählte Beiträge aus dem Themenheft zu Krise und Literatur standen bei zwei Veranstaltungen[2] zur Diskussion. Die erste, über die hier berichtet wird, fand im Rahmen eines Workshops am 23. Mai in Frankfurt/M. statt. Dort wurden mit Autorinnen und Autoren des Heftes in drei Blöcken thematische Schwerpunkte vertieft. Der grundlegenden Auseinandersetzung mit *Problemen politischer Ästhetik heute* am Vormittag folgten am Nachmittag die beiden Blöcke zu *Krisenkunst? Gesellschaftskritik in der Gegenwartskunst* und eine Abschlussdiskussion. *David Salomon* (Frankfurt) eröffnete den ersten Block mit einem Definitionsversuch des Begriffs der Politischen Ästhetik und warf die grundsätzliche Frage nach dem Beitrag, den Literatur zur politischen und gesellschaftlichen Zeitdiagnose liefern kann, auf. Salomon sprach sich für ein Verständnis von Literatur als „Art und Weise der Weltaneignung" aus und wies darauf hin, dass möglicherweise geführte Debatten über den Realismus sich stets um präzise gefasste Realismusbegriffe zu drehen hätten und auch die beliebte, oftmals vereinfachend verwendete Spiegel-Metapher kritisch zu reflektieren sei.

Carolin Amlinger (Frankfurt/Darmstadt) stellte ihre Untersuchung über die Veränderungen der Produktionsbedingungen des Schreibens in der Gegenwart vor. Kunst drohe immer mehr Mittel zum Zweck der Kapitalakkumulation zu werden. Damit bestimme die ökonomische Logik die Literaturproduktion tiefgreifend. Die ohnehin prekäre Situation der ‚schreibenden Arbeiter' verschlechtere sich, wobei durchaus eine starke Ungleichheit und Ausdifferenzierung der sozialen Lage und Honorierung der Autoren festzustellen sei. Übergreifend sei auf dem Buchmarkt die Tendenz zum pragmatischen Ausrichten des Schreibens auf das Kalkül des intendierten Markterfolges zu konstatieren. Der Tatbestand, dass der „Markt mitschreibt", sorge dafür, dass ein kritischer Anspruch im Schreiben oder gar markt-kritisches Schreiben kaum mehr möglich seien.

Sven Gringmuth (Siegen) betonte die widerspiegelnde Kraft und Funktion von Literatur, gesellschaftliche Entwicklungen zu antizipieren, zu kommentieren oder in Form des kritischen Rückblicks zu thematisieren. Literatur könne

---

1 „Literatur (in) der Krise". Z 101 (März 2015). Vgl. auch Das Argument 309, 2014, „Kritisch-literarische Praxis". Am 17./18. April fand im Literaturforum im Brecht-Haus, Berlin, eine Debatte „Richtige Literatur im Falschen? Schriftsteller - Kapitalismus - Kritik" statt (Einleitung Ingar Solty). Berichte dazu u.a. in SZ, ND, Die Welt, Tagesspiegel, taz, junge Welt, jungle world, Freitag.

2 Eine weitere Diskussionsveranstaltung zu Z 101 fand in der Ladengalerie der „jungen Welt", Berlin, 26. Mai 2015, statt mit Einleitungsbeiträgen von Ingar Solty und Kai Köhler.

Zeugnis von der gesellschaftlichen Realität ablegen und über diese viel nachhaltiger aufklären als so manche soziologische Abhandlung. In der deutschsprachigen Literatur sei der Ausdruck einer neuen Sensibilität festzustellen, für die Enno Stahl und seine Thematisierung von prekären Lebenssituationen sowie der Arbeitswelt stehe. Gringmuth diskutierte an verschiedenen Beispielen die in der Gegenwartskultur dennoch vorherrschende Haltung der reflexhaften Abwehr jeglichen Engagements. Die Haltung des *dis-engagement* sei weiterhin chic, während die nach außen getragene radikale Haltung einiger Kulturschaffender oftmals wenig mehr als leere Geste sei.

Daniel Göcht (Köln) fragte in Auseinandersetzung mit dem Spätwerk Georg Lukács' *Die Eigenart des Ästhetischen* danach, welchen Beitrag Lukács' Werk zu den Problemen der politischen Ästhetik der Gegenwart liefern könnte. Im Anschluss an die Darlegung zentraler Theoreme des Spätwerks von Lukács (Kunst als Form des menschlichen Selbstbewusstseins und Medium der Selbstreflexion) erörterte Göcht die Frage der Parteilichkeit, die in jedem Werk schon enthalten sei, ohne dass diese sich als explizite Stellungnahme zeigen müsse. Den positiven Aspekten der Umstülpung der hegelschen Ästhetik sowie des Begriffs von Kunst als Medium der Selbstreflexion gesellschaftlicher Formen des Selbstbewusstseins stellte Göcht die Grenzen des Spätwerks gegenüber, die er in dem defizitären Begriff von Subjektivität sowie der Orientierung an dem Entfremdungs- und Gattungsbegriff, die die Einseitigkeiten der Philosophie Ludwig Feuerbachs wiederhole, ausmachte.

In der Diskussion wurde die Spannung zwischen der Lukács'schen Annahme, dass jede Kunst realistisch sei, und der in mehreren statements geäußerten Behauptung einer verstärkten Weltaneignung der Gegenwartsliteratur diskutiert. Was reflektiert sich in dieser jüngsten, vermeintlich ‚realistischeren' Literatur? Welche Wahrnehmungen von Gesellschaft und Formen von Subjektivität drücken sich dort aus? Es wurde vorgeschlagen, das Kriterium der zeitdiagnostischen Qualität von Literatur zu entkoppeln von den Gegenüberstellungen zwischen gute/schlechte oder progressive/nicht-progressive Literatur. In der Diskussion der gesellschaftstheoretischen Frage nach der Darstellung und Aneignung von Wirklichkeit und der Definition von Literatur als Erkenntnismedium von Gesellschaft wurde auch die Frage aufgeworfen, ob und wie der Begriff des Realismus als inhaltliche, wohl definierte Kategorie aktualisiert und neu in die Diskussion eingeführt werden sollte.

Das zweite Podium widmete sich dem Thema der Krisenkunst und fragte nach der Rolle von Gesellschaftskritik in der Gegenwartskunst. Ingar Solty (Berlin) eröffnete die Runde und legte seine Überlegungen über die poetologischen Formen des Ausdrucks von Kritik in der Literatur dar. Kunst sei stets politisch, auch oder vor allem dann, wenn sie vorgibt, dies nicht zu sein. Solty zufolge ist ein neuer sozialer Realismus in der Gegenwartsliteratur zu beobachten. Dessen Auftreten hänge mit der Hegemoniekrise des Neoliberalismus zusammen, und er adressiere die kaum sichtbaren, aber dennoch systematisch bedingten Phänomene der strukturellen Gewalt der gegenwärtigen politischen Verhältnisse. Solty sieht in der multiperspektivischen Darstellungsweise, in der sich verschiedene Klassensubjekte

wechselseitig bespiegeln sowie im Großstadtroman interessante und innovative Entwicklungen im Hinblick auf einen neuen sozialen Realismus. Am Schluss stand die Frage, wie revolutionäres Schreiben in gegenrevolutionären Zeiten möglich sein könne, ohne kitschig oder peinlich zu werden. Mit Enno Stahls Konzept des ‚analytischen Realismus' warf Solty das Problem auf, dass die Gegenwartsliteratur sehr wohl unkritisch sein könne, selbst wenn sie sich ‚realistischer' Darstellungsmodi bediene.

Kai Köhler (Berlin) hob am Beispiel der Anschläge von 09/11 in der deutschen Gegenwartsliteratur die Besonderheit der literarischen Formen und ästhetischen Gestaltung dieses punktuellen historischen Ereignisses hervor, das einen plötzlichen Einbruch und Wendepunkt markierte: einen Wendepunkt, mit dem der Glaube, dass die Geschichte an ihr Ende gelangt sei, ins Wanken geriet. Köhler stellt fest, Formfragen seien in den Vordergrund gerückt und das Fehlen politischer Akteure müsse als weiterer konstitutiver Zug dieser neueren Literatur verstanden werden, die sich primär um die Krisenbewältigung auf privater, subjektiver Ebene drehe.

Artur Rümmler (Darmstadt) stellte die Arbeit des *Werkkreis Literatur der Arbeitswelt* sowie sein eigenes poetologisches Selbstverständnis vor. Ausgehend von einer historischen Skizze des Wirkens und der regen Publikationstätigkeit des *Werkkreises*, der Literatur als politische Waffe zur Kritik des Kapitalismus verstand, legte Rümmler den Schwerpunkt auf die Frage der Aktualität einer dezidiert sich sozialistisch verstehenden Literatur. Der *Werkkreis*, der in seiner Blütezeit in den 1970er und 1980er Jahren insgesamt ca. 60 Bände im Fischer-Verlag veröffentlichte, leide gegenwärtig an Mitgliederschwund und Überalterung. In dieser Situation sei die Aktualität der sozialistischen Literatur neu auszuloten. Als hilfreich hierfür sieht Rümmler einen Realismusbegriff, der keinen spezifischen Stil, sondern eine Haltung zur Realität bezeichnet, eine Haltung, die sich die Aufgabe stellt, zu analysieren, darzustellen und miterleben zu lassen. Die zentralen Fragen eines solchen Programms lauteten: Wie ist die gesellschaftliche Wirklichkeit beschaffen, warum ist sie so, wie können wir sie überwinden?

In der Diskussion wurde ein Verständnis von Kunst und Literatur kritisiert, das diese rein instrumentell betrachtet und auf ihren politischen Gehalt bzw. das Kriterium einer soziale Missstände thematisierenden Darstellungsweise als Qualitätskriterium hin abklopft, ohne die Autonomie der Kunstproduktion anzuerkennen. Dem wurde entgegengehalten, Kunst sei zwar als autonomer aber keinesfalls als autarker Diskurs zu verstehen, da sie ihr Material notwendigerweise aus der „Welt" und der Gesellschaft nehme. Das die Debatten bestimmende Thema war damit die Auslotung der politischen Funktion von Literatur. Die Gestaltung der menschlichen Subjektivität sei von der Literatur mit den ihr eigenen Darstellungsmodi viel komplexer und präziser zu fassen als mit sozialwissenschaftlichen Ansätzen. Gegen soziologisch-reduktionistische Zugänge zur Literatur wurde betont, dass neben den reinen Inhalten auch die ästhetische Form von Literatur zu berücksichtigen sei.

In der Abschlussdiskussion wurden zuvor schon ausgeführte Positionen zur politischen Funktion von Literatur wieder aufgegriffen. Der in der Literatur ausgedrückten „Haltung" sei besonderes Augenmerk beizumessen wie auch ihrer Funk-

tion als Erkenntnismedium der Weltaneignung, das dennoch zugleich relativ autonom von der gesellschaftlichen Wirklichkeit sei. Die kritische Analyse der gesellschaftlichen Realität bedürfe der komplexen Beschreibungs- und Modellierungstechniken der fiktionalen Literatur, die als „in Geschichten erzählte Zeit" konzipiert werden könne und somit ein zentrales Erkenntnismedium zur Durchdringung der komplexen Logiken nicht zuletzt der kapitalistischen Vergesellschaftung konstituiere. Zur Illustration wurde das Bonmot Friedrich Engels zitiert, demzufolge durch die Lektüre von Balzac – z. B. dessen Roman *L'argent* (Das Geld) – ein komplexeres Verständnis des Börsen-, Banken- und Spekulationsgeschehens gewonnen werden könne als „von allen berufsmäßigen Historikern, Ökonomen und Statistikern dieser Zeit zusammengenommen"[3]. Dementgegen wurde wiederum betont, dass Literatur stets mehr sei als reines Erkenntnismedium des Sozialen und die poetische Spezifik niemals subsumierbar sei oder aufgehe in der Darstellung des Sozialen und dort lokalisierter Unrechtserfahrungen.

Der Anspruch, die Spannung zwischen letzteren beiden Positionen auflösen zu können, wäre freilich vermessen und kann als produktive Anregung für künftige Debatten, an denen sich ein Großteil der Anwesenden interessiert zeigte, festgehalten werden.

Patrick Eser

Herausforderungen der Friedensbewegung

Seminar des Bundesausschusses Friedensratschlag, Kassel, 30. Mai 2015

Auf dem Programm der Tagung mit rd. 40 TeilnehmerInnen standen zwei Konfliktregionen, die die mediale Berichterstattung der letzten Zeit maßgeblich mitbestimmten: die Ukraine und der Nahe Osten. Es ging, wie *Lühr Henken* (Berlin, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag), einleitend betonte, darum, die hinter den Auseinandersetzungen liegenden Fragestellungen zuzuspitzen, Kampagnen zu entwickeln und so (Hintergrund-)Informationen in die Öffentlichkeit und in die Bewegungen zu tragen.

Zum Konflikt in der Ukraine referierte *Kai Ehlers* (Hamburg). Der Journalist und Schriftsteller stellte in seinem Beitrag „drei große Transformationsströme" heraus: 1) Die nachsowjetische Transformation, 2) die nachholende Nationsbildung und 3) das Ende der unipolaren Weltordnung. Gegenwärtig befänden wir uns noch immer mitten in der Phase der nachsowjetischen Transformation, womit die generelle Frage nach der Lebensweise gestellt sei. Ehlers sprach von einem radikalen Sturz aus der idealistischen Höhe des Sozialismus in einen „platten Kapitalismus", der auch Ursache für die Wut der Rebellierenden sei. Die nachholende Nationsbildung und der Kampf darum wären

---

3 Engels an Margaret Harkness in London (Entwurf), Anfang April 1888, in: MEW Bd. 37, S. 44.

nicht ohne Blut verlaufen. Lange Zeit sei die Ukraine keine Nation, sondern lediglich ein territoriales Gebilde gewesen. Aktuell ginge es um den Versuch dieses Gebiet zu organisieren. Geopolitisch betrachtet sei die Zeit einer unipolaren Welt vorbei, doch die amerikanische Politik sei durch eine Verhinderungsstrategie mit dem Ziel, keine Kontrahenten zu zulassen, gekennzeichnet. Nachlesen könne man dies u.a. bei Zbigniew Brzezinski: „Wer die Welt beherrschen will, muss Eurasien beherrschen. Wer Eurasien beherrschen will, muss das eurasische Herzland, Russland beherrschen. Wer Russland beherrschen will, muss die Ukraine aus dem Einflussbereich Russlands lösen"[1]. Russland tritt laut Ehlers für eine multipolare Welt ein und sei im Falle der Krim „offensiv aus der Defensive" getreten. Letztlich müsse man den Konflikt in der Ukraine aus Sicht beider Großmächte betrachten.

In der Diskussion wurde herausgestellt, dass sich die NATO als „Öl-NATO" definiert habe, die eine wirtschaftliche Präventionsagenda betreibe, wobei wirtschaftliche Maßnahmen auch direkte militärische Eingriffe umfassten. Von *Werner Ruf* kam die zugespitzte These, der Ukraine-Konflikt sei ein verdeckter Konflikt zwischen den USA und der EU. Es gehe um den Versuch der USA, mittels der NATO die Energiezufuhr in die EU zu kontrollieren. Ehlers widersprach dem und stellte nochmals die Bedeutung Eurasiens heraus, über dessen Kontrolle die Welt zu beherrschen sei.

Werner Ruf (Kassel) ging in seinen Ausführungen vom Problem der Komplexität der Region aus – alleine schon sichtbar am Spektrum der religiösen Gruppen. Der Politologe und Friedensforscher warf die Frage auf, warum es in letzter Zeit zu Konflikten gekommen sei, obwohl diese (religiösen) Gruppen längere Zeit friedlich zusammengelebt hätten. Er machte zwei wesentliche Ursachen aus. Zum einen spiele der Niedergang der USA als globale Weltmacht eine Rolle. Beispielhaft nannte er hier die mangelnde eigene Kriegsbereitschaft: Viele Konflikte würden mittlerweile durch Stellvertreter geführt. Zum anderen sei der Djihadismus zu einem regelrechten Unternehmen geworden[2] – in Syrien kämpfen insgesamt 13 große Privatakteure, deren Grundlage die gleiche Religion und der gleich Gott sei. Die Milizen versuchten immer stärker, sich von ihren ursprünglichen Geldgebern (u.a. aus Washington/Riad/Doha) unabhängig zu machen. Eine Ausnahme bilde der IS (Islamische Staat), der bereits über eine sehr gute ökonomische Basis verfüge. Die Entstehung des IS hat, so Ruf, ihren Ursprung im „Modelfall Irak". Huntingtons Paradigma „Clash of Civilisations" sei zur Grundlage politischen Handelns und der Kriegsführung der USA im Nahen Osten geworden. An ihm orientiert führten die USA nach einem rein konfessionellen Muster u.a. im Irak die „Entbaathifizierung" durch. Im Nahen Osten trete insgesamt eine schwierige und komplexe Gemengelage auf. Es sei absolut undurchsichtig, wer wann von wem finanziert werde, da dies schnell wechseln

---

1 Kai Ehlers (2015): Der umgestülpte Brzezinski – Betrachtungen zu einem historischen Irrtum, http://www.nachdenkseiten.de/?p=25474#foot_1, (08.07.2015).

2 Vgl. Werner Ruf, Djihadismus – Religiöser Fanatismus oder Business? Der Fluch des Samuel P. Huntington, in: Z 102 (Juni 2015), S. 83-90.

könne. Hinter der Finanzierung der islamischen Banden ständen auf jeden Fall nicht (primär) religiöse Motive, sondern machtpolitische Interessen.

Diskutiert wurde anschließend unter anderem die innenpolitische Lage in Saudi-Arabien. Das Land habe keine eigenständige Ökonomie und sei nicht ansatzweise industrialisiert, das Volk lebe von der Staatsrente, die verteilt würde. Werner Ruf nahm das auf und betonte die Bedeutung der sozialen Frage im Kontext der arabischen Konflikte. Die These, dass die USA Staatsverfall als ausdrückliches Ziel verfolgten, wurde von ihm – mit dem Hinweis auf bereits erfolgte Versuche neuer Regierungsbildungen – eher zurückgewiesen.

In der Abschlussdiskussion wurde die Ebene der Staaten (UNO) mit der Perspektive der Etablierung eines kollektiven Sicherheitssystems eher pessimistisch bewertet. Wichtig sei es, den Menschen in Deutschland die Verbindung Kapitalismus – Krieg – soziale Frage aufzuzeigen. Frieden sei mehr als die bloße Abwesenheit von Krieg (negativer Friedensbegriff), es gehe auch um soziale und ökologische Konflikte. Was die Ukraine betrifft, so war der Tenor ein Grundverständnis der NATO als aggressives Bündnis, während sich Russland in der Defensive befände. Eine Kampagne müsse auf die NATO ausgerichtet sein und ein Austritt wurde als Forderung diskutiert. Auf jeden Fall dürfe es eine keine weitere NATO- bzw. EU-Osterweiterung geben. Darüber hinaus müsse man sich verbinden und solidarisieren: Bewegung gegen TTIP, Blockupy, Antifa, Gewerkschaften und Arbeiterbewegung. Viele der anwesenden TeilnehmerInnen brachten Erfahrungen ihrer örtlichen Friedensinitiativen ein. Am folgenden Tag schloss sich in Kassel ein Treffen des Bundesausschusses Friedenratschlag an, bei dem die Ergebnisse des Tagesseminars direkt in Handlungsorientierungen einfließen sollten.

Patrick Ölkrug

Vier Jahrzehnte Alternative Wirtschaftspolitik

Jubiläumstagung der MEMORANDUM-Gruppe, Berlin, 20. Juni 2015, Verdi-Hauptverwaltung

Am 20. Juni trafen sich ca. 120 ÖkonomInnen, GewerkschafterInnen und Aktive aus Sozialen Bewegungen und Verbänden zur Jubiläumstagung der MEMORANDUM-Gruppe[1] in der ver.di Hauptverwaltung.

Wie kommt man dazu, ein solches Jubiläum zu feiern? Um dies zu begreifen sollte man die Ausgangssituation reflektieren. *Rudolf Hickel*, neben Jörg Huffschmid und Herbert Schui einer der Initiatoren der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, kennzeichnete in seiner Festrede die damalige wirt-

---

1 Vgl. AG Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum-Archiv 1975-2014, alle Kurz- und Langfassungen komplett auf DVD. Zu beziehen unter www.alternative-wirtschaftspolitik.de; Kurtzke, Wilfried/Quaißer, Gunter (Hg.), Alternative Wirtschaftspolitik - Tro(o)st in Theorie und Praxis. Axel Troost zum 60. Geburtstag, Sammelband mit 18 Beiträgen, Marburg, BdWi-Verlag.

schaftliche Lage (ausführlicher nachzulesen im Memorandum 1975, erneut abgedruckt im Memorandum 2015): 1975 endete aus späterer Sicht (so z.B. Eric Hobsbawm) das „goldene Zeitalter des Nachkriegskapitalismus". Nach dem Boom Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre brach nicht nur eine schwere Überproduktionskrise aus und fand nicht nur das Internationale Währungssystem von Bretton Woods sein Ende (was einen enormen Deregulierungsschub des internationalen Handels-, Finanz- und Bankensystems einleitete); es spielte sich nicht nur die erste Preisrevolution für Erdöl und Erdgas ab, sondern führende Industrieländer wandten sich vom mehr oder weniger konsequent betriebenen Keynesianismus ab und begannen, den Sozialstaat Schritt für Schritt zu demontieren. Die Helmut Schmidt-Formel GIB (die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Beschäftigung von übermorgen) wurde zum dürftigen theoretischen Unterbau der beginnenden neoliberalen Ära, die besonders durch Thatcher und Reagan vorangetrieben wurde.

Die Gründung der Memo-Gruppe war der Versuch einer theoretischen Kampfansage an diesen aufkommenden neoliberalen Mainstream, dessen „wissenschaftlicher" Protagonist in der Bundesrepublik der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" (SVR) geworden war. Die neue Gruppe aus Alternativ-ProfessorInnen, wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und Doktoranden sowie Ökonomen aus den gewerkschaftlichen Instituten und Apparaten dagegen verständigte sich pragmatisch auf (links)keynesianische, marxistische und andere heterogene Positionen. Schwerpunkte waren das Ringen um mehr Wirtschaftsdemokratie, die Verteidigung und der Ausbau des Sozialstaates, die Arbeitszeit- und Arbeitsmarktpolitik und eine gerechte Steuer-, Finanz- und Regionalpolitik sowie zunehmend die Auseinandersetzung um die wichtiger werdende Umweltpolitik.

Rudolf Hickel und so gut wie alle anderen ReferentInnen beschäftigten sich intensiv mit der Frage der relativen politischen Wirkungslosigkeit der Ideen alternativer Wirtschaftspolitik sowie dem Redundanzvorwurf. Zum Glück (H.B.) kann man den Einfluss alternativer Ideen nicht wirklich messen. Aber wie hätten sich die Gewerkschaften, die Umweltbewegung und die aus ihr hervorgehenden Parteien ohne eine in der linken Szene verankerte alternative qualifizierte Wirtschaftswissenschaft entwickelt? Wäre die Arbeitszeitverkürzungspolitik, hinter der ja ein umfassendes theoretisches und empirisches Konzept stand, in den 80er Jahren ohne die theoretische und empirische Arbeit der Memogruppe und ihre oft mühsame Verbreitung so wirksam geworden?

Als sichtbare Erfolge werden das 1980er-Memo mit seinem Umwelt- und Regionalteil, das Sondermemorandum zu Vergesellschaftungsformen der Stahlindustrie, die Analyse zur 35 Std.-Woche (1984), das Sondermemorandum Mai 1990 zu den Risiken der politischen und ökonomischen Blitzvereinigung (Memo-Forum Nr. 16, Mai 1990), das Memo 1990 mit seinen umfangreichen umweltökonomischen Teilen, die Kritik des Maastricht-Vertrags (Memoranden 1992 [Kap. 7]; 1996 [Kap. 8], 1997 [Kap. 7]), an dem im Wesentlichen kritisiert wurde, dass er nur auf der Geldpolitik und einer äußerst verengten

Haushaltsregulierung beruhte und der Industrie-, Regional- und Finanzausgleichspolitik sowie der Beschäftigungs- und Sozialpolitik nicht das notwendige Gewicht einräumte und sie neoliberal ausrichtete. Zur Analyse der Finanzmarkt- und New Economy-Krise 1999 und zur großen Krise ab 2008 mit dem Schwerpunkt der Finanzmarktkrise (Jörg Huffschmid) wurden umfassende und zumeist zutreffende Einschätzungen vorgelegt. In diesem Zusammenhang sind die von der „Süddeutschen Zeitung" mit dem „Verein für Sozialpolitik", dem mitgliederstärksten deutschen Ökonomenverband, organisierten Studien zur Wirkung der großen Finanzkrise auf das theoretische und wirtschaftspolitische Denken der deutschen Ökonomen interessant. Die Autoren glauben, eine allmähliche Erosion des neoklassischen und neoliberalen Monopols erkennen zu können (SZ v. 24. 06. 2015, S. HF3).

Als vom MEMO scharf kritisierten finanzkapitalistischen Durchbruch bezeichnet Rudolf Hickel die steuerliche Befreiung des Verkaufs von Unternehmensanteilen an Großkonzernen und Großbetrieben zum Jahresende 1999, die Bundeskanzler Schröder gegen den Widerstand des SPD-Vorsitzenden und Finanzministers Lafontaine durchgesetzt und die dann von Hans Eichel als neuem Finanzminister exekutiert wurde. Lafontaines Rücktritt sei daher unvermeidlich gewesen.

Im ersten Themenblock „Aktuelle Herausforderungen" referierte *Heinz Bontrup*, Professor an der Hochschule Westfalen in Gelsenkirchen und ehemals Arbeitsdirektor in einem Stahlunternehmen, zum Thema „Die Wirtschaftskrise ist nicht beendet – zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit". Man müsse nicht nur die Sekundärverteilung im Blick haben, sondern insbesondere die Primärverteilung zwischen Löhnen und Gewinnen, und diese könne man nur dann wirklich zugunsten der Löhne verändern, wenn die Paritätische Mitbestimmung auf die gesamte Wirtschaft übertragen werde. Nur so könne man die notwendige Machtverschiebung zugunsten der Arbeit durchsetzen und die weitere primäre Umverteilung von Unten nach Oben begrenzen. Diese primäre Umverteilung müsse durch die sekundäre (steuerliche und sozialstaatsfinanzierte) Umverteilung zugunsten der Niedrigeinkommen ergänzt werden. Dies sei ein unantastbares Memo-Prinzip. Der Verteilungskampf müsse zudem weiter ganz wesentlich über die Arbeitszeitschiene geführt werden. Bontrup zeigte zudem eine strategische Veränderung des heutigen Finanzkapitalismus auf, die Resultat einer dramatischen Konzentration und Zentralisation der Großunternehmen ist: Der Gewinn der Konzerne wird nicht mehr als Restgröße, als Differenz zwischen Erlösen und Kosten, sondern als „Plangröße" behandelt, Löhne und Gehälter werden zu Restgrößen degradiert. DB-Chef Ackermanns 25-Prozent-Diktat für die Verzinsung des Eigenkapitals sei kein Zufall und habe die Verteilungsrelationen und damit auch die Anti-Krisen Stabilität weiter verschlechtert.

Mechthild Schrooten, Professorin an der Hochschule Bremen, Spezialistin für Geld- und Bankenpolitik, betonte einerseits, dass der Staat ein wesentlicher Mitspieler auf den Finanzmärkten sei, aber im Gegensatz zur eindimensionalen Profitorientierung derzeit über keine klare Zielfunktion für seine Aktivitäten verfüge, dass er aber in der großen Krise alles für die Rettung der Banken,

auch der nutzlosen, getan und damit die Staatsverschuldung unnötig in die Höhe geschraubt habe. In einem zweiten Schritt habe er dann mit der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse und dem EU-Fiskalpakt die Last „auf ewig" auf den Sozialstaat und die Investitionen abgewälzt.

Stefan Körzell, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands des DGB, begann mit einer beißenden Kritik an der Politik der „Schwarzen Null", die die Mentalität des „jeder ist seines eigenen Glückes Schmied" forciere und damit ein unsolidarisches Gesellschaftskonzept zur gesellschaftlichen Norm erhebe. Die Diskussion um die öffentliche Investitionskrise, die bereits weitgehend als existent akzeptiert werde, konzentriere sich nun auf die Finanzierungsfrage. Public-Private-Partnership, das Ringen um öffentlich-private Projekte (z.B. in der Fratscher-Kommission), die Interessen der großen Kapitalsammelstellen wie der Allianz, die Auflage von Infrastrukturfonds, denen der Staat eine Mindestrendite garantieren müsse, so die Forderung der potentiellen Finanzierer, waren Stichworte seines Beitrags. Öffentliche Investitionen müssten stattdessen im Wesentlichen aus Steuermitteln finanziert werden, und dazu seien der Abbau der Steuerprivilegien und eine gerechte Steuerpolitik erforderlich.

Mit großem Interesse wurde auch der Beitrag von *Herbert Schui*, einem der Gründer der Memorandum-Gruppe, Professor an der HWP in Hamburg und zuletzt MdB für Die Linke, erwartet. Sein Thema: „Woran ist das „Goldene Zeitalter" des Kapitalismus der Nachkriegszeit gescheitert? Ist es erneut möglich?" Ökonomisch abstrakt lautete die Antwort: S>I. Die volkswirtschaftlichen Ersparnisse hauptsächlich der Unternehmen wuchsen ab Beginn der 70er Jahre schneller als die Investitionen. Dies löste einen verstärkten gesamtwirtschaftlichen Profitratenverfall aus, der Gewinnanteil am Volkseinkommen sei deutlich gefallen. Lösungsansätze wären höhere Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, höhere kreditfinanzierte Staatsausgaben zur Fortsetzung der Infrastrukturerneuerung gewesen, oder aber eine deutliche Gewinn- und Einkommenssteuererhöhung zwecks Ausweitung der öffentlichen Investitionen und Sozialausgaben. Die Frage nach der Wiederholbarkeit des „goldenen Zeitalters" wurde leider zu knapp behandelt. Schuis Antwort aber war dennoch wegweisend: Es müssten Unternehmen mit niedrigen Renditeansprüchen eine viel größere Rolle spielen: gemeinnützige und öffentliche Unternehmen, Genossenschaften usw.

Klaus Steinitz, Doyen der wesentlich in der DDR beruflich tätig gewesenen WissenschaftlerInnen der Memo-Gruppe, rekapitulierte nüchtern, dass die Anfang der 90er Jahre gemachten Vorschläge der Memorandum-Gruppe zwar nicht von der Bundesregierung übernommen wurden, aber für die oppositionellen Kräfte in den neuen Bundesländern und auch in Westdeutschland eine wichtige Orientierung boten. In der Sache sei die Ende der 1990er Jahre erreichte Disproportion zwischen West- und Ostdeutschland (eine pauschal um ein Drittel weniger leistungsfähige Regionalwirtschaft) so gut wie zementiert. Allmählich habe sich ein Perspektivenwechsel eingestellt: die Widersprüche zwischen West- und Ostdeutschland seien in den Hintergrund getreten, die gesamtdeutschen Positionen innerhalb Europas und der Weltwirtschaft dagegen in den

Vordergrund. Die radikale Zerschlagung der Kombinate habe zur heutigen faktischen Nichtexistenz von Groß- und Größtunternehmen in Ostdeutschland geführt (eine klassisch undialektische Negation, H.B.), was zur Dominanz der Klein- und Kleinstunternehmen führte und damit auch den hohen Anteil der nicht tarifgebundenen Unternehmen erkläre. Der zweite Fundamentalfehler war, so Steinitz, die brutale Zerschlagung der öffentlichen und betrieblichen Forschungslandschaft, wo innerhalb weniger Jahre mehr als 50 Prozent der Beschäftigten entlassen wurden. Der Zusammenbruch der DDR-Industrie in Kombination mit den genannten Faktoren führte zu Massenabwanderung nach Westdeutschland und zementierte damit die radikalen Disproportionen zwischen Ost- und Westdeutschland, ohne die jeweiligen innerregionalen Widersprüche zu ignorieren.

Cornelia Heintze, Spezialistin für die die verschiedenen Entwicklungsvarianten der Dienstleistungsarbeit und des Dienstleistungssektors, insbesondere des Vergleichs zwischen den (staatsbasierten) nordischen und den (familienbasierten) kontinentaleuropäischen Ländern, referierte zum Thema „Vermarktung und Fiskalisierung als Prekarisierungshebel: Professionelle Carearbeit im deutsch-skandinavischen Vergleich". In beeindruckender empirischer Dichte konnte sie am Beispiel des Pflegesektors und der Carearbeit zeigen, dass in Skandinavien die Pflegearbeit als öffentliche Aufgabe und mit Orientierung auf die High Road der Qualitätsentwicklung sowohl das Ausbildungssystem für Pflegeberufe radikal anspruchsvoller gestaltet, die Gehaltssysteme viel besser implementiert und nicht mehr dem industriellen Entlohnungssystem unterordnet. Selbst der seit vielen Jahren wachsende neoliberale Druck der Politik in den skandinavischen Länder könne an dieser strukturellen Überlegenheit nur wenig ändern, weil dieser Sektor eine viel höhere gesellschaftliche Anerkennung genieße und die Care-Beschäftigten hochgradig gewerkschaftlich organisiert seien.

Steffen Lehndorff aus dem IAQ (Institut für Arbeit und Qualifikation an der Universität Duisburg-Essen), referierte zum Thema „Spaltende Integration – Griechenland, Deutschland und die europäische Krise". In seinem Referat am 20.06. also vor der alles entscheidenden Woche vom 22. 6. bis 30.6., bezeichnete er den derzeitigen Zustand der EU als die größte Zuspitzung und Krise des europäischen Integrationsprozesses seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Hegemonie Deutschlands und weniger kleiner Mitgliedsländer (wie NL, Österreich, Belgien und Luxemburg) entmündige mit ihren Regeldiktaten, z.B. dem Fiskalpakt und der Schuldenbremse, die Südländer, aber zunehmend auch die Gründungsländer Italien und Frankreich. Im Vergleich zu den USA hätten sich die EU und der Europäische Währungsraum seit 2008 viel schlechter entwickelt, nicht zuletzt, weil die Führungsmächte, insbes. Deutschland, aus nationalen Gründen und fatalen theoretischen Grundlagen (z.B. das „schwäbische Hausfrauensyndrom" sowie die Zählebigkeit des deutschen Monetarismus) die vermeintlich eigenen Interessen über die Entwicklung des EU-Raums insgesamt gestellt hätten.

Lehndorffs Vermutung, dass aus strategischen Gründen (Migrationspolitik, Sicherheitspolitik, Nato-Mitgliedschaft) letztlich an der Mitgliedschaft Griechenlands in der EU und EWU festgehalten und dafür auch größere Zugeständnisse

an dieses kleine und wirtschaftlich schwache Land gemacht würden, wurde zwar wohl mehrheitlich geteilt, aber auch mit Skepsis aufgenommen.

Im letzten Referatsblock „Zukunft der alternativen Wirtschaftspolitik" referierte zunächst *Franziska Wietholt*, ehemals Mitglied des Ver.di-Bundesvorstand, zum Thema „Lebensentwürfe im Wandel – Herausforderungen für die Politik". Die derzeitige Beschäftigungs- und Arbeitszeitstruktur verlange eine intelligente und komplexe Forderungsstruktur der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik. Mit der generellen Orientierung auf Arbeitszeitverkürzung (30 Stunden-Woche) müssten aber für Teilzeitbeschäftigte, Alleinerziehende und derzeit prekär Verdienende die Aufstockung und Entfristung von Verträgen, Vertragsverlängerungen, Entprekarisierungsinitiativen usw. durchgesetzt werden.

Norbert Reuter, Mitglied der Abt. Wirtschaftspolitik bei Verdi, sprach zum Thema „Die Arbeitszeitfrage im Kontext von Wachstum, Ökologie und Wohlstand". Man könne die teilweise unnötige Konfrontation zwischen Forderungen nach Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung als Möglichkeiten der Nutzung der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätserhöhung unter dem Paradigma Wohlstandserhöhung und Zeitwohlstand entschärfen. In jedem Fall sei eine Langzeitbetrachtung erforderlich. Auch Linkskeynesianer könnte die Arbeitszeitfrage und Umweltfrage unterschätzen. Bei Keynes (1930 und 1943) oder auch K.G. Zinn (ebenfalls einer der Gründer der Memo-Gruppe) sei dieses Thema von der langfristigen Sättigungstendenz des hochentwickelten Kapitalismus prominent bearbeitet. Die Menschen müssten zwischen Arbeitszeitverkürzung und Einkommenssteigerung, familiären Verfügungszeiten usw. entscheiden können. Die Debatte über den gesellschaftlichen Wohlstand im Dreieck Ökologie, Zeit- und Einkommenswohlstand müsse intensiviert werden.

Werner Raza aus Wien, Mitglied des Steering-Komitees der Euro-Memorandum-Gruppe, referierte abschließend zur „Zukunft der Europäischen Union: Stagnation und Polarisierung oder eine grundlegende Neuausrichtung?" sowie zum Stand der Arbeit dieser mehrheitlich aus Ökonomen, aber auch Soziologen und Politologen bestehenden Gruppe. Im letzten Jahr fand in London deren 20. Jahrestagung statt, 2015 wird sie sich in Roskilde (bei Kopenhagen) treffen; alle Dokumente finden sich unter www.euromemo.eu. Die sehr intensive Forschungsorientierung dieses Netzwerkes, die aber aufgrund neuer Finanzierungsmodalitäten der Kommission für Forschungsanträge auf große Finanzprobleme stoße, sei ein Hauptproblem. Man versuche, die Kontakte zu den europäischen sozialen Bewegungen zu intensivieren, eine inhaltliche Verbreitung ihrer Analysen vornehmlich um ökologische Themen zu erreichen sowie neue Verbreitungs- und Vernetzungswege zu gehen.

Insgesamt waren nicht wenige TeilnehmerInnen der Tagung überrascht und erfreut, dass diese Wissenschaftlergruppe 40 Jahre lang in Zeiten größter gesellschaftlicher und politischer Umwälzungen ihren Diskurszusammenhang aufrechterhalten konnte. Allen war jedoch auch klar, dass die Gruppe sich nachhaltig verjüngen und viel mehr Wissenschaftlerinnen als Mitglieder gewinnen muss. Die hierfür größte Hürde ist die Immunität der wirtschaftswissenschaftlichen und ge-

sellschaftswissenschaftlichen Fakultäten der deutschen Hochschulen gegenüber heterodoxen Positionen und die Berufung entsprechender ProfessorInnen.

Vor diesem Hintergrund war das zu Beginn dieser Tagung verlesene Grußwort von Verdi-Chef Frank Bsirske umso erfreulicher, in dem er feststellte, dass die AG Alternative Wirtschaftspolitik im gesellschafts- und wirtschaftswissenschaftlichen Diskurs der Bundesrepublik und der Gewerkschaften unverzichtbar sei. Eine große Anerkennung für die Arbeit der Gruppe.

Hermann Bömer

„Aktualität der Faschismustheorie"

Historische Forschung und aktuelle Entwicklungen der politischen Rechten. Symposium zu Ehren von Prof. Dr. Reinhard Kühnl (1936 - 2014), Marburg, 10. Juli 2015

Am 8. Mai 2015 jährte sich zum siebzigsten Mal die Befreiung vom deutschen Faschismus. Dieses Jubiläum nahm der Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) zum Anlass, um gemeinsam mit verschiedenen KooperationspartnerInnen ein Symposium zur Erinnerung an den 2014 verstorbenen BdWi-Mitbegründer Reinhard Kühnl durchzuführen.

Inhaltlich griff das Symposium einerseits faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft auf und untersuchte die ambivalente Beziehung zwischen Faschismus und Populismus. Zum anderen wandte sich die Veranstaltung aktuellen Formationen am rechten Rand zu, u.a. der Kultur des Faschismus in Ungarn, der Identitären Bewegung und rassistischen Phänomenen in Deutschland wie der „Alternative für Deutschland" und Pegida.

Am Symposium nahmen über 100 Menschen aller Altersgruppen teil, neben zahlreichen WeggefährtInnen Kühnls auch eine ganze Reihe junger Studierender. Die bisweilen äußerst kontroversen Diskussionsbeiträge wurden freilich in ganz überwiegendem Maß von älteren TeilnehmerInnen eingebracht.

Den inhaltlichen Auftakt bildete eine Laudatio des Historikers *Kurt Pätzold*, der an seine persönlichen Begegnungen und Diskussionen mit Reinhard Kühnl seit Anfang der 1970er Jahre erinnerte und dabei auch Meinungsverschiedenheiten, etwa über die Rolle der Volksmassen im Faschismus, herausstellte. Pätzolds Würdigung endete mit dem Hinweis darauf, dass noch Meriten zu erwerben seien mit der Publikation einer qualifizierten Kühnl-Biographie.

Den zentralen Eingangsvortrag hielt der Historiker *Axel Schildt* von der Uni Hamburg. Schildt, der einst bei Kühnl studierte, referierte über „faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft" und lieferte einen informativen Abriss über die Entwicklung der Faschismusforschung in beiden deutschen Staaten und zeichnete den Umgang mit Begrifflichkeiten ebenso nach wie die Herausbildung verschiedener Faschismustheorien. Er hob die Begrenzung der Faschismusdiskussion durch die Rahmenbedingungen des

Kalten Krieges hervor. Dies habe dazu beigetragen, dass die Forschung in der DDR dogmatisch verengt worden sei, während in der BRD der Begriff „Faschismus" als belastet interpretiert und damit nach Möglichkeit vermieden worden sei. Reinhard Kühnl schrieb er das Bemühen zu, die damit verbundenen Abgrenzungen zu überwinden und zu einer fruchtbaren Diskussion verschiedener Ansätze beizutragen, auch über die innerdeutsche Grenze hinweg. Als Kern der faschistischen Herrschaft habe Kühnl deren undemokratischen Charakter identifiziert. Damit habe er sich von der dogmatischen Interpretation des Faschismus in der DDR abgehoben, die im Wesentlichen bei Dimitroffs Definition von 1935 geblieben sei, nach der der Faschismus vor allem als Agent der reaktionärsten Kräfte des Kapitals (Finanzkapital) zu betrachten sei. Als herausragenden Vertreter dieser Position stellte Schildt Reinhard Opitz heraus. Mit der Gegenüberstellung von Kühnl und Opitz schuf Axel Schildt die Grundlage für eine kontroverse Diskussion. Seine provokativen Anmerkungen zu Opitz, dem er primär politische Loyalität zur DKP unterstellte, während seine wissenschaftliche Qualität fraglich sei, trugen zu einer emotional angeregten Debatte mit deutlichem Widerspruch bei.

Auch der zweite Vortrag des theorieorientierten Vormittags rief kontroverse Statements hervor. *Karin Priester*, emeritierte Hochschullehrerin aus Münster, die über „Faschismus und Populismus – Zur Morphologie einer ambivalenten Beziehung" referierte, stellte ihre Forschungen am Beispiel des italienischen Faschismus vor. Sie hob den Prozesscharakter des Faschismus hervor („Faschismus wird ..., nicht Faschismus ist") und stellte den Bündnischarakter des italienischen Faschismus heraus, in dem es auch eine „linke" populistische Strömung gegeben habe, die aufgrund ihrer antikapitalistischen Orientierung nach 1943/45 in Teilen zur Kommunistischen Partei übergegangen sei. Dies interpretierte sie als gefährliche Nähe populistisch konnotierter antikapitalistischer Ansätze von links und rechts. Diese extremismustheoretisch inspirierten Äußerungen motivierten zahlreiche kritische Nachfragen in der Diskussion, ohne dass die Frage geklärt wurde, ob es tatsächlich keine inhaltlichen Unterschiede zwischen einem rechten und einem linken Antikapitalismus gab.

Die Vorträge des Nachmittags bildeten Beschreibungen aktueller Phänomene, beginnend mit *Magdalena Marsovszky*, Kulturwissenschaftlerin an der Hochschule Fulda, die über die „Kultur des Faschismus in Ungarn" berichtete. In der ungarischen Forschung gebe es begriffliche Schwierigkeiten mit dem Faschismus, die offene Diskussionen, aber auch Erkenntnisgewinne zu spezifischen Fragen wie der massiven Ausbreitung eines völkischen Rassismus erschweren. Das darauf beruhende Magyarentum sei nicht nur zentrale Regierungsideologie, sondern werde von 80 Prozent der ungarischen Politik geteilt. Ihre Schilderung der ungarischen Situation war hochinformativ, analytisch blieben freilich einige Fragen offen. Warum etwa soll es kontraproduktiv sein, wenn antifaschistisches Engagement sich auch antikapitalistisch versteht?

Ausgesprochen informativ war der Beitrag von *Julian Bruns, Kathrin Glösel* und *Natascha Strobl*, SozialwissenschaftlerInnen aus Wien, die den Teilneh-

merInnen ihre Analysen zur Bewegung der Identitären vorstellten. Diese neue Strömung (erst seit 2012 öffentlich wahrnehmbar) der Neuen Rechten ist international aktiv, hebt ihre Jugendlichkeit hervor und gewinnt mit Anleihen aus der Popkultur gewisse Attraktivität. In ihrer Rhetorik behaupten sie, weder rechts noch links zu sein und stellen die national definierte kulturelle Identität in den Mittelpunkt. Auffällig ist freilich ihre Beteiligung an rassistischen Mobilisierungen gegen Flüchtlinge auch in Deutschland.

Den Abschlussvortrag gestalteten *Gudrun Hentges*, Hochschullehrerin an der Hochschule Fulda und langjährige Mitarbeiterin von Reinhard Kühnl, über die Hintergründe von Pegida und *Gerd Wiegel*, früherer Mitarbeiter von Reinhard Kühnl und jetzt wissenschaftlicher Referent der Linksfraktion im Bundestag, über die Entwicklung der AfD. Hentges stellte als Markenzeichen der populistischen Pegida-Bewegung ihre schwache und in Teilen äußerst widersprüchliche programmatische Fundierung heraus. Als gemeinsamer Nenner erscheine vor allem der Kampf gegen Globalisierung und die Abwehr von Flüchtlingen. Interessant sei das Bemühen um die Integration altbekannter Neu-Rechter Personen wie Götz Kubitschek oder Geert Wilders.

Wenige Tage nach dem Sturz Bernd Luckes als Parteivorsitzender der AfD hatte Wiegels Beitrag besondere Aktualität. Die Erfolge der AfD erklärte er mit einer Repräsentationslücke, die insbesondere bestimmte Kapitalfraktionen der Mittelschicht und vom sozialen Abstieg bedrohte Teile dieser Mittelschicht empfänden und die von der AfD ausgefüllt werde. Hinzu kämen die neoliberale Wendung der Sozialdemokratie sowie die Funktion als parteipolitisches Sprachrohr der „rohen Bürgerlichkeit" und das Andocken antiemanzipatorischer Bewegungen an die Partei.

In der abschließenden Diskussion stand die Frage nach Handlungsoptionen im Vordergrund. Mehrfach kam der Wunsch nach einer Fortsetzungsveranstaltung zum Ausdruck. Und immer wieder stellte sich die Frage: Was würde Reinhard Kühnl dazu sagen?

Steffen Käthner



Herausbildung der materialistischen Geschichtsauffassung

Karl-Marx/Friedrich Engels, Gesamtausgabe (MEGA). Vierte Abteilung: Exzerpte – Notizen – Marginalien, Band 5: Karl Marx/Friedrich Engels, Exzerpte und Notizen Juli 1845 bis Dezember 1850. Bearbeitet von Georgij Bagaturija, Timm Graßmann, Aleksandr Syrov (†) und Ljudmila Vasina. Mit einer Einführung von Matthias Bohlender. De Gruyter Akademie Forschung, Berlin 2015, 650Seiten, 149Euro.

Leider wird bei der Rezeption der MEGA² deren vierte Abteilung immer noch recht stiefmütterlich behandelt. Die Bedeutung der in dieser Abteilung präsentierten Exzerpte, Notizen und Marginalien von Karl Marx und Friedrich Engels wird im Vergleich zum Inhalt der Bände der anderen drei Abteilungen kaum angemessen gewürdigt. Dabei ist es zum einen gerade diese vierte Abteilung, die – noch vor der zweiten Abteilung mit den Bänden zum „Kapital" – die meisten neuen, bislang unveröffentlichten Dokumente von Marx und Engels präsentiert. Und zum anderen bieten die Bände der vierten Abteilung die Möglichkeit, Karl Marx und Friedrich Engels bei ihren Forschungen ‚über die Schulter zu schauen', wodurch die Entstehung und Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels unmittelbar miterlebt und nachvollzogen werden kann.

Anders als bei der MEGA² sonst üblich ist in diesem Fall der Textteil zusammen mit dem Apparatteil in einem Band vereint. Im ersten und weitaus umfangreichsten Text-Teil des Bandes werden in Fortsetzung des MEGA²-Bandes IV/4 (erschienen 1988), der u.a. die Hefte 1-5 der von Marx 1845 in Manchester angelegten Exzerpthefte sowie drei Exzerpthefte von Engels aus der gleichen Zeit enthält, nunmehr die Hefte 6-9 der Marxschen „Manchester-Hefte" veröffentlicht. Sie enthalten die Auszüge aus 16 Werken von zehn Autoren, die im Juli/August 1845 während des gemeinsamen Studienaufenthaltes von Karl Marx und Friedrich Engels in Manchester angefertigt worden sind. Es folgen einige weitere nach dem Sommer 1845 bis zum Jahr 1850 angefertigte Exzerpte und Notizen von Marx. Im zweiten Teil werden dann anschließend Exzerpte und Notizen von Engels aus den Jahren 1846 bis 1850 präsentiert, die sich vor allem mit der Geographie, der Ökonomie und der Kultur Schwedens sowie Norwegens und der „Reichsverfassungskampagne" beschäftigen.

In seiner sachkundigen Einleitung geht Matthias Bohlender ausführlich auf Grund, Verlauf sowie Ergebnisse des Aufenthaltes von Marx und Engels in Manchester im Sommer des Jahres 1845 als auch detailliert auf die Inhalte und Bedeutungen der verschiedenen in dem Band veröffentlichten Materialen ein. Schon diese Einleitung bietet ausführlichste Informationen zu Thematiken und Fragestellungen, die weit über das hinausgehen, was z.B. Auguste Cornu im dritten Band seines bis heute Maßstäbe setzenden Werkes über das Leben und Werk von Karl Marx und Friedrich Engels präsentieren konnte.[1]

---

[1] Auguste Cornu, Karl Marx und Friedrich Engels. Leben und Werk. Dritter Band 1845-1846, Berlin 1968.

Die Mitteilungen zu Entstehung und Überlieferung sowie die Erläuterungen zu den einzelnen Materialien des Bandes ergänzen und vervollständigen fachkundig die in der Einleitung gegebenen Informationen. Diese Mitteilungen, Erläuterungen und die Einleitung sind nicht zuletzt deshalb interessant, weil sie das bisherige Bild von der Entstehung und den ersten Entwicklungen bei der Ausarbeitung der materialistischen Geschichtsauffassung durch Karl Marx und Friedrich Engels mittels vieler Details bereichern, teilweise auch etwas revidieren.

Der Schwerpunkt der Hefte 6 und 7 von Karl Marx liegt auf Exzerpten aus den Werken der englischen Sozialisten John Francis Bray (5–59) und Robert Owen (60–128 und 170–233). Die Hefte versammeln ferner Auszüge aus Richard Parkinson (131–133), aus dem Sammelband „Agriculture and the corn law..." (134–142 und 146–155) sowie aus Richard Hilditch (156–169). Heft 8 hat Exzerpte von Karl Marx aus Jacques Savary (240–243) und David Macpherson (244–271) und Heft 9 Auszüge aus Archibald Alison (272–276) zum Inhalt.

Dazu kommen diverse nach dem Sommer 1845 bis zum Jahr 1850 angefertigte Exzerpte und Marginalien von Marx: Exzerpte aus Francois-Quesnay (281–288), ein Entwurf über das Protektionssystem (234), die Abschrift aus einem Gedicht von Gottfried Kinkel (291), ein knappes Exzerpt über die Romagna (292) sowie die Verzeichnung der Bibliothek von Karl Marx in der so genannten Daniels-Liste (295–306).

Die im zweiten Teil des Bandes publizierten, zwischen 1846 und 1850 entstandenen Exzerpte und Notizen von Engels beinhalten Auszüge zu den beiden skandinavischen Ländern Schweden und Norwegen aus dem Werk „Precis de la geographie universelle ..." des Geographen Conrad Malte-Brun (317–322), die Teilabschrift und Paraphrase eines Gedichtes aus Sylvester Jordans „Wanderungen aus meinem Gefängnisse ..." (323), ferner militärische Notizen über die Stärke verschiedener Truppen aus der Reichsverfassungskampagne (324–327) sowie einen Datierungsvermerk auf einem Exzerpt von Ernst Dronke (328-329). Mit Ausnahme der Daniels-Liste werden alle Exzerpte und Marginalien in dem vorliegenden Band erstmals veröffentlicht.

Die Jahre zwischen 1845 und 1848 kennzeichnen, wie Matthias Bohlender in seiner instruktiven Einleitung hervorhebt, „eine formative Phase, in der Marx Denken eine Ausrichtung erfährt, die bis in die späten Jahre erhalten bleiben wird." (338) Dies gilt, so wäre zu ergänzen, gleichermaßen auch für Engels. Es geht um die Herausbildung der materialistischen Geschichtsauffassung. Zudem ist dies die „Phase, in der Marx ... auch die ersten Grundlagen seiner Kritik der politischen Ökonomie" legt (352). Er machte sich dabei, wie Bohlender im einzelnen zeigt, die Engels'schen Vorarbeiten zu Nutze. Es war vermutlich auch Engels, der Marx nach Manchester lotste, wo Engels mehrere Jahre gelebt und u.a. seine „Lage der arbeitenden Klasse" recherchiert und geschrieben hatte, „über ein Netzwerk an politischen Mitstreitern" verfügte und Zugang zur neuesten sozialistischen Literatur hatte.

Beide arbeiteten zusammen in den Bibliotheken, lasen z.T. dieselben Bücher, „waren mit dem Inhalt der Exzerpthefte des jeweils anderen vertraut und benutzten überdies ihre Hefte wechselseitig." (341)

Bohlender hebt hervor, dass dies zugleich verbunden war mit dem Beginn der Ausarbeitung einer neuen politischen Sprache: die Begriffe der „Klassen" und des „Klassenkampfes" treten in dieser neuen politischen Sprache ebenso in den Vordergrund wie die Begriffe der „revolutionären Praxis", der „Revolution" sowie der „Herrschaft".

Im Mittelpunkt der sich nach und nach herausbildenden und entwickelnden materialistischen Geschichts- und Gesellschaftstheorie steht jedoch nicht lediglich ein neuartiges Verständnis von Politik, sondern es bildet sich ebenso eine neue Auffassung von Wesen und Struktur der bürgerlichen Gesellschaft heraus. Sie wird begriffen als ein „materialistischer Zusammenhang" von Menschen, „der durch die Bedürfnisse & die Weise der Produktion bedingt" ist (Karl Marx/Friedrich Engels/Joseph Weydemeyer: Die deutsche Ideologie; in: Marx-Engels-Jahrbuch 2003, Berlin 2004, S. 15).

Durch die nunmehr vollständige Veröffentlichung der Manchester-Hefte kann zusammen mit den jeweiligen Kommentierungen sehr viel detaillierter nachvollzogen werden, wie die erste Periode der Entstehung und Entwicklung der materialistischen Geschichtsauffassung im Einzelnen verlaufen ist.

Die Kommentierungen des Bandes MEGA² IV/5 zeigen zugleich bis heute ungelöste biographische Fragestellungen. So ist z.B. immer noch wenig darüber bekannt, was Marx und Engels in Manchester genau getan, wen sie getroffen und was sie sich angeschaut haben (344; siehe auch: Die Studien von Marx und Engels während ihres Aufenthaltes in Manchester im Juli/August 1845, in: MEGA² IV/4, 555–570).

Andreas Diers

Was ist „digitale Arbeit"?

Christian Fuchs, Digital Labour and Karl Marx, Routledge, New York 2014, 403 S., $40.12

Nichts bleibt wie es war. Mit einem Tornado hat man neuerdings die Auswirkungen der Digitalisierung auf die bestehenden ökonomischen und politischen Machtstrukturen der kapitalistischen Ökonomie wie der gesamten globalen Lebensweise verglichen. Die Verlierer dieses stürmischen und unter den Bedingungen neo-liberal entfesselter Konkurrenz quasi naturhaft verlaufenden Prozesses scheinen weitgehend festzustehen: Zuerst und zutiefst sind es die Bewohner der Länder an der Peripherie des – zudem immer enger, auf immer weniger Staaten und Wirtschaftsräume zusammenschrumpfenden – kapitalistischen Zentrums, und schließlich die große Masse der Werktätigen überall in der Welt. Aber auch die zeitweiligen Gewinner können sich ihrer Sache immer weniger sicher sein. Große Finanz- und Industriekonzerne, mit z.T. jahrzehntelanger Tradition, darunter selbst langjährige Marktführer oder Monopolisten, verschwinden, nicht nur als Folge einer allgemeinen Wirtschaftskrise, sondern vor allem, weil sie es versäumt hatten, sich auf

technologische Umbrüche rechtzeitig einzustellen. Nationale Regierungen stehen dem Prozess permanenter Umstrukturierungen nicht nur der Ökonomie, sondern auch der gesellschaftlichen und kulturellen Wertvorstellungen etc. immer machtloser gegenüber. Nicht einmal ihrer Bevölkerungen und ihres Arbeitskräftepotentials können sie sicher sein, weder ihres Umfangs nach noch ihrer sozialen und kulturellen Zusammensetzung. Alles scheint bedroht durch Altersstruktur, Bildungsnot und Migration. Internationale politische Organisationen und selbst die globalen Institutionen des Finanzkapitals erweisen sich als hilflos auf ihren jeweiligen Terrains, auch und gerade dann und dort, wo sie – wie jetzt in Griechenland - ihre scheinbare Macht demonstrativ in Szene setzen, nicht wissend, was daraus ökonomisch, sozial und politisch folgen wird.

Wie sieht angesichts eines solchen Szenarios die Zukunft der menschlichen Arbeit, nach wie vor die materielle Basis des gesellschaftlichen Geschehens, aus? Bevor man sich auf mehr oder minder haltlose Spekulationen darüber einlässt, scheint eine Bilanz des bisherigen Zustands die Voraussetzung einer vertretbaren Prognose zu sein. Das vorliegende Buch von Christian Fuchs stellt sich die Aufgabe einer nüchternen Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse, insbesondere in jenem Bereich der Arbeit, die als besonders zukunftsträchtig gilt: der *digitalen* Arbeit. Und er versucht dies – was hier, weil bisher kaum geschehen, von besonderem Interesse ist – mit den Mitteln von Marx' Gesellschaftstheorie bzw. dessen Kritik der politischen Ökonomie.

Bevor Fuchs sich im zweiten, empirischen Teil seines Textes (153-282) den tatsächlichen und nicht bloß vorgestellten oder idealisierten Formen der 'digitalen Arbeit' zuwendet, versucht er, sich im ersten Teil (21-152) zunächst des marxschen Arbeitsbegriffs theoretisch zu versichern (Kap. 2, 23-57). Das gelingt ihm zwar nicht immer mit letzter Prägnanz, insofern er etwa – unter Bezug auf Marx' Frühschriften – den Unterschied zwischen dem hegelschen und dem marxschen Arbeitsbegriff oder der Konzeption der entfremdeten Arbeit eher verwischt als klärt. Aber mit der dem 'Kapital' entnommenen Kategorie des 'Doppelcharakters der warenproduzierenden Arbeit', mit der Differenzierung zwischen 'konkreter' (nützlicher, gebrauchswertschaffender) und 'abstrakter' (tauschwertschaffender) Arbeit, die er mit den im Englischen möglichen Unterscheidung zwischen '*work*' und '*labour*' (25-39) aufgreift, vermag er eine kritische Perspektive (vgl. 122-132) sowohl gegen die in den einschlägigen Medien und Publikationen grassierende Idealisierung der 'digital labour', als auch gegen deren undifferenzierte Verteufelung in technikkritischen Kreisen gleichermaßen zu eröffnen. Allerdings, und da gibt sich Fuchs keinerlei Illusionen hin, ist 'digital work' – verstanden als frei von der Dominanz kapitalistischer Verwertungsimperative – bisher lediglich eine bestenfalls konkret-utopische Kategorie (vgl. Work in Communism', 38f), während 'digital labour' – die unter kapitalistische Bedingungen subsumierte 'digitale Arbeit' – die häufig harte ökonomische und in nicht wenigen Weltregionen sogar brutal-gewaltsame gesellschaftliche Realität ist. So bedient

Fuchs erfreulicherweise keineswegs den Hype um eine durch Digitalisierung geprägte, angeblich schöne neue Arbeitswelt, in der, wie Facebook, Google oder Twitter versprechen, die Arbeit zum Spiel wird, während die scheinbaren Spieler von diesen medialen Plattformen faktisch als 'wertchaffende' Arbeiter (*playbour*) geund damit missbraucht werden.

Folgerichtig wendet sich Fuchs in einem nächsten Schritt den Grundlagen der marxschen Kritik der politischen Ökonomie, d.i. der sog. Arbeitswerttheorie (Marx's Labour Theory of Value) zu (40-58). Wer freilich erwartet hatte, dass – angesichts der späteren Fallstudien (Teil II) dabei vor allem die Mehrwerttheorie, die Methoden und Formen der kapitalistischen Ausbeutung im Vordergrund stünden, sieht sich enttäuscht. Der Mehrwerttheorie sind hier knappe zwei Seiten gewidmet (55-56). Darin werden die Begriffe 'absoluter' und 'relativer' MW werden nicht einmal erwähnt, geschweige denn die Methoden ihrer 'Produktion' durch Verlängerung der (täglichen, wöchentlichen, jährlichen und schließlich lebenslangen) Arbeitszeit, Intensivierung der Arbeit und Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch Arbeitsteilung, Anwendung von Maschinerie usw., alles Momente, ohne die die Realität der kapitalistischen Ausbeutung bis in die Gegenwart hinein unbegreiflich bleiben müssen und die somit theoretisch letztlich weitgehend unbegriffen in die ansonsten anschauliche Beschreibung der im zweiten Teil nachfolgenden Fallstudien eingehen. Dass Fuchs später, vor allem in seiner Kritik verschiedener medientheoretischer Ansätze, immer wieder auf einzelne Aspekte der Mehrwerttheorie zurückkommt (insbes. 96-122, wo auch die Mehrwertrate eine Rolle spielt), soll hier nicht verschwiegen werden; den Ort ihrer systematischen Behandlung hat er freilich verfehlt.

Stattdessen präsentiert der Autor dem englischsprachigen Leser die angeblich zeitgenössische (contemporary) Debatte um die marxsche Arbeitswerttheorie in Deutschland (40-45), und im Anschluss daran (46-56) eine 'hegelianische Interpretation der Begriffe (concepts) 'Gebrauchswert', 'Tauschwert', 'Geld', 'Preis', von 'Wert und Preis der Arbeitskraft' und schließlich gar des 'Mehrwerts' (57). Dass Marx in der kritischen Darstellung der Werttheorie hier und da mit der Hegelschen Ausdrucksweise kokettierte, hat er selbst zugegeben (MEW 23, 27), nicht aber, dass diese Darstellung insgesamt einer 'hegelianischen Interpretation' (was ja keineswegs mit einer dialektischen (!) zusammenfällt) bedürfe. Das ist zwar in der 'deutschen Debatte' gelegentlich behauptet worden, aber dass selbst die Mehrwerttheorie einer solchen Interpretation bedürfe, muss wohl als Fuchs eigene ('my own', 46) Leistung angesehen werden.

Warum diese Ausführungen, die allenfalls als Exkurse, jedenfalls nur äußerst mühsam mit dem erklärten Ziel der Schrift zu vermitteln sind? Fuchs behauptet, dass er diese Überlegungen 'in einem weiteren Schritt mit dem Bereich der Medien verknüpfen' werde (46). Tatsächlich setzt er sich in den Kap. 3 bis 5 ausführlich mit verschiedenen Ansätzen einer kritischen Medientheorie auseinander (59-151). Diese einzelnen Studien, von den ersten Ansätzen der 'Cultural

Studies' (bei Thompson und Hall) bis zu neueren Arbeiten von Smythe zur 'Gratisarbeit' des Publikums (audiance) in den sozialen Medien, zum Begriff der Informations- bzw. Wissensgesellschaft usw., sind durchaus informativ und lesenswert. Aber sie rekurrieren – mit ganz wenigen, oben kurz angedeuteten Ausnahmen der Mehrwert- bzw. Ausbeutungstheorie – keineswegs schwergewichtig auf die einleitenden Grundbegriffe der marxschen Kritik der politischen Ökonomie und schon gar nicht auf die deutsche Debatte zur 'Arbeitswerttheorie'. Wohl aber spielt darin die Auseinandersetzung mit Marx' Gesellschaftstheorie im weiteren Sinne wie auch mit den an Marx anknüpfenden kritischen Gesellschaftstheorien u.a. der Frankfurter Schule eine bedeutsame Rolle. Hier, und nicht etwa bei der Behandlung der 'deutschen Debatte', findet sich erstmals im Text eine zumindest kursorische Auseinandersetzung mit den Kategorien des Klassenkampfes, des 'Fetischcharakters der Ware', der Ausdehnung des Warencharakters (commodification) auf nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Systems der Arbeit im Kapitalismus (Gesundheit, Bildung, Wissenschaft, Kunst, Kreativität aller Art, hier insbesondere auf den Bereich der Medien und der Kommunikation).

Unbestreitbar ist die enorme ökonomische – und darüber hinausreichend – die soziale und politische Bedeutung, die den kommunikativ-sozialen Medien im weitesten Sinne des Wortes zukommt, auch und gerade für eine kritische Phänomenologie der 'digitalen Arbeit', ebenso wie die Vorreiterrolle, die sie im Prozess der 'digitalen Revolution' einnehmen bzw. eingenommen haben. Tatsächlich stellt etwa die eigentümliche 'Arbeit' des 'Publikums' (audience), das als Nutzer/Konsument der sozialen Medien zugleich Produzent (Prosumer) jener massenhaften Daten ist, die von den Medien als Waren vor allem für die Werbeindustrie vermarktet werden – was inzwischen zu einem bedeutenden und sich rasant ausweitenden Wirtschaftszweig geworden ist, gerade für die sog. 'Arbeitswerttheorie' des Marxismus eine bisher nicht bewältigte Herausforderung dar. Die kritische Untersuchung der politischen Ökonomie dieses Sektors, wie sie der Medientheoretiker Smythe vornimmt (76-134), insbesondere die Frage nach dem Charakter des eigentümlichen Wertschöpfungsprozesses der 'Datenware', der unbezahlten Arbeit bzw. Arbeitskraft der 'Prosumer' und des sich daraus ergebenden Extramehrwerts im Vergleich und Austausch mit anderen Wirtschaftssektoren (Werttransfers), nach der Rolle des 'Wertgesetzes', der internationalen Austauschrelationen usw. sind für das Verständnis 'digitaler Arbeit' im gegenwärtigen System der politischen Ökonomie eines globalisierten Kapitalismus zweifelsfrei von großer Bedeutung. Selbst wenn für diese Fragen auch vom marxistischen Standpunkt bisher keine befriedigenden Antworten gefunden werden konnten, ist es ein Verdienst der vorliegenden Arbeit, diese Problematik und den aktuellen Stand ihrer Bearbeitung thematisiert zu haben.

Dennoch muss darauf hingewiesen werden, dass die 'Digitalisierung der Medienwelt' erst den Anfang oder vielmehr – neben Wissenschaft, Technik, Militarisierung usw. – nur

einen wichtigen Ausgangspunkt für den Gesamtprozess der 'digitalen Revolution' ausmacht. Wer in der gegenwärtigen Situation von 'digitaler Arbeit' spricht, wird vor allem die ambivalente, nicht zuletzt auch krisenverschärfende Rolle der Digitalisierung im Prozess der 'Finanzialisierung' der Wirtschaft und schließlich die heute vielfach diskutierte und voraussichtlich zumindest das kommende Jahrzehnt dominierende Digitalisierung der Industrie (Internet of Things, Digital Industry, Industrie 4.0) berücksichtigen müssen. Von beidem ist in diesem Buch nicht oder kaum die Rede. So legitim es angesichts der umfassenden Problematik daher auch sein mag, sich thematisch auf einzelne Problemkreise zu konzentrieren, so notwendig wäre es gewesen, den allgemeinen Anspruch, den der Titel des Buches zu erheben scheint, wenigstens in einem Untertitel (etwa 'am Beispiel der sozialen Medien') so zu konkretisieren, dass bei den Lesern keine falsche Erwartungen geweckt werden.

Schwerwiegender als dieser Einwand ist jedoch schließlich die Unklarheit des vom Autor verwendeten Begriffs der 'digitalen Arbeit'. Er scheint darunter jede Arbeit ('labour' im oben genannten Sinne von 'tauschwertschaffender', entfremdeter Arbeit) zu verstehen, die im weitesten Sinne mit der kapitalistischen Produktion bzw. Anwendung von als Waren erzeugten Produkten der modernen (auf Digitalisierung, der Verwandlung analoger in digitale Informationen) Informationstechnologie verbunden ist. Das hat zur Folge, dass Fuchs nicht nur die Arbeit von Programmierern, Sofwaredesignern, IT-Spezialisten aller Art bis hin zu akademischen Informatikern, der technischen und kaufmännischen Anwender, sondern auch die teils hoch, teils niedrig qualifizierte Arbeit in der industriellen Fertigung, Montage etc. von IT-Produkten bis hin zur Arbeit in der extraktiven Produktion der Rohstoffe – alle diese sehr differenzierten Arbeitsweisen unter einen umfassenden Begriff 'digitaler Gesamtarbeit' (digital collectivework) subsumiert. Auch wenn man – wie der Rezensent – einer solch abstrakten Subsumtion nicht folgen mag, wird man anerkennen müssen, dass Fuchs mit dem Hinweis auf die global-arbeitsteilige Fertigungskette von modernen IT-Produkten und mehr noch durch die anschauliche Schilderung (vgl. dazu auch den in diesem Heft abgedruckten Beitrag) der sozialen Formen und der konkreten Bedingungen dieser Arbeit auf den verschiedenen Stufen der Fertigung belegt, dass die wegen ihrer Produktivität gepriesene Digitalisierung real auf einem breiten Sockel – der Rezensent würde sagen: vorwiegende industrieller (!) Arbeit – aufruht, der weit entfernt ist von den vielfach propagandistisch beschönigenden bis hin zu schlecht utopischen Vorstellungen 'digitaler Arbeit'.

Das Konzept des digitalen Gesamtarbeiters, wie es von Fuchs – unter teilweiser Anknüpfung an Negri u.a. – verwendet wird (collective worker, collective labourer, mit Anleihen an Negris 'social worker', Hardt/Negris 'multitude'), scheitert freilich nicht nur an der sozialen Realität einer global differenzierten Klassenstruktur, sondern vor allem politisch ausgerechnet dort, wo es sich nach Ansicht seiner theoretischen Protagonisten bewähren sollte: an der differenzierten

Realität radikal anti-kapitalistischer sozialer Bewegungen (Weltsozialforum, Occupy u.a.), denen es (bisher?) nicht gelungen ist, eine gemeinsame Strategie gegen einen vermeintlich globalen Gesamtkapitalisten zu entwickeln. Eine Kategorie, die – etwa in den 1970er Jahren – auf betrieblicher bzw. Fabrikebene in Italien und anderswo eine gewisse sozial-politische Realität und Funktion hatte, versagt in einer trotz Globalisierung immer noch ökonomisch, sozial und politisch hoch fragmentierten Weltgesellschaft.

Dass der Siegeszug des Neoliberalismus seit den 1980er Jahren von der globalen bis hinunter zur betrieblichen (Management)Ebene zur Differenzierung und Entsolidarisierung der ausgebeuteten Klassen und Belegschaften und zur Schwächung der Gewerkschaften und anderer antikapitalistischen Widerstandsbewegungen geführt hat, ist seit langem unbestritten. Fuchs zeigt dies eindrucksvoll am Beispiel des Silicon Valley und eines der dort führenden weltweit agierenden Unternehmen: Google. (213-232) Seine Schlussfolgerung ist jedoch eigentümlich unentschieden: Google-Beschäftigte (Google workers) werden im Durchschnitt erheblich besser bezahlt als die Beschäftigten in der Hardware-Industrie, aber sie sind auch erheblich höher 'gestresst' (längere Arbeitszeiten, höhere Intensität etc.) und somit möglicherweise nicht minder ausgebeutet. Es muss daher offen bleiben, ob und inwieweit sie zu einer modernen, digitalen Arbeiteraristokratie gerechnet werden können. Ähnlich unsicher schätzt er – etwa gegen Žižek (229) – auch die Aktivisten der Occupy-Bewegung ein, die sich zumindest subjektiv in einem gemeinsamen Kampf aller Ausgebeuteten und Entrechteten ('Wir sind die 99%') gegen die weltweite Herrschaft des Finanzkapitals (Wallstreet) befänden.

Die hier als möglich unterstellte und als Tatsache keineswegs zu bestreitende (relative?) Entkoppelung des subjektiven Bewusstseins von der objektiven Lage wirft freilich eine Reihe von Problemen auf, die Fuchs in diesem Zusammenhang nicht näher benennt. Sie zeigt sich nämlich – vor allem nach einem (vorübergehenden?) Scheitern oder Abklingen der Welle progressiver Bewegungen – auch im Aufstieg antidemokratischer, rechtsextremer, fremdenfeindlicher, rassistischer usw. Bewegungen, die durchaus auch als spontane oder ideologisch befeuerte und gesteuerte Reaktion auf eine in ihrem Kern unbegriffene Krise des Systems kapitalistischer Ausbeutung interpretiert werden können. Dagegen hilft es dann auch wenig, wenn man, wie Fuchs, die objektive Gemeinsamkeit aller vom weltweiten Gesamtkapitalisten – vom Kongo, über China, Indien bis nach Kalifornien – Ausgebeuteten unter der Kategorie des (im speziellen Fall: digitalen) Gesamtarbeiters zu beschwören sucht.

Werner Goldschmidt

Internetkonzerne und „kalifornische Ideologie"

Thomas Wagner, Robokratie – Google, das Silicon Valley und der Mensch als Auslaufmodell, Papyrossa, Köln 2015, 177 S., 13,90 Euro

Zeiten technologischer und sozialer Umbrüche bringen die phantasievollsten Zukunftserwartungen her-

vor. Der computerbasierte Hightech-Kapitalismus am Beginn des 21. Jahrhunderts ist in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Dies betrifft nicht so sehr die breite Bevölkerung, als vielmehr den durch Internetkonzerne aufgestiegenen Teil der Bourgeoisie, der sich für die Avantgarde einer neuen Epoche hält. Thomas Wagner untersucht in seinem Buch dessen „kalifornische Ideologie" im Zusammenhang mit groß angelegten Investitionsstrategien. Zu den milliardenschweren Dotcom-Glücksrittern mit Weltanschauungshunger gehören *Google*-Aufsichtsratschef Eric Schmidt und Chefentwickler Ray Kurzweil, die *Paypal*-Erfinder Peter Thiel und Elon Musk, der Raumfahrtunternehmer Peter Diamandis oder Amazon-Gründer Jeff Bezos. Als Ideologielieferanten betätigen sich vor allem Kurzweil und von ihm inspirierte Think Tanks. Es geht dabei um diverse Luftschlösser, etwa die Schaffung einer dem Menschen überlegenen „Superintelligenz", die Roboterherrschaft, die Abschaffung menschlicher Sterblichkeit, den Abbau von Bodenschätzen auf fremden Planeten oder die Schaffung künstlicher Mikrostaaten im Ozean, wo Gesellschaftsmodelle ohne Demokratie ausprobiert werden können. Konkreter erscheinen dagegen die im Buch geschilderten militärischen Forschungen an selbststeuernden Drohnen und marschierenden Kampfrobotern oder auch Projekte zur Revolutionsprävention mittels massenhafter Auswertung von Internetdaten. Im Gespräch mit Springer-Vize Christoph Keese[1] lässt sich der Autor das Geschäftsmodell der Superreichen aus dem Silicon Valley erklären. Die Risikokapitalgeber kalkulieren, dass 90 Prozent ihres Geldes verloren gehen, der Rest aber riesige Summen einbringen wird, sofern alte Märkte zerstört und völlig neue geschaffen werden. Als Beispiel nennt Keese den Angriff auf den CD-Markt durch Streaming-Dienste. Wenn Religion das „Opium des Volkes" ist, mit dem unzumutbare Zustände erträglich gemacht werden, dann sind die bizarren Versprechungen Kurzweils das Kokain der Eliten, um zu waghalsigen Anlageentscheidungen zu ermutigen. Die Gefahr besteht für Wagner „nicht in der doch sehr unwahrscheinlichen Entwicklung von Maschinen mit eigenem Bewusstsein, sondern darin, dass von den wirklich relevanten gesellschaftlichen Problemen (...) abgelenkt wird. (...) Der Profit von *Google*, *Facebook* und Co. beruht schon jetzt darauf, dass diese Unternehmen die von den Nutzern (...) produzierten Daten als Waren an Werbekunden verkaufen. Das Bestreben von *Google* geht aber noch weiter. Der Konzern will die Gehirne seiner Nutzer direkt mit dem Internet verbinden und auf diese Weise total überwachen. (...) Darüber hinaus ist nicht davon auszugehen, dass Maschinen in absehbarer Zeit die Menschheit vernichten wollen, doch birgt die Verselbstständigung informationstechnologischer Prozesse ein (...) Risiko von nicht beabsichtigten Kettenreaktionen mit womöglich katastrophalen Folgen."

Das Buch bietet einen interessanten Einblick in das Denken der Kapitalisten, die über die modernsten Technologien der Welt verfügen. Für das Verständnis aktueller gesellschaftlicher

[1] Vgl. Christoph Keese, Silicon Valley. Was aus dem mächtigsten Tal der Welt auf uns zukommt, München 2014.

Tendenzen ist ein solcher Einblick notwendig. Allerdings trennt der Autor nicht immer klar zwischen Konzernpropaganda und tatsächlich zu erwartenden Entwicklungen. Zuweilen kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, er sei selbst ein wenig fasziniert von der Ideologie, gegen die er so eloquent und leidenschaftlich argumentiert. Für Abstand und Nüchternheit sorgt allerdings ein im Buch enthaltenes Interview mit Raúl Rojas, Informatikprofessor an der FU Berlin. Zur Idee der „Singularität", also einer Roboterherrschaft, führt er aus: „Ich bin Anhängern der Singularitätsbewegung auf Konferenzen begegnet, bei denen es um künstliche Intelligenz ging. Die eine Hälfte der Teilnehmer waren Wissenschaftler, die andere Hälfte Singularisten oder Millionäre, die mit einem High-Tech-Unternehmen reich geworden sind und glauben, dass sie das dazu qualifiziert, auf wissenschaftlichen Konferenzen zu reden. Diese Leute unterschätzen die Komplexität des menschlichen Gehirns. In Europa gibt es das Blue-Brain-Projekt, das versucht, ein Gehirn komplett zu simulieren. Ich halte das heute nicht für möglich. (...) Diejenigen meiner Kollegen, die der Idee der Singularität anhängen, sind Phantasten."

Michael Zander

„Zeitgemäßer Marxismus"

Josef Schleifstein, Reale Geschichte als Lehrmeister, Edition Marxistische Blätter Bd. 108, Neue Impulse Verlag, Essen 2015, 280 S., 19,80 Euro

Der vorliegende Band enthält Aufsätze von Josef Schleifstein, die zwischen 1964 und 1991 in den „Marxistischen Blättern" erschienenen waren, einen Nachdruck seiner 1980 im Verlag Marxistische Blätter veröffentlichten Broschüre „Die ‚Sozialfaschismus'-These. Zu ihrem geschichtlichen Hintergrund" sowie Beiträge von Kurt Bachmann, Peter Gingold, Fritz Rische, Robert Steigerwald, Willi Gerns, Günter Judick und Georg Fülberth aus der 1993 gemeinsam vom IMSF e.V. und den Zeitschriften Marxistische Blätter, sozialismus und Z. –Zeitschrift Marxistische Erneuerung veröffentlichte Erinnerungsschrift „Reale Geschichte als Lehrmeister. Josef Schleifstein 1995-1992".

Der aus Anlass des hundertsten Geburtstags von Jupp Schleifstein im März 2015 (vgl. Z 101, März 2015, S. 175ff.) herausgegebene Band wird von Lothar Geisler mit einer Erinnerung an die Beerdigung von Jupp Schleifstein auf dem jüdischen Friedhof in Köln-Bocklemünd im Juli 1992 eingeleitet, die, wie er ganz richtig schreibt, „unterschiedliche Kräfte und Strömungen der Linken vereinte, die sein Lebenswerk, seine Persönlichkeit über Parteigrenzen und Meinungsverschiedenheiten hinweg hoch schätzten." Schleifstein war in der Bundesrepublik nach 1968 Diskussionspartner und auch politischer Ratgeber eines großen Kreises von nicht nur marxistischen Linken, und er hatte in den Parteiauseinandersetzungen der auseinanderdriftenden DKP Ende der 1980er Jahre – vergeblich und sicher auch zu spät – versucht, Voraussetzungen für kooperative Beziehungen zwischen der konservativen Mehrheit und der sog. Erneuerungsströmung zu schaffen. Dabei gehörte Schleifstein, der nach Rückkehr aus dem Exil in England Ende der 1940er Jahre bis 1951 (Abberufung in die DDR als „Westemigrant") und

dann wieder ab 1960 im Parteivorstand der (illegalen) KPD und dessen Sekretariat (zuständig für die ideologische Arbeit) tätig war, zu den ältesten, erfahrensten und klügsten Genossen der 1968 neu konstituierten DKP, deren PV er bis 1990 angehörte und die er Anfang 1991 verließ.

Bei den für den Band ausgewählten Texten handelt es sich durchweg um Beiträge zur Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, in denen durch konkret-historische Analysen versucht wird, Erfahrungen aufzuarbeiten und Lehren für die sozialistische Linke der Gegenwart zu ziehen. Geisler zitiert aus dem letzten der abgedruckten Beiträge von 1990/1991: „Der Prozess marxistischer Erneuerung darf sich selbst keine Grenzen, Schranken und Stoppschilder setzen, die einer gründlichen Aufarbeitung der eigenen Geschichte und der allseitigen Überprüfung bisheriger Theorie an den Erfahrungen und der heutigen Wirklichkeit im Wege stehen würden." Der Band richtet sich, wie dem Vorwort zu entnehmen ist, insbesondere an „heutige und zukünftige KommunistInnen", denen er – mit einer Formulierung von Schleifstein – als Pflichtlektüre „zum Weiterdenken und Weitergehen" empfohlen wird. Die Auswahl der Erinnerungsbeiträge aus der Broschüre von 1993 (an der sich 27 Weggefährten von Jupp Schleifstein beteiligt hatten) orientiert sich an der Zielgruppe des Bandes: Heutigen DKP-Mitgliedern wird von einer Reihe prominenter Genossen signalisiert, dass Jupp Schleifstein ein Autor ist, den sie auch heute unbedingt studieren sollten. Aus den Erinnerungsbeiträgen erfährt man einiges über Biographie und Person Josef Schleifsteins, der in der Linken der heutigen Bundesrepublik nur noch Älteren bekannt ist. Aber es wäre wahrscheinlich ganz gut gewesen, auch die ausführlicheren biographischen Angaben aus der o.a. Erinnerungsschrift von 1993 zu übernehmen.

Was die Edition angeht, nur folgende Anmerkungen: Ein Teil der Beiträge war bereits in dem 1975 erschienenen Band: Josef Schleifstein, Zur Geschichte und Strategie der Arbeiterbewegung (Frankfurt/M. 1975) nachgedruckt worden. Die Studie zur Sozialfaschismus-These (133-188, der umfangreichste Einzeltext), ursprünglich als Teil der Einleitung der Goldbergschen Edition der Varga-Wirtschaftsberichte (West-Berlin 1977) erschienenen, erfolgt nach der 1980 im Verlag Marxistische Blätter veröffentlichten, erweiterten Broschüre (diese Quelle wird nicht genannt). Leider werden dabei auch die allermeisten Druckfehler dieser Ausgabe übernommen. Die – wohl eher pragmatische – Beschränkung auf Beiträge aus den „Marxistischen Blättern" hat ihre Nachteile, weil dadurch die lebendigsten Texte aus den Gesprächsbänden von Jupp Schleifstein (Intellektuelle in der Arbeiterbewegung. Diskussion mit Wolfgang Abendroth, Hans Brender und Josef Schleifstein, Dortmund 1986; Der Intellektuelle in der Partei. Gespräche mit Frank Deppe, Georg Fülberth und Gert Meyer, Marburg 1987; Die Kommunisten müssen umdenken, Gespräche mit Albert Engelhardt, Joachim Hetscher und Robert Steigerwald, Düsseldorf 1989) nicht zur Auswahl standen.

Hier kann auf die Beiträge des Bandes im Einzelnen nicht eingegangen werden. Schleifsteins Plädoyer (mit Lenin) für die konkrete Analyse der konkreten

Situation als methodische Richtschnur ist durchgängig. Aber auch hier unterliegt die jeweilige Akzentuierung natürlich konkreten Umständen. Jürgen Kuczynski kommentierte seinerzeit die Sozialfaschismus-Studie in einer Besprechung der Varga-Edition als „eindrucksvoll – zu eindrucksvoll meiner Meinung nach" mit dem Argument, „daß ich, der ich diesen Fehler mit meiner Partei aus vollem Herzen, mit wütendem Zorn über die Haltung der SPD mitgemacht hatte, ihn wieder völlig verständlich fand. Und das darf nicht sein. Einen so fundamentalen strategischen Fehler, wie den Hauptgegner nicht zu erkennen, darf man niemals nachträglich durchaus erklärlich finden und verstehen..."[1] Aber das tat Schleifstein auch gar nicht. Verstehen heißt nicht entschuldigen. Beide hatten ein unterschiedliches Adressatenfeld im Auge: Kuczynski die Geschichtsdiskussion in seiner Partei, der SED (1979 erschien die Thälmann-Biographie, die viel „Verständnis" aufbrachte und für die genannte Periode keine fundamentalen strategischen, sondern höchstens taktische Fehler eingestand), während es Schleifstein um die Diskussionslage in der alten Bundesrepublik mit der Dominanz der konservativen bzw. sozialdemokratischen Geschichtsschreibung ging, für die das Versagen der Sozialdemokratie im Kampf gegen den Faschismus überhaupt kein Thema waren und der einige geschichtliche Tatsachen als sozialgeschichtlicher Hintergrund entgegengehalten werden mussten.

Beeindruckend sind zwei Interviews vom Dezember 1989 und Januar 1990, in denen sich Schleifsteins Reaktion auf den raschen Umschwung in der DDR zur kapitalistischen Restauration widerspiegelt. Im ersten („Realitätsverlust, Selbstherrlichkeit, Mangel an Demokratie") werden die Ursachen der Krise in der UdSSR und der DDR im Versagen „des bisherigen Modells des Sozialismus" gesehen, darin, dass es nicht gelungen sei, die von Lenin angestrebte „umfassende Demokratie", seine Vorstellung von Rätedemokratie zu realisieren. Die „furchtbare Deformation des werdenden Sozialismus in der Stalinperiode" habe auch die spätere Entwicklung entscheidend geprägt. Er konstatiert „Realitätsverlust", „eine unvorstellbare Selbstherrlichkeit" in der SED-Führung und fragt sich als alter Kommunist, warum niemand den Mut gehabt habe, zurückzutreten, als die Blockierung der notwendigen Reformen offenkundig wurde (209 f., 214). Die Massendemonstrationen, die er im November 1989 in Leipzig erlebt hatte, machten es für ihn „eindeutig, dass die Arbeiterklasse, selbst im engeren Sinne des Begriffs der Industriearbeiterschaft, Hauptträger dieser Demonstrationen ist". Aber der Akzent dieses Interviews ist noch optimistisch. Er sieht in der Krise Chancen für eine sozialistische Erneuerung und glaubt, dass die Identifizierung der Menschen mit dem Sozialismus „unzweifelhaft" sei (213). Erwartungen im Westen, in der DDR sei die Stunde des Kapitalismus gekommen, werden noch als „Illusionen" betrachtet. Wenige Wochen später, im Januar 1990 („Zur Geschichte und Perspektive der DDR"), ist dieser Optimismus weg, die Kritik an der Politik der SED auch im langfristigen Rückblick härter. (Hier spie-

1 Jürgen Kuczynski, Großartige Pflege eines marxistischen Erbes, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1979/III, S. 156, 157.

len eigene Erfahrungen eine Rolle: der willkürliche Funktionsverlust 1951; ein Parteiausschlussverfahren 1953 wegen seiner Kritik an der Partei nach dem 17. Juni 1953). Aus „falsch verstandener Solidarität gegenüber Freunden" habe man gegenüber den Fehlentwicklungen geschwiegen, das Politbüro als „absolut oligarchische Gruppe" hingenommen. Angesichts des Umschwungs der Stimmung in der DDR (Suche nach „Anschluss", „großdeutsch-hurrapatriotischer Rausch", „Empörung und Enttäuschung über die alte Macht") und der „elementaren Gewalt der von der ökonomischen Übermacht der Bundesrepublik ausgehenden Wirkungen" (222) ist die Eigenständigkeit der DDR in Frage gestellt, ist es ungewiss, ob es der SED/PDS gelingen könne, „den Weg des Totalausverkaufs" zu verhindern. Die neue Realität – „ein übermächtiges Deutschland, das jederzeit wieder zum Störfaktor und zur Bedrohung einer europäischen Friedensordnung werden kann" – zeichnet sich ab (224). In dieser Konstellation setzt Schleifstein – gegenüber dem, „was ich seit einiger Zeit vom DKP-Vorstand lese" – auf eine „undogmatische, verantwortungsbewusste, realistische, nicht kapitulierende, erneuerte sozialistische Politik des ‚Trotz alledem!'", und setzt hinzu: „Das scheint mir auch zeitgemäßer Marxismus zu sein." (224)

Das wurde vor einem Vierteljahrhundert geschrieben. Diese Haltung ist auch heute tragfähig. Und es bleibt zu hoffen, dass die verdienstvolle Herausgabe dieses Bandes gerade bei jenen, denen er zugedacht ist, wirklich zum Weiterdenken und Weitergehen veranlasst.

André Leisewitz

Im Pantheon der Gewaltlosen

Domenico Losurdo, Gewaltlosigkeit. Eine Gegengeschichte. Aus dem Italienischen von Erdmute Brielmayer. Argument-Verlag, Hamburg 2015 (italienische Ausgabe 2010), 288 Seiten, 33,- Euro.

Immer wieder greift der italienische Philosoph Domenico Losurdo(= L.) in seinen Büchern zentrale, in der öffentlichen Meinung wirkmächtig verankerte Ideologeme auf, die den Status von breit geteilten, kaum hinterfragten Leitorientierungen besitzen und deshalb für die politischen Debatten über Handlungsoptionen von erheblicher Bedeutung sind. Dazu gehört auch der Diskurs über Gewaltlosigkeit.

Das Eingangskapitel „Von den nicht eingelösten Versprechen des ewigen Friedens zur Gewaltlosigkeit" umreißt den Rahmen des Problems und zeigt, wie etwa der Erste Weltkrieg von Anbeginn auch ein Schlachtfeld der Ideologie war. Neben der (nicht zuletzt durch renommierte ‚Kulturträger' befeuerten)Erwartung einer kathartischen Wirkung gab es auch Stimmen, denen zufolge dieser Kampf mit der Verbreitung von Demokratie auch die Wurzeln des Krieges ausreißen werde, um einem ‚ewigen Frieden' den Weg zu bereiten. Die Ernüchterung nach dem erlebten Grauen des Ersten und dann auch des Zweiten Weltkriegs machte es in der Folge schwerer, eine Begeisterung für neue Kriege zu entfachen. Vor diesem Hintergrund und vor allem auch zur Ächtung revolutionärer Gewalt wie die der Oktoberrevolution und der antikolonialen Kämpfe trat in der Ideologiepolitik die offene Kriegsmobili-

sierung zurück zugunsten des Plädoyers für Gewaltlosigkeit. Hierfür spielte vor allem die Figur Mahatma Ghandis eine zentrale Rolle.

Beginnend mit den Bewegungen des christlichen Abolitionismus und Pazifismus in den Vereinigten Staaten des 18. Jh. zeigt L., wie diejenigen, die Gewaltlosigkeit als Handlungsmaxime propagieren, sich immer wieder in praktischen Dilemmata wiederfinden, wenn es in den wechselnden konkreten Situationen um die Wahl zwischen zwei gleichermaßen unverzichtbaren Werten ging, die es nicht erlauben, die ursprüngliche Motivation ‚rein' durchzuhalten, sondern es nötig machen, sich für eine *bestimmte* Form von Gewalt zu entscheiden, wobei mitunter eine Umdefinition der bekämpften Feinde in nichtmenschliche Bestien die Gewalt-Option erleichterte.

Ab dem zweiten Kapitel steht dann Ghandi, der bekannteste Führer der indischen Unabhängigkeitsbewegung, im Mittelpunkt; auf ihn wird als Vergleichsfolie immer wieder Bezug genommen. Bei den von ihm propagierten, teilweise extrem spektakulären Formen von ‚Gewaltlosigkeit' ging es darum, moralische Empörung hervorzurufen und dies als Waffe zu nutzen. Entgegen dem vorherrschenden, eindimensionalen Bild von Ghandi zeigt L. das situationsabhängige Nebeneinander der jeweils gewählten Optionen: Neben dem Plädoyer für Gewaltlosigkeit (begründet durch das hinduistische *Ahisma*) findet sich bei ihm auch eine Kriegsideologie, wonach die Teilnahme am Krieg den Gemeinschaftsgeist und die Ausbildung reifer Männlichkeit fördere. Im Kontrast dazu betonte etwa zur gleichen Zeit der russische Schriftsteller Leo Tolstoi, das Militärische ‚vertiere' die Menschen oder verwandle sie in Maschinen (z.B. 58).

Immer wieder stellt L. auch Vergleiche zu den Debatten innerhalb der Arbeiterbewegung an (so vor allem im 3. und 4. Kapitel): von Marx und Engels bis zu den Akteuren der Oktoberrevolution, insbesondere zur ‚Partei Lenins'. Kriterium der Interpretation des jeweiligen Verhaltens sei nicht ‚Gewalt versus Gewaltlosigkeit', sondern das angestrebte Ziel: Emanzipation oder aber Stützung von Unterdrückung durch Kooptation(87). Nach diesem Kriterium wird Ghandi eher den auf Kooptation bedachten Fraktionen der sozialistischen Bewegung zugeordnet (z.B. Labour in England oder Bernstein in Deutschland),denn er habe immer dann für Gewaltoptiert, wenn er sich von der Kooptation mit der herrschenden (britischen) Kolonialmacht etwas versprach.

Auch die Linie der Gewaltlosigkeit, wie sie Martin Luther King und die mit ihm verbundene Bürgerrechtsbewegung der Afroamerikaner vertraten, wird in ihren Widersprüchen und Entwicklungsdynamiken verfolgt (6. Kapitel), wobei insbesondere der Vietnamkrieg zu einschneidenden Veränderungen in Kings politischen Einstellungen führte (142ff). Interessant ist dabei auch die von L. dargestellte zwiespältige Haltung einer ‚weißen Liberalen' wie der Philosophin Hannah Arendt zur Bewegung der Afroamerikaner und zum Vietnamkrieg. So rühmt sie zwar den bewaffneten jüdischen Widerstand etwa beim Aufstand im Warschauer Ghetto, distanziert sich

aber von den antikolonialen Revolutionen (auch von Frantz Fanons Thesen, wonach die Anwendung von Gewalt für die Unterdrückten auch eine befreiende Wirkung haben könne) und von den Versuchen der Afroamerikaner, sich gegen die rassistische Gewalt zu verteidigen oder sich der Zwangsrekrutierung im Vietnamkrieg zu widersetzen. „Tatsache ist, dass Arendt an die ‚jüdische Frage' im Sinne realer Emanzipation, aber an die ‚schwarze Frage' nur im Sinne der Kooptation denkt." (164)

Betrachte man die „Wirkungsgeschichte Ghandis in der Welt und die Errichtung des gewaltlosen Pantheons" (7. Kapitel), so sei die „Heiligsprechung" zugleich mit einer„Neutralisierung" von Gandhi und King (181ff) verbunden gewesen. Diese ideologiepolitische Spur wird weiter bis in die aktuelle Gegenwart hinein verfolgt (8. und 9. Kapitel). L. konstatiert eine Veränderung in der „Haupttendenz der herrschenden Ideologie im liberalen Westen" (181): „Ghandi nahm nun die Rolle des Apostels und Märtyrers der Gewaltlosigkeit ein und diente als Kontrapunkt zu den Helden der revolutionären Bewegungen und der Emanzipationsbewegungen der Kolonialvölker." Er wurde zum Gegenpol von Mao, Ho Chi Minh oder Castro, ins „Pantheon der Gewaltlosen erhoben, um sie den Vorkämpfern der anderen großen antikolonialen Revolutionen entgegenzusetzen." (182f) Heute habe vor allem der 14. Dalai Lama das Erbe Gandhis als Vorkämpfer der Gewaltlosigkeit angetreten, und diese sei nun „ein wesentliches Element des psychologischen Krieges und des *Great Game*" geworden (198).

Hierzu rechnet L. auch die Inszenierung diverser ‚farbiger Revolutionen'(z.B. die ‚Rosenrevolution' in Georgien oder die ‚orangene' in der Ukraine), wobei er sich auchauf die bereits 1993 in Boston/USA publizierten detaillierten Anweisungen aus dem praktischen Agitationshandbuch von Gene Sharp (2008 auf Deutsch erschienen) bezieht. Es gehe dabei, materiell unterstützt z.B. durch Mittel der Soros-Stiftung und auch des amerikanischen Außenministeriums (229), wie bei Ghandi um das „Hervorrufen moralischer Empörung" (232) durch den gezielten Einsatz von Medien und Symbolen. Ghandis Losung der Gewaltlosigkeit habe sich „in ein Instrument der imperialen Politik eines Landes verwandelt" (234), das überall militärisch zu intervenieren vermag, in eine „Kraft der Manipulation".

Zur abschließenden Frage nach dem erforderlichen gesellschaftspolitischen System als Voraussetzung für eine konsequente Friedenspolitik heißt es: Zwar sei der utopische Ansatz (etwa der nach dem ‚Absterben des Staates') zu überwinden, aber: „Solange die Wurzeln der Politik der ‚Eroberung', des ‚Raubes', der Herrschaft nicht ausgerissen sind, kann die Geißel des Krieges von einer Institution wie der UNO zwar eingedämmt und begrenzt werden," doch die Hoffnungen der Verfechter der Gewaltlosigkeit, den Krieg zum Verschwinden zu bringen, „ist dazu verurteilt, enttäuscht zu werden." (256)Da es keine Möglichkeit eines konsequent gewaltlosen Handelns gebe, sondern nur die Wahl der Art der Gewalt, gehe es um die Zielrichtung hin auf Emanzipation und Gleichheit: eine Gleichheit der

Klassen, der Ethnien und – in den internationalen Beziehungen – auch der Staaten.

Richard Sorg

Islam: Kampf um Interpretationshoheit

Katajun Amirpur, Den Islam neu denken, C. H. Beck, München 2013, 256 S. 14,95 Euro.

Schon nach dem Lesen des Vorwortes, erst recht am Ende des Buches von Katajun Amirpur, gewinnt man den Eindruck, dass hier eine Kennerin der Sache am Werke gewesen ist. Amirpur hat in ihrem Buch sechs Persönlichkeiten vorgestellt, die sich als Reformer des Islam verstehen. Sie alle sind der Überzeugung, dass der Islam vereinbar sei mit der Idee der Demokratie, der Freiheit, religiöser Toleranz, Menschenrechten und Gleichberechtigung der Geschlechter. Berufen tun sie sich alle dabei auf das heilige Buch der Muslime, den Koran. Schon hier wird deutlich, dass es „den Islam" nicht gibt, sondern unterschiedliche Interpretationen möglich sind, was die islamischen Fundamentalisten jedoch ablehnen.

Amirpur beginnt mit der Vorstellung der Reformer des 19. Jahrhunderts, nämlich Dschamal-ad-Din al-Afghani und dessen berühmtesten ägyptischen Schüler Muhammad Abduh sowie Abduhs bekanntesten Schüler Raschid Ridah. Auch wenn es noch so oft behauptet wird, wahrer wird es dadurch nicht: „Dschamal-ad-Din al-Afghani" war kein Perser, wie auch Amirpur meint (19). Sie übernimmt die falsche Angabe von anderen Islamwissenschaftlern und Orientalisten.

Saied Jamaludin Afghani, so lautet sein richtiger Name, wurde 1254 (1838/39) in Assad Abad in der nordöstlichen afghanischen Provinz Kunar geboren. Nach dem Tod des Emirs Dost Mohammad, hatte er sich im nachfolgenden Bürgerkrieg auf die Seite Mohammad Azams geschlagen, und als dessen Bruder und Rivale Scher Ali siegreich blieb 1869 das Land verlassen. Nach nur zwei Monaten in Indien wurde er wegen seines antikolonialen Engagements von den Briten vertrieben, er blieb 40 Tage in Kairo und ging dann 1870 nach Konstantinopel, um schon im März 1871, obwohl anfangs begeistert aufgenommen und sehr erfolgreich, gezwungenermaßen nach Kairo zurückzukehren. Da er bis September 1879 dort gewirkt und auch viele Schüler hatte, wie den namhaften Ägypter Muhammad Abduh, erhielt er in der arabischen Literatur den Beinamen „Al Afghani". Nach Aufenthalten in Indien, London, Paris, Iran (1886 bis Anfang 1891), Irak, London, reiste er 1892 auf Einladung des Sultan Abdül Hamid in die Türkei und blieb dort bis zu seinem Tod am 9. März 1897. Er wurde zunächst auf dem Friedhof von Nishantash (Konstantinopel) beigesetzt und Ende Dezember 1944 nach Kabul geholt, wo er am 2. Januar 1945 in der Nähe von Ali-Abad, heute das Gelände der Universität Kabul, beigesetzt wurde, wo für ihn ein Mausoleum errichtet worden war. Zwei Hauptgründe warum Al-Afghani kein Perser gewesen sein kann: Seine Kindheit und Jugend hat er in Afghanistan verbracht und in Kabul studiert[1]; warum sollte ein Per-

[1] Vgl. The Encyclopaedia of Islam, New ed.,

ser aus „Hamadan" in Afghanistan aufwachsen und in diesem damals wie heute so rückständigen Land studieren und dazu noch als Schiit? Und wäre er tatsächlich ein Perser gewesen, hätte die Regierung in Teheran die Überführung seines Leichnams nach Kabul niemals zugelassen.

Die Iraner vereinnahmen allgemein fast alle persischsprachigen Denker und Dichter, ob sie nun Afghanen oder Tadschiken sind, als Perser; auch europäische Orientalisten übernehmen diese Version der Geschichte, die erwiesenermaßen falsch ist. So z.B. Reinhard Schulze[2] und mehrfach bei Werner Ende/Udo Steinbach.[3] Wahrscheinlich wird diese „Verfälschung" von historischen Tatsachen zu den Fehlern gehören, die als allerletzte von dieser Welt verschwinden werden.

Sowohl Al-Afghani als auch Abduh „waren Verfechter einer rationalen Deutung des Islams" (21). Sie gelten fälschlicherweise als Panislamisten. Ihr Ziel war jedoch die islamischen Länder gegen den europäischen Kolonialismus zu vereinen. Beide Reformer fordern die Befreiung der islamischen Länder von europäischer Bevormundung sowie die „Erneuerung des Islams aus eigener Kraft" (20). Sie betonen das rationale Denken unter Einbeziehung der modernen Wissenschaft, weisen auf die Verbesserung des Bildungswesens hin und fordern eine „Neuinterpretation der religiösen Texte" (21). Daher müssten die Gesetze im Islam den Umständen angepasst werden.

Die heutigen Reformer, wie Mullah Mohsen Kadivar (geb. 1959) betonen, dass der Mensch „nicht in Ketten ins Paradies geschleppt werden" könne (31). Kadivar hebt die Religions- und Glaubensfreiheit hervor. Er weist auf die schon vor langer zeit existierende „Koranwissenschaft" hin und findet die Argumentation der Islamisten, den Koran wörtlich und als ewig gültig zu erklären widersinnig (33).

Gibt es auch einen islamischen Feminismus? Diese Frage kann man ohne weiteres mit ja beantworten. Es darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden, dass es 1400 Jahre lang nur die Männer waren, die den Koran interpretierten, kommentierten und so auslegten, wie es ihnen passte, schreibt Barlas (150). Seit einigen Jahren melden sich auch selbstbewusste Muslima, wie z.B. die Ägypterin Nawal El Saadawi, die Marokkanerin Fatima Mernissi, die in Pakistan geborene und in den USA lebende Asma Barlas, und die Afro-Amerikanerin Amin Wadud zu Worte. Der Koran beinhaltet die Gleichheit von Frauen und Männern, so Wadud (120). Mernissi weist auf zahlreiche Überlieferungen Mohammads hin, wo er sich „gegen Gewalt in der Ehe und für eine Gleichstellung von Männern und Frauen ausgesprochen" hatte (39). Für El Saadawi ist die Geschlechterfrage auch eine soziale Frage und kann nicht von den gesellschaftlichen Verhältnissen losgelöst diskutiert werden.

Vol. 2, Leiden 1965, S. 417.

2 Vgl. Reinhard Schulze, Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert, München 1994, S. 32.

3 Vgl. Werner Ende, Udo Steinbach (Hrsg.), Der Islam in der Gegenwart, 3. Aufl., München 1991, S. 116ff.; S. 239; S. 255 und S. 553.

Eine der Kernfragen der Gleichberichtigung in islamischen Gesellschaften ist und bleibt die Polygamie. Sie existierte auch schon vor dem Islam und der Prophet Mohammad schaffte sie auch nicht ab. Im Koran wird darauf hingewiesen, dass ein Mann nur dann eine Frau heiraten sollte, wenn er in der Lage ist, der Frau Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Unabhängig davon, wie ein Mann sich auch bemühen möge, ist er nicht in der Lage gegenüber mehreren Frauen gerecht zu sein (103). Daher ist die Polygamie faktisch unzulässig, argumentieren die muslimischen Feministen. Das ist auch die Interpretation des Rezensenten.

Amirpur stellt im Weiteren noch die Stellungnahmen des ägyptische Reformers Nasr Hamid Abu Zaid, dessen Position nach seiner Flucht nach Europa bekannter geworden ist, von Fazlur Rahman, eine der gewichtigen Stimmen im Diskurs um die Reform des Islam, von Abdul Karim Soroush, von Mohammad Mojtahed Shabestari und des schillernden Agitators Tariq Ramadan, den ich persönlich nicht als Reformer einstufen würde, ausführlich dar.

Es steht außer Frage, dass der Islam und die Muslime immer dann ihren zivilisatorischen Höhepunkt erreicht haben, wenn sie tolerant, offen und diskussionsfreudig waren. Die Aufgabe der muslimischen Intellektuellen, wozu sich auch der Rezensent rechnet, besteht darin, das Interpretationsmonopol den konservativen Kräften streitig zu machen. Wir Muslime müssen unsere Hausaufgaben selbst erledigen. Nur so können der Islam und die Muslime im 21. Jahrhundert einen angemessenen Platz in der Völkergemeinschaft haben. Dogmatismus und Abkapselung führen unweigerlich in die Sackgasse. Davor kann ich nicht genug warnen.

Das Buch von Katajun Amirpur, dem ich viele Leserinnen und Leser wünsche, kann zu einem innerislamischen Diskurs beitragen.

Matin Baraki

Politische Ökonomie für die Praxis

Ralf Krämer, Kapitalismus verstehen. Einführung in die Politische Ökonomie der Gegenwart, VSA-Verlag, Hamburg 2015, 253 S., 16,80 Euro.

Das Buch wendet sich vor allem an politisch und gewerkschaftlich aktive Leserinnen und Leser, denn „ohne eine Kritik der bestehenden kapitalistischen Ökonomie ist keine fundierte linke, gewerkschaftliche und sozialistische Politik möglich." (11) Im Vordergrund steht eine didaktische Absicht: Dem politisch Engagierten bzw. Interessierten soll ein Verständnis für die Funktionsweise ‚unserer' Wirtschaft vermittelt werden, ohne dass dieser oder diese sich jeweils in ökonomische Fachliteratur vertiefen muss. Das gelingt dem Autor: Das Buch ist verständlich geschrieben ohne flach oder feuilletonistisch zu werden oder Wirtschaft in personalisierten Geschichten erzählen zu wollen. Der Autor verfügt über Erfahrungen in der gewerkschaftlichen und politischen Bildungsarbeit, was der Verständlichkeit zu Gute kommt. Kernaussagen werden im Text hervorgehoben, so dass man leicht noch mal zurückblättern kann.

Das Buch besteht aus drei Hauptteilen: Die ersten vier Kapitel sind eine Einführung in die Marxsche Analyse der kapitalistischen Produktionsweise, wobei der Autor sich an passenden Stellen auf aktuelle Beispiele, oft aus Deutschland, bezieht. Wer Marx' Kapital kennt, der wird wissen, dass auch dieser sich immer wieder zur „Hauptillustration" seiner Analysen auf England bezogen hatte. Besonders gut ist dem Autor die Darstellung eines zentralen Elements, der Marxschen Werttheorie, gelungen: Der Wert ist, anders als der Preis, ein „soziales Verhältnis", er ist keine berechenbare Zahl, sondern ein „Regulator der Produktion" (27). Eindrücklich wird dargestellt, dass der Verzicht auf den Arbeitswert als Grundlage der Werttheorie den kritischen Gehalt der marxistischen politischen Ökonomie aushebeln würde. Etwas knapp sind die Ausführungen über die Rolle des Geldes geraten. Angesichts der aktuellen Debatten über Geld und Kredit, bei denen auch viele Linke vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Finanzkrise der Illusion verfallen, der Kern des Kapitalismus sei das Geld, wären ein paar Bemerkungen zu dieser Position (auch Marx hatte sich damit beschäftigt) vielleicht nützlich gewesen.

Der zweite Hauptteil des Buchs, das Kapitel 5, widmet sich dem „modernen Kapitalismus" (109), der explizit mit den „Entwicklungen im 20. und 21. Jahrhundert insbesondere in den kapitalistischen Zentren West- und Mittel-Europas sowie Nordamerikas, und speziell in Deutschland" (109) gleichgesetzt wird. Moderner Kapitalismus ist für den Autor identisch mit der europäisch/nordamerikanischen Variante, ein angesichts aufstrebender kapitalistischer Wirtschaftsmächte im Süden immerhin diskussionswürdiger Standpunkt. Geschildert werden gegenwärtig zu beobachtende Strukturveränderungen des Kapitalismus, die in der Produktionsweise angelegt sind: Es geht um die Konzentration und Zentralisation des Kapitals, die Zunahme finanzkapitalistischer Spekulationen, die Rolle des Staates, um staatliche Wirtschaftspolitik und ihre verschiedenen Varianten, um kapitalistische Globalisierung, bis hin zum Wandel der Arbeit infolge von technischem Fortschritt und der rapiden Zunahmen von Dienstleistungen. Ausführlich behandelt wird die Frage, ob die Digitalisierung der Wirtschaft nicht letzten Endes zum Ende der auf der Arbeit und dem Arbeitswert beruhenden Produktionsweise führen muss – eine schon von Marx in den ‚Grundrissen' angesprochene Entwicklungstendenz. Der Autor stellt die wesentlichen technischen Entwicklungen dar und kommt zu dem Schluss: „Aller Voraussicht nach bleibt die Arbeit auch in der spezifischen Form der Lohnarbeit und der Erwerbsarbeit allgemein dominierend. Sie verändert sich lediglich und der Anteil der Arbeit in der unmittelbaren materiellen Fertigung nimmt ab." (177)

Der dritte Hauptteil, das Kapitel 6, befasst sich mit den Krisenerscheinungen der Gegenwart und diskutiert die Frage, wie die notwendige Transformation des Kapitalismus erreicht werden könnte. Der Autor wendet sich gegen die Vorstellung, der Kapitalismus sei am Ende: „Der Kapitalismus ist weit entfernt davon, das Ende seiner Möglichkeiten erreicht zu haben. Das muss als eine Drohung begriffen wer-

den." (238) Die Darstellungen der ökologischen Krise, der aktuellen Finanzkrise und der EU-Krise sind in ihrer Prägnanz gelungen, auch wenn Position Krämers zum Wachstum in den reichen Ländern – er meint, ein Rückgang der Produktion im Westen würde „einen völligen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch und Verarmung bedeuten" (194) – diskussionswürdig ist. Ob und inwieweit man bei Fortsetzung des Wirtschaftswachstums allein auf die „Entkopplung von Wertschöpfung und Naturbeanspruchung" (196) setzen kann erscheint – angesichts der Nachholprozesse der armen Länder – zumindest umstritten. Vor dem Hintergrund dieser Krisen hält er perspektivisch einen „demokratischen Sozialismus" für nötig, glaubt allerdings weder, dass dieser über einen völligen Bruch mit der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung erreichbar wäre, noch, dass „nichtkapitalistische Produktion ... (eine) Gewähr für humane und ökologische Verträglichkeit" (192) sei. Krämer setzt dagegen auf eine „Reformalternative im Ergebnis von Klassenkämpfen und veränderten Kräfteverhältnissen", entwickelt aus dem Kampf um Verbesserungen innerhalb des Kapitalismus (233). „Es ist auch im Kapitalismus möglich und bereits gelungen, erhebliche soziale und auch ökologische Verbesserungen durchzusetzen...". (193) Dies erscheint ihm als einzig realistischer Weg zur Transformation der kapitalistischen Gesellschaft. Allerdings entwickelt der Autor diese Perspektive nur im nationalen Rahmen – was durch den Hinweis unterstrichen wird, dass wirtschaftsdemokratische Verhältnisse, öffentliche Kontrolle großer Unternehmen usw. „durchaus im Rahmen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zu verwirklichen" seien (243). Zwar scheint ihm bewusst zu sein, dass „rein nationale Lösungen kaum noch möglich" sind (ebd.). Wie eine solche Reformalternative, die rein national beschrieben wird, international zumindest abgesichert werden könnte, bleibt aber unklar.

Dies verweist auf die einzige inhaltliche Schwäche des Buchs, die sich mit der Beschränkung seiner Analyse auf die „kapitalistischen Zentren" schon angedeutet hat: Die internationale Dimension. Zwar gibt es verstreute Bemerkungen, die den Aufstieg neuer Wirtschaftsmächte erwähnen, insgesamt aber bleibt der Autor einem weltwirtschaftlichen Bild verhaftet, bei dem Westeuropa und Nordamerika global weiter dominieren. Dies trifft aber nicht mehr zu. „Globalisierung erweist sich in der Realität nicht als Sachzwang, sondern als ein neoliberales Klassenprojekt im Interesse des international operierenden Groß- und Finanzkapitals"(146), behauptet der Autor. Abgesehen davon, dass die gegenwärtig Form der Globalisierung auch durch die Entwicklung der Produktivkräfte (Transport- und Kommunikationstechnologien) ermöglicht wurde, also nicht bloß ein politisches Projekt ist, wird übersehen, dass die treibenden Kräfte der kapitalistischen Weltwirtschaft heute nicht mehr nur in Westeuropa und Nordamerika sitzen. Im Kern hängt der Autor einem Imperialismusbild an, in der alle Macht von den altkapitalistischen Staaten ausgeht: „Staaten, die sich der Ein- und Unterordnung unter die von den USA und den ihnen verbundenen

imperialistischen Mächten der EU und Japan dominierte kapitalistische Weltwirtschaft widersetzen, werden als ‚Störenfriede' betrachtet und mit allen Mitteln gefügig zu machen versucht." (153) Auch durch das Wörtchen „versucht" wird diese Zustandsbeschreibung nicht korrekter: Selbst die USA wissen, dass man z.B. China heute nicht mehr mit ökonomischen Mitteln „gefügig" machen kann. Und wenn der Autor konstatiert: „Heute sind die transnationalen Konzerne die ökonomischen Hauptakteure auf dem Weltmarkt und bei der Beherrschung der Ökonomie der weniger entwickelten Länder der Erde", so darf nicht übersehen werden, dass „heute" 140 der größten 500 TNK (laut Fortune-Liste 2013) aus eben diesen „weniger entwickelten Ländern" kommen, wobei viele von ihnen Staatskonzerne sind. Die vom Autor skizzierten, durch US-Hegemonie charakterisierten internationalen Kräfteverhältnisse gehören auch mit Blick auf das militärische Kräfteverhältnis weitgehend der Vergangenheit an; und wenn er meint, der „Imperialismus stützt sich vor allem auf ökonomische Abhängigkeit und Verschuldung" (153), so übersieht er, dass die größte Schuldnernation die USA und die größte Gläubigernation China sind – was natürlich nicht heißt, dass China die Welt dominiert. Die internationalen Kräfteverhältnisse sind heute ungleich komplizierter als im unipolaren US-amerikanischen Zeitalter, das der Autor noch vor Augen zu haben scheint. Der Abschnitt „5.5 Imperialismus und kapitalistische Globalisierung" wird jedenfalls den veränderten multipolaren wirtschaftlichen Beziehungsgeflechten von heute nicht mehr gerecht.

Diese Kritik ändert allerdings nichts daran, dass dem Autor ein insgesamt großartiges Buch gelungen ist, das auch dem Nichtökonomen einen guten Überblick über wichtige Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und seine aktuellen Widersprüche vermittelt. Es präsentiert sein Material didaktisch gut aufbereitet und nimmt klare Positionen ein, die begründet werden und es dem Leser ermöglichen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Die Arbeit hat das Zeug zu einem Standardwerk, in das bei späteren Neuauflagen leicht neuere Entwicklungen integriert werden können. Vielleicht könnte dabei auch ein veränderter Blick auf den globalen Kapitalismus, insbesondere die neue Rolle der „weniger entwickelten Länder der Erde", herauskommen.

Jörg Goldberg

Rationaler Imperialismus

Jörg Kronauer, Allzeit bereit. Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen, PapyRossa Verlag, Köln 2015, 214 Seiten, 14,90 Euro.

Eine viel beklagte Schwäche der Theorien über den Staatsmonopolistischen Kapitalismus ist das Fehlen zureichender Bestimmungen der Verbindungsglieder zwischen den Monopolen und dem Staat. Das Buch „Allzeit bereit. Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen" von Jörg Kronauer liefert einen Beitrag, um diese Lücke wenigstens auf dem Gebiet der deutschen Außenpolitik zu schließen.

Der Titel und das Umschlagfoto – es zeigt marschierende deutsche Soldatenstiefel – wecken diese Erwartung

zunächst nicht. Man nimmt an, längst Bekanntes noch einmal lesen zu müssen: Deutschlands Drang, militärisch eine aktivere Rolle zu spielen, Gauck.

Daran fehlt es in dieser Darstellung denn auch nicht, aber es bleibt zum Glück nicht dabei. Das Bild, das im Fortgang der Darstellung entsteht, lässt sich so beschreiben:

Die Bundesrepublik Deutschland ist, wie bekannt, eine vom Monopolkapital beherrschte Gesellschaft. Die Beziehung zwischen Ökonomie und Politik kann als Befehl und Gehorsam zwar zutreffend, aber aus mehreren Gründen nicht hinreichend beschrieben werden.

Erstens stehen Großunternehmen in der Notwendigkeit, sich über die ihnen zuträglichsten Varianten ihrer Interessenvertretung Klarheit zu verschaffen. Oft ist da zwischen verschiedenen Varianten zu entscheiden. Auch Konzerne haben Beratungsbedarf, nicht nur Marktforschung. Ihn sollen Stiftungen und Forschungsinstitute decken. Diese bedürfen, um nicht betriebsblind zu sein, einer zwar nicht vollständigen, aber relativen Unabhängigkeit von denen, deren Interessen sie letztlich dienlich sein sollen. Outsourcing auf staatliche, halbstaatliche und freigemeinnützige Instanzen schafft die nötige Distanz.

Zweitens: Die Großunternehmen eines Landes sind nicht allein auf der Welt. Gehören sie zur selben Branche, konkurrieren sie bereits binnenstaatlich miteinander. Handelt es sich um verschiedene Industriezweige, kann es zu Konflikten zwischen diesen kommen. Nichtmonopolistische und nichtkapitalistische Klassen und Schichten müssen ebenfalls in die Rechnung eingestellt werden, ebenso das Verhältnis von inneren und Außenmärkten. Es gibt Gegen- und Mitspieler, zum Beispiel Gewerkschaften und Verbraucher. Schließlich – und in dem hier zu behandelnden Fall zentral – ist die große weite Welt außerhalb des eigenen Landes, hier: der Bundesrepublik Deutschland, im Auge zu behalten. Hier finden sich Märkte, Ressourcen und wiederum Konkurrenten, an denen einzelne Firmen und Branchen verschiedenartige Interessen haben.

Der Blick auf diese Vielfalt zeigt die Notwendigkeit der Koordination. Diese kann nicht von einem einzelnen Monopol bewerkstelligt werden und bedarf der Hilfe politischer Apparate, auf welche andererseits private Interessen, die ebenfalls gebündelt werden müssen, Einfluss nehmen. Das Konglomerat, in dem sich dies alles artikuliert, nennt man üblicherweise eine Nation.

Die Bereitschaft und Fähigkeit der herrschenden Klassen eines monopolkapitalistischen Landes, ihre Interessen auch gegen das Widerstreben anderer Staaten durchzusetzen, ist das zentrale Merkmal des Imperialismus. Es gibt andere Definitionen, aber diese Minimalbestimmung eignet sich als Ausgangspunkt.

Sowohl synchron als auch diachron weisen die Imperialismen eine große Vielfalt auf.

Am Beispiel Deutschlands:Hans-Ulrich Wehlers berühmte Habilitationsschrift hatte den Titel „Bismarck und der Imperialismus“. Gezeigt wurde das Zusammenspiel zwischen dem sich herausbildenden Organisierten Kapitalismus und politischen

Akteuren. Dieses war neu und erwies sich nach Bismarcks Abgang als zunehmend erratisch. Anders als in den alten National- und Kolonialstaaten Frankreich und Großbritannien fehlte es an der Breite einer erfahrenen bürgerlichen politischen Klasse und an einer eingespielten Kombination zwischen den staatlichen Instanzen und privaten Institutionen wie z. B. den Übersee-Handelskompagnien Englands und der Niederlande. Zwar gab es seit der Mitte des 19. Jahrhunderts – wie von Reinhard Opitz beschrieben – Europa- und auch Kolonialstrategien des deutschen Kapitals, aber über die politischen Umbrüche hinweg keinen ausreichend tiefgestaffelten politisch-ökonomisch-kulturellen Komplex von fragloser Kontinuität. Gewisse Ähnlichkeiten mit diesem Zustand bestanden in den USA: die lang andauernde Konzentration auf die interne Westexpansion, dann Konzentration der Beziehungen auf Südamerika und durchgehend die Sonderbeziehung zu Großbritannien ließen Kontinentaleuropa bis 1917 weitgehend unbeachtet. In den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde aufgedeckt, wie die Vereinigten Staaten durch die Interessen einzelner Konzerne in den Ersten Weltkrieg hineingezogen wurden. Der nach Versailles eingeschlagene Rückweg in den Isolationismus und die bis in die Ära Roosevelt, in Ausläufern sogar noch bis zur Wahl Eisenhowers andauernden Auseinandersetzungen um den außenpolitischen Kurs, schließlich noch die Abenteuer der Ära Bush jr. und die Unsicherheiten der Obama-Administration wiesen und weisen Unstetigkeiten auf, die zumindest teilweise auf einen zu engen und unreflektierten Primat binnenökonomischer Interessen und ihren Einfluss auch auf die auswärtige Politik hindeuten.

Sehr überraschend wird von internationalen Beobachtern neuerdings ausgerechnet die Bundesrepublik Deutschland als positives Gegenbeispiel genannt. Einige Zeit galt das zunächst für die Wirtschaftspolitik. Noch Thomas Piketty verweist halb nostalgisch auf deren „Rheinischen Kapitalismus". Die ökonomische Hegemonie scheint sich nunmehr auch in eine hegemoniale Außenpolitik (zumindest innerhalb Europas) umsetzen, in der die herrschende Klasse der Bundesrepublik mit ruhiger Hand ihre Interessen wahrnimmt. Die Mittel, die sie dabei benutzt, zeigt Jörg Kronauer.

Das erste Kapitel enthält das Übliche: Gaucks Gequake und Rufe nach einem stärkeren militärischen Engagement. Das sind aber schon die propagandistischen Resultate einer Strategie-Entwicklung, die das Wesentliche ist und als die Voraussetzung dieser PR-Kampagnen untersucht wird. Zu deren Besonderheiten gehört, dass sie von Anfang an nicht als ausschließlich deutsche Angelegenheit organisiert ist: Deutschland erscheint als „beherrschende Macht in der EU" (Kapitel 2). Seine Wirtschaftsinteressen betreffen Waren- und Kapitalexport und den Bezug energetischer sowie nichtenergetischer Rohstoffe (Kapitel 3).

Das vierte Kapitel ist das informativste. Es behandelt die Förderung und Artikulation dieser Interessen durch „Think Tanks, Stiftungen, Verbände und Kulturinstitutionen",

darunter die Stiftung Wissenschaft und Politik (SPW), die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, auf einzelne Länder (u. a. Frankreich, China, USA) bezogene Netzwerke (vom Deutsch-französischen Jugendwerk bis zur Atlantikbrücke) und die Bundesakademie für Sicherheitspolitik. In ihrer Gesamtheit erscheinen sie als ein Sonderfall von Public Private Partnership: Von Unternehmen geförderte Stiftungen und staatliche Einrichtungen sind finanziell und personell miteinander verschränkt. Die von ihnen entwickelten Szenarien und Empfehlungen sind nicht unilinear. Zum Beispiel stellt die SPW in ihren Studien durchaus einmal einander widersprechende Optionen zur Wahl. Eine besondere Stellung nimmt die Auslandsarbeit der parteinahen Stiftungen ein. Diese sind in zahlreichen Ländern vertreten. Wechselt dort die Regierung, trifft es sich gut, wenn eine deutsche Stiftung vorher schon Beziehungen zur bisherigen Opposition aufgebaut hat. Kronauer beschreibt auch einen Funktionswandel der Vertriebenenverbände: der Revanchismus ist entweder für immer oder doch auf Sicht durch Kulturarbeit und die Anbahnung von Wirtschafts- und politischen Beziehungen abgelöst. Angesichts dieser Vielstimmigkeit und der Verschränkung von Ökonomie, Politik und Kultur mögen Gramscianer im Ensemble von Institutionen und Organisationen ein Beispiel zivilgesellschaftlichen Wirkens beobachten.

Das fünfte Kapitel benennt Ergebnisse und Strategien anhand von fünf Regionen: „'Deutschtums'-Politik in Ost- und Südeuropa" als eine von ihren Betreibern so genannte „'neue Ebene der Völkerverständigung'" (mit dem hübschen Beispiel des deutschstämmigen rumänischen Präsidenten Klaus Johannis), Mittelost, subsaharisches Afrika, Allianzen in Lateinamerika, Beteiligung am „Feuerring um China" und der „Konfliktvorbereitung in Südostasien".

Das hohe Maß an Verwissenschaftlichung der Strategiebildung könnte es nahe legen, von einem „rationalen" Imperialismus (in Absetzung vom einstigen „erratischen") zu sprechen. Rationalität ist hier als Zweckrationalität zu verstehen, die Interessen sind die des Kapitals und der sich mit diesen identifizierenden Teile der Arbeiterklasse (insbesondere in den Exportindustrien) und der diese vertretenden Gewerkschaften. Eine Traditionslinie besteht hin zu dem von Paul Rohrbach (1869-1956) einst propagierten sozialliberalen „Ethischen Imperialismus", aktuell wieder deutlicher hervortretend im Konfrontationskurs gegen Russland und im Interesse an der Ukraine. Doch muss es nicht für alle Zeit ausgemacht sein, dass diese Variante innerhalb des „(zweck-)rationalen Imperialismus" überwiegt. Kurswechsel sind auch in dieser Frage denkbar.

Jörg Kronauers materialreiche Studie zeigt, zu welchen Leistungen guter Journalismus fähig ist. Sie ist kritisch, da sie über Interessen und ihre Durchsetzung aufklärt. Antiimperialistisch oder gar antikapitalistisch Denkende mögen beklagen, dass sie keine Vorschläge für eine Opposition gegen den „rationalen Imperialismus" vorschlägt. So erscheint dieser aufgrund der in ihm enthaltenen Varianten zwar nicht intern, aber in seiner Gesamtheit als alternativlos. So

wird es zu erklären sein, dass einzelne Vertreter der einzigen im Bundestag vertretenen außenpolitischen Oppositionspartei Deutschlands sich lediglich innerhalb dieses vorgegebenen Komplexes um Politik-Varianten bemühen, die sie unter derartigen Voraussetzungen für die einzig denkbaren linken halten mögen.

Georg Fülberth

Russland, Ukraine: Die Arroganz des Westens

Ulrich Heyden, Ein Krieg der Oligarchen. Das Tauziehen um die Ukraine. PapyRossa-Verlag, Köln 2015, 173 S., 12,90 Euro;

Gabriele Krone-Schmalz, Russland verstehen. Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens. Verlag C.H. Beck, München 2015, paperback, 176 S., 14,95 Euro.

„Einwohner von Odessa zeigten, dass ihre Gutmütigkeit und Friedfertigkeit Grenzen hat. Schläger und pro-russische Extremisten, die sich einiges herausnahmen, wurden dennoch von Bürgern zurückgeschlagen, die ihre Stadt und ihr Land lieben. Und was für eine Abfuhr das war. Der heutige Vorgang wird den Fans der Gesetzlosigkeit unter fremder Flagge lange in Erinnerung bleiben. (...) Odessa: Veteranen, Ex-Militärs und Patrioten der Ukraine beschützten ihre Stadt rund um die Uhr vor aufständischen Russen."[1]

Mit diesen triumphierenden Worten „informierte" ein gewisser Dmitry Tymchuk seine „lieben Freunde" von der Euromaidan-Wache Berlin über das Massaker von Odessa vom 2. Mai 2014. Maidan-Aktivisten, Fußball-Ultras und Mitglieder des Rechten Sektors hatten ein Zeltlager von Regierungsgegnern angezündet, woraufhin diese sich in das Gewerkschaftshaus flüchteten. Dieses wurde von den Angreifern mit Molotowcocktails in Brand gesetzt und mit Pistolen und Gewehren beschossen. Die Polizei griff nicht ein, die Feuerwehr kam erst nach 40 Minuten. Die Zahl der Todesopfer im Gewerkschaftshaus wird auf 100 geschätzt.

Die Euromaidan-Wache Berlin hat seit Februar 2014 in der Zentrale der Heinrich-Böll-Stiftung Büroräume für ihre Aktivitäten. Ihr Blog (Feed Euromaidan) ist über die Schwerpunktseite der Stiftung zur Ukraine-Krise abrufbar. Die Grünen fordern zwar offiziell die Aufklärung der Hintergründe des Massakers von Odessa. Die nationalistischen Rechtfertigungen ihrer Bündnispartner vom Euromaidan für die Angriffe auf das Zeltlager und das Gewerkschaftshaus scheinen aber weder die Partei noch die Heinrich-Böll-Stiftung zu interessieren.

Ulrich Heydens[2] Buch „Ein Krieg der Oligarchen" enthält eine längere Recherche zum Ablauf, zu den Hintergründen und den möglichen Hintermännern des Massakers von Odessa,

---

1 Eigene Übersetzung aus dem Englischen KD. https://euromaidanberlin.wordpress.com/2014/05/03/ukraine-summary-for-may-2-2014/;Zugriff vom 11.6.2015.

2 Heyden war von 2002 bis 2014 Moskau-Korrespondent der Sächsischen Zeitung und berichtet seit 1992 für deutschsprachige Medien (u.a. Die Wochenzeitung/Zürich, Neues Deutschland, Der Freitag und Telepolis) aus Moskau und anderen Regionen der ehemaligen Sowjetunion.

ergänzt durch eine Vielzahl von Augenzeugenberichten. Seine Hypothese lautet: „Die Regierung in Kiew sah in dem Zeltlager der Regierungsgegner eine Gefahr. Dass vom Zeltlager aus Regierungsgebäude besetzt werden, wie es auch in Kiew (von den Maidan-Aktivisten) und in der Ostukraine (von den Regierungsgegnern) praktiziert wurde, war eine durchaus realistische Annahme. Die Besetzung von Gebäuden in Odessa hätte dazu führen können, dass Kiew seinen Einfluss in der Region komplett verlieren würde." (73) So verfolgt Heyden verschiedene Spuren, die auf eine konzertierte Aktion zwischen Kiew, lokalen Behörden, diversen Oligarchen, dem damaligen regionalen Gouverneur und Euromaidan und Rechtem Sektor als das Massaker schließlich ausführende „Schocktruppen" hindeuten. Auch ein Jahr danach geht die staatliche Repression gegen regierungskritische Kräfte in Odessa unvermindert weiter.[3]

Heyden ist ein verständlich und spannend zu lesender Band gelungen, der längere Reportagen mit knappen Hintergrundanalysen verknüpft. So beleuchtet er den Euromaidan und den „Regimewechsel" vom Februar 2014 (11-38) und die Todesschüsse auf dem Maidan (61–69). Er schildert deutsche Interessen (den Bau eines Containerterminals durch die Hamburger Logistik-Firma HPC) im Hafen von Odessa (111–119), informiert über die extreme Rechte in der Ukraine (38-61) sowie über die massenhafte Desertierung Wehrpflichtiger gegen die Einberufung in die ukrainische Armee, über den Widerstand von Soldatenfrauen und -müttern und darüber, wie diese zur Zielscheibe des Rechten Sektors werden. (119-134). Kritische Reportagen aus der Ostukraine (146-169) und eine Analyse der Strukturreformen unter dem IWF-Hilfsprogramm (134-146) runden das Bild ab.

Heyden sprach mit linken Aktivisten, mit Journalisten, jüdischen Rabbis, Gewerkschaftern, Unternehmern, „Separatisten", aber auch mit ‚ganz normalen' Leuten wie Taxifahrern, Hafen- und Bergarbeitern. So entsteht aus seinen Reportagen ein vielschichtiges, lebendiges Bild der gesellschaftlichen Verhältnisse und unterschiedlichen Mentalitäten in der Ukraine. Unabhängiger Journalismus ist offenbar möglich, wenn auch hierzulande immer seltener anzutreffen.

Gabriele Krone-Schmalz'[4] „Russland verstehen" hält sich seit Monaten auf der Spiegel-Bestsellerliste. Sie gilt als international anerkannte Russland-Expertin, die stets sachkundig und differenziert über das Land berichtet. Die von ihr kritisierten deutschen Leitmedien haben es daher schwer, sie einfach als „Verschwörungstheoretikerin" abzukanzeln.

Krone-Schmalz geht es zum einen um journalistische Sorgfaltspflicht und Unabhängigkeit, die sie in der Berichterstattung deutscher Leitmedien inklusive der ARD zu Russland

3 Siehe z.B. Eric Draitser, Kiev's Repression of Anti-Facism in Odessa; http://www.counterpunch.org/2015/05/27/kievs-repression-of-anti-fascism-in-odessa/

4 Krone-Schmalz war von 1987 bis 1991 Moskau-Korrespondentin der ARD. Sie ist Professorin für TV und Journalistik an der Hochschule Iserlohn und Mitglied im Lenkungsausschuss des Petersburger Dialogs.

und der Ukraine vermisst. Ihr Vorwurf an diese Medien lautet: Messen mit „zweierlei Maß". Dafür führt sie zahlreiche sorgfältig recherchierte Beispiele an – unter anderem die Behauptung, dass die Amtsenthebung des vormaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch kein Putsch gewesen sei (23), dass der Beitritt der Krim zu Russland eine Anexion gewesen und auch völkerrechtswidrig sei (29-34). Dies bestreitet die Autorin mit Verweis auf Analysen anerkannter Experten. Oder wie von den Aufständischen in der Ostukraine am 23. April 2014 gefangen genommene westliche Militärbeobachter fälschlicherweise als „OSZE-Beobachter" dargestellt wurden, wie die Regierungskritiker und späteren Opfer des Massakers von Odessa zunächst in der ARD als „pro-russischer Mob" und der Bürgerkriegseinsatz der ukrainischen Armee und der rechtsextremen Milizen in der Ostukraine als „Anti-Terror-Operation" bezeichnet wurden usw. (35-54). Kühl seziert sie auch die einseitige Berichterstattung zum Kampf um die Ostukraine (Abschuss von Flug MH 17 der Malaysia Airlines am 17. Juli 2014 angeblich durch Russland; angebliche Waffenlieferungen durch russische humanitäre Hilfskonvois usw.). So hält sie den deutschen (und westlichen) Leitmedien den Spiegel vor und untermauert, wie sie sich von einem integren und unabhängigen Journalismus verabschiedet haben. Das trifft diese tief ins Mark – kommt doch diese Kritik von einer der „ihren", ist verständlich geschrieben und faktenreich unterlegt.

Andererseits verweist sie auf die „Arroganz des Westens" im Umgang mit Russland seit Gorbatschows Glasnost und Perestroika. „Russland wurde weniger als Partner denn als Konkursmasse behandelt. In die dringend erforderliche neue Sicherheitsarchitektur für ein geopolitisch radikal verändertes Europa wurde Russland nicht eingebunden, stattdessen erweiterte sich die NATO Schritt für Schritt nach Osten. Als Wladimir Putin russischer Präsident wurde, sandte er in Serie Signale Richtung Westen, was zu der Zeit in Russland innenpolitisch durchaus nicht unumstritten war." (12) In den Kapiteln „Enttäuschte Hoffnungen – verpasste Chancen" (54-89), „Die Idee vom Frieden" (89-116) und „Die Ukraine, Russland und der Westen" (116-135) belegt sie diese These detailliert. Sie liefert ein differenziertes Bild der Entwicklung von Gorbatschows gescheiterten Versuchen zur Reform der Sowjetunion bis zur dritten Amtsperiode von Wladimir Putin als Präsident von Russland. Die russischen Angebote an den Westen – „gemeinsames Haus Europa" (Gorbatschow), gemeinsamer Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok und gemeinsamer Sicherheitsraum (Putin), europäischer Sicherheitsvertrag (2008 Medwedew), um nur einige Stichpunkte zu nennen – wurden vom Westen zwar wohlwollend kommentiert, aber nie aufgegriffen. Damit wurde die von den russischen Machthabern angestrebte „Westanbindung" ihres Landes Makulatur. NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999, Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo, einseitige Kündigung des ABM-Vertrags durch die USA 2001 und Pläne für ein Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien, Irak-Krieg 2003, Geor-

gienkrieg 2008 (differenzierte Analyse,107-112), Syrien, Lybien usw. – musste das nicht „in Russland alles an Isolationsängsten (...) mobilisieren, was sich denken lässt"? (101)

Ein Bündnis mit China (und wirtschaftliche und politische Arrangements mit anderen Schwellenländern im Umkreis der BRICS-Staaten), die Eurasische Zollunion, Pläne für eine Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft waren die jüngsten Folgen. Unterfüttert wurden diese durch eine Rückbesinnung auf angeblich „russische Werte und Kultur", die Berufung auf die russisch-orthodoxe Kirche etc. – innenpolitisch durchaus autoritär und nationalistisch, und „geopolitisch" eine radikale Wende eines immer noch im Umbruch befindlichen kapitalistischen Russlands. Krone-Schmalz präsentiert aus meiner Sicht eine realistische Analyse der Verhältnisse.

In ihrem Ausblick (160-167) plädiert sie für eine Außenpolitik des Westens, die sich an den Zielen ‚Völkerverständigung, Frieden, Wohlstandsmehrung' orientiert. Dabei sollten die jeweiligen Partner ihre Interessen beim Namen nennen und sich über sie verständigen, statt sich ‚humanitäre Deckmäntelchen' umzuhängen. Das ist sympathisch.

Was aber sind die Interessen der herrschenden Klassen des Westens? Die alten Ziele des britischen Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg und des US-amerikanischen danach – das Entstehen eines „kontinentalen Machtzentrums" im „eurasischen Heartland" zu verhindern – gelten nach wie vor als Non-Plus-Ultra der anglo-amerikanischen Außenpolitik. Dass es zu einer engen wirtschaftlichen und politischen Kooperation der EU unter Führung Deutschlands mit der GUS unter Führung Russlands käme und diese sogar noch um China erweitert werden könnte (Projekt Neue Seidenstraße), ist das Schreckgespenst der Geostrategen jenseits des Atlantiks.

Wenn jedoch Russland und die GUS andererseits unter dem Druck des Westens zerbröselten, bliebe die „transatlantische Allianz" samt Dominanz der USA in ihrem Kernbestand gesichert und die „Eindämmung Chinas" könnte mit Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden („Pivot to Asia"-Strategie Obamas). Klappt der „Regime Change" in Russland nicht so schnell wie erhofft, kann man auch auf Deeskalation setzen. Angela Merkels Wink mit einer „Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok" (praktisch die Erweiterung des angestrebten TTIP) verweist auf eine alternative Strategie, längerfristig die Position westlichen Kapitals in dieser Region auszubauen. Dies ist bislang nur Rhetorik. Mit Wohlstandsmehrung (für die breite Mehrheit der Bevölkerung) hat aber auch das wenig zu tun.

Klaus Dräger

Imperialer Realismus?

Frank Deppe, Imperialer Realismus? Deutsche Außenpolitik: Führungsmacht in „neuer Verantwortung", eine Flugschrift, VSA-Verlag, Hamburg 2014, 144 S., 11,80 Euro.

Mit dieser kleinen ‚Flugschrift' aus dem VSA-Verlag reagiert Frank Deppe vordergründig auf die Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck vor der 50. Münchener Si-

cherheitskonferenz am 31. Januar 2014. Gauck plädierte dafür, „deutsche Zurückhaltung" bei internationalen Militäreinsätzen zu überwinden und sich zu einer „neuen Verantwortung Deutschlands" angesichts zahlreicher Krisenherde in der Welt zu bekennen. Es müsse künftig als normal gelten, „Ordnung" auch mit militärischen Mitteln herzustellen und die „Freiheit" zu verteidigen. Wie Deppe zeigt, hat der amtierende Bundespräsident dabei fast 1:1 die Argumentation eines Papiers der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) von 2013 zu „Neue Macht – neue Verantwortung" übernommen.

Deppe nimmt dies zum Anlass, das linke Publikum aus seiner Sicht über die breiteren historischen, wirtschafts- und geopolitischen Zusammenhänge aufzuklären, die diesen Vorstoß des Präsidenten aus Medien und Politik vorbereiteten und in den Debatten danach begleiteten.

Zunächst analysiert der Autor das Papier der SWP als „Projekt eines Paradigmenwechsels in der Außen- und Sicherheitspolitik" Deutschlands. Er reflektiert über „Realisten" (d.h. Außen- und sonstige Politikberater, die den herrschenden Klassen Argumentationen liefern), über „Idealisten" und die Einschätzungen der von ihm favorisierten „kritischen internationalen politischen Ökonomie".[1] (11-40) Dann folgt eine scharfe Auseinandersetzung mit Intellektuellen wie Herfried Münkler und Christopher Clark[2], die die deutsche Kriegsschuld in Bezug auf den I. Weltkrieg relativieren. (41-62) Ihre geschichtspolitischen Betrachtungen befördern die These, Deutschland müsse seine angebliche Zurückhaltung bei Militäreinsätzen im Sinne „neuer Verantwortung" aufgeben. Den Ukraine-Konflikt sieht Deppe als „Brandbeschleuniger" für diesen Diskurs, weist aber auch auf die „Erfahrung von Grenzen imperialer Träume" (d.h. der Expansion des Westens nach Osten) hin. Schließlich seziert er mit Bezug auf Pierre Bourdieu die Rolle der Leitmedien („Alpha-Journalisten") und der „linken" Renegaten (68er, grüne Bellizisten, neue Philosophen in Frankreich), die diesen vom „normalen Volk" immer noch skeptisch betrachteten Kurs der Herrschenden auf ihre Weise unterstützen. Im Unterschied zu den meisten führenden Politiker/innen der LINKEN traut sich Deppe als unabhängiger linker Intellektueller, die Politik der Grünen im Ukraine-Konflikt offen anzugreifen. Von meiner Seite: Respekt dafür.[3]

---

1 D.h. im Wesentlichen auf die „neogramscianische" Theorie von Robert Cox und Stephen Gill, auf die Arbeiten von Leo Panitch, Sam Gindin etc., auf die sich die „Marburger Schule" von Deppe, Bieling u.a. in ihrem Imperialismusverständnis gerne bezieht.

2 Münklers Kernaussage lautet: „Erst wenn die Schuldthesen erledigt sind, lässt sich über politische Verantwortung reden." Münkler betrachtet „Imperien" als etwas „Gutes, weil sie angeblich „Stabilität" erzeugen.

3 Außer Marie-Luise Beck und Rebecca Harms, auf die sich Deppe bezieht, wären hier auch noch die Positionen anderer prominenter Grüner, und der Heinrich-Böll-Stiftung zur Ukraine kritisch zu untersuchen. Dass Bundestagsabgeordnete der LINKEN wie Sevim Dagdelen von ihrer Partei- (Riexinger/Kipping) und Fraktionsführung (Gysi) gerügt wurden, weil sie der

Das Konzept der Flugschrift finde ich gut durchdacht. Deppe spannt einen Bogen von der Analyse der ökonomischen und geopolitischen Verhältnisse (Stichwort: Deutsches Europa, Tendenzen zur ‚multipolaren Weltordnung' wg. BRICS etc.) über Geschichtspolitik, Medienmacht und Interventionen von ehemals ‚linken' Intellektuellen, die die erodierende Vormachtstellung des Westens vor diesem Hintergrund aggressiv befördern wollen.

Das Schlusskapitel zu den Problemen linker Außenpolitik ist im Wesentlichen zusammenfassend analytisch gehalten. Seine drei Handlungsempfehlungen zur „Agenda der Linken" lauten: „Theoriearbeit am Begriff der kapitalistischen Welt"; „Aneignung der Erkenntnisse und Programme für alternative Entwicklungswege in der heutigen Welt des globalen Kapitalismus"; „Breite Bündniskonstellationen für die Beendigung von Kriegen, Interessenkonflikte innerhalb des Blocks an der Macht dafür ausnutzen".

Deppes Flugschrift regt aus meiner Sicht dazu an, die Debatte um Analyse, Kritik und linke Strategie zu den von ihm bearbeiteten Themenfeldern fortzuführen. Sie passt gut zu den Diskussionen, die z.B. im Rahmen von Z 100 zum „Epochenumbruch 1974-2014" angestoßen wurden. Angesichts der Geschichte kapitalistischer ‚Globalisierung' – welche Erkenntnisse lassen sich daraus bezüglich der Analyse des „klassischen" wie „gegenwärtigen" Imperialismus gewinnen?[4] Worin bestehen Kontinuitäten, Unterschiede und Brüche, auch in Bezug auf „transnationaler Bündnisse" von herrschenden Klassen, ihrer „geopolitischen Strategien" und der Rolle der Nationalstaaten?[5] Wie hängt der frühere Diskurs

Heuchelei der Grünen zur Ukraine kurz und knapp Paroli boten, wirft ein bezeichnendes Licht auch auf diese Partei.

4 Die Studie von Kevin H. O'Rourke und Jeffrey G. Williamson (Globalization and History", 1999) kommt jedenfalls zu dem Schluss, dass der von marxistischen Autoren so bezeichnete „Kapitalismus der freien Konkurrenz" bis zum Ersten Weltkrieg eine erste Phase der Globalisierung darstellte, die wegen der von ihr erzeugten ökonomischen und sozialen Verwerfungen einen „backlash" (Rückschlag) erlebt habe. Dieser mündete in den Niedergang der weltweiten Vormachtstellung des britischen Empires im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Die vor dem Ersten Weltkrieg etablierten Niveaus z.B. von Integration des Welthandels, der Finanzmärkte etc. wurden erst wieder in den späten 1980ern erreicht. Die Reaktion der herrschenden Klassen auf die Krise der damaligen „Globalisierung" (mit Freihandelsregime und „internationalem Goldstandard") analysierten z.B. Hobson, Hilferding, Luxemburg und Lenin in ihren jeweiligen Imperialismustheorien. Die Krise der „Globalisierung" seit den 1990er Jahren ist ökonomisch und sozial voll im Gang. Worin sie münden wird, ist nicht nur unter linken Analysten umstritten. Deppe rechnet mit einer multipolaren Weltordnung, wobei die Dominanzposition des vom US-Empire geführten Westens geschwächt werde. Es finde ein Übergang von einer „chaotischen" Weltunordnung zu einer Ordnung rivalisierender Imperien statt (77). Der (relative) Aufstieg der BRICS-Staaten wird in diesem Zusammenhang genannt. Ist es aber nicht eher so, dass der Kampf des US-Empires und des Westens zur Behauptung seiner Vormachtstellung die Weltunordnung weiter verstärkt („Empire of Chaos", Pepe Escobar)?

5 Vgl. hierzu z.B. Ellen Meiksins Wood, Empire of Capital, London 2005, Robert Brenner, What Is, and what Is Not, Imperialism? In: Historical Materialism, Volume

des Bundespräsidenten Gauck zur „Freiheit" mit dem von Deppe analysierten „Paradigmenwechsel der deutschen Außenpolitik" zusammen? Handelt es sich nicht eher um einen Paradigmenwechsel, der z.B. seit dem Somalia-Einsatz der Bundeswehr unter Volker Rühe 1993 in Deutschland bereits eingeleitet wurde, längst fester Bestandteil der NATO-Strategie ist und durch SWP-Papier und Gauck-Rede etc. jetzt wieder verstärkt wird, um im ersten Schritt die Beteiligung des Bundestags bei geplanten Auslandseinsätzen der Bundeswehr abzuschaffen oder aufzuweichen?[6]

Deppe wirft bestimmten Teilen der bundesdeutschen Linken und insbesondere der Tageszeitung „junge Welt" (jW) vor, aus unhinterfragten Solidaritäten zur Sowjetunion die Augen vor den nationalistischen und reaktionären politischen Inhalten und Zielen z.B. Russlands im Bürgerkrieg in der Ukraine unkritisch zu verschließen. (139). Dafür führt der Autor m.E. aber keine konkreten Belege an. Ich habe in der jW durchaus Berichte und Analysen gelesen, die differenziert und kritisch das „Regime Putin" in Russland, die Motive und Strategien der Machthaber in Syrien usw. behandelt haben. Mit Bezug auf die Ukraine kann man m.E. jW-Autoren wie Reinhard Lauterbach nicht den geringsten Vorwurf machen, z.B. den so genannten Separatisten in der Ostukraine und ihren Unterstützern aus Russland einen Heiligenschein zu verpassen.

Klaus Dräger

Armenozid

Rolf Hosfeld, Tod in der Wüste. Der Völkermord an den Armeniern, C.H.Beck, München 2015, 288 S., 24,95 Euro;

Jürgen Gottschlich, Beihilfe zum Völkermord. Deutschlands Rolle bei der Vernichtung der Armenier, 2., durchges. Auflage, Christoph Links Verlag, Berlin 2015, 343 S., 19,90 Euro;

Michael Hesemann, Völkermord an den Armeniern. Mit unveröffentlichten Dokumenten aus dem Geheimarchiv des Vatikans über das größte Verbrechen des Ersten Weltkriegs, Herbig Verlagsbuchhandlung, München 2015, 351 S., 25,00 Euro;

Corry Guttstadt (Hg.), Wege ohne Heimkehr. Die Armenier, der Erste Weltkrieg und die Folgen. Eine literarische Anthologie. Im Namen der Internationalen Kommunikationswerkstatt (IKW) e.V. herausgegeben von Corry Guttstadt unter Mitarbeit von Şeyda Demirdirek und Elke Hartmann, Assoziation A, Berlin/Hamburg 2014, 204 S., 22,00 Euro.

Zum 100. Jahrestag des Beginns des ersten Weltkriegs erschien eine ganze Flut wissenschaftlicher und populärwissenschaftlicher Arbeiten in deutscher Sprache. Zum jungtürkischen Völkermord an den Armeniern aus analogem Anlaß ist die Zahl wissenschaftlicher Editionen beschämend gering. Das ist politisch sogar

---

14, issue 4, 2006;und Chris Harman, Analysing Imperialism, International Socialism No. 99, Summer 2003.

6 Vgl. Uli Cremer: Instrumentalisierung der EU oder im Dienste des westlichen Blocks?; Sozialismus 2/2015, S. 51-53; sowie Frank Deppe: „Imperialer Realismus"? Eine Replik auf Uli Cremer, Sozialismus 3/2015, S. 63-67.

verständlich. Die Inszenierung des Medienhypes zum Centenaire des 1. Weltkrieges diente ideologisch dem Zweck, Deutschland von der Hauptverantwortung für die Auslösung dieses Krieges zu entlasten und zugleich die neue Militarisierung der deutschen Außenpolitik und ihren auch militärischen Führungsanspruch zu begründen. Für diesen Zweck kann der hundertste Jahrestag des Völkermords an den Armeniern wahrlich nichts beitragen. Im Gegenteil, jede gründliche Erforschung der deutschen Beihilfe zu diesem Völkermord konterkariert solchen Zweck.

Aus Anlaß dieses Jubiläums sind im Jahr 2015 bisher ganze vier Bücher in deutscher Sprache erschienen. Sie wurden mit einer Ausnahme nicht von spezialisierten Historikern, Forschern über den Armenozid, verfaßt, sondern von Journalisten und Literaten. Sehr zu ihrem Vorteil sind sie als Reportagen bzw. literarische Anthologie gut lesbar und verständlich geschrieben, ohne deshalb an Präzision der Informationen oder Treffsicherheit des Urteils zu verlieren.

Rolf Hosfeld, überaus produktiver Kulturhistoriker und gegenwärtig wissenschaftlicher Leiter des Lepsiushauses in Potsdam, ist zu diesem Gegenstand 2005 mit dem Buch „Operation Nemesis" hervorgetreten. In seinem neuen Buch greift er darauf und auf weitere frühere Arbeiten zurück und legt einen gedrängten Überblick über das Geschehen vor, der alle entscheidenden Stränge enthält. Er basiert auf dem aktuellen Forschungsstand, ohne ihn in allen Details zu präsentieren. Im Mittelpunkt stehen die Opfer und ihre Leiden. Das Buch wird seinem Zweck, zum 100. Jahrestag einen knappen, zuverlässigen und zugleich problemreichen Überblick zu geben, in nahezu idealer Weise gerecht.

Die für Deutschland politisch wichtigste Arbeit ist zweifellos eine historische Reportage des ehemaligen taz-Redakteurs und späteren Korrespondenten mehrerer deutschsprachiger Zeitungen in der Türkei, Jürgen Gottschlich. Wählt er doch zum Gegenstand die Beihilfe des kaiserlichen Deutschland bei der Konzipierung und Durchführung des Verbrechens, untersucht aber ebenso die Anstrengungen jener deutschen Vertreter, die sich den Massenmorden entgegenstemmten. Dabei stehen zwei Gruppen im Vordergrund, einmal die kaiserlichen Militärs, zum anderen die Diplomaten. Unter beiden gab es Befürworter und aktive Unterstützer des Massenmordens wie auch Gegner, die sich nicht nur deutscher Beihilfe, sondern dem Verbrechen überhaupt widersetzten.

Es war während der Julikrise 1914 keineswegs ausgemacht, daß die Türkei an der Seite der Mittelmächte in den Krieg ziehen würde. Maßgebende jungtürkische Politiker bevorzugten Frankreich und einen Kriegseintritt an dessen Seite. Die Mehrheit der Regierung und auch des Zentralkomitees der jüngtürkischen Ittihad ve terakki-Partei plädierten für Neutralität. Das Militärbündnis mit Deutschland und die Provozierung des Krieges gegen Rußland wurde von einer Militärclique unter Enver Pascha in Kooperation mit deutschen Militärs putschartig erzwungen.

Gottschlichs Arbeit informiert in deutscher Sprache bisher am genauesten, differenziertesten und vollständigsten über alle Arten von Beihilfe.

Jene deutschen Offiziere in Istanbul, die 1914 energisch den Kriegseintritt der Türkei auf deutscher Seite betrieben hatten, waren dann auch diejenigen, die die Vertreibung und die Ermordung der Armenier anregten, guthießen und rechtfertigten – und gegen den eigenen Botschafter und andere deutsche Diplomaten intrigierten. Die wichtigsten und einflußreichsten waren der Mitarbeiter des Marinegeheimdienstes und spätere deutsche Marineattaché in Istanbul Hans Humann, der deutsche Generalstabschef der türkischen Armee Friedrich Bronsart von Schellendorf, der Chef der Operationsabteilung der türkischen Obersten Heeresleitung, Otto von Feldmann, sowie Felix Guse, Stabschef der türkischen Kaukasusarmee. Gottschlich vertritt überzeugend die These, daß Bronsart „der organisatorische Kopf hinter den Deportationen war" (126), er präsentiert entsprechende Anweisungen des türkischen Oberkommandos.

Gottschlich hat die Orte, aus denen die Armenier vertrieben wurden, bereist und konnte mit Nachkommen armenischer Familien sprechen. Er verfolgte die Spuren deutscher Offiziere in türkischen Archiven, die schon für türkische Forscher schwer zu entziffern sind, weil sie in Osmanisch verfaßt sind, „das außer einigen speziell ausgebildeten Historikern kein normal gebildeter Türke mehr ... lesen kann". (142) Ihm wurden allerdings die Akten, in denen deutsche Offiziere oder Diplomaten erwähnt werden, verweigert, sowie alle die Armenier betreffenden Quellen aussortiert. Akten in deutscher Sprache waren ihm also nicht zugänglich, wohl aber jenen türkischen Historikern, die die offizielle Leugnungshaltung vertreten. Türkische Diplomaten gehören seit den 1970er Jahren zu den erbittertsten Gegnern der Armenier, nicht zuletzt deshalb, weil Diplomaten häufig von Terroranschlägen der ASALA („Armenische Geheimarmee zur Befreiung Armeniens") betroffen waren.

Knapp hundert Jahre nach ihrer Abfassung hat der Vatikan einem katholischen Publizisten erlaubt, in seinem Geheimarchiv die Korrespondenz des Vatikans bzw. seines Vertreters vor Ort mit den türkischen Behörden aus den Jahren des Völkermords einzusehen und Teile davon zu publizieren. Michael Hesemann veröffentlicht sie allerdings weder komplett noch gesondert, sondern zitiert z. T. ausführlich aus ihnen in seinem Text, aus bisher unbekannten und unveröffentlichten Schreiben. Bei dieser diplomatischen Korrespondenz fällt auf, daß die Nachfragen und äußerst vorsichtigen Ermahnungen des Vatikans erst sehr spät im Jahre 1915 einsetzen. Auch die interne Berichterstattung des Vatikanbotschafters benennt nur zaghaft die Sachverhalte. Doch in der Sache stimmen seine Berichte über die Massenmorde mit jenen deutscher, US-amerikanischer und anderer Diplomaten in der Türkei überein. Die von Hesemann nun veröffentlichten Auszüge belegen die Systematik des Vertreibungs- und Mordgeschehens damit ein weiteres Mal. Insofern bringen diese Funde über den Völkermord selbst nichts Neues ans Tageslicht, wohl aber über das Verhalten des Vatikans und seines Botschafters. Diese verzichteten offiziell auf jede ernsthafte Warnung oder Proteste.

Hesemann bettet seine Archivfunde in eine knappe, aber systematische

Darstellung der wichtigsten Handlungsstränge ein und holt dazu zeitlich ziemlich weit aus. Die Diplomatie, insbesondere die vatikanische, macht als Gegenstand dieser Darstellung aber nur einen sehr bescheidenen Teil aus. Die Optik des kirchlich gebundenen Publizisten, nach der die Triebkraft des Mordgeschehens der religiöse Gegensatz zwischen Christen und Muslimen gewesen sei, wird überstrapaziert und prägt seine Wahrnehmung und seine Darstellung einseitig, vor allem läßt sie Fragen nach anderen Ursachen gar nicht zu.

Die von Corry Guttstadt besorgte Anthologie versammelt literarische Texte von Autoren verschiedener Nationalität, darunter Auszüge aus bekannten Texten deutscher Autoren wie aus dem Roman von Franz Werfel, vor allem aber autobiographische und literarische Texte von Armeniern. Zu diesen Autoren gehören Überlebende der Deportationen und bekannte armenische Schriftsteller wie Yervant Odian. Der Großteil dieser Texte thematisiert allerdings nicht das Erleben der unvorstellbaren Grausamkeiten, sondern Erinnerungen von Armeniern an ihr Leben vor 1914 bzw. an ihr Weiterleben im Exil bzw. in der Nachkriegstürkei. Diese Erinnerungen verdeutlichen dem deutschen Leser, wie vielfältig die Lebensumstände der Armenier im Osmanischen Reich waren, vom Wohnort Großstadt bis zum kleinen Dorf, von einem Leben in Ortschaften mit rein armenischer Bevölkerung zu einem Leben als Minderheit unter muslimischen Nachbarn. Es gibt Erinnerungen von besitzlosen Bauern, von Handwerkern und wohlhabenden Bankiers, auch von armenischen Angestellten des Osmanischen Staates.

An den Reformen und am intellektuellen Aufschwung im Osmanischen Reich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahmen Armenier zahlreich und besonders aktiv Anteil. Viele wirkten als Journalisten, Ärzte, Architekten, Künstler in den Bereichen Theater, Musik, Journalismus oder Prosa. „Der Beitrag armenischer Kulturschaffender zur osmanischen Kultur ist kaum zu überschätzen", schreiben die Herausgeber im Vorwort (7). Städte wie Sivas, Trabzon oder Erzurum, die heute als Hochburgen des türkisch-islamistischen Nationalismus bekannt sind, hatten bis 1915 einen hohen armenischen Bevölkerungsanteil und dessen Kultur prägte das Stadtbild, das Leben und die Kultur dieser Orte. Doch davon ist heute auf den ersten Blick nichts mehr zu sehen.

Die Herausgeber hatten große Schwierigkeiten bei der Erstellung der Texte armenischer Schriftsteller. Die nun vorliegenden Texte wurden aus vier Sprachen – Englisch, Türkisch, Französisch und Armenisch – ins Deutsche übertragen, wobei es sich bei den nichtarmenischen Texten bereits um Übersetzungen aus dem Armenischen handelte. Die Herausgeber bekennen selbst, daß eine Übersetzung aus dem armenischen Original nur in einem Fall möglich war. Allerdings haben sie auf jene Übersetzer aus dem Armenischen, die in der DDR gelebt und für den Verlag Volk und Welt übersetzt haben, nicht zurückgegriffen.

Der bekannte Schweizer Historiker Hans-Lukas Kieser, der schon mehrere bahnbrechende Forschungsarbeiten über den Völkermord an den

Armeniern verfaßt hat, gibt eingangs des Buches auf 16 Druckseiten einen kursorischen Überblick über den jungtürkischen Völkermord an den Armeniern, der eine überzeugende historische Gliederung des Geschehens bietet. Als Pendant enthält der Band einen Beitrag von Corry Guttstadt und Ragip Zarakolu über Stellungnahmen der Türkei und von Türken in den letzten hundert Jahren zum Völkermord, die statt „Aufarbeitung des Völkermordes" eine „Geschichtslücke" produzieren.

Ungeachtet der sprachlichen Schwierigkeiten mit den Zeugnissen armenischer Literatur bietet dieser Gedenkband ein eindrückliches Bild vom Leben der Armenier, setzt er ein Denkmal des Todesganges und vor allem des Lebens des armenischen Volkes.

Werner Röhr

Hegemoniepläne Washingtons 1916-1931

Adam Tooze, Sintflut. Die Neuordnung der Welt 1916-1931, Siedler Verlag, München 2015, 719 Seiten, 34,99 Euro

Der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze, in Deutschland vor allem bekannt durch seine 2007 erschienene „Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus", hat ein neues Werk über die „Neuordnung der Welt" von 1916 bis 1931 herausgebracht.

Einleitend grenzt er sich von zwei unterschiedlichen Erklärungen der „Katastrophenzeit" jener Jahre ab: Die eine sieht das damalige Europa als „dunklen Kontinent", als Ansammlung rückständiger Länder, die sich mit Japan als gelehrigem Schüler hartnäckig dem historischen Fortschritt widersetzten. Die andere beruht auf der Annahme einer Hegemoniekrise, die als Intervall zwischen der britischen und der amerikanischen Hegemonie den Freiraum für die Entfaltung zerstörerischer Kräfte gab.

Zwischen diesen beiden Deutungen verspricht Tooze eine Synthese auf höherer Ebene. Er begreift die Zwischenkriegszeit als Beginn eines neuartigen Zeitalters, das sich endgültig erst durchsetzen konnte, als die Vereinigten Staaten von Amerika nach einer erneuten Katastrophe die Aufgabe lösten, eine moderne, nachimperialistische hegemoniale Weltordnung zu etablieren, zusammen mit der Stabilisierung der Weltwirtschaft und neuen Strukturen der kollektiven Sicherheit.

Entsprechend diesem Interpretationsmuster behandelt er den ersten Anlauf zu einer „Neuordnung der Welt", beginnend mit dem US-Präsidenten Woodrow Wilson. Entgegen der üblichen Weltkriegsmarkierungen setzt das Werk mit dem Jahr 1916 ein, als die USA das britische Empire als größte Wirtschaftsmacht der Welt ablösten, und endet mit dem Zusammenbruch des Goldstandards 1931.

Der weitaus größte Teil des Buches – mehr als 500 der insgesamt 642 Textseiten – widmet sich der Zeit bis zum Ende der Nachkriegskrise 1923, wobei häufige Zeitsprünge die Lektüre nicht einfach machen. Die Vertragsverhandlungen von Versailles über Trianon bis zur Washingtoner

Flottenkonferenz 1921/22 werden detailliert beschrieben. Wohltuend ist, dass die Darstellung nicht europazentriert ist, sondern die häufig vernachlässigten asiatischen Schauplätze (China und Japan) ausführlich einbezieht.

Was Europa angeht, stehen im Zentrum die wirtschaftlichen Folgen des Kriegs. Es geht also um die kriegsbedingten finanziellen Abhängigkeiten und Verflechtungen, sprich die Kriegsschulden Frankreichs und Englands bei Washington einerseits, die deutschen Reparationszahlungen an Frankreich und England andererseits. Die zentrale Frage, die den Autor angesichts der vielfachen Bemühungen um eine neue internationale Ordnung bewegt, lautet: „Warum ging alles so furchtbar schief?" Die Gründe dafür findet er in der Entwicklung des Wirtschaftssystems bzw. einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Indem er neben Devisenmärkten und Zollabkommen vor allem das Ringen um den Goldstandard und eine stabile internationale Finanzordnung analysiert, verbindet er die Wirtschaftsgeschichte mit der politischen Geschichte, um so zu einer Erklärung des Scheiterns zu gelangen. Die Innenpolitik bzw. die gesellschaftlichen Verhältnisse in den verschiedenen Nationalstaaten finden dabei bestenfalls am Rande Erwähnung.

Die Schranken einer solchen direkten Ableitung der Politik aus der Ökonomie zeigen sich gleich zu Beginn. Wilson verfolgte die Strategie, den Weltkrieg zu nutzen, um die USA als Schiedsrichter eines europäischen Friedens in Europa zu etablieren; das bedingte die Vermittlung eines Frieden *ohne Sieger und Besiegte*. Dagegen drängten die amerikanischen Banken, die Frankreich und Großbritannien umfangreiche Kredite zur Kriegsfinanzierung gewährt hatten, allen voran die mächtige J.P.Morgan-Bank, auf einen Kriegseintritt der USA an der Seite der Entente. Um dem zu begegnen, wies Wilson den Federal Reserve Board Ende 1916 an, die Öffentlichkeit vor der Anlage weiterer Ersparnisse in Krediten für die Entente zu warnen (70), worauf die Kurse der Bankaktien prompt abstürzten, ebenso wie das britische Pfund.

Weil das Kaiserreich im Februar 1917 den unbeschränkten U-Bootkrieg eröffnete, trat Amerika dann doch in den Krieg ein – gegen die Zielsetzung des US-Präsidenten, der sich noch zwei Monate Zeit nahm, bis er die Kriegserklärung abgab. Unabhängig von der Kriegsteilnahme blieb die grundlegende Strategie jedoch bestehen und richtete sich in den 20er Jahren speziell gegen Frankreich, das zwischenzeitlich die Hegemonie in Kontinentaleuropa innehatte. 1924 zwang Wilsons Nachfolger die Wall-Street-Banken, Deutschland im Rahmen des Dawes-Plans Kredite zu geben, London und Paris aber nicht – „mit der Folge, dass die seit 1915 bestehende Koalition zwischen der Entente und der Wall Street zerbrach." (571). Demselben Zweck diente das Hoover-Moratorium, mit dem der US-Präsident 1931 die Absicht verkündete, nicht nur die Kriegskredite Washingtons an London und Paris aufzuheben, sondern auch die Reparationszahlungen Deutschlands an England und Frankreich – woraufhin Paris sofort widersprach. Die US-Regierung setzte die staatliche Finanzpolitik also durchgängig als Mittel der Politik ein, auch

wenn das den ökonomischen Interessen mächtiger Fraktionen des Kapitals widersprach. Offenkundig bestimmte die Wall Street zu dieser Zeit nicht die US-Politik.

Die Verhandlungen zur Gründung des Völkerbunds werden ausführlich beschrieben. Dessen Gründung war ein Triumph der Wilsonschen Politik, doch dann kam das Fiasko: der Kongress lehnte einen Beitritt zum Völkerbund ab und Wilson verlor die anschließende Wahl. Hier rächt sich erneut, dass Tooze die gesellschaftlichen Verhältnisse ausblendet. Die Wahl 1916 hatte Wilson durch die Stimmen der Farmer des Mittleren Westens gewonnen, weil diese seiner Neutralitätspolitik vertrauten. Die Wiederwahl 1921 verlor er, weil eine Mehrheit der Wähler gegen das Engagement in Europa war.

Die Schwächen der Studie konzentrieren sich in der Behauptung, „die Ideologie der us-amerikanischen Einzigartigkeit wurde nicht von einer effektiven, groß angelegten Strategie unterstützt." (39) Mit Wilsons Friedensvermittlungsversuch von 1916 gingen die USA daran, gegenüber den europäischen Mächten – Großbritannien inklusive – dieselbe Gleichgewichtspolitik zu betreiben, die zuvor Großbritannien gegenüber Festlandeuropa betrieben hatte. Diese Gleichgewichtspolitik ist die von Tooze vermisste „groß angelegte" Strategie. Das Problem der aufeinander folgenden US-Regierungen war nur, dass sie sich zur Umsetzung ihrer Ziele auf die Finanzpolitik beschränken mussten, weil sie mangels Mitgliedschaft im Völkerbund keine weitergehenden politischen, geschweige denn militärischen Mittel zur Verfügung hatten. Hierin liegt der Grund für die „abwesende Anwesenheit" der USA – den Schlüsselbegriff, mit dem Tooze die Situation umschreibt.

Darüber hinaus waren die europäischen Mächte nach dem ersten Weltkrieg nicht geschwächt genug, um zum Objekt der amerikanischen Strategie zu werden. Das war erst nach einem weiteren Krieg der Fall, und da errichteten die USA ihre Hegemonie nicht mehr qua Gleichgewichtspolitik, sondern auf dem Boden der Blockkonfrontation gegen die Sowjetunion in direkter Form.

In diesem Zusammenhang ist noch einmal auf den Ausgangspunkt der Studie zurück zu kommen. Sie ist angelegt auf die Zeit von 1916 bis 1931 als Auftakt bzw. Vorstufe zur US-Herrschaft nach 1945. Die Hegemoniepläne Washingtons konnten jedoch erst gelingen, als bzw. weil Deutschland einen neuen Krieg begann (und verlor). Wäre das nicht der Fall gewesen – welche Ordnung der Welt hätte sich dann ergeben? Auch wenn die US-Präsidenten sich gerne darauf beriefen, ein auserwähltes Volk zu führen, war der weltweite Sieg der USA aufgrund keiner Prädestinationslehre vorherbestimmt.

Um ein Fazit zu ziehen: auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Zwischenkriegszeit vermittelt das Werk viele Einsichten – aber keinen roten Faden, der das Geschehen schlüssig zu erklären vermag.

Heiner Karuscheit

Jugendforschung und Lebenswelten in der DDR

Karl-Heinz Braun/Uta Schlegel, Walter Friedrich und die Jugendforschung in der DDR. Autobiografische und wissenschaftsgeschichtliche Dialoge, Schneider Verlag, Hohengehren 2015, 224 Seiten, 24 Euro.

Karl-Heinz Braun, unter Mitarbeit von Matthias Elze, Sozialreportage über Lebenswelten in der DDR. Foto-Interviews mit Zeitzeugen als Beitrag zur Politischen Bildung, Schneider Verlag, Hohengehren 2015, 416 Seiten, 36 Euro.

Nach 1990 wurde die Wissenschaft der DDR in großem Maßstab beseitigt. Dabei traf es nicht nur allzu unterwürfige und überholte Einrichtungen, die es, nebenbei bemerkt, auch im Westen gab. Zu Unrecht schasste man unter anderem das Berliner Zentralinstitut für Jugendforschung, das im Mittelpunkt des ersten zu besprechenden Bandes steht. Es handelt sich um ein Interview, das der aus der alten BRD stammende und nun in Magdeburg lehrende Erziehungswissenschaftler Karl-Heinz Braun mit Walter Friedrich, dem einstigen Institutsleiter, geführt hat. Die Mitverfasserin und Philosophin Uta Schlegel war ebenfalls ZIJ-Forscherin. Zu Beginn schildert der gebürtige Schlesier seinen Lebensweg. Der Sohn einer Kleinbäuerin und eines Schusters, Jahrgang 1929, konnte sich dank der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät für das Abitur und ein Studium der Psychologie in Leipzig und Moskau qualifizieren. Anfang der 1950er Jahre galt die Psychologie in der DDR noch als „bürgerliche Wissenschaft", doch in der Sowjetunion ließ sich Friedrich durch die Werke von Lew Wygotski, Alexander Lurija, Alexej Leontjew und Sergej Rubinstein beeinflussen. 1965 wurde er zum Direktor des neuen ZIJ ernannt. Dem war ein Jahr zuvor die Gründung des Deutschen Jugendinstituts im Westen vorausgegangen. Ein Schwerpunkt der DDR-Jugendforschung lag bei Längsschnittuntersuchungen zu Einstellungen von Jugendlichen. Man erhob Angaben zur Verbundenheit mit dem Sozialismus, zu ethischen Maximen, Geschlechterrollen und Partnerschaft. Deutlich wird eine zunehmende Distanz gegenüber Staat und gesellschaftlichen Institutionen im Laufe der 80er Jahre. Unmittelbar nach der „Wende" dominieren dann individualistische Prioritäten, z.B. im Beruf. Frauen äußerten sich zur DDR eher loyal, was Friedrich auf die Errungenschaften in der Kinderbetreuung, das Abtreibungsrecht und die Politik beruflicher Gleichstellung zurückführt. Kritisch merkt er an, dass eine gleichmäßigere Verteilung häuslicher Aufgaben und damit eine Beseitigung der Doppelbelastung von Frauen durch Familie und Beruf nicht gelungen sei. Besonders interessant ist eine groß angelegte Zwillingsstudie, von der Friedrich berichtet. Während man bis dahin relative Leistungsunterschiede zwischen eineiigen und zweieiigen Zwillingen als Ausdruck eines genetischen Faktors der Intelligenz interpretiert hatte, konnte das ZIJ den Erziehungsstil der Eltern als Einfluss nachweisen. Eltern eineiiger Zwillinge tendieren demnach eher zu einer Erziehung, die die Ähnlichkeit der Kinder fördert. Wo umgekehrt stärker die Un-

terschiede betont werden, treten auch Verschiedenheiten der Kinder mehr zutage. Der Band endet mit positiven Stellungnahmen westdeutscher und internationaler Wissenschaftler zugunsten des ZIJ. Die offenbar politisch motivierte Schließung des Instituts im Jahr 1990 konnten sie nicht verhindern.

Während das besprochene Buch vorbehaltlos empfohlen werden kann, lässt sich dies für eine weitere Publikation Brauns über „Lebenswelten in der DDR" leider nicht ohne weiteres sagen. Die Kapitel lassen sich in drei Teile gliedern: Zunächst wird versucht, Konzept und Gegenstand der Lebenswelt zu umreißen und deren Analyse theoretisch zu begründen. Es folgen Dokumente zur Geschichte der DDR, auf die dann im dritten Teil verwiesen werden kann: Dieser besteht aus sieben biografischen Interviews mit Industriearbeitern, einer Gewerkschafterin, einer Erzieherin und einer aktiven Christin. Unter den Interviewpartnern findet sich übrigens auch der 2010 verstorbene Z-Autor Ekkehard Sauermann. Für sich genommen sind diese Interviews durchaus interessant zu lesen, allerdings fehlt eine systematische Analyse oder Kommentierung. Der Dokumententeil ist sehr ausführlich geraten und enthält seitenlange Auszüge aus dem Potsdamer Abkommen oder der DDR-Verfassung. Der Theorieteil wirkt etwas überladen. Unter anderem geht es darin um die Philosophien von Habermas und Wittgenstein, um Phänomenologie oder um die Grounded Theory Methodologie von Glaser und Strauss, ohne dass der Zusammenhang mit der Untersuchung von Lebenswelten sich immer erschließen würde. Für eine zweite Auflage wäre es wünschenswert, wenn die Darstellung gerafft und verdichtet würde.

Michael Zander

AfD – Zwischen Etablierung und Selbstzerstörung

Alban Werner, Was ist, was will, wie wirkt die AfD?, Neuer ISP-Verlag, Köln/Karlsruhe 2015, 208 Seiten, 17,80 Euro

Gravierende Wandlungen bis hin zur Selbstzerstörung neuer Parteiprojekte sind Risiken für analytische Tiefenschnitte. Alban Werner war sich dieses Risikos sicherlich bewusst und es spricht für seine Arbeit, dass sie wenig bis nichts an Erkenntnisgewinn durch den Richtungsentscheid der AfD auf ihrem Essener Parteitag verloren hat. Für Beobachter wie Werner war dieser Sieg des nationalkonservativen Flügels unter Frauke Petry keine Überraschung, sondern ergab sich aus der Entwicklung der Partei, wie sie sich seit dem Frühjahr 2014 beobachten ließ.

Seit dem Aufstieg der AfD sind zahlreiche Bücher und Artikel zu Personal, Themen, Wandlungen und Streitigkeiten dieser neuen Partei rechts der Union entstanden, es fehlt jedoch bis heute an tiefergehenden Analysen der Bedingungen dieses Aufstiegs. Werners Buch füllt diese Lücke und geht der Frage nach, warum die AfD zum bis heute erfolgreichsten Parteiprojekt am rechten Rand des Spektrums werden konnte.

In neun Kapitel nähert sich der Autor den Bedingungen des Erfolges der AfD. In der Einleitung geht es vor al-

lem um das Verhältnis von Politik, Alltagsverstand und Populismus, wobei Werner am Populismus als begrifflicher Beschreibung der AfD festhält, ohne den Begriff zu überdehnen bzw. zu denunzieren. Im zweiten Kapitel wird die Frage erörtert, warum bisherige Parteiprojekte rechts der Union scheiterten, womit weniger auf die NPD oder andere Parteien der traditionellen extremen Rechten als vielmehr auf bürgerliche Vorläufer der AfD wie den Bund freier Bürger (BfB) oder die Schill-Partei rekurriert wird. Für Werner fehlte diesen Projekten der thematische Resonanzboden, mit dem erst ihre Themen ein breiteres Publikum erreicht hätten. So seien die marktradikalen Themen des BfB für die BürgerInnen von eher geringerer Alltagsrelevanz gewesen, wohingegen die Ressentiments gegen MigrantInnen durch die etablierten Parteien z.B. durch den Asylkompromiss „kleingearbeitet" worden seien. Hegemoniale Umbrüche zur Jahrtausendwende (Kapitel 3) hätten thematisch den Boden für die AfD bereitet. So habe der „radikalisierte Neoliberalismus" ab 2002 den Parteienwettbewerb zwischen SPD und Union beherrscht und Erwartungen geweckt, die von der Union nach dem Schock von 2005, als mit einem radikal neoliberalen Programm der sichergeglaubte Wahlsieg fast verloren ging, dann nicht erfüllt wurden. Neben diesen marktradikalen wurden auch zahlreiche klassisch konservative Erwartungen durch die Union nicht erfüllt und finden sich in Form einer traditionellen Familienpolitik, der Ablehnung von Gender Mainstreaming, der Ablehnung Deutschlands als Einwanderungsland u.a. heute bei der AfD, so dass die Union die Hegemonie im konservativen Lager verloren hat. Schließlich seien diese Brüche mit Beginn der Finanzkrise 2008 und den nicht der reinen Lehre folgenden Reaktionen darauf politisch virulent geworden.

Kapitel 4 nimmt das Personal der AfD in den Blick und verdeutlicht dabei auch die inhaltlichen Differenzen, die schließlich zum Bruch geführt haben. Vor allem in der Frage der Zuwanderung zeigte sich diese Differenz. Lucke und Henkel vertreten laut Werner einen „'farbenblinden' Kapitalismus. Hautfarbe, Geschlecht und Glaubensbekenntnis" (54) seien egal, entscheidend sei die Verwertungsmöglichkeit im kapitalistischen Interesse. Die Nationalkonservativen um Gauland haben sich inzwischen ethnopluralistischen Positionen angenähert, bei denen Zuwanderung aus bestimmten Kulturen (Islam) als unerwünscht weil nicht integrierbar gilt. Zudem vertrage sich das Credo des Marktes nicht mit den traditionell konservativen Vorstellungen dieses Flügels.

Die inhaltliche Entwicklung von einer marktradikalen zu einer rechtspopulistischen Partei beschreibt Werner anhand der programmatischen Entwicklung vom Europawahlprogramm 2014 zu den Landtagswahlprogrammen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Zurecht negiert der Autor eine Einordnung der AfD als rechtspopulistische Partei bis zum Sommer 2014: „Der Kontrast zwischen klassisch rechtspopulistischer Rhetorik und dem Europawahlprogramm der AfD könnte kaum größer sein." (74) Dennoch

waren diese klassischen rechten Positionen von Anfang an in der AfD vertreten, konnten sich jedoch erst mit den Wahlen in den ostdeutschen Bundesländern ausbreiten und schließlich durchsetzen. Widersprüche und Konflikte der AfD werden in Kapitel 6 behandelt und interessant ist hier das von Werner eingeführte Stichwort des „Besitzstandspopulismus" (89), versucht er doch mit diesem die Motivation der Anhänger genauer in den Blick zu nehmen. Als Besitzstand wird hier neben der eigenen ökonomischen Lage auch der Lebensalltag, Gewohnheiten, der soziale Nahraum etc. verstanden. Die Themen der AfD drehen sich genau um die Bedrohung dieses Besitzstandes in all seinen Facetten. Zuwanderung als augenfälligster Ausdruck des „Fremden" in der eigenen Lebenswelt wird hier als stärkste aber nicht einzige Form der Bedrohung erfahren. Die Zumutungen der Globalisierung, die Vorgaben aus Brüssel, die Änderung der Geschlechterrolle etc. können diesen kulturellen Besitzstand genauso gefährden. „Die Scheidelinie zum klassischeren Konservatismus scheint darin zu liegen, dass der nationalkonservative Besitzstandspopulismus der AfD sich weigert, gesellschaftliche Trends und als ‚Modernisierung' beschriebenen sozialen Wandel als unabänderlich zu akzeptieren." (93)

Als „hegemoniale Ignoranz" (111) bezeichnet Werner den Umgang der politischen Eliten mit der Krise seit 2008 und der Eurokrise im engeren Sinne (Kapitel 7). Weder die Dominanz der Rolle Deutschlands in der EU oder die Folgen der auf Austerität gerichteten Politik noch die Fragen nach Alternativen zu dieser Politik oder zur Perspektive der europäischen Vergemeinschaftung wurden von herrschender Seite thematisiert. Die Alternativlosigkeit bürgerlicher Politik erforderte geradezu eine bürgerliche „Alternative" und Werner billigt der AfD immerhin zu, das Tabu der Alternativlosigkeit zur Merkelschen Krisenpolitik – die auch von den Leitmedien kräftig mitgetragen wurde – durchbrochen zu haben. Insofern wendet er sich gegen einen „hilflosen Antipopulismus" (Kapitel 8), der letztendlich nur zu einer Verbarrikadierung herrschender Politik zurückführen soll.

Elf Thesen zum Umgang mit der AfD beschließen den Band. Werner warnt hier vor der Illusion, die AfD vor allem dadurch zu bekämpfen, dass sie als radikal rechts gebrandmarkt wird. Für die Demokratie in Europa sei Frau Merkel weitaus gefährlicher als die AfD, eine These die sich durch die Erfahrung mit dem Diktat gegen Griechenland eindrucksvoll bestätigt hat. Ein mögliches Scheitern sieht er im zu nonkonformen, unbürgerlichen, individualistischen Charakter eines Teils der AfD-Basis, der sich auch schon bei Pegida gezeigt hat und Verschwörungstheorien, Krawall und einem innerparteilichem Kleinkrieg zuneigt. Der Parteitag in Essen bot einiges an Anschauung.

Die Arbeit von Alban Werner gehört zu den ersten umfassenden Darstellungen zur AfD, die vor allem die Gründe und Ursachen ihres Aufstiegs in den Blick nehmen. Insofern ist die neoliberale Entwicklung der letzten zwanzig Jahre und der Umgang der herrschenden Politik damit

genauso im Zentrum der Darstellung, wie die AfD selbst. Besonders die Verbindung von marktradikaler Befeuerung durch die Union 2005, der Enttäuschung der damit verbundenen Erwartungen und dem Umgang mit der Eurokrise verdeutlichen das Zeitfenster der erfolgreichen Gründung der AfD. Schließlich kann Werner mit dem Verweis auf die „hegemoniale Ignoranz" die thematischen Facetten der AfD begründen, die sich im „Besitzsstandspopulismus" bündeln. Ein Stichwort taucht im Buch relativ randständig auf: Rassismus oder weiter gefasst, die sich an schwachen Gruppen manifestierende Ideologie der Ungleichheit als zentraler Kategorie der politischen Rechten wird von Werner nur implizit genannt. Während für einen Teil der AfD-Anhänger die angeblich leistungslose Alimentierung schwacher Gruppen (Flüchtlinge, Arbeitslose etc.) zum Hauptärgernis wird, steht für andere die prinzipielle kulturelle Differenz (Islam) im Mittelpunkt. Beides schließt sich nicht aus, die Gewichtung kann aber den Charakter der AfD verändern. Mit Blick auf den aktuellen Umbruch der Partei müsste die Diskussion weiter geführt werden.

Gerd Wiegel

Autorinnen und Autoren, Übersetzer

Dr. Matin Baraki – Marburg, Politikwissenschaftler, Lehrbeauftragter

Dr. Hermann Bömer – Dortmund, Wirtschaftswissenschaftler und Raumplaner, Mitglied der AG Alternative Wirtschaftspolitik und der Euro-Memogruppe

Prof. Dr. Ing. Peter Brödner – Karlsruhe, zuletzt Forschungsdirektor für Produktionssysteme am Institut Arbeit und Technik im WZ NRW; Honorarprofessor an der Universität Siegen

Dr. Florian Butollo – Jena, Sozialwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie, Universität Jena

Sebastian Chwala – Marburg, Diplom-Politikwissenschaftler, Doktorand

Prof. Dr. Frank Deppe – Marburg, Politikwissenschaftler, Z-Beirat

Dr. Andreas Diers – Bremen, Jurist

Klaus Dräger – Köln, Publizist, Z-Beirat

Thomas Engel – Jena, Sozialwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie, Universität Jena

Dr. Patrick Eser – Kassel, Politikwissenschafter und Romanist

Prof. Dr. Christian Fuchs – London, Medien- und Kommunikationswissenschaftler, Hochschullehrer am Communication and Media Research Institute (CAMRI) der University of Westminster/London

Prof. Dr. Georg Fülberth – Marburg/L., Politikwissenschaftler

Dr. Rolf Geffken – Hamburg, Leiter des Instituts für Arbeit – ICOLAIR, Lehrbeauftragter für chinesisches Recht und Fachanwalt für Arbeitsrecht

Dr. Jörg Goldberg – Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

Prof. Dr. Werner Goldschmidt – Hamburg, Politikwissenschaftler, Z-Beirat

Thomas Hagenhofer – Saarbrücken, Informationswissenschaftler, Mitgl. im Herausgeberkreis Marxistische Blätter

Dr. Rainer Holze – Berlin, Historiker

Prof. Ursula Huws – Hatfield/UK, Sozialwissenschaftlerin, Hochschullehrerin an der University of Hertfordshire

Steffen Käthner – Marburg,, Politikwissenschaftler, Geschäftsführer Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)

Heiner Karuscheit – Gelsenkirchen, Journalist

Yalcin Kutlu – Stuttgart/Jena, Doktorand im Bereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie

Dr. André Leisewitz – Weilrod/Ts., Dipl. Biologe, Z-Redakteur

Prof. Dr. Thomas Metscher – Ottersberg/Grafenau, Literaturwissenschaftler

Patrick Ölkrug – Marburg, Student der Politikwissenschaft

Falk Prahl – Mitglied im VL-Ausschuss ver.di Südhessen und Vorstandmitglied marxistische linke e.V.

Prof. Dr. Werner Röhr – Berlin, Historiker

Dr. David Salomon – Frankfurt am Main, Sozialwissenschaftler, Z-Redakteur

Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling – Berlin, Sozialwissenschaftlerin, Z-Beirätin

David Schuster – Frankfurt am Main, Publizist

Marcus Schwarzbach – Kaufungen, Berater in Mitbestimmungsfragen

Werner Siebler – Freiburg, Postangestellter, freigestellter Betriebsrat, Vorsitzender der ver.di Betriebsgruppe Brief/Freiburg

Prof. Dr. Richard Sorg – Hamburg, Sozialwissenschaftler

Prof. Dr. Karl Hermann Tjaden – Kassel, Sozialwissenschaftler

Alan Ruben van Keeken – Siegen, Student der Musikwissenschaften, Z-Redakteur

Dr. Gerd Wiegel – Berlin, Politikwissenschaftler, Fachreferent Rechtsextremismus/Antifaschismus der Linksfraktion, Z-Redakteur

Prof. Dr. Gabriele Winker – TU Hamburg-Harburg, Arbeitswissenschaft und Gender Studies, Hochschullehrerin

Dr. des. Michael Zander – Berlin, Psychologe

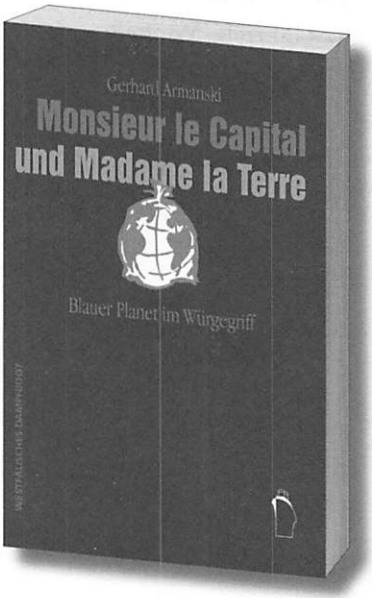


Werner Heinz

(OHN-)MÄCHTIGE STÄDTE
in Zeiten der neoliberalen Globalisierung

2015 - 194 Seiten - 14,90 €
ISBN: 978-3-89691-721-8

Sind Städte noch machtvolle Akteure oder kaum mehr als machtlos Getriebene? Können sie in die aktuellen Herausforderungen steuernd und kontrollierend eingreifen oder bedarf es eines tiefen Paradigmenwechsels, der nicht alleine die kommunale Ebene, sondern alle kommunal relevanten Akteure einbezieht?



Gerhard Armanski

Monsieur le Capital und Madame la Terre
Blauer Planet im Würgegriff

2015 - 265 Seiten - € 24,90
ISBN: 978-3-89691-712-6

An Nachrichten über den traurigen Zustand des Planeten ist kein Mangel, wohl aber an ausführlicheren Darstellungen der Phänomenologie der ökologischen Krise und Analysen zum historisch-gesellschaftlichen Naturverhältnis.

Gerhard Armanski erörtert das zwieschlächtige Erbe der Mensch-Tier-Beziehung in der Kulturgeschichte und führt deren Entkoppelung in Naturwissenschaft und Philosophie vor.

VSA: Arbeit & Kapital



Harald Klimenta, Maritta Strasser, Peter Fuchs u.a.
38 Argumente gegen TTIP, CETA, TiSA & Co.
Für einen zukunftsfähigen Welthandel
AttacBasisTexte 48
96 Seiten | € 7.00
ISBN 978-3-89965-662-6
Alternativen möglich machen, heißt TTIP & Co. verhindern!



Ralf Krämer
Kapitalismus verstehen
Einführung in die Politische Ökonomie der Gegenwart
256 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-644-2
Grundlagenwissen und Argumente für politisch und gewerkschaftlich Aktive



Frank Bsirske / Klaus Busch / Olivier-Andre Höbel / Rainer Knerler / Dieter Scholz (Hrsg.)
Gewerkschaften in der Eurokrise
Nationaler Anpassungsdruck und europäische Strategien
272 Seiten | € 19.80
ISBN 978-3-89965-681-7

Der Sozialismus kommt



kritisch
links

Analysen
Positionen
Berichte

monatlich
gedruckt
Jahresabo € 70,-
(€ 50,- ermäßigt)

täglich im Netz
www.sozialismus.de



Detlef Wetzel (Hrsg.)
Beteiligen und Mitbestimmen
Für eine lebendige Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft
128 Seiten | € 9.80
ISBN 978-3-89965-666-4



Daniel Behruzi
Wettbewerbspakte und linke Betriebsratsopposition
Fallstudien in der Automobilindustrie
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
360 Seiten | € 26.80
ISBN 978-3-89965-679-4



Bernd Röttger (Hrsg.)
Arbeit, Herrschaft, Qualifikation – heute
40 Jahre nach Harry Bravermans »Die Arbeit im modernen Produktionsprozess«
112 Seiten | € 12.80
ISBN 978-3-89965-661-9



Stefan Körzell / Claudia Falk (Hrsg.)
Kommt der Mindestlohn überall an?
Eine Zwischenbilanz
96 Seiten | mit Fotos | € 6.00
ISBN 978-3-89965-667-1

Mehr Infos unter
www.vsa-verlag.de

Nr. 103, September 2015

Postvertriebsstück D 2841 F Gebühr bezahlt

Z-Vertrieb, Postfach 500936, D-60397 Frankfurt/M.

„Die Natur baut keine Maschinen, keine Lokomotiven, Eisenbahnen, electric telegraphs, selfacting mules etc. Sie sind Produkte der menschlichen Industrie; natürliches Material, verwandelt in Organe des menschlichen Willens über die Natur oder seiner Betätigung in der Natur. Sie sind *von der menschlichen Hand geschaffne Organe des menschlichen Hirns*; vergegenständlichte Wissenskraft. Die Entwicklung des capital fixe zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur *unmittelbaren Produktivkraft* geworden ist und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des general intellect gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind. Bis zu welchem Grade die gesellschaftlichen Produktivkräfte produziert sind, nicht nur in der Form des Wissens, sondern als unmittelbare Organe der gesellschaftlichen Praxis; des realen Lebensprozesses."

Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie [Rohentwurf] 1857-1858, in: MEW 42, Berlin 1983, S. 602

Internet: www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

ISSN 0940-0648